Fremdenblatt
22./XI. 1916

Deutschland und Norwegen.

Entschiedene Haltung Schwedens.

K. Stockholm, 21. November. In dem bereits signalisierten Leitartikel des Blattes „Stockholms Dagblad" betreffend die Haltung Schwedens zu dem Konflikt zwischen Norwegen und Deutschland betont das Blatt zunächst, daß bei einer wirklichen Krise zwischen Deutschland und Norwegen das schwedische Volk unter allen Umständen keine andere als rein schwedische Politik betreiben werde.

Dann heißt es weiter: Aus leicht einleuchtenden Gründen mußte es seit Anfang des Krieges in Schwedens Interesse liegen, Norwegen eine Stütze zu sein, die ein Gegengewicht gegen die übermächtigen Einflüsse einer kriegführenden Partei in Norwegens Politik bilden konnte. Hierin liegt schwedischerseits der Hauptgrund zu dem politischen Zusammenwirken zwischen den beiden Staaten der skandinavischen Halbinsel während des Weltkrieges. Dadurch sind aber zugleich Ziel und Grenzen dieses Zusammenwirkens bestimmt. Nirgends bei uns dürfte man sich der Illusion hingeben, daß unser Streben, Norwegen eine solche Stütze zu sein, von besonders großem Erfolg gekrönt war. Die äußeren Hindernisse für eine skandinavische Neutralitätspolitik zeigten sich hier viel zu stark. Man kann leider nicht sagen, daß gewisse Erscheinungen im Erwerbsleben und in der allgemeinen Meinung Norwegens geeignet waren, diese Hindernisse zu beseitigen. Umsoweniger kann also Norwegen in seinen jetzigen Schwierigkeiten Anspruch auf schwedische Hilfe erheben, die sich über die durch Schwedens eigene Interessen vorgeschriebenen Grenzen hinaus erstreckt. Diese Interessen können niemals verlangen, daß Schweden sich von Norwegen unter die gleiche fremde Schutzherrschaft ziehen läßt, der die schwedische Initiative zu einer gemeinsamen skandinavischen Neutralitätspolitik gerade in bezug auf Norwegen womöglich entgegenarbeiten wollte. Ebensowenig kann Schwedens Interesse es jemals erlauben, daß wir aus Rücksicht auf Norwegen oder überhaupt irgend jemand unser Verhältnis zu der einzigen Macht gefährden, bei der wir in einer gewissen lebensgefährlichen Lage auf Unterstützung rechnen können. Angesichts der hoffentlich noch nicht unvermeidlichen Möglichkeit eines Bruches zwischen Deutschland und Norwegen muß Schweden sich vor allem auf seine Pflichten gegen sich selbst besinnen.

Zum Schluß wird noch die Warnung ausgesprochen, daß Norwegen sich in bezug auf die schwedische Hilfe keinen falschen Hoffnungen hingeben solle.

Der Aufsatz erregt wegen seines ruhigen, bestimmten Tones allgemeines Aufsehen.

22/XI. 1916.

4

Entfernung der Vierbundgesandten durch die Entente.

Amsterdam, 21. November.

Das Reutersche Bureau meldet aus Athen vom 20. November:

Der österreichisch-ungarische, der deutsche, der bulgarische und der türkische Gesandte müssen sich auf einem Dampfer einschiffen, der ihnen zur Verfügung gestellt werden wird. Andernfalls würden sie gewaltsam entfernt werden. Admiral Fournet teilte ihnen das direkt mit.

Der König lehnte jede Verantwortung ab.

Die spanische Gesandtschaft übernimmt den Schutz der deutschen, die amerikanische Gesandtschaft den Schutz der anderen Untertanen.

Der Athener Korrespondent der „Times" meldet, daß Admiral Fournet Sonntag um 7 Uhr abends eine Note an die Gesandten der Mittelmächte richtete, in der er sie ersucht, die Stadt vor Mittwoch zu verlassen. Sie werden vermutlich an Bord eines Kriegsschiffes nach Dedeagatsch gebracht.

Die Zeit
23./XI. 1916

Freiheit und Ordnung.

Der neue Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn hat das erste Blatt seiner Regierungsgeschichte geschrieben: die Proklamation, mit der er von Thron und Reich der Habsburger Besitz ergreift und zum erstenmal zu dessen Völkern spricht. Der pietätvollen Huldigung der Weisheit, Einsicht und väterlichen Fürsorge des Vorgängers, dessen Werk es fortzusetzen und zu vollenden gelte, sind die Eingangsworte des Manifests gewidmet. Dann aber gedenkt der neue Herrscher der sturmbewegten Zeit, in der er das Erbe seiner Vorfahren antritt, gedenkt des „noch ungebrochenen Wahnes der Feinde, die Monarchie und ihre Verbündeten zertrümmern zu können", betont den unbeugsamen Entschluß, den Kampf bis zum siegreichen Abschluß des Krieges durchzukämpfen, gelobt, alles zu tun, um die Schrecknisse und Opfer des Krieges „in ehester Frist" zu bannen und seinen Völkern die schwer vermißten Segnungen des Friedens zurückzugewinnen. Sein Friedenswille, den er hier aller Welt verkündet, hat die selbstverständlichen Voraussetzungen der Wahrung der Waffenehre — das ist die militärische —, der Wahrung der Lebensbedingungen seiner Staaten — das ist die politische Grundlage jeder Friedensbereitschaft — und fügt als dritte Voraussetzung hinzu, daß „der Trotz unserer Feinde" vorerst die Erreichung des Friedens unter den beiden ersten Voraussetzungen gestatten müsse. Damit weist der Kaiser darauf hin, daß bisher unsere Feinde sich durchaus einem Frieden abgeneigt gezeigt haben, der der Ehre unserer Waffen und den Lebensbedingungen der Monarchie gerecht würde.

Soviel über Krieg und Frieden. Und nun folgt das eigentliche Regierungsprogramm des Kaisers. Der neue Herrscher hat sich beeilt, seinen Völkern bei den ersten Worten, die er zu ihnen spricht, zu versichern, daß er ihre verfassungsmäßigen Freiheiten und sonstigen Gerechtsame hochhalten werde. Das Gelöbnis auf die Verfassung hat er nach dem Staatsgrundgesetz vor dem Parlament abzulegen, aber er wollte nicht bis zu dessen Einberufung warten, und als äußeres Zeichen seines freudigen und freiwilligen Bekenntnisses hat er in beiden Staaten die Kontrasignierung des Manifests — obgleich dieses noch keine Regierungshandlung ist — durch die beiden neu bestätigten Ministerpräsidenten vornehmen lassen. Die Rechtsgleichheit aller, die Grundlage des Rechtsstaates, hebt er noch besonders hervor, obschon sie ja in den verfassungsmäßigen Freiheiten mitinbegriffen ist. Mit den Worten aber, daß „er Freiheit und Ordnung im unablässigen Bemühen beschirmen" wolle, bekennt er sich in unzweideutiger Form zu den Grundsätzen des bürgerlichen Staates, die auch das einträchtige Zusammenleben vieler Völker in unserem Nationalitätenstaat sichern. Denn Freiheit und Ordnung sind der geschichtlich beglaubigte Wahlspruch des fortschrittlichen Bürgertums. Dieser Eindruck vertieft sich noch, wenn der Kaiser in den wenigen Worten seines wirtschaftlichen Regierungsprogramms von der „Sicherung der Früchte redlicher Arbeit" spricht, die er allen erwerbstätigen Gliedern der Gesellschaft gewähren will. Die Arbeit ist die Grundlage der Wirtschaft des modernen Staates, der Schutz redlicher Arbeit enthält zugleich die deutliche Abwehr des Parasitentums und des Mißbrauches der wirtschaftlichen Freiheit durch unredliche Erwerbsgier auf Kosten der Früchte redlicher Arbeit.

Alle, die guten Willens sind, können diese ersten Worte des neuen Herrschers nur mit Freude begrüßen. Auf dem Wege, den er mit diesem Manifest betreten hat, kann er nur treue Helfer und Mitkämpfer finden. Möge es ihm beschieden sein, diesen Weg bis zum glücklichen Ende zu gehen und die Segnungen des Friedens zu genießen, den er heute mit seinen Völkern so schwer vermißt.

Hamburger Fremdenblatt 23/XI. 1916.

Eine russische Absage an die Südslawen.

Zu den Gebilden großserbischer Einbildungskraft gehörte von jeher die Zusammenfassung der südwestslawischen Völkerschaften unter das Zepter der Belgrader Dynastie. Diese sollte nicht nur über die Serben Serbiens, sondern auch über die Serben Montenegros und die Kroaten und Slowenen Oesterreich-Ungarns gebieten. Diese Bewegung, die in Oesterreich namentlich von den Slowenen getragen wurde und dort ihre Giftherde in Laibach, Marburg und Cilli hatte, ließ die jugoslawische und wurde von den Tschechen unter die Fittiche genommen. Jetzt erfährt diese Bewegung von Rußland aus eine rücksichtslose Absage. Uns wird darüber gemeldet:

Eine Gruppe südslawischer Kriegsgefangener, hauptsächlich Juristen, hatte sich an den Hauptmitarbeiter der „Nowoje Wremja", Menschikow, gewandt, um dessen Ansicht über die Verwirklichung der sogenannten „Jugoslawia" zu erfahren. In der Nummer vom 7. November gibt er ihnen folgenden Bescheid:

„Unter „Jugoslawia" verstehen die Anfrager offenbar eine Verschmelzung der Serben, Kroaten und Slowenen zu einem Staate unter dem Zepter des Königs Peter. Schon der Umstand, daß Sie, meine Herren Südslawen, mir nicht aus Jugoslawia schreiben, sondern aus dem Gouvernement Perm, legt von einem gewissen tragischen Mißverständnis in Sachen des südslawischen Staates Zeugnis ab. Dieses phantastische Land existiert nicht und hat niemals existiert. Nicht einmal Elemente mit einer irgendwie bemerkbaren Konzentrationskraft sind vorhanden. In zwölf Jahrhunderten hat das serbisch-kroatisch-slowenische Volk nicht verstanden, sich zu vereinigen, sondern nur auseinanderzugehen. Vor dem Kriege war es in staatlicher, religiöser und kultureller Hinsicht zersplittert. Der Krieg hätte beinahe alle Serben unter dem Stiefelabsatz der Habsburger vereinigt, aber selbstverständlich wäre eine solche Vereinigung bitterer als der Tod. Kann man sich jetzt tiefsinnigen Erörterungen über Jugoslawien hingeben, da die Existenz des südlichen und westlichen Slawentums selbst unter einem drohenden Fragezeichen steht? ... Mir persönlich als russischem Slawen sagt das Wort „Jugoslawia" gar nichts, weder meinem Denken noch meinem Herzen. Weder Kroaten noch Slowenen sind damit einverstanden, sich zu vereinigen, wenn der Gesamtstaat serbisch heißen wird; beide sind sehr stolz auf ihre Sondernamen. Dabei zählten die Slowenen vor dem Kriege im ganzen 1½ Millionen. Das ist für eine anständige Stadt nicht einmal zu viel; aber dennoch würden sie jede Verschmelzung mit Kroaten und Serben für die Vernichtung ihrer Nationalität und das Todesurteil ihrer Geschichte ansehen .... Nicht Schwaben und Teutonen richten uns zugrunde, sondern wir uns selbst mit unserer grenzenlosen Kleinlichkeit und unserem Absonderungsinstinkt. Infolge dieses verhängnisvollen Charakterzuges haben die Slawen weder Deutschen noch Ungarn noch Türken den nötigen Widerstand leisten können, und deswegen sind einige Slawen noch bis heute genötigt, das Recht ihrer elementaren Existenz zu verfechten, während sie schon tausend Jahre in Europa der herrschende Volksstamm hätten sein können. Wir Russen sind von allen Slawen am wenigsten von der unheilvollen Absonderungssucht infiziert und deswegen bleiben wir allein von allen Slawen nicht versklavt. Wir mögen im Laufe unserer Geschichte eine Menge Fehler aufzuweisen haben; aber diesen grundlegenden Fehler haben wir nicht gemacht, wenn man nicht den Zwiespalt der Teilfürstentümer dazu rechnen will, der durch das mongolische Joch bestraft wurde."

———*+*———

Reichspost

23/XI. 1916.

Vortrag des P. R. Graf Nostitz-Rieneck über das Wiedererwachen der großdeutschen Idee. Es entbehrte nicht des zeit- und kirchenpolitischen Interesses, nach den Vorträgen Spahns über Bismarck und das Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich den durch seine führende Stellung bei der Zeitschrift „Stimmen der Zeit" bekannten Jesuitenpater Grafen Nostitz-Rieneck Dienstag abend in der Urania über das Wiedererwachen der großdeutschen Idee sprechen zu hören vor einer Zuhörerschaft, die sich aus den ersten Kreisen des Adels, aus katholischen wie gegnerischen Persönlichkeiten verschiedener Berufsklassen zusammensetzte. P. Nostitz ging bei seinen Ausführungen, deren jedes Wort den zünftigen Geographen und Historiker verriet, aus von der geopolitischen Notwendigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses, das allein die geographische Einkreisungsgefahr auf ein Minimum für die Mittelstaaten herabdrücke. Bei der ethnologischen Verschiedenheit zwischen Deutschland als Volksstaat und der Monarchie als Völkerstaat ergebe sich die Tatsache, daß die Interessen beider fast stets konvergieren und fast der Vorteil des einen, einen Nachteil für den andern darstelle. Aus der Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen seit 1848, aus den Aussprüchen der führenden Deutschen von H. v. Gagern und Ketteler auf Bismarck und Bülow schöpfte er die Schlußfolgerung, daß der große deutsche Gedanke sich in der Zukunft mit dem kleindeutschen zu einer Synthese werde vereinigen müssen. Der geistige Ausgleich zwischen Deutschland und Oesterreich in der Aera Leo Thun fand eine gleich glänzende Würdigung, wie die Betonung des Eintretens Bismarcks, noch deutlicher aber des Bischofs v. Ketteler bereits fünf Monate nach dem Kriege von 1866 für diese Synthese des großdeutschen mit dem kleindeutschen Gedanken. Für die Vertreter des katholischen Standpunktes suchte P. Nostitz die letzten geistigen Sperren niederzureißen, die letzten Besorgnisse vor diesem innigen Bunde mit Deutschland wegzuräumen, indem er auf die dem katholischen Gedanken verwandte Universalität und Werbekraft des großdeutschen Gedankens hinwies und betonte, daß die Dezennien, in denen ein Kürnberg seine kirchenfeindlichen und unpatriotischen Aufsätze in Blättern, wie die deutlich gekennzeichnete „Neue Freie Presse", veröffentlichen durfte, längst vorbei seien. Zwischen dem Wahlspruch „Mit vereinten Kräften" von 1849 und dem „Unteilbar und untrennbar" von 1916 liege die reiche geistige Ernte der Regierungszeit Kaiser Franz Josefs. In elementarer Weise brach der Beifall bei den Schlußworten der gedankentiefen Ausführungen über die „österreichische" Pflicht der Deutsch-Oesterreicher los. P. Nostitz schlug heute in der Urania einen Akkord an, der in einer längeren Abhandlung der „Stimmen der Zeit" seinen Ausklang finden dürfte.

Österr. Volkszeitung 23/XI. 1916.

Verbleiben der griechischen Gesandten bei den Zentralmächten.

Rom, 21. November. Die Agenzia Stefani meldet aus Athen: Die Gesandten der Zentralmächte haben den Hofmarschall ersucht, vom König in Abschiedsaudienz empfangen zu werden. Sie haben erklärt, daß ihres Erachtens die sie betreffende Maßnahme des Vierverbandes die Verantwortlichkeit der griechischen Regierung nicht berühre und kein feindlicher Akt von deren Seite sei. Die griechischen Gesandten bei den Zentralmächten werden auf ihren Posten verbleiben. Das Personal der Athener Gesandtschaften der Zentralmächte wird an Bord der „Marienbad" bleiben, bis ein griechisches oder ein sonstiges neutrales Schiff gefunden wird, das geeignet ist, es nach Dedeagatsch zu befördern. Dieses Schiff wird die Flaggen der Gesandten führen, um die Gefahr einer Torpedierung zu vermeiden.

Der Justizminister gab seine Entlassung. Sein Portefeuille übernimmt interimsweise der Minister des Innern.

Frankfurter Zeitung 24/11. 1916.

Griechenland und die Mittelmächte.

Die Mitteilung des griechischen Gesandten in Berlin an die dortige Regierung bestätigt, was man schon aus Meldungen der Ententepresse wußte: Admiral Fournet, der die Seestreitkräfte der Entente in den griechischen Gewässern besehligt, hat die Gesandten der Mittelmächte und ihrer Verbündeten brieflich aufgefordert, Athen und Griechenland auf einem zur Verfügung gestellten Schiffe zu verlassen. Die Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros, die wir im Ersten Morgenblatt veröffentlichten, sagt nicht, daß die Gesandten dieser Aufforderung Folge geleistet haben; doch muß man nach Ententequellen annehmen, daß die Abreise bereits zur Tatsache geworden ist, da die Aufforderung von der Drohung mit Gewalt begleitet war und die griechische Regierung nicht mehr die Macht besaß, dafür zu garantieren, daß sie die Pflicht des Gesandtenschutzes gegen die Rechtsbrecher ausüben kann. Die Gesandtschaften sind nach einer Reutermeldung auf einem griechischen Schiff nach Kawalla gegangen, der griechischen Stadt am gleichnamigen Meerbusen im Aegäischen Meer, die nach dem Uebergang der dortigen griechischen Garnison, wie man sich erinnert, von deutschen und bulgarischen Truppen besetzt wurde und nun den äußersten linken Flügel der deutsch-bulgarischen Verteidigungsstellung gegen die Armee Sarrails bildet.

Man wird annehmen können daß die diplomatischen Missionen in Kawalla bleiben und die Entwicklung der Dinge in Griechenland abwarten werden. Ihre dienstliche Lage wird durch den brutalen Schritt der feindlichen Diplomatie kaum wesentlich verschlechtert: wenn sie bisher frei mit der Regierung König Konstantins verkehren konnten, so war ihnen doch schon seit längerer Zeit jeder briefliche oder telegraphische Verkehr mit ihren eigenen Regierungen unterbunden; mit diesen können sie künftig nun zwar in Verbindung treten, doch werden sie mit dem Athener Hof, bei dem sie akkreditiert sind, keine Fühlung mehr haben, bis sich etwa die Lage von Grund aus geändert haben wird. Man sieht, der rechtswidrige Zustand besteht seit langem; er hat durch das jetzige brutale Vorgehen gegen die individuelle Freiheit der durch das Völkerrecht seit den ältesten barbarischen Zeiten geheiligten Personen nur einen neuen Grad und eine besonders scharfe Betonung erfahren. Es blieb dem Bunde für Recht, Menschlichkeit und Gesittung, als den sich die Entente gerne ausspielt, vorbehalten, bis zu diesem Kriege in der Geschichte ungekannte Methoden einzuführen. Als die Truppen des Generals Sarrail vor einem Jahre widerrechtlich die griechische Stadt Saloniki besetzten und damit neutrales Land zum Kriegsschauplatz machten, ging der französische Heerführer mit derselben Nichtachtung des Völkerrechts gegen die in Saloniki ansässigen Konsuln der Mittelmächte und gegen andere mißliebige feindliche Staatsangehörige vor; man schleppte damals die Verhafteten auf langer Fahrt über die griechischen Inseln nach Aegypten, um sie schließlich in Frankreich an Land zu bringen und endlich in ihre Heimat zu entlassen. Admiral Fournet hat also ein großes Vorbild gehabt, das er nur nachzuahmen brauchte und das er getrost nachahmen durfte, weil die Entente bei ihrem Saloniker Rechtsbruch zwar dem Protest der beleidigten Mittelmächte, im übrigen aber einem unverminderten Wohlwollen bei einem großen Teil der Neutralen begegnet war, die es sich nun einmal in den Kopf gesetzt zu haben scheinen, daß lediglich die Kriegshandlungen der Mittelmächte auf ihre völkerrechtliche Zulässigkeit zu untersuchen sind, während das Verhalten der Entente die Rechtsvermutung der Rechtmäßigkeit ohne weiteres für sich hat.

Wir vernehmen es aus der halbamtlichen deutschen Mitteilung mit Genugtuung, daß die deutsche Regierung bei Griechenland und sämtlichen neutralen Staaten, sowie bei Frankreich und England selbst „gegen diese Verhöhnung des Völkerrechts, der freien Willensbestimmung eines neutralen Staates und die elementarsten Grundsätze internationaler Gesittung" schärfste Verwahrung eingelegt hat. Vielleicht wäre es besser gewesen, nicht diese letzte Brutalität abzuwarten, sondern schon vorher gegen einen Zustand zu protestieren, der wie wir gezeigt haben, sich von dem jetzigen kaum vorteilhaft unterschied. Man hätte den neutralen Regierungen, die sich gerade in letzter Zeit an uns gewandt haben, um Aufklärungen über angeblich völkerrechtswidrige deutsche Maßnahmen zu erhalten, erklären können, daß wir zu solchen Auskünften grundsätzlich gerne bereit sind, jedoch unter der Voraussetzung, daß die neutralen Regierungen dasselbe Interesse bekunden, wenn es sich um völkerrechtswidrige Handlungen unserer Feinde und um Zustände eines neutralen Landes handelt, das die Weigerung, gegen uns in den Krieg zu gehen, mit seiner nationalen Würde und Selbständigkeit bezahlen muß. Kein rechtlich denkender und ehrlicher Neutraler kann eine solche Erklärung als Unfreundlichkeit ansehen, wenn sie jetzt anläßlich des Protestes ausdrücklich oder implicite abgegeben werden sollte. Denn dies ist der einzige Weg, der uns übrig bleibt, um uns gegen eine Fortsetzung solcher Kriegsdiplomatie zur Wehr zu setzen. Der Weg der Vergeltung gegen Angehörige feindlicher Länder ist nach dem anständigen Grundsatz, daß Repressalien nur in gleichen Dingen angewandt werden sollen, ungangbar, denn wir wollen eine anständige Politik auch gegen die Feinde treiben, die anders handeln. Auch der Protest bei Griechenland ist lediglich eine Formsache, da dieser unglückselige Staat nicht mehr für seine Handlungen und Unterlassungen verantwortlich gemacht werden kann. Nur das Rechtsgefühl der Neutralen könnte also Wandel schaffen und der Entente zeigen, daß sie nicht ungestraft über Gesetz, Anstand und Vernunft wegschreiten darf. Die Herren in Paris und London haben für Stimmungen ein feines Gefühl, und sie würden sich hüten, auf diesen Wegen weiter zu wandeln, wenn sie bemerken müßten, wie im neutralen Ausland der Schimmer des Rittertums, den sie an ihren Kriegsschildern tragen, als falsch und schamlos erkannt wird. Dürfen wir noch auf solche Wandlungen hoffen? Jedenfalls möchten wir nichts verabsäumt sehen, durch das sie ermöglicht werden.

Fremdenblatt

24./XI. 1916.

10

Die Abreise der Vierbund-Gesandten.

K. Rom, 23. November. Die Agenzia Stefani meldet aus Athen unter dem gestrigen: Die Gesandten und Konsuln der Zentralmächte und ihr Personal sowie 22 vom Admiral Fournet bezeichnete deutsche Untertanen werden morgen früh Athen verlassen. Sie werden von einem Beamten des Ministeriums des Aeußern und einem höheren Offizier auf den griechischen Dampfer „Mikali" gebracht werden, welcher sie nach Dedeagatsch führen wird. Admiral Fournet unterrichtete direkt die Konsuln der Zentralmächte, daß das gesamte Personal ihrer archäologischen Institute Athen zugleich mit ihnen verlassen müsse.

K. Athen, 23. November. (Reuter-Meldung.) Die feindlichen Gesandten und ihre Umgebung sind mit dem griechischen Dampfer „Mykali" nach Kavalla in See gegangen.

Am Großmast wehten die feindlichen Flaggen.

Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Fremdenblatt 24./XI. 1916.

Ein Armeebefehl Kaiser Wilhelms.

Die Trauer in der deutschen Armee.

K. Berlin, 23. November. Das Wolffsche Bureau meldet:

Das Armee-Verordnungsblatt gibt folgenden Armeebefehl bekannt:

Nach Gottes Ratschluß ist am gestrigen Tage des Kaisers von Oesterreich und apostolischen Königs von Ungarn Majestät nach einer fast 68jährigen reichgesegneten Regierung aus einem arbeitsvollen Leben geschieden.

In aufrichtiger Trauer vereint mit seinem uns in Freundschaft so eng verbundenen Volke, mit seiner Armee, die mit deutschen Truppen auf zahlreichen Schlachtfeldern dieses Weltkrieges in treuer Waffenbrüderschaft gefochten, geblutet und gesiegt hat, stehe ich mit meinem Hause, meiner Armee und dem ganzen Vaterlande auf das schmerzlichste bewegt an der Bahre dieses hochedlen Monarchen und treubewährten Bundesgenossen. Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater in wahrer Freundschaft zugetan, war der hohe Entschlafene mir ein lieber, väterlicher Freund und Berater. Tief wurzelt in unser aller Herz das Gedenken an ihn. Seine hehre Herrschergestalt steht leuchtend in der Geschichte aller Zeiten. Als General-Feldmarschall und Chef zweier Regimenter seit langem in nahen Beziehungen zu meiner Armee stehend, verliert diese in dem verewigten Kaiser einen hohen Gönner, dessen zahlreicher Beweise gnädigen Wohlwollens und lebhaften Interesses sie in steter Dankbarkeit eingedenk bleiben wird. Es wird ihr ein tiefempfundenes Bedürfnis sein, auch die äußeren Trauerzeichen anlegen zu dürfen.

Ich befehle:

1. Sämtliche Offiziere des Feld- und Besatzungsheeres legen, soweit es die gegenwärtigen Verhältnisse gestatten, auf 14 Tage Trauer an.

2. Bei meinem Großen Hauptquartier, dem Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiment Nr. 2 und dem Husaren-Regiment Kaiser Franz Joseph von Oesterreich, König von Ungarn (Schleswig-Holsteinschen) Nr. 16 währt diese Trauer drei Wochen.

3. Während der ersten drei Tage dieser Trauer
   a) flaggen sämtliche militärischen Dienstgebäude in der Heimat Halbmast;
   b) ist ebendort — außer bei Feuerlärm und Alarm — von den Truppen kein Spiel zu rühren.

4. An den Beisetzungsfeierlichkeiten haben Abordnungen — Feld-Uniform mit Helmüberzug — der vorgenannten beiden Regimenter und des 2. westfälischen Husaren-Regiments Nr. 11 in folgender Stärke teilzunehmen:

Vom Ersatz-Bataillon des Kaiser Franz-Garde-Regiments Nr. 2 1 Stabsoffizier, 1 Hauptmann, 1 Oberleutnant, 1 Leutnant; von den beiden Kavallerie-Regimentern je 1 Stabsoffizier, 1 Rittmeister, 1 Oberleutnant, 1 Leutnant.

Großes Hauptquartier, 22. November 1916.

Wilhelm.

Marinebefehl des deutschen Kaisers.

K. Berlin, 23. November. Das Marineverordnungsblatt gibt folgenden Marinebefehl bekannt:

An den Reichskanzler und das Reichs-Marineamt.

Um auch seitens meiner Marine, die in treuer Waffenbrüderschaft gemeinsam mit der österreichisch-ungarischen kämpft, das Andenken meines entschlafenen, treubewährten Bundesgenossen und lieben väterlichen Freundes, des Kaisers von Oesterreich und Apostolischen Königs von Ungarn Majestät, zu ehren, bestimme ich hiedurch:

1. Die Offiziere meiner Marine legen — so weit es die gegenwärtigen Verhältnisse gestatten — auf 14 Tage Trauer an.

2. Die in der Heimat im Hafen befindlichen Schiffe haben vom Tage nach Bekanntwerden dieser Order an unter Setzen von Toppflaggen drei Tage lang halbstocks zu flaggen, österreichisch-ungarische Flagge im Großtopp.

3. In den ersten drei Tagen der Trauer flaggen die militärischen Dienstgebäude auf Halbmast. Während dieser Zeit ist, außer bei Feuerlärm und Alarm, kein Spiel zu rühren.

Sie haben diesen Befehl sogleich der Marine bekanntzugeben.

Großes Hauptquartier, 22. November 1916.

Wilhelm.

Neues Wiener Tagblatt
Abendbl. 24./XI. 1916.

Armeebefehl des Königs von Bulgarien.

Sofia, 23. November. (Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Der König hat folgenden Armeebefehl an die gegen die Rumänen kämpfende 3. Armee gerichtet:

„Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten der 3. Armee!

Die erwarteten besseren Tage für die Vergeltung an unserm treulosen nördlichen Nachbar sind rasch gekommen. Die Vorsehung hat euch Gelegenheit geboten, mit Wucht und in ihrer ganzen Größe eurem neuen Feind die Macht zu zeigen, die euch innewohnt. Unser Nachbar Rumänien hat uns angegriffen, wähnend, daß eure Entschlossenheit, eure Kraft geschwächt worden wären und daß jetzt der Augenblick gekommen sei, sein räuberisches Werk vom Jahre 1913 wieder aufzunehmen.

Seine Unverschämtheit war beispiellos, beispiellos aber auch die Kraft des Orkans, der die feindlichen Horden über die goldenen Gefilde der Dobrudscha, des Sitzes unsres alten Königtums, wegfegte. Der unvergleichliche Sturm auf die Festung Tutrakan, die ruhmvollen Schlachten von Dobric und Silistria, der Angriff auf die mächtig ausgebauten Stellungen bei Kobadin und Toprak Hissar, die Einnahme von Constantza, Medschidie und Cernavoda — all das wird für immer das Sinnbild unbeugsamer bulgarischer Macht sein.

Beseelt von dem Gefühl der höchsten Pflicht gegen das Vaterland, mächtig unterstützt von den tapfren, kriegstüchtigen deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen, in edlem ritterlichen Wetteifer auf dem Felde der Ehre euch verbündeten Truppen habt Ihr Werke geschaffen, die die schönsten Augenblicke in unsrer Kriegsgeschichte kennzeichnen, und Stolz erfüllt mein Herz bei dem Gedanken daran, was eure Tapferkeit vollbracht hat.

Mit unverändertem Vertrauen in eure unerschütterliche Haltung sende ich euch den enthusiastischen Gruß der einigen, gesamten bulgarischen Nation und spreche euch meinen innigen Dank und meine Anerkennung aus, indem ich euch Gesundheit und Kraft zu neuen, noch glänzenderen Taten wünsche. Gott, der Allmächtige, schütze euch! Mit seiner Hilfe wird unser geheiligtes Werk mit einem Triumph abschließen!“

Neue Freie Presse 25/XI. 1916.

Armeebefehl des Königs von Bayern.

München, 24. November.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Seine Majestät der König hat anläßlich des Ablebens Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. nachstehenden Armeebefehl erlassen:

Armeebefehl! Se. Majestät Franz Josef I., Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, ist am 21 d. in Gott entschlafen. In dem dahingegangenen edlen Fürsten betrauere ich mit meiner Armee schmerzlichst des Deutschen Reiches Verbündeten, mit dessen Armee vereint meine Armee im schweren Kampfe steht, sowie den Inhaber meines 13. Infanterieregiments, das seit dem Jahre 1851 die Ehre hatte, des Verewigten Namen zu führen. Als äußeres Zeichen der Trauer der Armee um das Hinscheiden des erhabenen Monarchen ordne ich an:

1. Alle Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere, Beamten der Militärverwaltung im Felde und des Besatzungsheeres legen, soweit es die gegenwärtigen Verhältnisse gestatten, auf 14 Tage Flor am linken Oberarm an. Beim 13. Infanterieregiment und seinen Ersatzformationen dauert diese Trauer drei Wochen. Diese Armeetrauer ist mit Einschluß der zurzeit bestehenden Trauer zu tragen.

2. Die militärischen Dienstgebäude in der Heimat sind bis zum Tage der Beisetzung mit Fahnen in den Landesfarben mit Flor zu beflaggen.

3. An den Beisetzungsfeierlichkeiten hat eine Abordnung in Felduniform mit Helmüberzug des 13. Infanterieregiments in der Stärke von einem Stabsoffizier, einem Hauptmann, einem Leutnant, einem Unteroffizier und einem Mann teilzunehmen.

München, am 24. November 1916.

Gez.: Ludwig. Freiherr v. Kreß.

Frankfurter Zeitung 26./XI. 1916

Prof. Masaryk und die Tschechen.

Professor Masaryk, der ehemalige Lehrer an der tschechischen Universität in Prag und Abgeordnete im österreichischen Reichsrat — die „Times" nennt ihn Abgeordneter im „böhmischen Parlament" — hält sich bekanntlich seit Beginn des Krieges im Auslande auf. Er war zuerst eine Zeitlang in Italien, wurde später auf Grund von Tatsachen, die sich über seine Beziehungen zu österreich-feindlichen Ländern ergaben, wegen Hochverrats verfolgt und seiner Professur entsetzt und erhielt dann von der englischen Regierung an der Londoner Universität einen Lehrstuhl für slawische Literatur und Soziologie. Er hält nun in London Vorträge, in denen er die Mittelmächte vernichtet und für die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns eintritt, daß er damit, solange der Krieg dauert, in London dankbare Hörer findet, ist nicht weiter verwunderlich. Wie hoch sein Wert später geschätzt werden wird, wenn Englands jetzige politische Zwecke nicht mehr in Betracht kommen, wird sich nach dem Kriege zeigen.

Ueber einen der Vorträge, den Prof. Masaryk in Berlington House gehalten hat, berichtet die „Times" in ihrer Nummer vom 14. November. Es heißt in dem „Czech Aspirations" überschriebenen Bericht: Prof. Masaryk sagte, daß in diesem Kriege Böhmen gegen Deutschland und Oesterreich war. Böhmische Regimenter hätten sich geweigert zu fechten. Die Erregung erreichte eine solche Höhe, daß sie einem Aufruhr oder einer Revolution glich. Mehrere seiner Kollegen seien verhaftet worden und einige seiner Freunde seien zu Tode verurteilt, aber nicht hingerichtet worden. Er selbst sei nach Italien entkommen. Eine Art passiver Revolution dauere jetzt noch an. Die Böhmen seien in Wirklichkeit für die Entente. Sie wünschten unabhängig zu werden. Deutschland strebe danoch, Oesterreich-Ungarn und die Türkei der Hauptsache nach zu verschlucken und ein Reich in Asien und Afrika aufzurichten. Das Bestehen Oesterreich-Ungarns gehöre zu diesem Plan, und die Entente müsse Oesterreich-Ungarn zerstückeln. Geschehe das nicht, so könne man keinen dauernden Frieden schaffen.

Das, was Prof. Masaryk über die Haltung der „Böhmen", womit natürlich die Tschechen gemeint sind, aussagt, steht in scharfem Gegensatz zu den Versicherungen unbedingter Ergebenheit, die soeben erst vom Tschechischen Verbande und auch früher schon von tschechischen Vertretungen abgegeben worden sind. Ob die Tatsachen mehr Herrn Masaryk Recht geben, der sich früher einen „Realisten" nannte und in der Oeffentlichkeit stets wie auch Herr Kramarsch behauptet hat, er arbeite im wahren Interesse des österreichischen Staates, oder ob sie ihn Lügen strafen und die Versicherungen tschechischer Loyalität bestätigen, das ist eine Frage, die man sich in Wien wohl zu beantworten wissen wird. Daß tschechische Zeitungen und Vertretungen schon vor Monaten Herrn Masaryk entrüstet für einen Lügner und Verräter erklärt haben, mit dem man keine Gemeinschaft haben könne, ist bekannt. Herrn Masaryk hält das aber nicht ab, sich doch in einem Ententelande als Wortführer der „Böhmen" aufzuspielen. Welches Recht er dazu hat, und ein wie großer Teil seines Volkes wirklich hinter ihm steht, das mögen seine Landsleute mit ihm ausmachen, die wirklich allen Grund haben, durch die Tat zu zeigen, daß er nicht ihr Vertreter ist. Denn es ist wohl möglich, daß Herrn Masaryk sein „Realismus" zu hoffen gestattet, er könne nach dem Kriege, auch wenn Oesterreich nicht seinem Wunsche entsprechend „zerstückelt" wird, in Prag, Belgrad, Wien und Moskau seine segensreiche Tätigkeit wieder aufnehmen. In London wird alsdann kaum mehr viel Interesse für das Recht der kleinen Völker vorhanden sein, außer bei den Idealisten, die auch vor dem Kriege dafür eintraten, aber bei der mit Rußland eng verbrüderten Regierung wenig Gehör fanden. In dieser Hinsicht ist bezeichnend, was der Vorsitzende der Versammlung, in welcher der oben wiedergegebene Vortrag gehalten wurde, Sir D. M. Wallace, nach dem knappen Bericht der „Times" dazu bemerkte. Er stimmte, heißt es, mit Masaryk darin überein, daß die kleineren Nationalitäten, „solche wie Böhmen" — von den 2½ Millionen Deutschen in Böhmen weiß man wohl in England nichts oder will nichts wissen — besonders nützlich (particularly useful) in der Vereitelung deutscher Pläne sein könnten. Sie müßten aber, bevor man über Einzelheiten reden könne, warten, bis der Frieden näher komme. Wenn aber der Friede näher kommt, und es sich dabei herausstellt, daß die kleineren Nationalitäten nicht mehr „particularly useful" sind, werden vielleicht auch Herr Masaryk und seine Freunde in Böhmen erkennen, daß es eine große Täuschung gewesen ist, sich auf die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns durch England und Rußland zu verlassen und vielleicht werden sie dann finden, daß es am klügsten ist, die Dauer dieses Reiches als gegeben anzunehmen. Oder werden diese „Realisten" auch dann im Stillen auf die nächste „Zerstückelung" hoffen und für sie arbeiten?

Fremdenblatt.

26/XI. 1916.

17

Die ausgewiesenen Vierbundvertreter in Kavalla.

K. Sofia, 25. November. (Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur.)

Die Mitglieder der diplomatischen und Konsularvertretungen der verbündeten Mächte in Athen, die in flagranter Verletzung des Völkerrechtes und der Souveränität Griechenlands vom französischen Admiral ausgewiesen worden sind, sind gestern im Hafen von Kavalla eingetroffen. Sie hatten die Fahrt auf Kosten der griechischen Regierung mit einem griechischen Schiff gemacht. Die griechische Regierung bezeugte ihnen alle ihrer Lage gebührenden Rücksichten. Vor ihrer Abreise erhielten die Gesandten den Besuch zahlreicher griechischer Notabilitäten, darunter insbesondere mehrerer ehemaliger Ministerpräsidenten, die ihnen ihr tiefes Bedauern und ihre unwandelbare Sympathie zum Ausdrucke brachten. Bei der Abreise wurden sie vom griechischen Minister des Aeußern und dem Hofmarschall sowie einer sehr großen Zahl von Zivil- und Militärpersonen begrüßt.

Königin Sophie entbot ihnen vom Hafen Piräus aus ihren letzten Gruß, nachdem die Vertreter der verbündeten Mächte sich bereits an Bord des Schiffes begeben hatten.

Die Zeit 27./XI. 1916.

Das italienische Kammerprogramm.

Ein Friedensantrag der Sozialisten.

KB Lugano, 27. November.

Die amtlich bekanntgegebene Tagesordnung für die Sitzungen der am 5. Dezember wieder zusammentretenden italienischen Kammer stellt in die erste Linie die Erörterung der wiederholt hinausgeschobenen Gesetzentwürfe zugunsten der Kriegerwaisen und Kriegsinvaliden. Hierzu sind zahlreiche Redner eingeschrieben, so daß dieser Punkt der Tagesordnung und die vom Schatzminister zu gebende Darstellung der Finanzlage den weitaus größten Teil der Sitzungen ausfüllen dürften.

Für die politischen Erörterungen würde der Ausgangspunkt durch einen Gesetzentwurf gegeben werden, in dem die Regierung ein neues Budgetprovisorium und die hierin inbegriffene Verlängerung der Kriegsvollmachten verlangt.

Die sozialistische Kammerfraktion gedenkt jedoch für die politische Auseinandersetzung einen größeren Spielraum zu erwirken, indem sie einen Beschlußantrag zum Thema „Kriegsziele und Friedensschluß" einreichen wird.

Die Presse legt bei Besprechung des sozialistischen Beschlußantrages weniger Gewicht auf denjenigen Teil, der, von den Erklärungen des englischen Premierministers und des deutschen Reichskanzlers ausgehend, die Möglichkeiten und Richtlinien eines allgemeinen Friedensschlusses sowie eine Initiative der italienischen Regierung durch Vermittlung der neutralen Staaten einen Kongreß bevollmächtigter Vertreter der Kriegführenden zwecks Friedensschlusses herbeizuführen, befürwortet, sie hält sich vielmehr an Punkt 2 des sozialistischen Beschlußantrages, der von der Notwendigkeit des freien und ruhigen Zusammenlebens aller großen und kleinen europäischen Staaten auf der Grundlage der Achtung der Nationalitäten spricht.

Giornale d'Italia, Popolo d'Italia, Secolo, Corriere della Sera und Corriere d'Italia sehen als Gewähr für die seitens Italiens als zureichend anzuerkennende Achtung der Nationalitäten die Abtretung der von italienisch sprechender Bevölkerung bewohnten Gebietsteile Oesterreich-Ungarns an Italien an, doch bestehe hierzu bei Oesterreich-Ungarn keine Neigung.

Die genannten Blätter verweisen auf eine vom Minister Commandini im Pariser italienischen Irredentistenverein gehaltene Rede, in der der Minister sagte, daß es für Italien unumgänglich notwendig sei, Triest, Fiume und Dalmatien zu erwerben und daß Italien hierfür bis zum äußersten kämpfen wolle, und verwerfen sonach den sozialistischen Beschlußantrag als schlechten Scherz.

Der einzige Fortschritt, den der sozialistische Avanti in seinem von der Zensur mehrfach unterbrochenen Kommentar zum erwähnten Beschlußantrag zu verzeichnen vermag, ist die Tatsache, daß die Regierung jetzt die Veröffentlichung des Beschlußantrages, die sie vor wenigen Wochen verboten hatte, zugelassen und den anschließenden Erörterungen über die Friedensmöglichkeiten in der Presse vergleichsweise schwache Schranken gesetzt hat.

Vossische Zeitung 28/XI. 1916.

Anatole France über den Frieden.

Anatole France äußerte sich kürzlich, wie die „Friedenswarte" vom November meldet, in einem Gespräch mit einem angesehenen schweizerischen Gelehrten wie folgt: „Ich habe mich während des Krieges von allen Erklärungen fern gehalten, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß der wahre Kulturmensch erst dann ein Urteil fällen soll, wenn er von den Dingen, die er beurteilen will, den nötigen Abstand erlangt hat. Wir stehen zu dicht vor dem grauenvollen Kriegsgemälde und empfinden infolgedessen noch nicht die große, erschütternde Wirkung des ganzen Bildes, sondern sehen nur wüste, seltsame Farbenflecke. Bis jetzt sind auch die Ursachen des Krieges nicht klar zu erkennen; was darüber gesagt wurde, kann man glauben oder nicht. Wir werden erst nach vielen Jahren, und dann auch nur durch gründliche, unparteiische Untersuchungen, imstande sein, festzustellen, was zum Kriege geführt hat. Das Unwetter stand schon seit vielen Jahren am Himmel, und wir haben es alle heraufziehen sehen. Wir wußten, daß eine Auseinandersetzung kommen müsse; eine kluge Diplomatie hätte sie vielleicht verschieben, aber nicht verhindern können. Was kluge Diplomaten nun aber vorbereiten und zustandebringen können, ist die Arbeit für den Frieden. Es wäre töricht, wenn man leugnen wollte, daß der Friedenswille überall stark entwickelt ist. Ich gebe zu, daß der Deutschenhaß im französischen Volk sehr groß ist, aber das Verlangen nach Frieden ist noch größer und stärker. Wir in Frankreich glauben natürlich, daß wir siegen werden, und ebenso natürlich ist es, daß die Deutschen an ihren Sieg glauben. Aber es scheint beinahe, daß wir Franzosen, um den Sieg zu erlangen, die ganze männliche Kraft Frankreichs opfern müssen. Ich weiß nicht, ob ein verständiger Diplomat unserm gemarterten Lande dieses furchtbare Blutvergießen nicht durch einen diplomatischen Sieg, der die Strategen entlastete, ersparen könnte. Der Friede würde vielleicht nicht mehr so fern sein, wenn man auf der einen Seite zu erkennen gäbe, daß man bereit sei, die andere ruhig anzuhören. Aber bis jetzt klingt bei uns aus jeder halbamtlichen Erklärung nur Haß und Wut, und das Schlachten geht weiter. Berge von Leichen stapeln sich auf, und ein Hagel von Eisen durchwühlt den schönen französischen Boden. Jede amtliche Erklärung läßt den Eisenregen zunehmen, jedes Wort des Hasses von Seiten der Leiter der Regierung (die nicht immer die Meinung des Landes aussprechen) mordet Hunderttausende. Es wäre besser, wenn in Ministerien und Parlamenten vorläufig nur hinter geschlossenen Türen gesprochen würde. Die Menschheit will keine Worte des Hasses und der blinden Wut mehr hören, ihre Ohren sind des gifterfüllten Geschreis müde geworden. Jeder verlangt nach der himmlischen Musik des Friedens. Mütter, Frauen und Kinder wünschen, daß der Sohn, der Mann, der Vater wieder zurückkehre, wieder mit ihnen am Tische sitze und wieder den Spaten zur Hand nehme, um den vaterländischen Boden zu bebauen. Wenn die Männer wieder in die Werkstätten, in die Fabriken, in die Kontore und in die Hörsäle zurückgekehrt sein werden, werden nicht mehr die Namen genannt werden von denen, die sie in den Krieg geführt haben, sondern der Name des Mannes, der sie aus der Hölle von Feuer und Eisen, von Mord und Blut wieder nach Hause brachte, des Mannes, der den Frieden brachte. Wer wird dieser Mann sein?"

Neue Freie Presse 28/XI. 1916.

Protest Oesterreich-Ungarns gegen die Ausweisung der Vierbundsgesandten aus Athen.

Wien, 27. November.

Wider das Vorgehen der Entente gegenüber den am griechischen Hofe beglaubigten Gesandten Oesterreich-Ungarns und seiner Alliierten hat die k. u. k. Regierung bei den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Rußlands Protest erhoben. Von diesem Protest wurde den Regierungen der verbündeten und der neutralen Staaten Mitteilung gemacht.

Die deutsche Uebersetzung des Protestes lautet wie folgt:

„Die k. u. k. Regierung hat erfahren, daß der französische Befehlshaber der vereinigten Seestreitkräfte der Entente in den griechischen Gewässern unter Androhung von Gewalt den k. u. k. Gesandten in Athen sowie die dortigen diplomatischen Vertreter der mit Oesterreich-Ungarn verbündeten Staaten und das Personal ihrer Gesandtschaften und Konsulate gezwungen hat, Griechenland zu verlassen.

Dieser Gewaltakt, durch welchen die Zahl der von den Ententemächten im Laufe dieses Krieges begangenen Verletzungen des internationalen Rechtes eine neuerliche Erhöhung erfährt, zeigt mit voller Deutlichkeit, daß diese Mächte die heiligsten Grundsätze des Völkerrechtes ohne Unterlaß mit Füßen treten.

Die österreichisch-ungarische Regierung protestiert aufs entschiedenste gegen das geschilderte Vorgehen, welches eine Verhöhnung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit der Gesandten und ein Attentat auf die souveränen Rechte eines neutralen Staates darstellt.

Die Zeit 29./XI. 1916.

Wilsons Außenpolitik.

Die großen akuten Fragen.

KB New-York, 20. November.
(Funkspruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus. Verspätet eingetroffen.)

Associated Preß veröffentlicht eine offenbar inspirierte lange Depesche aus Washington, worin die verhängnisvolle und verwickelte internationale Lage sowie die Stellungnahme des Präsidenten Wilson erörtert werden, der jetzt nach der Wiederwahl handeln könne, ohne befürchten zu müssen, daß irgendein Schritt von ihm fälschlich als durch den innerpolitischen Kampf beeinflußt aufgefaßt werde.

In der Depesche heißt es: Der Präsident muß sich entscheiden, wie sich die Vereinigten Staaten einerseits der durch den deutschen Unterseebootkrieg geschaffenen Lage gegenüber und andererseits den Handelsbeschränkungen der Ententestaaten und ihrer Alliierten gegenüber stellen sollen, ob eine Gesetzgebung der Wiedervergeltung nachdrücklich betrieben werden soll, ob die überlieferte Lehre der Abgesondertheit zugunsten eines vereinigten Vorgehens der neutralen Staaten aufgegeben werden soll, ob die Vereinigten Staaten eine aggressive oder eine passive Politik gegenüber der Friedenskonferenz, gegenüber dem Krieg nach dem Kriege und der permanenten Liga zur Erzwingung des Friedens, die der Präsident in der Theorie annahm, befolgen sollen. Das Beunruhigendste von diesen Problemen ist das durch die Unterseebootfrage geschaffene Verhältnis zu Deutschland.

Das Verhältnis zu Deutschland.

Unter Hinweis darauf, daß im Falle irgendeiner Art von allgemeinem Unterseebootkrieg Amerika es schwierig finden könnte, Verwicklungen zu vermeiden, führt der Bericht aus: Die amerikanische Haltung ist klar und endgültig festgelegt. Spitzfindigkeiten werden nicht gestattet. Es dürfen keine Schiffe ohne Warnung oder ohne Fürsorge für die Sicherheit der Passagiere auf hoher See oder in Entfernung von der Küste versenkt werden. Eine Erklärung über bewaffnete Schiffe mag von Deutschland geltend gemacht werden, aber würde sie angenommen werden? Außerdem bleibt die „Lusitania"-Angelegenheit noch in Schwebe, da die Versuche, die Streitfrage zu schließen, durch unerwartete neue U-Bootverwicklungen wiederholt gestört wurden. Die Ueberfälle der Unterseeboote an der Küste von New-England waren für die Regierung anstößig, aber der Zwischenfall wurde als vereinzelt betrachtet. Indessen wird gesagt, daß ein Andauern dieser Handlungsweise nicht gestattet würde, da es tatsächlich eine Blockierung der amerikanischen Häfen bedeute.

Die Beziehungen zur Entente.

Der Bericht kennzeichnet die Beziehungen zu den Staaten der Entente und ihren Alliierten als weniger gefährlich, aber vielleicht ärgerlicher, und weist im einzelnen auf die englische Blockade hin, auf die Rationierung der Einfuhr Hollands und Skandinaviens, auf die Verhinderung der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten, falls nicht dafür Gewähr gegeben wird, daß sie nicht an deutschen Firmen gelangt, ferner auf die Beschlagnahme und Zensur der Post schließlich auf die Aufzwingung der schwarzen Liste. Diese Maßnahmen werden als tatsächliche Vernichtung alles Handelsverkehrs der alliierten feindlichen Länder und ihrer Verbündeten und als Ablenkung alles amerikanischen Handels zum Nutzen der Engländer bezeichnet. Unter Hervorhebung des Umstandes, daß die Gesetzgebung der Wiedervergeltung vom Kongreß angenommen ist, um diesen unverantwortlichen Handelsbeschränkungen zu begegnen, führt der Bericht aus: Ein eindringendes Studium wurde der Frage gewidmet, dennoch ist keine Ankündigung von ihrer Anwendung gemacht worden. Das angenommene Gesetz kann alle Punkte der Frage treffen und kann in Anspruch genommen werden, wann immer der Präsident es wünscht.

Die Friedensliga.

Nach Erörterung der verwickelten Frage des Handelskrieges nach dem Kriege und unter Bezugnahme auf die Webb-Bill, die jetzt dem Kongreß vorliegt und die eine Zusammenarbeit unter den amerikanischen Exporteuren ermöglichen soll, heißt es im Bericht: Das wesentlichste von allem ist vielleicht die Empfehlung der Liga der Nationen seitens des Präsidenten Wilson, um die Völker gegen einen neuen Krieg zu schützen. Das englische, das französische und das deutsche Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten billigten den Plan in der Theorie. Was bleibt für die Vereinigten Staaten übrig, als ihn wirksam zu machen?

In Besprechung der letzten Stelle des vorhergehenden Berichtes sagte eine hervorragende politische Persönlichkeit Washingtons, Deutschland mag glauben, es handle geschäftlich klug, wenn es die englische Handelsflotte dezimiert. Möglicherweise ist es in diesem Punkt durch gewisse englische Berichte irregeführt, die offenbar einen doppelten Zweck verfolgen, nämlich Deutschland in seinem sinnlosen Vorgehen zu ermutigen und gleichzeitig die Vereinigten Staaten gegen Deutschland aufzubringen. Mag Wilson in Wirklichkeit Deutschlands Versprechungen für was immer ansehen, es ist klar, daß er sehr stark, wenn nicht hoffnungslos, in Schwierigkeiten verwickelt ist durch die beständigen Gefahren, die sich aus dem Wiederaufnehmen des Unterseebootkrieges ergeben.

Vossische Zeitung
29./XI. 1916

Kriegsziel-Erörterungen.

Vom Kriegsgrund zum Kriegsziel.

Unter diesem Titel gibt soeben die Deutsche Verlagsanstalt eine Schrift heraus, die schon insofern nicht ohne Interesse ist, als der nationalliberale Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer, ihr ein zustimmendes Geleitwort widmet, da der Verfasser aus dienstlichen Rücksichten nicht in der Lage sei, seinen Namen zu nennen.

Als eigentlichen Kriegsgrund erkennt der Verfasser den englischen Widerstand gegen die Einreihung Deutschlands unter die Weltmächte. Die Revanchegedanken in Frankreich und der neidische Deutschenhaß in Rußland waren nur künstliche Mittel, um die Völker für die Teilnahme an dem unvermeidlichen Kriege zu gewinnen. Das Einrücken der Deutschen in Belgien wurde überall als selbstverständlich angesehen, alle Entrüstung darüber ist Heuchelei. Dieser Krieg geht um wirtschaftlichen Besitz. Die wirtschaftliche Macht beruht auf der möglichst uneingeschränkten Fähigkeit, überall in der Welt Handel zu treiben, insbesondere die eigenen Industrirerzeugnisse abzusetzen, überall Kapital nutzbringend anzulegen und alle daheim benötigten Rohprodukte aus eigenen Kolonien zu beziehen. Der Krieg ist für uns gewonnen, wenn wir unsere Gleichberechtigung in der Welt und möglichste Sicherung gegen neue Angriffe erreicht haben. Aber wir dürfen und wollen alles Erreichbare begehren, was uns in Zukunft die Verteidigung erleichtert, was uns also bessere und festere Bürgschaften für unsere Friedensweltstellung gibt. Die Grenzen hierfür liegen erst da, wo die Kraft des Durchsetzens fehlt und wo der Augenblicksgewinn den Keim zu künftiger Schwäche in sich birgt. Ein Einzelprogramm ist unmöglich, ehe die letzte große Waffenentscheidung gefallen ist.

Wir müssen die Vermittelungsformel der Pazifisten: „Es werde keine Sieger und keine Besiegten geben," rundweg ablehnen, und gerade den allergrößten Wert auf Friedensbedingungen legen, die auch dem blödesten Antipoden den deutschen Sieg deutlich machen. Neben der Landabtretung ist die Kriegsentschädigung das offensichtliche Eingeständnis der Niederlage. Aber auch aus sachlichen Gründen muß uns eine reichliche Kriegsentschädigung mehr als erwünscht erscheinen. Absolut notwendig werden für uns gute Handelsverträge sein; Schutz für unsere Produktion und leichte Ausfuhr für unsere Fabrikate. Unsere alten Kolonien können wir nicht loslassen und müssen neue dazu erstreben. Auch aus militärischen Gründen. Wir brauchen unbedingt Flottenstützpunkte an den großen Meeren, um unseren Handel zu stützen und den feindlichen zu bedrohen — bis zur allgemeinen Anerkennung der Freiheit der Meere. Der Wert des Besitzes der flandrischen Küste für die Verwirklichung der Freiheit der Meere bedarf nach dem Verfasser noch der Klärung durch Fachleute.

Am Schluß der Ausführungen heißt es: Noch wissen wir nicht, welche militärische Situation die Grundlage der Friedensverhandlungen bilden wird. Wir hoffen noch fest auf Waffenerfolge, die uns die Feinde so in die Hand liefern, daß wir ihnen die Friedensbedingungen diktieren können. Auch dann wird uns eine kluge Mäßigung im Hinblick auf die Zukunft nicht verlassen, denn es gibt kein Maß von realen Garantien, das dem alleinstehenden Deutschen Reiche die Sicherheit gegen einen Angriff der ganzen Welt zu schaffen vermöchte. Als ruhig Denkende müssen wir aber auch die Möglichkeit ins Auge fassen, daß die Friedensverhandlungen beginnen könnten, ohne daß wir die Bedingungen einfach zu diktieren vermöchten. Da wäre es natürlich ausgeschlossen, daß wir und unsere Verbündeten zu dem jetzt von uns besetzten Feindesgebiet hinzu noch günstige Handelsverträge und Kriegsentschädigungn und die Rückgabe unserer Kolonien oder gar neue Ueberseegebiete und Fltotenstützpunkte gewissermaßen als Zugaben bekämen. Das wären dann alles Handelsobjekte, die, soweit uns ihr Erwerb notwendig erschiene, mit Konzessionen an anderen Stellen erkauft werden müßten. Bevor aber nicht England seine Ohnmacht, den weltwirtschaftlichen Lebensnerv des Deutschen Reiches zu zerstören, eingesehen und eingestanden hat, ist kein Friedensschluß zu erdenken, der auch nur dem mindestfordernden deutschen Pazifisten annehmbar erscheinen könnte.

Frankfurter Zeitung
1./XII. 1916

24

Die Kriegsziele Italiens.

Ein Aufsatz in „New Statesman" vom 11. November führt aus: Italiens Streben nach einer Verstärkung seiner Stellung ist sowohl für seinen Eintritt in den Dreibund wie für seinen Austritt daraus maßgebend gewesen. Wohin es wirklich geht, ist für die Verbandsgenossen wichtig zu wissen, da für künftige gute Beziehungen eine feste baldige Verständigung darüber wünschenswert ist. Ungewißheit auf der einen und Halbwissen auf der anderen Seite können sonst zu Mißtrauen und Verdacht führen. Dabei muß man aber zwischen den Kriegszielen, hinter denen wirklich das Volk und die Regierung stehen, und solchen einer Gruppe unverantwortlicher Chauvinisten unterscheiden. Leider ist die öffentliche Behandlung dieser Frage in Italien fast ganz zum Monopol der kleinen Nationalistenpartei geworden, die der „Avanti" höhnisch, aber anscheinend nicht ungerecht als „vier Korporäle ohne Mannschaften" bezeichnet. Das nationalistische Programm umfaßt folgende Ziele:

1. Das Trentino bis zu den Oetzthaler Alpen.
2. Istrien mit Triest, Pola, Fiume und Ost-Friaul.
3. Dalmatien, Festland und Inseln von der Velebit-Kette bis mindestens an die Narenta.
4. Süd- und Mittel-Kleinasien, einschließlich der Bagdadbahn von Mersina an und als Ersatz für den Verzicht auf Alexandrette die Westküste bis Haidar Pascha und Ismid.
5. Zur Abrundung Libyens: die Oase Jarabub (von Aegypten) und die Karawanenstraße Ghadames—Ghat im Westen (von Tunis), freier Gebrauch der Karawanenstraßen zum Tschad-See und freier Handel mit Borku und Tibesti.
6. In der äthiopischen Gegend Anerkennung von Italiens ausschließlichem Einfluß.
7. Abrundung des italienischen Somali-Landes durch Abtretung des englischen und französischen Somali-Landes und der Nordostecke von Britisch-Ostafrika bis zum Rudolph-See und des Juba-Tals.
8. In Arabien: Neutralisierung des Hedschas und ausschließlich italienischer Einfluß im Yemen.

Man darf annehmen, daß die Ansprüche, die die italienische Regierung den Verbandsregierungen bekannt gegeben hat, alles, was die Masse der italienischen öffentlichen Meinung ernstlich verlangt, darstellen und daß in Bezug auf Dalmatien etwaige Abänderungen nicht ausgeschlossen sind. Davon ausgehend darf man, um das Höchstmaß der unmittelbaren Kriegsziele zu bestimmen, aus dem nationalistischen Programm Fiume unter 2) und die Punkte 4, 5, 7 und 8 ganz streichen. Da aber, was 4) betrifft, anfangs 1915 ein Abkommen über Kleinasien zwischen England, Frankreich und Rußland geschlossen worden ist, darf man angesichts des inzwischen erfolgten vollständigen Eintretens Italiens in den Krieg eine Wiederaufnahme der Verhandlungen in dem Sinne erwarten, daß alle vier Mächte an der Aufteilung beteiligt werden. Aber selbst dann wird man kaum anzunehmen haben, daß die anatolischen Ansprüche Italiens soweit gehen werden, wie nach dem nationalistischen Programm. Uebrigens ist die ganze Orientfrage gegenwärtig noch recht problematisch.

Von größerem aktuellen Interesse ist die Frage Dalmatiens. Es scheint so, als ob sich die italienische Regierung Anerkennung ihrer Ansprüche auf einen beträchtlichen Teil von Festland und Inseln Dalmatiens gesichert hätte. Trotz der von den Nationalisten gebildeten „Associazione Nazionale Pro Dalmazia Italiana" darf angenommen werden, daß die extremen Forderungen der Nationalisten nirgends tatkräftige Unterstützung gefunden haben. Das Schweigen dazu darf nicht als Zustimmung gelten. Wären die Demokraten einverstanden gewesen, so hätten sie keinen Grund gehabt, das zu verschweigen, während im umgekehrten Fall innerpolitische Gründe ihr Schweigen verständlich machen. Uebrigens hat sich die Azione Socialista durchaus der südslavischen Sache gegen den italienischen Chauvinismus angenommen, und selbst der „Secolo" hat kürzlich eine mäßig gehaltene, aber klare Verurteilung der eher schädlichen nationalistischen Propagandamethoden ausgesprochen. Bosselli, der vielleicht mehr Imperialist ist als Salandra, wird von den Nationalisten wegen gewisser neuerdings von ihm in Neapel und Mailand gebrauchter Worte als einer der Ihren gezählt; aber seine Neapeler Hinweise auf Italiens Zukunft im Orient waren ganz unbestimmt und zu nichts verpflichtend, während er in Mailand zwar auch von Dalmatien als unerlöstem Gebiet und von Italiens Rolle in der Adria sprach, aber diese doch als eine der Bruderschaft mit anderen Völkern, nicht als eine der Beherrschung charakterisierte. Sein Patriotismus, den er natürlich betont, ist mehr überlieferter und kultivierter, als aggressiver Natur. Bei Sonnino darf man auf Mäßigung zählen und Bissolatis versöhnliche Stellung gegenüber den Slaven ist ganz klar. Die Auffassung außerhalb der extremen nationalistischen Kreise, die über nur fünf Abgeordnete und keinen oder fast gar keinen Einfluß auf das Volk verfügen, darf man dahin formulieren, daß ein gewisses Maß von Empfindung für die Italianität Dalmatiens, eine allgemeine Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Beherrschung der Nordadria für Italiens Sicherheit und ein wachsender Wunsch besteht, einen beträchtlichen Teil Dalmatiens mit Italien vereinigt zu sehen, daß aber andererseits die Regierung und der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung Serbien und dem geplanten Großserbien wohlgesinnt und aufrichtig bestrebt sind, eine freundschaftliche Lösung zur Zufriedenheit beider Teile zu finden, durch die Italiens Seeherrschaft und sichere Handelswege für Serbien erreicht werden.

Neue Freie Presse

2./XII. 1916

Mitteilung Enver Paschas über die Niederlagen Rumäniens.

Halil Bey über die Bedeutung des türkischen Eingreifens in den Krieg.

Konstantinopel, 30. November.

Zu Beginn der Sitzung wurden die Antworttelegramme des österreichischen Reichsrats und des ungarischen Reichstags verlesen, in denen der herzliche Dank für die Teilnahmskundgebung der türkischen Kammer aus Anlaß des Hinscheidens Kaiser Franz Josefs zum Ausdruck gebracht wird.

Sodann nahm die Kammer einen Gesetzentwurf an, wonach das diesjährige Budget des Kriegsministeriums um 15 Millionen Pfund erhöht wird.

Kriegsminister Enver Pascha gab einen Ueberblick über die militärischen Operationen seit der letzten Kammersitzung. Die Ausführungen des Kriegsministers wurden häufig vom Beifall des ganzen Hauses unterbrochen, namentlich als der Kriegsminister mitteilte, daß die türkischen Truppen gemeinsam mit den verbündeten Truppen nahe an Bukarest gelangt seien und sich mit den österreichisch-ungarisch-deutschen Truppen, die von Norden vorrücken, vereinigt haben. Rumänien sei auf dem Punkt von der Karte zu verschwinden.

Als der Kriegsminister von den in Galizien kämpfenden türkischen Truppen sprach, wurde er durch Hochrufe auf das türkische Heer unterbrochen.

In Beantwortung einer Anfrage, betreffend die Ausweisung der Gesandten des Vierbundes aus Athen, gab Minister des Aeußern Halil Bey eine Darstellung der Ereignisse und erklärte, daß die Türkei und ihre Verbündeten die griechischen Gesandten nicht ausweisen würden.

Der Minister stellte sodann, anscheinend als Erwiderung auf gewisse vernunftwidrige Kritiken in der letzten Sitzung des Senats, die gegenwärtige Lage in Griechenland als Beispiel dafür dar, was sich in der Türkei hätte ereignen können, wenn sie geglaubt hätte, neutral bleiben zu können. Der Minister besprach in längeren Ausführungen die Politik der Entente, namentlich die Englands und Rußlands, und verwies darauf, daß Rußland die Meerengen in Besitz nehmen wolle, während England unter dem Vorwand, den Militarismus zu vernichten, den deutschen Handel vernichten wolle. Die Regierung, schloß der Minister, ist glücklich, daß es ihr gelungen ist, durch die Teilnahme an diesem Krieg die seit 150 Jahren bestehenden Pläne zur Aufteilung der Türkei ins Meer zu versenken.

Die Erklärungen des Ministers des Aeußern wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Fremdenblatt

3./XII. 1916

27

Unser Athener Gesandter in Wien

Eine Unterredung mit Herrn Dr. v. Szilassy.

Vorgestern traf Herr v. Szilassy, der seit drei Jahren Oesterreich-Ungarn als Gesandter in Griechenland vertritt, in Wien ein. Herr v. Szilassy wurde ebenso wie sein deutscher, türkischer und bulgarischer Kollege durch den Zwang, den die Entente ausübte, trotz des Protestes der griechischen Regierung gezwungen, Griechenland zu verlassen. Herr v. Szilassy hatte die Freundlichkeit, einen unserer Redakteure zu empfangen und machte demselben folgende Mitteilungen:

„Die Ausweisung der Vertreter des Vierbundes aus Griechenland hat in Athen für die Entente einen überaus ungünstigen Eindruck hervorgebracht. Das hellenische Volk fühlte sich in seiner Würde gekränkt, und es war durch das Vorgehen der Entente um so mehr verletzt, als die griechische Nation von altersher die Gastfreundschaft als eine heilige Pflicht betrachtet hat. Es kamen uns auch Sympathiebeweise aus allen Kreisen der Gesellschaft zu. König Konstantin empfing mich einige Tage vor meiner Abreise und legte mir gegenüber eine aufrichtige Freundlichkeit an den Tag. Auch alle Prinzen des königlichen Hauses hatte ich noch Gelegenheit, zu sehen und zu sprechen. Hervorragende griechische Staatsmänner der verschiedensten Parteien, natürlich mit Ausnahme der Veniselisten, besuchten mich und alle drückten mir — einige mit Tränen in den Augen — ihr tiefes Bedauern über die Gewalttat der Entente aus. Die ungünstige Stimmung, welche für unsere Gegner im griechischen Volke Platz gegriffen hat, ist durch den jüngsten völkerrechtswidrigen Akt unserer Ausweisung gesteigert worden und die Entente hat sich dadurch selbst nur Schaden zugefügt. Die jüngsten Ereignisse in Rumänien, welche in Athen den tiefsten Eindruck hervorriefen, haben selbstverständlich dazu beigetragen, die Abneigung des Königs und des Volkes gegen das Verlassen der Neutralität ganz bedeutend zu erhöhen.

König Konstantin ist fest entschlossen, an der Politik, die er als im Interesse seines Staates für richtig erachtet, unbedingt festzuhalten und der Neutralität treu zu bleiben. Er findet bei diesem Bestreben den stärksten Rückhalt bei der Bevölkerung. Nichts ist widersinniger als die in der Ententepresse und von den Ententestaatsmännern immer wiederholte Behauptung, König Konstantin übe eine Gewaltherrschaft aus und zwinge das griechische Volk wider dessen Willen, sich nicht an der Seite unserer Gegner an dem Kriege zu beteiligen. Jedermann, der die hellenische Nation und die Geschichte Griechenlands kennt, weiß, daß es kein demokratischeres Volk gibt wie das griechische und keines, welches sich der Gewalt weniger fügt. Nur weil hinter dem König Konstantin das griechische Volk steht und weil sein Auftreten der Gesinnung der Hellenen entspricht, ist es ihm möglich, mit zäher Festigkeit die Politik zu verfolgen, die er als die vorteilhafteste für Griechenland erkannt hat. Der König macht eben griechische Politik und nichts als griechische Politik und findet daher bei seinem Volke den stärksten Rückhalt. Venizelos ist in Altgriechenland so ziemlich einflußlos und die weitaus überwiegende Mehrheit des Volkes verurteilt sein Verhalten. Wie die Nation, denkt auch die Armee. Nur eine verschwindende Anzahl von Soldaten und Offizieren ist in das Lager von Venizelos übergegangen. Und dieser Mann, der einst als Retter Griechenlands gepriesen wurde, spielt jetzt eine recht traurige Rolle.

Als der Weltkrieg ausbrach, da standen die Sympathien des griechischen Volkes auf Seite der Entente. Das hat sich nun gründlich geändert. Frankreich genoß früher in Griechenland die größte Beliebtheit und die lebhafteste Zuneigung. Nun ist es aber gerade Frankreich, welches sich an die Spitze der Bedrückungspolitik, die die Entente Griechenland gegenüber verfolgt, gestellt hat. Die französische Regierung ist der treibende Faktor, und England und Rußland sind ihr nur zögernd gefolgt. Der französische Gesandte ist es, der die erste Rolle im griechischen Drama spielt, und je größer früher die Sympathien für Frankreich in Griechenland gewesen sind, desto lebhafter gibt sich die unmutige Enttäuschung über das rücksichtslose und gewalttätige Vorgehen Frankreichs kund. Als die französischen Seesoldaten in Athen erschienen, wurden sie von der Volksmenge mit den Rufen: „Geht nach Verdun, wir sind hier nicht in Kochinchina!“ empfangen. Das griechische Volk ist eben aufs tiefste verletzt und es wird für lange Zeit nicht an die traurigen Tage vergessen, die es jetzt durch die Schuld der Entente erleben muß. Ziemlich indifferent verhält sich der italienische Gesandte; den Italienern ist Herr Venizelos beinahe noch unsympathischer wie König Konstantin, daß sie es vorzögen, Griechenland nicht an der Seite der Entente zu sehen und so die Gelegenheit zu haben, sich auf Kosten dieses Staates zu bereichern.

Welchen Gang die Ereignisse in Griechenland nehmen werden, darüber will ich keine Vorhersage machen. Nur von der einen Tatsache bin ich fest überzeugt: König Konstantin, gestützt auf sein Volk und auf seine Armee, wird unerschütterlich an seinem Entschlusse festhalten, rein griechische Politik zu treiben und infolgedessen nicht in die Reihe unserer Gegner zu treten.“

Neue Freie Presse

3./XII. 1916

28

Der künftige Friedensbund.

Vom Titularbischof von Arbe Dr. Wilhelm Fraknoi.
Generalinspektor v. D. der Museen und Bibliotheken in Ungarn.

Wien, 2. Dezember.

Verehrter Herr Redakteur!

Am traurigen Morgen des Tages, an dem der friedliebendste aller Herrscher, die je eine Krone trugen, inmitten des „menschenmordendsten" Krieges den Frieden bei seinen Ahnen finden sollte, begegneten sich in Ihrem Blatte zwei frohe Botschaften, die den Frieden, zwar nicht den nahen, aber den sicheren, den dauerhaften verkünden; für die Leiden der Gegenwart in den Aussichten der Zukunft Entschädigung verheißen.

Der deutsche Reichskanzler wiederholt die feierliche Versicherung, daß Deutschland bereit sei, den Krieg „durch einen sein Dasein und seine Zukunft sichernden Frieden zu beenden".

Ein österreichischer Lehrer des Völkerrechtes richtet die von der Autorität seines Weltrufes unterstützte Mahnung an die Kriegführenden, daß etwa angestrebte „reale Garantien" die Wahrscheinlichkeit künftiger Verwicklungen enthalten, indessen es „ideelle Garantien" gebe, welche diese Gefahr ausschließen würden.

Ich erblicke darin, daß Sie der Regierungserklärung die akademischen Ausführungen unmittelbar folgen ließen, keinen Zufall. Ich nehme an, daß Sie ihren Zusammenhang markieren wollten.

Wahrlich, Probleme von weltgeschichtlicher Bedeutung vermag nur die Arbeit zu lösen, in der Verwalter der realen Interessen der Völker und Hüter ihrer idealen Güter sich die Hände reichen.

Professor Lammasch vermied es, in die Erörterung der ideellen Garantien einzugehen, er deutet nur an, daß diese in dem Ausbau der Haager Institutionen zu finden wären. Ich denke, daß man nicht säumen sollte, der öffentlichen Meinung und den maßgebenden Kreisen mit der Diskussion der Details Vertrauen einzuflößen und scheue mich nicht, einen Gedanken anzuregen.

Ein jeder Staat, der sich dem von Lord Grey projektierten und von dem Reichskanzler günstig aufgenommenen künftigen Friedensbunde anschließen würde, sollte dem auf die internationale Vermittlungsinstanz bezüglichen Beschlusse in seiner eigenen Rechtssphäre Gesetzkraft verleihen, mit der Bestimmung, daß jedes Staatsoberhaupt, jeder Minister und Parlamentspräsident bei dem Antritte seiner Regierung, seines Amtes und seiner Würde sich mit Eid oder Gelöbnis zur Respektierung und Ausführung dieses Gesetzes ausdrücklich verpflichten.

Diese Methode, die einfach und natürlich wie die des Kolumbus-Eies erscheint, wird wohl nicht die einzige sein, um eine ideelle und doch solide Grundlage des, wenn auch nicht ewigen, doch dauerhaften Friedens herzustellen.

Da die berufensten Vertreter der sich bekämpfenden beiden Mächtegruppen betreffs der Schaffung des Friedensbundes prinzipiell im vollen Einverständnisse sich befinden, scheint kein Hindernis zu bestehen, um die Verwirklichung des Planes vorzubereiten. Um dem Mißtrauen der Kriegführenden, als wollte man auf ihre Entschließung Pression ausüben, vorzubeugen, dürften Lehrer des Völkerrechtes die geeignetesten Vertreter der Staaten zur Ausarbeitung der Vorschläge sein, die von einer neutralen Macht, dem Papste oder dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, einberufen würden.

Sowohl im Vatikan, wo ein ehemaliger Pariser Rechtslehrer die leitende Stelle einnimmt, wie auch im Weißen Hause, wo der Präsident selbst als Rechtsgelehrter sich einen Ruf erwarb, wird man für die Bedeutung des Völkerrechtes volles Verständnis finden.

Die Presse, die im Weltkriege ihre „Großmachtstellung" befestigt hat, wird diese im Dienste des Friedens bereitwillig geltend machen.

In erster Reihe appelliere ich an Sie, Herr Redakteur, mit der Bitte, die weitere Entwicklung und Verwirklichung der von Professor Lammasch angeregten Idee fördern zu wollen.

Ich zeichne mit dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung

Fraknoi.

Reichspost

3./XII. 1916

Die Politik der Türkei im Weltkrieg.

Die Rede des türkischen Ministers des Aeußern.

Konstantinopel, 30. November.

In seiner, im Auszuge bereits veröffentlichten Rede in der heutigen Kammersitzung sagte Minister des Aeußern Halil Bey: Zunächst muß man sich die politische Lage unseres Landes vor dem Weltkriege vor Augen halten. Infolge der Niederlage im Balkankriege war die herrschende Auffassung in Europa über uns die, daß die Türkei sich ihre politische Lage, dank ihrer Armee, erhalten, die aber im Laufe der dreißig Jahre Despotismus ihre Moral verloren hatte, so daß diese Armee nicht mehr als ernste Macht in Rechnung gezogen werden könne, und daß man infolgedessen an eine Teilung der schönen Gebiete, welche das türkische Reich noch besaß, denken müsse; die diesbezüglichen Verhandlungen hatten bereits begonnen.

Mahmut Schefket Pascha und seine Kollegen waren der Ansicht, daß die Niederlage der Türkei nur eine zufällige gewesen sei und daß die Armee weder ihre Kraft noch ihren Heldenmut verloren habe und daß kein Grund zur Verzweiflung vorhanden sei; trotz dieser traurigen Ereignisse könne man das Land retten und ihm seine Größe wiedergeben. In dieser Ueberzeugung nahmen Mahmut Schefket Pascha und seine Kollegen an den Verhandlungen Teil und sandten Missionen nach Europa, um zu versuchen, wirtschaftliche Erleichterungen behufs Herbeiführung des Gleichgewichtes im Budget zu erlangen. Wie bekannt, zielten die zwischen den europäischen Mächten begonnenen Verhandlungen, an denen die Regierung teilnahm, tatsächlich auf die Schaffung von Einflußzonen ab, auf welche jeder Staat für den Fall der Teilung der Türkei rechnete und die von diesen Staaten zu diesem Behufe ausgearbeiteten Pläne waren geeignet gewesen, eine allgemeine Katastrophe für Europa zu entfesseln.

Dies war die auswärtige Lage des Landes zu Beginn des Krieges, eine Lage, welche nicht ohne Einfluß auf die innere Lage war, indem einige Persönlichkeiten, welche gewissen ottomanischen Nationalitäten angehörten, und die sich als Delegierte ihrer Konnationalen ausgaben, Europa durchzogen, um für ein Eingreifen zu wirken, und versuchten, die Sympathien einzelner Mächte herabzumindern. Inzwischen sah sich die Türkei dem Weltkrieg gegenüber. Ich persönlich war zunächst überzeugt, daß die Türkei sich mit ihrer ganzen Kraft jenen, welche gegen Rußland, unseren historischen Erbfeind Krieg führten, anschließen, und um jeden Preis verhindern müsse, daß Rußland in Europa herrsche, was im Falle eines russischen Sieges gewiß wäre. Heute, meine Herren, ist unser Land im Verein mit den Mittelmächten in der Lage, die Vorherrschaft der Moskowiter und ihrer Bundesgenossen niederzuwerfen und erfüllt ritterlich seine Pflicht. (Lebhafter Beifall.)

In zweiter Linie könnte man die Neutralität ins Auge fassen. In diesem Falle würden wir das Schicksal Griechenlands erlitten haben und wir wären den unerträglichen Erpressungen infolge der Meerengen ausgesetzt gewesen. Der Verband würde niemals einer Schließung der Meerengen zugestimmt haben, die für ihn von vitaler Bedeutung sind, und würde sie mit Gewalt besetzen, indem er uns mit all den Mitteln bedrohen würde, die ihm zu Gebote stehen.

Sobald die Türkei einmal von Deutschland losgelöst wäre und dem Vierverband von Angesicht zu Angesicht gegenüberstünde, könnte sie keineswegs dem Vierverband den Krieg erklären, und ich vermag mir keine Regierung vorzustellen, die diesen Mut besitzen würde. Im Falle unserer Neutralität hätten wir nicht diese glücklichen Tage erlebt, wir hätten vielmehr unser Konstantinopel unter dem Joche des Verbandes sehen müssen. Danken wir dem Herrn, daß er uns vom diesem Unglück verschont und der Türkei die gegenwärtige, ehrenvolle Lage gesichert hat.

Die Engländer und Russen verhehlen nicht mehr ihre Ziele. Die Russen wollen sich der Meerenge bemächtigen und ins freie Meer hinaus gelangen. Die Engländer geben vor, die Vernichtung des Deutschtums und des deutschen Militarismus anzustreben, aber in Wirklichkeit haben es die Engländer auf die Vernichtung des deutschen Fortschrittes abgesehen. Es ist nunmehr festgestellt, daß dieser Krieg von Rußland geplant und von England gefördert wurde. Als die Russen den Krieg entfesselten und als die Engländer beschlossen, ihnen ihre Hilfe zu gewähren, mußte jede Regierung aufmerksam die Lage erwägen. Das haben wir getan und darum stehen wir an der Seite der Mittelmächte. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung, welche durch ihre Handlungsweise eine große Verantwortung auf sich nahm, dankt heute Gott, daß sie diesen Weg gegangen ist, indem sie dem Reiche seine Ehre wiedergab. Die Regierung war überzeugt, daß sie, indem sie sich auf die Seite der Mittelmächte stellte, das Land vor einem unglücklichen Ende rette. Die Ereignisse, welche sich seit zwei Jahren abspielen, bestätigen diese Ueberzeugung. (Lebhafter Beifall.)

*

Der Angriff auf Aegypten nicht aufgegeben.

Konstantinopel, 30. November.

Bei Unterbreitung der neuen Kriegskredite hielt Kriegsminister Vizegeneralissimus Enver Pascha eine Rede, worin er zunächst erklärte, daß die angesprochenen Kredite sich auf einen weiter reichenden Zeitraum beziehen, und sodann fortfuhr: Wenn wir auch den Krieg sobald als möglich zu beendigen wünschen, so haben wir dennoch diesen großen Krieg darum gefordert, um den Krieg bis zur Erlangung des Endsieges fortsetzen zu können.

Der Minister gab sodann einen Rückblick auf die Ereignisse auf den türkischen Kriegsschauplätzen, über deren ersten Teil bereits berichtet wurde. Um die auf dem Balkan operierenden bulgarischen und deutschen Truppen zu unterstützen oder vielmehr deren anderweitige Verwendung zu ermöglichen, wurden weitere ottomanische Kräfte nach dem südlichen Balkan entsendet. Die türkischen Truppen wurden in Drama und Serres eingestellt. Der Minister bemerkt, daß die Abkommandierung einer so großen Truppenmacht außer Landes an die verschiedenen Fronten die Lage des Reiches nicht im geringsten gefährde, denn die Türkei besitzt genügende Streitkräfte, um ihr Gebiet zu verteidigen und bedeutende Reserven zur Verwendung außerhalb des Landes

Bezüglich der Expedition in Aegypten erklärt Enver Pascha, daß die türkischen Truppen im Zuge der Operationen in Ostägypten vorrückten, um die Stellung der feindlichen Streitkräfte ausfindig zu machen und sich sodann zurückzogen, um große Operationen vorzubereiten. Der Minister betont ausdrücklich, daß das in Aegypten verfolgte Ziel keineswegs aufgegeben worden sei und daß die entsprechenden Streitkräfte zur richtigen Zeit für die ägyptische Expedition werden verwendet werden.

Vossische Zeitung

3./XII. 1916

Deutsche Verwaltung im besetzten Rumänien.

Amtlich durch W. T. B.

Nachdem große Teile Rumäniens in die Hände der Mittelmächte gefallen sind, ist von diesen eine Verwaltung der eroberten Gebiete eingerichtet worden. An der Spitze dieser „Militärverwaltung in Rumänien" steht der General Tuelff von Tscheps und Weidenbach, der bei Beginn des Krieges Führer des 8. rheinischen Korps war. Ihm unterstehen verschiedene Abteilungen, in denen neben deutschen auch Vertreter der anderen Mittelmächte sind. Die Ausnutzung des Landes geschieht nach genau vorher festgelegten Grundsätzen, die einerseits den Bedürfnissen Rumäniens, anderseits den Bedürfnissen der von England widerrechtlich abgeschlossenen Mittelmächte Rechnung tragen.

Neue Freie Presse
5./XII. 1916

Der Einzug polnischer Legionen in Warschau.

Eine Rede des Generals v. Beseler.

Warschau, 3. Dezember.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Bei der Tafel im königlichen Schloß, die sich an den Einzug der polnischen Legionen anschloß, erhob sich Generalgouverneur General der Infanterie v. Beseler zu einer Ansprache, in der er sagte:

„Meine Herren! Sie werden heute mit mir unter dem Eindrucke stehen, daß Sie einen geschichtlichen, denkwürdigen Tag erleben. Das Königreich Polen zeigte heute der Welt, daß es bereits eine polnische Armee gibt, die nicht nur tapfer und unverzagt im Felde ihre Schuldigkeit tat, sondern auch durch das Einrücken in Warschau gewissermaßen Hand auf ihr Vaterland legte und damit zeigte: Ich bin hier und ich bin willens, mein Vaterland zu schützen! Durch dieses Ereignis wird wohl manchem unserer Feinde ein Licht darüber aufgehen, daß wir hier nicht Spiegelfechterei treiben, sondern daß wir mit eisernem Willen und unbeugsamer Entschlossenheit daran gehen, das ins Leben zu rufen, was wir dem Polenland und der Welt sagten.

Meine Herren! Es ist wohl heute seit 85 Jahren das erstemal, daß das Pflaster von Warschau von dem Tritt polnischer Truppen erdröhnte. Wir Deutschen sahen mit Freuden die frischen jugendlichen Kämpfer, die mit schönem Kriegsruhm von der Front zurückkehrten, um sich einer neuen, nicht weniger wichtigen Aufgabe zu widmen. Sie, meine Herren von den polnischen Legionen, werden uns bei dieser großen Aufgabe, die wir übernommen haben, helfen, und ich bin überzeugt, daß Sie uns gern helfen werden, denn Sie werden in diesem großen, furchtbaren Kriege gesehen haben, daß der deutsche Wille etwas zu bedeuten hat, und wenn der deutsche Wille sich auf eine Sache richtet, die anderen zugute kommen soll, daß er dann auch entschlossen ist, sie den anderen zugute kommen zu lassen.

Sie stehen hier in dem alten polnischen Königsschloß. Hier hinter mir ist das Bildnis des alten polnischen Königs Stanislaus August und über den Türen prangt vielleicht von den Russen übersehen — heute noch der polnische weiße Adler. Also, wenn Sie nun mit einemmal auf polnischem Boden stehen sollen, dann ist dieser polnische Boden wohl heilig. Es soll mir zur größten Freude gereichen, wenn das Ergebnis dieses Tages ein weiterer Schritt in der Entwicklung ist, die wir uns denken und die wir erhoffen. Es ist unser Ziel und Zweck, daß dieses Land, das seit 140 Jahren vergeblich bemüht war, die unwürdige Fremdherrschaft von sich abzuschütteln, jetzt endlich seine eigenen Pfade gehen soll. Wir wollen hoffen, daß es gelingt, alles zu einem guten Ende zu führen.

Zum Schlusse richte ich nun einzig und allein noch eine Bitte an Sie, und diese besteht darin: Bringen Sie uns Ihr Vertrauen entgegen! Wir wissen, welche glühende Vaterlandsliebe in den Herzen der Polen lebt, und wir glauben zu wissen, daß die Polen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß das Heil für ihr Land nicht vom Osten, sondern von einer anderen Himmelsrichtung kommt. Die verbündeten Mächte streben danach, dieses so unendlich entwicklungsfähige Land, das so viel Keime einer großen, bedeutenden Zukunft in sich trägt, geistig und politisch an sich zu fesseln, nicht mit Sklavenketten, sondern mit dem Bande der wirklichen, aufrichtigen und treuen Freundschaft. Arbeiten Sie alle in diesem Sinne mit, und wir haben für das Wohl nicht nur Ihres Vaterlandes, sondern für das Wohl des Erdteiles ein gutes Werk getan. Das neue Königreich — Hurra, hurra, hurra!"

Begeistert stimmten die Anwesenden in diesen Ruf ein.

Alsbald erhob sich Graf Szeptycki und antwortete in deutscher Sprache, wie folgt: „Ich kann im Namen dieses Kaders der zukünftigen polnischen Armee, die auf ihre Vergangenheit und auf ihre Zukunft stolz ist, die ihr entgegenblüht, Eurer Exzellenz hiemit feierlichst versichern, daß alle unsere Gefühle dahin gehen, daß wir unseren Erbfeind, die Russen, im höchsten Grade hassen, und daß wir das allergrößte Vertrauen zu unserem zukünftigen Erzieher, Leiter und Führer haben. Ich bitte daher die Herren, mit mir einzustimmen in den Ruf: Seine Exzellenz Herr General v. Beseler lebe hoch, hoch, hoch!"

Reichspost

5./XII. 1916

Die Uebernahme des Oberbefehls durch Kaiser Karl.

Der Kaiser im Hauptquartier.

Wien, 4. Dezember.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Der Kaiser und König, der mit dem heute verlautbarten Armeebefehl das Armeeoberkommando und somit den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht übernommen hat, traf am 3. Dezember 7 Uhr 40 Minuten früh mit dem Hofsonderzug im Standorte des Armeeoberkommandos zu einem zunächst vorübergehenden Aufenthalt ein.

Wegen der Landestrauer war der Empfang am Bahnhof auf die Meldung weniger Funktionäre beschränkt. Es waren befohlen: Feldmarschall Erzherzog Friedrich und der Chef des Generalstabes Feldmarschall Freiherr Conrad v. Hötzendorf mit ihrem engsten Gefolge, der dem Kaiser zugeteilte königlich preußische Generalmajor v. Cramon, Stationskommandant Oberst Kundmann, Botschafter Graf Thurn, Landespräsident Baron Widmann, Landeshauptmann Graf Larisch-Moennich, Generaldirektor der Kassa-Oderbergbahn Ministerialrat v. Pulzky, fürstbischöflicher Generalvikar Monsignore Kolek und Vertreter der Regierungs- und Ortsbehörden.

Kaiser Karl begab sich, von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt, in das von Feldmarschall Erzherzog Friedrich bewohnte Schloß und hörte dort eine stille Messe.

Dann nahm der Kaiser die Vorstellung der Offiziere des Armeeoberkommandos entgegen und empfing den Herrn Feldmarschall Erzherzog Friedrich, den Feldmarschall Freiherrn v. Conrad, den Stellvertreter des Chefs des Generalstabes und Chef der Operationsabteilung Feldmarschalleutnant Metzger, den Generalquartiermeister Generalmajor v. Kaltenborn, die Abteilungsvorstände, ferner den Landespräsidenten und den Landeshauptmann in besonderer Audienz.

Der Allerhöchsten Mittagstafel waren die beim Armeeoberkommando eingeteilten Generale und die beiden letztgenannten Zivilfunktionäre beigezogen.

Nachmittags nahm der Kaiser vom Chef des Generalstabes den ersten Vortrag in der eben übernommenen Funktion als Armeeoberkommandant entgegen.

Fremdenblatt Abendbl. 6./XII. 1916

Asquith gestürzt.

Bonar Law zum König berufen.

K. Amsterdam, 5. Dezember. Nach einer Meldung aus London hat Premierminister Asquith dem König sein Rücktrittsgesuch unterbreitet.

Der König hat Bonar Law zu sich beschieden.

Die Demission Asquiths angenommen.

K. London, 5. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)

Der König hat das Rücktrittsgesuch Asquiths angenommen.

Lloyd Georges Schritt gegen Asquith.

K. Amsterdam, 5. Dezember. Ein Telegramm aus London meldet: Die Abendblätter berichten, daß Lloyd George demissioniert habe, da ihn Asquith verständigt habe, er könne dem Rate Lloyd Georges wegen Ausschlusses des Premierministers aus dem umzubildenden Kriegsrate nicht beistimmen.

Grey unterstützte Asquith.

K. London, 5. Dezember. Wie verlautet, unterstützen Grey und die Mehrzahl der bedeutenderen Kabinetts-Mitglieder Asquith. Lloyd George verlangte einen kleineren Kriegsrat mit tatsächlich unbeschränkter Vollmacht. Der Premierminister sollte davon ausgeschlossen sein und nur das Recht haben, gegen seine Entscheidung sein Veto einzulegen. Asquith stimmte dem Vorschlage, einen kleineren Kriegsrat zu bilden, zwar zu, war aber im übrigen der Ansicht, daß der Premierminister den Vorsitz im Rate führen müsse; er würde daher eher zurücktreten, als sich irgend einer anderen Abmachung fügen.

Asquiths Entscheidung ist unwiderruflich.

Österr. Volkszeitung
7./XII. 1916

Eine Ansprache des Papstes.

Für den Frieden.

(Telegramm des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Lugano, 4. Dezember. Die päpstliche Ansprache im gestrigen geheimen Konsistorium enthielt, italienischen Zeitungen zufolge, folgende Erklärungen: Der fürchterliche Wahnsinn des Konflikts, der Europa verwüstet, zeigt klar, zu welchen Vernichtungen die Mißachtung der höchsten, die Beziehungen unter den Staaten regelnden Gesetze führen kann. Wir sehen fürwahr in der allgemeinen Völkerumwälzung hier heilige Dinge und sogar im kirchlichen Range hoch gestellte Kultusdiener, die beide nach göttlichem und weltlichem Rechte unantastbar sind, unwürdig behandelt, dort zahlreiche friedliche Bürger unter Tränen der Mütter, Frauen und Kinder von ihrem heimatlichen Herd entfernt, anderswo offene Städte und die unverteidigte Bevölkerung namentlich Luftangriffen ausgesetzt, sowie allenthalben zu Land und zur See Missetaten, welche die Seele mit Grauen erfüllen und zerreißen. Während wir die Fülle von Uebeln beklagen und die auf dieser Erde begangenen Ungerechtigkeiten erneut tadeln, wo und von wem immer sie begangen seien, erflehen wir in Zuversicht die Erhörung Gottes, daß ebenso wie durch die Promulgierung des Kodex für die Kirche so hoffentlich auch für die bürgerliche Gesellschaft eine glücklichere und ruhigere Aera anbrechen möge, nachdem die Ordnung vermöge der Achtung von Gerechtigkeit und Recht wiederhergestellt sein wird, und daß möglichst bald die Morgenröte des ersehnten Friedens erglänze, der den wieder zu Freunden gewordenen Völkern jedes Gedeihen bringen möge.

Neue Freie Presse

9./XII. 1916

Die englische Kabinettskrise.

Lloyd-George Premierminister und Erster Lord des Schatzamtes.

Rotterdam, 7. Dezember.

Aus London wird amtlich gemeldet: Lloyd-George wurde abends vom König in Audienz empfangen. Er nahm den ihm vom König angebotenen Posten des Premierministers und Ersten Lords des Schatzamtes an und leistete den zeremoniellen Handkuß.

Diese Ankündigung zeigt, daß Lloyd-George mit der Bildung des Ministeriums Erfolg gehabt hat.

Das Programm Lloyd-Georges.

London, 8. Dezember.

Das Reutersche Bureau meldet:

Lloyd-George erhielt anläßlich seiner Ernennung zum Premierminister zahlreiche Glückwünsche.

Die Blätter sind alle davon überzeugt, daß er wahrscheinlich eine starke Regierung bilden werde. Von maßgebender Seite wird erklärt, daß Asquith und sein Kreis mit der Regierung Lloyd-Georges ebenso zusammenarbeiten werden wie es Bonar Law zu Beginn des Krieges tat.

Es wird berichtet, Lloyd-George habe der Arbeiterpartei mitgeteilt, daß ein Arbeitsminister werde ernannt werden, der vom Handelsamt alle Arbeiterangelegenheiten, die sich aus dem Munitionsgesetze ergeben, übernehmen werde. Ferner sollen Pläne bestehen, während des Krieges Schiffahrt und Bergbau unter Staatsaufsicht zu stellen. Lloyd-George ließ durchblicken, daß er an die Mobilisierung der bäuerlichen Bevölkerung des Landes zu dem Zwecke der Ausbildung ungelernter Arbeitskräfte denke, um die Lebensmittelproduktion zu erhöhen.

„Daily News" schreiben: Lloyd-George hat der Arbeiterpartei versprochen, daß sie auf der Friedenskonferenz vertreten sein und in allen den Frieden betreffenden Fragen eine Stimme haben solle.

Ueber die Mobilisierung des Reichtums befragt, sagte Lloyd-George, daß seine Politik darauf gerichtet sein würde, die Arbeit der ganzen männlichen Bevölkerung des Landes zu regeln, und daß er daran denke, alle Ersparnisse und Geldanlagen unter die Aufsicht der Regierung zu stellen.

Das Ministerium dürfte beim Zusammentritte des Unterhauses am Dienstag bereits vollzählig sein.

Neues Wiener Tagblatt
9./XII. 1916

Scharfe Angriffe auf Cadorna.

Zürich, 8. Dezember. In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer beanständete der Sozialist Dugoni die Unzulänglichkeit des Ministeriums in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Er stellte fest, daß der Getreide- und Maisanbau in diesem Jahre bei weitem den Bedürfnissen des Landes nicht genügt und daß der Viehbestand verarmte. Die immer wachsenden Schwierigkeiten in der Beschaffung von Fleisch, Zucker und andern Nahrungsmitteln müßten nunmehr Italien und seine Verbündeten zu einer besseren Erkenntnis ihrer peinlichen Lage und der Notwendigkeit eines Friedensschlusses führen. Dugoni mußte seine Rede unterbrechen, weil er einen Ohnmachtsanfall erlitt.

Der Reformist Labriola forderte von der Regierung mehr Rücksichtnahme auf die Rechte des Parlaments, die die derzeitige Regierung ebenso vermissen lasse wie das Ministerium Salandra. Angelegenheiten, die dem Parlament überlassen werden müßten und ohne Schaden überlassen werden könnten, werden von der Regierung im Verfügungswege mißbräuchlich erledigt. Selbst so ernste Entschließungen wie die Kriegserklärung an Deutschland seien ohne die geringste Fühlung mit dem Parlament ausgeführt worden. Viele Regierungsentschließungen widerstreiten den Gefühlen und den Interessen des Landes. So werde die maßlose Vermehrung des Papiergeldes und die Zustimmung zu den Vorsätzen Rußlands in Angelegenheit Polens mißbilligt und die Nachgiebigkeit gegen den russischen Imperialismus gefürchtet.

De Felice wurde während seiner Ausführungen durch den Kriegsminister Morone unterbrochen, der die Heeresleitung gegen die unwürdigen Unterstellungen in Schutz nahm.

Als De Felice erklärte, Cadorna habe eine übertriebene Meinung von sich, wurden diese Ausführungen vom Kammerpräsidenten und vom Ministerpräsidenten Boselli zurückgewiesen, welche auf das wenig sympathische Echo, das eine Kritik Cadornas im Lande finden könnte, aufmerksam machten und sich in Dankesäußerungen für Cadorna ergingen.

Auch Minister Bissolati ergriff das Wort, um seine Korrektheit im Falle Douhet und in seinen Beziehungen zur Heeresleitung darzutun. Bissolati erklärte, daß er persönlich mit aller Kraft entgegen dem Gutachten andrer Leute die Erstürmung von Görz befürwortet und gewollt habe. Ein Konflikt zwischen dem Ministerium und der Heeresleitung bestehe nicht.

Bissolati wurde mehrmals durch Ausrufe des Erstaunens und die Aufforderung zu demissionieren, unterbrochen.

Der Klerikale Soderini befürwortete Begünstigungen der Landleute durch Regierungsmaßnahmen und Staatsmittel.

Der Reformist De Felice wünschte für das Parlament größere Freiheit der Kontrolle und der Kritik der militärischen Operationen, welche von der obersten Heeresleitung selbst gegenüber der Regierung mit einem zu großen Geheimnis umgeben werden. Redner behandelte in eingehender Weise unter großer Erregung der Kammer den Fall des Generalstabsobersten Douhet, der ungeachtet aller Bemühungen von Ministern zu seinen Gunsten vom Kriegsgericht verurteilt worden war, weil er in einer Denkschrift Kritiken der obersten Heeresleitung an mehrere Minister gelangen ließ. Die Heeresleitung weise derart scharf alle Kontrolle ab, daß sie nicht einmal den als Kriegskommissär bestellten Minister Bissolati seine Funktionen ausüben lasse, und daß sie den Deputierten Gortani in Tolmezzo zu drei Monaten Festung verurteilen ließ, ohne das Kammerpräsidium auch nur zu benachrichtigen.

Am Schlusse der Sitzung wurde ein von 33 Deputierten, darunter Luzzatti, eingebrachter Beschlußantrag verlesen, in dem von dem Vertrauen zum Siege, der baldigen Wiederherstellung Belgiens und Serbiens und der Vereinigung ganz Polens zu einem freien unabhängigen Staatswesen die Rede ist.

Ministerpräsident Boselli bemerkte hiezu, daß die Erörterung des Beschlußantrages in diesem Augenblick nicht zweckmäßig scheine und deshalb besser unterlassen würde.

Mehrere Antragsteller erklärten ihre Einwilligung.

* * *

Der Senat verhandelte über die Lage der italienischen Handelsschiffahrt.

Senator Franchetti legte dar, Italien habe mehrere Jahrzehnte gearbeitet, 800 Millionen verausgabt und habe dennoch heute so gut wie keine Handelsflotte.

Verkehrsminister Arlotta anerkannte, daß die Verhältnisse der italienischen Handelsschiffahrt im Vergleich mit denjenigen jedweden andern Landes sehr kläglich seien, und teilte mit, daß mit Mühe und Not vierzigtausend Tonnen Stahl aus England herbeigeschafft worden seien, welche für den Neubau italienischer Handelsschiffe, der auch durch Kredite und andre Maßnahmen werde erleichtert werden, dienen sollen.

Neue Freie Presse

10./XII.1916

43

Italienische Kammer.

Weitere Angriffe gegen Regierung und Heeresleitung.

Zürich, 9. Dezember.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer sprach der Radikale Gasporotto für die Fortsetzung der Anstrengungen bis zu einem Frieden, der vor neuen Kriegen bewahre. Er befürwortete eine starke, wenngleich diktatorische Regierung und ein neues, einheitliches, großzügiges Kommando der Verbündeten, das namentlich auf der italienischen Front eine tiefgreifende militärische Entscheidung herbeiführe und das Heer nicht in kleinen unfruchtbaren Versuchen ermüde und erschöpfe, wie das beispielsweise in den Kämpfen von Oslavija, wo Bataillone begraben wurden, der Fall gewesen sei. Es sei notwendig, die deutsche bürgerliche und militärische Organisation nachzuahmen und die schändlichen, unheimlich ausgedehnten Befreiungen vom Frontdienst zu unterdrücken. Anderseits müsse die Dienstfreudigkeit der Soldaten erhöht werden durch das Versprechen, daß Staat und Gesellschaft in Friedenszeiten vollkommen für sie sorgen werden, sowie durch Einflößung der Siegesgewißheit. Der Redner versicherte endlich die slawische Welt auf dem anderen Adria-Ufer, daß die künftige italienische Herrschaft ihre nationale Eigenart berücksichtigen werde.

Deputierter Treves (Sozialist) führte aus, daß das gekünstelte System des europäischen Gleichgewichtes, das die Diplomatie immer gepflegt habe, der Grund des gegenwärtigen Krieges sei. Die Anerkennung des Prinzips der Gerechtigkeit und der freien Entfaltung aller nationalen Kräfte werde für Polen, Rumänien, die Balkanslawen und Elsaß-Lothringen Heil bringen. Die Kriegführung bis zum Siege würde Keime neuen Hasses und Streites ergeben. Italien dürfe sich nicht für die Engländer und Russen verbluten.

Deputierter Nava anerkennt, daß die Offensiven der Verbündeten und Rumäniens Eingreifen ein sieghaftes Kriegsende nicht aufzuzwingen vermochten. Die Vierverbandsländer wären aber ruiniert, wenn sie jetzt müde würden. Die leitenden Stände müssen daher die Kriegsmoral hochhalten. Dies tun der Klerus und im allgemeinen die Katholiken, die trotz ihrer Grundsätze sich ganz aufrichtig auf den Boden des italienischen Krieges gestellt haben. Der einzig mögliche und erwünschte Friede sei derjenige, der die Anerkennung der Nationalitäten und ihrer Unabhängigkeit bringe. Redners Sympathie gelte auch den unterdrückten Völkern von Belgien, Serbien, Rumänien und Polen.

Finanzminister Meda verteidigte die Rechtmäßigkeit der Einführung der neuen Steuerbestimmungen durch Verfügungen ohne Mitwirkung des Parlaments.

Deputierter Pirolini verlangte genauere Aufklärungen über die Beziehung Italiens zum jugoslawischen Element auf der adriatischen Ostküste und erklärte, der Friede sei jetzt unmöglich, weil der alldeutsche Traum noch nicht ausgemerzt und Deutschland offenbar durch Erschöpfung oder Hunger nicht zu besiegen sei. England, das im Kriege so vielen Profit mache, müsse Italiens Ernährung unterstützen. Das Parlament müsse die Kriegführung wirksamer kontrollieren.

Deputierter Grosso-Campana (Giolittianer) wünschte eine gerechtere Verteilung der Kriegslasten zwischen Industrie und Landwirtschaft, Konsumenten und Produzenten und stellte fest, daß die Regierung die erwünschte Stimmung in der städtischen Arbeiterschaft durch Zahlung übermäßiger Löhne in den Munitionswerkstätten züchtet.

Fremdenblatt

10./XII. 1916

Das Kabinett Lloyd George.

K. Amsterdam, 9. Dezember. Einem hiesigen Blatte zufolge teilt der politische Mitarbeiter der „Times" mit, daß das neue Kabinett vielleicht nur aus 5 oder 6 Mitgliedern bestehen werde, die zugleich den Kriegsrat bilden werden.

Das Kabinett dürfte bestehen aus

Lloyd George als Premierminister und Vorsitzenden des Kriegsrates,

Bonar Law als Schatzkanzler,

Henderson als Arbeitsminister,

Lord Curzon als Lord-Geheimsiegel-Bewahrer und

Lord Milner oder Carson als Minister ohne Portefeuille.

Die übrigen Mitglieder des Ministeriums werden wahrscheinlich sein:

Lord Derby — Krieg,

Balfour — Aeußeres,

Walter Long — Kolonien,

Austen Chamberlain — Indien,

Ellis Griffith — Inneres,

Addison — Munition,

Lord Devonport — Lebensmittelkontrolle,

Sir A. Stanley — Handel,

Fisher — Unterricht,

Lever — Finanzsekretär des Schatzamtes,

Sir Robert Finlay — Lord-Kanzler,

Smith — Generalanwalt,

Cave — Solicitor General,

Lord Robert Cecil — Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten,

Sir George Younger — Staatssekretär für Schottland.

Es ist noch nicht sicher, ob Lord Milner oder Carson die Admiralität übernehmen wird.

Bonar Law wird sich hauptsächlich dem Parlament widmen, so daß Lloyd George seine ganze Aufmerksamkeit wird auf den Krieg konzentrieren können.

Admiral Jellicoe und der Chef des Generalstabes Robertson werden dem Kriegsrat zugeteilt werden.

Das ganze Ministerium wird Dienstag im Unterhause erscheinen.

10./XII. 1916

Der bulgarische Gesandte Radew über den rumänischen Krieg.

Bern, 8. Dezember. Das „Berner Tagblatt" veröffentlicht ein Interview mit Radew, dem bulgarischen Gesandten in Bern, der bis zum Kriegseintritt Rumäniens die bulgarische Regierung in Bukarest vertrat.

Die Ausführungen Radews entkräften neuerlich die Andeutungen gewisser französischer Blätter, wonach die Ententediplomatie in Bukarest von einem zu frühen Eintritt Rumäniens in den Krieg abgeraten haben soll. Der ehemalige bulgarische Gesandte in Bukarest erklärt, die Verhandlungen zwischen Rumänien und den Kriegführenden haben viele Schwankungen durchgemacht. Die Besprechungen mit der Entente nahmen ihren Anfang mit dem Einzug der Russen in Lemberg im Jahre 1914 und wurden mit Nachdruck wieder aufgenommen während der Offensive Brussilows in Galizien. Die Entente machte verschiedene Vorschläge, und besonders war es Briand, der mit allen Mitteln für einen baldmöglichen Eintritt Rumäniens in den Krieg wirkte. Man war fast einig geworden, als Bratianu zwei besondere Forderungen stellte: Erstens die Lieferung schwerer Artillerie für den modernen Krieg und der notwendigen Munition, zweitens die Konzentrierung von 200,000 Russen in der Dobrudscha. Die Ententediplomaten bewilligten die erste Forderung wenigstens auf dem Papier, die zweite Forderung wurde Gegenstand langwieriger Verhandlungen. Die russische Diplomatie versprach schließlich vier Divisionen. Auf stürmisches Drängen der Ententediplomaten erklärte Bratianu, sich im Prinzip mit diesen Beihilfen zu begnügen, zögerte aber noch mit der Kriegserklärung, um noch das Eintreffen der schweren Artillerie und der Russen abzuwarten.

Um die Entscheidung Bratianus zu beschleunigen, griff die Entente zu einem stärksten Mittel. Sie erklärte, die Armee Sarrails sei einzig und allein in Saloniki, um das Eingreifen Rumäniens zu unterstützen, sie werde sich aber zurückziehen, wenn Bratianu sich nicht sofort zur Kriegserklärung entschließe. In diesem Falle werde man Bulgarien freie Hand lassen, um die Dobrudscha wieder zu besetzen. Als auch dieses Mittel noch nicht wirkte, überbrachte am 26. August 1916 der russische Militärattaché Oberst Tatarinow, der soeben aus dem russischen Hauptquartier zurückgekehrt war, Herrn Bratianu ein Ultimatum, sich innerhalb vierundzwanzig Stunden zur Kriegserklärung zu entschließen, sonst würde die russische Armee durch die Moldau marschieren, um Oesterreich-Ungarn anzugreifen. Unter diesem doppelten Druck entschloß sich Bratianu endlich, Oesterreich-Ungarn den Krieg zu erklären, ohne daß die versprochene schwere Artillerie eingelangt wäre und ohne daß die russische Truppenkonzentration in der Dobrudscha stattgefunden hätte.

Auf die Frage, ob Rumänien damit rechnen konnte, daß Bulgarien gegenüber Rumänien neutral bleiben werde, sagte Radew: Dazu lag kein Grund vor. Die bulgarische Regierung hat Bratianu auch nicht einen Augenblick im unklaren gelassen, daß sie treu zu ihren Verbündeten halten werde, sie hat weder direkt noch indirekt Veranlassung zu einer solchen Illusion gegeben. Bratianu wußte also genau, daß die Truppen Bulgariens mit denen der Mittelmächte vollkommen vermengt seien und daß bei uns die Einheit der Front keine Schimäre sei, sondern Wirklichkeit. Damit noch nicht genug, wurde Anfang August, also vier Wochen vor der Kriegserklärung Rumäniens, Bratianu amtlich mitgeteilt, daß Rumänien gegen eine unter Mackensens Oberbefehl stehende Phalanx deutscher, österreichisch-ungarischer, türkischer und bulgarischer Truppen zu kämpfen haben werde. Ebenso wurde Bratianu amtlich Kenntnis davon gegeben, daß Deutschland in Siebenbürgen eine Truppenkonzentration vornehme. Der rumänische Ministerpräsident hielt die Warnungen für Bluff.

Ferner stellte Radew fest, daß das rumänische Volk in seiner Gesamtheit keinen Krieg wollte; das habe man am Tage der Kriegserklärung sehen können, wo allgemeine Bestürzung herrschte. Damals bereits hatte man angefangen, Bratianu für das Unglück verantwortlich zu machen. Schließlich teilte Radew noch mit, er sei am Tage der Kriegserklärung als bulgarischer Gesandter mit seinem gesamten Personal verhaftet und es sei ihm jede Verbindung mit seiner Regierung abgeschnitten worden.

Fremdenblatt
11./XII. 1916

Ein Komplott gegen König Konstantin.

K. Mailand, 2. Dezember. „Corriere della Sera" meldet unter dem 8. d. aus Athen:

König Konstantin hat den Königen von Italien und England sowie dem Zaren telegraphisch mitgeteilt, daß seine Dynastie am 1. Dezember durch ein Komplott, dessen Teilnehmer er in dem Telegramm angibt, erweisbar hätte gestürzt werden sollen.

Reichspost

11./XII. 1916

Vom Monte Citorio.

Szenen in der italienischen Kammer.

Zürich, 10. Dezember.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer egründete der sozialistische Deputierte Lucci eine agesordnung, welche die Mitteilungen der Regierung erwirft. Angesichts der wiederholten Aeußerungen bei en Mittelmächten zugunsten des Friedens hätten die ierverbandsmächte die Pflicht, sie zu erörtern, rstatt darauf zu bestehen, um jeden Preis den Sieg erringen. So mancher Interventionist glaube icht mehr an die Möglichkeit eines olchen Sieges.

Humanitätsgründe müssen endlich das Uebergewicht über alle Vorwände erlangen, welche Imperialismus, Kastengeist, dynastische Interessen u. dgl. zu liefern pflegen. Die französische Kammer habe sich unlängst widersetzt, daß Jünglinge von kam 18 Jahren unter die Waffen gerufen werden, und daß die Blüte des französischen Stammes der Vernichtung entgegengehe. Eine solche Vernichtung werde allseits betrieben. Wenn man in italienischen Kaufläden die österreichische eisenbeschlagene Keule zur Schau stelle, so werde in den Kaufläden Wiens das italienische Dolchmesser ausgestellt.

Bei diesen Worten Luccis, welche von der Kammer gleich allen anderen Reden teilnahmslos hingenommen werden, inszeniert die Preßtribüne einen Skandal. Die Journalisten rufen in den Saal hinab: Feigling! Söldner Oesterreichs! Advokat der Kamorra! Hinaus aus dem Saale! Die Deputierten sind verdutzt. Nur der nationalistische Unterstaatssekretär Foscari reagiert, indem er gleichfalls schreit: Die Journalisten haben recht! Hinaus! Hinaus!

Als auch dies ohne sonderliche Wirkung bleibt, verlassen die Journalisten ihre Tribünen und begeben sich in einen Nebenraum, wo sie eine Tagesordnung abfassen, in der sie ihrer Entrüstung über Luccis Verleumdung der italienischen Soldaten vor den teilnahmslosen Parlamentariern Ausdruck geben. Diese Tagesordnung übersenden sie dem Kammerpräsidenten.

Ueber den weiteren Verlauf der Kammersitzung werden nun bloß offiziöse Berichte herausgegeben.

Zürich, 10. Dezember.

(Italienische Kammer. — Fortsetzung und Schluß.)

Kriegsminister Morrone verwahrt die italienischen Soldaten gegen die Unterstellung, daß sie mit illoyalen Waffen kämpfen. Barbarische und inhumane Waffen zu benutzen habe nur der Feind den schmählichen Vorzug. (Und die italienischen Dum-Dum-Geschosse? D. Red.)

Der Präsident ersucht den Deputierten Lucci, seine Worte zurückzuziehen. Die äußerste Linke protestiert. Großer Lärm. Der Präsident unterbricht die Sitzung für eine Stunde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt der Präsident mit, Dep. Lucci habe seine Worte anders gemeint und sie zurückgezogen. Die Kammer hege höchste Achtung für das Heer und dessen Ruhm (!).

Dep. Lucci erklärt, er nehme seine Worte, die irrtümlich ausgelegt worden seien, zurück. Redner schließt, indem er erklärt, daß die Seelen aller Gefallenen sich jenseits der Schutzengräben im Namen der Menschlichkeit umarmen.

Kriegsminister Morrone gibt, bezugnehmend auf Aeußerungen von verschiedenen Rednern, Versicherungen ab über unablässige Fortschritte in der Herstellung des Kriegsmaterials, das Funktionieren aller Dienstzweige, die Beschützung der Landwirtschaft und die Unterdrückung ungebührlicher Befreiungen vom Frontdienst. Die Kriegsverwaltung ziehe ausgiebig bürgerliche Fachleute für ihre Zwecke heran.

Während Schlußrufe laut werden, erhebt sich Ministerpräsident Boselli zu folgenden Erklärungen:

Die bevorstehende Abstimmung hat hohe politische Bedeutung im Lande, beim Heere und bei den Verbündeten Italiens. Die Abstimmung muß klar und positiv das Vertrauen zum Ministerium zum Ausdruck bringen, das beim Aufruf aller Volksenergien sicher sein muß, die vollkommene und aufrichtige Unterstützung der Volksvertreter zu haben. Die Abstimmung muß auch die nationale Eintracht bestätigen, welche jenen Sieg beschleunigt, zu dem jeder der Verbündeten den vollkommensten und kräftigsten Beitrag leisten muß. Ich behaupte feierlich, das Italien volles Vertrauen zu den verbündeten Mächten hat und durchaus fest in dem Vorsatz ist, mit ihnen bis zum Endsiege herzlich zusammenzustehen. Das Parlament muß wie eine einheitliche Front sein, von der die ungeheueren Anstrengungen ihren Ausgangspunkt haben, die das Land zur Durchsetzung aller seiner Rechte und für den Triumph der Nationalitäten, welcher seinen vorherrschenden Kriegszweck bildet, leistet. Ich bitte, alle vorgeschlagenen Tagesordnungen zurückzuziehen, außer derjenigen des Dep. Camera, welche einfach das Vertrauen zum Ministerium ausdrückt. Die Regierung nimmt auch die Tagesordnung des Dep. Bertesi an, welche Deutschlands grausame Unterdrückung Belgiens verflucht und Belgiens Befreiung wünscht. Die Regierung erklärt, daß der Vierverband die Waffen nicht niederlegen wird, bis die Wiederherstellung der belgischen Nation gesichert ist.

Nach einer kurzen Debatte wird die Tagesordnung Bertesi, die sich für Belgien ausspricht und voll schärfster Ausfälle gegen Deutschland ist, einstimmig angenommen. Ueber die Tagesordnung Camera, welche die Regierungserklärung billigt, wird namentlich abgestimmt, wobei, wie gewöhnlich, nur 45 Deputierte, darunter 3 oder 4 nichtsozialistische, dagegen stimmen, während 376 dafür sind. Erst gegen Ende dieser Abstimmung erscheinen die Journalisten, denen der Kammerpräsident eine angemessene Mitteilung mit der Einladung, wieder zu erscheinen, hatte zugehen lassen, wieder auf der Pressetribüne.

Reichspost

12./XII. 1916

Die Wirkungen des Siegeszuges in Rumänien.

Mackensen an die Stadt Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat anläßlich der Besetzung von Bukarest dem Generalfeldmarschall v. Mackensen die herzlichsten Glückwünsche der Stadt Wien zum Ausdruck gebracht.

Generalfeldmarschall Mackensen erwiderte: „Der Gemeindevertretung der k. k. Residenzstadt Wien danke ich hocherfreut für die warme Beglückwünschung zur Besitznahme von Bukarest durch die mir anvertrauten verbündeten Truppen. Die Folgen des Ereignisses werden hoffentlich auch manche wirtschaftliche Sorge beseitigen!"

Arbeiterzeitung
12./XII. 1916

Ein ernstes Friedenswort.

Der deutsche Reichstag wird morgen Dienstag unter ganz ungewöhnlichen Umständen eine Sitzung halten. Der Reichstag hat sich erst am 2. Dezember vertagt, und die Sitzung wird auf ausdrücklichen Wunsch des Reichskanzlers einberufen. Vorher war Bethmann im Hauptquartier; da dieser Wunsch von dort ausgegangen ist, wird er im Hauptquartier auch entstanden sein. In Berlin sind die führenden Minister aller Bundesstaaten eingetroffen; der Kanzler empfängt heute die Führer der Fraktionen; selbstverständlich, daß jeder fragt, was sich da vorbereitet und wozu und wofür die feierliche Reichstagssitzung einberufen wird.

Denn daß der Reichskanzler, wie es gemeldet wurde, den Reichstag zusammenberuft, um ihm „über die neue militärische Lage in Rumänien Mitteilungen zu machen", ist unmöglich; diese Lage kennt man ausreichend aus den Berichten der Generalstäbe, und wenn noch etwas zu erzählen wäre, so könnte es das Wolffsche Büro melden. Was könnte aber Bethmann sonst zu sagen haben? Es ist klar, daß es gar keine Sache gibt, die so wichtig wäre, daß sie den auffälligen Vorgang verständlich machen könnte. Es sind alle Kriege begonnen worden, ohne daß der Reichstag dabei zusammen hätte kommen können oder brauchen; um zu erzählen, wie die Dinge etwa in Griechenland stehen oder wie das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten beschaffen, das, nebenbei bemerkt, wieder einmal getrübt zu sein scheint, dazu wird man doch nicht eigens den Reichstag berufen. Und bei Bethmann Hollweg, der alles in allem ein wackerer Mann ist und Effekthascherei gewiß nicht liebt, ist es doch ausgeschlossen, daß er eine Schaustellung beabsichtige, sich etwa in den Erfolgen in Rumänien spiegeln wolle; es muß schon etwas Ernstes sein, weswegen der Reichstag morgen zusammenkommt und Bethmann eine Rede halten wird.

Es kann nichts anderes sein, es muß der Friede sein, von dem der Reichskanzler morgen reden will. Die militärische Lage der Mittelmächte ist so, daß niemand glauben kann, sie sprächen vom Frieden, weil sie erkennen, daß sie den Krieg nicht zu gewinnen vermögen. Dieser Einwurf gegen das Nachdenken und Ueberlegen, ob der Friede denn nicht möglich wäre, dieser Einwurf gegen das Reden über den Frieden, der war freilich immer ein Schwindel; die Kriegslage ist durch Reden nicht zu beeinflussen, wird durch sie weder gehoben noch gestört. Und sagen werden die Gegner vielleicht auch jetzt, daß die Friedensrede ein Ausfluß der Hoffnungslosigkeit sei; aber sie glauben selbst nicht, was sie da sagen und schreiben; da sprechen die Dinge eine zu deutliche Sprache. Offenbar soll in einer besonders feierlichen Weise Deutschlands Friedensbereitschaft hervorgehoben werden: dazu wird der Reichstag einberufen und das werden die Gegner von Bethmann morgen vernehmen. Kann nun die von dem rasenden Kriege zerquälte und zermürbte Menschheit hoffen, daß morgen zu der Beendigung des Krieges ein ernstlicher Schritt unternommen wird? Sie würde den Tag dann als einen Tag der Freude eintragen, der die Tage vieler Siege bei weitem übertrifft.

Aber dazu wäre nötig, daß der Reichskanzler nicht bloß sagt, Deutschland sei zum Frieden bereit; dazu wäre schon nötig, daß er auch erkennen läßt, unter welchen Bedingungen Deutschland bereit ist, Frieden zu machen. Es wird zwar viel Staat damit gemacht, daß sich Deutschland als erster Staat zu Friedensverhandlungen bereit erklärt habe, und die Friedensreden Bethmanns werden als Manifestationen einer ungemeinen Friedfertigkeit

ingestellt. Aber was soll daran überraschen, daß der Sieger zum Frieden bereit ist? Warum soll er wünschen, weiter Krieg zu führen, wenn er schon esiegt hat? Er kann sich doch erst mit dem Friedensschluß seines Sieges erfreuen und dessen Früchte pflücken! Daß der Sieger zum Frieden nicht bereit gewesen wäre, t wohl selten vorgekommen; am wenigsten ist ie Bereitschaft bei den Siegern in diesem Kriege berraschend, denen bei der Auswertung ihrer Siege renzen durch die eigene Staatlichkeit gesetzt sind. Die zusagen abstrakte Friedensbereitschaft bringt uns dem rieden nicht näher; nur wenn die Sieger bereit nd, den Gegnern einen billigen Frieden nzubieten, ist auf einen Umschwung zu hoffen.

Der Abend
12./XII. 1916

58

Vor dem Richterstuhl der Völker.

Ein Wort, das gestern in der französischen Kammer fiel, ist hier anzuführen, da der Versuch gemacht wird, das große Ereignis klar zu überdenken, das die heutige Kundgebung der Mittelmächte geschaffen hat. Der französische Abgeordnete Brizon rief die französische Regierung vor den Richterstuhl ihres Volkes, indem er aus dem gepreßten Herzen des Demokraten und Kulturmenschen einen lauten Schrei nach dem Frieden ausstieß. Ein Zwischenrufer antwortete ihm, daß französisches Gebiet von deutschen Soldaten besetzt sei. Der Zwischenrufer, der vielleicht ein ehrlicher Patriot ist, erhält heute durch die Note der Mittelmächte die Antwort: Deutschland und Österreich-Ungarn, das ist der wichtigste Teil der Note, haben keinen Eroberungskrieg geführt. Sie haben ihr Kriegsziel, die Verteidigung ihres Bestandes, erreicht und gehen nicht auf Erwerbungen aus. Welcher vernünftige Grund bleibt einem vernünftigen und ehrlichen Mann unter ihren heutigen Feinden, sich nicht mit den Mittelmächten an den Verhandlungstisch zu setzen, um zu beraten, wie der Greuel zu beenden sei. Wir sagen: Für einen vernünftigen und ehrlichen Mann! Für die Leute, die seit Jahren die imperialistischen Phrasen im Munde führen und sie auch im Krieg nicht verlernt haben, ist der Friede, den die Mittelmächte wünschen, nicht das, was der diplomatische Stil einen guten Frieden zu nennen pflegt. Die Mittelmächte haben in der heutigen Kundgebung ihre eigenen Imperialisten auf den Mund geschlagen. Bleibt den feindlichen Regierungen etwas anderes übrig als im eigenen Hause das gleiche zu tun?

Die Frage der Gebietserwerbungen kann nach den heutigen Erklärungen den Frieden nicht mehr hindern. Die große Frage ist heute eine andere: Ob die angerufene Vermittlung der neutralen Staaten es wird bewirken können, daß der Vierverband seine grundsätzliche Zustimmung zu Verhandlungen erteilt und seine Vertreter zu den Beratungen entsendet. Wenn heute ein Urteil gewagt werden darf, so kann man sagen, daß die Vorbedingungen dazu nicht ungünstig scheinen. Jetzt ist vielleicht der Augenblick gekommen, da Wilson und im Vereine mit ihm die übrigen Neutralen berufen sind, die vielberufene menschheiterlösende weltgeschichtliche Rolle der Friedensvermittler zu spielen. Es steht fest, daß die Neutralen heute insgesamt, die großen und die kleinen, das brennendste Interesse haben, den Krieg beendet zu sehen, der aufgehört hat, für sie bloß eine Quelle der Bereicherung zu sein. Aus fast allen neutralen Staaten liegen Äußerungen dieses Inhalts vor und nicht die schwächsten aus Amerika.

Wilson hat wiederholt erklärt, daß er bereit sei, die Rolle des Friedensvermittlers zu übernehmen. Allein, so fügte er jedesmal hinzu, der Anstoß könne nicht von ihm ausgehen. Wenn eine der kriegführenden Parteien ihm ihre Friedensbereitschaft bekanntgebe, so werde er als Mittler auftreten. Und es ist klar, so fügen wir hinzu, daß Wilson sich dabei nicht darauf beschränken kann, den Briefträger zu machen. Vielleicht auch deshalb nicht, weil ihm der heutige Vorschlag der Mittelmächte nicht ganz überraschend gekommen sein dürfte. Es wird zwar nirgends gesagt, ob die Mittelmächte den Neutralen ihre heutige Note früher angekündigt haben, aber so eigenartig die Note ist, so ganz alle diplomatischen Gepflogenheiten dürften die auswärtigen Ämter in Wien und Berlin doch nicht verlassen haben, als daß sie sie ohne Ankündigung oder ohne jedes Vorfühlen abgesendet hätten.

Die Mittelmächte unternahmen ihren Schritt in einem Augenblicke, da unsere drei mächtigsten Gegner, England, Frankreich und Rußland neue Regierungen erhalten haben. Was der neue russische Ministerpräsident sagte, klang nicht friedlich, von Lloyd-Georges Wirken erwartet man eine Verschärfung der Kriegsstimmung. Über das neue französische Ministerium wissen wir noch zu wenig, um uns eine Meinung machen zu können. Aber wie dem auch sein mag: Wir haben bisher (mit wenigen Ausnahmen) nur die Regierenden der Vierverbandsländer sprechen hören. Die Kundgebung der Mittelmächte prägt nun das Wort vom Richterstuhl der Völker. Die Mittelmächte sagen, daß sie annehmbare Bedingungen machen werden, wenn man die Verhandlungen jetzt beginnen läßt. Wird irgend eine Regierung vor dem Richterstuhl ihres Volkes es verantworten können, diese Einladung nicht anzunehmen? Will und kann uns heute jemand klarmachen, daß die Sehnsucht nach dem Frieden drüben kleiner sein könnte als bei uns und daß nicht jedermann hüben und drüben überzeugt ist, daß kein Kriegsziel die weiteren Opfer wert sein könnte?

Die Zeit
13./XII. 1916

61

Das Friedensangebot.

Zu dem Friedensangebot, das der Vierbund an die Entente ergehen ließ, liegen die erläuternden Reden des deutschen Reichskanzlers und des ungarischen Ministerpräsidenten vor, die über die Gründe und Absichten dieses bedeutsamen Schrittes klares Licht verbreiten. Im deutschen Reichstag wurde von den Führern zweier einflußreicher Parteien, die bekanntermaßen sehr weitgesteckte Kriegsziele anstreben, die Eröffnung einer Debatte über die Kanzlerrede beantragt. Die Reichstagsmehrheit, die den Eindruck der Rede auf das In- und Ausland offenbar nicht trüben lassen wollte, lehnte den Antrag ab. Im ungarischen Abgeordnetenhaus schloß sich an Tiszas Rede zwar eine Debatte, aber sie ergab nur die einmütige Kundgebung des Einverständnisses aller Parteien mit der Friedensaktion. In Oesterreich, wo es zu parlamentarischer Aussprache vorläufig keine Gelegenheit gibt, steht die lebhafte Zustimmung der öffentlichen Meinung außer Zweifel. Aus den anderen verbündeten Staaten, Bulgarien und der Türkei, werden die nächsten Tage sicherlich Beweise der nämlichen Uebereinstimmung bringen. Der ausgesprochene Friedenswille der Vierbundregierungen hat also ihre Völker hinter sich und findet deren ungeteilte Billigung.

Eine Kundgebung, zu der sich die Anschauungen so vieler Nationen von der Nordsee bis an den Persischen Meerbusen vereinigen, ist gewiß eine ernste und große Sache. Aber daß wir und unsere Verbündeten dem furchtbarsten aller Kriege ein Ende gesetzt zu sehen wünschen, kann uns den Frieden nicht bringen, so lange unsere Gegner sich nicht offen zu dem gleichen Wunsch bekennen. Wie die Mehrheit der gegnerischen Völker in diesem Punkt denkt, mag sich erraten lassen, ist jedoch positiv nicht erweisbar. Was aber die derzeitigen Machthaber der Ententestaaten anlangt, die zur Entscheidung berufen sind und an deren Kompetenz wir uns halten müssen, so liegt gerade aus jüngster Zeit eine Reihe von Tatsachen vor, die leider nicht erwarten lassen, daß unser Friedensangebot alsbald eine günstige Aufnahme findet. Eine realpolitische Betrachtung muß mit diesen Tatsachen rechnen. In Rußland ist erst kürzlich ein Ministerpräsident gestürzt worden, der der Neigung zu einem Sonderfrieden verdächtig war, und sein Nachfolger hat sich mit einer Antrittsrede eingeführt, die völlig im Sinne der Kriegsfanatiker gehalten war. In England ist ein Kabinett gefallen, dessen Chef, ein Mann von pazifistischer Vergangenheit, den Kriegstreibern zu lau schien, und an Asquiths Stelle steht nun Lloyd George, der unermüdliche Organisator des Krieges. Eben heute wird von einer Rede des englischen Arbeitsministers Henderson berichtet, der es nach zweieinhalb Kriegsjahren nötig fand, „vor der Gefahr eines vorzeitigen Friedens zu warnen". In Frankreich, wo nach langwierigen Geheimsitzungen der Kammer das Ministerium Briand gegen starke Opposition ein Vertrauensvotum erkämpfte, scheint diese Opposition — übereinstimmenden Berichten zufolge — sich vorwiegend gegen die zu schwächliche Kriegführung des Kabinetts gerichtet zu haben; nach englischem Muster soll nun auch hier das Kabinett umgebildet und innerhalb des Kabinetts eine engere Kriegsexekutive mit weitgehenden Vollmachten eingerichtet werden. In Italien ist zwar die Sozialdemokratie eifrig und konsequent in friedensfreundlichem Sinne tätig, aber die aus Vertretern der Kriegsparteien zusammengesetzte Regierung verfügt über eine große Kammermehrheit. So unerfreulich diese Rundschau über die politischen Machtverhältnisse im gegnerischen Lager ist, man darf sich doch den gegebenen Tatsachen und den Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, verständigerweise nicht verschließen. Allerdings, die Verantwortung, die die Entente-Regierungen auf sich laden werden, wenn sie die ihnen zum Frieden entgegengestreckte Hand brüsk zurückstoßen sollten, wird eine schwere sein, und sie werden an der Last dieser Verantwortung um so schwerer zu tragen haben, je tiefer und nachhaltiger sich bei den von ihnen regierten Völkern der Gedanke festsetzen wird, daß der Friede bereits greifbar nahe lag und daß die entsetzlichen Verwüstungen des Krieges sinn- und zwecklos fortdauern müssen. Also —: wie es unseren Feinden beliebt! Wir wünschen ehrlich den Frieden, wir beweisen unsere Friedensliebe in der stärksten und sinnfälligsten Weise, aber wir sind auch bereit und entschlossen, den Krieg, wenn es nicht anders geht, mit äußerster Kraftanstrengung zum siegreichen Ende zu führen.

Neue Freie Presse
13./XII.1916

Die Ueberreichung der Note Oesterreich-Ungarns.

Wien, 12. Dezember.

In der heutigen amtlichen Verlautbarung über den von den Mächten des Vierbundes zur Anbahnung von Friedensverhandlungen unternommenen Schritt wurde mitgeteilt, daß die Regierungen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, der Türkei und Bulgariens an die in den betreffenden Hauptstädten beglaubigten Vertreter der mit dem Schutze der respektiven Staatsangehörigen in den feindlichen Ländern betrauten Staaten gleichlautende Noten gerichtet haben.

Zur Erläuterung dieses Punktes stellt die „Politische Korrespondenz" fest, daß die Uebermittlung der Note seitens Oesterreich-Ungarns an die Vereinigten Staaten von Amerika als Vertreter der Interessen unserer Staatsangehörigen in Rußland, Frankreich, England, Belgien, Japan, Serbien, an Spanien als Vertreter dieser Interessen in Italien und Portugal und an die Niederlande als Vertreter dieser Interessen in Rumänien erfolgt ist.

Neue Freie Presse
13./XII. 1916

Die Verständigung des Papstes von dem Friedensanbot.

Die Note der deutschen Regierung.

Berlin, 12. Dezember.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Seiner Heiligkeit dem Papst Benedikt XV. ist der Schritt der kaiserlichen Regierung durch folgende Note des Gesandten v. Mühlberg an den Staatssekretär Kardinal Gasparri zur Kenntnis gebracht worden:

Einem erhaltenen Auftrag gemäß beehre ich mich, Eurer Eminenz anbei eine Abschrift der Erklärung zu übersenden, welche die kaiserliche Regierung heute an die Regierungen derjenigen Staaten, mit denen sich das Deutsche Reich im Kriegszustande befindet, durch Vermittlung der mit dem Schutz der deutschen Interessen in jenen Ländern betrauten Mächte gelangen läßt.

Die k. u. k. österreichisch-ungarische, die kaiserlich ottomanische und die königlich bulgarische Regierung drückten ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in Friedensverhandlungen in gleicher Weise aus.

Die Gründe, die Deutschland und seine Verbündeten zu diesem Schritt bewogen, sind offenkundig. Seit zweieinhalb Jahren verwüstet der Krieg den europäischen Kontinent. Unendliche Kulturwerte sind vernichtet, weite Flächen mit Blut getränkt, Millionen tapferer Krieger fielen im Kampfe. Millionen kehren in schwerem Siechtum in die Heimat zurück, Schmerz und Trauer erfüllen fast jedes Haus. Nicht bei den Kriegführenden allein, auch bei den Neutralen lasten die verheerenden Folgen des gewaltigen Ringens schwer auf den Völkern. Handel und Wandel, mühsam in den Jahren des Friedens aufgebaut, liegen danieder, die besten Kräfte der Völker sind der Schaffung nutzbringender Werte entzogen. Europa, sonst der Ausbreitung von Religion und Kultur und der Lösung sozialer Probleme gewidmet, die Stätte für Wissenschaft und Kunst und für jede friedliche Arbeit, gleicht einem einzigen Kriegslager, in dem die Errungenschaften und die Arbeit vieler Jahrzehnte der Vernichtung entgegensehen.

Deutschland führt einen Verteidigungskrieg gegen die Vernichtungsarbeit seiner Feinde. Es kämpft für die reale Sicherheit seiner Grenzen, für die Freiheit seines Volkes, für dessen Anspruch, ungehemmt und gleichberechtigt mit allen anderen Staaten seine geistigen und wirtschaftlichen Kräfte in friedlichem Wettbewerb frei zu entfalten.

Immer offenkundiger haben unsere Feinde ihre Eroberungspläne enthüllt, aber unerschüttert stehen die ruhmreichen Heere der Verbündeten schützend vor den Grenzen ihrer Heimatländer, erfüllt und getragen von dem Bewußtsein, daß es den Gegnern niemals gelingen wird, den ehernen Wall zu durchbrechen. Hinter sich wissen die Kampfreihen das gesamte Volk in hingebender Vaterlandsliebe, entschlossen, seine geistigen und wirtschaftlichen Güter, seine soziale Organisation und jeden Zoll heimatlichen Bodens bis zum Letzten zu verteidigen.

Voll Kraftgefühl, aber auch voll Verständnis für Europas düstere Zukunft bei längerer Dauer des Krieges, voll Mitempfinden für das namenlose Elend und den Jammer der menschlichen Gemeinschaft wiederholt daher das Deutsche Reich im Vereine mit seinen Bundesgenossen in feierlicher Form die schon vor Jahresfrist durch den Mund des Reichskanzlers ausgesprochene Bereitwilligkeit, der Menschheit den Frieden wieder zu geben, indem es an die Welt die Frage stellt, ob sich nicht eine Grundlage für die Verständigung finden läßt.

Se. Heiligkeit der Papst ließ von dem ersten Tage seines Pontifikats an den zahllosen Opfern dieses Krieges seine teilnehmende Fürsorge in reichstem Maße angedeihen. Schwere Wunden sind durch ihn gelindert, die Geschicke Tausender von der Katastrophe Betroffener erträglicher gestaltet. Im Geiste seines hohen Amtes nahm Se. Heiligkeit auch jede Gelegenheit wahr, um im Interesse der leidenden Menschheit auf die Beendigung des blutigen Ringens hinzuwirken. Die kaiserliche Regierung glaubt sich daher der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die Initiative der vier Mächte einen wohlwollenden Widerhall bei Sr. Heiligkeit finden wird, und daß ihr Friedenswerk auf die wertvolle Unterstützung des Apostolischen Stuhles rechnen darf.

Fremdenblatt
13./XII. 1916
64

Der Friedensschritt des Vierbundes

K. Sofia, 12. Dezember. Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet:

Die bulgarische Regierung hat den Vertretern der neutralen Länder und Regierungen, die den Schutz der Interessen der Gegner übernommen haben, eine Note übermittelt, in der sie mitteilt, daß die Vierbundmächte im Kraftgefühle ihrer Lage, die sie neue Erfolge erhoffen läßt nach den bedeutenden Erfolgen, die sie bisher errungen haben, getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, aber von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, vorschlagen, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Wenn trotz dieses Anerbietens zu Friede und Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, seien die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlichst jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.

Diese Note, die mit der in den anderen Hauptstädten der verbündeten Mächte überreichten identisch ist, wurde nachmittags vom Ministerpräsidenten Radoslawow im Sobranje vor überfülltem Hause verlesen und mit lebhaftem, langanhaltendem Beifall aufgenommen. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß von der Note den verbündeten Armeen Mitteilung gemacht wurde, die ihre Stellungen behalten und ihre Aufgabe bis auf weiteres erfüllen werden.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

K. Sofia, 12. Dezember. Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet:

Die Verlesung der Note durch den Ministerpräsidenten machte großen Eindruck. Eine zahlreiche Menschenmenge, die auf den Tribünen der Kammer nicht mehr Platz finden konnte, wartete am Eingange des Sobranje-Gebäudes, um die Neuigkeit zu vernehmen. In der Stadt herrscht große Bewegung. Der Schritt der Verbündeten, der für jedermann eine Ueberraschung bedeutet, wird in den politischen Kreisen sehr verschieden kommentiert. Jedenfalls sehen sie darin eine feierliche Kundgebung der Verbündeten, die Feindseligkeiten einstellen zu wollen, die ganz Europa in Blut ertränken.

K. Konstantinopel, 12. Dezember. Die identische Note, womit die Vierbundmächte den Vorschlag zur Einleitung von Friedensverhandlungen machen, ist gegen Mittag dem Botschafter der Vereinigten Staaten und dem spanischen Gesandten übergeben worden.

Die Ueberreichung der Note an die feindlichen Mächte.

S. Berlin, 12. Dezember. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Wie die „Magdeburgische Zeitung" erfährt, werden die neutralen Gesandten noch im Laufe des heutigen Tages, spätestens aber morgen früh den feindlichen Regierungen die Noten des Vierbundes überreicht haben.

Fremdenblatt Abendpost
13./XII. 1916

Das neue französische Kabinett

K. Paris, 12. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) Das neue Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt:

Vorsitz und Aeußeres — Briand,
Justiz und Unterricht — Viviani,
Finanzen — Ribot,
Inneres — Malvy,
Krieg — General Lyautey,
Marine — Admiral Lacaze,
Volkswirtschaft (Handel, Industrie, Ackerbau) — Clementel,
Transporte, Zivil- und Militärverpflegung — Herriot,
Kolonien — Doumergue,
Bewaffnung und Herstellung von Kriegsmaterial — Albert Thomas.

Reichspost 13./XII. 1916

Der Papst und der Friedensruf des Vierbundes.

Eine Unterredung mit dem Wiener Nunzius.

Der päpstliche Nunzius Graf Valfrè di Bonzo, der am letzten Samstag neuerdings beim Kaiser in Audienz erschienen ist, hatte die große Güte, einem Mitarbeiter unseres Blattes von der Stellung des Papstes Benedikt XV. und des Apostolischen Stuhles zu dem Friedensruf der Mittelstaaten zu sprechen. Der Nunzius erhob sich von seinem mit Akten überhäuften Tisch, empfing und begrüßte den Besucher in deutscher Sprache, indem er auf die arbeitsreichen letzten Tage hinwies.

Mit aufrichtiger Befriedigung blickt Erzbischof Graf Valfrè auf all das zurück, was in den Besprechungen der letzten Wochen erreicht worden ist. Es werde für den Papst, der seinem diplomatischen Vertreter stets von neuem den Auftrag gab, das Eingehen in Friedensverhandlungen von Seite der kriegführenden Mächte anzubahnen, eine große Freude sein, seine Bemühungen insofern wenigstens von Erfolg gekrönt zu sehen, daß jetzt von den Mittelstaaten vor der ganzen Welt die Bereitwilligkeit erklärt worden ist, sich mit den Gegnern zu Friedensbesprechungen an den grünen Tisch zu setzen.

Das herrlichste Schauspiel bietet der Welt Oesterreich-Ungarns jugendlicher Herrscher, der durch die heutige Verlautbarung sich als ein Monarch gezeigt hat, der sein gegebenes Wort einlöst. In dem ersten Manifest beim Regierungsantritt hat Kaiser Karl seinen Völkern seinen ehrlichen Friedenswillen verkündet. In diesem Sinne hat auch jenseits der feindlichen Grenzen das Manifest Kaiser Karls manchen sympathischen Widerhall bei großen Parteien gefunden. So hat das Organ der Katholiken Savoyens, der „Momento" in Turin, Worte offener Anerkennung für die edle Sprache gefunden, mit der Oesterreich-Ungarns Monarch sich beim Regierungsantritt an seine Völker gewendet hat. Heute hat Kaiser Karl die Ehrlichkeit seiner damals betonten Friedensabsichten bewiesen, indem er seiner Regierung den Befehl gab, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Das war der Gedanke, von dem alle Friedenskundgebungen Benedikts XV. getragen waren, dahin zu arbeiten, daß endlich die Kriegführenden zur gegenseitigen Besprechung ihrer Vorschläge, die der Gegner Existenz- und Lebensbedingungen unangetastet lassen, gelangen. Dafür hielt der Papst den Zeitpunkt bei Herausgabe seiner Friedenskundgebungen gekommen.

Vom ersten Augenblick seines Aufenthaltes in Wien habe der Nunzius in seinen Unterredungen mit Ministern und Botschaftern in diesem Geiste der vom Papst festgelegten Richtlinien zu arbeiten gesucht. Auch ihn erfülle daher der Friedensruf des Vierbundes mit dem befriedigenden Bewußtsein, daß ernste Vorbesprechungen von Erfolg gekrönt worden seien. „Indem die k. u. k. Regierung ihre Note dem Heiligen Stuhl überreicht hat," äußerte der Wiener Vertreter des Papstes, „hat sie neuerdings die Mitwirkung des Papstes zum Friedenswerk erbeten. Der Heilige Vater könne diese Nachricht nur mit der größten Freude entgegennehmen. Er ist der Stellvertreter jenes Friedensfürsten, dessen Friedensbotschaft der Menschheit vor zweitausend Jahren aus Engelsmund auf den Fluren Bethlehems entgegenklang. Möge sein Segen auch dazu beitragen, daß die Friedensbotschaft, die heute, am Vorabend von Weihnachten, auf den Tisch der Kabinette Europas niedergelegt wird, den Gegenstand nicht unfruchtbarer, sondern ersprießlicher Unterhandlungen bilden möge! Dies ist der Weihnachtssegenswunsch des Papstes für die europäische Völkerfamilie."

Österr. Volkszeitung
13./XII. 1916

* **Das Friedensangebot.** Die Spannung, mit der man in Berlin die Kanzlerrede erwartete, hatte auch auf Wien übergegriffen. Da und dort sprach man darüber, erörterte den wahrscheinlichen Inhalt der Rede und verweilte am liebsten bei jenem Punkt, der den Frieden betraf. Da man nur auf Vermutungen angewiesen war, gingen die Meinungen über die mutmaßliche Art, in der sich der Kanzler zum Frieden äußern werde, stark auseinander; und daß es dabei an Alleswissern nicht fehlte, die den Inhalt der Rede „aus sicherer Quelle" schon erfahren haben wollten, bevor sie gehalten war, versteht sich von selbst. Da — es war um die Mittagsstunde, zu einer Zeit, wo die Straßen der Stadt belebter sind als sonst — kam plötzlich die Nachricht von dem Friedensvorschlag des Vierbundes. Im ersten Augenblick schien es ein Gerücht zu sein, wie es ihrer schon so viele gab und das an einem Tag, da man Friedensworte des Leiters der deutschen Politik erwartete, besonders begreiflich war. Bald aber gellte der Ruf „Extra-Ausgabe!" durch die Straßen. Sofort horchte alles auf und in der gleichen Sekunde umdrängten zahllose Menschen die Verkäufer der Blätter. Auch die „Oesterreichische Volks-Zeitung" hatte eine Sonderausgabe veranstaltet, die in kürzester Zeit vergriffen war. Ueberall gab es Ansammlungen, lebhaft wurde der Inhalt der amtlichen Verlautbarung besprochen und Erörterungen über den voraussichtlichen Erfolg des Friedensvorschlages daran geknüpft. Der Eindruck war ein außerordentlicher; der Verkehr stockte Augenblicke lang, weil der Menschenhaufe, der sich um den Besitzer einer Extra-Ausgabe scharte, ein Vorwärtskommen der Passanten unmöglich machte. Wagen hielten und Kutscher und Fahrgäste vertieften sich in die Lektüre des Blattes. Es währte nicht lange und die Nachricht war in der ganzen Stadt bekannt, und wohin immer sie drang, überall weckte sie frohe Hoffnungen.

Die Zeit

14./XII. 1916

Unsere Note an den Papst.

Die Mitteilung vom Friedensangebot.

KB Wien, 18. Dezember.

Die gestern an den apostolischen Nunzius Monsignore Valfrè di Bonzo gerichtete, in französischer Sprache abgefaßte Note des k. u. k. Ministers des Aeußern lautet in deutscher Uebersetzung:

„In seiner väterlichen, die ganze Menschheit umfassenden Fürsorge hat es sich der Heilige Vater, tief betrübt von dem blutigen Schauspiel, dessen Schauplatz Europa seit mehr als zwei Jahren ist, nicht davon genügen lassen, die Leiden der unzähligen Opfer des großen Zusammenstoßes zu lindern. Er hat jede Gelegenheit benützt, um den Wunsch und die Hoffnung zu bekunden, daß sich der Augenblick nähern werde, in dem die kriegführenden Mächte den mörderischen Kämpfen ein Ende setzen, die Europa zu entvölkern drohen.

Die allbekannten großherzigen Gesinnungen Seiner Heiligkeit veranlassen die k. u. k. Regierung und die Regierungen ihrer Verbündeten, den Heiligen Stuhl von einem Schritt in Kenntnis zu setzen, den Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien und die Türkei am heutigen Tage mit dem Ziele, der Welt den Frieden zurückzugeben, bei jenen neutralen Mächten unternehmen, die den Schutz ihrer respektiven Staatsangehörigen in den feindlichen Staaten übernommen haben.

Die vier verbündeten Mächte, die sich in dem ausgebrochenen Streit nicht von Ländergier leiten ließen und kein anderes Ziel hatten als die Verteidigung ihres Bestandes und ihrer nationalen Entwicklung, sind in der Tat der Ansicht, daß der Krieg an einem Punkt angelangt ist, wo die vereinigten Anstrengungen ihrer Gegner das Uebel, an dem die Menschheit leidet, nur verschlimmern, aber aller Voraussicht nach nicht verhindern könnten, daß sich die verbündeten Mächte für die Zukunft die Bürgschaften verschaffen, die sie den Erfolgen ihrer tapferen Armeen verdanken.

Von dem Wunsch geleitet, die Verantwortung für ein weiteres Fortführen des Krieges nicht auf sich zu nehmen, das ihnen die militärische Lage mit Ruhe und Zuversicht ins Auge zu fassen gestattet, und entschlossen, alles, was in ihrer Macht steht, beizutragen, um ein von nun an unnützes Blutvergießen aufzuhalten, haben die vier verbündeten Mächte ihren Gegnern die Eröffnung von Unterhandlungen angeboten, zu denen sie ihre Friedensvorschläge mitbringen würden. Sie wollen hoffen, daß bei der Beurteilung dieser Vorschläge der durch die militärischen Operationen geschaffenen Lage Rechnung getragen und daß auf diese Weise ihr Anerbieten geeignet sein werde, als Grundlage für den Friedensschluß zu dienen.

Ueberzeugt, daß diese Absicht in dem Herzen des Heiligen Vaters — der in der Erhabenheit seiner Gefühle ihre Beweggründe würdigen wird — ein sympathisches Echo finden werde, wäre die k. u. k. Regierung dem apostolischen Stuhle zu tiefem Dank verpflichtet, wenn er dieser Initiative und dadurch dem Friedenswerk die mächtige Stütze seiner hohen Autorität leihen würde.

Indem ich Eure Exzellenz bitte, Vorstehendes zur Kenntnis des Heiligen Vaters zu bringen, benütze ich diesen Anlaß, um Ihnen, Monsignore, die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung zu erneuern."

Fremdenblatt Abendbl
14./XII. 1916

Armeebefehl des Zaren Ferdinand

K. Sofia, 13. Dezember. (Meldung der Bulgarischen Telegraphenagentur.) Der König hat folgenden Armeebefehl an das Heer gerichtet:

13. Dezember 1916, Palais zu Sofia.

Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten! Seit fünfzehn Monaten kämpft ihr, um die Einheit des bulgarischen Volkes zu verwirklichen. Dank eurer Hingebung an euren Zaren und an das höchste nationale Werk, dank eurer beispiellosen Tapferkeit sind alle Feinde, die unserer nationalen Einheit sich hindernd in den Weg gestellt haben, besiegt. Alle bulgarischen Gebiete stehen unter dem Schutze der siegreichen bulgarischen Armeen.

Durchdrungen von dem Gefühl der errungenen Siege haben wir, die Herrscher der verbündeten Staaten, unseren Feinden Vorschläge zur Herstellung des Friedens gemacht. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob dieser, von hoher Menschlichkeit eingegebene Schritt die gerechte Würdigung unserer Feinde finden wird. Unabhängig davon heißt es für uns, nichtsdestoweniger den Kampf mit der gleichen Energie fortsetzen und mit Gottes des Allmächtigen Hilfe neue Siege über unsere Gegner erringen, bis sie begriffen haben, daß ihr auf die Unterjochung fremder Länder gerichtetes Werk der Unterstützung Gottes des Gerechten entbehrt und damit zum Scheitern verurteilt ist. Es lebe das geeinigte Bulgarien!

Neue Freie Presse

14./XII. 1916

72

Die Tätigkeit Lord Greys.

Eine offizielle deutsche Würdigung.

Berlin, 14. Dezember.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt einen Rückblick über die Tätigkeit Lord Greys, in dem es heißt:

Im Jahre 1904 war das Fundament zur Entente mit Frankreich gelegt. Die Konferenz von Algeciras, die in die ersten Monate seiner Amtsführung fällt, bot Grey Gelegenheit, sich mit dieser Politik zu identifizieren und sie zu unterstreichen. Dazu hatte ihm die Verständigung mit Rußland stets als zu erstrebendes Ziel vorgeschwebt. Sie ist das Leitmotiv seiner Politik geblieben. Grey wurde zum Vertreter der Gleichgewichtspolitik in insular-englischem Sinne. Daher verschob er das Gleichgewicht, das bis dahin bestanden hatte, indem er bei allen auftauchenden Fragen die Stimme Englands in die Wagschale gegen Deutschlands Interessen warf und im Vereine mit Frankreich und Rußland Deutschlands berechtigtem Streben nach Entfaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Kräfte überall hindernd in den Weg trat.

Es gab eine Zeit, wo es dem englischen Volk selbst klar wurde, welche Gefahren die Greysche Politik für die englischen Interessen und den Weltfrieden bedeute, ja, daß sie auf den Weltkrieg direkt zutreibe. Insbesondere nach der Marokkokrise des Jahres 1911 dämmerte diese Erkenntnis im englischen Volke. Wir haben, so heißt es in einem von zwei englischen Politikern im Jahre 1912 an das Parlament gerichteten offenen Brief über die auswärtige Politik von 1904 bis 1911, den Franzosen gestattet, die Akte von Algeciras zu verletzen, und haben nicht protestiert, sobald aber Deutschland Schritte tat, um zu schützen, was es als legitimes Interesse betrachtete, nahm das Foreign Office eine ausgesprochene Feindseligkeit an.

Auch die liberale Wochenschrift „Truth" erhob damals ihre Warnerstimme, indem sie sagte, das Schreckgespenst der deutschen Vormachtstellung auf dem Kontinent bestehe nur in der Einbildung; die einzige Gefährdung des europäischen Gleichgewichtes sei durch England hervorgerufen worden, als es unter Preisgabe der Salisburyschen Politik ohne jeden Grund in das System der Ententen eingetreten sei und somit das Gewicht seiner überlegenen Seemacht in die Wagschal der Dreibundgegner geworfen habe. Auch die deutsch-englischen Verhandlungen über die Bagdadbahn und das Kolonialabkommen, die als äußeres Zeichen politischer Entspannung nach den Krisen des Jahres 1911 aufgenommen wurden und im Frühjahr 1914 kurz vor Kriegsausbruch materiell zum Abschluß kamen, vermochten an der grundlegenden Richtung der englischen Politik nichts zu ändern. Dies zeigt sich bei dem Plan des Marineabkommens mit Rußland, durch das England endgültig in den Bann der Kriegspolitik des Zweibundes gezogen werden sollte. Die Aussichten waren nicht ungünstig, denn es steht fest, daß Grey im Frühjahr 1914 über das Marineabkommen hinaus zu den gleichen Abmachungen mit Rußland bereit war, die er mit Frankreich getroffen hatte. So hatte der Anstoß des Marineabkommens genügt, um ihn noch weiter auf der schiefen Bahn der Abhängigkeit von den Zweibundmächten hinabgleiten zu lassen. Grey glaubte zu schieben, aber er wurde geschoben. Der Ausbruch des Weltkrieges verhinderte das Zustandekommen der geplanten Vereinbarungen, aber auch ohne diese war Grey gezwungen, in den ersten Tagen des Monats August 1914 die letzten Konsequenzen zu ziehen, die er durch beinahe ein Jahrzehnt verfolgt hatte. Er hatte die Ehre Englands an Frankreich und Rußland verpfändet; mit seinem Blute muß das englische Volk sie einlösen.

Österr. Volkszeitung
15./XII. 1916

73 15

Depeschenwechsel zwischen Hindenburg und dem Reichskanzler.

Berlin, 14. Dezember. Zwischen dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sind heute folgende Depeschen gewechselt worden:

„An Se. Exzellenz, den Herrn Reichskanzler.

Eure Exzellenz beglückwünsche ich zu Ihrer gestrigen Reichstagsrede. Mit tiefer Bewegung und großer Genugtuung habe ich sie gelesen. Eure Exzellenz haben auf Befehl Sr. Majestät mit dieser Rede eine tiefe sittliche Kraftäußerung unseres deutschen Vaterlandes eingeleitet, die sich würdig anschließt und sich gründet auf die Stärke des deutschen Volkes daheim und im Felde.

Wir Soldaten wissen, daß es für uns gerade in diesem Augenblick keine höhere und heiligere Pflicht gibt, als den Sieg mit äußerster Tatkraft weiter zu verfolgen und für Kaiser und Vaterland zu leben und zu sterben.

gez. v. Hindenburg."

An Se. Exzellenz den Herrn Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

„Eurer Exzellenz danke ich aufrichtig für den mich tief bewegenden Glückwunsch zu meiner gestrigen Rede. In den Worten des Mannes, dem unser kaiserlicher Herr das deutsche Schwert anvertraut hat und der es mit sieghafter Kraft führt, vernehme ich die Stimme unseres deutschen Volksheeres. Seine Taten zu Lande und zu Wasser haben die Bahn frei gemacht für den hochherzigen Entschluß, den Se. Majestät mit seinen hohen Verbündeten gestern ausgeführt hat. Die todesmutige Pflichttreue und die unerschütterliche Tapferkeit der Männer, die für Deutschland fechten, bürgen uns dafür, daß wir, wenn es unseren Feinden heute noch nicht gefällt, dem Kriege ein Ende zu machen, unserem Vaterlande erst recht einen starken und dauerhaften Frieden erkämpfen werden.

Gez. v. Bethmann Hollweg."

Die Zeit Abend
15./XII. 1916
74 15

Wer hat den Krieg begonnen?

Russische Beschuldigungen gegen Deutschland.

KB Petersburg, 15. Dezember.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet:

Das Wolffsche Bureau verbreitet aus Berlin Nachrichten, die ihrer ganzen Natur nach dazu bestimmt sind, nach der Absicht ihrer Veranlasser die ganze Welt davon zu überzeugen, daß Rußland den Krieg begonnen habe und Deutschland das Opfer sei, das angegriffen wurde und allein wegen der unvermeidlichen Verteidigung die Zuflucht zu den Waffen genommen habe. In einem Telegramm vom 7. d. hat das Wolffsche Bureau zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß ein Tagesbefehl des Kommandanten der Festung Kowno vom 13. Juli 1914 a. St. gefunden wurde, durch den die genannte Festung im Belagerungszustand erklärt wurde, das heißt eine Woche vor der deutschen Mobilisierung. Jedermann weiß, daß Festungen lediglich Bedeutung für die Verteidigung haben. Deshalb bedeutet ihre mehr oder minder vollständige Vorbereitung zur Verteidigung ausschließlich eine Maßnahme der Vorsicht; sie bildet aber in keiner Weise eine Drohung. Nur jener, der selbst eine Gier nach Angriffen und Gewalttätigkeiten hat, sieht in allem eine Herausforderung. Gesetzt den Fall, es wäre durch Rußland, das die Festung Kowno im Belagerungszustand erklärte, eine Herausforderung ergangen — weshalb ließ Deutschland seine Truppen gegen Belgien marschieren, das sich einer ähnlichen Erklärung enthielt?

Die Antwort legt Deutschland zwei Punkte zur Last: Deutschland wollte den Krieg, Deutschland hatte Eroberungshunger. Jetzt, wo der Krieg schwer auf ihm zu lasten beginnt, sucht es nach dem Sündenbock.

Die Zeit Abendbl. 15./XII. 1916

75

Eine Erklärung Bonar Laws über das Friedensangebot.

London, 14. Dezember.

Das Reutersche Bureau meldet: Im Unterhause erklärte Bonar Law bei Besprechung der Friedensvorschläge:

Bei Begründung der letzten Kreditvorlage hat Asquith folgende Worte gebraucht: „Sie, die Alliierten, verlangen, daß angemessene Genugtuung für die Vergangenheit und angemessene Sicherheit für die Zukunft vorhanden sein muß." (Lauter Beifall.) Das ist immer noch die Politik und das ist immer noch der Entschluß der Regierung Sr. Majestät. (Erneuter langandauernder Beifall.)

Die Zeit Abendbl.
15./XII. 1916

76

Das neue türkische Botschaftspalais.

Anläßlich seiner Anwesenheit in Wien hat der türkische Minister des Aeußern Halil Bei das Palais des Grafen Ernst Silva-Tarouca in der Prinz Eugenstraße besichtigt. Das Palais wurde jetzt für die türkische Botschaft angekauft.

XII. 1916

Aeußerungen Sonninos.

Gemeinsame Antwortnote der Verbündeten.

Zürich, 14. Dezember. Am Schluß der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer erwiderte Minister des Aeußern Sonnino auf eine Anfrage des Deputierten Baslini betreffs des Angebots von Friedensverhandlungen seitens der Regierungen der feindlichen Mächte an die Regierungen des Vierverbandes folgendes: Mir ist tatsächlich vom schweizerischen Gesandten eine Note der deutschen Regierung und der drei verbündeten Mächte mit dem Vorschlag, Friedensverhandlungen einzuleiten, überreicht worden. Der schweizerische Gesandte hat hinzugefügt, daß er diese Mitteilung in seiner Eigenschaft als Vertreter der deutschen Interessen in Italien und der italienischen Interessen in Deutschland während des Krieges mache und daß er keinerlei Funktion der Vermittlung auszuüben beabsichtige, sondern einfach die Note übermittle. Ich habe geantwortet, daß ich davon Akt nehme.

Um auf die Anfrage zu antworten, kann ich sogleich erklären, daß in der Note keine präzise Angabe der Bedingungen steht, über welche die Friedensverhandlungen einzuleiten vorgeschlagen würde. Uebrigens ist der Text der Note in einer Uebersetzung der „Agenzia Stefani" mitgeteilt worden und wird veröffentlicht werden, falls dies noch nicht geschehen sein sollte. Im französischen Originaltext der Note sind die Worte, welche die Friedensbedingungen andeuten, folgende: (Sonnino verliest wörtlich den betreffenden Passus der Note). Dies ist alles. Der Rest sind Raisonnements über den Krieg.

Ich habe dem schweizerischen Gesandten geantwortet, daß ich mich natürlich nach Anhörung meiner Kollegen mit den anderen verbündeten Regierungen betreffs der Beantwortung dieser Note, die ja gleichfalls zwischen den vier feindlichen Mächten vereinbart worden war, ins Einvernehmen setzen würde. Ich möchte nun den Deputierten Baslini und andere Deputierte, falls sie es beabsichtigen sollten, bitten, diese Erörterung nicht zu verlängern. Denn in einer so delikaten Sache kommt es sehr viel darauf an, daß die Verbündeten vollkommen einmütig vorgehen, und zwar nicht bloß im Wesen und gegenständlich, sondern auch in den Wortnuancen. Dies wäre aber unmöglich, wenn ein jeder sogleich von vornherein seine eigenen, besonderen Eindrücke kundgeben wollte. Weiteres habe ich nicht zu sagen.

Deputierter Baslini dankte für die sofortige Erklärung und enthielt sich entsprechend der Ermahnung des Ministers weiterer Bemerkungen.

15/XII. 1916

78

Briand gegen das Friedensangebot.

Unversöhnliche Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten.

Paris, 14. Dezember. In der gestrigen Kammersitzung gab Ministerpräsident Briand in bezug auf die Rede des deutschen Reichskanzlers folgende Erklärungen ab: Ich habe die Pflicht, mein Land vor einer möglichen Vergiftung zu bewahren. (Lebhafter Beifall.) Wenn ein Land sich bis an die Zähne bewaffnet, wenn es unter Verletzung des Völkerrechtes überall Menschen aushebt, um sie zur Arbeit zu zwingen, wenn ich in diesem Augenblick meinem Land nicht zuriefe: Achtung! Seid auf der Hut! so wäre ich sehr strafbar. (Beifall und Zurufe.)

Man macht uns den Vorschlag, über den Frieden zu verhandeln in einem Augenblick, wo Belgien, Serbien und zehn französische Departements vom Feinde besetzt sind. Unbestimmt und dunkel, aber mit feierlichen Worten sucht man die unruhigen Gewissen und die Herzen in Ländern, die um so viele Tote trauern, zu bewegen. (Beifall.)

Was sehen wir in dieser Rede? Zu allererst einen Schrei, um die Neutralen und das deutsche Volk zu täuschen. Nicht wir sind es, die diesen schrecklichen Krieg gewollt haben; er ist uns aufgezwungen worden. Auf diesen Schrei will ich zum hundertstenmal antworten: Nein, Ihr wart die Angreifer. Was Ihr auch sagen möget, es sind Tatsachen vorhanden, die es Euch beweisen. Das Blut kommt über Euer Haupt, nicht über das unserige. Ich habe das Recht, auf diese plumpe Falle hinzuweisen.

Bethmann sagte: Wir wollen unseren Völkern alle Mittel zur Wohlfahrt, die sie nur wünschen können, geben. Und den anderen Völkern bietet er als Almosen, er wolle ihnen gern zugestehen, sie nicht vernichten zu wollen. Nach der Marneschlacht und nach Verdun ist dies das, was man dem ruhmreichen, dem aufrechtstehenden Frankreich anbietet. (Lebhafter Beifall.) Ein derartiges Dokument — man muß nachdenken und sehen, welchen Zweck es verfolgt.

Von dieser Tribüne herab habe ich das Recht zu sagen: Es ist ein Manöver, ein Versuch, um unter den Alliierten Uneinigkeit zu säen, die Gewissen zu verwirren und die Völker zu demoralisieren. Die französische Republik wird unter derartigen Umständen nicht weniger tun als der Konvent. (Einstimmiger Beifall.)

Fremdenblatt
16./XII. 1916

Ultimatum der Entente an Griechenland.

Gestern überreicht und gestern um 3 Uhr nachmittags abgelaufen.

London, 15. Dezember. Das Reutersche Bureau erfährt, daß das Ultimatum der Alliierten an Griechenland, das heute überreicht wurde, heute um 3 Uhr nachmittags ablaufe.

Neue Freie Presse

16./XII. 1916

Der Wortlaut des Ultimatums.

Piräus, 15. Dezember.

Die Agence Havas meldet:

Die Note der alliierten Mächte ist gestern nachmittag dem Minister des Auswärtigen Zalakostas von Elliot, dem Doyen der alliierten Gesandten, überreicht worden.

Die Note lautet: „Auf Weisung ihrer Regierungen haben die Gesandten Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Rußlands die Ehre, folgendes der griechischen Regierung zur Kenntnis zu bringen:

Die jüngsten Ereignisse in Athen haben klar bewiesen, daß weder der griechische König noch die griechische Regierung im Besitze genügender Autorität über die griechische Armee sind, um zu verhindern, daß diese zu einer Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Armeen der Alliierten in Mazedonien werde.

Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten Regierungen gezwungen, um ihre Streitkräfte vor einem Angriff zu sichern, die sofortige Ausführung der Verschiebung von Truppen und Kriegsmaterial zu verlangen, die in der beigefügten technischen Note bezeichnet sind. Diese Verschiebungen müssen innerhalb vierundzwanzig Stunden beginnen und so schnell wie möglich durchgeführt werden. Außerdem wird jede Bewegung von Truppen und Kriegsmaterial nach Norden sofort verhindert werden.

Falls sich die griechische Regierung diesen beiden Forderungen nicht unterwerfen sollte, so sind die Alliierten der Ansicht, daß eine solche Haltung einen feindseligen Akt gegen sie darstellen würde.

Die Unterzeichneten haben den Befehl erhalten, mit dem Personal ihrer Gesandtschaften Griechenland zu verlassen, wenn sie nicht bei Ablauf einer Frist von 24 Stunden von der Uebergabe dieser Mitteilung ab gerechnet eine vollständig glatte Annahme seitens der königlichen Regierung erhalten haben.

Die Blockade der griechischen Küsten wird so lange aufrechterhalten werden, bis die griechische Regierung vollkommene Genugtuung für die kürzlichen Angriffe geleistet hat, die ohne Herausforderung von griechischen Streitkräften gegen alliierte Truppen in Athen unternommen wurden, und bis genügende Bürgschaften für die Zukunft gegeben sind.

Neue Freie Presse

16./XII. 1916

Die Friedensaktion der Mittelmächte.

Von Heinrich Graf Lützow.
K. u. k. Botschafter a. D.

Wien, 15. Dezember.

Selten vielleicht hat ein Schritt unseres Auswärtigen Amtes in allen Kreisen der Monarchie eine so einstimmig günstige Aufnahme gefunden, wie die „Friedensnote" vom 12. d. Die Zahl der professionellen Kritiker und Skeptiker ist vielleicht bei uns größer als anderswo, aber auch jene, die sich nicht auf einen höheren Standpunkt stellen wollen oder können, werden kaum in der Lage sein, zu bestreiten, daß wir es zum mindesten mit einem geschickten Schachzuge zu tun haben.

Bei einer jeden Partie — gleichviel ob es sich um die Schicksale Europas oder um ein bescheidenes sans atout handelt — ist derjenige im Vorteil, der den Gegner in eine Lage versetzen kann, aus der ein Ausweg nur schwer und nur mit Opfern — moralischer oder materieller Natur — zu finden ist, und dies ist uns in dem vorliegenden Falle unzweifelhaft gelungen. Nur naive Gemüter — es gab deren am Nachmittag des 12. d. in Wien eine überraschende Anzahl — werden annehmen, daß durch die Note der Mittelmächte der Friede gesichert oder in unmittelbare Nähe gerückt sei, aber als die erste Etappe auf dem dornenvollen Wege, der zum ersehnten Ziele führt, kann die gemeinsame Demarche immerhin angesehen werden. Ihre erste und unmittelbarste Wirkung wird sein, die Gegner, was die Beantwortung anbelangt, einigermaßen in Verlegenheit zu setzen, und es läßt sich leicht denken, wie ununterbrochen die Chiffretelegramme zwischen London, Paris und Petersburg hin- und hergeflogen sein müssen.

Den Propheten spielen zu wollen, ist ein undankbares Geschäft, und was ich heute niederschreibe, kann durch die Ereignisse widerlegt sein, bevor das Blatt die Druckerpresse verlassen hat. Die verächtliche kleine Hetzpresse bei den Ententemächten wird sicherlich dazu raten, mit einer höhnischen Ablehnung zu antworten, und wird sich wahrscheinlich so weit erniedrigen, die ganze Aktion als ein Symptom der Schwäche und der Furcht darzustellen. Daß die Regierungen das Gleiche tun, scheint mir nahezu unmöglich, wenngleich das in der Entente tonangebende englische Kabinett seit Kriegsbeginn in Fragen größerer und geringerer Bedeutung so viele Ungeschicklichkeiten begangen hat (beispielsweise in der Frage des Geleitbriefes für unseren neuernannten Botschafter in Washington), daß es schwer ist, hier eine absolute Grenze zu ziehen — speziell mit einem Lloyd-George an der Spitze des Kabinetts. Weit wahrscheinlicher jedoch als die unverblümte trockene Ablehnung scheint mir eine Antwort, welche nur im Wesen, nicht in der Form eine Ablehnung ist — etwa das, was die Franzosen eine Fin de non recevoir nennen. Entweder dürfte die Erklärung dahin lauten: die Alliierten könnten sich erst in Unterhandlungen einlassen, wenn ihnen die Friedensbedingungen der Mittelmächte — wenigstens in ihren Grundzügen — bekannt seien, oder aber — und es ist dies der wahrscheinlichere Fall — wir werden noch einmal die alte Melodie zu hören bekommen: die Mittelmächte hätten gegen das friedliebende Europa einen räuberischen Ueberfall unternommen, und bevor nicht der territoriale Status quo ante wiederhergestellt sei, sei es müßig, von Friedensunterhandlungen zu sprechen. Selbstverständlich sind beide Bedingungen für uns indiskutabel, und auch die in ersterwähnter Form gekleidete Antwort virtuell als eine Ablehnung anzusehen, denn der Spieler, der seine Karten offen auf den Tisch legt, wäre am Konferenztisch nicht minder ein Novum wie am Spieltische!

Ich habe eine viel zu hohe Meinung von der Einsicht unserer Staatsmänner, um nicht überzeugt zu sein, daß ein ähnliches Resultat ihrerseits — wie es in der Börsensprache heißt — eskomptiert worden sei und daß keiner von ihnen in der Illusion gelebt habe, binnen wenigen Wochen bereits am Konferenztische sitzen zu können.

Weit gefehlt aber wäre es, daraus etwa den Schluß ziehen zu wollen: die ganze Demarche sei zwecklos und im voraus zu einem Mißerfolge verurteilt gewesen; ganz im Gegenteile! Die mittelalterliche Auffassung, daß die Regierungen alles — die Völker aber nichts seien, kann heutzutage doch wohl schon in die Rumpelkammer geworfen werden, und an die Völker weit mehr als an die Regierungen wendet sich in erster Linie unsere, und unserer Verbündeten hochherzige Initiative. Es hieße an der Menschheit verzweifeln, wollte man sich der Hoffnung verschließen, daß das jetzt bereits über den gesamten Erdkreis verbreitete und von Mund zu Mund wiedergegebene Friedenswort an gar manchen Stellen auf fruchtbaren Boden fallen und reiche Früchte tragen wird. Nicht von oben hinunter, sondern von unten hinauf wird meiner Ueberzeugung nach der Friede bei den Allianzmächten geschlossen werden: das heißt, die Völker werden ihn schließen und nicht die Regierungen, und dies um so leichter, je mehr derselbe jene Merkmale trägt, welche Graf Andrassy vor wenigen Tagen an dieser Stelle mit staatsmännischen und mutigen Worten skizziert hat.

Wie oben angedeutet, werden wir unzweifelhaft in der Antwort der Ententemächte wieder zu hören bekommen, die Mittelmächte trügen die Schuld an allem Blutvergießen, denn sie allein seien die Friedensstörer gewesen. Wenn dem wirklich so wäre, wenn tatsächlich an Deutschland die Rolle des grimmigen Wolfes, an Frankreich jene des unschuldigen Lammes zufiele, woher kommt es dann, daß im April 1914 — somit im tiefsten Frieden — in allen französischen Buchhandlungen eine von einem Oberstleutnant herausgegebene, „Le partage de l'Allemagne" betitelte Broschüre ausgestellt war? Es geht in derselben recht bunt zu, speziell bei uns: Böhmen erklärt sich zur unabhängigen Republik: in Triest wird der Statthalter massakriert, und bevor wir mobilisieren können, müssen wir überall Revolutionen in einem Blutbade ersticken. Relativ am korrektesten benimmt sich Ungarn, das sich darauf beschränkt, eine Tiédeur inquiétante an den Tag zu legen.

Ich bin weit entfernt, derartigen literarischen Eintagsfliegen ein besonderes Gewicht beilegen zu wollen, aber eine gewisse symptomatische Bedeutung wird ihnen niemand absprechen wollen; ein Volk, dem nichts anderes als ein friedliches und durch geistige Genüsse verfeinertes Rentnerleben vorschwebt, schreibt nicht in dieser Tonart.

Ich schließe, wie ich begonnen habe: die großzügige, selbstbewußte und, ich möchte sagen, ritterliche Aktion der Mittelmächte wird uns noch nicht unmittelbar den Frieden bringen, aber sie hat uns die Wege zur Erreichung desselben geebnet.

Die Zeit
17./XII. 1916

Rußlands Antwort.

Ueber das Friedensangebot des Vierbundes haben sich in den Entente-Ländern zwar schon vielerlei kritische Stimmen vernehmen lassen, heute aber liegt die erste offizielle Gegenäußerung vor. Sie stammt von russischer Seite. Die englische, französische, italienische Presse hat bisher zumeist in abweisendem Sinne geurteilt, doch von den Staatsmännern dieser Länder sprach noch keiner ein endgültiges Wort. Briands Kammerrede war wohl in sehr heftigem Ton gehalten, aber mit der Abwehrgeste war noch keine bestimmte Weigerung verbunden, sich überhaupt auf Verhandlungen einzulassen; seine definitive Antwort wird Briand erst am Dienstag im Senat erteilen. Sonnino beschränkte sich auf formale Bemerkungen, die eine Rücksprache mit den Entente-Genossen vorbehielten. Bonar Law wiederholte im Unterhause nur die Formel, mit der seinerzeit Asquith die Kriegsziele der Entente gekennzeichnet hatte; er wollte offenbar dem Kabinettschef Lloyd George nicht vorgreifen, dessen Programmrede gleichfalls für Dienstag angekündigt ist. Rußland aber, das offizielle Rußland, überrascht uns jetzt mit einem plötzlichen Trompetenstoß. Von jeder anderen Seite hätte man das erste entschiedene Nein eher erwartet, als gerade von Rußland, in dessen höheren Gesellschaftsschichten ja bekanntlich starke Friedensströmungen bestehen, mit denen auch der letzte Ministerpräsident Stürmer sympathisiert haben soll. Aber nicht der französische Chauvinismus, nicht die englische Verbissenheit, nicht das italienische Pathos der Leidenschaft erhebt den ersten Kriegsruf als Antwort auf unser Friedensangebot, gerade Rußland tritt als Herold der absoluten Friedensverweigerung voran.

Pokrowsky, der neuernannte russische Minister des Aeußern, hielt gestern seine Antrittsrede in der Duma, und die Rede war eine Absage an Deutschland und dessen Bundesgenossen in der denkbar schärfsten Form, rücksichtslos und rückhaltlos. Der Minister, der sich dabei ausdrücklich auf die Zustimmung des Zaren beruft, nannte die Friedensvorschläge „lügenhaft" und suchte nachzuweisen, daß sie nur auf Täuschung berechnet seien. Die Duma schloß sich in einer — wie der offizielle Petersburger Bericht angibt — einstimmig angenommenen Resolution den Anschauungen des Ministers an und sprach sich für die unbedingte Ablehnung des Friedensangebotes als eines „heuchlerischen Aktes" aus. Sowohl in der Rede Pokrowskys wie in der Dumaresolution kommt das tiefste Mißtrauen gegen die Absichten der deutschen Politik zum Ausdruck. Ein Mißtrauen, das erstens den Friedensbedingungen Deutschlands gilt — von denen man offenbar voraussetzt, daß sie hauptsächlich auf Kosten Rußlands gehen würden — und das zweitens die ganze Grundtendenz der deutschen Politik trifft, der es nicht um einen dauernden Frieden, sondern nur um eine mehrjährige Waffenruhe zu tun sei. Dieser Verdacht wurde in der Ententepresse systematisch genährt, schon seit die ersten Friedensanregungen aufflatterten, also ungefähr seit August 1915, und seither ist es in allen Feindesländern förmlich zu einem diplomatischen Dogma geworden, daß jeder Friedenswunsch von deutscher Seite nur dem Bedürfnis nach Atemschöpfen und nur der Absicht entspringe, den Krieg in einigen Jahren mit gesteigerter Rüstung neu zu beginnen. Also nur eine Pause der Vorbereitung zum entscheidenden Tigersprung. Wenn das ehrliche Streben Deutschlands und seiner Bundesgenossen, den entsetzlichen Verwüstungen dieses Krieges ein Ende zu machen und die zeitgenössische Welt von dieser Geißel zu erlösen, im gegnerischen Lager einer derartigen Auffassung begegnet, dann sind freilich die Hoffnungen auf baldige Herstellung des Friedens illusorisch. Noch haben zwar die anderen Ententemächte nicht offiziell gesprochen. Aber es ist leider kaum zu erwarten, daß sie auch nur ein halbes Ja sagen werden, nachdem der Zar ein ganzes Nein gesagt. Es muß also weiter gekämpft werden, bis es entweder gelingt, das Mißtrauen der Feinde zu besiegen oder sie selbst so gründlich zu besiegen, daß sie ihrem Waffenglück noch stärker mißtrauen als unserer Friedensliebe.

Die Zeit

18./XII. 1916

Halil Bei über das Friedensangebot.

Rede in der türkischen Kammer.

KB Konstantinopel, 14. Dezember.
(Verspätet eingetroffen.)

In der heutigen Sitzung der Kammer ergriff Minister des Aeußern Halil Bei das Wort zu folgender Rede:

Wir und unsere Verbündeten, wir haben diesen Krieg nicht herbeigesehnt; wir befanden uns in der Zwangslage, den von unseren Feinden vorbereiteten Kampf anzunehmen, der den Zweck verfolgte, unsere Existenz zu vernichten, unseren Fortschritt aufzuhalten. Dieser Krieg, der sich für uns und unsere Verbündeten bei seinem Ausbruch als Verteidigungskrieg darstellte, hat auch heute diesen seinen Charakter nicht verloren.

Daher haben auch jetzt, da unsere und die verbündeten Armeen zu den durch zweieinhalb Jahre errungenen Siegen und Erfolgen neuen, sie überstrahlenden Ruhmesglanz gefügt haben, unsere großen Herrscher, geleitet von menschlichem Fühlen und von der Absicht, ein weiteres Blutvergießen zu verhindern, sich entschieden, unseren Feinden, falls sie ihnen Gehör zu schenken geneigt wären, mit unserer künftigen Entwicklung, unserer nationalen Existenz und unserer Ehre vereinbarliche Friedensbedingungen vorzuschlagen. (Beifall.) Unsere Regierungen haben am verflossenen Dienstag unseren Feinden durch Vermittlung der neutralen Mächte, die mit dem Schutz der Interessen der feindlichen Staatsangehörigen in den einzelnen Ländern betraut sind, die Note übermittelt, deren Inhalt Ihnen bekannt ist. In Ehren und Gemütsruhe erwarten wir ihre Antwort, auf den Heldenmut unserer Armee und die Opferwilligkeit unserer Nation bauend. Wenn die Feinde eine günstige Antwort geben, so kommt uns der Ruhm davon zu, wenn sie abschlägig antworten, fällt die Verantwortung dafür ihnen zur Last.

Das letzte Land, das von unseren Feinden durch schändliche Mittel und in der Absicht, ihrer Gier nach Eroberung und Zerstörung genug zu tun, in dieses entsetzliche Ringen hineingezerrt wurde, ist gegenwärtig von uns besetzt. (Beifall.) Das unheilvolle Schicksal Rumäniens hat in den feindlichen Ländern einen tiefen Eindruck gemacht. Vor den Stürmen der Vorwürfe und der Entrüstung, die sich dort erhoben haben, sind ihre Regierungen gezwungen, sich zurückzuziehen, ihre Oberkommandanten genötigt, zu demissionieren. Krisen folgen auf Krisen.

Während man sich in Frankreich und England bemüht, die Hoffnung der infolge dieser Aenderungen von Aengstlichkeit befallenen Nationen neu zu beleben, sieht sich Trepow genötigt, dem niedergeschlagenen russischen Volk wieder das tausendjährige magische Traumgebilde vorzugaukeln, indem er erklärt, daß Frankreich und England einverstanden seien, daß Rußland Konstantinopel seinen Despotismus aufzwinge, und daß es nötig sei, daß das russische Volk wisse, warum es sein Blut vergieße. Ruhmredigkeit ist nicht unsere Gewohnheit. Den Halluzinationen Trepows antworten wir durch die Wirklichkeit der Tatsachen. (Langanhaltender Beifall.) Und wir danken Gott, daß er unserem Banner vergönnt hat, siegreich über den Fluren Rumäniens zu wehen, die den kürzesten Weg nach Konstantinopel darstellen. (Beifall.)

Fremdenblatt

18./XII. 1916

Friedensmanifest des Sultans.

K. Konstantinopel, 13. Dezember. (Meldung der Agence Telegraphique Milli. — Verspätet eingetroffen.)

Der Sultan hat folgendes Manifest erlassen:

Soldaten! Meine Söhne! Obwohl wir fest überzeugt sind, daß Ihr den Feind durch die Fortsetzung der von Euch und Euren Waffenbrüdern errungenen Siege endgiltig besiegen werdet, haben wir ihm im Einvernehmen mit den verbündeten Herrschern Vorschläge gemacht, in Friedensverhandlungen einzutreten, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Ich weiß nicht, ob dieser menschenfreundliche Schritt Früchte zeitigen wird. Ich wünsche, daß Ihr auch weiterhin Eure Pflicht erfüllt mit derselben Entschlossenheit und derselben Tapferkeit, mit dem gleichen Heldenmut und der gleichen Selbstverleugnung, bis ein ehrenvoller Friede erreicht ist. Ich bitte den Allmächtigen, daß er wie bisher unseren Waffen seine göttliche Hilfe leihe.

Neue Freie Presse
21./XII.1916

Die Rede des englischen Premierministers.

Die Bedeutung der Forderung nach reparation.

Von Dr. Julius Ullmann.

Wien, 20. Dezember.

Es sei mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß das Wort „reparation" in der gestrigen Rede des Premierministers Lloyd-George mit dem deutschen Worte „Genugtuung", welches in der amtlichen Drahtmeldung an dessen Stelle angeführt ist, nach meiner Ansicht nicht genau übersetzt erscheint. Der Begriff „reparation" entspricht nicht der „Genugtuung" (satisfaction), welche einer Buße gleichkommt, sondern der Wiederherstellung in den vorigen Stand. In Websters Dictionary wird als synonymer Begriff restitution oder compensation angeführt.

Wenn jeder kriegführende Staat von seinem Feinde Bürgschaften für die Wiederherstellung des vorigen Standes wegen der durch die Kriegführung vermeintlich begangenen Verletzung der allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechtes fordern wollte, ehe über diese Frage durch ein kompetentes Schiedsgericht entschieden worden ist, so müßte der Krieg bis zur Vernichtung, das ist bis zur Vereitlung des angeblichen Kriegszieles, geführt werden. Sinngemäß müßte Lloyd-George über die Richtigkeit seiner Prämisse eine schiedsgerichtliche Entscheidung vorerst herbeiführen.

Bei Erörterung dieser Frage in der dritten Friedenskonferenz der amerikanischen Gesellschaft für die richterliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten im Jahre 1912 sprach der bekannte amerikanische internationale Jurist William B. Hornblower „im Schatten des blutigen Balkankrieges" als Argument für die Notwendigkeit eines solchen schiedsgerichtlichen Verfahrens die Ansicht aus, daß die Eifersucht wegen der wachsenden Macht einer Nation einen wahren Casus belli an sich noch nicht begründe. „Es würde von der öffentlichen Meinung heutzutage nicht gebilligt werden, daß ein Krieg offensichtlich zur Aufrechthaltung des Gleichgewichtes der Macht (balance of power) erklärt werde. Wir können," sagt Mr. Hornblower weiter wörtlich, „nicht begreifen, daß beispielsweise England und Frankreich heute gegen Deutschland lediglich deshalb Krieg führen sollten, weil Deutschland zu groß und zu mächtig geworden und von weiterer Erwerbung von Gebieten abzuhalten ist. Um einen derartigen Krieg zu rechtfertigen, müßte anständigerweise ein materieller Eingriff in die Rechte der sich beschwert erachtenden Nation geltend gemacht werden. Eine solche Verletzung des Hoheitsrechtes der Nation, eine Mischung von Rechts- und Tatfragen würde durch ein Schiedsgericht besser als durch einen blutigen Krieg beurteilt werden."

Für die Unbefangenheit der amerikanischen Rechtsgelehrten v o r dem Weltkriege ist es auch bezeichnend, daß Mr. Hornblower im Verlaufe jenes Vortrages, welcher allgemeinen Beifall fand, als eines der Motive für den deutsch-französischen Krieg 1870 das zweifellose Bestreben Napoleons III. bezeichnete, „im Interesse seiner eigenen Dynastie mit Preußen Streit zu suchen".

Der heute besonders interessante Sitzungsbericht der erwähnten Tagung zu Washington würde sicherlich zu einer ausgiebigen Revision der nunmehrigen Meinungsäußerungen mancher neutraler Juristen über die Frage der Ursache des Weltkrieges führen.

Die Zeit 23./XII. 1916

100

Zweischneidig.

Präsident Wilson hat versucht, mitten in der Hochflut der einander widerstreitenden Interessen und Leidenschaften der Kriegführenden einen festen Punkt zu finden, von dem aus er sich an der Friedensarbeit beteiligen könnte, ohne die Gefahr zu laufen, daß er in den Strudel der Parteiungen, die jetzt Europa in zwei feindliche Lager spalten, mit hineingerissen werde. Mit einem nicht geringen Aufwand von juristischem Scharfsinn scheint er in seiner Friedensnote dieses dos moi pou sto, diesen festen Punkt gefunden zu haben. Eine Friedensvermittlung durfte er nicht versuchen. Wenn auch in den Haager Konventionen ausdrücklich festgesetzt worden ist, daß ein Friedensvermittlungsangebot Neutraler unter keinen Umständen als eine unfreundliche Handlung angesehen werden dürfe, haben doch die englischen Staatsmänner sich ein solches Ansinnen von jeher und bis in die letzte Zeit so energisch verbeten, daß es praktisch gar nicht in Betracht kommen konnte. Präsident Wilson hat sich aber schon seit einiger Zeit seine und aller Neutralen Teilnahme an einer Friedensaktion ganz anders zurechtgelegt. Der Friedensvermittler bietet seine guten Dienste im Interesse der anderen, der Kriegführenden, an. Wilson findet aber, daß die Vereinigten Staaten (und auch die anderen Neutralen) ein eigenes Interesse an gewissen Punkten des künftigen Friedensvertrages haben und wer kann ihm verwehren, dieses sein eigenes Interesse wahrzunehmen?

Seine Konstruktion hat Wilson als vorsichtiger Jurist schon von langer Hand vorbereitet, öffentlich angekündigt und, da von keiner der beiden Prozeß-, will sagen: Kriegsparteien Widerspruch erhoben, hat er nunmehr durch seine neueste Note seine Teilnahme am Streit förmlich angemeldet. Während der Präsidentschaftswahlkampagne hat Wilson seine Auffassung von der Legitimation der Neutralen zur Mitwirkung an den Friedensverhandlungen in zahlreichen Reden begründet. Am deutlichsten in der später so berühmt gewordenen Rede vor der amerikanischen Friedensliga in Washington am 27. Mai dieses Jahres, die, wie man weiß, wenigstens in dem die Friedensliga selbst behandelnden Teil von Grey, Asquith, Briand, wie von Bethmann sogar ausdrücklich und mit Enthusiasmus gebilligt wurde. Dort stellte er zwei Richtlinien auf: Erstens: Die unmittelbaren Interessen der Kriegführenden gehen nur diese an, die Vereinigten Staaten wollen nicht Partei sein, ihr einziges Interesse ist der Friede und seine künftigen Garantien. Zweitens: Alle Nationen müssen sich miteinander verbünden, um die Freiheit der Meere aufrechtzuerhalten und durch Kriegen vorbeugende Maßregeln im Sinne der Friedensliga die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit aller Staaten gegen kriegerische Ueberfälle zu gewährleisten. Der letztere Punkt sollte ausdrücklich dem Schutz der kleinen und schwachen Staaten gegen die großen, starken Staaten dienen.

In diesem Geiste ist die Note Wilsons abgefaßt. Wer die zweite Richtlinie genau überlegt, wird ohne weiters begreifen, daß Wilsons Eingreifen den Chauvinisten auf beiden Seiten zuwider ist, wie bereits vorliegende Preßstimmen aus Berlin und London beweisen, obwar in der Note selbst nur von den kleinen Staaten ausdrücklich die Rede ist und nicht oder noch nicht von der Freiheit der Meere. Die Aktion ist also zweifellos sehr scharfsinnig ausgedacht. Sie kann den Frieden fördern, sie hat aber auch eine andere Seite. Da die Vereinigten Staaten nicht als Friedensvermittler zur Ausgleichung fremder Interessen, sondern zur Wahrung ihrer eigenen (gleichzeitig der allgemeinen) Interessen zwischen die Streitenden treten, erhebt sich die Frage: Was geschieht, wenn einer der Kriegführenden diese ihre eigenen Interessen nicht anerkennt oder geradezu leugnet? Ein Vermittler, dem seine Vermittlung mißlungen ist, zieht sich einfach zurück. Wer im eigenen Interesse auftritt, muß dieses Interesse, wenn es von irgendwem verletzt wird, verteidigen, das heißt im vorliegenden Falle, der verletzenden Mächtegruppe den Krieg erklären. Wenn man soweit die Sache durchdacht hat, wird man den Kommentar Lansings zur Wilsonschen Note besser verstehen, in dem der Staatssekretär davon spricht, daß Amerika immer näher an den Rand des Krieges gezogen werde. Wilsons Aktion ist also zweischneidig. Hoffen wir, daß sie, von allen Teilen wohlwollend aufgenommen, den Frieden fördert, vergessen wir aber nicht, daß sie auch anders ausgehen kann.

Neues Wiener Tagblatt
24./XII. 1916

Amerika und der Frieden.

Von Hofrat Professor Dr. **Heinrich Lammasch**,
Mitglied des Herrenhauses.

Salzburg, 23. Dezember.

Was längst zu erwarten war, ist endlich Ereignis geworden, die Geduld, mit der die Neutralen dem Morden und Zerstören zusahen, beginnt zu reißen; zwar haben höchst einflußreiche Kreise in den neutralen Staaten aus dem europäischen Bruderkriege unermeßliche Reichtümer gezogen, aber immer mehr und mehr wendet sich auch dort das öffentliche Gewissen von diesen Reichtümern ab, entrüstet ob des Blutes, das den meisten und größten unter ihnen anklebt. Und die große Masse der Bevölkerung ist auch dort ebenso wenig wie der Staatsschatz von den Fernwirkungen des Krieges verschont geblieben, die, je länger er andauert, um so empfindlicher werden.

In früheren Jahrhunderten mochte der Krieg nur diejenigen Staaten und Völker berühren, zwischen denen er geführt wurde. Im Zeitalter des Weltverkehres ist dies anders geworden. Selbst Abessinien und Liberia sind von dem Wellenschlag des Weltkrieges nicht unberührt geblieben. Vollends haben die Staaten, die im Mittelpunkt des Weltverkehres stehen, Schäden erlitten, die nicht viel weniger empfindlich sind als die manches Krieges der Vergangenheit. Insbesondere haben sie durch die Unterbindung des Verkehres auf dem „freien" Meere (difficile est satiram non scribere) schwerste Einbuße in Ausfuhr, Einfuhr und Durchfuhr erlitten.

Die Erwägung dieser Umstände offenbar hat den Präsidenten Wilson bestimmt, eine unmittelbare Besprechung der Friedensbedingungen unter seiner Mitwirkung anzuregen. Er tut dies weder im Interesse der einen, noch in dem der andern Kriegspartei, sondern in dem der Neutralen.

Dadurch gewinnt seine Anregung, die gewiß im Einverständnis mit den Neutralen Europas erfolgt ist, wahrscheinlich auch mit dem Papste, an Nachdruck. Daß ihm das Recht dazu zusteht, folgt aus dem Wortlaute der Haager Konventionen, die selbst das Anbot einer formellen Mediation als unfreundlichen Akt anzusehen verbieten.

In Wilsons Note trägt Amerika seine Dankesschuld an die europäische Kultur ab, indem es sie aus schwerster Katastrophe rettet. Dafür dankt ihm Europa.

Arbeiterzeitung 24./XII. 1916

Der Friedensgedanke zieht durch die Welt.

Immer tiefere Furchen zieht der Gedanke des Friedens, und immer fester verknüpft sich mit dem Bewußtsein der Menschheit das Gefühl, daß der Tag nahe, der dem Furchtbaren das Ende setzt. Denn der Gedanke, einmal ausgesprochen und in so feierlicher Weise ausgesprochen, wie es in dem Vorschlag der Mittelmächte und ihrer Verbündeten geschehen ist, kann nicht untergehen; er gewinnt selbständiges Leben und bemächtigt sich der Menschen mit einer Gewalt, gegen die alle Worte und Verwahrungen der Widerstrebenden wirkungslos sind. Der Friedensvorschlag ist heute der einzige Gedanke der Menschheit, und der Krieg, der uns drei Jahre in Bann hielt und uns zwingen wollte, ihm alle Gedanken und Kräfte zu weihen, versinkt vor der Sehnsucht, die die ganze zerrissene Menschheit zu einer einigen und einheitlichen Gemeinde macht. Kein Staat, kein Land, keine Stadt und kein Dorf, kein Haus und keine Familie in ganz Europa, in der heute nicht der selbe und gleiche Gedanke lohte, die eine Hoffnung flammte: daß endlich, endlich der Friede kommen möge. Die gleiche Sehnsucht nach dem Frieden löscht alles aus, was die Menschen trennt.

Lasset auch die Zeitungen schreiben; wir wissen, daß die Presse überall in kapitalistischen Händen steckt, also unfähig, die Wahrheit zu künden, und daß überdies die Zensur aus dem Spiegelbild der öffentlichen Meinung ein Zerrbild gemacht hat. Die Frage ist doch, was das Volk denkt, fühlt, will, was der Arbeiter in der Fabrik, der Bauer auf dem Felde, der Bürger in der Stadt, sei er Handwerker oder Kaufmann, Arzt oder Lehrer, was sie alle denken und sprechen, wenn sie ihre wahren Gedanken aussprechen. Nun ist es wohl wie traurig so wahr, daß die politische Macht in allen Ländern in wenigen Händen vereinigt ist, daß der Einfluß des Volkes gering ist und daß nur ein kleiner Kreis von Menschen es ist, der die Geschicke der Völker heute bestimmt. Wir sehen es, daß die Parlamente jeder Kriegsrede Beifall klatschen, daß die Gebote eines falschverstandenen Patriotismus überall eine scheinbar undurchdringliche Mauer um den Krieg gezogen haben. Hat man es doch überall verstanden, diejenigen, die für den Frieden wirken, zu ächten, und Menschenfurcht hielt dann viele ab, sich dieser Verdächtigung und Aechtung auszusetzen.

Und weil alles begrüßt werden muß, was geeignet ist, das Bewußtsein von der Friedensmöglichkeit zu vertiefen und zu verankern, so muß natürlich auch die Note des Präsidenten des großen Freistaates als eine rechte und wahre Menschlichkeitstat begrüßt werden. Wie sollten die Mittelmächte, die doch ihre Bereitschaft zum Frieden erklären, eine Aktion abweisen können, die für den Frieden gleichfalls wirken will? Hier kommt es nicht auf die oder iene Einzelheit des Wilsonschen Unternehmens an, sondern darauf, daß auch die Tat der Neutralen den unwilligen und verstockten Friedensgegnern das Verbleiben bei ihrer Abweisung erschwert, ja unmöglich macht. Es ist kein Zufall, daß sich Wilson auch die Schweiz angeschlossen hat, dieses musterhaft neutrale Land, das seine Hilfsbereitschaft, seine menschliche Gesinnung in dem Kriege so mannigfach bewährte. Für ihre Tat wird die Menschheit den beiden Freistaaten zum Danke immer verpflichtet bleiben. Noch hängt die schwere Blutwolke über Europa, aber das Licht des Friedens scheint schon heranzudämmern. Der Friedensgedanke zieht durch die Welt.

Neue Freie Presse

24./XII. 1916

Ein Friedensschritt der Schweiz.

Eine Note des Bundesrates an die Kriegführenden.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Bern, 23. Dezember.

Der Bundesrat hat gestern an die Regierungen der kriegführenden Staaten eine Note gerichtet, in der er erklärt:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, mit welchem der schweizerische Bundesrat, geleitet von seinem heißen Wunsche nach einer baldigen Beendigung der Feindseligkeiten, vor geraumer Zeit in Fühlung getreten ist, hatte die Freundlichkeit, dem Bundesrate von der den Regierungen der Zentral- und Ententemächte zugestellten Friedensnote Kenntnis zu geben.

In dieser Note erörtert Präsident Wilson die hohe Wünschbarkeit internationaler Abmachungen zum Zwecke sicherer und dauernder Vermeidung von Katastrophen, wie diejenige es ist, unter der heute die Völker leiden. Er betont im Zusammenhang damit vor allem die Notwendigkeit, das Ende des gegenwärtigen Krieges herbeizuführen. Ohne selbst Friedensvorschläge zu machen oder die Vermittlung anzubieten, beschränkt er sich darauf, zu sondieren, ob die Menschheit hoffen darf, sich den Segnungen des Friedens genähert zu haben.

Die überaus verdienstliche persönliche Initiative von Präsident Wilson wird einen mächtigen Widerhall in der Schweiz finden. Treu den Verpflichtungen, die sich aus der Einhaltung strengster Neutralität ergeben, in gleicher Freundschaft mit den Staaten der beiden im Kriege stehenden Mächtegruppen verbunden, wie eine Insel inmitten der Brandung des schrecklichen Völkerkrieges gelegen, in seinen ideellen und materiellen Interessen aufs empfindlichste bedroht und verletzt, ist unser Land von einer tiefgehenden Friedenssehnsucht erfüllt und bereit, mit seinen schwachen Kräften mitzuhelfen, um den unendlichen Leiden des Krieges, welche ihm durch die tägliche Berührung mit Internierten, Schwerverwundeten und Evakuierten vor die Augen geführt werden, ein Ende zu bereiten und die Grundlage zu einem segensreichen Zusammenwirken der Völker zu schaffen.

Der schweizerische Bundesrat ergreift daher freudig die Gelegenheit, die Bestrebungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu unterstützen. Er würde sich glücklich schätzen, wenn er in irgendeiner auch noch so bescheidenen Weise für die Annäherung der im Kampfe stehenden Völker und die Erreichung eines dauerhaften Friedens tätig sein könnte.

Arbeiterzeitung 27./XII. 1916

Wilsons Note und ihre Veröffentlichung.

Wir haben dem Grafen Czernin eine ernste Beschwerde zu unterbreiten; sie betrifft die Veröffentlichung der Note Wilsons. Die Note ist, wie selbstverständlich, in Berlin und in Wien zu gleicher Zeit übergeben worden; während sie aber in Berlin den Blättern bereits am Freitag (22. Dezember) zugänglich gemacht wurde, so daß sie am Samstag (23. Dezember) in der gesamten deutschen Presse veröffentlicht ist, hat sie das Ministerium des Aeußern erst am Sonntag (24. Dezember) ausgegeben, die Veröffentlichung erfolgt also erst heute am Mittwoch (27. Dezember); denn daß die Zeitungen zu Weihnachten nicht erscheinen, mußte schließlich auch den Herren auf dem Ballhausplatz bekannt sein. Die Note erscheint also in der Wiener Presse nur vier Tage später als in der Berliner Presse! Es handelt sich hier nicht um die Zeitungen, sondern das Vorgehen ist eine Brüskierung der gesamten Oeffentlichkeit, die doch ein Recht darauf hat, von einer so wichtigen Aktion für den Frieden ohne Verzug unterrichtet zu werden. Aber dadurch wird eigentlich der Staat selbst und seine Führung der auswärtigen Politik in den Hintergrund gerückt. Vielleicht unterzieht sich der neue Herr der Mühe und untersucht überhaupt die ganze Wirtschaft mit den Mitteilungen und Veröffentlichungen, das sogenannte Literarische Büro, das mit so viel Vorurteilen und Rückständigkeiten behaftet ist. Es wird ihm da vieles auffallen.

Auch die Uebersetzung, die der Note in Wien zuteil geworden ist, verdient eine ernste Rüge. Sie beginnt mit der Versicherung, daß es eine Uebersetzung ins Deutsche ist; aber mit der deutschen Sprache hat dieser Text wenig Berührung. Wenn wir die Note nicht auch in der Berliner Uebersetzung vor uns hätten, wir wüßten bei vielen Stellen nicht, was gemeint ist. Einige Proben. In der Berliner Uebersetzung heißt es:

Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die gegen die Wiederholung des Krieges oder die Entfachung irgend eines ähnlichen Konflikts in der Zukunft zufriedenstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit biete, sie offen zu vergleichen.

In Wien wird folgendes Kauderwelsch gesagt:

Der Präsident regt an, daß eine baldige Gelegenheit gesucht werde, um von allen kriegführenden Nationen ein Bekenntnis ihrer respektiven Ansichten zu provozieren, unter welchen Bedingungen der Krieg beendet werden könnte und welche Vereinbarungen als befriedigend angesehen werden würden als Garantie gegen seine Erneuerung oder den Ausbruch eines ähnlichen Konflikts in der Zukunft. Dies sollte in einer Weise geschehen, welche die Möglichkeit bieten würde, die gegenseitigen Ansichten mit Freimut zu vergleichen.

Ein Bekenntnis ihrer respektiven Ansichten zu provozieren: das ist doch etwas anderes, als was Wilson sagt. Und die Ansichten „mit Freimut" zu vergleichen! Das hat schon gar keinen Sinn ... In der Berliner Uebersetzung:

Das amerikanische Volk und die Regierung sind bereit, ja sie sehnen sich danach, nach Beendigung des Krieges bei der Erreichung dieses Zieles mit allem ihnen zu Gebote stehenden Einfluß und Mitteln mitzuwirken. Aber der Krieg muß erst beendet sein. Die Vereinigten Staaten müssen es sich versagen, die Bedingungen vorzuschlagen, auf Grund deren der Krieg beendigt werden soll.

In Wien:

Sie stehen bereit und sind sogar von Eifer beseelt, mit jedem Einfluß und jeder Ressource, über die sie verfügen, an der Erfüllung dieser Ziele mitzuarbeiten. Der gegenwärtige Krieg muß zuerst beendet werden. Die Bedingungen, unter welchen er beendet werden soll, steht den Vereinigten Staaten nicht zu vorzuschlagen.

Welche Kraftlosigkeit der Sprache! Und diese drollige Steigerung: sie stehen bereit und sind sogar von Eifer beseelt! Und ein einfältiges Fremdwort wie „Ressource" an dieser Stelle! Manchmal verliert die Uebersetzung jeden Sinn; so etwa diese Stelle, von der man zuerst die Berliner Uebersetzung lesen möge:

Wenn der Kampf bis zum unabsehbaren Ende durch langsame Aufreibung fortdauern soll, bis die eine oder die andere Gruppe der Kriegführenden erschöpft ist ...

In Wien:

Wenn der Kampf fortgeführt werden soll, mit langsamen Schritten gegen unbestimmte Ziele, bis die eine oder andere Gruppe der Kriegführenden erschöpft ist ...

Die „langsame Aufreibung", da weiß man, was gemeint ist. Aber mit „langsamen Schritten"! Und die Freude an leeren Fremdwörtern! „Der Präsident schlägt keinen Frieden vor, er bietet nicht einmal seine Vermittlung an"; das lautet in Wien: „Der Präsident schlägt keinen Frieden vor, er trägt nicht einmal Mediation an." „Und sich ein Zusammengehen der Nationen alsbald verwirklichen"; das lautet in Wien: „daß er ein Konzert der Nationen sofort realisierbar erscheinen lassen würde"! Ein Konzert, das realisierbar ist: es ist fürchterlich! Diese Uebersetzung rechtfertigt am wenigsten die Zeitversäumnis!

Neue Freie Presse
27./XII. 1916

Eine Kundgebung des französischen Senats gegen Friedensverhandlungen.

Paris, 23. Dezember.

Die Agence Havas meldet:

Um 6 Uhr abends beendete der Senat die Geheimsitzungen zur Besprechung der Interpellationen. Eine Viertelstunde darauf wurde die öffentliche Sitzung wieder aufgenommen. Es wurden mehrere Tagesordnungen eingebracht.

Ministerpräsident Briand erklärte, die Regierung werde nur die Tagesordnung Cheron-Hougeot annehmen, die der Regierung das Vertrauen ausspreche. Der erste Teil, der der Regierung das Vertrauen ausspricht, wurde mit 194 gegen 60 Stimmen angenommen, der zweite Teil und die ganze Tagesordnung durch Erheben der Hände. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die angenommene Tagesordnung Cheron lautet:

„Der Senat versichert, daß Frankreich mit einem Feinde, der sein Gebiet besetzt hält, nicht Frieden schließen kann und ist entschlossen, den Krieg, der Frankreich aufgenötigt worden ist, zu einem siegreichen Ende zu bringen, das würdig ist der Heldenmütigkeit der französischen Soldaten, deren unsterblichem Ruhm der Senat von neuem seinen Gruß sendet. Der Senat nimmt von den Erklärungen der Regierung Kenntnis und gewährt ihr Vertrauen, damit sie im Einverständnis mit den großen Kommissionen unter Kontrolle des Parlaments die energischesten Maßregeln ergreife, sei es um Frankreichs materielle Ueberlegenheit über den Feind sicherzustellen, sei es um unter einer einheitlichen tätigen Leitung die Gesamtheit der Anstrengungen der Armee und des Landes zu organisieren, sei es um nach außen mit Klugheit und Festigkeit die Würde und das Prestige zu verteidigen, und geht zur Tagesordnung über."

Reichspost
27./XII. 1916
119 27

Ueberreichung der Noten in Konstantinopel.

Eine türkische Antwort an Lloyd George.

Konstantinopel, 25. Dezember.

Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Nordamerika Elkus hat am 23. d. nachmittags der Pforte die Note des Präsidenten Wilson übermittelt, in der um die Bekanntgabe der Friedensbedingungen ersucht wird. — Die Note der Schweiz ist durch Vermittlung des türkischen Gesandten in Bern der türkischen Regierung übermittelt worden.

„Tanin" gibt in Besprechnng der Rede Lloyd Georges seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß Lloyd George das Friedensangebot zurückzuweisen erklärt, in einem Augenblicke, da der Vierverband und der Vierbund über die Friedensbedingungen im Grunde einig sind. Wir zögern nicht, erklärt das Blatt, uns die drei Punkte, in denen Lloyd George die Bedingungen zusammenfaßt, zu eigen zu machen. Wenn England die Rechte wiederherstellt, um die es seit langer Zeit die Völker der ganzen Erde gebracht hat, um sie wie seine Sklaven zu behandeln, wenn es sich gegen eine Wiedergutmachung der durch jene Rechtsentziehung verursachten unheilvollen Folgen nicht sträubt, wenn es Bürgschaften für die Zukunft bietet, so unterzeichnen wir den Friedensvertrag, ohne zu zögern. Der Unterschied besteht nur darin, daß England bloß von der Gegenwart und für Europa spricht, wir dagegen auch von der Vergangenheit und für die ganze Welt sprechen. Wenn es Lloyd George genehm ist, können wir an einem beliebigen Tische platznehmen, um die Rechnungen der Menschlichkeit und Zivilisation des letzten Jahrhunderts allein zu einem endgültigen und billigen Abschluß zu bringen. Es ist eine Verirrung, der Friedensfrage mit Windmachereien begegnen zu wollen, wie da sind: Despotismus, Recht, Menschlichkeit, da ja doch jedermann recht gut weiß, welch schmutzigen und blutigen Ruf England, Frankreich und Rußland in der Geschichte der Menschheit genießen.

Das Blatt führt weiters aus, daß der Vierbund seinen Friedensvorschlag machte, um den Vierverband zu bewegen, die Maske der falschen Menschlichkeit, die er sich vorhielt, fallen zu lassen, und sagt: Wir, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Bulgarien, wir verlangen nicht das Geringste außer unseren Rechten.

Neue Freie Presse

28./XII. 1916

Die Note des Schweizer Bundesrates an die österreichisch-ungarische Regierung.

Wien, 27. Dezember.

Der hiesige schweizerische Gesandte hat am 23. d. die folgende Note an den k. u. k. Minister des k. u. k. Hauses und des Aeußern gerichtet:

„Der unterzeichnete schweizerische Gesandte ist von seiner Regierung beauftragt, Sr. Exzellenz dem Herrn Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern folgende Mitteilung zu machen:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, mit welchem der schweizerische Bundesrat, geleitet von seinem heißen Wunsche nach einer baldigen Beendigung der Feindseligkeiten, vor geraumer Zeit in Fühlung getreten ist, hatte die Freundlichkeit, dem Bundesrat von der den Regierungen der Zentral- und Ententemächte zugestellten Friedensnote Kenntnis zu geben. In dieser Note erörtert Präsident Wilson die hohe Wünschbarkeit internationaler Abmachungen zum Zwecke sicherer und dauernder Vermeidung von Katastrophen, wie diejenige ist, unter der heute die Völker leiden. Er betont im Zusammenhange damit vor allem die Notwendigkeit, das Ende des gegenwärtigen Krieges herbeizuführen. Ohne selbst Friedensvorschläge zu machen oder die Vermittlung anzubieten, beschränkt er sich darauf, zu sondieren, ob die Menschheit hoffen darf, sich den Segnungen des Friedens genähert zu haben.

Die überaus verdienstliche persönliche Initiative von Präsident Wilson wird einen mächtigen Widerhall in der Schweiz finden. Treu den Verpflichtungen, die sich aus der Einhaltung strengster Neutralität ergeben, in gleicher Freundschaft mit den Staaten der beiden im Kriege stehenden Mächtegruppen verbunden, wie eine Insel inmitten der Brandung des schrecklichen Völkerkrieges gelegen, in seinen ideellen und materiellen Interessen aufs empfindlichste bedroht und verletzt, ist unser Land von einer tiefgehenden Friedenssehnsucht erfüllt und bereit, mit seinen schwachen Kräften mitzuhelfen, um den unendlichen Leiden des Krieges, welche ihm durch die tägliche Berührung mit Internierten, Schwerverwundeten und Evakuierten vor die Augen geführt werden, ein Ende zu bereiten und die Grundlagen zu einem segensreichen Zusammenwirken der Völker zu schaffen.

Der schweizerische Bundesrat ergreift daher freudig die Gelegenheit, die Bestrebungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu unterstützen. Er würde sich glücklich schätzen, wenn er in irgendeiner auch noch so bescheidenen Weise für die Annäherung der im Kampfe stehenden Völker und die Erreichung eines dauerhaften Friedens tätig sein könnte.

Gern ergreift der Unterzeichnete diesen Anlaß, Seiner Exzellenz, dem Herrn Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern, die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zum Ausdruck zu bringen."

Die Antwort des Grafen Czernin.

Die hierauf an den schweizerischen Gesandten am 27. d. gerichtete Antwortnote des k. u. k. Ministers des k. u. k. Hauses und des Aeußern lautet:

„Der unterzeichnete Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern hat die Ehre gehabt, die geschätzte Note vom 23. d. zu erhalten, in welcher es Seiner Hochwohlgeboren dem Herrn schweizerischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Dr. Charles Daniel Bourcart, gefällig war, auftraggemäß mitzuteilen, daß der schweizerische Bundesrat den Schritt zu unterstützen wünscht, welchen der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Regierungen der kriegführenden Mächte behufs Beendigung des gegenwärtigen Krieges sowie dauernder Verhütung künftiger Kriege unternommen hat.

Die hochherzigen Anregungen des Präsidenten Wilson haben bei der k. u. k. Regierung eine durchaus sympathische Aufnahme gefunden, welche auch in der dem hiesigen amerikanischen Botschafter gestern übergebenen, hier abschriftlich beigeschlossenen Antwort zum Ausdrucke gelangt ist.

Indem der unterzeichnete Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern Seine Hochwohlgeboren den Herrn schweizerischen Gesandten zu ersuchen sich beehrt, dieses Schriftstück zur Kenntnis des schweizerischen Bundesrates bringen zu wollen, gestattet er sich beizufügen, daß die k. u. k. Regierung in der Unterstützung der Friedensbestrebungen des Präsidenten Wilson seitens der eidgenössischen Regierung den Ausfluß jener edlen und menschenfreundlichen Gesinnungen erblickt, welche die Schweiz seit Kriegsbeginn allen kriegführenden Mächten gegenüber an den Tag zu legen und in so reichem und wirksamem Maße in die Tat umzusetzen beflissen ist.

Der unterzeichnete Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern benützt zugleich auch diesen Anlaß, um Seiner Hochwohlgeboren dem Herrn schweizerischen Gesandten den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern."

Die Antwort der deutschen Regierung.

Berlin, 27. Dezember.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat heute dem schweizerischen Gesandten in Beantwortung des Schreibens vom 22. d. folgende Note übergeben:

„Die kaiserliche Regierung hat davon Kenntnis genommen, daß der schweizerische Bundesrat im Verfolg seiner schon geraume Zeit zurückliegenden Fühlungnahme mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika bereit ist, auch seinerseits für die Annäherung der im Kampfe stehenden Völker und die Erreichung eines dauernden Friedens tätig zu sein. Der Geist wahrer Menschlichkeit, von dem der Schritt des schweizerischen Bundesrates getragen ist, wird von der kaiserlichen Regierung nach seinem vollen Werte gewürdigt und geschätzt.

Die kaiserliche Regierung hat den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika davon unterrichtet, daß ihr ein unmittelbarer Gedankenaustausch als das geeignetste Mittel erscheint, um zu dem gewünschten Ergebnisse zu gelangen. Geleitet von den Erwägungen, aus denen Deutschland am 12. Dezember zu Friedensverhandlungen die Hand bot, darf die kaiserliche Regierung den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten sämtlicher kriegführenden Staaten an einem neutralen Orte vorschlagen.

In Uebereinstimmung mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist die kaiserliche Regierung der Ansicht, daß das große Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff genommen werden kann. Sie wird, sobald dieser Zeitpunkt gekommen ist, mit Freuden bereit sein, an dieser erhabenen Aufgabe mitzuarbeiten. Wenn die Schweiz, die sich, treu den edlen Ueberlieferungen des Landes, bei der Linderung der Leiden des jetzigen Krieges unvergängliche Verdienste erworben hat, auch ihrerseits zur Sicherung des Weltfriedens beitragen will, so wird dies dem deutschen Volke und der deutschen Regierung hochwillkommen sein."

Reichspost Abendbl. 29./VIII. 1916

Ministerpräsident Radoslawow über die Lage.

Wir glauben an unseren endgültigen Sieg.

(Drahtmeldung des Sonderberichterstatters der „Reichspost".)

Sofia, 28. Juli.

Ihr Korrespondent hatte mit dem Ministerpräsidenten Dr. Radoslawow eine längere Unterredung, in deren Verlauf der bulgarische Staatsmann sich äußerte:

Die innerpolitische ebenso wie auch die außerpolitische Lage Bulgariens ist ausgezeichnet. Die während der letzten Kammersitzungen aufgetretenen Mißverständnisse innerpolitischen Charakters haben sich aufgeklärt und alle für einen guten Fortgang der parlamentarischen Arbeit maßgebenden Faktoren arbeiten nun wieder in vollster Eintracht an den großen Aufgaben, die uns der Krieg stellt. Ich betone Ihnen gegenüber nicht die Tatsache, daß während der ganzen Kammerdebatte das volle Einverständnis aller Parteien mit der äußeren Politik des Landes festgestellt werden konnte. Das ist selbstverständlich, denn heute ist das politische Axiom, daß Bulgarien nur mit den Mittelmächten im Bunde sein und sich entwickeln kann, in Fleisch und Blut unseres Gesamtvolkes übergegangen.

Gelegentliche innerpolitische Mißhelligkeiten sind in Anbetracht des stark pulsierenden Parteilebens der bulgarischen Innenpolitik und bei dem raschen Temperament einiger Abgeordneten selbstverständliche Erscheinungen. Der beste Beweis für den Stand der Dinge ist die Tatsache, daß trotz des Abfalles der Ghenadiewgruppe vom Regierungsparteiblock das bulgarische Kabinett absolut keine Aenderung erleiden wird. Das Kabinett ist fest und nur von einem Willen beseelt: Die Kräfte des Landes zu konzentrieren, Volk und Armee mit allen Mitteln zu versehen, die die Höchstleistung an Schlagkraft zu verbürgen und Gewähr sind für den Sieg Bulgariens an Seite seiner mächtigen Verbündeten.

Wenn auch die Feinde die Lage nach außen anders beurteilen, meint der Minister lächelnd, so kann es uns nichts schaden! Im übrigen wird die Rede Todorows unseren Gegnern manchen Zweifel beseitigen. Ich kann nur wiederholen: Alle sind wir nur einer Meinung und alle Kräfte des Landes arbeiten nur nach einer Richtung: Für die Größe und den Sieg unseres Vaterlandes!

Die außerpolitische Lage beurteilt der Ministerpräsident sehr zuversichtlich. Die Lage an den Fronten ist trotz Einsetzung gigantischer Kräfte unserer Feinde äußerst günstig geblieben. Die Lage wird dort nach des Ministers tiefster Ueberzeugung von Tag zu Tag besser gestaltet. Die Feinde werden es am Ende doch einsehen müssen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, uns den Sieg zu entwinden. Bezüglich der Demission Sasonows ist der Ministerpräsident überzeugt, daß die stetigen Katastrophen der russischen Armee und die innere Zerrüttung auf Sasonow stark gewirkt haben. Wenn auch die russische Politik zur Stunde keine Aenderung erleidet, so wird in Zukunft doch nicht mehr die verhängnisvolle Hand Sasonows die Geschicke Rußlands bestimmen. Wenn zwei dasselbe machen, so ist es doch nicht dasselbe, meint der Ministerpräsident, und so können wir, ohne große Hoffnungen auf Stürmer zu setzen, damit zufrieden sein, daß Sasanow unter der Last der Verantwortung seiner Schuld zusammenbrach. Die Beziehungen zu Rumänien beurteilt Radoslawow sehr zuversichtlich. Er erklärt: Bulgarien will alles vermeiden, um mit dem Nachbarn in irgend einen Konflikt zu geraten, er will alles daran setzen, um Rumänien zu beweisen, daß es mit diesem Nachbar auch in Zukunft nur bestes Einvernehmen sucht. Die Politik Bratianus hat trotz stärkster Einflüsse des Vierverbandes allen Lockungen stand gehalten, es liegt gar kein Anzeichen vor, daß Rumänien seine Haltung uns gegenüber ändern könnte. Die Lage in Griechenland muß auch gar nicht zu pessimistisch beurteilt werden; wohl arbeitet dort die Entente mit allen Mitteln und es gelingt ihr auch im Bunde mit Venizelos, gewisse Männer, vielleicht sogar Parteien für ihre Pläne zu gewinnen. Sie ist jedoch noch weit davon, um das ganze griechische Volk, dasselbe, das sie täglich beleidigt, ins Verderben führen zu können.

„Allerdings", schließt der Ministerpräsident, „ist das Prophezeien in der heutigen Zeit eine sehr schwere Sache, das Wichtigste bleibt: Wir glauben an unsere Kraft, an unseren endgültigen Sieg! Was auch noch kommen möge, ist reiflich erwogen und wird nichts abändern an der Niederlage unserer Feinde.

Die Zeit Abendbl
29./XII. 1916

Der Zar über die Friedensfrage.

Ein Tagesbefehl an die russische Wehrmacht.

KB Petersburg, 20. Dezember.
(Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Der Oberbefehlshaber hat an die Armee und Marine folgenden Tagesbefehl gerichtet:

„Mitten im tiefen Frieden hat Deutschland, das seit langer Zeit sich heimlich darauf vorbereitet hatte, alle Völker Europas zu unterwerfen, vor nunmehr über zwei Jahren plötzlich Rußland angegriffen und dessen treue Verbündete Frankreich und England gezwungen, sich mit uns zu verbinden und am Kampfe teilzunehmen. Die vollkommene Mißachtung der Grundsätze des internationalen Rechtes, wovon Deutschland Proben ablegte, die sich in der Verletzung der belgischen Neutralität sowie in der unbarmherzigen Grausamkeit der Deutschen gegen die friedliche Bevölkerung der von ihnen besetzten Gebiete ausdrückte, vereinigte allmählich alle großen Mächte Europas gegen Deutschland und das mit ihm verbündete Oesterreich-Ungarn.

Unter dem Druck der deutschen Armee, die dank ihrer technischen Mittel außerordentlich stark war, wurden Rußland und Frankreich im Laufe des ersten Kriegsjahres gezwungen, dem Gegner Teile ihres Gebietes zu überlassen. Der zeitweilige Mißerfolg hat nicht den Geist unserer treuen Verbündeten noch den eurigen, meine tapferen Truppen, gebrochen. Gleichzeitig wurde dank der Anspannung aller Kräfte des Landes der Unterschied zwischen unseren technischen Mitteln und denen der Deutschen allmählich ausgeglichen. Indessen konnte sich der Gegner schon lange vor dieser Zeit, bereits im Herbst 1915, keines Stückchens russischer Erde mehr bemächtigen, während er im Frühling und Sommer 1916 eine Reihe furchtbarer Niederlagen erlitt und an unserer ganzen Front von der Offensive zur Defensive überging.

Augenscheinlich erschöpfen sich seine Kräfte, während die Macht Rußlands und seiner tapferen Verbündeten unfehlbar andauernd wächst. Deutschland fühlt, daß die Stunde seiner endgültigen Niederlage, die Stunde der Vergeltung für alle Rechtsbrüche und die von ihm begangenen Grausamkeiten nahe ist. Deshalb schlägt Deutschland, ebenso wie es zur Zeit seiner Ueberlegenheit an Kampfkräften über die Kräfte seiner Nachbarn ihnen plötzlich den Krieg erklärte, jetzt, da es sein Schwächerwerden empfindet, den alliierten Mächten, die sich gegen Deutschland Gefolgschaft leisten, indem sie eine unlösbare Gruppe bilden, plötzlich vor, Friedensvorbesprechungen zu beginnen. Natürlich will Deutschland diese Unterhandlungen beginnen, bevor der Grad seiner Schwäche vollkommen an den Tag kommt, vor dem endgültigen Verlust seiner Widerstandskraft. Gleichzeitig versucht es, um lügenhafte Vorstellungen über die Stärke seiner Armee zu schaffen, seinen zeitweiligen Erfolg in Rumänien sich zunutze zu machen, das noch keine Zeit hatte, Erfahrungen über die gegenwärtige Art der Kriegführung zu erwerben.

Aber wenn Deutschland die Möglichkeit hatte, Rußland und seinem Verbündeten Frankreich den Krieg zu erklären, und sie zu einer Zeit angriff, die für sie am ungünstigsten war, so haben die Alliierten, unter denen sich jetzt das so mächtige England und das edle Italien befinden, nachdem sie sich im Laufe des Krieges verstärkt haben, gegenwärtig ihrerseits die Möglichkeit, Friedensverhandlungen zu beginnen, in jenem Augenblick, den sie als günstig für sich betrachten werden. Dieser Augenblick ist noch nicht gekommen. Der Gegner ist noch nicht aus den Gebieten vertrieben, deren er sich bemächtigt hat. Die Erfüllung der durch den Krieg geschaffenen Aufgaben Rußland: der Besitz Konstantinopels und der Meerengen und die Schaffung eines in allen seinen drei gegenwärtig getrennten Teilen freien Polens ist noch nicht gewährleistet.

Gegenwärtig Frieden schließen, würde gleichbedeutend sein mit der Nichtausnützung der Früchte der unsagbaren heldenhaften Anstrengungen der russischen Armee und Flotte. Diese Anstrengungen und noch mehr die geheiligte Erinnerung an die tapferen, auf dem Schlachtfelde gefallenen Söhne Rußlands lassen nicht einmal den Gedanken an Frieden zu bis zum endgültigen Siege über den Feind, der die Kühnheit hatte, zu vermuten, daß, wenn es von ihm abhing, den Krieg zu beginnen, es in gleicher Weise von ihm abhinge, ihn zu beenden, wenn er es wünscht. Ich zweifle nicht daran, daß jeder treue Sohn des heiligen Rußland, sowohl derjenige, der mit den Waffen in die Reihen meiner tapferen Truppen eintrat, als derjenige, der im Inneren des Landes arbeitet, um Rußlands Militärmacht zu verstärken, oder seine friedliche Arbeit verrichtet, von dem Bewußtsein durchdrungen ist, daß der Friede dem Gegner erst dann aufgezwungen werden kann, wenn er aus unserem Gebiet vertrieben sein wird und, endgültig zerschmettert, uns und unseren treuen Verbündeten feste Bürgschaften für die Unmöglichkeit der Wiederholung seines treulosen Angriffs und die feste Sicherheit geben wird, daß er durch die Kraft der Umstände selbst gezwungen sein wird, die Verpflichtungen zu beobachten, die er gemäß dem Friedensvertrag wird auf sich nehmen müssen.

Seien wir also unbeugsam in der festen Zuversicht auf unseren Sieg, und der Allmächtige wird unsere Fahnen segnen und sie von neuem mit unvergänglichem Ruhm bedecken. Er wird uns einen Frieden gewähren, der Heldentaten meiner ruhmreichen Truppen würdig, einen Frieden, für den die zukünftigen Geschlechter euer Gedächtnis segnen werden, das für sie heilig sein wird."

Neue Freie Presse

Ebenhoch

29./XII. 1916

Aeußerungen des norwegischen Storthing-präsidenten für den Frieden.

Berlin, 29. Dezember.

Der Präsident des norwegischen Storthings, Mowinckel, einer der angesehensten Schiffsreeder Skandinaviens, hat dem Vertreter des Deutschen Ueberseenachrichtendienstes eine Unterredung in Bergen gewährt, in deren Verlauf er folgende, durch Funkspruch der amerikanischen Presse übermittelte Mitteilungen machte:

Wenn ich mich über den Frieden und die Friedensfragen äußern soll, kann ich das nur als Norweger vom norwegischen Standpunkt aus tun, ohne dadurch Partei ergreifen zu wollen für oder gegen eine der kämpfenden Mächte, mit denen mein Vaterland in Frieden und Freundschaft lebt. Aber daneben bin ich doch auch Bürger Europas. Auf mir lastet das schmerzliche, beschämende Gefühl, daß dieser Krieg, der nunmehr schon über zwei Jahre unseren Erdteil zerstücken, die weiße Rasse dezimiert, ein Bürger- und Bruderkrieg zwischen nahen Verwandten und hochkultivierten Nationen ist. Darum wünsche ich sowohl als Norweger wie als Europäer vom ganzen Herzen, daß dieses Weltunglück jetzt vor seinem Abschluß stehen möge.

Jeder Tag, für den Frieden gewonnen, ist ein Tag für Europas Wohl und für die Kultur unserer Rasse und deren Weltmission sowie für das Zukunftsglück der ganzen Menschheit. Deshalb haben der ganze skandinavische Norden und die ganze neutrale Welt die Rede des Reichskanzlers vom 12. Dezember begrüßt, wie man den jungen Morgen begrüßt nach schwerer Sturmesnacht. Ich will dabei nicht über die Form dieser Rede sprechen und ebensowenig über den Inhalt der angefügten Note. Wir Neutralen haben nicht das Recht, zu entscheiden, ob die Rede und die Note brauchbar sind als direkte Grundlage für die Einleitung von Friedensverhandlungen, aber das Wort Friede ist nun einmal gefallen und der Vorschlag, in Friedensverhandlungen einzutreten, gemacht worden. Schon das allein gibt Hoffnung.

Der Wortlaut der ersten Kanzlerrede vom 9. November hat gezeigt, daß die Auffassung des Reichskanzlers vom künftigen Zusammenleben der Nationen den Meinungen verwandt ist, die ihren Ausdruck auch bei den anderen führenden Staatsmännern, wie Wilson, Grey und Briand, gefunden haben. Weil ich von diesen Betrachtungen ausgehen muß, kann und will ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Möglichkeit, eine gemeinsame Grundlage für Friedensverhandlungen zu finden, trotz alledem nicht fern ist. Aus den allerdings ziemlich unvollständigen Berichten über Lloyd-Georges Rede als Premierminister, wie die Presse Norwegens sie brachte, bekam ich persönlich den Eindruck, daß die Antwort auf die deutsche Note so ausfallen wird, daß sie die Eröffnung eines näheren Meinungsaustausches nicht ausschließt.

Der französische Dichter Anatole France sagte in einem Artikel über den Weltkrieg unter anderm: Der Friede wäre vielleicht nicht mehr fern, wenn man nur von einer Seite erkennen ließe, daß man willig sei, die andere Seite ruhig anzuhören. Es ist der inbrünstige Wunsch aller wahren Menschenfreunde, daß die Zeit jetzt gekommen sein möge, da die kämpfenden Parteien zueinander kommen können, um ihre Meinungen über den Frieden und die Zukunft auszutauschen. Obwohl die neutralen Staaten nicht das Recht haben, ihre kleinen Sorgen neben den unerhörten Leiden und Schrecknissen, unter denen die kriegführenden Völker seufzen, zu erwähnen, möchte ich doch nicht ungesagt lassen, daß auch wir es keineswegs gut haben. Insbesondere fühlen die nordeuropäischen Kleinstaaten empfindlich die Nähe des Krieges und werden die Furcht nicht los, daß der Weltkrieg auch sie berühren könne. Das und nicht zum wenigsten die Liebe zum eigenen Vaterland sowie die Wünsche für dessen Wohl und Glück sind es, die uns Neutrale so stark hoffen lassen, daß das alte Weihnachtswort „Friede auf Erden" bald wieder eine Stätte in den Herzen der Menschen finden werde.

Reichspost

30/XII. 1916

König Ludwigs Neujahrsgruß an die bayrischen Krieger.

König Ludwig von Bayern über Krieg und Frieden.

München, 29 Dezember.

Die Korr. Hoffmann meldet: König Ludwig hat folgenden Tagesbefehl erlassen:

„Zum drittenmale in schwerer Kriegszeit entbiete ich meiner treuen tapferen Armee Glück und Segenswünsche zur Jahreswende. Stolze Freude erfüllt mich beim Rückblick auf die Leistungen, mit denen das bayrische Heer auch im abgelaufenen Jahre seinen Waffenruhm gewahrt und gemehrt hat. Unter trefflicher Führung haben die Bayern auf allen Fronten in unwiderstehlichem Vorwärtsdringen sieghaften Angriffsgeist bekundet und in standhafter Abwehr überlegenem feindlichen Ansturme ihre zähe Widerstandskraft erwiesen. Weder die mit unerhörtem Kraftaufwand an der Somme geführten Angriffe noch der neue Bundesgenosse ver-

mochten unseren Feinden die erstrebte Entscheidung zu ringen. Mit wuchtigen Schlägen haben die Heere der verbündeten Mächte Rumänien in kurzer Zeit zu Boden geworfen.

Wenn der Feind die Hand, die wir im Gefühl unserer Stärke dargeboten haben, zurückstoßen sollte, werden wir den Frieden, den er uns verweigert, erzwingen! Mit fester Zuversicht gehen wir der Entscheidung entgegen, die das neue Jahr bringen soll. Ich weiß, daß meine Armee von unbeugsamen Willen zum Sieg erfüllt ist und jeden Widerstand brechen wird, den unsere Feinde entgegenstellen. Hinter ihr steht mein ganzes Volk, bereit, alle Kräfte einzusetzen, um mitzuhelfen im vaterländischen Dienst.

So danke ich denn bewegten Herzens dem Allmächtigen, der unsere Waffen sichtlich gesegnet, danke ich den bis in den Tod getreuen Söhnen meines Landes, die Leben und Gesundheit für die Zukunft ihres Vaterlandes geopfert haben, danke ich all denen, die im Felde und in der Heimat Anteil haben an den Erfolgen des vergangenen Jahres. In freudigem Vertrauen auf Gottes weitere Hilfe, auf die Tüchtigkeit meiner Armee und auf den einmütigen Willen des deutschen Volkes und seiner mächtigen Verbündeten blicke ich zuversichtlich dem neuen Jahre entgegen: Vorwärts zu neuen Kämpfen, vorwärts zu Sieg und Frieden!

Meine und der Königin heiße Wünsche begleiten die Armee auf allen ihren Wegen.

München, den 28. Dezember 1916.

Ludwig."

Neue Freie Presse

30./XII. 1916

Ueberreichung von Friedensnoten Schwedens und Dänemarks in Wien.

Wien, 29. Dezember.

Der königlich schwedische Gesandte Baron Beck-Friis und der königlich dänische Geschäftsträger de Lerche haben heute im Ministerium des Aeußern wörtlich übereinstimmende Noten überreicht, welche in deutscher Uebersetzung lauten wie folgt:

„Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, Nachstehendes Eurer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen:

Mit dem lebhaftesten Interesse hat die königliche Regierung die Vorschläge erfahren, welche der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zu dem Behufe gemacht hat, um Maßnahmen zur Herstellung eines dauernden Friedens zu erleichtern.

So sehr die königliche Regierung bestrebt bleibt, jede Einmengung, welche berechtigte Gefühle verletzen könnte, zu vermeiden, so würde sie doch ihre Pflichten gegen ihr eigenes Volk und gegen die Menschheit in ihrer Gesamtheit zu vernachlässigen glauben, wenn sie nicht ihrer tiefsten Sympathie für alle Bemühungen Ausdruck verliehe, die dazu beitragen könnten, der fortschreitenden Häufung von Leiden und Verlusten moralischer und materieller Natur ein Ziel zu setzen. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die Initiative des Präsidenten Wilson zu einem Ergebnis führen werde, würdig der hohen Gesinnung, von der er sich hat leiten lassen."

Fremdenblatt

31./XII. 1916

Neujahrsbefehl Kaiser Wilhelms.

K. Berlin, 30. Dezember. Das Wolffsche Bureau meldet:

Kaiser Wilhelm hat an die Armee und die Marine folgenden Armee- und Flottenbefehl gerichtet:

„An mein Heer und meine Marine!

Wiederum liegt ein Kriegsjahr hinter uns, stark an Kämpfen und Opfern, reich an Erfolgen und Siegen. Die Hoffnungen unserer Feinde auf das Jahr 1916 sind zuschanden geworden. Alle ihre Anstürme in Ost und West sind an euerer Tapferkeit und Hingabe zerschellt! Der jüngste Siegeszug durch Rumänien hat durch Gottes Fügung wiederum unverwelkliche Lorbeeren an eure Fahnen geheftet.

Die größte Seeschlacht dieses Krieges, der Sieg am Skagerrak, und die kühnen Unternehmungen der U-Boote haben meiner Marine Ruhm und Bewunderung für alle Zeiten gesichert.

Ihr seid siegreich auf allen Kriegsschauplätzen zu Lande wie zu Wasser!

Mit unerschütterlichem Vertrauen und stolzer Zuversicht blickt das dankbare Vaterland auf euch. Der unvergleichlich kriegerische Geist, der in eueren Reihen lebt, euer zäher, nimmer ermattender Siegeswille, eure Liebe zum Vaterlande bürgen mir dafür, daß der Sieg auch im neuen Jahre bei unseren Fahnen bleiben wird.

Gott wird auch weiter mit uns sein!

Großes Hauptquartier, den 31. Dezember 1916.

Wilhelm."

Neue Freie Presse
31/XII. 1916

Die Mitteilung der Friedensbedingungen.

Erklärung des Grafen Bernstorff über die Bereitwilligkeit der Mittelmächte.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 30. Dezember.

Aus dem Haag berichtet der „Lokalanzeiger":

„Morning Post" meldet aus Washington: Graf Bernstorff hat dem Ministerium des Aeußern mitgeteilt, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtige, vor dem Zusammentritt einer Konferenz öffentlich die Bedingungen mitzuteilen, die Deutschland seinen Feinden anbieten will, aber, daß sie diese im Vertrauen der Regierung von Washington bekanntgeben will, damit diese sie ebenso vertraulich den feindlichen Regierungen übermitteln könne.

Neue Freie Presse
31./XII. 1916

Das Organ Giolittis für die Beendigung des Krieges.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 30. Dezember.

Aus Turin wird der Expreßkorrespondenz gemeldet: Die „Stampa" veröffentlicht an auffallender Stelle eine Kriegsübersicht. Der Krieg habe im verflossenen Jahre strategisch keinen Abschluß gebracht. Deutschland habe zwar gesiegt, aber keine Entscheidung erzielt, da es seine Kolonien und die Seewege verloren habe. Die großen Siege Deutschlands seien nicht entscheidend gewesen, wie die von Metz und Sedan, sondern hätten höchstens die Bedeutung von Gravelotte. Deutschland habe zwar Tausende von Kilometer erobert, aber immer noch nicht genügend, um den Frieden diktieren zu können. Vielfach sei die Ansicht vertreten, der Krieg werde noch lange dauern.

Die „Stampa" verlangt jedoch die Beendigung des Krieges nicht etwa aus militärischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Europa habe den Krieg mit vollen Magazinen begonnen, heute seien in allen Ländern die Rohstoffe ausgegangen und im kommenden Jahre werde es noch schlimmer werden. Großbritannien mache eine Transportkrise durch, Amerika wolle keine Lederwaren und Baumwolle mehr liefern, die Europa in noch nie dagewesenen Mengen verbrauche. In Rußland sei die Verkehrsnot so groß, daß Petersburg ohne Brot sei, obgleich Südrußland volle Getreidemagazine besitze. Argentinien könne nicht weiterarbeiten, da die erforderliche Einwanderung aus Europa aufgehört hat. Südamerika befinde sich in einer finanziellen Krise, weil die Landeserzeugnisse wegen des Frachtraummangels unverkäuflich seien. Der Warenmangel in Europa habe eine ständig wachsende Teuerung zur Folge, außerdem befinde sich ganz Europa in einer allgemeinen Krise der Goldreserven. Wenn die Weltmärkte wieder ohne Beschränkungen offen sind, werden sich schreckliche Zustände entwickeln. Furchtbare Wirtschaftsschwierigkeiten seien nach Beendigung des Krieges unvermeidlich.

Werde der Krieg fortgesetzt, so bedeute das die Liquidation Europas. Die europäischen Rassen würden vom Erdboden vertilgt werden. Am schwersten aber werde Frankreich in Mitleidenschaft gezogen werden. Werde jetzt der Krieg fortgesetzt, so werde Europa ein großer Friedhof und die Zivilisation werde zertrümmert. Wenn wir den Krieg fortsetzen, ohne auf die Uhr zu schauen, so bleiben wir selbst unter den Trümmern liegen und können als Tote den Sieg nicht mehr genießen.

Neue Freie Presse
31/XII. 1916

Beschlüsse des polnischen Nationalrates in Warschau.

Wien, 30. Dezember.

Wie der „Nowa Reforma" aus Warschau berichtet wird, hat dort der polnische Nationalrat in seiner jüngst abgehaltenen Plenarsitzung beschlossen:

1. Den polnischen Staatsrat, dessen Konstituierung unmittelbar bevorsteht, als provisorische Nationalregierung des Königreiches Polen anzuerkennen und dessen Anordnungen in jeder Hinsicht werktätig zu unterstützen.

2. Dem Staatsrat nahezulegen, daß er a) seinen Wirkungskreis tunlichst erweitere und auf alle Zweige der Verwaltung erstrecke, b) sich in energischer Weise mit der Organisation der polnischen Wehrmacht befasse.

Neue Freie Presse

2./I. 1917

Radoslawow über Zugeständnisse Bulgariens bei einem Friedensschluß.

Sofia, 31. Dezember.

In der gestrigen Abendsitzung der Sobranje gab Ministerpräsident Radoslawow am Schlusse der Beratung über das Budget des Ministeriums des Aeußern folgende Erklärungen über die allgemeine Lage Bulgariens ab:

Ich versichere, daß das Werk Bulgariens vollbracht ist. Denjenigen, welche behaupten, daß wir zu viel fordern, antworte ich, daß wir keine Chauvinisten sind. Wir kennen die Ansprüche des bulgarischen Volkes. Aus dem königlichen Manifest anläßlich der Kriegserklärung sind Ihnen die Ansprüche Bulgariens bekannt, und ich halte mich daher nicht für verpflichtet, jedem Redner Antwort zu stehen.

In Besprechung der Kritik der Redner der Opposition, welche sich gegen die Ueberschreitung der Donau durch bulgarische Truppen aussprachen, erklärte der Ministerpräsident, daß dieser Uebergang gemäß dem Befehl des bulgarischen Oberkommandos durchgeführt wurde, das der Ansicht war, daß die rumänische Armee jenseits der Donau geschlagen und vernichtet werden müsse. Die bulgarische Armee, sagte Radoslawow, hat unseren Verbündeten wertvolle Unterstützung geleistet, welche dies auch voll anerkannt haben, und fügte hinzu: Wir sind mit unseren Verbündeten in allen Punkten einig.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bemerkte Radoslawow: Alle deutschen und österreichisch-ungarischen Offiziere, die sich in Bulgarien befinden, unterstehen dem bulgarischen Armeeoberkommando. Ich erkläre dies im Namen der Regierung.

Das Verkehrsleben im Lande besprechend, sagte Radoslawow, daß die Eisenbahnen, Post und Telegraphen sowie die Bergwerke sämtlich militarisiert seien und im Dienste des gemeinsamen Werkes stehen.

In Erwiderung der Kritik mehrerer Redner an verschiedenen Regierungshandlungen sagte der Ministerpräsident: Haben Sie Vertrauen zu uns.

In Erörterung der Frage des Friedensangebotes erklärte Radoslawow, daß das Angebot mit Begeisterung auch in den neutralen Ländern aufgenommen worden sei, nach der Schweiz auch in den skandinavischen Ländern, und fügte hinzu: Ich bin informiert, daß auch Holland und Spanien sich anschicken, den Schritt des Präsidenten Wilson zu unterstützen.

Wir sind bereit, fuhr der Ministerpräsident fort, Frieden zu schließen, denn wir wollen den Krieg beenden. Wir werden Zugeständnisse machen im Namen der Menschlichkeit und zum Heil aller Nationen.

Der Ministerpräsident schloß: Ich bin im Besitz von Aktenstücken, die beweisen, daß unsere Gegner unser Recht auf das, was wir verlangen, anerkennen.

Die Erklärungen Radoslawows wurden mit langanhaltendem Beifall aufgenommen und sodann das Budget des Ministeriums des Aeußern bewilligt.

Fremdenblatt
2. I. 1917

Depeschenwechsel zwischen Graf Czernin und dem Reichskanzler.

Zwischen Minister des Aeußern Grafen Czernin und Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg hat anläßlich der Jahreswende nachstehender Telegrammwechsel stattgefunden:

„Ich beehre mich, an Euer Exzellenz mit dem Ersuchen heranzutreten, Sr. Majestät dem Kaiser und König, Ihrem allergnädigsten Herrn meine ehrfurchtsvollsten Glückwünsche zum Jahreswechsel zu Füßen zu legen, und bitte auch Euer Exzellenz, bei diesem Anlasse meine wärmsten Wünsche für das kommende Jahr entgegenzunehmen.

Unserer Kraft bewußt und vertrauend auf unser Recht, unsere Existenz zu verteidigen, haben wir die Hand zur Verständigung geboten. Mit Gottes Hilfe werden wir den schweren Kampf bis zum endlichen Siege durchkämpfen, falls unsere Feinde sich heute noch von der Aussichtslosigkeit ihrer Eroberungspläne nicht überzeugen lassen wollen und der Menschheit die Segnungen friedlicher Arbeit noch weiter vorenthalten.

Czernin."

„Euer Exzellenz bitte ich, Ihrem allergnädigsten Herrn, Seiner kaiserlichen und königlich apostolischen Majestät meine ehrfurchtsvollen Glückwünsche anläßlich des Jahreswechsel zu Füßen zu legen. Gott der Allmächtige wolle Sr. Majestät Regierung segnen und sie im neuen Jahre des Glückes teilhaftig werden lassen, den Völkern Oesterreich-Ungarns nach hartem siegreichen Kampfe den ersehnten ruhmvollen Frieden wiederzugeben. Zugleich gestatte ich mir, auch Eurer Exzellenz persönlich meine aufrichtigsten Glückwünsche zum kommenden Jahre auszusprechen. Möchte es Ihnen in Ihrem neuen hohen Amte vollste Befriedigung bringen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg."

Neue Freie Presse 3./I. 1917

Die Note Spaniens über den amerikanischen Friedensschritt.

Keine Teilnahme der spanischen Regierung.

Wien, 2. Januar.

Die Schweiz und die skandinavischen Staaten sind dem Schritte des Präsidenten Wilson beigetreten, der den Zweck hatte, die kriegführenden Mächte einander näher zu bringen. Das Eingreifen dieser Neutralen ist von den Regierungen der Mittelmächte mit Genugtuung und Dankbarkeit aufgenommen worden.

Spanien wird sich diesen Schritten nicht anschließen. Es beruft sich darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten bereits die Initiative ergriffen habe und daß die Mitarbeiterschaft Spaniens keinerlei Wirkung hätte, da bereits die Mittelmächte ihren festen Willen kundgegeben haben, mit den kriegführenden Mächten in direkte Verhandlungen zu treten. Spanien will keinerlei Unterhandlung fernbleiben, welche das menschenfreundliche Werk zur Beendigung des gegenwärtigen Krieges fordern würde. Aber es behält sich dieses Eingreifen auf einen günstigeren Augenblick vor, und es ist bereit, auch in Verhandlungen einzutreten, die den neutralen Mächten ihre eigenen materiellen Interessen sichern können.

Spanien hat bisher die Neutralität in strengem Sinne eingehalten und insbesondere in der Frage der Aufnahme von Unterseebooten nicht nachgegeben. Es ist zwar bekannt, daß der Ministerpräsident Romanones der Entente nicht ungünstig gesinnt ist. Aber Spanien wird sicherlich fortfahren, eine unparteiische Politik zu führen und die alten freundlichen Beziehungen, die besonders die österreichisch-ungarische Monarchie mit diesem Lande verknüpfen, sind Gewähr dafür, daß die Ablehnung einer Teilnahme an dem Schritte des Präsidenten Wilson nicht als eine Unterstützung der Entente zu betrachten sei. Sicherlich wäre es der Entente weniger angenehm gewesen, wenn Spanien an dem Schritte der Neutralen teilgenommen hätte. Aber die Erscheinung ist vielfach in diesem Kriege hervorgetreten, daß die Neutralen sich nur schwächlich gegen die englischen Uebergriffe verteidigen und daß die Waffen der Verschüchterung und der Lockung auch dort wirksam sind, wo man es am wenigsten erwarten würde. Das Fernbleiben Spaniens vom Friedensschritt wird ohne Empfindlichkeit aufgenommen werden.

Der Wortlaut der spanischen Note.

Madrid, 1. Januar.

Der Vertreter des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus meldet durch Funkspruch:

Die Regierung veröffentlicht folgende Antwortnote Spaniens auf die Note des Präsidenten Wilson:

Die Regierung Sr. Majestät hat durch Vermittlung Ihrer Botschaft eine Abschrift der Note erhalten, die der Präsident der Vereinigten Staaten an die Kriegführenden gerichtet hat und in der er dem Wunsche Ausdruck gibt, es möchte die baldige Gelegenheit herbeigeführt werden, um von allen zurzeit kriegführenden Nationen eine Erklärung zu erlangen über ihren Standpunkt hinsichtlich der Grundlagen, die zur Beendigung des Krieges führen könnten. Diese Abschrift ist begleitet von einer anderen Note Eurer Exzellenz, datiert vom 22. Dezember, in der Sie gemäß später erhaltenen Weisungen im Namen des Präsidenten erklären, der Augenblick scheine ihm geeignet für eine Mitwirkung der Regierung Sr. Majestät, die, wenn sie es für tunlich erachte, die Haltung der Vereinigten Staaten unterstützen möge.

Angesichts des lobenswerten Wunsches der genannten Regierung, in ihrem Vorschlage zugunsten des Friedens unterstützt zu werden, ist die Regierung Sr. Majestät der Ansicht, daß, da der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika die Initiative ergriffen hat und die verschiedenen Eindrücke, welche diese hervorrief, bereits bekannt sind, die Mitarbeit, zu der die Vereinigten Staaten Spanien einladen, keinerlei Wirkung hätte, um so mehr als die Mittelmächte ihren festen Willen kundgegeben haben, mit den kriegführenden Mächten über die Friedensbedingungen in direkte Verhandlungen zu treten.

Die Regierung Sr. Majestät ist, in der Meinung, daß der edle Wunsch des Präsidenten der Vereinigten Staaten stets die Anerkennung aller Völker finden wird, entschlossen, keiner Unterhandlung über ein Uebereinkommen, dazu bestimmt, das menschenfreundliche Werk zur Beendigung des gegenwärtigen Krieges zu fördern, fernzubleiben, behält sich jedoch den Eintritt in solche Unterhandlungen bis zu dem Augenblick vor, in welchem die Anstrengungen aller derer, die den Frieden wünschen, mehr als jetzt nutzbringend und wirksam sein könnten und Gründe vorliegen werden, die eine Initiative oder Intervention als aussichtsvoller erscheinen lassen.

In Erwartung dieses Augenblicks erachtet die Regierung Sr. Majestät es für opportun, zu erklären, daß sie hinsichtlich einer Verständigung zwischen den neutralen Ländern zum Schutze ihrer materiellen, durch den Krieg berührten Interessen jetzt wie bisher bereit ist, in Verhandlungen einzutreten, die zu einem Abkommen führen könnten, das geeignet wäre, alle nicht kriegführenden Länder zu vereinigen, sofern sie sich beeinträchtigt glauben und es für notwendig halten, die erlittenen Schäden gutzumachen oder zu vermindern.

Neue Freie Presse

4. I. 1917

148

Holland und die Friedensaktion.

Keine Beteiligung Hollands an der Aktion Wilsons.

Wien, 3. Januar.

Wie nunmehr feststeht, hat sich die königlich niederländische Regierung nicht veranlaßt gesehen, dem Ersuchen des Präsidenten Wilson nachzukommen und die von ihm angeregte Friedensaktion zu unterstützen. Somit ist die Tatsache zu verzeichnen, daß in dieser so außerordentlich wichtigen Frage, einer Frage nicht nur der Politik, sondern auch der Menschlichkeit und des europäischen Gemeingefühles, die europäischen Neutralen eine verschiedene Haltung einnehmen. Die Schweiz und die drei skandinavischen Staaten Schweden, Dänemark und Norwegen haben sich mit freudiger Zustimmung für die Anregung des Präsidenten Wilson erklärt, Spanien und Holland halten sich ferne. Spanien hat sein negatives Verhalten in einer an die Mächte gerichteten Note zu erläutern gesucht; eine entsprechende holländische Note ist unseres Wissens nicht ergangen, jedoch dürfte die holländische Regierung eine andere Form gefunden haben, um ihren Standpunkt zu erklären.

Die holländischen Staatsmänner legen Wert darauf, zu betonen, daß, wenn sie sich der Aktion des Präsidenten Wilson auch nicht anschließen können, sie jedoch der Aktion der Zentralmächte selbst, dem Angebot, mit den Feinden in Friedensunterhandlungen einzutreten, die größten Sympathien entgegenbringen. Mehr noch: man ist in Holland überzeugt, daß der von den Zentralmächten ausgeworfene Samen früher oder später zur Frucht gedeihen muß und wird.

Vor die Entscheidung gestellt, ob sie sich dem Präsidenten Wilson anschließen sollen oder nicht, haben die holländischen Staatsmänner sich vom Eindruck bestimmen lassen, daß die Bereitwilligkeit, in Friedensverhandlungen einzutreten, ja auch nur einer zur Besinnung mahnenden Freundesstimme Gehör zu schenken, bei den Ententemächten noch nicht jenen Grad erreicht hat, daß eine neutrale Intervention oder Anregung auch nur halbwegs Aussicht auf Erfolg verspräche. Tatsächlich hat England, das politische und finanzielle Rückgrat der Entente, erst kürzlich ein Ministerium der ausgesprochen radikalsten Kriegsgesinnung erhalten, ein Ministerium, dessen Programm die rücksichtslose Fortführung des Krieges ist. Dabei verkennt man in neutralen Ländern durchaus nicht, daß das englische Volk, von den untersten bis zu den obersten Schichten, keineswegs so denkt und spricht, wie es die Parlamentarier hinstellen. Aber immerhin, an der Herrschaft sind die unentwegten Kriegshetzer. Das Ministerium Lloyd-George mag nur eine Episode sein, aber diese Episode muß eben sich zuerst abspielen.

Nach holländischer Auffassung war es für die europäischen Neutralen einfach eine Frage des politischen Kalkuls, ob ihr Einschreiten im gegebenen Augenblick Aussicht auf Erfolg haben würde oder nicht, zumindest so viel Aussicht, um die Gefahr aufzuwiegen, daß man bei der Entente Mißstimmung hervorrufen würde. Amerika war in einer anderen Lage. Die Macht der großen Republik und vor allem die außerordentlichen Dienste, die sie der Kriegführung der Entente bisher erwiesen hat, noch weiterhin erweisen, aber auch in Zukunft verweigern kann, diese einzigartige Stellung Amerikas gab ihm die Möglichkeit, mit seinem Vorschlag hervorzutreten.

In anderer Lage befinden sich die europäischen Neutralen. Für sie war, wie die Holländer glauben, ein sorgfältiger politischer Kalkül notwendig. Dieser Kalkül ist bei der Schweiz und bei den skandinavischen Staaten anders ausgefallen als bei Spanien und bei Holland. Bei ihrer Entschließung haben sowohl Holland wie Spanien auch daran gedacht, daß schließlich doch der Moment kommen wird, wo die Neutralen insgesamt etwas mit Aussicht auf Erfolg unternehmen können, und sie glauben gewissermaßen für diesen künftigen Moment ihr Pulver trocken halten zu müssen.

Das sind ungefähr die Gedankengänge der holländischen Staatsmänner. Sie werden damit kaum auf allgemeine Zustimmung rechnen können, wie schon die Zustimmung zeigt, welche der Schritt des Präsidenten Wilson auch in Holland gefunden hat. Es sind nicht die Zentralmächte, sondern vielmehr die Neutralen, die es vielleicht einmal bedauern werden, daß der große geschichtliche Moment, der ein gemeinsames Auftreten der europäischen Neutralen hätte herbeiführen können, versäumt worden ist.

Die Antwort der Entente auf Wilsons Friedensnote verschoben.

Das Fernbleiben Spaniens und Hollands.

Amsterdam, 3. Januar.

Nach dem Reuterschen Bureau beantworteten die Alliierten Wilsons Friedensnote noch nicht. Sie hielten es für wünschenswert, daß zwischen die Erwiderung auf die deutsche Note und die Antwort an den amerikanischen Präsidenten ein angemessener Zwischenraum falle. Die Antwortnote an Wilson sei indessen im Entwurf fertiggestellt und würde jetzt erörtert. Sie werde wahrscheinlich in einigen Tagen abgesandt.

Das Reutersche Bureau weist sodann darauf hin, daß sich Spanien und Holland dem Schritt Amerikas nicht anschließen, und bemerkt, daß die Versuche, Südamerika zur Mitarbeit zu gewinnen, keinen großen Erfolg hatten. Argentinien, Brasilien und einige kleine Staaten würden keinen Schritt unternehmen. Die amerikanischen Vertreter in verschiedenen Hauptstädten machten inzwischen noch gewisse mündliche Mitteilungen, um unklare Punkte zu erläutern.

Weiterhin verbreitet das Reutersche Bureau eine Zusammenstellung von amerikanischen Blätterstimmen zur Antwortnote der Alliierten, die einseitig für die Alliierten Partei ergreifen. Einige dieser Blätter suchen die Lage so darzustellen, als ob die ablehnende Antwort der Entente einen Schritt zum Frieden bedeute, weil Deutschland den Frieden haben müsse.

„Newyork Tribune" hingegen betont, daß der Krieg weitergehen müsse und der Versuch der Vereinigten Staaten, den Frieden herbeizuführen, durch die Ententenote endgültig abgeschlossen sei.

Schließlich verbreitet das Reutersche Bureau eine Polemik der „Westminster Gazette", worin ein Rechtfertigungsversuch für die von den Alliierten in ihren Kriegszielen beabsichtigte Vergewaltigung der Türkei und für die bereits in die Wege geleitete Vergewaltigung Griechenlands gemacht wird. Das englische Regierungsblatt empfindet es peinlich, daß die angeblichen Verfechter der Rechte der kleinen Nationen und Nationalitäten in einem so fragwürdigen Lichte erscheinen, und gibt die Erklärung ab, daß die Untertanen der Türkei von der Tyrannei befreit werden müßten, was nur dadurch geschehen könne, daß Rußland die Herrschaft in Konstantinopel erhalte. Während für Konstantinopel der russische Absolutismus als Befreiungsmittel angepriesen wird, sucht die „Westminster Gazette" die Vergewaltigung Griechenlands damit zu beschönigen, daß man dieses Land nur davor bewahren wolle, eine absolute Monarchie zu werden.

Abendpost
4. I. 1917

149

Die Friedens-erörterungen.

Die Vierverbandsantwort an Wilson. — Auch Holland und Südamerika lehnen die Mitwirkung an Wilsons Schritt ab! — Britische Preßstimmen.

Amsterdam, 3. Jänner.

Nach dem Reuterschen Bureau beantworteten die Alliierten Wilsons Friedensnote noch nicht. Sie hielten es für wünschenswert, daß zwischen die Erwiderung auf die deutsche Note und die Antwort an den amerikanischen Präsidenten ein angemessener Zwischenraum falle. Die Antwortnote an Wilson sei indessen im Entwurf fertiggestellt und würde jetzt erörtert. Sie werde wahrscheinlich in einigen Tagen abgesandt.

Das Reutersche Bureau weist sodann darauf hin, daß sich Spanien und Holland dem Schritt Amerikas nicht anschließen, und bemerkt, daß die Versuche, Südamerika zur Mitarbeit zu gewinnen, keinen großen Erfolg hatten. Argentinien, Brasilien und einige kleine Staaten würden keinen Schritt unternehmen. Die amerikanischen Vertreter in verschiedenen Hauptstädten machten inzwischen noch gewisse mündliche Mitteilungen, um unklare Punkte zu erläutern.

Weiterhin verbreitet das Reutersche Bureau eine Zusammenstellung von amerikanischen Blätterstimmen zur Antwortnote der Alliierten, die einseitig für die Alliierten Partei ergreifen. Einige dieser Blätter suchen die Lage so darzustellen, als ob die ablehnende Antwort der Entente einen Schritt zum — Frieden bedeute, weil „Deutschland den Frieden haben müsse". „New-York Tribune" hingegen betont, daß der Krieg weitergehen müsse und der Versuch der

Die Zeit 4.I.1917

Nein und Ja.

Wenn die Note der Entente bloß den Zweck gehabt haben sollte, den Konferenzvorschlag des Vierbundes abzulehnen, so hätte sie sich entschieden kürzer fassen können. Selbst wenn man zugibt, daß die Entente das Bedürfnis gefühlt hat, ihr hartes Nein gegenüber den eigenen friedensbedürftigen Völkern und der nicht minder friedenssehnsüchtigen neutralen Welt zu begründen, wäre die Note doch viel zu lang geraten. Die Begründung des Nein ist mit dem ersten Drittel der Note erledigt. Das zweite Drittel, das die Forderungen der Entente „für die Zukunft" enthält, und das dritte Drittel, das diese Forderungen für Belgien noch im einzelnen vertieft, hätten fortfallen können oder müssen, wenn es sich der Entente bloß um die Begründung ihres Nein gehandelt hätte. Wie soll man sich diese scheinbar überflüssigen, nicht weniger als zwei Drittel der ganzen Note umfassenden Darlegungen erklären?

Wenn wir der Antwort auf diese Frage näherkommen wollen, wird es vielleicht gut sein, sich an die von der Entente noch nicht beantwortete Note Wilsons zu erinnern. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat dort das künftige Friedenswerk ganz klar und deutlich in zwei Teile unterschieden: in Fragen, die bloß die Kriegführenden angehen, wie Landkartenrevision, Kriegskontributionen, gegenseitiger Verkehr und was sonst noch in Friedensverträgen herkömmlicherweise Platz findet, und in Fragen, die darüber hinausgehen, die alle Welt und insbesondere, wie Wilson mit nicht mißzuverstehender Schärfe hervorhebt, auch die Neutralen interessieren, an denen sie, wie er ausdrücklich feststellt, mitarbeiten wollen und die ein Novum im künftigen Friedensvertrag werden sollen. Als solche bezeichnet er den Schutz der kleinen und schwachen Nationen gegen die Starken und die Sicherung der Welt gegen künftige kriegerische Ueberfälle (Friedensliga).

Und jetzt kehren wir zur Ententenote zurück, und da entdecken wir, daß die anscheinend überflüssigen letzten zwei Drittel dieser Note sich genau mit jener zweiten Kategorie von Friedensfragen beschäftigen, die Wilson als ein eigenes Interesse der Neutralen anspricht. Die Ententeantwort an den Vierbund ist nur in ihrem ersten Drittel eine Antwort an den Vierbund, in ihrem zweiten und dritten Drittel aber bereits eine Antwort auf die Wilsonsche Friedensnote (deren formelle Beantwortung von seiten der Entente bekanntlich noch aussteht), und zwar eine Antwort, mit der, wenn sie auch etwas allgemein noch gehalten ist, Präsident Wilson nach seinen bekannten, auch in seiner Note niedergelegten Anschauungen einverstanden sein dürfte. Noch deutlicher wird dieser Sachverhalt, wenn man, wie wir es schon einmal versucht haben, zur Interpretation der etwas verwischten Note Wilsons jene Abhandlung eines Sekretärs der amerikanischen Friedensliga, Dr. Nasmyth, heranzieht, die wir (im Morgenblatt vom 30. Dezember v. J.) als das schärfer gezeichnete Urbild von Wilsons Note bezeichnet haben. Dr. Nasmyth schlägt vor, die Entente zu fragen, ob, wenn Deutschland bereit wäre, die von ihm okkupierten Gebiete zu räumen, Belgien zu entschädigen (nur für Belgien verlangt er Entschädigung) und in eine Friedensliga einzutreten, sie (die Entente) bereit wäre, mit Deutschland in Friedensverhandlungen einzutreten. Auf diese Frage hätte nun allerdings die Entente in den letzten zwei Dritteln ihrer Note mit einem unzweideutigen Ja geantwortet. Die Note der Entente, die im ersten Drittel dem Vierbund auf seine Anfrage nein sagt, antwortet im weiteren Verlauf dem Präsidenten Wilson auf dessen Fragen indirekt mit einem entschiedenen Ja.

Was könnte nun Präsident Wilson tun? Er könnte, mit diesem Ja der Entente in der Hand, wieder zum Vierbund gehen, von dem er bisher nur eine formale Antwort erhalten hat, und ihn nun ohne Umschweife sachlich fragen: „Seid ihr also bereit ... zu räumen ... zu entschädigen, in eine Friedensliga einzutreten?" Ganz so wie es Dr. Nasmyth vorgeschlagen hat, nur in umgekehrter Reihenfolge, da Dr. Nasmyth dachte, daß zuerst Deutschland und nachher die Entente befragt werden sollte. So hätte dann Wilson, trotzdem die Entente das Friedensangebot des Vierbundes glatt abgelehnt hat, doch wieder den Faden zu weiteren Verhandlungen aufgefangen. Freilich, das sind nur Möglichkeiten. Warten wir es ruhig ab. Erst muß ja die Entente Wilson noch ihre direkte Antwort auf seine Sondierungsnote erteilen.

Reichspost
5./I. 1917

Die bevorstehende Einsetzung des polnischen Staatsrates.

W. P. B. Aus Krakau wird berichtet: Nach einer Warschauer Meldung der „Nowa Ref." ist die Liste der Kandidaten für den Staatsrat aus dem deutschen Okkupationsgebiet festgestellt worden. Diese Liste wurde vor Weihnachten veröffentlicht. Eine Aenderung kann nur die Person des Fürsten Zdzislaw Lubomirski betreffen, der von den Vertretern der Partei der nationalen Arbeit und des nationalen Zentralkomitees am Neujahrstag ersucht wurde, dem Staatsrat beizutreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Fürst Lubomirski in den Staatsrat eintreten wird.

In der Kandidatenliste aus dem k. u. k. Okkupationsgebiete sind noch einige Stellen unbesetzt; nach Fertigstellung der Liste wird die Proklamierung des Staatsrates sofort erfolgen.

Die Kandidaten für den Staatsrat halten bereits Vorbesprechungen, um für den künftigen Staatsrat eine Geschäftsordnung festzusetzen. Nach dem Warschauer „Glos Stolicy" werden als Versammlungsort des Staatsrates, das Statthaltereigebäude und das Krasinskipalais in Warschau genannt. Im Krasinskipalais amtierte seinerzeit der Senat des Königreichs Polen; im Statthaltereigebäude residierte im Jahre 1831 die Nationalregierung.

Arbeiterzeitung 6./I. 1917

Friedensversammlungen der Wiener Arbeiter.

Ottakring.

Im Ottakringer Arbeiterheim fand die Versammlung am Donnerstag statt; sie war überaus gut besucht. Den Vorsitz führte Volkert, das Referat erstattete David. Abgeordneter David führte aus: Nach zweieinhalb Jahren ist es uns möglich, uns in einer Versammlung auszusprechen. Hat doch auch bei uns die Regierung an der Metternichschen Methode festgehalten, jeden Staatsbürger an der Hand zu führen, und ihn ja nur kein lautes und freies Wort sprechen zu lassen! Wenn wir jetzt endlich dazu kommen, öffentlich zu sprechen, danken wir dies dem endlichen Verlangen aller Staaten, Frieden zu machen. Nach neunundzwanzig Monaten Krieg hat man sich doch endlich dazu entschlossen, Friedensvorschläge zu machen, um der mörderischen Menschenschlächterei ein Ende zu bereiten. David analysiert nun die Friedensnote vom 12. Dezember und die Antwort der Entente; er erkennt den Beweggrund des Handelns der Gegner in der Furcht vor der Verantwortung. Es wird in späterer Zeit so mancher dunkle Punkt aller dieser Regierungen aufgedeckt werden und es ist sehr leicht möglich, daß einzelne von ihnen, die das Leben so vieler auf dem Gewissen haben, selbst um ihren Kopf zittern. Wenn Deutschland und Oesterreich die Friedensvorschläge den Gegnern vorlegten, so ist dies eine Tugend, deren sie sich nicht zu schämen haben und die nur von dem Sieger ausgeübt werden kann ... Wenn wir nicht imstande waren, den Krieg zu verhindern, so war gewiß nicht unsere Unfähigkeit daran schuld, wir wollen es ruhig eingestehen, wir waren zu schwach. Wollen wir aber zukünftige Kriege verhindern, müssen wir unsere Organisationen ausbauen. Erinnern Sie sich daran, welch Jubel durch die indolente Bevölkerung ging, als es hieß: „Wir marschieren!“ Fackelzüge wurden veranstaltet, Dankgebete wurden abgehalten, freilich zum großen Teil von denjenigen, die nicht daran dachten, daß auch sie mitmarschieren werden müssen. Ganz anders ist es aber jetzt geworden! Wie oft hören wir den Ausruf eines Spießers: „Wo ist die Sozialdemokratie, daß sie dem Kriege ein Ende mache?“ Die Herren vergessen dabei ganz, daß die Sozialdemokraten im Felde stehen und daß sie nicht Kriegsgewinner sind, sondern daß sie mit ihrem Blute an diesem Kriege teilnehmen müssen. Der Wille der großen Masse des Volkes, ohne Rücksicht des Standes, aller Länder, geht heute nach dem Frieden. Wir wollen, daß nicht nur ein Friede gemacht werde, sondern wir wollen, daß der Friede auch bleibe. Wir wollen ein Zusammenwirken aller Völker. Wir wollen nicht, daß die Tausende von toten Brüdern sowie die Tausende von Todwunden, die elend in den Straßengräben zugrunde gegangen sind, wir wollen nicht, daß all diese Opfer umsonst gebracht wurden. David bespricht weiter die Opfer, die das Hinterland gefordert hat, und verlangt unter stürmischem Beifall, daß endlich der Reichsrat einberufen werde, um den Willen des Volkes darlegen zu können. Möge es uns daher vergönnt sein, daß der Friedensruf, der jetzt aus dem Munde der gesamten Menschheit erschallt, zur Wirklichkeit werde und daß dem unermeßlichen Morden endlich einmal Einhalt geboten werde! Was in unserer Macht liegt, werden wir dazu beitragen; an den Regierungen aller Länder liegt es, den Ernst zum Frieden zu zeigen. An ihnen ist es, das Friedensangebot zur Wahrheit zu machen.

Am Schlusse seiner Ausführungen legt er der Versammlung die Resolution vor, die unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen wurde.

Nach einem zündenden Schlußwort des Vorsitzenden, der an die Drückeberger der Organisation während des Krieges ein ernstes Mahnwort richtete, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Hernals.

Unter dem Vorsitz des Genossen Bachheimer fand am Mittwoch im Bäckensaal eine Versammlung des politischen Volksvereines „Freiheit“ statt, in der Abgeordneter Volkert über: „Die Sozialdemokratie und die Friedensvorschläge“ sprach. Im Eingang seiner Ausführungen verwies Volkert auf das ungeheure Leid, das durch den Weltkrieg über uns gekommen. „Wir Sozialdemokraten,“ sagte er, „haben unter dem Kriege doppelt zu leiden gehabt. Einmal haben wir unter dem allgemeinen Leid des Krieges zu dulden, zum anderen haben wir dadurch gelitten, daß es überhaupt so weit kommen mußte. Wir, die wir jederzeit für den Weltfrieden gearbeitet und für die Völkerversöhnung gewirkt haben, wir waren auf das innerste erschüttert, daß der Krieg nicht verhindert werden konnte. Leider war das Proletariat in allen Ländern zu schwach, um das Ungeheure hindern zu können. Lange hat es nun gedauert, bis uns zum erstenmal die Möglichkeit wurde, öffentlich über den Frieden zu sprechen. Die Note der Mittelmächte war der erste kleine Lichtpunkt in der langen Dauer des Krieges. Sie hat das unbestreitbare Verdienst für sich, daß nunmehr in allen Ländern über den Frieden gesprochen wird. Wenn auch die Note der Entente dem nicht entspricht, was viele von ihr erwartet haben, so dürfen wir dadurch nicht den Mut verlieren. In der Note der Zentralmächte wird gesagt, daß sie zu den Friedensverhandlungen Vorschläge mitbringen werden, die darauf gerichtet sind, Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern. Wir Sozialdemokraten sind begreiflicherweise damit vollständig einverstanden, wir erwarten aber, daß die Bedingungen derart sind, daß sie Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit aller Völker sichern. Wenn die Friedensverhandlungen von diesem Gesichtspunkt aus beschickt werden, dann dürfen wir uns der frohen Ueberzeugung hingeben, daß der goldene Friede bald seinen Einzug halten wird.“ Nach den Ausführungen Volkerts ergriff Genosse Koritschoner das Wort, um an dem Referat Kritik zu üben. Sein Hauptgewicht verlegte er darauf, den Beweis zu erbringen, daß die Partei während des Krieges ihre Pflicht nicht erfüllt habe. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten, in dem er die Ausführungen des Redners widerlegte und in dem er es ganz besonders und mit Recht bedauerte, daß Parteigenossen eine Versammlung stören, die dem Frieden dienen soll, wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Zu bemerken wäre noch, daß zehn bis zwölf Jugendliche, die der Mehrzahl nach im Alter von sechzehn bis siebzehn Jahren waren und die offensichtlich unter der Führung Koritschoners standen, schon die Rede des Referenten durch Zwischenrufe störten. Erst nachdem Abgeordneter Volkert ihnen sagte, daß sie sich schämen sollen, eine Versammlung zu stören, die für den Frieden wirken soll, konnte er seine Ausführungen ungestört beendigen. Bei dem Schlußwort aber ging der Lärm von neuem los, so daß die Versammlung ganz ernstlich gestört wurde. Sowohl Koritschoner als auch sein Anhang wohnt nicht in Hernals, so daß es deutlich ist, daß die Störung beabsichtigt war. Hervorzuheben wäre noch, daß Koritschoner der wissenschaftliche Beirat der jugendlichen Arbeiter Ottakrings ist! Hoffentlich werden die jungen Ottakringer Anlaß nehmen, diese Art, dem Frieden zu dienen, einer Prüfung zu unterwerfen.

Die von den beiden Versammlungen beschlossene Resolution lautet:

In Uebereinstimmung mit der jüngst erfolgten Kundgebung der sozialdemokratischen Fraktion fordert die Versammlung von der Regierung, daß sie Beweise erbringe, daß es ihr voller Ernst ist mit dem Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen. Sie soll sich daher durch die in der Form ablehnende Haltung der gegnerischen Regierungen nicht abschrecken lassen, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzuschreiten und sie muß durch eine klare Darlegung ihrer Friedensbedingungen den Gegnern jeden Vorwand nehmen, sich dem Wege der Verhandlungen zu entziehen. Darum richtet die Versammlung an die Regierung die Aufforderung, sich durch die Treibereien all der Elemente, die aus dem Kriege reichen Gewinn ziehen, und der Hetzpresse, die für den Abbruch der kaum begonnenen Unterhandlungen eintritt, nicht beeinflussen zu lassen.

Die Versammlung fordert aber auch die schleunigste Einberufung des Reichsrates, damit der Wille der Völker, um deren Blut und Gut es sich handelt, zu entsprechendem Ausdruck gelangen könne.

Die Versammlung erwartet, daß die sozialistischen Parteien aller Länder ihre Stimme kräftig für den Frieden erheben.

Neues Wiener Tagblatt
6./I. 1917

Zum Nationalitätenprinzip.

Die gestern zum erstenmal erschienene, vom Kriegspressequartier herausgegebene „Oesterreichisch-ungarische Kriegskorrespondenz" befaßt sich mit dem Problem der nationalen Unterdrückung der Slowenen im Königreich Italien und bemerkt unter Hinweis auf das von der Entente mit solchem Nachdruck in den Vordergrund geschobene Moment des „Schutzes der kleinen Nationen":

„Unter den grundlegenden Richtlinien für die Wiederherstellung des Friedens wird von seiten der Ententepresse prinzipiell immer das Nationalitätenprinzip oder mit andern Worten der Schutz der kleinen Nationen hervorgehoben. Wir wissen, was das zu bedeuten hat; es ist die Verhüllung unberechtigten Anspruches in ein nationales Mäntelchen unter Berufung auf gewisse allgemeine Menschenrechte. Es ist nun zur Genüge bekannt, daß Frankreich und Italien dieses Prinzip in stillschweigendem Uebereinkommen nur auf die österreichischen und ungarischen Staatsbürger italienischer Zunge angewendet wissen wollen und völlig darüber hinweggehen, daß es auch innerhalb Frankreichs „unerlöste" Italiener gibt. Diese Frage auszutragen, bleibe aber eine zwischen den genannten, heute auf Leben und Tod verbündeten Staaten auszutragende Angelegenheit, in der Schiedsrichter oder Ratgeber aus den Staaten des Vierbundes sicher unwillkommen wären.

Dagegen scheint es Pflicht zu sein, darauf hinzuweisen, daß in der italienischen Provinz Udine weit mehr als eine Viertelmillion Slowenen lebt, der seitens der zum Schutze unverjährbarer Menschenrechte auftretenden italienischen Regierung die allerprimitivsten nationalen Erfordernisse geflissentlich vorenthalten worden sind. Diese erhebliche Zahl von Slowenen hat weder Schulen, in denen in ihrer Muttersprache gelehrt wird, sie ist außerstande, in dieser das Wort Gottes zu hören, noch viel weniger aber je in der Lage, vor Amt oder Gericht in der Muttersprache Rede und Antwort stehen zu können. Ihre in den südwestlichen Kronländern Oesterreichs ansässigen Brüder genießen diese und noch weit mehr Rechte; sie zählen dabei etwas über anderthalb Millionen. Ist es da nicht ein Gebot vollster Gerechtigkeit, für den Teil des kleinen slowenischen Volkes, der unter dem italienischen Joch dem allmähligen Untergange geweiht ist, die Vereinigung mit dem vorgeschilderten Gros dieses Slawenstammes anzustreben? Und da dieses eben unter der österreichischen Regierung die vollste Pflege seiner Eigenart und Sprache gefunden hat, so kann diese Vereinigung wohl nur im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie erfolgen. Die daraus resultierende Grenzberichtigung müßte von den Aposteln der Erlösung unterdrückter Völkerschaften mit heller Begeisterung begrüßt werden."

Neue Freie Presse
6./1. 1917.

Das Ansuchen der griechischen Regierung um Aufhebung der Blockade.

Die Note an die Ententemächte.

Wien, 5. Januar.

Die Schweizerische Telegraphen-Information meldet: Die Note, die die griechische Regierung wegen Aufhebung der Blockade an die Entente gerichtet hat, hat folgenden Wortlaut:

Die königliche hellenische Regierung hat keine Mühe gespart, um mit den alliierten Mächten in Beziehungen vollständiger Freundschaft zu stehen. So hat sie oft im Gegensatz zum Volksgefühl Forderungen, die ihr von den alliierten Mächten gestellt wurden, angenommen. Noch kürzlich hat die königliche Regierung das Ultimatum angenommen, trotz der Einschränkungen, die jenes bezüglich der freien Verfügung der militärischen Kräfte des Landes nach sich zog, was eine Schwächung der Verteidigungskraft bedeutete. Uebrigens waren diese Forderungen mit Rücksicht auf die Sicherheit der alliierten Truppen in Mazedonien gestellt worden, während alle diese Garantien überflüssig waren, wenn man die Gefühle der Regierung und des griechischen Volkes den Alliierten gegenüber in Betracht zieht.

Trotz all dieser Beweise unserer guten Absichten, sah die königliche Regierung, daß über alle ihre Küsten die Blockade verhängt wurde, die ihren Seehandel festlegt und ihre Beziehungen zu den Inseln unterbricht. Während dieser Blockade sah die Regierung die Seekräfte der Alliierten mehrere Inseln des Landes besetzen und, indem sie diese Tatsache ausnützten, dehnte sich die aufrührerische Bewegung von Saloniki auf einige Inseln des Archipels aus, überall Schrecken verbreitend.

Trotz der letzten Erklärungen der griechischen Regierung fahren die Mächte mit der Blockade auf eine sehr strenge Art fort, wodurch das Unbehagen in der Bevölkerung gesteigert und der Mangel an Lebensmitteln und Brennmaterial täglich empfindlicher wird, wodurch Aufstände hervorgerufen werden, die vorläufig noch vereinzelt sind, aber ernst werden könnten, wenn dieser Zustand der Dinge sich verlängern sollte.

Die königlich griechische Regierung ersucht also von neuem die Mächte, die Zwangsmaßnahme der Blockade, die den Beziehungen des Vertrauens widerspricht, aufheben zu wollen. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen auf die unerträgliche Lage, welche die Verlängerung der Ungewißheit und des Angstgefühls zweifellos erhöhen werden, sowie auf die Gefahren, die daraus entstehen müssen. Die gegenwärtige Regierung nimmt die Verantwortung auf sich, nachdem sie die Meinung der konstitutionellen Vertreter des Volkes gehört hat. Ohne die Aufhebung der Blockade würde das griechische Volk, dem Hunger ausgesetzt, glauben müssen, daß die alliierten Mächte beschlossen haben, dasselbe einer Prüfung zu unterziehen, welche zu den Gefühlen, von denen es beseelt ist, im Widerspruch stehen.

Vossische Zeitung
Z. f. T. 1917

Bulgariens Realpolitik.

Von unserem Berichterstatter.

* **Sofia**, Ende Dezember.

Beurteilt man die politischen Stimmungen in Bulgarien blos nach den regelmäßig wiederkehrenden Aeußerungen verantwortlicher Persönlichkeiten oder nach dem Jubel, der seit der Niederwerfung Serbiens und Besitznahme Mazedoniens, noch mehr aber seit den schönen Waffentaten der bulgarischen Heere gegen die rumänischen Landräuber in der Dobrudscha, Jung und Alt ohne Unterschied der Parteirichtung ergriffen hat, so gewinnt man ohne weiteres den Eindruck, daß das bulgarische Volk mit der früheren Dankbarkeit für die russischen Befreier auch ein für allemal alle Sympathien für Rußland endgiltig abgeschworen hat und an seinem Bündnis mit den Zentralmächten und der Türkei auf unabsehbare Zeit hinaus festhalten wird. Es kann nun in der Tat als zweifellos gelten, daß Bulgarien nicht blos bis zum Friedensschluß, sondern noch weit über denselben hinaus — gleichgiltig, ob unter dem gegenwärtigen Kabinett Radoslawow, dessen kluge Voraussicht und Standhaftigkeit dem bulgarischen Volke mit der nationalen Einigung die Erfüllung seiner historischen Ideale gebracht hat, oder unter einem neuen, den Zentralmächten gegenüber nicht verpflichteten Ministerium — seine jetzigen politischen Richtlinien beibehalten dürfte, wobei als höchst wahrscheinlich angenommen werden kann, daß sich das künftige Kabinett den Zentralmächten, wie auch der Türkei gegenüber gewiß eine größere Bewegungsfreiheit zu wahren wissen wird. Nichtsdestoweniger hieße es aber denselben Fehler begehen, durch welchen Rußland im Handumdrehen seine ganze frühere Popularität in Bulgarien eingebüßt und das Land der Entente entfremdet hat, wollte man diese Annahme zu einem politischen Axiom gestalten und blind darauf rechnen, daß Bulgarien nunmehr unter allen Umständen, durch Dick und Dünn, mit den Zentralmächten auf eine lange Reihe von Jahren hinaus eng verknüpft bleiben müsse, weil ihm das Bündnis mit den letzteren dazu verholfen, seine nationale Einigung und — wenigstens vorläufige — politische Saturierung zu erlangen. Der grobe Rechenfehler der Russen war, wenn schon nicht zu entschuldigen, so doch dadurch zu erklären, daß dieselben durch mehr als dreißig Jahre hindurch durch ihre politischen Agenten, durch die orthodoxe Geistlichkeit, durch Schulbücher und unter Aufwendung ganz beträchtlicher Geldmittel das bulgarische Volk in dem Geiste ewiger Dankbarkeit für die Befreiung erzogen hatten und über den Einfluß großer politischer Parteien verfügten, welche die Ergebenheit für Rußland und das Slawentum auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Daß sich die russische Diplomatie aber in den Bulgaren so vollständig verrechnet hat, ist durch den Umstand zu erklären, daß ihre Vertreter in Bulgarien sich niemals die Mühe genommen haben, in die Denkungsart und die Seele des Volkes einzudringen und daß der in den letzten Jahrzehnten vollzogene Wandel zu völliger nationaler Selbständigkeit des bulgarischen Volkes an den russischen Diplomaten spurlos vorübergegangen war.

Schon im Verlauf der letzten Jahre vor dem Weltkrieg hatten bulgarische Staatsmänner wiederholt Gelegenheit, zu verkünden, daß der Bulgare mit seinem glühenden Patriotismus keinen Gefühlswallungen unterliege und blos für reale Politik zu haben sei. Ein großer bulgarischer Staatsmann tat gelegentlich einer Gegenüberstellung Wiens mit Petersburg den Ausspruch: „Die ist uns die gute Tante, die uns den größeren Kuchen gibt." An dieser Wahrheit hat sich seither nicht viel geändert. Nach dem Kriege wird es noch viel deutlicher hervortreten, daß der Bulgare nur für die praktische Politik etwas übrig hat und sich mit Gefühlsduseleien nicht gerne beschwert.

Die große Lehre dieses Weltkrieges wird in den kommenden Friedensjahren zu vollster Geltung gelangen, daß in der Politik feste und dauernde Bande nicht mit dem Herzen, sondern nur mit dem Verstande geknüpft werden können und auf den wahren Interessen der Völker beruhen müssen. Da die Interessen Bulgariens voraussichtlich noch auf lange Zeit hinaus mit denen der Zentralmächte parallel laufen dürften und da außerdem der zu erwartende ungeheuere wirtschaftliche Aufschwung Bulgariens dieses geradezu an die Zentralmächte weisen muß, so ist die Befürchtung, Bulgarien könne sich von seinen jetzigen Freunden abwenden, nicht zu groß; trotzdem wird es sich empfehlen, um diese Freundschaft auf feste Grundlage zu stellen, daß dieselbe niemals den Charakter des Selbstverständlichen und Gefühlsmäßigen trage, sondern sich als ein freiwilliges, freies, auf gegenseitige Achtung und gemessener Freundschaft ohne Ueberschwenglichkeit beruhendes Verhältnis darstelle, wobei die nationale Eigenart und die Empfindsamkeit eines jungen aufstrebenden Volkes stets zu beachten wäre.

Die weitere Aufgabe, die Freundschaft mit Bulgarien auf eine dauernde, feste Grundlage zu stellen, fällt dem deutschen Kaufmann zu. Seine Tüchtigkeit, Ehrenhaftigkeit und Ausdauer können hier die schönsten Früchte ernten. Wenn einmal deutsches und österreichisches Kapital den bulgarischen Markt befruchtet und den Wohlstand des Landes zur Blüte gebracht haben werden, braucht es für den Bulgaren keiner weiteren Beweise mehr, wo er seine wahren Freunde zu suchen hat.

Neue Freie Presse 8.I. 1917

Ueber den Fortgang des Krieges.

Wien, 6. Januar.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Der Kaiser hat folgenden Armee- und Flottenbefehl erlassen:

„Soldaten! Ihr wißt, daß Ich und die Mir verbündeten Herrscher versucht haben, dem von der ganzen Welt herbeigesehnten Frieden einen Weg zu bahnen. Die Entgegnung unserer Feinde ist nun da: Sie weisen, ohne überhaupt unsere Bedingungen zu kennen, die ihnen dargebotene Hand zurück.

Wieder geht, Waffengefährten, Mein Ruf an Euch!

Euer Schwert hat in den dreißig Kriegsmonaten, die bald hinter uns liegen werden, eine klare deutliche Sprache geführt. Euer Heldenmut und Eure Tapferkeit sollen auch weiterhin das Wort behalten!

Noch ist der Opfer nicht genug, neue müssen gebracht werden. Auf unsere Feinde allein fällt alle Schuld.

Gott ist Mein Zeuge.

Vier feindliche Königreiche wurden durch Euch und die Heere Eurer tapferen Bundesgenossen zertrümmert, mächtige Festungen bezwungen, weite Strecken feindlichen Bodens erobert. Trotz alldem täuschen die feindlichen Machthaber ihren Völkern und ihren Armeen immer wieder die Hoffnung vor, daß sich ihr Geschick doch noch wenden werde. Wohlan denn — an Euch ist's, weiter eiserne Abrechnung zu halten!

Erfüllt von stolzem Vertrauen in Meine Wehrmacht, stehe Ich an Eurer Spitze.

Vorwärts mit Gott!

Gegeben zu Wien, am 5. Januar 1917.

Karl."

Armeebefehl Kaiser Wilhelms.

Berlin, 6. Januar.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der Kaiser hat an das Heer und die Marine folgenden Befehl erlassen:

„An mein Heer und meine Marine!

Im Verein mit den mir verbündeten Herrschern hatte ich unseren Feinden vorgeschlagen, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Feinde haben meinen Vorschlag abgelehnt. Ihr Machthunger will Deutschlands Vernichtung.

Der Krieg nimmt seinen Fortgang!

Vor Gott und der Menschheit fällt den feindlichen Regierungen allein die schwere Verantwortung für alle weiteren furchtbaren Opfer zu, die mein Wille Euch hat ersparen wollen.

In der gerechten Empörung über der Feinde anmaßenden Frevel, in dem Willen, unsere heiligsten Güter zu verteidigen und dem Vaterlande eine glückliche Zukunft zu sichern, werdet Ihr zu Stahl werden.

Unsere Feinde haben die von mir angebotene Verständigung nicht gewollt. Mit Gottes Hilfe werden unsere Waffen sie dazu zwingen!

Großes Hauptquartier, den 5. Januar 1917.

Wilhelm I. R."

Neue Freie Presse
9. I. 1917

Nochmals die Friedensaktion der Mittelmächte

Von Heinrich Graf Lützow.
K. u. k. Botschafter a. D.

Wien, 8. Januar.

Ein Artikel, den ich am 16. v. M. über die „Friedensaktion der Mittelmächte" in der „Neuen Freien Presse" publiziert habe, hat in Italien eine größere Beachtung gefunden, als ich mir jemals erwartet hätte. Die „Tribuna" — von anderen Blättern gar nicht zu sprechen — widmet demselben nicht weniger als zwei Leitartikel. Dies stimmt nachdenklich, da diese Aufmerksamkeit sich selbstverständlich nicht auf meine Person beziehen kann. Alle mir vorliegenden Betrachtungen, Kritiken und Widerlegungen nehmen zu ihrem Ausgangspunkte und zu ihrer Zielscheibe die von mir gebrauchten Worte: „Unsere Initiative richte sich weit mehr an die Völker als an die Regierungen, und bei den Allianzmächten werde der Friede von unten hinauf und nicht von oben hinunter herbeigeführt werden." Die Worte scheinen von der Wahrheit nicht allzuweit entfernt gewesen zu sein, sonst hätte man in Rom schwerlich zu ihrer Widerlegung so viel schweres journalistisches Geschütz auffahren lassen.

Diplomaten und Journalisten stehen in Rom in viel regerem und intimerem Verkehr miteinander, als wie dies beispielsweise bei uns der Fall ist, und ich finde unter meinen Kritikern einen unter dem Pseudonym „Mastignac" bekannten ebenso talentierten wie geistvollen Schriftsteller, dem ich in ungezählten Salons begegnet bin, nicht minder wie auf den marmornen Stufen, die zur Consulta hinaufführen. Er wirft mir vor — selbstverständlich in der urbansten und verbindlichsten Form —, ich sei mit den eben zitierten Worten gänzlich aus der Rolle des österreichisch-ungarischen Diplomaten gefallen. In Wien sei es noch heute wie zu den Zeiten des Fürsten Metternich traditionell, die Volksstimmungen zu ignorieren; meine Auffassung sei für Wiener Begriffe die eines Jakobiners, nicht die eines — ehemaligen — Vertreters des Ballplatzes.

Es herrscht also anscheinend noch immer in Rom derselbe verhängnisvolle Irrtum vor, der bereits so viel Unheil angestiftet hat — der Irrtum: alles zu ignorieren, was sich im Laufe des letzten halben Jahrhunderts innerhalb der Monarchie zugetragen hat. Mechanisch lebt man fast in Erinnerungen an eine längstvergangene Epoche, denkt bei dem Worte Austria nur an Metternich und Haynau und verschließt die Augen den Veränderungen, die der ungarische Ausgleich, das allgemeine Wahlrecht, die allgemeine Wehrpflicht und noch so manches andere mit sich gebracht haben. Wenn dies bei der Elite der Intellektuellen der Fall ist, in welchem Abgrunde von Unwissenheit müssen sich die breiteren Volksschichten noch bewegen?

Mit auffallender Insistenz betont die „Tribuna", es werde der Friedensaktion der Mittelmächte nicht gelingen, die Zaghaften und Schwachmütigen in Italien zu betören und zum Bürgerkriege anzureizen. Oho?? Sagt nicht ein bekanntes französisches Sprichwort: „Qui s'excuse, s'accuse!?

Nicht ohne Verblüffung wird jeder unparteiisch Denkende die nachstehenden Zeilen lesen: „Ich möge wissen, und mit mir alle anderen in Wien, daß nach so vielen Jahrhunderten der Knechtschaft die Italiener in ihrer wiedergewonnenen Unabhängigkeit und Freiheit alles eher vertragen als die Einmischung des Auslandes in ihre politischen Entschließungen, wie immer auch dieselbe von Schmeichelworten oder Drohungen begleitet sein möge." Hört! Hört! sagte sich unwillkürlich der Leser. Die „Tribuna" muß ein kurzes Gedächtnis haben, wenn sie bereits vergessen hat, welch ein kolossaler diplomatischer Apparat in Bewegung gesetzt werden mußte, um Italien im Frühjahre 1915 zur Kriegserklärung zu bestimmen. Kein Mittel blieb unversucht; Drohungen und Versprechungen wechselten tagtäglich miteinander ab, und mit welchen Argumenten die Straße mobilisiert wurde, um auf die Regierung und die Unentschlossenen ihren Druck auszuüben, ist für niemanden ein Geheimnis. Ich will das harte Wort eines hochgestellten Ententediplomaten hier nicht wiederholen, über die Mittel die angewendet wurden, um Italien für die Allianzgruppe zu gewinnen — aber mit der Unnahbarkeit und Sprödigkeit gegenüber jeder auswärtigen Beeinflussung darf man uns hier wirklich nicht kommen.

Natürlich fehlt in dem bezogenen Artikel nicht das bekannte Argument von dem deutschen Streben nach der Weltherrschaft. Deutschland kämpfe für das, was es als sein gutes Recht ansehe, nämlich für die Oberherrschaft über andere, ihm gegenüber minderwertige Völker. Das Zitat ist angeblich einer Schrift Maximilian Hardens entnommen. Als Exponenten der deutschen auswärtigen Politik kennen wir nur den Reichskanzler, in dessen äußerst maßvollen und konzilianten Aeußerungen eine ganz andere Tonart zu finden ist.

Aufklärend und ernüchternd wird inzwischen auch in Rom die Wilsonsche Note gewirkt haben, die vom Geiste wahrer Objektivität und reiner Menschenliebe erfüllt ist. Selbst der blindeste Fanatiker hat Mr. Wilson einer Parteinahme zugunsten der Vierbundmächte niemals zu verdächtigen vermocht; vielleicht ist es seinen schlichten und doch so eindrucksvollen Worten gelungen, auch in Rom gewisse Illusionen zu zerstören und — um den Ausdruck einer neutralen Schriftstellerin zu gebrauchen — einem „irregeleiteten Volke" die Dinge in ihrem wahren Lichte zu zeigen.

Arbeiterzeitung
9./I. 1917

Durchhalten im Friedenswillen!

Im Augenblick hat es den Anschein, als wäre der hochherzige Versuch des Präsidenten Wilson gescheitert. Schon macht sich eine gewisse schmerzliche Enttäuschung bei vielen Freunden des Friedens geltend. Zu ihr hat nicht wenig der Umstand beigetragen, daß seiner ersten Anregung nicht einmal alle neutralen Staaten einmütig zugestimmt haben. Spanien und Holland, ein kriegfernes und ein inmitten des Kriegsschauplatzes gelegenes Land, haben ihre Mithilfe versagt, und volle Klarheit über ihre Gründe ist noch nicht zu gewinnen. Die drei nordischen Staaten und die Schweiz sind dem Rufe des großen Freistaates gefolgt, aber die Solidarität der Neutralen, die unbestreitbar scheint, ist entweder durchbrochen oder noch nicht durchgedrungen. Die feindlichen Mächte einigen sich eben in einer Konferenz zu Rom zu gemeinsamem Vorgehen. Sprechen die Berichte die Wahrheit, so wird die Fortsetzung des Krieges auf den alten oder neuen Kriegsschauplätzen geplant. Darauf deuten die Anwesenheit und die eifrigen Besprechungen der Munitionsminister hin. Als einziges Zeichen, daß die Wilsonsche Anregung noch nicht begraben ist, kann hervorgehoben werden, daß der amerikanische Botschafter in Rom berufen wurde und eine im Augenblick noch unbekannte Information erhielt? Wir werden ja bald vernehmen, ob ihm die erwartete gemeinsame Antwort an das amerikanische Staatsoberhaupt übermittelt wurde oder eine Mitteilung anderer Art. Die Hoffnungen auf einen Friedensschluß in absehbarer Zeit scheinen demnach sehr gemindert.

Und dennoch vermag weder der Verstand noch das Herz daran zu glauben, daß die heiße Erwartung von Abermillionen Menschen abermals betrogen sein soll! Wer nicht die menschliche Gattung, wer nicht sein eigen Fleisch und Blut geradezu haßt, wer nicht gefühl- und mitleidslos geboren ist, vermag es nicht zu fassen, daß dieses grimmige Hinschlachten von Menschen, die eine sorgende Mutter geboren hat wie uns alle, fortdauern muß, obschon es nach dem Urteil aller Denkenden den Erfolg niemals haben kann, den sich die Entente verspricht. Der fehlerhafte Zirkel, der Staaten und Völker in einen Krieg verstrickt, erwiese da eine grausige Folgerichtigkeit! Die Entente könnte also wirklich von der selbstgenährten Kriegspsychose, von der meisterhaft ausgesonnenen Kriegsideologie nicht loskommen, obschon alle Tatsachen das Hirngespinst von Rachsucht und Eroberungslust Lügen strafen? Sie hätte sich eingesponnen in die Vorstellung, Deutschland müsse vernichtet, Oesterreich-Ungarn zerstückelt, der Balkan nach ihren Wünschen verteilt und auf den Trümmern der Mittelstaaten ein Weltbund aufgerichtet werden, in dem das Herz Europas keinen Platz fände? Von diesem Traume könnten sich die Völker des Westens und der Großstaat im Osten nicht befreien, wiewohl sie mehr als hundert Schlachten, beinahe unzählige eingenommene Festungen, dreißig erfolglosee Kriegsmonate, so könnte man meinen, hätten wachrufen und zur Besinnung bringen müssen!

Was die Mittelmächte in ihrem Anerbieten vorgeschlagen haben, läuft offensichtlich, wenn auch alle Einzelheiten unerwähnt geblieben sind, auf einen Kompromißfrieden hinaus. Ein Interessen- und Gebietsausgleich soll getroffen werden und das Wesentliche jedes Ausgleichs ist ja, daß es streng genommen Sieger und Besiegte, Triumphierende und Gedemütigte nicht gibt. Wenn zwischen Hoffnung und Furcht mitten durch ein Weg gefunden ist, mag sich billigerweise jeder den Sieg zuschreiben. Ein solcher Friede ist ein Segen für alle Zukunft, denn er ruht auf dem gegenseitigen, durch harte Erfahrungen begründeten Respekt. Er müßte ein Europa begründen, das auf der schiedlichen Teilung der Machtsphären, auf der Anteilnahme aller an der Herrschaft und an dem Reichtum der Erde beruht, ein Europa auf Grundlage der Gleichheit vieler, in gewissem Sinne — was das Verhältnis der Völker und Staaten betrifft — ein demokratisches Europa mit einem vielstimmigen Konzert gleichberechtigter Staaten. Und das ist die hinreißende Kraft dieser Friedensidee, wie sie der Kriegslage von heute entspricht.

Das, was bei einer Fortdauer des Krieges Sorge, ja Schrecken erregt, ist, daß nur zwei Möglichkeiten offen blieben: Entweder wird der Krieg mit dem gleichen Erfolg fortgeführt, dann werden nutzlos ungezählte Opfer gebracht und hinterher bleibt doch nur der Kompromißfriede als Ausweg, aber ein Friede, wo alle durch Erschöpfung und Elend gleich besiegt sind, oder aber der Krieg bringt den Wageballken endgültig zum Steigen und Sinken, bringt einen Endsieg und eine letzte Niederlage, dann hinterläßt er ein Europa des Triumphs und der Verzweiflung, der unstillbaren Herrschsucht und des unlöschbaren Hasses! Wir vermögen an diese Denkbarkeit nicht zu glauben und haben für uns die Erfahrung von dreißig Monaten. Wir wagen noch nicht die Annahme, daß die Entente besessen und sinnlos genug ist, die Dinge dahin treiben zu wollen. Und darum halten wir fest an der Hoffnung, daß ein wiederholtes Friedenswort Wilsons, zumal wenn es mit allen Neutralen vorher vereinbart ist, das Verhängnis zum Stehen bringen wird.

Die Mittelmächte haben, obschon sie sich über die gegenständlichen Friedensbedingungen nicht geäußert haben, so viel unzweideutig bekundet, daß sie einen Kompromißfrieden wollen und annehmen. Die Ausrede, das Angebot sei eine bloße Finte im Zweikampf, gilt nicht. Wie immer ein Wort vordem gemeint gewesen sein möge, einmal ausgesprochen, einmal von der ganzen leidenschaftlich aufhorchenden Welt festgehalten, steht das Wort selbst, wirkt für sich, bindet und kann gebunden werden. Und der gesicherte Besitz der mitteleuropäischen Grenzen, ein freies Polen und ein selbständiger Balkan sind wahrhaftig gegenüber den unausgemessenen Weiten des russischen Reiches und dem seebeherrschenden Großbritannien keine Bedrohung mit irgend einer Alleinherrschaft auf der Welt. Unverantwortlich vor der Geschichte wäre die Absage, die eine solche Darbietung nicht einmal einer Erörterung würdig fände, und an solche Unverantwortlichkeit zu glauben fällt schwer.

Die Antwort der Ententemächte an Wilson wird ja deren Absichten deutlicher machen und einen zuverlässigeren Maßstab für sie bieten als das Wort, das vom Feinde an den Feind gerichtet war. Aber auch diese Note ist, wie die Dinge heute liegen, nur das Wort eines Teiles, nur ein Dritteil dessen, was entscheidet. Denn noch ist es Amerika, noch den Neutralen insgesamt vorbehalten, ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen. Ungeheuerliches haben sie bisher über sich ergehen lassen, sie haben um der Gewinne einzelner Volksschichten willen eine Rechtskränkung nach der anderen hingenommen und der Krieg wird vielfach geführt auf Kosten des Wertvollsten, was sie geben können, auf Kosten ihrer Arbeit, die mit Papier bezahlt wird, auf Kosten ihrer Wirtschafts- und Handelsrechte, die mit schönen oder minder schönen Worten ausgeglichen werden. Ohne aktive Förderung, selbst ohne die passive Geduld der Neutralen kann der Krieg der Entente nicht fortgeführt werden und jeder Tag, den er länger dauert, erhöht die Mitleidenschaft, aber auch die Macht der Neutralen über die Kriegführenden. Wenn sie diese Macht erst gebrauchen lernen, wenn sie das Einverständnis zu ihrem Gebrauch zu erzielen wissen, werden sie stark genug sein, auch Widerstrebenden den Frieden nahezubringen. Mit dem vereinzelten Griechenland mag man nach Belieben umspringen, einen Bund der Neutralen anzutasten wird man sich hüten. Die Vereinigten Staaten allein können durch ein Verbot der Ausfuhr von Waffen und Lebensmitteln und der Einfuhr fremder Schuldtitel, ohne nur einen Soldaten in Bewegung zu setzen, den Krieg gewaltig abkürzen. Darum ist der letzte Trumpf noch lange nicht auf dem Tisch und darum halten wir fest an der Erwartung, daß die Verhandlungen noch lange nicht beendet sind. Die Sache, mit der Vernunft und Menschlichkeit streiten, kann nicht abgetan sein durch überhitzte Reden und ausgeklügelte Noten von Staatsmännern, die heute schon zum großen Teil ihre persönliche Sache führen. Wider die Geste der Chorführer zeugt der laute Herzschlag der Millionen, und die Stunde kann nicht allzu fern sein, wo der Friede sieat.

Die Zeit
9. I. 1917

Das beste Mittel.

Nach der Antwort, die die Ententemächte auf unser Friedensangebot erteilt haben, und nach dem neuen großen Kriegsrat, der soeben in Rom abgehalten wurde, besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die gegnerischen Machthaber, taub für die Friedenswünsche aller Völker der Erde, ihr Glück noch einmal in einem gewaltigen Waffengang versuchen wollen. Der Weltkrieg dürfte damit in das Stadium der endgültigen Entscheidung treten, und zu dieser „eisernen Abrechnung", zu der der Armeebefehl unseres Kaisers aufruft, gilt es nun, alle Kraft zusammenzunehmen. Wir müssen dazu gerüstet sein, nicht nur mit den Abwehrmitteln, die nach außen, sondern auch mit den Bindemitteln, die nach innen wirken, nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und moralisch. Daß die soldatische Schulung und technische Ausstattung unserer Armeen nichts zu wünschen übrig lassen werden, davon sind wir zuversichtlich überzeugt. Es darf aber auch nichts verabsäumt werden, was geeignet ist, die Ausdauer und Widerstandskraft der Zivilbevölkerung zu stärken, und insbesondere im Ernährungswesen wird es sich jetzt darum handeln, die organisatorischen Leistungen der Verwaltung auf das erreichbare Höchstmaß zu steigern. Unter den Illusionen, die unseren Feinden als Vorwand zur Fortsetzung des Krieges dienen, steht ja obenan die falsche Annahme: wir seien — wie es in der Antwortnote der Entente heißt — „erschöpft durch die wirtschaftliche Einkreisung". Wir können diesen Irrtum nicht wirksamer berichtigen als durch den augenfälligen Beweis, daß wir trotz aller Absperrung vom Weltverkehr mit unserer heimischen Agrarproduktion das Auslangen finden, und daß eine sorgfältige staatliche Bewirtschaftung und Verteilung der Vorräte unsere Volksernährung für jede erdenkliche Kriegsdauer sicherstellt.

Es ist gewiß, daß unter allen Problemen der Kriegswirtschaft dieses das weitaus bedeutendste und schwierigste ist, und es ist begreiflich, daß die richtige Lösungsmethode nicht im ersten Anlauf gefunden werden konnte. Aber die zweckmäßige Ausgestaltung, zu der das österreichische Amt für Volksernährung nun endlich gediehen ist, läßt hoffen, daß nach vielfältigem Sammeln von Erfahrungen und nach langem Experimentieren jetzt die Zeit des Entschlusses und der Tat gekommen ist. Was zu geschehen hat, um die Nahrungsmittelversorgung der Gesamtbevölkerung zu einer gerechten und gleichmäßigen zu machen, darüber kann es ja keine Meinungsverschiedenheit mehr geben. Auf die statistische Erfassung der Vorräte, die lange genug gedauert hat, muß nun einmal die tatsächliche Erfassung folgen, das Zugreifen, die Requirierung. Ungarn hat eine vorwiegend agrarische Bevölkerung, und wenn trotzdem das ungarische Ernährungsamt kräftig requiriert, so muß dies in Oesterreich — zugunsten der hier vorwiegenden städtischen Bevölkerung — um so energischer geschehen. Die Ungleichheit der Lebenshaltung zwischen Stadt und Land muß nach Möglichkeit behoben und durch eine entsprechende Verkehrs- und Marktorganisation muß dem Preiswucher entgegengewirkt werden. Neben der Verteilung der Produkte muß aber auch die Bodenproduktion selbst ausschließlich aus dem Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses geregelt werden. Nicht die für den Anbauer gewinnbringendste, sondern die für die Allgemeinheit nutzbringendste Fruchtgattung ist anzubauen; Menschennahrung geht voran, auch wenn die hohen Viehpreise noch so sehr zur Futtermittelkultur locken. Und wenn die Zeit da ist, wo der Boden vermehrte Arbeitskräfte braucht, muß jede verfügbare Kraft, die der Krieg nur irgend freiläßt, herangezogen werden. Eine staatliche Ernährungsfürsorge, die über Produktion und Konsum, über Mehrung, Aufbringung und Verteilung der Vorräte mit gleicher Umsicht wacht, ist ein wesentlicher Teil der Kriegsrüstung. Wenn das feindliche Ausland erkennen wird, daß wir in diesem Punkt auf der Höhe stehen und daß unsere innere Organisation aller äußeren Absperrung trotzt, dann wird die Erschöpfungsillusion schwinden, und die Gegner werden sich der überzeugenden Sprache unserer militärischen Erfolge nicht länger verschließen können. Ein tadellos geordnetes Ernährungswesen ist die beste Vorbereitung für das entscheidende Kriegsjahr und das beste Mittel, den Frieden näher zu bringen.

Fremdenblatt

10./I. 1917

Neues Ultimatum an Griechenland.

48stündige Befristung.

K. **Piräus**, 9. Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) **Die Ententemächte Frankreich, England, Rußland und Italien überreichten heute morgens der griechischen Regierung ein Ultimatum, worin die Annahme der in der Note vom 31. Dezember enthaltenen Forderungen binnen 48 Stunden verlangt wird.**

K. London, 8. Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die „Times" wollen wissen, daß nach der von der griechischen Regierung eingenommenen Haltung und nach ihren Erklärungen an die Alliierten von den Ministern der Alliierten in Rom eine neue Note verfaßt und nach Athen geschickt worden sei.

Die genauen Bedingungen sind noch nicht bekannt, man glaubt aber, daß darin die unverzügliche Durchführung aller früher formulierten Forderungen und die Bekanntgabe der Annahme der genannten Bedingungen durch die griechische Regierung binnen 48 Stunden verlangt wird.

Bruch der Entente mit Griechenland?

Gr. Berlin, 9. Jänner. (Tel. des „Freuden-Blatt".) Die vom „Temps" veröffentlichte Erklärung des griechischen Ministers Diomedes, daß König Konstantin fest entschlossen sei, sich den Zentralmächten anzuschließen, wurde in Paris als der Auftakt zum endgiltigen Bruch der Entente mit Griechenland aufgefaßt.

Neue Freie Presse
10./I. 1917

Demission des spanischen Kabinetts.

Madrid, 9. Januar.

Das Reutersche Bureau meldet:
Der Ministerpräsident hat die Demission des Gesamtkabinetts überreicht.

* * *

Don Alvaro de Figeroa Conde de Romanones ist seit der Ermordung Canalejas im Januar 1913 Ministerpräsident. Im Mai vorigen Jahres erfuhr sein Kabinett eine Umgestaltung.

Der letzte Akt der Regierung Romanones' war die Note, in der Spanien die Beteiligung an der Friedensaktion Wilsons ablehnte.

Neue Freie Presse
10./I. 1917.

Ein Manifest des Sultans an die Armee.

Anläßlich der Zurückweisung des Friedensangebots.

Konstantinopel, 9. Januar.

Die Agence Télégraphique Milli meldet:
Der Sultan hat folgendes Manifest erlassen:

„Soldaten! Meine Kinder!

Wie in dem letzten kaiserlichen Manifest dargelegt worden ist, hatten wir, in der menschlichen Absicht, ein weiteres Blutvergießen zu verhindern, im Einvernehmen mit den verbündeten Herrschern Vorschläge gemacht, die darauf abzielten, in Friedensunterhandlungen einzutreten.

Da die feindlichen Staaten den ernsten Sinn und den hohen Geist unseres Vorschlages nicht in Erwägung gezogen und den Vorschlag verächtlich abgelehnt haben, sind wir gezwungen, mit den Verbündeten den Krieg fortzusetzen, den wir seit zweieinhalb Jahren mit Ehre und Ruhm führen, indem wir die moralische und materielle Verantwortlichkeit, die sich aus dem weiteren Blutvergießen und der Zerstörung von Heimstätten ergibt, dem Feinde überlassen.

In dem Kriege, in welchem wir für die Verteidigung unserer Rechte und unseres Bestandes kämpfen, haben die Soldaten, meine Kinder, durch Tapferkeit und Opfermut zu Land und zu Wasser den Glanz des ehrwürdigen Namens des Ottomanentums gehoben. Ich bin überzeugt, daß wir sicher die Frucht so vieler Anstrengungen und Opfer ernten werden. Mit Hilfe des Allmächtigen wird es uns gelingen, den endgültigen Sieg zu erringen und unser Land und dessen Bestand vor der Habgier unserer Feinde zu sichern.

Fortan werden wir mit unseren Verbündeten unseren Eifer und unsere Anstrengungen verdoppeln, um mit Hilfe Gottes die Feinde überall zu vernichten.

Von diesen Gefühlen beseelt, werden die Soldaten, meine Kinder, neue Beweise ihrer des ottomanischen Namens würdigen Tapferkeit erbringen.

Möge der Allmächtige die frommen und patriotischen Bemühungen krönen, die Ihr zur Verteidigung des Vaterlandes entfalten werdet, und dem ottomanischen Soldaten überall seinen Beistand leihen!"

Die Zeit
10./I. 1917

Friedensliga und Krieg.

Das Wort vom dauerhaften Frieden, der diesen Krieg beendigen soll, hat allmählich die ganze Welt erobert. Schon zu Beginn des Krieges haben vorausschauende Geister, die die ungeheuren Zerstörungen dieser Katastrophe ahnten, sich mit dem Gedanken getröstet, daß dieser Krieg den letzten Krieg, das Ende der Kriege bedeuten müsse, daß er den lange vermißten Anstoß zu jener Staatenorganisation geben müsse, die seit Jahrhunderten als Utopie die besten Köpfe beschäftigt hat, ohne daß man die äußeren Mittel zu ihrer Verwirklichung gefunden hätte. Die namenlosen Greuel des furchtbarsten Krieges, der die Menschheit heimgesucht hat, machten an einem Tage mehr Propaganda für diese Idee, als die beredtesten Schriften der Philosophen und Politiker im Laufe von Generationen. Die sich gebieterisch aufdrängende Notwendigkeit, eine Friedenssicherung für die Zukunft zu finden, machte die Geister auch erfinderisch, und es ist kein Zufall, daß der erste realpolitische Vorschlag zu ihrer Verwirklichung mitten während dieses Krieges in dem größten der neutralen Staaten aufgetaucht ist, in Amerika, das von jeher eine Heimstätte aller humanitären Bestrebungen gewesen ist. Was bisher allen Konzepten für Herbeiführung eines „ewigen Friedens" gefehlt hatte, war die Garantie des Friedens durch die Gewalt, die Exekution gegen den mutwilligen Friedensstörer, und für diese Garantie ist nun auch eine Form gefunden worden, in der Friedensliga aller zivilisierten Staaten, die, vom amerikanischen Ex-Präsidenten Taft zur öffentlichen Diskussion gestellt, alsbald die ganze öffentliche Meinung Amerikas gewann, in der letzten Präsidentschaftskampagne zum Programmpunkt beider Präsidentschaftskandidaten wurde, und so aus dem Bereich theoretischer Spekulation in die praktische Politik Eingang fand, sich dann nach Europa verpflanzte und hier die öffentliche Anerkennung der Staatsmänner in beiden feindlichen Lagern (Bethmann Hollweg, Briand, Asquith, Grey) errang und jetzt in der Friedenssondierungsnote, die Präsident Wilson an die kriegführenden Mächte erlassen hat, einen der aussichtsreichsten Programmpunkte bildet.

Gewiß, der „ewige Friede" wird auch durch die Friedensliga, selbst wenn ihr wirklich alle zivilisierten Staaten beitreten sollten, nicht über jeden Zweifel gesichert werden, aber das Kriegerklären wird jedenfalls einem kriegslustigen Staat in Zukunft wesentlich erschwert werden, und das Kriegführen auch, und wenn man noch bedenkt, daß die grauenhaften Erinnerungen an die Erlebnisse dieses Krieges an sich schon auf lange Zeit hinaus auf alle kriegerischen Instinkte und Neigungen abschreckend wirken werden, so darf man hoffen, daß es gelingen wird, einen Frieden für lange Zeit, wenigstens auf eine oder zwei Generationen hinaus, der Welt zu verschaffen. Diese für die Zukunft so beruhigende Aussicht muß allerdings auf die Führung des gegenwärtigen Krieges in konträrem Sinn zurückwirken. Je höher die Wahrscheinlichkeit steigt, daß dieser Krieg der „letzte" werden, daß der künftige Friede auf lange Zeit hinaus die politischen Machtverhältnisse der Welt unverrückbar bestimmen wird, desto dringender wird bei allen kriegführenden Staaten der Wunsch, in diesem Frieden, der nicht so bald wird „revidiert" werden können, möglichst gut abzuschneiden, sich auf die unabsehbare Zeit, für die dieser Friede zu gelten haben wird, eine möglichst starke Position in der künftigen Staatenordnung zu sichern. Daraus folgt, daß man in diesem Krieg die äußersten, die letzten Kräfte anspannen muß, weil, was nicht heute durchgesetzt wird, für immer — wenigstens soweit wir Menschen sehen können — verloren sein wird. Der Gedanke aber, daß dieser Krieg das Ende der Kriege sein wird, gibt den Völkern auch den Trost und die Kraft, das Letzte, das sie haben und können, in diesem Krieg einzusetzen. Wir opfern uns — heißt es —, damit unsere Kinder und unsere Enkel in Frieden leben sollen.

Der Gedanke der Friedenssicherung wirkt also, wie beruhigend er auch für die Zukunft sein mag, für die unmittelbare Gegenwart als die denkbar höchste Aufreizung zur schärfsten Führung des jetzigen Krieges. Eine Propaganda gegen alle künftigen Kriege, ist er gleichzeitig für den Augenblick die schärfste Propaganda für den Krieg von heute, und wird auch gerade in den Ländern Westeuropas, in denen die pazifistischen Ideen seit langem tiefe Wurzeln geschlagen haben, von den kriegführenden Regierungen als solche energisch ausgenützt. So erklärt sich die anscheinend widerspruchsvolle Tatsache, daß in einem Atem der ewige Friede und die unerbittlichste Fortführung des jetzigen Krieges gepredigt wird.

Neue Freie Presse
Abendblatt
11. II. 1917

Annahme des Ultimatums durch Griechenland.

Erklärung am gestrigen Nachmittag.

Athen, 10. Januar, 4 Uhr 20 Minuten.

Reuter meldet:

Die Antwort der griechischen Regierung wurde nachmittags überreicht.

Griechenland nimmt das Ultimatum der Entente an.

Fremdenblatt
11. I. 1917

Entlassung Trepows.

Fürst Golitzyn — Ministerpräsident.

K. Petersburg, 9. Jänner. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) **Der Ministerpräsident und Verkehrsminister Trepow und der Unterrichtsminister Graf Ignatiew sind in den Ruhestand versetzt worden.**

Senator und Mitglied des Reichsrates Fürst Golitzyn wurde zum Ministerpräsidenten ernannt.

Der Senator Kultschitsky wurde mit der Führung des Unterrichtsministeriums betraut.

Der Gehilfe im Ministerium des Aeußern Neratow ist zum Mitglied des Reichsrates ernannt worden.

Neue Freie Presse

12. II. 1917

179

„Kein Anzeichen der erhofften Auflösung Oesterreich-Ungarns."

Eine italienische Betrachtung über die militärische Stärke der Mittelmächte.

Mailand, 11. Januar.

„Secolo" veröffentlicht an leitender Stelle einen Artikel, in dem es heißt: Hoffentlich hat die Konferenz des Vierverbandes in Rom vornehmlich das Verteidigungsproblem gelöst und für die Verteilung der verfügbaren Streitkräfte derart gesorgt, daß jeder Kriegführende die Mittel zur eigenen sicheren Verteidigung besitzt, denn erst, wenn dies geschehen ist, kann man zur Entfaltung eines gemeinsamen und einheitlich geleiteten Aktionsplanes übergehen. Leichter Optimismus und Geringschätzung des Feindes sind gar nicht angebracht. Gegen die Verdrehungen, welche Deutschland als stark geschwächt, den Bestand der Donaumonarchie als gefährdet und die Türkei und Bulgarien als verzweiflungsvoll den Frieden heischend darstellen, muß man reagieren. Die feindlichen Mächte leiden allerdings wirtschaftlich und kommerziell, aber sie sind militärisch noch stark und sie haben Heere zum Manövrieren und angemessene Reserven und sie bewahren die Fähigkeit, Waffen und Munition in einer furchtbaren Menge herzustellen. Wenn sie, die auf feindlichem Boden stehen, zum Frieden neigen, so geschieht dies nicht, weil sie sich zu einer nahen Niederlage verurteilt glauben, sondern wegen der Unbilden, die ihre Zivilbevölkerung infolge der Einstellung des Handels erleidet.

Was insbesondere Oesterreich-Ungarn betrifft, so sind zwar dieses und jenes czechische Regiment und gewisse Teile der Grenzbevölkerung untreu gewesen, aber sonst haben sich keinerlei gefährliche Anzeichen jener erhofften Auflösung des Kaiserreiches gezeigt, ja Regimenter aus verschiedenen und sogar widerstreitenden Nationalitäten sind einträchtig und diszipliniert.

Mit dem Optimismus möge man also aufhören. Es ist gar nicht gesagt, daß die Zentralmächte nicht wieder einen stürmischen Angriff gegen die italienische Grenze versuchen werden. Gegen ihn muß man ausreichend gerüstet sein. Dies liegt nicht bloß im Interesse Italiens, sondern aller Verbündeten. Vor allem kommt also die ordentliche Lösung des defensiven Problems.

Neue Freie Presse
12. I. 1917

Das Verbleiben des Kabinetts Romanones im Amt.

Die Gründe der zurückgenommenen Demission.

Madrid, 10 Januar.

Die offiziöse Mitteilung, in welcher Ministerpräsident Graf Romanones die Gründe für die Demission des gesamten Kabinetts darlegte, lautete folgendermaßen:

Nach vorhergegangener Darlegung der in den vergangenen Monaten von der Regierung geleisteten Arbeit und seines Standpunktes gegenüber den aufgeworfenen Problemen hat der Ministerpräsident den Entschluß der Regierung wiederholt, im Januar das Parlament einzuberufen, um durch dasselbe die Bewilligung des von seiner Zustimmung abhängigen Planes zu erlangen.

Von dem Wunsch beseelt, Sr. Majestät alle wünschenswerten Erleichterungen für die Ausübung der königlichen Vorrechte zu bieten und damit die Einholung von Gutachten zu ermöglichen, die der Weisheit der Krone wünschenswert erscheinen, um dem gegenwärtigen Augenblick entsprechend entscheiden zu können, hat der Ministerpräsident den Moment für gekommen erachtet, die schon bei der Vertagung des Parlaments gehegte Absicht der Regierung zu verwirklichen.

Diese wurde erst heute ausgeführt, weil vorher bekannte dringende Geschäfte internationalen Charakters, die bereits erledigt wurden, durchzuführen waren. In diesem Sinn und im Einverständnis mit allen Ministern begab sich Ministerpräsident Graf Romanones in den Palast, um dem König die Vertrauensfrage zu unterbreiten.

Das Kabinett Romanones verbleibt, wie bereits gemeldet, unverändert im Amt. Das Parlament wird für den 29. d. einberufen.

Arbeiterzeitung

12. Lt. 1917

Die Sozialdemokratie und die Friedensvorschläge.

Mit dieser Tagesordnung finden folgende Versammlungen statt:

Meidling. Morgen Samstag um 1/2 8 Uhr abends im Arbeiterheim, Eichenstraße Nr. 50/52. Referenten: Abgeordneter **Anton David** und **Ludwig Wutschel.**

Währing. Mittwoch den 17. d. um 8 Uhr abends in Ladners Gasthaus, Michaelerstraße Nr. 15. Referent: **Friedrich Austerlitz.**

Floridsdorf. Montag den 15. d. um 8 Uhr abends im großen Saale des Arbeiterheims, Angererstraße Nr. 14. Referent: Abgeordneter **Karl Seitz.**

Stockerau. Morgen Samstag um 1/2 8 Uhr abends im Arbeiterheim. Referent: **Johann Pölzer.**

Amstetten. Sonntag den 14. d. um 3 Uhr nachmittags in der Schießstätte. Referent: Abgeordneter **Emil Polke.**

Hainfeld. Sonntag den 14. d. um 3 Uhr nachmittags in Riedmüllers Saal. Referent: Abgeordneter **Ludwig Bretschneider.**

Arbeiterzeitung
13./I. 1917
186

Die Antwort Deutschlands.

Berlin, 11. Jänner. Das Wolffsche Büro meldet: Den hiesigen Vertretern der neutralen Regierungen ist folgende Note der deutschen Regierung zugestellt worden:

Die kaiserliche Regierung hat durch Vermittlung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der königlich spanischen Regierung und der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft die Antwort ihrer Gegner auf die Note vom 12. Dezember erhalten, in welcher Deutschland im Einklang mit seinen Verbündeten den alsbaldigen Eintritt in Friedensverhandlungen vorgeschlagen hatte. Die Gegner lehnen diesen Vorschlag mit der Begründung ab, daß es ein Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei. Die Form, in die sie ihre Mitteilung kleiden, schließt eine Antwort an sie aus. Die kaiserliche Regierung legt aber Wert darauf, den Regierungen der neutralen Mächte ihre Auffassung über die Sachlage zu kennzeichnen.

Die Mittelmächte haben keinen Anlaß, erneut auf Auseinandersetzungen über den Ursprung des Weltkrieges einzugehen. Die Geschichte wird urteilen, wen die ungeheure Schuld am Kriege trifft; ihr Wahrspruch wird ebensowenig über die Einkreisungspolitik Englands, die Revanchepolitik Frankreichs und das Streben Rußlands nach Konstantinopel hinweggehen wie über die Aufwiegelung Serbiens, den Mord in Sarajevo und die Gesamtmobilmachung Rußlands, die den Krieg gegen Deutschland bedeutete.

Verteidigung und Eroberung.

Deutschland und seine Verbündeten, die zur Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Daseins zu den Waffen greifen mußten, betrachten dieses ihr Kriegsziel als erreicht, dagegen haben die feindlichen Mächte sich immer weiter von der Verwirklichung ihrer Pläne entfernt, die nach den Erklärungen ihrer verantwortlichen Staatsmänner unter anderem auf die Eroberung Elsaß-Lothringens und mehrerer preußischer Provinzen, die Erniedrigung und Verminderung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Aufteilung der Türkei und die Verstümmelung Bulgariens gerichtet sind. Angesichts solcher Kriegsziele wirkt das Verlangen nach Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaft im Munde der Gegner überraschend.

Ein aufrichtiges Anbot.

Die Gegner bezeichnen den Friedensvorschlag der vier verbündeten Mächte als Kriegsmanöver. Deutschland und seine Bundesgenossen müssen auf das nachdrücklichste Verwahrung dagegen einlegen, daß ihre Beweggründe, die sie offen dargelegt haben, auf diese Weise gefälscht werden. Ihre Ueberzeugung war, daß ein gerechter und für alle Kriegführenden annehmbarer Friede möglich sei, daß er durch einen mündlichen Gedankenaustausch herbeigeführt werden könne und daß deshalb ein weiteres Blutvergießen nicht zu verantworten sei. Die ohne Vorbehalt ausgesprochene Bereitschaft, beim Eintritt in Verhandlungen ihre Friedensvorschläge bekanntzugeben, widerlegt jeden Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit. Die Gegner, in deren Hand es lag, das Angebot auf seinen Gehalt zu prüfen, versuchten weder eine Prüfung, noch machten sie Gegenvorschläge. Statt dessen erklären sie einen Frieden für unmöglich, solange nicht die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten und die Anerkennung des Grundsatzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten gewährleistet sei.

Die Aufrichtigkeit, die der Gegner dem Vorschlag der vier verbündeten Mächte abspricht, wird die Welt diesen Forderungen nicht zubilligen können, wenn sie sich das Geschick des irischen Volkes, die Vernichtung der Freiheit und Unabhängigkeit der Burenrepubliken, die Unterwerfung Nordafrikas durch England, Frankreich und Italien, die Unterdrückung der russischen Fremdvölker und schließlich die ohne Vorgang in der Geschichte dastehende Vergewaltigung Griechenlands vor Augen hält.

Die Völkerrechtsverletzungen.

Auch über die angeblichen Völkerrechtsverletzungen der vier Verbündeten sind diejenigen Mächte nicht befugt, Beschwerde zu führen, die vom Beginn des Krieges an das Recht mit Füßen getreten und die Verträge, auf denen es beruht, zerrissen haben. England hat sich schon in den ersten Wochen des Krieges von der Londoner Deklaration, deren Inhalt seine eigenen Delegierten als geltendes Völkerrecht anerkannten, losgesagt und verletzte im weiteren Verlauf des Krieges auch die Pariser Deklaration aufs schwerste, so daß durch seine willkürlichen Maßregeln für die Kriegführung zur See ein Zustand der Rechtlosigkeit eintrat. Der Aushungerungskrieg gegen Deutschland und der in Englands Interesse ausgeübte Druck auf die Neutralen steht mit den Regeln des Völkerrechtes nicht minder in schreiendem Widerspruch wie mit den Geboten der Menschlichkeit.

Ebenso völkerrechtswidrig und mit den Grundsätzen der Zivilisation unvereinbar ist die Verwendung farbiger Truppen in Europa und das Hineintragen des Krieges nach Afrika, das unter Bruch bestehender Verträge erfolgt ist und das Ansehen der weißen Rasse in diesem Weltteil untergräbt. Die unmenschliche Behandlung der Gefangenen, besonders in Afrika und in Rußland, die Verschleppung der Zivilbevölkerung aus Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, Galizien und der Bukowina sind weitere Beweise, wie die Gegner Recht und Kultur achten.

Belgiens Mitschuld.

Am Schluß ihrer Note vom 30. Dezember verweisen die Gegner auf die besondere Lage Belgiens. Die kaiserliche Regierung vermag nicht anzuerkennen, daß die belgische Regierung immer die Pflichten beobachtet hat, die ihr ihre Neutralität auferlegte. Schon vor dem Kriege hat sich Belgien unter der Einwirkung Englands militärisch an England und Frankreich angelehnt und damit den Geist der Verträge selbst verletzt, die seine Unabhängigkeit und Neutralität sicherstellen sollten. Zweimal hat die kaiserliche Regierung der belgischen Regierung erklärt, daß sie nicht als Feind nach Belgien komme, und sie gebeten, dem Lande die Schrecken eines Krieges zu ersparen. Sie erbot sich für diesen Fall, den Besitzstand und die Unabhängigkeit des Königreiches in vollem Umfang zu verbürgen und allen Schaden zu ersetzen, der durch den Durchzug der deutschen Truppen verursacht werden könne. Es ist bekannt, daß die königlich großbritannische Regierung im Jahre 1887 entschlossen war, sich der Inanspruchnahme eines Wegerechtes durch Belgien unter diesen Voraussetzungen nicht zu widersetzen. Die belgische Regierung hat das wiederholte Anerbieten der kaiserlichen Regierung abgelehnt. Auf sie und diejenigen Mächte, die sie zu dieser Haltung verführten, fällt die Verantwortung für das Schicksal, das Belgien betroffen hat. Die Anschuldigungen wegen der deutschen Kriegführung in Belgien und der dort im Interesse der militärischen Sicherheit getroffenen Maßnahmen hat die kaiserliche Regierung wiederholt als unwahr zurückgewiesen. Sie legt erneut energische Verwahrung gegen diese Verleumdungen ein.

In gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung.

Deutschland und seine Bundesgenossen haben den ehrlichen Versuch gemacht, den Krieg zu beendigen und eine Verständigung der Kämpfenden anzubahnen. Die kaiserliche Regierung stellt fest, daß es lediglich von dem Entschluß ihrer Gegner abhing, ob der Weg zum Frieden betreten werden sollte oder nicht. Die feindlichen Regierungen haben es abgelehnt, diesen Weg zu gehen, und auf sie fällt die volle Verantwortung für den Fortgang des Blutvergießens. Die vier verbündeten Mächte aber werden den Kampf in ruhiger Zuversicht und im Vertrauen auf ihr gutes Recht weiter führen, bis ein Friede erstritten ist, der ihren eigenen Völkern ihr Dasein und ihre Entwicklungsfreiheit verbürgt, allen Staaten des europäischen Kontinents aber die Wohltat schenkt, in gegenseitiger Achtung und in Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten.

Die Zeit Abendbl
13./I. 1917
187

Delbrück über Belgien.

Eine Polemik mit Bassermann und Reventlow.

≈ Berlin, 18. Januar. (Priv.-Tel.)

In der Deutschen Korrespondenz weist Prof. Hans Delbrück noch einmal auf die entscheidende Bedeutung des belgischen Problems für den Frieden hin. Er stellt zunächst fest:

Wenn Deutschland bindend erklärte, daß es bereit sei, Belgien wiederherzustellen, so würde uns das unzweifelhaft ein gut Stück vorwärtsbringen. Auf Grund einer solchen Erklärung würde die Friedensbewegung in England zu einer solchen Stärke anschwellen, daß Herr Lloyd George entweder abtreten oder selber den Frieden machen müßte. Die englischen Parteien bis zu den extremsten Pazifisten hin sind darin einig, daß ohne die Wiederherstellung Belgiens an einen Frieden nicht gedacht werden dürfe, weil Deutschland im Besitze dieses Landes so mächtig werde, daß es die Unabhängigkeit Englands wie Frankreichs und damit ganz Europas bedrohe und aufhebe.

Delbrück setzt dann ausführlich auseinander, daß weder der Gedanke der Annexion, der tatsächlich von niemandem mehr aufrecht erhalten werde, noch auch das Programm der sogenannten „Sicherungen" durchführbar sei. Ein so großes Volk wie das belgische, lasse sich nicht so umformen, daß es sich mit reichsdeutscher Staatsgesinnung erfüllte. Eine dem deutschen Geist erzogene, aber im Lande verbleibende Armee könne im Kriegsfall zum Feinde übergehen. Eine dauernde Besetzung Belgiens mit deutscher Garnison sei nicht möglich, wenn nicht auch Polizei und Justiz von den Deutschen gestellt würden, was wiederum die Aufhebung der belgischen Selbständigkeit bedeute. Delbrück schließt:

Alle die unklaren und undurchdachten Vorstellungen, daß man, sei es die Maaslinie, sei es die feindliche Küste, sei es Antwerpen, sei es ganz Belgien militärisch in der Hand behalten müsse, sind ja nur dadurch entstanden, daß man sich der Einsicht, daß wir Belgien nicht annektieren können, nicht zu entziehen vermochte, nach einem Mittelweg suchte und sich einen solchen mit allerlei Phrasen vorgaukelte: Einen solchen Mittelweg gibt es nicht. Oder wenn es einen solchen gibt, so haben die Herren Bassermann und Graf Reventlow, die so eifrig dafür eintreten, daß wir Belgien „in der Hand behalten" müßten, sich jedenfalls noch nicht dazu aufgeschwungen, dem deutschen Volk auch mitzuteilen, wie sie sich die Ausführung dieses ihres Planes denken. Wenn sie erst damit herausgetreten sind, bin ich gern bereit, mich in eine Diskussion darüber einzulassen.

Die Zeit
13. I. 1917

Kein Friede.

Die Antwortnote der Entente an Wilson, die nach langen Vorbereitungen auf der Konferenz in Rom fertiggestellt und jetzt veröffentlicht worden ist, geht in der Feststellung der Kriegsziele der Entente weiter als irgendeine der bisherigen Kundgebungen der uns feindlichen Mächte. Was zunächst die den Präsidenten der Vereinigten Staaten besonders interessierenden Stipulationen zur Sicherung eines dauerhaften Friedens betrifft, kann ihn die Antwort der Entente vollständig befriedigen. Denn die Entente erklärt sich ganz entschieden für eine Friedensliga, für den Schutz der kleinen und schwachen Staaten, ganz wie es Wilson wünscht. Aber gerade das, was dem Präsidenten Wilson das Wichtigste ist, ist für die Ententemächte Curae posteriores. „Die Erörterung künftiger Abmachungen, welche einen dauerhaften Frieden sichern sollen, hat zunächst eine befriedigende Regelung des gegenwärtigen Streites zur Voraussetzung." Da aber der gegenwärtige Streit, wie Wilson selbst in seiner Note gesagt hat, ihn nicht angeht, so hat er jetzt auch nichts dreinzureden, und die Entente verweist seine, demnach verfrühte Einmischung in aller Höflichkeit auf einen späteren Zeitpunkt. Sie häuft noch die Höflichkeiten an die Adresse der Neutralen, indem sie deren Leiden durch den Krieg beklagt und, gleich ihnen, eine baldigste Beendigung des Krieges herbeiwünscht. Aber indem sie dann auch noch den weiteren Wunsch des Präsidenten nach Bekanntgabe der eigentlichen Friedensbedingungen erfüllt, beweist sie ihm, daß er sich mit seiner beabsichtigten Friedensvermittlung noch lange Zeit lassen kann.

Als Friedensbedingungen verlangt die Entente jetzt in klaren Worten, was sie früher schon angedeutet hat, die Wiederherstellung und Entschädigung von Belgien, Serbien und Montenegro (das sonst immer vergessen wurde), die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien und deren Entschädigung, Zurückgabe von den Alliierten früher entrissenen Gebieten, worunter wohl die französisch gesinnten Teile von Elsaß-Lothringen gemeint sind, die „Befreiung der Italiener, Slawen (soll wohl heißen: Slowenen), Rumänen, Tschechen und Slovaken von der Fremdherrschaft", ebenso die „Befreiung" der fremdstämmigen Völker der Türkei, den Hinauswurf der Türken aus Europa und außerdem die Wiederherstellung Polens, gemäß der letzten Kundgebung des Zaren, in seinem alten Umfang.

Wenn nun auch ausdrücklich versichert wird, daß die Entente nur den preußischen Militarismus beseitigen, die deutschen Völker (soll wohl heißen: Volksstämme) aber nicht vernichten wolle, so sind doch die übrigen Friedensbedingungen der Entente Bürgschaft genug für eine Fortsetzung und sogar für eine weitere Steigerung des Krieges. Wir brauchen unter dem Ausdruck „Befreiung der Italiener usw. von der Fremdherrschaft" nicht gleich die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie zu verstehen, er kann auch innerpolitisch interpretiert werden, da ja sonst der andere Ausdruck gebraucht worden wäre. Aber immerhin hätten wir nach den Plänen der Entente mindestens Galizien aufzugeben. Das Deutsche Reich hätte den größeren Teil von Elsaß-Lothringen, die Provinz Posen und seine sonstigen von Polen bewohnten Gebiete zu verlieren, was für Preußen speziell das Ende seiner Vormachtstellung im Deutschen Reich bedeuten würde, die ohne seine Ostmarken nicht aufrechtzuerhalten ist. Die Türkei gar müßte aus Europa ganz verschwinden und in Asien auf einen türkischen Nationalstaat von zehn Millionen Menschen reduziert werden. Nur Bulgarien wird von der Entente mit Gebietsverkürzungen verschont. Das sind alles in allem Bedingungen, die nur die Sieger den Besiegten auferlegen könnten. Sie beweisen noch einmal, daß die Entente, trotz aller ihrer Friedensbeteuerungen, zur weiteren Fortführung des Krieges, in dem sie bisher nicht siegreich gewesen, entschlossen ist. Die Friedensbedingungen des Vierbundes kennt Wilson nicht, und er kann sie nicht, wie er es beabsichtigte, mit denen der Entente vergleichen. Aber die der Entente allein können ihm genügen, um ihn darüber zu belehren, wie sehr er im Irrtum war, wenn er in seiner Friedensnote meinte, daß der Friede vielleicht näher ist, als wir glauben, und daß die Kriegsziele der beiden Parteien die gleichen sind. Seine Friedensintervention war bisher nur eine diplomatische Episode. Eine zweite Friedensnote Wilsons soll bevorstehen. Dürfen wir von ihr mehr erwarten?

Fremdenblatt

13. I. 1917

191

Der Eindruck bei den Neutralen.

Gr. Berlin, 12. Jänner. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Voss. Ztg." meldet aus Stockholm: Der Inhalt der Ententenote wurde hier während der Börsenversammlung bekannt. Ernste Börsekreise haben sie mit Hohn und Spott aufgenommen. „Aston Bladet" sagt, daß die Note das Eingeständnis sei, daß die gegenwärtige Kriegslage für die Mittelmächte weitaus günstiger stehe.

Gr. Haag, 12. Jänner. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Im großen und ganzen darf gesagt werden, daß der Eindruck der Ententenote in Holland ein schlechter war. Was die Entente tut, sagt „Handelsbladet", ist das, daß sie das Unterste zu oberst kehrt und die Mittelmächte wehrlos machen will. Dann klinge es merkwürdig von Brüderlichkeit, Gerechtigkeit und dem Recht der Nationalitäten zu sprechen, dies sei nicht die Art, einen dauernden Frieden zu sichern. Trotzdem glaubt das Blatt an seine Möglichkeit.

K. Amsterdam, 12. Jänner. „Allgemeen Handelsblad" bespricht im Leitartikel über die Antwortnote der Entente an Wilson und die deutsche Note an die Neutralen die von der Entente bekanntgegebenen Bedingungen. Das Blatt fragt, ob die Entente, die eine Reorganisation Europas nach nationalen Grundsätzen wünsche, diese Reorganisation auch auf die Nationalitäten auszudehnen gedenke, die jetzt gegen ihren Willen den Ländern der Entente angehören. Das Nationalitätenprinzip wäre nur unter sehr großen Schwierigkeiten zu verwirklichen, wenn es auch ein schönes und gutes Ideal sei. Im direkten Widerspruch dazu stände aber die Forderung der Entente nach Zurückgabe von Gebieten, die den Alliierten früher entrissen worden sind, und die Forderung nach Vertreibung der Türken aus Europa. Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen, an die man bei der ersten Forderung vor allem denken müßte, gehören doch national zu Deutschland. Hat man in Frankreich vergessen, daß Elsaß-Lothringen seinerzeit von Deutschland losgerissen worden ist? Sollten die Türken aus Europa vertrieben werden, obwohl sie vor vielen Jahrhunderten Byzanz erobert haben? Ebenso könnte man erklären, daß Amerika den Indianern, Australien den Eingeborenen und Transvaal den Kaffern zurückgegeben werden müsse. Schließlich erinnert das Blatt an die Schicksale von Transvaal und des Oranje-Freistaates.

„Tijd" schreibt: Am Schlusse der Friedensbedingungen der Entente wird kläglich zugestanden, daß die deutschen Völker politisch nicht ausgerottet werden sollen; aber was soll mit den Völkern, die unter der Krone der Habsburger leben, geschehen? Die Forderung der Entente nach einer Reorganisation Europas nach dem Nationalitätenprinzip betrifft hauptsächlich die Länder des Kaisers Karl. Griechenland dürfte übrigens diese Friedensbedingungen mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen. Es mutet auch sonderbar an, daß Serbien und Montenegro auf eine Linie mit Belgien gestellt werden, und die Forderung, daß nicht nur die deutschen Truppen, die die Oberhand behalten haben, die besetzten Gebiete räumen sollen, sondern daß Deutschland außerdem noch eine entsprechende Schadensvergütung bezahlen soll, dürfte in Deutschland als unannehmbar betrachtet werden.

„Nieuws van den Dag" schreiben: Deutlicher als diesmal hätten die Alliierten kaum zu verstehen geben können, daß sie vom Frieden nichts wissen wollen. Die Entente will das Nationalitätenprinzip auf die Länder der Mittelmächte, nicht aber auf die eigenen Länder anwenden. Sie verfolgt Eroberungsabsichten. Es ist ein reiner Eroberungsplan, wenn von der Vertreibung der Türken aus Europa gesprochen wird, denn erstens wohnen in Europa Türken, das Nationalitätenprinzip würde also verlangen, daß ein türkisches Reich in Europa bestehe; zweitens wurde zu oft offiziell bekanntgegeben, daß die Verdrängung des türkischen Reiches aus Europa die Auslieferung Konstantinopels und der Dardanellen an Rußland bedeuten würde, als daß die Nichterwähnung dieser Tatsache in dieser Note keine Rolle spielte. Das alles liegt so auf der Hand, daß man über die Naivität der englischen Blätter, die glauben, man werde in den neutralen Ländern die schönen Worte als süße Kuchen herunterschlucken, staunen muß. Natürlich wird das bei jenen amerikanischen Blättern, die mit der Entente durch Dick und Dünn gehen, der Fall sein, aber wir wahrhaft Neutralen und Unparteiischen glauben an edle Absichten nur, wenn es sich offensichtlich nur um nationale Interessen handelt.

Neue Freie Presse
14. I. 1917

193

Deutsche Werbearbeit in Polen.

Ein Ruf an Oesterreichs Industrie und Kaufmannschaft.

Von **Bezirksvorsteher Dr. Leopold Bisel.**

Wien, 13. Januar.

Mit der Neuerrichtung oder besser gesagt der Wiederaufrichtung eines uralten Reiches haben wir eines der größten Ereignisse dieses Krieges erlebt. Was nach dem glorreichen Durchbruche bei Gorlice kaum als Ahnung aufdämmerte, ist zur historischen Tatsache geworden, nachdem schon seit Jahresfrist die alten polnischen Provinzen, geteilt in zwei Gouvernements, unter österreichisch-ungarisch-deutscher Verwaltung gestanden sind. Im Laufe dieser Zeit hatte ich wiederholt Gelegenheit, fast alle größeren Städte Polens sowie auch einen großen Teil des flachen Landes mit seiner in manchen Gegenden bereits hochentwickelten Landwirtschaft kennen zu lernen und konnte die Beobachtung machen, daß sich in diesem Jahre unter dem Schutze der verbündeten Truppen im Okkupationsgebiete eine vollkommene Friedenswirtschaft entwickelte, die für die Kaufmannswelt der Zentralmächte um so wohltuender war, als nunmehr alle Beschränkungen der ehemaligen russischen Grenze in Wegfall kamen.

Das Leben des zukünftigen Königreiches wird natürlich in seiner Hauptstadt Warschau und in einigen anderen großen Städten — ich nenne hier bloß Wilna, Bialystok, Brest-Litowsk, Grodno, Kowno, Suwalki und Lodz — kulminieren. Nachdem die Zentralmächte mit dem neuen Königreiche voraussichtlich nicht nur ein enges politisch-militärisches, sondern auch ein in wirtschaftlicher Beziehung vorteilhaftes Bündnis abschließen dürften, ist es nicht schwer, vorauszusagen, daß beide Mächte auch einen regen Handelsverkehr anstreben werden. Ebenso sicher aber ist es, daß nach Friedensschluß vor allem solche Handelsbeziehungen die meiste Aussicht haben weitergepflegt zu werden, die schon während des Krieges angeknüpft wurden und sich als vorteilhaft erwiesen haben. Da drängt sich mir nun die Frage auf: Haben die österreichischen Kaufleute und Industriellen bis nun das Jahr der Okkupation dazu benützt, um in Polen Verbindungen anzuknüpfen und dort Geschäfte zu machen? Bei meinen Wanderungen durch die polnischen Städte habe ich allerdings sehr wenig von einer solchen Tätigkeit bemerkt, dagegen aber eine überwältigende Propaganda des deutschen Handels wahrgenommen. Jedes Geschäft, sei es nun in Warschau oder im kleinsten Nest, ist mit deutschen Waren in eleganter Aufmachung angefüllt, die zu billigen Kriegspreisen verkauft werden. Man bekommt da alles, was in der jetzigen beschränkten Auswahl überhaupt erhältlich ist.

Geht man aufs offene Land hinaus, sieht man überall Maschinen deutscher Erzeugung arbeiten, und es ist gewiß bezeichnend, daß es selbst in der kleinsten Kantine — und in jedem Dorfe wurde eine solche errichtet — gute und trinkbare Rhein- und Moselweine, die Flasche von 1 Mark 60 Pfennig angefangen, gibt. Darüber, daß sich auch noch eine außerordentlich rege publizistische Propaganda entwickelt, habe ich mich gar nicht mehr gewundert. In jeder größeren Stadt ist ein deutsches Blatt entstanden, das zumeist vorzüglich redigiert ist und sich mit erstaunlicher Sachkenntnis um die Ortsverhältnisse kümmert, daneben aber auch interessante Feuilletons über die Lokalgeschichte bringt und sich dergestalt an den Hauspatriotismus der Bewohner wendet. Deutsche Büchereien sind gegenwärtig schon in allen Städten und auf vielen Bahnhöfen zu finden, und vor allem erhält man dort nahezu sämtliche größeren Zeitungen Deutschlands. In Warschau, mit welcher Stadt uns uralte Freundschaften verbinden, wurde an jeder Straßenkreuzung ein deutscher Zeitungskiosk errichtet, in welchem nicht nur alle Berliner, sondern auch Dresdner, Leipziger, Hamburger, Kölner und Frankfurter Zeitungen aufliegen. Die polnische Intelligenz, die beinahe durchwegs Deutsch versteht, kauft denn auch diese Blätter, um zu erfahren, was in der Welt vorgeht, und es ist nur zu natürlich, daß man dann auch den wirtschaftlichen und den Annoncenteil liest, sich die inserierenden Firmen merkt und im Bedarfsfalle an diese wendet.

Die „Pénétration pacifique", welche die deutsche Verwaltung mit großem Geschick und allen geistigen und materiellen Mitteln durchführt, ist von deutschem Unternehmungsgeist mit dem größten Eifer erfaßt worden und der Boden ist dort für die Friedenswirtschaft derart vorbereitet, daß man bald von einer Monopolstellung wird sprechen müssen. Es ist daher meiner Ansicht nach allerhöchste Zeit, daß unsere Industriellen, unsere Kaufleute und auch unsere Regierung sich baldigst dieses Neulandes annehmen mögen. In einem Kriege, der bereits Milliarden verschlungen hat, werden wohl Kollektivanzeigen in den Lokalblättern der Städte Polens, dann die Errichtung von Geschäften oder wenigstens von Agenturen in allen größeren Städten mit Hilfe der österreichischen Regierung auch noch nicht dem Faß den Boden ausschlagen. In allen Städten und auf den Bahnhöfen sollten aber vor allem österreichische Zeitungen feilgehalten werden. Dann wäre vielleicht auch zu erwägen, ob die Stadt Wien nicht in Warschau eine Filiale des Rathauskellers errichten und dort eine Propagandazentrale für Wien errichten könnte.

All dies wäre nicht allzu schwer durchzuführen und würde außerdem ein gutes Geschäft in Aussicht stellen. Kurz, man sollte in dem Lande des Königs Sobieski wieder erfahren, daß es noch ein Oesterreich mit einer Reichshauptstadt Wien gibt und daß dort leistungsfähige Industrielle und tüchtige Kaufleute zu Hause sind. Da heißt es aber, sofort den Anfang zu machen, denn wer zu spät kommt, hat dann das Nachsehen, und das wäre doch einigermaßen unverdient, denn Oesterreich hat gerade auf Polens Boden genug an Blutgeld gezahlt.

Reichspost

14. I. 1917

Der Wortlaut der griechischen Note an Wilson.

Athen, 12. Jänner. (Amtlich.)

Die Antwortnote der griechischen Regierung auf die Note des Präsidenten Wilson lautet:

„Die königliche Regierung hat mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen von dem Schritt, den der Präsident der Vereinigten Staaten bei den Kriegführenden unternommen hat in Hinsicht auf die Beendigung eines langen grausamen Krieges, der auf der Menschheit lastet. Außerordentlich empfänglich für die Mitteilung, die ihr gemacht wurde, schätzt sie in hohem Maße den edlen Schwung wie den von Grund aus humanitären Geist, der diesen Schritt des weisen Staatsmannes diktierte, der die Geschicke der großen amerikanischen Republik leitet und einen ehrenhaften Frieden für alle sowie die Stärkung einer stabilen Lage der internationalen Beziehungen anstrebt. Dieser Schritt bedeutet eine erinnerungswürdige Seite im Buch der Geschichte.

Die Betrachtungen, die in der Note des Präsidenten in Hinsicht auf die Leiden der neutralen Nationen infolge des gewaltigen Kampfes enthalten sind und ebenso die Garantien, die von den beiden kriegführenden Parteien gegeben werden sollen, um die Rechte und die Sicherheit aller Staaten zu sichern, haben in der Seele Griechenlands ein ganz besonderes sympathisches Echo gefunden. In der Tat gibt es kein Land, das unter diesem Kriege ebenso gelitten hätte wie Griechenland, obwohl es dem Kampfe ferngeblieben ist. Infolge der ganz besonderen geographischen Lage konnte sich Griechenland weniger als jedes andere neutrale Land einer direkten und verderblichen Einwirkung der Feindseligkeiten zwischen den Kriegführenden entziehen (hier folgt eine Lücke im Telegramm). In diesem Augenblick noch seiner Flotte beraubt und fast vollständig entwaffnet, ist unser Land beunruhigt durch eine künstliche Revolte, die Gewinn zieht aus der fremden Okkupation. Es ist eingeschlossen durch die fremde Blockade, die die Verbindungen unterbricht und die friedliche Bevölkerung dem Hunger ausliefert, inbegriffen die vollkommen friedlichen Personen, wie Frauen und Kinder, die nach den allerersten Regeln des Völkerrechtes davon verschont sein müßten, selbst wenn Griechenland im Kriege stünde. Dennoch bemüht sich Griechenland mit allen Mitteln, neutral zu bleiben.

Dies Besagte genügt, um zu zeigen, wie sehr jede Initiative, die den Frieden herbeiführen könnte, ganz abgesehen von humanitären Erwägungen allgemeiner Art, geeignet ist, den Lebensinteressen Griechenlands zu dienen.

Die königliche Regierung würde sich denn auch gewiß beeilen, unter den Ersten dem edlen Schritte des Präsidenten beizutreten nach Maßgabe ihrer ganzen Macht, damit er von Erfolg gekrönt werde, wenn sie nicht außerstande wäre, mit der einen Gruppe der Kriegführenden zu verkehren, während sie gegenüber der anderen Gruppe die Lösung außerordentlicher Schwierigkeiten abwarten muß, die gegenwärtig die Lage Griechenlands beherrschen. Aber die königliche Regierung verfolgt mit ganzem Herzen die kostbaren Bemühungen des Präsidenten und bringt ihre aufrichtigsten Wünsche dar für deren Gelingen. Nachdem die Regierung seit den ersten Tagen des europäischeu Krieges an die Herstellung eines Kontaktes zwischen den Neutralen gedacht hat zu dem Zwecke, die gemeinsamen Interessen wahrzunehmen, ist sie glücklich über die ihr gebotene Gelegenheit zu einem demnächstigen Meinungsaustausch, wenn dieser als opportun betrachtet werden könnte, und erklärt sich bereit, im gegebenen Augenblick an einer Aktion teilzunehmen, die die Schaffung eines dauerhaften Friedens, der die Rechte aller Staaten sichern und ihre Souveränität und Unabhängigkeit gewährleisten würde, zum Zwecke hat."

Fremdenblatt
15. I. 1917

Ueber die Ablehnung des Friedensangebotes.

K. **Sofia**, 14. Jänner. Die Bulgarische Telegraphenagentur meldet: Am 7. d. wurde allen Truppen an sämtlichen Fronten folgender Tagesbefehl vom 5. Jänner verlesen:

„Auf Befehl Sr. Majestät des Zaren teile ich mit, daß der von Sr. Majestät unserem geliebten obersten Kriegsherrn im Verein mit den Herrschern der verbündeten Staaten gemachte Friedensvorschlag von unseren Feinden in ihrer unersättlichen Gier, noch weiter unschuldiges Blut zu vergießen, abgelehnt worden ist. Sie wollen nicht nur unseren vor nicht langer Zeit befreiten Brüdern in Mazedonien von neuem die Ketten der Sklaverei auferlegen, sondern auch das geeinte bulgarische Volk vernichten.

Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Nur durch die Schuld unserer gierigen Feinde wird der Krieg noch weiter dauern, aber das bulgarische Volk hat viel schwerere Prüfungen bestanden und es wird in dem langen kommenden Kampfe triumphieren, den ihm unsere tückischen Feinde auferlegen. Euren Händen ist das Geschick des bulgarischen Volkes, die Freiheit, Unabhängigkeit und Ehre Bulgariens anvertraut. Unser Werk ist heilig. Hierin beruht unsere Kraft und Macht. Eure bewährte Tüchtigkeit und Tapferkeit sind eine genügende Bürgschaft für den Enderfolg des erhabenen Einigungswerkes. Der Allmächtige ist mit uns, denn das Recht ist auf unserer Seite.

Die geeinte bulgarische Nation entsendet ihren würdigen und teuren Söhnen herzliche Grüße und Wünsche für die endgiltige Niederlage der tückischen und gierigen Feinde.

Es lebe das geeinte Bulgarien!

Gez.: Generalissimus Jekow."

Neue Freie Presse

15. II. 1917

Ein Handschreiben Kaiser Wilhelms an den Reichskanzler.

Die Vorgeschichte des Friedensanbotes der Mittelmächte.

Berlin, 14. Januar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Zur Vorgeschichte des Friedensangebotes der Mittelmächte, das die Feinde als ein unaufrichtiges Kriegsmanöver hingestellt haben, ist das nachstehende kaiserliche Handschreiben an den Reichskanzler ein Beitrag von besonderer Bedeutung:

„Neues Palais, den 31. Oktober 1916.

Mein lieber Bethmann! Unser Gespräch habe ich noch nachher gründlich überdacht. Es ist klar: Die in Kriegspsychose befangenen, von Lug und Trug im Wahn des Kampfes und im Haß gehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die imstande wären, die den moralischen Mut besäßen, das befreiende Wort zu sprechen.

Den Vorschlag zum Frieden zu machen ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt — auch die Neutralen — von dem auf allen lastenden Drucke zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die eventuellen absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu. Ich will es auf Gott wagen. Legen Sie bald die Noten vor und machen Sie alles bereit.

Wilhelm I. R."

Unsere Feinde können sich darauf verlassen, daß der Ehrlichkeit des in diesem Schreiben bekundeten Friedenswillens die rücksichtslose Entschlossenheit entsprechen wird, mit der wir den Krieg, dessen Fortsetzung sie uns aufgezwungen haben, bis zum siegreichen Ende durchführen werden.

Neues Wiener Tagblatt

16/I. 1917

204

Deutsch-türkische Verträge.

Berlin, 15. Jänner. Das Wolffsche Bureau meldet: Unter dem 11. Jänner sind im Auswärtigen Amte von den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und des Osmanischen Reiches eine Reihe von Verträgen unterzeichnet worden, die bestimmt sind, die Rechtsbeziehungen zwischen den beiden Reichen in erschöpfender Weise zu regeln. Es sind dies: ein Konsularvertrag, ein Vertrag über Rechtsschutz und gegenseitige Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten, ein Auslieferungsvertrag, ein Niederlassungsvertrag sowie ein Vertrag über gegenseitige Zuführung von Wehrflüchtigen und Fahnenflüchtigen der Land- und Seestreitkräfte. Dazu kommen fünf weitere Verträge, wonach die Bestimmungen der bezeichneten Rechtsverträge auf die Deutschen Schutzgebiete, den besonderen Verhältnissen dieser Gebiete entsprechend, ausgedehnt werden. Die Verträge sollen das in der Türkei bisher in Geltung gewesene System der sogenannten Kapitulationen durch neue, dem modernen europäischen Völkerrecht entsprechende Bestimmungen ersetzen.

Berlin, 15. Jänner. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zum Abschluß der deutsch-türkischen Verträge: Die Bedeutung dieser Verträge liegt darin, daß sie das alte System der sogenannten Kapitulationen, das bisher die Rechtsbeziehungen zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reich regelte, durch neue, dem modernen Völkerrecht und dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit entsprechende Bestimmungen ersetzen sollen. Die Abschaffung der Kapitulationen ist eines der wesentlichen Kriegsziele des osmanischen Volkes. In der Tat sind die Kapitulationen oftmals ein Deckmantel gewesen, hinter dem unsre Gegner ihre unlauteren Machenschaften gegen den Bestand der Türkei versteckten. Auch haben sie seit langer Zeit eine gesunde Entwicklung der türkischen Wirtschafts- und Finanzpolitik gehemmt. Das Deutsche Reich hat sich daher der Bitte der Hohen Pforte, ihr auch in dieser Beziehung waffenbrüderliche Hilfe zu leisten, nicht verschließen wollen. Die Verhandlungen sind in Berlin geführt worden und haben gerade ein Jahr in Anspruch genommen. Ihre lange Dauer erklärt sich aus dem Umfang des zu bewältigenden Stoffes und aus der Verschiedenheit der Rechtssysteme, die mit einander in Einklang gebracht werden mußten, sowie aus dem abweichenden Charakter der deutschen und türkischen Sprache, in denen die Verträge ihre endgültige Fassung erhielten. Der aufgewendeten Mühe entspricht das Ergebnis, denn trotz der angedeuteten Schwierigkeiten sind die gesamten Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei in eingehender und erschöpfender Weise geregelt worden, wie dies niemals zwischen zwei Völkern in einem einheitlichen Vertragswerk geschehen ist. Die Verträge, die mit Sorgfalt die beiderseitigen Interessen abwägen, werden sobald als möglich dem Bundesrat und dem Reichstag sowie dem osmanischen Parlament vorgelegt werden. Es steht zu hoffen, daß die gesetzgebenden Körperschaften beider Länder durch die Annahme des Vertragswerkes das damit verfolgte hohe Ziel verwirklichen werden.

Neues Wiener Tagblatt

Abendblatt

16. I. 1917 25

Die Antwort der Entente.

Bulgarische Stimmen über die Ententenote an Wilson.

Sofia, 15. Jänner. Die bulgarische Presse bespricht mit Ruhe und Vertrauen die Antwort der Entente auf die Note Wilsons und weist auf die darin zutage tretenden Widersprüche mit der Wahrheit und der Wirklichkeit der Tatsachen hin.

Das Organ der Sozialisten „Narod" fragt, warum Frankreich das Recht haben soll, Elsaß-Lothringen zurückzufordern, während es gleichzeitig die bulgarische Nation der Rache der Serben und Rumänen überantwortet, in deren Gebietsbestand es so große, rein bulgarische Gebiete, namentlich Mazedonien und die Dobrudscha, einverleiben will. Indes, sagt das Blatt, wird die Antwort in vielen Millionen Seelen den glühenden Wunsch nach Frieden nicht ersticken, der angesichts der großen Prüfungen, von denen die Menschheit jetzt heimgesucht wird, nicht lange wird auf sich warten lassen können. Vor die Wahl gestellt, von ihren Mitgliedern eine Herabsetzung der in den verschiedenen Uebereinkommen vorgesehenen Bedingungen zu verlangen und mithin eine Spaltung im Schoße der Koalition zu riskieren oder den Krieg auf die Gefahr hin fortzusetzen, sich selbst neuen Niederlagen auszusetzen, hat sich die Entente für das letztere entschieden. Wenn es ihr gelingt, einige Erfolge zu erzielen, so wird das Gewicht der zu machenden Zugeständnisse vermindert werden; wenn sie dagegen neue Mißerfolge erleidet, wird der Widerstand vieler ihrer Mitglieder fühlbar erschüttert werden.

Das Organ der Volkspartei, „Mir", verweist auf den unlösbaren Widerspruch zwischen dem Grundsatz des Rechtes und der Menschlichkeit einerseits, für deren Schützer die Entente sich ausgibt, und den von derselben Entente aufgestellten Kriegszielen anderseits, die nichts als Eroberungsziele seien. Die ganze Frage sei jetzt, zu wissen, ob die Amerikaner die letzten Schritte zugunsten des Friedens werden machen wollen. Sie haben bisher behauptet, daß sie bereit seien, beide kriegführenden Gruppen in gleicher Weise durch Lieferung von Waffen und Lebensmitteln zu unterstützen, aber da die Deutschen von ihren guten Diensten keinen Nutzen ziehen konnten, kam es, daß sie einzig und allein die Ententeländer versorgten. Mögen sie jetzt sagen: Wir wollen keiner der beiden Parteien unsre Dienste leihen, so lange der Friede nicht geschlossen ist. Dann wird sich der Friede von selbst einstellen. Werden sich die Amerikaner dazu entschließen? Das ist die Frage.

Das Militärblatt „Vojesni Izvestia" schreibt: Der Vierverband sagt uns nichts Neues. Seine Note atmet Haß und enthält nichts als Drohungen. Auf diese Gehässigkeit und diese Drohungen, die den Plan der Zerstückelung unsres Vaterlandes verraten, werden wir mit den mächtigen Stimmen ganzer Generationen antworten, die von Freiheit und nationaler Einheit geträumt haben. Vorwärts denn, dem Siege zu!

Das offiziöse „Echo de Bulgarie" sagt: Die Neutralen, denen die Forderungen der Entente übermittelt worden sind, werden urteilen und sprechen. Was uns betrifft, lehnen wir es ab, sie zu charakterisieren, wir können uns aber nicht enthalten, zu sagen, daß diese Forderungen dem Recht und der Gerechtigkeit hohnsprechen. Die Antwort unsrer Gegner hat bis jetzt ein Verdienst: Sie verkündet öffentlich vor der ganzen Welt die Zerstörungspläne, welche die Handlungsweise dieser angeblichen Apostel des Rechtes, dieser neuen Märtyrer leiten. Sie enthüllt die Grundlage ihrer Vereinigung, nämlich unermeßlichen Egoismus, zusammengesetzt aus allen jenen „heiligen Egoismen", in deren Namen jede der verbündeten Ententenationen handelt. Die Note ist ein neues Reizmittel zum Kampf. Die Bande, die uns mit unsern Verbündeten verknüpfen, werden von unzerstörbarer Festigkeit werden. Wir kämpfen alle für unsre Existenz und für die Erhaltung unsres Besitzstandes. Der Feind wiederholt feierlich, daß seine Minister tausendmal verkündet haben, daß sein Kriegsziel ist, uns zu vernichten. Wohlan, er wird sich an der unerschütterlichen Mauer unsrer Einheit und unsrer Siegeskraft seinen Schädel zerschmettern. Die Heerführer der Verbündeten haben die Stelle wieder eingenommen, die sie für einen Augenblick den Diplomaten überlassen hatten. Nun haben die Kanonen wieder das Wort.

Neue Freie Presse
17. I. 1917

Die Ablehnung unseres Friedensangebots durch die Feinde.

Telegramm des Deutschen Nationalverbandes an den Kaiser.

Wien, 16. Januar.

Zu Beginn der heutigen Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes besprach der Obmann Dr. Groß die Ablehnung des Friedensanbotes der Zentralmächte durch die Entente.

Unter stürmischem Beifall wurde einstimmig die Absendung des folgenden Telegramms an die Kabinettskanzlei des Kaisers beschlossen:

„Die Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes spricht Sr. Majestät dem Kaiser für das gemeinsam mit dem deutschen Kaiser gemachte Friedensanbot den ehrfurchtsvollsten Dank aus. Nachdem aber die Feinde die Hand zum Frieden zurückgewiesen haben, wird unser Volk mit unbegrenzter Opferwilligkeit im Kampfe bis zum endlichen Siege und zum gesicherten Frieden ausharren, getreu dem Rufe unseres Kaisers.

Für den Deutschen Nationalverband:
Dr. Gustav Groß."

Arbeiterzeitung

18./I. 1917

Die Sozialdemokratie und die Friedensvorschläge.

Mit dieser Tagesordnung finden folgende Versammlungen statt:

Leopoldstadt. Montag den 22. d. um 8 Uhr abends im Saale des „Donauhof", Prater, Engerthstraße Nr. 155. Referent: **Matthias Eldersch.**

Hietzing. Morgen Freitag um 8 Uhr abends im Privatlokal, Missindorfstraße Nr. 9. Referent: Abgeordneter **Karl Seitz.**

Fünfhaus. Montag den 22. d. um 1/2 8 Uhr abends in Horaks Saal, Neubaugürtel Nr. 15. Tagesordnung: Das Volk und der Krieg. Referent: Abgeordneter **Karl Seitz.**

Brigittenau. Heute Donnerstag um 8 Uhr abends im Brigittasaal, Wintergasse Nr. 27. Referent: Abgeordneter **Dr. Wilhelm Ellenbogen.**

Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen. Sonntag den 21. d. um 1/2 3 Uhr nachmittags im großen Saale des Verbandsheims, Königseggasse Nr. 10, Versammlung. Tagesordnung: Die Frauen und die Friedensbewegung. Referenten: **Adelheid Popp** und **Therese Schlesinger.**

Hainburg. Heute Donnerstag um 1/2 8 Uhr abends. Referent: Dr. **Robert Danneberg.**

Weißenbach an der Triesting. Heute Donnerstag um 7 Uhr abends in Breitenbergers Gasthaus. Referent: Abgeordneter **Ludwig Bretschneider.**

Oberlaa. Samstag den 20. d. um 7 Uhr abends in Schussers Gasthaus, Himbergerstraße Nr. 14. Referent: **Johann Pölzer.**

Inzersdorf. Samstag den 20. d. um 8 Uhr abends in Wohlmanns Gasthaus, Ortsstraße Nr. 48.

Krems. Samstag den 20. d. um 8 Uhr abends in Morawetz' Saallokalitäten. Referent: Abgeordneter **Emil Volke.**

Gänserndorf. Samstag den 20. d. um 1/2 8 Uhr abends in Kratochwills Gasthaus.

St. Valentin. Samstag den 20. d. um 1/2 8 Uhr abends in Frau Pilgrabs Gasthaus. Referent: Abgeordneter **Ludwig Bretschneider.**

Pottendorf. Sonntag den 21. d. um 3 Uhr nachmittags in Schaums Gasthaus. Referent: Abgeordneter **Johann Smitka.**

Leobersdorf. Sonntag den 21. d. um 3 Uhr nachmittags in Rosa Trauners Saal. Referent: **Paul Richter.**

Ternitz. Sonntag den 21. d. um 1/2 3 Uhr nachmittags in Lechners Gasthaus in Unter-Ternitz. Referent: **Johann Pölzer.**

Purkersdorf. Sonntag den 21. d. um 3 Uhr nachmittags in Roschers Gasthaus, Wienerstraße Nr. 2.

Wilhelmsburg. Dienstag den 23. d. um 1/2 8 Uhr abends im Arbeiterheim. Referent: Abgeordneter **Ludwig Bretschneider.**

Hirschwang. Sonntag den 21. d. um 1/2 2 Uhr nachmittags in Finks Saal.

Furthof. Sonntag den 21. d. um 10 Uhr vormittags in Seitners Gasthaus in Hohenberg.

St. Aegyd am Neuwald. Sonntag den 21. d. um 1/2 3 Uhr nachmittags in Weirers Saal.

Marchegg. Sonntag den 21. d. um 3 Uhr nachmittags in Teusch' Gasthaus am Bahnhof. Referent: Abgeordneter **Ludwig Bretschneider.**

Kienberg. Sonntag den 21. d. um 3 Uhr nachmittags in Simetzbergers Gasthaus.

Liesing. Sonntag den 21. d. um 1/2 3 Uhr nachmittags in Mahners Hotel. Referent: Abgeordneter **Josef Tomschik.**

Piesting. Sonntag den 21. d. um 3 Uhr nachmittags im Brauhaussaal.

Pitten. Sonntag den 21. d. um 2 Uhr nachmittags in Pichlers Gasthaus.

Tägliche Rundschau 18.I.1917

210

Zur polnischen Frage.

Der Deutsche Ostmarken-Verein hat sich nach der Ausrufung des Königreichs Polen ungeachtet aller von ihm rechtzeitig vorgebrachten schweren Bedenken auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt und alles vermieden, was der Erreichung der mit jenem Schritte erstrebten Ziele hinderlich werden konnte. Die Art, wie das Polentum diesseits und jenseits der Grenze das mit unendlichen Strömen deutschen Blutes erkaufte Geschenk aufgenommen hat, spricht indessen nicht dafür, daß das „hoffnungsvolle Vertrauen", mit dem die Mittelmächte den Staatsakt vom 5. November begleitet haben, gerechtfertigt werde. Die irredentistische Gesinnung der preußischen Polen hat sich in ihrer Presse und in den Erklärungen der polnischen Fraktion des Hauses der Abgeordneten vom 20. November deutlich offenbart. Die Haltung der Polen in den Generalgouvernements Warschau und Lublin erweist sich nach wie vor in der Hauptsache als mißtrauisch abwartend, vielfach sogar als deutschfeindlich. Die Zahl derer, die offen für uns Partei ergreifen und gegen Rußland zu fechten bereit sind, ist trotz rühriger Werbearbeit kleiner russenfeindlicher Gruppen gering. Von dankbarem Vertrauen und wirklicher Befriedigung ist kaum etwas zu spüren. Vielmehr haben die polnischen politischen Kreise, soweit sie nicht überhaupt die deutsche und österreichisch-ungarische Kundgebung zurückwiesen, an die Annahme der ihnen zuteil gewordenen Zusage sofort die weitestgehenden, teils unter den heutigen Verhältnissen, teils überhaupt unerfüllbaren Forderungen geknüpft, während von polnischen Gegenleistungen mit keiner Silbe die Rede ist. Ausdrücklich erklären sie, nur dann zur Heeresfolge bereit zu sein, wenn sofort ein Regent eingesetzt, eine gesetzgebende Volksvertretung aus allgemeinen Wahlen berufen und eine eigene Regierung mit vollziehender Gewalt bestellt werden. Den Mittelmächten soll also die ihnen durch militärische Kraftanstrengungen ohnegleichen in die Hand gegebene Macht entwunden werden, ohne daß sie die geringste Bürgschaft für das künftige Verhalten des neuen Staates und der Bevölkerung erhielten.

Dieser Gefahr gegenüber weisen wir mit allem Ernst und Nachdruck auf die unbedingte Notwendigkeit hin, den Polen fernerhin kein Zugeständnis mehr zu machen, bevor nicht die erforderlichen Sicherheiten für ihr künftiges Verhalten festgesetzt sind.

Als einleitender Schritt wäre zu verlangen, daß der polnische Staatsrat seine Tätigkeit mit der feierlichen Erklärung begönne, daß Polen jetzt und in Zukunft keinerlei Ansprüche auf preußische Landesteile erheben werde. Dieselbe Verpflichtung wäre von dem seinerzeit einzusetzenden Regenten bei der Uebernahme seines Amtes auszusprechen.

Was die zu fordernden tatsächlichen Sicherungsmaßregeln im einzelnen betrifft, so beschränken wir uns im folgenden auf eine besonders dringliche Frage, die mit den Verhältnissen in unseren Ostmarken in unmittelbarem Zusammenhange steht. Ohne Rücksicht darauf, wie sich das staats- und völkerrechtliche Verhältnis Polens zum Deutschen Reiche gestalten wird, liegt es im Lebensinteresse Deutschlands, daß die polnische Bevölkerung Preußens nicht durch Einwanderung gestärkt, sondern vielmehr durch Auswanderung vermindert werde. Dieses letztere ist um so eher möglich, als in den über 600 000 Deutschen des Königreiches Polen ein Element zur Verfügung steht, dessen Zuwanderung im Austausche mit einem Teile der polnischen Bevölkerung in hohem Maße erwünscht ist, um so mehr, als zu befürchten ist, daß diese Deutschen inmitten des erstarkten Polentums ihr Volkstum auf die Dauer nicht behaupten werden. Die Befreiung vieler Hunderttausende deutscher Volksgenossen von russischer Herrschaft durch deutsche Waffen kann selbstverständlich nicht den Sinn haben, daß wir sie einfach der nationalen Selbstentfremdung in einem von uns geschaffenen polnischen Nationalstaate ausliefern und dadurch nicht nur als Vorposten des Deutschtums im Osten, sondern auch als wertvolles deutsches Menschenmaterial für Heranziehung in deutsches Gebiet und Ansiedlung auf deutschem Boden verlieren. Daher muß den in Polen verbleibenden Einwohnern deutscher Abstammung die Möglichkeit gewährt werden, sich ganz unter den Schutz des Deutschen Reiches zu stellen, indem ihnen ein Optionsrecht zu Gunsten deutscher Staatsangehörigkeit verliehen wird, das ihnen gestattet, ihren bisherigen Wohnsitz beizubehalten. Ihrer Dienstpflicht hätten sie demgemäß im deutschen, nicht im polnischen Heere zu genügen.

Obwohl die polnische Presse in Preußen schon jetzt aufs schärfste gegen jede Auswanderung aus dem preußischen Gebiete Stellung nimmt, so ist doch zu hoffen, daß die Möglichkeit, sich im selbständigen polnischen Staate national frei auszuleben, verbunden mit entsprechenden wirtschaftlichen Vorteilen, auf manche polnische Kreise, namentlich aus der Bildungsschicht und dem Kleinbauernstande, eine gewisse Anziehungskraft ausüben wird.

Die polnische Fraktion hat am 20. November gegen die Benennung „Preußen polnischer Zunge" schärfsten Widerspruch erhoben und sie als „Herausforderung" bezeichnet. Danach darf erwartet werden, daß die von ihr vertretenen polnischen Bewohner Preußens die Gegelegenheit, durch Abwanderung nach Polen die preußische Staatsangehörigkeit abzulegen und die polnische zu erwerben, gern ergreifen werden. Sollte dies jedoch nicht geschehen, dann lägen die Dinge so, daß die Polen innerhalb unseres Staates hinfort nicht gezwungenermaßen und auf Grund bloßer geschichtlicher Tatsachen, sondern aus eigenem freien Willen Preußen wären. Daraus ergäbe sich dann die selbstverständliche Pflicht für sie, sich den preußischen Staatsnotwendigkeiten in ganz anderer Weise einzufügen als bisher.

Folgende Maßnahmen wären daher im besonderen zu treffen:

1) Den Deutschen Polens müßte ein Optionsrecht dergestalt eingeräumt werden, daß sie die Staatsangehörigkeit eines deutschen Bundesstaates erwerben könnten, auch ohne ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen.

2) Die Einwanderung der Deutschen Polens nach Deutschland wäre durch Gewährung wirtschaftlicher Vorteile, besonders von Ansiedlungsmöglichkeiten, nach Kräften zu fördern.

3) Ebenso wäre der Auswanderung preußischer Polen nach dem polnischen Königreiche durch Einräumung wirtschaftlicher Vorteile möglichst Vorschub zu leisten. Insbesondere müßte ihnen die Gelegenheit geboten werden, ihren Grundbesitz in Preußen zu angemessenem Preise an den Staat oder in deutsche Hände zu verkaufen. Das Königreich Polen wäre zu verpflichten, die aus dem Deutschen Reiche auswandernden Polen bei sich aufzunehmen und anzusiedeln. Hierfür stünden die bisherigen russischen Staatsgüter sowie der von den auswandernden Deutschen aufgegebene Grundbesitz zur Verfügung. Nötigenfalls wäre der russische Staatsbesitz in Polen vom Deutschen Reiche auf eine Reihe von Jahren fest in der Hand zu behalten und die Ur[illegible]siedlung der zur Auswanderung bereiten preußischen Polen durch preußische Behörden durchzuführen.

Durch diese Maßnahmen würde die räumliche Scheidung und damit das künftige friedliche Miteinanderleben der Deutschen und Polen wesentlich gefördert werden.

L 70000
51
1916-1917
20./XI.-18./I.
Aeußere Politik
29.

Berner Bund 20./XI. 1916

Die Kriegsnotwendigkeiten und die Meinung in Frankreich

(Von unserem Korrespondenten)

Z Paris, 18. November.

Das Projekt des neuen deutschen Kriegsamts, die Mobilisierung der „Heimatarmee" durchzuführen, hat das Interesse der verschiedensten französischen Kreise in ganz ungewöhnlichem Maße erregt. Die Franzosen nennen das, was Deutschland vor hat, in Erinnerung an die Zeit der großen Revolution nicht ganz mit Unrecht die Massenaushebung (levée en masse) und sehen darin den Beweis, daß Deutschland seine ganze Kraft zu einem furchtbaren Stoße im nächsten Frühjahr sammelt. Die Stimmen, die sich in Frankreich billige Scherze über „untrügliche Anzeichen der Erschöpfung" oder ähnliches geleistet haben, sind, wenigstens anfänglich, so vereinzelt und unbedeutend gewesen, daß man über sie hinweggehen kann.

Der „Temps" blies zwei Tage hintereinander ins Alarmhorn. Am 15. November schrieb er: „Es ist sicher, daß die Diktatur, die Deutschland über die Dinge und über die Menschen aufrichtet, ein positives Ergebnis hervorbringen wird." Und am nächsten Tage kommt der „Temps" auf das Thema zurück und benützt zugleich die Gelegenheit, auf einige gefährliche Täuschungen hinzuweisen: „Man kündet die Mobilmachung der Zivilisten in dem Augenblick an, wo die neuen Dienste bereit sind, ihre Kräfte zu nützen. Die Akte verketten sich, ohne daß sich Reden oder Studien dazwischen stellen. Das muß man sehen und sagen, ohne Unruhe, aber auch ohne Voreingenommenheit. Es handelt sich für Deutschland darum, seine Mittel zu erhöhen, um nicht mehr und um nicht weniger. Vermuten, daß es ihm gegenwärtig an Mitteln fehlt, wäre die schlimmste der Torheiten. Man hat gesagt, daß es Deutschland an Munition mangle, weil das deutsche Kommando vorschrieb, damit sparsam umzugehen. Solche Befehle werden in allen Armeen gegeben, die sich in der Verteidigung befinden, weil die Infanterie in diesem Falle stets Sperrfeuer verlangt. Das ist eine Frage der Versorgung, keine Frage der Vorräte. Um das materielle Wachstum zu beurteilen, das Deutschland vorbereitet, muß man sich an das halten, was es schon durchgeführt hat und festhalten, daß es heute zweimal so viel Feldartillerie und achtmal so viel schwere Geschütze besitzt, als bei Kriegsausbruch. Diese Zahlen geben die erweiterten Verhältnisse an, auf welche die neue deutsche Organisation hinzielt."

Die Mehrzahl der französischen Blätter forderte dringend, daß man in Frankreich ebenfalls alle Energien anspanne. Der „Temps" meinte, wenn man wolle, so könne man dieselben Ergebnisse erzielen, aber man müsse wissen, was man wolle. Und der „Temps" oder deutlicher der Redakteur des Auswärtigen, der Deputierte André Tardieu, legte in Anlehnung an das, was jüngst in der Kammer besprochen worden ist, eine Lanze dafür ein, daß man von der alten Regierungsroutine abkomme und sich einmal entschließe, sich an die Kompetenzen im Lande zu wenden, wenn die kompetente Persönlichkeit auch einmal kein Beamter sei. „Das Land wird alles annehmen, was man ihm richtig erklärt; denn es will den Sieg. Aber es muß das Bewußtsein haben, daß das, was man von ihm verlangt, nötig ist, und daß das, was es gibt, wirksam ist." Das „Journal des Débats" (15. November) schrieb im Hinblick auf den deutschen Plan: „Das muß uns vor allem aufstacheln, die Tatkraft zu verdoppeln, die Schläge zu überstürzen und auch unsererseits alle Hilfsmittel an Menschen und Material zu ordnen, damit sie das Höchstmaß hergeben können. Es ziemt sich nicht, zurückzublicken und sich zu der vollbrachten, großen Arbeit zu beglückwünschen. Man muß immer vorwärts blicken." Am schärfsten fuhr Gustav Hervé („Victoire" 16. und 17. November) ins Zeug. Er predigte die Sparsamkeit auf allen Gebieten und schlug die Bildung eines Wohlfahrtsausschusses mit diktatorischer Gewalt vor, der über alle Kräfte des Landes frei verfügen könnte. Man solle vor dem Kollektivismus, den der Krieg ja überall ausgebildet habe, keine Angst haben; wenn die Deutschen weiter ins Land kämen, würden sie die Privatinteressen noch viel weniger schonen.

Diese Alarmrufe und Aufforderungen zur Nachahmung des deutschen Beispiels waren nicht dazu angetan, allen Kreisen zu gefallen. Der Chefredakteur des „Figaro", Alfred Capus, spöttelte über die „Uebertreibungen" gewisser Publizisten und warnte Frankreich davor, in die „Irrtümer" zu fallen, die man jetzt in Deutschland zu begehen im Begriffe sei. Und am nächsten Tage verschrieb er sich einen Artikel von seinem Kollegen von der Akademie, Gabriel Hanotaux, ehemaliger Minister des Aeußern, der unter dem Titel «Symptômes d'agonie» die reiche französische Bourgeoisie davon überzeugen sollte, daß die Mobilisierung der „Heimarmee" nur beweise, daß das Reich in den letzten Zügen liege. Wenn das Leben eines Wesens zu Ende gehe, so wiederhole es verzweifelt die Akte, die seine Existenz gekennzeichnet hätte. Deutschland treibt jetzt die Organisation auf die Spitze, ergo stirbt es bald!.. Diese ganze, wunderbare Beweisführung ist wohl nur aus dem Bedürfnis heraus entstanden, dem Publikum des „Figaro" die erschreckende Aussicht auf einen Wohlfahrtsausschuß, auf ein Gleiten in der abschüssigen Bahn des Staatssozialismus zu ersparen.

Diese Pressediskussion, die wir skizziert haben, ist für das heutige Frankreich recht charakteristisch. Auf der einen Seite sieht man ein, daß der Krieg ein Ding ist, der ein rücksichtsloses Aufräumen mit alten Gewohnheiten, ein unbedingtes Unterwerfen des Individuums unter das Gesamtinteresse verlangt. Aus dieser Einsicht entspringt der immer und immer wieder erhobene Ruf nach einer starken Regierung, das Gefühl, daß die Zügel noch lange nicht straff genug gezogen sind. Auf der andern Seite sind die, die mit den Privatinteressen möglichst vorsichtig umspringen wollen, und die eine große sophistische Kunst dafür aufwenden, alles rosa zu malen, damit ja der Krieg nicht störend ins Privatleben hinter der Front eingreift, damit jeder seinen Luxus treiben und jeder sein Geschäftchen machen kann. Diese Widerstände sind in Frankreich sehr groß, und merkwürdigerweise rühren sie hauptsächlich von den Kreisen her, die Anhänger eines persönlichen Regiments sind. Man ruft in einem Atem nach einem Sonnenkönig oder nach einem Napoleon und verbittet sich einen Eingriff in die individuelle Freiheit. Man schiebt der Demokratie alle Unterlassungssünden in die Schuhe und beschwört ihre Häupter, Rücksicht auf die lieben Gewohnheiten derer zu nehmen, die die dicksten Geldbeutel haben.... Aber der Krieg geht weiter und seine Notwendigkeiten werden immer unerbittlicher. Wenn auch in Frankreich die Widerstände größer sind, und wenn darum auch alles länger geht als in Deutschland, schließlich wird man doch in die durch die Ereignisse und den Siegeswillen der Nation vorgezeichneten Bahnen getrieben. Die Frage ist nur, was man durch die Verzögerungen verloren hat, verliert und noch verlieren wird.

Vossische Zeitung
21./XI. 1916

№ 597 Dienstag (Morgen) **Dritte Beilage zur Vossischen Zeitung.** 1916 21. November

Der Landtag über die Polen-Proklamation.

40. Sitzung, Montag, den 20. November 1916.

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt.

Am Ministertische: v. Loebell, Dr. Lentze.

Präsident **Graf v. Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Antrag des Abgeordneten Rehren (frk.) über die Nichtheranziehung des Militäreinkommens der Offiziere des Beurlaubtenstandes zur Gemeinde-Einkommensteuer.

Ein Antrag Kandler (ntl.) fordert, daß das Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres und der Marine von der Gemeinde-Besteuerung ausgeschlossen werden soll.

Der **Präsident** teilt mit, daß heute die beiden Vizepräsidenten verhindert sind. Er bittet daher zu seiner Unterstützung einen Ersatzpräsidenten zu bestimmen und schlägt den Abgeordneten Freiherrn v. Zedlitz (frks.) zum Ersatzpräsidenten vor. Das Haus ist damit einverstanden.

Auf Antrag der Abgeordneten Dr. Bredt-Marburg (frks.) und Kandler (ntl.) werden die beiden Anträge demselben Ausschusse überwiesen, der den Antrag Schweckendieck (nkl.) auf Reform der Einkommensteuer beraten soll.

Die Polenfrage.

Als nächster Punkt steht auf der Tagesordnung der Antrag von Heydebrand (kons.), Dr. Friedberg (ntl.) und Freiherr von Zedlitz (frks.) über die Polenfrage.

Abg. **v. Heydebrand** (kons.) begründet den Antrag. Die Proklamation des Königreiches Polen ist eine Tatsache von allergrößter Bedeutung, die die Interessen des preußischen Staates sehr nahe berührt, sodaß nach der Auffassung meiner politischen Freunde das preußische Abgeordnetenhaus an diesem Ereignis nicht stillschweigend vorübergehen kann. Meine politischen Freunde versagen es sich gleichwohl, unter den obwaltenden Umständen den Gründen näher nachzugehen, die zu dieser von der preußischen Regierung gebilligten Entschließung geführt haben.

Wir setzen dabei voraus, wir erwarten und verlangen, daß bei der Ordnung der politischen Verhältnisse des neuentstehenden Gemeinwesens auch die außerordentlich großen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in ihrer vollen Bedeutung gewahrt bleiben. Unsere deutschen Soldaten, die das Königreich Polen erobert haben, sollen ihr Blut nicht umsonst für die deutschen Interessen gelassen haben. (Lebh. Beifall rechts und bei den Ntlb.) Es ist keine Frage, daß die Ordnung der Verhältnisse des Königreichs Polen von ganz außerordentlichem Einfluß auch auf die innerpolitischen Verhältnisse unserer preußischen Provinzen sein kann und muß, und unter diesen Umständen, gegenüber dieser neuen Entwicklung dieser preußischen Frage, müssen sich meine politischen Freunde ihre Entschließung über etwaige, uns vorzulegende, uns zur Entscheidung zukommende politische Maßregeln, die die Bevölkerung dieser Provinzen betreffen, vollständig vorbehalten. Wir müssen abwarten, wie die Ereignisse sich entwickeln werden, sowohl in sachlicher als auch in persönlicher Beziehung. Nur eines aber will ich schon jetzt sagen: daß wir an dem deutschen Charakter unserer preußischen Ostprovinzen nicht rütteln lassen werden, (Lebh. Beifall rechts und bei den Ntlb.) und daß wir die Interessen der deutschen Bewohner dieser Provinzen nicht im Stiche lassen werden, mag kommen, was will. (Erneuter lebh. Beifall rechts und bei den Ntlb.) Unter diesen Umständen bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Minister des Innern von Loebell:

Ich setze voraus, daß der vorliegende Antrag und seine soeben gehörte Begründung durch Herrn Abgeordneten von Heydebrand dahin zu verstehen sind, daß auch die Gesamtheit dieses hohen Hauses sich auf den Boden der Tatsachen stellt, die durch das Manifest der beiden Monarchen der verbündeten Kaiserreiche geschaffen sind. Die preußische Staatsregierung trägt ihren Anteil an der Verantwortung für diesen Schritt von weltgeschichtlicher Bedeutung in der zuversichtlichen Hoffnung, daß er in Gegenwart und Zukunft dem Deutschen Reiche zum Nutzen gereichen wird. In dem neuerstehenden polnischen Staat erhalten die Polen aus den Händen der siegreichen Zentralmächte neues, selbständiges nationales Leben, das sie seit mehr als einem Jahrhundert ersehnt und erstrebt haben. Indem der neue polnische Staat fest vereinigt wird mit Deutschland und auch mit Oesterreich-Ungarn, wird, so hoffen wir, auch des Deutschen Reiches Grenze nach Osten verstärkt und gesichert werden. Deutsche und polnische Lebensinteressen haben sich in diesem Weltkrieg gefunden, sie sind durch das Novembermanifest verbunden und sollen auch in Zukunft untrennbar bleiben. (Beifall.)

Diese geschichtliche Tatsache ist bestätigt durch das Blut, das die polnischen Legionäre an der Seite der heldenmütigen deutschen und österreichisch-ungarischen Heere vergossen haben. (Bravo!) Sie wird bekräftigt werden, wenn neue polnische freiwillige Bataillone an der Seite der Wiederhersteller ihrer staatlichen Einheit, an der Seite ihrer Befreier ererbte polnische Tapferkeit einsetzen zur Verteidigung der Zukunft Polens gegen den noch immer vom Osten herandrängenden Gegner. (Beifall.) Die Bedeutung des Ereignisses im Zusammenhang mit den politischen Problemen des Weltkrieges und mit der europäischen Gesamtpolitik hat der Reichskanzler in vertraulichen Besprechungen des Reichstagsausschusses eingehend dargelegt. Aus naheliegenden Gründen ist es geboten — und das Haus ist wohl auch damit einverstanden — weitere ins einzelne gehende allgemeinpolitische Darlegungen jetzt zu vermeiden. Einig weiß ich mich mit Ihnen allen, wenn ich anerkenne und betone, daß die Gestaltung der Verhältnisse im Osten die besonderen geschichtlichen Aufgaben des preußischen Staates auf das innigste berührt. In den Beratungen des Staatsministeriums war für die Erörterung der preußischen Staatsinteressen genügend Raum gegeben. Das war selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß das preußische Staatsministerium bei allen Erörterungen und Entschlüssen es als seine besondere pflichtgemäße Aufgabe ansieht, unter allen Umständen die preußischen Staatsinteressen wahrzunehmen und allen nur möglichen Rückwirkungen auf die preußische Monarchie und unsere Interessen im Osten besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und zwar nicht nur zurzeit, sondern auch in Zukunft und vor allem vor Gestaltung endgültiger Verhältnisse. (Beifall rechts.) Darüber ist kein Wort zu verlieren, daß dem preußischen Staat jeder Fußbreit Boden seiner östlichen, in jahrzehntelanger schwerer und fruchtbarer Verwaltungsarbeit gewonnenen Ostgrenzen heilig und unveräußerlich ist. (Lebh. Beifall.) Anders kann kein Preuße denken. Seinen nationalen Aufgaben im Osten wird der preußische Staat treu bleiben. (Erneuter Beifall.) Er erfüllt damit eine Aufgabe für das ganze deutsche Volk. Die Regierung erwartet zuversichtlich, daß in Zukunft die preußischen Staatsangehörigen polnischer Abstammung ihr diese Aufgabe erleichtern werden, indem sie fester und immer fester sich einleben und einfügen in die Pflichten des preußischen Staatsbürgers, und wie mit der Waffe in der Hand, so in der zukünftigen Friedenszeit dem deutschen Volke unvergängliche Treue erweisen, dem deutschen Volke, dessen Opfer und Siege dem polnischen Volke das Recht erstritten haben, im eigenen nationalen Staat jenseits der preußischen Grenze freie polnische Staatsbürger zu sein und zu bleiben. (Lebhafter Beifall. Deutsche und Polen sind sich in diesem Kriege näher gekommen. Sie werden sich noch näher treten durch die Aufrichtung des polnischen Staates jenseits unserer Grenze. Diese Wahrheit wird auch mitsprechen, wenn nach dem Kriege Gesetzgebung und Verwaltungspraxis geprüft werden, soweit sie die preußischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität betreffen.

Die künftigen Entschlüsse der Regierung werden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen sein. (Beifall.) Mit dieser Versicherung, der voll zu vertrauen die Polen allen Anlaß haben, muß es sein Genügen haben, solange uns normale friedliche Verhältnisse nicht die Möglichkeit geben, diese schwierigen Aufgaben in Gesetzgebung und Verwaltung zu lösen, ihnen mit der Sorgfalt und Gründlichkeit näher zu treten, die notwendig sind, wenn es, der preußischen Uebung folgend, sich darum handelt, über die politischen Tagesbedürfnisse hinaus, Aufgaben der Zukunft zu lösen. Ich verweise auf die Erklärungen, die ich im Februar 1915 im Haushaltsausschuß und im Januar 1916 in diesem Hause abgegeben habe. Bei diesen Erklärungen bleibt es inhaltlich, vollinhaltlich. Ueber sie hinaus etwa ein Programm zukünftiger preußischer Ostmarkenpolitik zu entwickeln, muß ich mir in diesem Zeitpunkt und in diesem Augenblick versagen.

Aber eins drängt es mich, gerade im Anschluß an das, was Herr von Heydebrand gesagt hat, aus tiefster innerster Ueberzeugung heraus zu bekennen, und ich danke den Antragstellern, daß sie mir dazu Gelegenheit geben: die übernommenen, bisher erfüllten deutschen Aufgaben Preußens im Osten werden in naher und ferner Zukunft bestehen bleiben. Der Schutz und die Erhaltung des Deutschtums, deutschen Lebens und Wesens in den Gegenden, wo Deutsche und Polen zusammenleben, wird die Aufgabe des preußischen Staates bleiben, die er zu erfüllen hat für das deutsche Volk, für deutsche Kultur, für deutschen Geist. (Beifall.) Das deutsche Kulturwerk, das in der Arbeit eines Jahrhunderts im Osten geschaffen wurde, ist ein deutsches Gut von unvergleichlichem Werte. Wir werden es pflegen und fördern, damit es dauern kann. (Lebhafter Beifall.)

Gruß an die neuen Bundesgenossen.

Abg. Dr. **Pachnicke** (Vpt.): In einem Augenblick, wo zur Erringung des Endsieges die Vollkraft des Volkes aufgeboten wird, sind längere öffentliche Auseinandersetzungen nicht angebracht. Ich beschränke mich deshalb auf das Notwendigste. Der im Manifest des Generalgouverneurs von Warschau bekundete Entschluß der beiden Kaiser, aus den der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten einen selbständigen Staat zu bilden, hat das Parlament vor eine vollendete Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung gestellt. In langersehnter Unabhängigkeit können die dortigen Bewohner an der Seite der beiden verbündeten Mächte ihre Kräfte nun entfalten inmitten des westeuropäischen Kulturkreises, dem sie mit allen Wurzeln ihres Wesens angehören. Wir begrüßen den wiedererstandenen Staat als unseren Bundesgenossen. (Beifall links.) Wir hoffen zusammen mit dem Heere, das sich um die tapferen polnischen Legionen schart, den uns aufgezwungenen Kampf zum glücklichen Ende zu führen und einen Frieden zu erreichen, unter dessen Segnungen die Völker, von keinem Feinde mehr bedroht, sich ihren Lebensaufgaben widmen. (Erneuter Beifall links.) Soll diese Hoffnung sich erfüllen, so muß, zumal im Beginn der Entwicklung, alles vermieden werden, was Schwierigkeiten schaffen und das Vertrauen zur Sache untergraben könnte. Jede Partei hat jetzt die Pflicht, das Befreiungswerk zu fördern. (Sehr richtig! bei der Volkspt.) Eine solche Förderung vermögen wir in dem uns vorgelegten Antrag nicht zu erblicken. (Sehr richtig! bei der Volkspt.) Er verlangt militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Sicherungen Deutschlands im Königreich Polen. Damit wird nur etwas Selbstverständliches gesagt und etwas, das, wie die Unterzeichner wissen müssen, seitens der Reichsleitung von vornherein in Aussicht gestellt worden ist. (Sehr richtig! bei der Volkspt.) Selbstverständliches zu wiederholen, erscheint uns überflüssig. Ferner wird in dem Antrag ausgesprochen, daß der deutsche Charakter der östlichen Provinzen nicht gefährdet werden dürfe. Diese Wendung ist unklar und mißverständlich. Die Wahrung deutscher Interessen muß jeder Deutsche fordern. Streitig ist nur die Art, wie diese Wahrung am besten zu erfolgen hat. Die Antragsteller haben bisher eine Politik getrieben, die nicht zu dem erwünschten Ziele führte. (Sehr richtig! bei der Volkspt. und bei den Polen.) So wenig der wirtschaftliche Fortschritt zu verkennen ist, der sich mit fast einer Milliarde Mark zu Ansiedlungszwecken erwecken ließ — das politische Ergebnis blieb unbefriedigend, die Wirkung auf die auswärtigen Beziehungen wurde außer Acht gelassen. (Sehr wahr! bei der Volkspt.) Ansiedlungsverbot, Sprachenbehandlung, Enteignung, alles wirkte auf Entfremdung hin. Im Antrag fehlt jeder Hinweis darauf, daß dieser Weg verlassen werden soll. Zu einer Neuorientierung aber liegt, wenn je, so jetzt der dringendste Anlaß vor. (Sehr richtig! bei der Volkspt.) Die Zusammenhänge zwischen den Stammesgenossen diesseits und jenseits der Grenze, die möglichen Rückwirkungen nach der einen und der anderen Seite erfordern eine einheitliche und versöhnliche Politik. Die Kriegserfahrungen weisen nach der gleichen Richtung. Die Polen haben in unserem Heer ihre Schuldigkeit getan; sie haben Blut und Leben eingesetzt für das gemeinsame Vaterland. (Beifall.) Aus diesen Tatsachen müssen die Folgerungen gezogen werden, und zwar rechtzeitig. Wir können den preußischen Polen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung nicht länger vorenthalten. (Sehr wahr! bei der Volkspt.) Die von meiner Partei stets bekämpften Ausnahmegesetze sind unhaltbar geworden. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspt.) Es genügt nicht, sie im Verwaltungswege unausgeführt zu lassen, sie müssen durch Gesetz beseitigt werden. Allerdings erwarten wir dabei von den Preußen polnischer Zunge die Anerkennung des geschichtlich Gewordenen und die innere Bereitwilligkeit, in den untrennbar mit dem preußischen Staat verbundenen Ostprovinzen einträchtig mit uns an dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg zu arbeiten. Das Prinzip des Nationalstaats ist fast nirgends auf der Welt in voller Reinheit durchgeführt. Auch die Deutschen ertragen es, daß sie nicht alle in einem und demselben Staatsverband vereinigt sind. Bei beiderseitigem Entgegenkommen ist ein gedeihliches Zusammenwirken möglich. Die historischen Vorbedingungen sind dafür günstig, wie sich im Laufe der Jahrhunderte gezeigt hat. Die Verstimmungen der letzten Jahrzehnte hatten ihre besonderen Gründe und sollten mit diesen verschwinden. Zu einem Ausgleich der Gegensätze, der im wohlverstandenen Interesse aller liegt, scheint uns der Antrag v. Heydebrand und Genossen nicht das geeignete Mittel zu sein. Deshalb lehnt unsere Fraktion den Antrag einmütig ab. (Lebhafter Beifall bei der Volkspt.)

Die Auffassung der Reichspartei.

Abg. Freiherr v. **Zedlitz** (frk.): Ich bitte, unseren Antrag einstimmig anzunehmen. Der Abg. Dr. Pachnicke könnte wohl über die Stimmungen und Besorgnisse der Deutschen in unseren zweisprachigen Landesteilen besser unterrichtet sein. Er könnte wissen, daß man vor der Einrichtung des polnischen Reiches sehr unerwünschte Rückwirkungen auf unsere zweisprachigen Landesteile befürchtet, daß man befürchtet, man werde den Schutz des Deutschtums, der unerläßlich ist, um es dort zu erhalten, nicht in der bisherigen Weise fortführen. Das Abgeordnetenhaus hat die Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, daß die Besorgnisse beseitigt werden, daß die Deutschen in der Ostmark auch nach Gründung des Königreichs Polen mit festem Vertrauen auf die Regierung und die Politik des preußischen Staates weiterleben können. Zu hohem Grade erwünscht wäre es, wenn diejenigen, welche die Bevölkerung vertreten, darüber keinen Zweifel lassen würden, daß die Empfindungen, die die Vorbedingung für das Gedeihen des neuen Staates sind, auch bei den Polen vorhanden sind. Das zu betonen ist einer der Zwecke des jetzigen Antrages. Die Bevölkerung Polens jenseits unserer Grenzen wird Gelegenheit haben, in diesen Tagen den Beweis dafür zu liefern, daß die Schaffung eines nationalen polnischen autonomen Reiches die Erfüllung eines langgehegten Wunsches ist, indem sie dem Rufe zu den Fahnen möglichst zahlreich folgt und Freiheit und Unabhängigkeit mit erkämpfen hilft. Was die Rückwirkungen der Gründung des Königreichs Polen auf unsere östlichen zweisprachigen Landesteile anlangt, so kann ich mit Genugtuung konstatieren, daß der Minister des Innern mit vollem Nachdruck sich dazu bekannt hat, daß der Schutz des Deutschtums unerläßlich ist und in unverändertem Maße dauernd erhalten bleibt. Der Abg. Pachnicke hat zu meiner Befriedigung gleichfalls erklärt, daß die deutsche Kultur und die deutschen Interessen in vollem Umfange in den zweisprachigen Landesteilen gewahrt werden müßten. Er hat eine scharfe Kritik an der bisherigen Ostmarkenpolitik geübt. Ich will mich in Auseinandersetzungen mit ihm darüber nicht einlassen, es ist besser, heute die Gegensätze nicht zu verschärfen. (Sehr richtig! rechts, Zurufe links.) Wir müssen den Ausgleich in den zweisprachigen Landesteilen nach Möglichkeit fördern. Unerläßlich ist der Schutz des Deutschtums gegenüber der wirtschaftlichen Bekämpfung durch das Polentum, dem es etwa seit einem halben Menschenalter ausgesetzt gewesen ist. Was an den jetzt bestehenden Gesetzen und Verordnungen geändert werden kann, dafür werden zum großen Teil die Erfahrungen des Krieges maßgebend sein. Es unterliegt keinem Zweifel, wir alle haben aus den Erfahrungen des Krieges gelernt. Nun wird es noch darauf ankommen, wie sich die polnische Bevölkerung der zweisprachigen Landesteile selbst verhält. Der Ostmarkenverein hat den Polen in den zweisprachigen Landesteilen die Hand zur Versöhnung weit entgegengehalten. Es wird darauf ankommen, ob die polnische Bevölkerung die ihr weit entgegengestreckte Versöhnungshand voll und herzlich mit Worten und Taten ergreifen wird. (Zurufe links: Versöhnungshand?!) Die Entwicklung der künftigen Stellung der Staatsbürger polnischer Zunge in Preußen hängt wesentlich davon ab, daß die Polen mit Wort und Tat das in sie gesetzte Vertrauen voll rechtfertigen. (Zustimmung.) Sie sind jetzt selbst die Schmiede ihres Schicksals. (Beifall.)

Die Erklärung der Polen.

Abg. **Stycznski** (Pole): Namens meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir sind uns der geschichtlichen Bedeutung der Zeit voll bewußt und empfinden die Last der Verantwortung in vollem Umfange. Es entscheiden sich für eine lange Zukunft nicht nur die Schicksale der polnischen Nation, sondern auch das Verhältnis des polnischen Volkes zum deutschen Volke. Wir hätten gewünscht, dieses Bewußtsein und dieses Verantwortungsgefühl auf allen Seiten zu finden. (Sehr gut! bei den Polen.) Es wäre dann z. B. ein Antrag, wie der gegenwärtige nicht eingebracht worden. (Sehr richtig! bei den Polen.) Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für die Folgen der Erörterung des Antrages ab. (Sehr gut! bei den Polen.) Trotz der mehr als hundertjährigen Trennung in staatlich verschiedene Bestandteile hat das polnische Volk das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren und einen harten Kampf um die nationale Freiheit geführt. Die fortgesetzte Verletzung des Rechtes der Bevölkerung auf nationale Einigung war nach unserer Ueberzeugung eine der Grundursachen des jetzigen Weltkrieges. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß das viele Blut in diesem Kriege nicht umsonst geflossen sein wird, wenn die Nationen Europas sich allseitig zu der Ueberzeugung durchringen werden, daß die Freiheit anderer Völker den Lebensinteressen des eigenen Volkes nicht widerspricht. Die Anerkennung der nationalen Bedeutung der polnischen Frage ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu ihrer endgültigen Lösung, deren Notwendigkeit jetzt zum allgemeinen Bewußtsein gelangt ist. Diese Notwendigkeit ist nicht nur durch das Gebot der Gerechtigkeit gegenüber dem polnischen Volk, sondern auch durch das internationale Interesse der allgemeinen Friedensverhandlungen bedingt. Das Manifest Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich erfüllt uns mit Genugtuung, weil es aus dem Bewußtsein dieser Notwendigkeit entstanden ist und das Recht des polnischen Volkes auf Gründung eines selbständigen Staates im Prinzip anerkennt. Indessen sind die vielfach geäußerten Bedenken und Befürchtungen, daß noch ein Teil des polnischen Volkes im Besitz der Zugehörigkeit zu andern Staaten bleibt und daß bei diesem Teil die Freiheit nur eine nominelle sein würde, durch den vorliegenden Antrag vollauf bestätigt worden. (Hört, Hört!) Nach dem Willen dieser Antragsteller, die die Mehrheit dieses Hauses bilden, sollen dem in Bildung befindlichen Staat als Staat solche Fesseln auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet auferlegt werden, daß seine Freiheit und Selbständigkeit nur noch eine scheinbare sein würde. (Hört, Hört! Sehr richtig) bei den Polen.) Im übrigen beweist der weitere Inhalt des Antrages, daß die Antragsteller eine Verständigung zwischen dem deutschen und polnischen Volk direkt ablehnen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Wenn die Antragsteller von „polnisch-sprechenden Preußen" statt von den polnischen Preußen reden, so sprechen sie uns die Nationalität ab. Das muß von uns in der gegenwärtigen Zeit als Provokation aufgefaßt werden. (Unruhe.) Wenn die Antragsteller schon heute „keine Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in der deutschen Ostmark für möglich erklären, die geeignet wäre, den deutschen Charakter der östlichen Provinzen Preußens irgendwie zu gefährden", so hat uns die Erfahrung der letzten Jah-

Tägliche Rundschau 25/XI. 1916.

Ein amerikanischer Journalist-Spion über Oesterreich-Ungarn.

(Wiener Brief.)

Der amerikanische Journalist D. Thomas Curtin, der sich als Spion im Dienste der Northcliffepresse zehn Monate lang in Deutschland aufgehalten haben will und wegen dieser unehrenhaften Handlungsweise nach seiner Rückkehr nach London von seinen amerikanischen Kollegen in Verruf getan worden ist, behauptet nun auch, in Oesterreich-Ungarn, und zwar wiederholt gewesen zu sein. Die „Times" veröffentlicht soeben einen Artikel Curtins, der sich besonders mit Oesterreich-Ungarn beschäftigt, und auch in seinen Vorträgen im His Majesty-Theater läßt sich Mr. Curtin über seine angeblichen Wahrnehmungen in Oesterreich-Ungarn aus.

Die Erzählungen des Mister Curtin über Oesterreich-Ungarn sind ein so grober Aufguß von Abgeschmacktheiten und faustdicken Unwahrheiten, daß man ernstlich bezweifeln müßte, ob er jemals in Wien und Ofen-Pest gewesen ist — zumal er hier in allen in Betracht kommenden Kreisen, selbst in den Kreisen seiner hiesigen amerikanischen Kollegen völlig unbekannt geblieben ist — wenn nicht Herr Curtin auch mit einigen Feststellungen vor die englische Oeffentlichkeit treten würde, die seinen englischen Auftraggebern weniger angenehme, dafür aber unbestreitbare Wahrheiten über Oesterreich-Ungarn ins Gesicht sagen. Zu diesen Wahrheiten rechnen wir die Feststellung des Mr. Curtin, daß er kein wirkliches Zeichen des von der Entente so oft prophezeiten und so lebhaft herbeigewünschten Zerfalles der österreichisch-ungarischen Monarchie wahrgenommen habe, daß die Oesterreicher noch viel lenksamer seien, als die Deutschen, — daß Hindenburg in Oesterreich ebenso vergöttert werde wie in Deutschland, ja, daß die Oesterreicher noch verehrungsvoller zu ihm aufblickten, — daß Kaiser Franz Josef, der von der Ententepresse schon so oft tot gemeldet wurde, unermüdet seines Herrscheramtes walte usw.

Nach diesen Vorbemerkungen lassen wir den wesentlichen Inhalt des Curtinschen Artikels über Oesterreich-Ungarn folgen. Der Artikel beginnt folgendermaßen:

Es ist etwas mehr als zwei Jahre her, daß ich in London unausgesetzt dahin belehrt wurde, der Zerfall Oesterreichs stehe bevor. Wie die Verbündeten behaupten, ist Oesterreich seit jeher im Zerfalle. Ich war mehrere Male während des Krieges in Oesterreich. Das Land leidet schwer und ist kriegsmüde (England, Frankreich, Rußland und Italien vielleicht nicht?), ich habe aber kein wirkliches Zeichen des soviel gewünschten, unvermeidlichen Ereignisses gesehen.

Dann bespricht der Artikel die Lebensverhältnisse. Der Verfasser meint, Wien sei nicht so gut versorgt wie Berlin. Die Gemeindeküchen ermangelten der preußischen Vollkommenheit. Die reicheren Klassen jedoch entbehrten nichts. Geld sei mächtiger als zuvor. (Aus Frankreich hat man kürzlich ganz dieselben Klagen gehört.) Die Deutschen seien lenksam, die Oesterreicher mit Ausnahme der Böhmen und Ungarn (?) seien es noch viel mehr, und ganz Oesterreich werde von dem preußischen Bruder beherrscht. Diese Behauptung scheint das Steckenpferd des Herrn Curtin zu bilden, das er im weiteren Verlaufe seines Artikels noch mehrfach in allen Gangarten reitet.

Im weiteren Verlaufe des Artikels heißt es, die Jagd nach Kupfer, nach Gummi und Leder werde in Oesterreich noch eifriger als in Deutschland betrieben. Herr Curtin richtet daher an die Entente die freundliche Mahnung, nur ja zu verhüten, daß diese Artikel in die feindlichen Länder gelangen. Nun besteigt Herr Curtin wieder sein Steckenpferd, dessen Sprünge ihn aber völlig konfus zu machen scheinen. Während er auf der einen Seite behauptet, daß die Oesterreicher volles Vertrauen in die preußische Führerschaft setzen, versteigt er sich in gleichem Atem zu der Behauptung, „die Oesterreicher fühlten, daß sie als Sündenbock gebraucht würden, um die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Ein österreichischer Offizier habe ihm die Sache folgendermaßen dargestellt: „Wir haben Serbien vernichtet für die Deutschen (?) und alles, was wir dafür bekamen, waren einige Schweine. Wir vernichteten Montenegro. Wir haben Nordalbanien erobert. Wir haben die Last eines großen Teiles der russischen Angriffe getragen. Wir haben Tausende unserer besten Truppen gegen die Italiener verloren, und es wäre nun Zeit, daß wir zu einer Auseinandersetzung mit Rus-

Reichspost

26/XI. 1916.

Bulgarien und Graf Tarnowski.

Bulgarische Staatsmänner über das Wirken des bisherigen k. u. k. Gesandten in Sofia.

(Drahtmeldung der „Reichspost".)

Sofia, 24. November.

Mittwoch hat Oesterreich-Ungarns Gesandter Graf Adam Tarnowski die Stätte seines langjährigen ersprießlichen Wirkens verlassen. Eine der markantesten Persönlichkeiten Sofias, eine Säule der Monarchie auf dem Balkan, ist mit ihm entrückt worden, weit über den Ozean, um dort weiter zu schaffen zum Wohle unserer Staaten. Für uns, die wir hier zurückbleiben, um in seinen Ideen weiterzubauen, bedeutet sein Abgang ein schmerzliches Ereignis, und es ziemt sich, einen Rückblick zu werfen auf das große Werk, dessen Grundmauern er mit eiserner Willenskraft festgefügt.

Vor mehr als fünf Jahren, just um die gleiche Zeit, als unsere Feinde vernichtende Pläne gegen uns auszuhecken im Begriffe waren, wurde Graf Tarnowski mit der wichtigen Mission in Sofia betraut. Der Vertreter Rußlands Nekludow war damals so ziemlich der Herr im bulgarischen Hause und die gerade am Ruder befindliche Regierung Geschows stand völlig unter seinem Einfluß. Ein harter Boden fürwahr für jeden Angehörigen der Monarchie, ein wenig versprechendes Beginnen für den neu angekommenen Gesandten.

Behutsam die drohenden Gefahren richtig erkennend, keinen Fußbreit vom Wege der Wahrheit weichend, bahnte sich Tarnowski bedächtig den Weg nach vorwärts. Als am 29. Februar des Jahres 1912 der Balkanbund geschlossen war, konnte dieses Geschehnis trotz strenger Geheimhaltung seinem wachsamen Auge nicht völlig entgehen. Immer stärker erklang sein Warnungsruf und als der Balkankrieg ausbrach, als Bulgarien seine besten Kräfte für die Erreichung des mazedonischen Ideals verausgabte, da war es stets Tarnowski, der das Verhängnis voraussagte und den maßgebenden bulgarischen Faktoren einschärfte, die Bundesgenossen im Auge zu behalten. Zwar erkannten Geschow und Danew den Wert dieser Ratschläge, sie versuchten auch aus der Schlinge zu kommen, die Rußland ihnen gelegt, doch zu spät war es. Die Katastrophe war nicht mehr zu verhindern. Ringsum von übermächtigen Feinden angegriffen, mußte Bulgarien die Früchte seines Bemühens verlieren und sich seinen Neidern auf Gnade und Ungnade preisgeben. In diesen Stunden des Unglücks war es Oesterreich-Ungarns Gesandter, der den gebrochenen Mut von neuem aufrichtete und seine vermögende Stimme zugunsten Bulgariens in die Wagschale warf. An dem Werke der Sammlung der bulgarischen Volkskraft, deren glänzender Anwalt er immer gewesen, arbeitete Tarnowski mit der ganzen ihm eigenen Energie und pflegte unermüdlich den stellenweise dünnen Boden, aus welchem endlich das Bündnis mit Bulgarien als schönster Erfolg ausgereift ist.

Als der Weltkrieg ausbrach, begann der diplomatische Wettlauf um den Anschluß Bulgariens. Die Entente setzte alles daran, um Herrin der Situation auf dem Balkan zu werden und kein Mittel war zu verwerflich, um ans Ziel zu gelangen. Oft geriet die öffentliche Meinung in Wien und Budapest bezüglich Bulgariens ins Schwanken, besonders dann, wenn das Schlachtenglück uns im Stiche gelassen, übermächtige Feinde nach unseren Grenzen drängten. Indes stand auf schwankendem Balkanboden der bewährte Vertreter der Monarchie in guten und bösen Tagen gleich fest auf seinem Platze und arbeitete unermüdlich am Bündnis. Oft wird behauptet, daß die Interessen Bulgariens das Königreich automatisch an unsere Seite gewiesen und die Diplomatie hiebei kein wesentliches Werk vollbracht hat. Man ist schon in ähnlichen Fällen eines besseren belehrt worden. In Zeitläuften, wo dämonische Gewalten die Völker nach vorwärts drängen, Staaten entstehen und Staaten zertrümmert werden, ist es billig, Geschehnisse historischer Tragweite mit abgebrauchten Generalitentenzen zu erledigen. Nur starke Persönlichkeiten vermögen die oft tausendfachen unmeßbaren Hindernisse einer Staatenpolitik richtig zu erkennen, gegebenermaßen zu beseitigen, um den Ereignissen jene Richtung zu geben, in die ihr richtiger Wille sie zwingt. Die gesamte öffentliche Meinung Sofias steht heute unter dem eigenartig starken Eindrucke des Wechsels im österreich-ungarischen Gesandtschaftspalais. An das aufrichtige Bedauern, einen warmen Freund in weiter Ferne zu wissen, knüpft sich der allgemeine Wunsch, daß es dem Nachfolger gegönnt sein möge, in seinen Bahnen weiterzuwandeln, um in der Zeit kommenden Friedens zwischen der Monarchie und Bulgarien die Bande immerwährender inniger Freundschaft noch fester zu gestalten.

Anläßlich der Abreise des Grafen Tarnowski äußerte sich gegenüber dem Vertreter der „Reichspost" Ministerpräsident Dr. Radoslawow über die Mission des Botschafters wie folgt:

„Seit langem war es kein Geheimnis mehr, daß die uns verbündete Monarchie ihren hervorragenden Vertreter für eine besonders verantwortungsvolle Mission von uns abberufen wird. Das Bedauern, daß Graf Tarnowski uns verläßt, ist allgemein und aufrichtig, mich persönlich jedoch berührt es besonders schmerzlich, da damit in einer mehrjährigen treuen Zusammenarbeit, die auf Wertschätzung und Vertrauen begründet war, die gewohnte persönliche Note verändert wird. Allerdings sind die Beziehungen zwischen Bulgarien und der Monarchie derartige, daß wir den neuen Vertreter nicht mehr nur als neutralen Nachbarn, sondern als treuen Freund und Verbündeten empfangen werden. Graf Tarnowski verläßt das Land sicherlich mit besten Eindrücken und nimmt teure Erinnerungen mit. Er scheidet als treuer Freund unseres erhabenen Herrschers, der ihn mit gnädigen Beweisen seiner Zuneigung reichlich beschenkte. Er verläßt uns mit dem Bewußtsein treuerfüllter Pflicht gegen sein Vaterland, für welches er ein historisch denkwürdiges Werk vollbracht hat. Der wichtige Posten in Washington hat einen würdigen Vertreter erhalten und das erfüllt uns auch mit Freude. In Sofia werden wir aber sicherlich in schönster Harmonie weiterarbeiten, der Boden für den neuen Vertreter ist völlig geebnet und dieser kann sicher sein, daß wir ihn mit offenen Armen empfangen werden."

Finanzminister Tontschew äußert sich unserm Korrespondenten gegenüber wie folgt: „Ich muß nicht betonen, daß nicht nur mir, sondern ungezählten Bulgaren der Abschied von unserem langjährigen Freunde Grafen Tarnowski recht schwer fällt. Ist es doch eine lange, schwere in Freude und Leid vollbrachte gemeinsame Arbeit, die uns aneinander kittet. Graf Tarnowski war es, der uns in schweren Zeiten einer bulgarischen Katastrophe stets zur Seite stand und über manche schwere Stunden hinweghalf. Zu Beginn der Regierung Radoslawows gab es trübe Zeiten und wir bedurften wohl einer so mächtigen Stütze, um der von uns vertretenen Außenpolitik Geltung zu verschaffen. Man darf weder bei uns, noch in Oesterreich-Ungarn die Bemühungen des Grafen über das Zustandekommen der deutsch-österreichischen Anleihe vergessen, denn ohne diese finanzielle Basis wäre die heutige Politik kaum zur Tat geworden. Diese Anleihe ist zum größten Teile das Werk Tarnowskis gewesen. Wir freuen uns, daß der bisherige Vertreter Oesterreich-Ungarns in Sofia mit einer besonders wichtigen Mission betraut ist. Sofia war stets eine gute Diplomatenschule und besonders die Ententemächte scheinen auf diesen Posten großen Wert gelegt zu haben. Iswolski, Nicolson, Buchanan, Baleologue und viele andere, die heute hervorragende Posten einnehmen, haben die Balkanfrage in Sofia studiert. Wir sind stolz darauf, daß auch der gegenwärtige Außenminister Baron Burian uns in unserem Lande kennen gelernt hat. Die Mission Tarnowskis in Washington hat auch für uns Interesse. Es ist wohl notwendig, daß die maßgebenden amerikanischen Kreise eine richtige Vorstellung vom Balkanproblem erhalten, da doch der Krieg hier seinen Ursprung genommen und wahrscheinlich auch hier sein Ende nehmen wird. Graf Tarnowski ist ein glänzender Kenner des ganzen Fragenkomplexes und es können seine Aufklärungen für die kompetenten Kreise und die öffentliche Meinung von besonderer Wichtigkeit sein. Ich bin überzeugt, daß die Mission Tarnowskis eine glückliche sein wird. Denn dieser Vertreter der Monarchie ist nicht nur ein Mann der Arbeit, sondern auch ein Mann des Erfolges."

Der gewesene Unterrichtsminister im Kabinett Geschow, Herausgeber des „Mir" Pejew äußert sich wie folgt: „Graf Tarnowski scheidet von Bulgarien mit der Ueberzeugung, viele Bewunderer seiner Politik zurückgelassen zu haben: er ist ein Diplomat von außergewöhnlich starker Persönlichkeit, der stets Vertrauen erweckt hat und wußte, wo Gegenvertrauen zu finden war. Der wichtige Posten in Washington und das große Friedenswerk werden in ihm eine unermüdliche schöpferische Kraft gewinnen."

Bam.

Hamburger Fremdenblatt
28./XI. 1916

Eine Hamburger Rede Scheidemanns.

Hamburg, 28. November.

In einer von den sozialdemokratischen Vereinen für die drei Hamburger Wahlkreise einberufenen stark überfüllten Mitgliederversammlung sprach Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, am Montag im Gewerkschaftshause über die „Politik des vierten August". Im Anfang machten sich oppositionelle Lärmfrounde übel bemerkbar, die den Vortragenden am Reden hindern wollten. Es gelang ihnen aber nicht und schließlich brachte Scheidemann sie durch die Wucht seiner Ausführungen völlig zum Schweigen.

Im wesentlichen führte Scheidemann aus: Am vierten August 1914 lautete für uns die Frage, ob wir uns in einer Stunde, in der wir von Feinden ringsum bedroht waren, zu unserm Lande stellen sollten. Wir haben es getan, und es ist von der großen Mehrheit unserer Parteigenossen als eine Selbstverständlichkeit hingenommen worden. Wenn wir uns heute fragen, wie denn überhaupt unser deutsches Volk einer so ungeheuren Uebermacht gegenüber standhalten konnte, so müssen wir antworten: weil sich die deutsche Arbeiterschaft, weil sich die deutsche Sozialdemokratie mit dem gesamten Volke in Reih und Glied stellte. (Lebhafter Beifall.)

Die Sozialdemokratie kann sich nicht ewig an das Alte klammern. Es muß ihr Stolz sein, alles, was neu ist, zu verarbeiten und ihre Politik nach den Verhältnissen, wie sie sind, einzurichten. Die Sozialdemokratie kann keine Politik im luftleeren Raum führen.

Es wäre unendlich schlimm, wenn dieser Krieg mit einer Niederlage Deutschlands enden würde. Darunter würden ganz besonders die deutschen Arbeiter zu leiden haben. (Lebh. Zustimmung.) Es würde dann in Deutschland genau so sein wie in Frankreich seit 1870. Alles Sinnen und Trachten wäre auf die Rüstung zu einem Revanchekrieg gerichtet, und die soziale Gesetzgebung, die bei uns gewiß nicht glänzend, die aber doch die beste ist, würde ins Stocken geraten, weil für sozialpolitische Dinge kein Interesse und kein Geld da wäre. Wenn es den Gegnern nur zur Hälfte gelingen würde, das wahr zu machen, was der englische Handelsminister Runciman androhte, als er die Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkte forderte, das heißt, wenn der deutsche Welthandel auf die Hälfte vermindert würde, so würden Hunderttausende deutscher Arbeiter arbeitslos werden. Wir hätten keine Mittel für eine Arbeitslosenunterstützung, und die Arbeitslosen würden zu Lohndrückern werden. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß im Falle einer deutschen Niederlage das deutsche Volk das Bettelvolk Europas sein würde. (Lebh. Zustimmung.) Deutsche Arbeiter wären es in erster Linie, die diese Bettelexistenz führen müßten.

Wir wollen den Frieden so bald wie möglich, aber wir wollen nicht auf den Knien um Frieden betteln, damit man uns hernach mit der Hundepeitsche traktieren kann. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wer es bestreitet, was ich über die Zukunft Deutschlands im Falle einer Niederlage gesagt habe, der beweist, daß sein Vertrauen zum russischen Zaren größer ist als sein Mißtrauen gegen die deutsche Regierung. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Die Behauptung, daß der Krieg inzwischen zu einem deutschen Eroberungskrieg geworden sei, ist purer Unsinn. Einen Eroberungskrieg kann vielleicht ein Land führen, bei dem die Verhältnisse umgekehrt wie bei uns sind, nicht aber Deutschland. Wir stehen 1 : 4. Auf einen deutschen kommen vier feindliche Soldaten. Wenn es uns in diesem Kriege gelingt, das Reich unversehrt zu erhalten, so ist das der glänzendste Sieg, den Deutschland erringen kann. (Lebhafter Beifall.)

Es sind während des Krieges allerlei dumme Reden gehalten worden, aus denen deutsche Eroberungsabsichten abgeleitet worden sind. Ich denke an jenen Nationalliberalen, der da sagte, wo ein Tropfen deutschen Blutes geflossen ist, das geben wir nicht mehr heraus. Auch der König von Bayern hat einmal eine nicht eben kluge Rede gehalten, aber er ist längst kuriert. Endlich ist zum Beweise der deutschen Eroberungspläne noch eine Rede des ehemaligen Herrenhauspräsidenten, Grafen Wedel-Piesdorf, zitiert worden, aber der war, als er jene Rede hielt, schon über achtzig Jahre alt, und nun ist er längst tot. Unsere Parteiopposition schleppt ihn aber noch von Versammlung zu Versammlung, damit er als abschreckendes Beispiel für die angebliche Eroberungssucht Deutschlands diene. Von solchen Eroberungsabsichten kann im Ernste nicht die Rede sein.

Es ist Unsinn, zu sagen, wir hätten die Kriegskredite einer Regierung bewilligt, die Schutzhaft und Zensur in so schlimmer Weise handhabt und mitschuldig ist an den empörenden Zuständen in der Lebensmittelversorgung. Wir haben diese Mittel für die Verteidigung des Landes für unsere Soldaten und dafür bewilligt, daß ihre Frauen und Kinder nicht zu verhungern brauchen. (Lebhaftes Bravo!) Nur eine bedeutungslose Sekte kann die Landesverteidigung ablehnen, nicht aber eine Volkspartei, hinter der der dritte Teil der Wählerschaft des ganzen deutschen Volkes steht. Hätte die Sozialdemokratie anders gehandelt, so wäre sie erledigt gewesen. Die Tatsache, daß sowohl in Deutschland, als auch in England und Frankreich die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligte, zeigt uns, daß in dem Augenblick, wo der Krieg da ist, die Sozialdemokratie an die Seite ihres Landes tritt.

Vor dem Kriege haben wir viel von der Demokratie in England und Frankreich geredet. Aber ist es nicht so, daß Zensur und Belagerungszustand in jenen Ländern noch viel schlimmer gehandhabt werden als bei uns? Die englische Regierung hat englischen Arbeiterführern, die sich in Holland mit ausländischen Parteigenossen besprechen wollten, den Reisepaß verweigert. Das würde die deutsche Regierung im gleichen Falle nicht tun.

Keine Regierung hat so wie die deutsche ihre Friedensbereitschaft dargetan. Wohl hätte ich gewünscht, daß sich der Kanzler deutlicher ausgedrückt hätte, aber schließlich ist Herr v. Bethmann kein Sozialdemokrat, er ist im Kern seines Wesens gut konservativ, und man kann nicht verlangen, daß er sich unsern Standpunkt zu eigen mache. Es ist bei den Diplomaten so wie bei den Arbeitern, wenn sie Lohnforderungen stellen: keiner gibt seine Trümpfe ohne weiteres aus der Hand. Aber der Kanzler hat doch wenigstens seine Friedensbereitschaft klipp und klar ausgesprochen und weiter erklärt, daß er sich an die Spitze des von Grey geforderten internationalen Bundes zur Wahrung des Friedens stellen werde. Indem sie mich unsinnigerweise als den Vertrauensmann des Reichskanzlers, der ich wirklich nicht bin, hinstellte, suchte die Rechte den Kanzler zu kompromittieren, den Kanzler, den sie stürzen möchten, weil er von der Notwendigkeit einer Neuorientierung gesprochen hat. Und indem sie mich wegen meines angeblichen Verkehrs mit dem Reichskanzler verdächtigt, sucht die äußerste Linke mich bei meinen Parteifreunden zu kompromitieren. Es ist leider so, daß nicht nur die äußerste Rechte, sondern auch die äußerste Linke den Frieden erschwert. (Lebhafte Zustimmung.) Ich lasse mich nicht irre machen in dem Glauben, daß ich durch meine Bemühungen dem Frieden diene. Hier heißt es: Ueberzeugung ist des Mannes Ehre, und ein schlechter Kerl ist der, der sich von Stimmungen beherrschen läßt und den Leuten nach dem Munde redet.

Deutschland darf und wird nicht unterliegen, wenn wir alle unsere Pflicht tun. (Bravo!) Wenn unser Land unversehrt aus diesem Kriege herauskommt, dann muß die Welt sagen können: Es war nur möglich, weil die Sozialdemokratie mit dem gesamten Volke in Reih und Glied stand. (Lebhafter Beifall.)

Wir werden schweren Kämpfen nach dem Kriege entgegengehen. Ein Volk, das so Uebermenschliches geleistet hat, wie das deutsche Volk, wird sich nicht länger wie in Preußen in drei Klassen sortieren lassen. (Erneuter lebhafter Beifall, Händeklatschen.) Ob wir diese Kämpfe siegreich bestehen werden, das hängt von uns selber ab. Nur eine einige und geschlossene Sozialdemokratie wird der Arbeiterschaft und dem ganzen Volke von wirklichem Nutzen sein können.

Nachdem er noch kurz die Zivildienstpflicht erörtert und hierbei betont hatte, daß das neue Gesetz für seine Partei nur annehmbar sei, wenn wirkliche Garantien für die Arbeiter hineingebracht würden, schloß er nach einer ernsten Mahnung zur Einigkeit und Geschlossenheit mit den Worten: Es lebe der Friede, es lebe die Sozialdemokratie! (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Eine Aussprache, die sich an den Vortrag schließen sollte, wurde von dem überwachenden Polizeibeamten untersagt. (Große Unruhe.) Am Schluß gelangten zwei Entschließungen gegen eine kaum nennenswerte Minderheit zur Annahme. Die wichtigste hatte folgenden Wortlaut:

> Die gemeinsame Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs, tagend am 27. November im Gewerkschaftshause, erklärt nach Anhörung des Referats des Genossen Scheidemann ihre Zustimmung zu der Haltung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, als der im Interesse der deutschen Arbeiterklasse gebotenen Politik. Sie ersucht die sozialdemokratische Fraktion, in der Frage der Lebensmittelversorgung wie bisher mit allem Nachdruck die Forderungen des arbeitenden Volkes zu vertreten und bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes auf ausreichende Garantien gegen jeden Mißbrauch zu dringen.

Die Zeit

3./XII. 1916

30

Die Wiederaufrichtung des Völkerrechtes.

Von Prof. Lammasch.

In den ersten Monaten des Krieges konnte man in allen kriegführenden und sogar auch in neutralen Staaten Grabgesänge auf das erschlagene Völkerrecht hören. Auch Männer, die noch im Juli 1914 Pazifisten gewesen, waren Gewaltanbeter geworden. Die Staatsmänner vollends konnten nicht oft und feierlich genug versichern, daß die Verträge zwischen den Staaten das Papier nicht wert seien, auf denen sie geschrieben, daß das Recht zwischen den Staaten nichts, alles die Macht sei. Als einzig denkbares Kriegsziel galt die dauernde Unschädlichmachung des Gegners, die Diktierung des Friedens in seiner Hauptstadt, die Vernichtung seines Heeres oder seiner Flotte, die Zerstörung seines Handels und seines Reichtums. Ab und zu klingt noch ein Ton dieser Art von der Themse oder von der Seine zu uns herüber. Aber er hat nur den Zweck, den sinkenden Mut wieder etwas zu beleben. Der Ton der Ueberzeugung ist es nicht mehr.

Einzelne Verbände, die zunächst in neutralen Staaten, in Amerika, in Holland, in Schweden, entstanden, haben mit allmählich wachsendem Erfolg den Gedanken an das Völkerrecht, an eine neue Rechtsordnung zwischen den Staaten wiedererweckt, und nach und nach haben sich auch in einigen der kriegführenden Nationen solche Gedanken wieder ans Licht gewagt: in Deutschland im Bunde „Neues Vaterland", in England in der „Union for democratic control", in Italien im Verband „Coenobium". Aber viel mehr. Was man noch 1907 auf der zweiten Haager Konferenz für unmöglich hielt, geschah, führende Staatsmänner haben den Plan eines Völkerbundes zur Erhaltung des Friedens mit Ausdrücken ihrer Sympathie begrüßt. Asquith hatte schon am 26. September 1914 in Dublin gesagt: „Der Begriff des öffentlichen Rechtes bedeutet — oder sollte es wenigstens bedeuten, und wäre es auch nur durch langsame Entwicklung — den Ersatz der Gewalt und des Zusammenstoßes von ehrgeizigen Kriegsheeren durch die Organisation einer friedlichen europäischen Völkergesellschaft, gegründet auf die Anerkennung gleicher Rechte und festgesetzt und durchgeführt durch gemeinsame Willenshandlungen." Im Falle des Sieges der Entente würden diese Ideen, meinte er, „innerhalb des Gedankenkreises und der Machtsphäre der Staatsmänner auftauchen". Deutlicher noch sprach er es am 10. April 1916 aus: „Wir haben die Absicht, als Ergebnis des Krieges das Prinzip zu festigen, daß internationale Fragen durch freie Unterhandlungen auf gleichem Fuße zwischen freien Völkern behandelt werden." Freilich folgte dieser friedlichen Erklärung der bellikose Nachsatz mit der Forderung, „daß eine solche Regelung nicht länger beherrscht und behindert werde durch die Befehle einer Regierung, die ihrerseits durch die Militärkreise beherrscht wird". Als aber Briand, und einige Tage später auch Lord Grey, als das Kriegsziel der Entente „die Schaffung internationaler Garantien gegen Angriffe auf die Freiheit der Nationen" bezeichnete, antwortete der Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg mit aller Entschiedenheit am 28. September: „Das wollen wir auch." Dieser ersten Ankündigung folgte die berühmte Rede vom 9. November. In dieser erklärte der Reichskanzler, daß die deutsche Regierung niemals ihre Zweifel verhehlt habe, ob der Friede durch internationale Organisationen, wie Schiedsgerichte, dauerhaft gesichert werden könne, daß sie aber praktisch zu dieser Frage jetzt und im Frieden werde Stellung nehmen müssen. Der Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen, nach Sicherung „gegen die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe" — man vergleiche damit die früheren Ausdrücke von der großen, hehren Zeit — werde so stark, so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen müsse. Deutschland werde jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, ehrlich mitprüfen, an seiner möglichen Verwirklichung mitarbeiten und sei bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja sich an dessen Spitze zu stellen, der Friedensstörer im Zaum halte. Wie alle Aeußerungen der Wilhelmstraße auf das sorgfältigste durchdacht und erwogen sind, konnte diese Erklärung nur abgegeben werden, wenn die theoretischen Bedenken, von denen Herr v. Bethmann Hollweg im Eingange derselben sprach, der Hauptsache nach bereits überwunden waren, jene Bedenken, die Deutschlands Haltung auf der Haager Konferenz von 1907 bestimmt hatten. Gewiß hat der Reichskanzler nicht an jene „Vereinigten Staaten von Europa" gedacht, für die vor dem Kriege so viele geschwärmt hatten, die seither die heftigsten Hetzreden gehalten haben. Wohl aber mag der Plan ihm vorgeschwebt haben, der, seitdem die führenden Staatsmänner Amerikas sich für ihn ausgesprochen haben, die öffentliche Diskussion beherrscht: der Plan, die Staaten müßten ihre Streitigkeiten, sofern sie sie nicht durch Schiedsgerichte entscheiden lassen, einer internationalen Verständigungsinstanz überweisen und dürften nicht eher gegen einander losschlagen, als bis dieser Verständigungsversuch ernstlich durchgeführt worden. Der Plan ist nichts anderes als die Verallgemeinerung eines Verfahrens, das zwischen der amerikanischen Union und 16 europäischen und amerikanischen Staaten (darunter Großbritannien, Frankreich, Italien, Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Spanien) durch Verträge von 1913 und 1914 bereits in Kraft steht. Der Vertrag mit Frankreich (ratifiziert am 22. Januar 1915) zum Beispiel bestimmt:

„Irgendwelche Streitigkeiten, die zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der französischen Republik entstehen sollten, welcher Natur sie auch sein mögen, sollen, wenn das gewöhnliche diplomatische Verfahren fehlgeschlagen hat und die hohen vertragschließenden Parteien kein Schiedsgericht anrufen, einer ständigen Internationalen Kommission, die in der im folgenden Artikel vorgeschriebenen Weise zu errichten ist, zur Untersuchung und Berichterstattung unterbreitet werden.

Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich gegenseitig, während der Dauer der Untersuchung und ehe der Bericht seitens der Kommission erstattet worden, zu keinem Gewaltakt zu schreiten.

Die Internationale Kommission soll aus fünf Mitgliedern bestehen, die wie folgt zu ernennen sind: Jede Regierung soll zwei Mitglieder bezeichnen, von denen jedoch nur eines von ihrer eigenen Nationalität sein soll; das fünfte Mitglied soll durch gemeinschaftliches Uebereinkommen ernannt werden und soll nicht zu einer der schon in der Kommission vertretenen Nationalitäten gehören; der Betreffende soll die Pflichten eines Vorsitzenden erfüllen.

Falls sich die beiden Regierungen über die Wahl des fünften Mitgliedes nicht einigen können, sollen die anderen vier aufgefordert werden, es zu ernennen, und in Ermanglung einer Verständigung zwischen ihnen sollen die Bestimmungen des Artikels 45 des Haager Abkommens von 1907 zur Anwendung kommen."

Die Pflicht der kontrahierenden Staaten ist darauf beschränkt, den Bericht der Kommission abzuwarten. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß dessen Autorität zur Schlichtung des Streites beitragen und daß die mittlerweile verflossene Zeit zur Aufklärung der Sache und zur Beruhigung der Leidenschaften ausreichen werde. Im übrigen behalten sich die Parteien ausdrücklich „ihre volle Handlungsfreiheit" nach Erstattung des Berichtes vor, sie können also dann auch gegeneinander Krieg führen. Der Plan der amerikanischen League to enforce peace, eines englischen Komitees unter dem Vorsitze von Lord Bryce und der neulich („Zeit" vom 12. November) besprochene eines niederländischen Komitees wollen der Hauptsache nach nichts, als was zwischen einzelnen Staaten in ihrem wechselseitigen Verhältnisse bereits geltendes Recht ist, für einen weiteren Kreis von Staaten in das Völkerrecht einführen.

Selbst wenn dieser oder ein ähnlicher Plan nicht die Zustimmung aller Kriegsparteien erlangen sollte, liegt ein sehr großer Gewinn für die Sache schon allein darin, daß neben die Diskussion über reale Garantien eines dauernden Friedens nun auch jene über ideale Garantien getreten ist. Reale Garantien, umfassende Grenzregulierungen durch Annexion weiter Gebiete, Besatzungsrechte im Gebiet des überwundenen Feindes, aufgenötigte Reduktionen des Heeres oder der Flotte à la Tilsit, Kriegsentschädigungen von solcher Höhe, daß sie die wirtschaftliche Kraft des Gegners auf lange Zeit hinaus lähmen sollen, haben noch stets das Gegenteil der erstrebten Wirkung erzeugt: sie haben den Revanchekrieg zur Folge gehabt. Ganz anders ideale Garantien, die allen gleichmäßige Vorteile bringen. Je mehr diese in den Mittelpunkt der Erörterung treten, desto eher kann man sich über die wesentlichen Bedingungen des Friedens einigen, die dann eben nicht in der Lahmlegung der Macht des Feindes, sondern in der Wiederaufrichtung eines Rechtes zwischen den Staaten bestehen werden, dessen Wert alle nach den Erfahrungen des Krieges höher einschätzen werden als früher.

Neue Freie Presse 4./XII. 1916

Neugestaltung des Kabinetts in England.

Amtliche englische Meldung.

London, 3. Dezember.

Das Reutersche Bureau meldet:

Amtlich wird bekanntgegeben, daß Premierminister Asquith zu wirksamster Durchführung des Krieges beschlossen habe, dem König zu raten, einer Neugestaltung der Regierung zuzustimmen.

Unzufriedenheit in Kreisen der Liberalen und der Arbeiterpartei mit den Erklärungen über die Kriegsziele.

Rotterdam, 2. Dezember.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London:

In den Wandelgängen des Parlaments geht das Gerücht, daß Premierminister Asquith zurücktreten werde. Bonar Law werde vielleicht vorübergehend an seine Stelle treten, aber später durch Lloyd-George ersetzt werden.

Es heißt, daß einige Mitglieder der Liberalen und der Arbeiterpartei beabsichtigen, Mittwoch gegen die Kreditvorlage, die Asquith einbringen wird, zu stimmen. Sie wollen von der Regierung eine deutlichere Erklärung über die Ziele, für die die Alliierten kämpfen, verlangen, als es Asquiths und Greys letzte Reden waren; sie wünschen eine Erklärung mit genauen geographischen und finanziellen Daten, um zu wissen, wofür das Land kämpft.

Neue Rücktrittsgerüchte.

London, 2. Dezember.

„Observer" berichtet: Gestern abend waren Gerüchte im Umlaufe, daß Lloyd-George und Bonar Law zurücktreten wollten.

„Weekly Dispatch" gibt als Grund der politischen Krise an, Lloyd-George habe die Bildung eines engeren Kriegsrates unter Einschluß Carsons, aber unter Ausschluß Asquiths und Balfours vorgeschlagen.

London, 2. Dezember.

„Reynolds Newspaper" meldet, Lloyd-George habe seine Demission angeboten, weil er mit der Unentschiedenheit und den Verzögerungen der Kriegsleitung unzufrieden sei. Die Minister Bonar Law und Lord Derby werden wahrscheinlich seinem Beispiel folgen. Es sei wahrscheinlich, daß Lloyd-George sofort eine kräftige Kampagne im Lande beginnen werde.

Demission Lloyd-Georges.

London, 3. Dezember.

Reuter berichtet: Die Sonntagabendblätter melden: Kriegsminister Lloyd-George überreichte dem Premierminister Asquith seine Demission. Sie ist aber noch nicht angenommen worden.

Asquith, der London gestern verlassen hatte, kehrte früh zurück und hatte Besprechungen mit Lloyd-George und verschiedenen anderen Ministern. Asquith erwägt jetzt Maßnahmen, um den Bedenken zu begegnen, die den Entschluß Lloyd-Georges herbeiführten.

Man hofft, noch, daß sich irgendein Modus vivendi werde zustandebringen lassen.

Carson und Bonar Law sprachen morgens im Unionistischen Komitee. Ihre gleichzeitige Anwesenheit in dieser Sitzung wird als höchst bedeutsam gehalten. Man erwartet, daß Asquith sich morgen im Parlament äußern wird.

Fremdenblatt
4./XII. 1916

Trepows Programmrede.

Der Kriegswille Rußlands.

Eine Vereinbarung der Entente über die Ueberlassung Konstantinopels an Rußland.

K. **Petersburg**, 3. Dezember. Die Duma hat ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Ministerpräsident Trepow hielt hiebei folgende Rede: Es sind heute genau 28 Monate seit Beginn des Krieges verflossen, der an Ausdehnung und Hartnäckigkeit seinesgleichen in der Geschichte nicht hat. Es ist hier nicht der Ort, die Gründe seiner Entstehung zu wiederholen. Die ganze zivilisierte Welt weiß, daß nicht Rußland den Krieg begonnen hat, daß nicht uns die Verantwortung trifft für das menschliche Blut, das in Strömen fließt. Verblendet durch den friedlichen Geist und die Versöhnlichkeit, wovon Rußland im Laufe der vorangegangenen Jahre Proben abgelegt, und die sie als Zeichen der Schwäche mißdeutet hatten, griffen uns unsere vermessenen Feinde an. Eine lange Vorbereitung gab ihnen die Gewißheit, daß der Krieg nicht lange dauern, sondern mit einem Siege enden würde. Rußland hat die verwegene Herausforderung angenommen und die unvergleichliche Tapferkeit unserer Krieger und der unerschütterliche Mut unserer treuen Alliierten stießen die Berechnungen des Feindes von Grund auf um. Mehr als einmal ist im Namen der Regierung von dieser Tribüne herab laut verkündet worden, daß der **Krieg bis zum völligen Siege durchgeführt** werden wird; mehr als einmal ist ebenso erklärt worden, daß **kein vorzeitiger Friede** aus welchen Gründen auch immer, **kein Sonderfriede ohne unsere Alliierten** geschlossen werden wird. Nichts kann diesen Entschluß umstoßen, der dem unbeugsamen Willen des erhabenen Beherrschers von Rußland entspringt, der sich eins weiß mit seinem ganzen treuen Volke. **Rußland wird die Waffen nicht niederlegen ehe der völlige Sieg errungen ist.** Die ganze Welt mag es noch einmal hören, daß wie groß auch die Schwierigkeiten, wie groß die zeitweiligen Rückschläge sein mögen, Rußland, das große Rußland und seine tapferen Alliierten den letzten Soldaten aufbringen und alle Mittel des Staates zur Verfügung stellen werden, damit der Krieg zu seinem entscheidenden Ende geführt und die Anschläge und die Gewalttätigkeit der Deutschen für alle Zeiten vereitelt werden.

Die Macht des Feindes ist nicht mehr ungebrochen und die ersehnte Stunde der Vergeltung naht. Mehr und mehr aber bedarf es noch der ungeheuren Anstrengungen, um den Gegner, der alle seine Kräfte anstrengt, endgiltig niederzuschlagen. Die Hilfsmittel Rußlands sind unerschöpflich, aber es bedarf des einträchtigen und engen Zusammenwirkens des ganzen Landes und des ganzen Volkes, um diese Hilfsmittel zur Erreichung des so ersehnten Zieles der Vernichtung unserer Feinde nutzbar zu machen.

Zu den **inneren Fragen** übergehend, drückte der Minister seine Genugtuung über die in hohem Maße patriotische Tätigkeit der Semstwos, der Städte, der sozialen Gesellschaften und der Privatpersonen aus.

Er fuhr sodann fort: Die Regierung wird in jeder Weise in dieser Tätigkeit vorangehen und ihrerseits Maßregeln ergreifen, um eine feste Ordnung hinter der Armee herzustellen. In der außergewöhnlichen Zeit, in der wir leben, machte sich der Mangel einer derartigen Ordnung namentlich in der Frage der Verpflegung bis zu einem Grade fühlbar, daß sich trotz des Ueberflusses an Erzeugnissen und an Menschen an zahlreichen Orten beträchtliche Schwierigkeiten zeigen. Ueberdies ist es notwendig, die Frage zu untersuchen, ob nicht auf das System der besonderen Ermächtigungen und Verbote verzichtet und ein anderes System angenommen werden muß, das dem Handelsverkehr einen weiteren Spielraum gibt. Die Schwierigkeiten, die sich in der Transportfrage ergeben, weisen auf die Notwendigkeit hin, beständig das große Eisenbahnnetz zu überwachen. Im übrigen werden Maßnahmen zur vermehrten Beschaffung von Brennmaterial ergriffen werden. Der Ministerpräsident drückte sein unverrückbares Vertrauen darauf aus, daß Rußland aus dem Kriege erneut, verjüngt und frei von dem Einfluß fremder Elemente hervorgehen werde, der die regelmäßige Entfaltung der Hilfsmittel des Landes einengt.

Sich an die Kammer wendend, sagte der Ministerpräsident: Es gibt viele dringende Arbeit. Auch an Sie richtet sich der glühende Aufruf, wirkliche Arbeit zu leisten. Namens der Regierung erkläre ich offen, daß sie von dem Wunsche beseelt ist, ihre Kräfte der wirksamen Arbeit in Gemeinschaft mit den gesetzgeberischen Einrichtungen zu widmen.

Der Ministerpräsident zählte hierauf die Fragen auf, die vor allem im Vereine mit den gesetzgeberischen Einrichtungen gelöst werden müssen und erklärte, vor allem ist unerläßlich, Werkstätten und Fabriken im Lande zu errichten, die imstande sind, die tapfere Armee mit den erforderlichen Waffen und Kriegsmaterial zu versehen, damit keine bedrohlichen Ereignisse sie unvorbereitet treffen können. Weiter ist es unerläßlich, die technischen Kräfte des Landes zu entwickeln. Eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung ist geplant. Ein Gesetzentwurf betreffend den allgemeinen obligatorischen Unterricht und Maßnahmen betreffend die Hebung des Kulturstandes der Bevölkerung werden der Duma vorgelegt werden.

Der Ministerpräsident entwickelte sodann ein Programm für die Arbeit aller Verwaltungszweige und führte aus: Der gegenwärtige Kampf ist ein so schwerer und hat eine so starke Rückwirkung auf das ganze Leben im Innern, daß es unmöglich ist, vorauszusehen, welche gesetzlichen Maßnahmen, die jetzt ausgearbeitet werden, den Bedingungen in der Zukunft entsprechen werden.

Im Augenblicke besteht das Regierungsprogramm nur aus einem Punkte: Das ist der Sieg, koste er, was er wolle, ein völliger, endgiltiger Sieg! Der Krieg forderte schon zahlreiche Opfer von uns, wird noch viele mit sich bringen, dennoch soll uns das nicht hindern.

Weder Rußland, noch seine Alliierten sind Schuld am Kriege, aber nachdem der Krieg einmal vom Zaune gebrochen wurde, werden **wir ihn nicht eher beenden, als bis der Feind völlig erschöpft** ist und in Zukunft keine dauernde Bedrohung des allgemeinen Friedens bilden kann. **Wir müssen den Krieg bis zur Vernichtung des deutschen Militarismus führen,** bis es ihm unmöglich ist, sich in naher Zukunft wieder zu erheben. Es ist unerläßlich, die ständige Drohung mit der Gewalt, die seit etwa zehn Jahren die ganze zivilisierte Welt mit Sorge erfüllt hat, zu beseitigen.

Der gegenwärtige Krieg muß gekrönt werden von einem Siege nicht nur über den äußeren Feind, sondern auch über den Feind im Innern. Der Krieg hat uns die Augen geöffnet. Wir erkennen jetzt, daß die russische Industrie, die russische Schule, die russische Wissenschaft, die russische Kunst unter dem Joche des Deutschtums stehen. Eines der wichtigsten Probleme, die Rußland lösen muß, besteht darin, mit festem Fuße entschlossen auf die Seite der Freiheit und der Unabhängigkeit zu treten. (Beifall.)

Ich wiederhole, meine Herren, uns erwartet ein Kampf, dessen Ausgang im voraus bestimmt ist, der aber unsererseits noch bedeutende Anstrengungen erfordern wird. Der Feind hält noch immer einen **Teil unseres Gebietes besetzt; wir müssen es noch wiedererobern** und von dort aus das zeitweilig durch Waffengewalt abgetrennte **Königreich Polen wiedergewinnen.**

Doch das ist nicht genug: Wir müssen dem Feinde die einst polnischen Gebiete jenseits der Grenze entreißen. Wir wollen ein freies Polen in seinen ethnographischen Grenzen in unlöslicher Vereinigung mit Rußland wiederherstellen.

Seit über tausend Jahren strebt Rußland nach dem Süden, **zum freien Ausgang ins offene Meer. Der Schlüssel zum Bosporus und zu den Dardanellen, der Schild des Oleg über dem Tor von Konstantinopel, das sind die jahrhundertealten Träume,** die dem russischen Volke zu allen Zeiten seines Bestehens vertraut waren. Diese Wünsche sind seit Kriegsbeginn der Erfüllung nahe. Um Menschenleben zu schonen, taten wir gemeinsam mit unseren Verbündeten alles uns mögliche, um die Türkei von einer Teilnahme an den sinnlosen Feindseligkeiten zurückzuhalten. Frankreich, England und Rußland hatten nicht die Aufgabe, die Türkei in den Krieg hineinzuziehen. Sie bestanden nur darauf, daß sie in ihrem eigenen Inetresse neutral bleibe. Gleichzeitig wurden der Türkei Versicherungen und formelle Versprechungen gemacht, wodurch ihr für ihre Neutralität die Unverletzlichkeit ihres Gebietes und ihre Unabhängigkeit garantiert und ihr außerdem noch gewisse Vorteile gewährt wurden. Aber diese Anstrengungen waren vergeblich. Geblendet durch die falschen Versprechungen Deutschlands, besiegelte die Türkei, indem sie uns hinterrücks angriff, ihr Schicksal. Rußlands Lebensinteressen werden von unseren treuen Verbündeten gerade so gut verstanden, wie von uns selbst.

Deshalb bestimmte die Vereinbarung, die wir 1915 mit Großbritannien und Frankreich schlossen und der Italien beitrat, endgiltig Rußlands Recht auf die Meerengen und auf Konstantinopel.

In Uebereinstimmung mit unseren Alliierten wird heute die Erklärung über diese Vereinbarung von dieser Tribüne aus abgegeben. Ich wiederhole, die vollständige Uebereinstimmung über diesen Punkt ist unter den Alliierten fest begründet. Es besteht kein Zweifel, daß Rußland, nachdem es die freie Zufahrt ins Mittelmeer souverän in Besitz genommen haben wird, der rumänischen Flagge, die nicht zum erstenmal im Kampfe neben den russischen Bannern weht, freie Schiffahrt gewähren wird. (Langanhaltender Beifall.) Niemals gab es in der Weltgeschichte einen so entscheidenden Augenblick. Wir müssen die ganze nationale Kraft sammeln und sie gegen den Feind werfen. Nichts wird dieser Kraft widerstehen. Erinnern Sie sich daran, daß, wie grausam auch die Schläge des Feindes sein mögen, der Endsieg doch unser ist, und mit sicherem Schritte zu uns kommt. Gehen wir ihm vereint entgegen! (Beifall.)

Der Reichsrat nahm seine Sitzungen wieder auf. Er nahm die Erklärungen des Ministerpräsidenten Trepow, die dieser bereits in der Duma abgegeben hatte, an und vertagte die Debatte darüber auf den 5. Dezember.

* *

Arbeiterzeitung
5./

Internationale Vereinbarungen zur Verhütung von Kriegen.

Eine Zuschrift des Professors Lammasch.

Herr Professor H. Lammasch schreibt uns:

Salzburg, 2. Dezember 1916.

Sie hatten die Freundlichkeit, in Ihrer gestrigen Nummer einige Sätze aus einem Artikel wiederzugeben, den ich Tags vorher in einer anderen der Wiener Zeitungen veröffentlicht hatte. Für sich allein stehend, konnten diese Sätze den Eindruck erwecken, als hielte ich die so viel beachtete Aeußerung des deutschen Reichskanzlers über die Geneigtheit des Deutschen Reiches, nach Abschluß dieses Krieges in einen Völkerbund zur Erhaltung des Friedens einzutreten, nur für eine diplomatische Finte. Das ist aber nicht meine Auffassung von dieser meines Erachtens höchst bedeutsamen Stelle in der Rede Bethmann Hollwegs. Deshalb erbitte ich mir Ihre gütige Erlaubnis, auch in Ihrem sehr geehrten Blatte meinen Gedankengang etwas weiter zu entwickeln. In den von Ihnen angeführten Sätzen habe ich an die, gelinde gesagt, zwiespältige Haltung erinnert, die die amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches auf den Haager Konferenzen, insbesondere 1907, gegenüber jenen recht bescheidenen Anträgen anderer Mächte einnahmen, die die Errichtung von Institutionen zur friedlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten betrafen. Daß diese Politik dem Ansehen des Deutschen Reiches wie der Erhaltung des Weltfriedens in hohem Grade abträglich war, beginnen allmählich auch führende Männer innerhalb der schwarz-weißen Grenzen einzusehen. Kein Geringerer als Staatssekretär Dr. Dernburg hat am 9. November d. J. im „Berliner Tageblatt" gesagt: „Wir haben im Haag nicht gut abgeschnitten, nicht vielleicht, weil wir letzten Endes nicht recht hatten, sondern weil wir unsere Ansicht über die dortigen Vorschläge mit einer so brutalen Sachlichkeit herausgeprustet haben, daß die andere Seite, die doch aus führenden Männern des Restes der Welt bestand, tief verletzt war. Das war sicher keine Kunst und es war sicher keine Diplomatie." Die Erkenntnis, daß jedenfalls der Ton, wohl aber auch das Wesen der schroffen Ablehnung aller Versuche zur Begründung einer Ordnung zwischen den Staaten, einer friedlichen Beilegung selbst schwerer Konflikte unter den Mächten, von denen man damals nichts wissen wollte, in Zukunft nicht mehr möglich sein werde, spricht auch aus der Rede des Reichskanzlers von demselben Tage. Der Gedanke eines Zusammenhanges zwischen jenem Artikel und dieser Rede läßt sich kaum abweisen. Meine Hoffnung, daß die Worte Herrn v. Bethmanns mehr als eine Phrase, daß sie ein Programm seien, gründet sich aber nicht nur darauf, daß in Berlin die Erkenntnis von der Unrichtigkeit jener Politik von 1907 aufzudämmern beginnt, sondern noch auf zwei andere, weit wesentlichere Umstände. Erstens darauf, daß Herr v. Bethmann Hollweg vom Beginn des Krieges ab als der besonnenste, sachlichen Erwägungen zugänglichste und leidenschaftlichen Ausbrüchen abholdeste der deutschen Staatsmänner sich erwiesen hat und daß ihm die große Ehre zuteil geworden, sich den tödlichen, wenn auch noch tückisch versteckten Haß der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, der Grafen Reventl und Westarp und des äußersten Flügels des geg Hertling und Erzberger frondierenden Zentrum zuzuziehen. Der zweite Grund, weshalb ich von der Aufrichtigkeit des Wunsches nach Aufrichtung ideeller Garantien für die Dauer des Friedens und für die Schaffung von neuen Formen internationaler Verständigung in der Seele des Herrn v. Bethmann überzeugt bin, liegt in einem Moment, auf das er selbst in jener Rede hingewiesen hat. Daß „wir zu der Frage praktisch Stellung nehmen müssen", begründet er mit folgenden Worten: „Wenn bei und nach Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe (jetzt heißt es nicht mehr „einer so großen und erhabenen Zeit") verhüten. Dieser Schrei wird so stark, so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß." Das ist es. Mögen auch diejenigen, die aus jener „ungeheuerlichen Katastrophe" private Vorteile gezogen haben, vom Arbeiter in gewissen Industrien, der den dreifachen Lohn erhielt, bis zum leitenden Verwaltungsrat ebenderselben, der die hundertfache Tantième bezog, mögen alle alle diejenigen, die sich letzten Endes mit Menschenfleisch gemästet haben, allem widerstreben, was auf die friedliche Schlichtung internationaler Konflikte abzielt. Die Erinnerung an die Millionen der Gefallenen und Verstümmelten, der trauernden Witwen und Bräute, der verwahrlosten Kinder, an die Milliarden der zerstörten Werte in Städten und Ländereien, an die unschätzbaren, unwiederbringlichen Güter zertrümmerter Kultur wird ihre Bestrebungen zunichte machen. Vor allem aber werden die Staatsmänner genötigt sein, von dem bisher betretenen Wege des Wettrüstens abzugehen, weil es an Menschen und an materiellen Kräften fehlen wird, um auf ihm weiterzuschreiten. Deshalb aber werden sie sich nach anderen Mitteln der Friedenssicherung umsehen müssen, eben nach jenen, auf die Herr v. Bethmann Hollweg in Uebereinstimmung mit vorangegangenen, bei uns viel zu wenig gewürdigten Aeußerungen von Asquith, Grey und Briand hingedeutet hat. Galt früher das Gleichgewicht der Kräfte als Bürgschaft des Friedens, so wird sie in Zukunft im Gleichgewicht der Schwächung aller am Kriege beteiligten Mächte gelegen sein und in ihrem notwendigen Bestreben, hinter den neutral Gebliebenen im kulturellen Wettbewerb nicht ganz zurückzubleiben.

Aus diesen Gründen glaube ich an die Aufrichtigkeit der Haltung des deutschen Reichskanzlers in der besprochenen Frage und ich kann nur wünschen daß andere in ähnlicher Stellung ihm bald mit ähnlichen Erklärungen folgen mögen.

Mit bestem Dank für die Aufnahme dieser Zeilen verbleibe ich ꝛc.

Lammasch.

* * *

Wir können natürlich nur sagen, daß wir diesen Ausführungen aus vollem Herzen zustimmen. Und zwar sowohl in der Kritik der früheren Haltung Deutschlands gegenüber den Bestrebungen, den Frieden durch internationale Abmachungen zu sichern, wie in der Ueberzeugung, daß derartige Abmachungen notwendig sind, wirksam werden können und nach dem Grauen dieses Krieges kommen müssen. Die Arbeiter-Zeitung hat deshalb alle Stimmen, die auf eine Einkehr, daß jene Haltung nicht ersprießlich war, schließen ließen, sorgfältig registriert: ebenso wie den erwähnten Artikel Dernburgs auch einen ähnlichen des Professors Franz v. Liszt, und vor allem auch der eifrigen Bestrebungen des Professors Lammasch selbst gedacht. Mit dem Zitat aus seinem letzten Artikel wollten wir nur die Kritik an jener früheren Abneigung Deutschlands nachtragen je uns unmöglich gemacht worden war: die Zensurlücke in der Wiedergabe der Rede des Abgeordneten Dr. Adler ist nur eine von vielen Verhinderungen, über diese verfehlte Haltung ein Wort zu sagen. Auch darin stimmen wir mit Professor Lammasch überein, daß die letzte Rede des Reichskanzlers (9. November) hierin eine bedeutsame Wendung ankündigt. In der Besprechung dieser Rede (10. November) sagten wir:

> Die Sicherungen wollten die Kriegspolitiker bisher nur in einer Erhöhung der Macht erkennen; Deutschland solle so stark, so mächtig werden, daß den Gegnern für alle Zeiten nicht nur die Lust zu einem Angriff, sondern auch die Möglichkeit zu ihm genommen werde. Demgemäß waren ihre Forderungen an den Friedensschluß geartet: er setzte Annexionen nach allen Seiten voraus. Zum erstenmal wird in der heutigen Rede des Reichskanzlers auf deutscher Seite dem Gedanken Raum eröffnet, daß der Friede fortan nicht auf die Macht gegründet, sondern in die Hut der Ueberzeugung aller Völker gestellt werden soll; daß seine Sicherung nicht in militärischer Macht, sondern in dem Rechtsgefühl der Menschheit gesucht werden muß ... Es sind Worte, die man in dem großen Militärstaat von autoritativer Seite noch niemals vernommen hat, es ist der Durchbruch der Rechtsidee gegenüber der Vorstellung, daß sich das Verhältnis der zivilisierten Nationen nur auf Macht aufbauen kann und nur auf Machterhöhung gegründet werden soll.

Die Zeit
38
7./XII. 1916

Italienische Kammer.

Die Eröffnungssitzung.

KB Zürich, 6. Dezember.

Die italienische Kammer ist gestern wieder zusammengetreten. Der Saal und die Tribünen sind dicht gefüllt.

Präsident Marcora eröffnet die Sitzung mit einigen beifällig aufgenommenen Worten des Gedenkens an die gefallenen und die kämpfenden Soldaten.

Rede Bosellis.

Ministerpräsident Boselli hält hierauf eine lange Rede, deren Ausführungen, insoweit sie die Anerkennung für das Heer und die Marine beinhalten und eine größere Disziplin in der Lebenshaltung empfehlen, Beifall finden, im übrigen jedoch mit Gleichgültigkeit oder mit geräuschvollen Bemerkungen aufgenommen werden.

Der Ministerpräsident beginnt seine Rede mit einem Gruß an das italienische Volk, das vor der Welt die Innigkeit seiner Beziehungen zu den Verbündeten beweise, die von den gleichen Idealen und dem gleichen Willen zum endgültigen Siege beseelt seien. Er erinnert an die Märtyrer für die italienische Sache in Oesterreich, deren Schicksal den Beruf Italiens zur Erlösung und seine Tüchtigkeit nur immer mehr angespornt habe.

Die Kriegslage.

Die folgenden Ausführungen Bosellis sind eine Art Wiederholung der Berichte Cadornas mit den dazu gehörigen Reklamekommentaren der Agenzia Stefani. Er anerkennt dabei, daß das österreichisch-ungarische Heer noch immer an den Toren Italiens stehe, und versichert, daß die Soldaten und Verteidigungswerke Italiens jeden neuen Einbruchsversuch völlig zunichte machen werden. Bezüglich Görz sagt er, dieses schönste italienische Juwel sei der langen Usurpierung der Habsburger entrissen.

Im weiteren erklärt Boselli: Italienische Truppen beschützen von Valona und Santi Quaranta aus die Flanke und den Rücken der Verbündeten, mit denen zusammen sie für die Befreiung Serbiens und die Erhaltung Rumäniens kämpfen.

Die italienische Kriegsflotte erhalte Zuwachs durch neue Schiffe für den Kampf und den Wachdienst sowie neue Waffen zur Verteidigung der Küsten und der Handelsschiffe. Der Feind wage es nicht, die italienische Flotte zum offenen Kampfe herauszufordern. (!) An der Beschaffung von Waffen und Munition, ferner neuartiger Flugzeuge und Abwehrwaffen gegen Luftangriffe werde in Italien in 2200 Werkstätten eifrig gearbeitet; ein Fünftel der Arbeiterschaft bilden Frauen; überhaupt nehme die Frauenarbeit in der Industrie und Landwirtschaft Italiens bedeutend zu. Für die Sanitätspflege und die Ernährung der Soldaten sei nach wissenschaftlichen Kriterien vorzüglich gesorgt.

Bemerkenswerte Ereignisse sind seit den letzten Regierungserklärungen über die auswärtige Politik eingetreten, die den bewußt eingeschlagenen Weg Italiens bezeichnen und befestigen, den Weg, den wir, im sicheren Vertrauen, auf ihm zum Siege zu gelangen, beibehalten werden.

Am 27. August hat Rumänien zu den Waffen zur Befreiung der Brüder von fremdem Joch und zur Vollendung seiner nationalen Ideale gegriffen und sich freiwillig mit den Mächten vereint, die den stolzen Kampf der Freiheit und der Gerechtigkeit kämpfen. Rumäniens ungebeugtem, hartgeprüftem Volke, seinem König und seinem Heere sende ich glühende Glückwünsche.

Die Kriegserklärung an Deutschland.

In denselben Tagen hat Italien an Deutschland den Krieg erklärt. Die Beweggründe sind in der Erklärung selbst genügend erläutert, und ich füge nur hinzu, daß bereits seit Italiens Eingreifen gegen Oesterreich-Ungarn auch die deutsche Regierung klar vorausgesehen hat, daß die Verlängerung des europäischen Konflikts unvermeidlich auch zum Kriegszustand zwischen Italien und Deutschland geführt haben würde. Dies beweist die uns mündlich gemachte Erklärung über die Anwesenheit deutscher Truppen in Vermengung mit österreichisch-ungarischen Truppen und die Tatsache, daß das italienisch-deutsche Abkommen vom 21. Mai 1915 eben in der Voraussicht des Kriegszustandes auf deutsche Anregung geschlossen wurde. Die italienische Regierung hat mehr als ein Jahr angesichts der unaufhörlichen militärischen Beihilfen Deutschlands für Oesterreich-Ungarn und zahlreicher feindseliger Handlungen der kaiserlichen Regierung einen Rechtszustand beibehalten, der mit dem tatsächlichen Zustand kontrastierte, sie hat aber geglaubt, als der Kontrast zu schreiend wurde, die Zweideutigkeit und das Zögern mit Rücksicht auf Italiens Würde, auf die sachliche Notwendigkeit und Italiens Bündnispflichten beenden zu müssen.

Italiens Adria-Ansprüche.

Die in der ausländischen und in der italienischen Presse auch infolge einer lebhaften, auf feindliche Manöver zurückzuführenden Propaganda behandelte Frage der zukünftigen Verfassung des Adriatischen Meeres bedarf für Italien und dessen Verbündete keiner Erörterung. Der ersehnte Endsieg wird uns die Beherrschung des Adriatischen Meeres sichern, die für Italien die legitime und notwendige Verteidigung bedeutet und bei Berücksichtigung der billigen Wünsche der benachbarten slawischen Nationalitäten und der Erfordernisse ihrer wirtschaftlichen Entfaltung auch die unverjährbaren Rechte unserer Nationalität auf dem östlichen Ufer der Adria sicherstellen wird. Wir sehen voraus und wünschen für die Zukunft ein herzliches, vertrauensvolles und arbeitsames Zusammenwirken Italiens mit Serbien und Montenegro auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Wiederherstellung Serbiens sowie Belgiens bildet einen wesentlichen Zweck unseres Krieges. Mit der Entsendung unserer Truppen nach Saloniki entsprachen wir dem vereinbarten Programm vollkommener Aktionseinheit mit den Verbündeten und brachten in dieser Weise auch Rumänien die uns mögliche brüderliche Hilfe. Gleichzeitig bestätigte Italien damit seinen Vorsatz, stets bei der Entwicklung und Lösung jener Probleme des Balkans und des Mittelländischen Meeres, von denen vitale politische und wirtschaftliche Interessen Italiens abhängen, und die mit den dortigen militärischen Begebenheiten verknüpft sind, gegenwärtig zu sein. Italiens Mittelmeerinteressen waren immer Gegenstand unserer wachsamen Aufmerksamkeit, denn Italien ist wesentlich eine Mittelmeermacht und auf dem Meere ist seine Straße und seine Zukunft. Wir suchen nicht die Vorherrschaft, sondern nur das Kräftegleichgewicht, das die notwendige Bedingung des Gedeihens ist.

Wir hegen das feste Vertrauen, daß die aus dem Siege erwachsende internationale Verfassung jenes Gleichgewicht des Ostmittelmeeres, das einen Hauptpunkt der italienischen Politik darstellt, sichern wird. Dieselben höchsten politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zukunft haben die den militärischen Operationen auf der Front von Valona gegebene Ausdehnung begründet. Valona wird die sichere Wehr unserer strategischen Lage im Adriatischen Meere bleiben und der Ausgangspunkt unserer künftigen arbeitsamen Handelsexpansion auf dem Balkan sein.

Vermöge unserer Besetzungen in Südalbanien haben wir wirksam zur Verhinderung der Kriegskonterbande zugunsten des Feindes über die griechische Grenze mitwirken können und jenen Teil der Balkanfront vermöge der Verbindung unserer Truppen mit dem Heere in Saloniki gesperrt.

Die Kämpfe in Athen.

Die in Griechenland von den Verbündeten entfaltete Tätigkeit sollte auch interne Konflikte anläßlich der veniselistischen Bewegung hindern, ohne antidynastische Bewegungen zu nähren. Als endlich zwischen den streitenden Parteien in Griechenland ein gewisser Ausgleich gefunden schien, haben wir in den letzten Tagen schmerzlichen Konflikten gelegentlich der verlangten Uebergabe der griechischen Artillerie an die Verbündeten beiwohnen müssen. Die Konflikte sind beigelegt und hoffentlich werden in Zukunft größere Verwicklungen vermieden werden. Wir wollen keine kriegsunlustigen Völker zum Kriege zwingen, können aber verlangen, daß ihnen die materiellen Mittel, unsere Feinde direkt oder indirekt zu unterstützen, genommen werden.

Im Frühjahr 1915, vor unserem Eingreifen, gaben Frankreich und England in Petersburg ihre volle Zustimmung bekannt, daß im künftigen Friedensvertrag Konstantinopel unter gebührenden Garantien der Freiheit der Meerengen Rußland zugeteilt werde. Wir haben in Anerkennung der jahrhundertelangen Aspirationen unseres tapferen Verbündeten uns dieser Zustimmung angeschlossen.

Die Polenfrage.

Der italienische Geist ist mit dem polnischen durch sympathische Ueberlieferungen verbunden, und so hat Italien übereinstimmend mit den Verbündeten dem russischen Zaren Beifall gespendet, als er kürzlich allen Bevölkerungen Polens die Garantien der Einheit und Selbständigkeit bestätigte. Dahingegen haben die Mittelmächte Polens Zerstückelung bestätigt und in völkerrechtswidriger Weise eine Souveränitätsübertragung vollzogen, wodurch sie in unglaublicher Anmaßung polnische Völker zum Kampfe gegen den Staat zwingen, dem sie von Rechts wegen angehören. Dagegen hat die italienische Regierung bei den Regierungen der neutralen Staaten formell protestiert.

Die Arbeitspflicht der Belgier.

Ferner peinigt jenes Reich, das Belgien materiell besetzt hat, erneut die Völker Belgiens mit Massendeportationen und Zwangsarbeit außerhalb ihres Landes. Italien schreit seinen Tadel und seine Entrüstung laut in die Welt hinaus und wünscht dem belgischen Volke die demnächstige Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit.

Inmitten solcher unmenschlichen Ausschreitungen vergaß Italien nicht die edle Mäßigung und die Heiligkeit seiner Ueberlieferungen, denn Italien ist das Vaterland des internationalen Rechtes und die Erstgeborne der Kultur. So schritten wir zur Aneignung des uns gehörenden Palazzo di Venezia.

Im letzten Teil seiner Rede versicherte Boselli, daß in den italienischen Kolonien alles gut gehe. Das italienische Volk bewahre eine vorbildliche Disziplin, die ihm den Sieg gewährleiste.

Italiens Finanzen.

Italiens Finanzen seien trotz großer Ausgaben kraftvoll und sicher. An Schatzbons seien bis zum 30. November 4290 Millionen Lire abgesetzt worden. Italiens Kredit sei erhaben und die Steueropfer des italienischen Volkes sichern den Kredit bis zur Erreichung des Sieges. Hernach komme die große ersprießliche Steuerreform nebst sozialen Wohltaten. Dringende große Ausgaben habe der Staat infolge des Erdbebens in den Provinzen Forli und Pesaro, zur Linderung der landwirtschaftlichen Notlage in Apulien und zugunsten der Kriegszonen, namentlich Venedigs, machen müssen, und werde er weiterhin für viele Zwecke, darunter zugunsten der überseeischen Auswanderer, zu machen haben.

Die Entschließungen der Pariser Wirtschaftskonferenz gelten nur für Kriegszeiten und ihnen gemäß habe Italien auch Beschlagnahmungen feindlicher Handelsunternehmungen vorgenommen und von den Verbündeten Approvisionierungsmaterial beansprucht. Aber die italienische Handelspolitik nach dem Kriege sei nicht präjudiziert, sondern vielmehr vorgesehen, daß mit 1917 alle italienischen Handelsabkommen mit anderen Staaten zu Ende gehen. Zur Förderung des italienischen Handels seinen Missionen nach Rußland, Spanien und Saloniki gesendet worden.

Dringend nötig seien Maßnahmen zur Schaffung einer Handelsflotte, da die feindliche Nachstellung tagtäglich den Bestand der italienischen Handelsschiffe mindere. Heute koste jede Tonne Schiffstransport mindestens fünfmal soviel als zu normalen Zeiten. England wolle für die Herbeischaffung von Korn, Kohle, Zucker und Eisen sorgen, habe aber infolge des allgemeinen Schiffsraummangels selbst große Schwierigkeiten. Daher werde es nötig sein, jedweden Verbrauch zu regulieren und einzuschränken. Besonders verhängnisvoll sei der Kohlenmangel.

Italiens Kriegsziele.

Aber alle Opfer werden durch den Genius des Vaterlandes idealisiert und sie werden zu einem Siege führen, der Italien die Völker, Länder und Meere zueigen geben wird, wo einst Venedigs Fahnen wehten. Anders sei ein Friede in Rom nicht denkbar.

Kein einziger Deputierter erhob sich, um dem greisen Ministerpräsidenten die namentlich nach langen Reden üblichen Glückwünsche auszusprechen.

Hierauf wurde die Sitzung der Kammer für einige Stunden, während deren Boselli seine Rede im Senat wiederholte, vertagt.

Wunsch nach einer geheimen Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung zeigte sich von neuem, wie wenig die Rede des Ministerpräsidenten Boselli die Kammer befriedigt hat, indem mehr als fünfzig Deputierte aller Parteien einen Beschlußantrag einbrachten, wonach die Regierungserklärung in geheimen Sitzungen erörtert werden soll.

Lärmszenen.

Deputierter Barzilai unternahm es, durch eine Gedenkrede auf die wegen Hochverrates in Oesterreich hingerichteten Italiener die Kammer anzufeuern. Als er erzählte, wie Battisti und Sauro vor ihrer Hinrichtung „Tod Oesterreich! Hoch Italien!" geschrien hätten, wiederholten etliche Deputierte im Chor diese Worte. Die Anwesenden erhoben sich, nur die Sozialisten blieben schweigend sitzen.

Hierauf erhob sich ein heftiges Schimpfgefecht, wobei Worte wie „Feiglinge, verkaufte Taugenichtse, Verräter, Scharlatane, Schurken, Maulhelden!" ausgetauscht wurden, ohne daß der Präsident die Ruhe herzustellen vermochte.

Deputierter Montiguarnieri verfiel, während er ununterbrochen „Tod Oesterreich!" schrie, in epileptische Krämpfe und mußte ohnmächtig hinausgetragen werden.

Nach einem viertelstündigen Tumult konnte Deputierter Barzilai seine Rede beenden, in der er ein Lob auf den König und den Herzog von Aosta zum Ausdruck brachte sowie den Wunsch ausdrückte, die Italiener möchten Trient, Triest und Pola erobern.

Nach einigen anderen Aeußerungen zu Ehren der sogenannten italienischen Märtyrer wurde die Sitzung zum Zeichen der Trauer geschlossen.

Die ministerielle Presse erklärt sich entschieden gegen die Annahme des Antrages auf geheime Kammersitzungen, weil diese einen alarmierenden Eindruck machen und bedenkliche Folgen haben könnten.

Der Eindruck der Rede Bosellis.

+ Lugano, 6. Dezember. (Priv.-Tel.)

Der Gesamteindruck der ersten Kammersitzung ist der, daß Bosellis rednerisches Paradestück nicht ernst zu nehmen ist, daher beantragen achtzig Abgeordnete aller Parteien eine Erörterung der Kriegslage in einer Geheimsitzung, die verfassungsmäßig zulässig ist. Seit Dezennien ist eine Geheimsitzung in Italien nicht vorgekommen. Bezeichnenderweise widersetzt sich einer Geheimsitzung nur der revolutionäre Flügel der Kriegsparteien, voran Popolo d'Italia, der befürchtet, ohne Kontrolle der Oeffentlichkeit könnte sich die Kammer den giolittianischen Tendenzen ergeben.

Wer nur die Rede Bosellis über den Weltkrieg hörte, müßte glauben, Italien habe die halbe Welt erobert. Bosellis naive Selbstsucht geht so weit, Brussilows Entlastungsoffensive im Juni, die doch allein den Abbruch der österreichisch-ungarischen Offensive in Südtirol veranlaßte, totzuschweigen und Italien das ganze Verdienst zuzuschreiben.

Vossische Zeitung
7/XII. 1916

Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhause.

43. Sitzung, Mittwoch, 6. Dezember, Fortsetzung.

Am Ministertische: Frhr. v. Schorlemer, v. Batocki.

Die Debatte über die Ernährungsfragen wird fortgesetzt.

Abg. **v. Oertzen** (frk.): Die Vorwürfe gegen die Landwirtschaft, die der Vorredner hier erhoben hat, sind ungerecht und unbegründet. Die Ausführungen des Landwirtschaftsministers über die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion sind freudig zu begrüßen. Die Unkosten der Landwirtschaft sind sehr gestiegen, deshalb müssen auch die Preise ihrer Erzeugnisse höher werden. Die Landwirte machen jetzt keine großen Gewinne. Ich weise den Vorwurf des Wuchers gegen die Landwirtschaft entschieden zurück. (Zuruf bei den Soz.) Gewiß, Einzelverfehlungen mögen vorgekommen sein, aber man darf doch solche Fälle nicht schlechthin verallgemeinern. (Sehr richtig! rechts.) Knappheit an Lebensmitteln ist vorhanden, aber keine wirkliche Not. Mit dem Kartoffelverbrauch müssen wir uns sehr einschränken. Eine Erhöhung der Fleischration wäre eine sehr kurzsichtige Maßregel. Unser Rindviehbestand darf nicht angetastet werden. Unsere Ernährungsschwierigkeiten können überwunden werden, wenn wir alle Hand in Hand gehen. Wir werden auf wirtschaftlichem Gebiet ebenso siegen wie unsere braven Brüder draußen. (Beifall.)

Abg. [illegible] (Vp.): Die vom Ausschuß beschlossenen Richtlinien führen uns ein gut Stück vorwärts. Das letzte Kriegsjahr hat uns ungünstige Ernährungsverhältnisse gebracht. Ausgezeichnet bewährt hat sich die Rationierung des Brotgetreides. Die Kartoffel aber hat unsere Erwartungen nicht erfüllt. Da die vorhandene Menge nicht ausreicht, um die Bevölkerung zu versorgen, wird es ohne scharfe Eingriffe nicht abgehen, damit die Kartoffeln in erster Linie der menschlichen Ernährung zugeführt werden können. Daß die Bevölkerung zeitweise gar keine Kartoffelvorräte erhielt und immer wieder vertröstet werden mußte, ist zum Teil auch die Schuld gewisser landwirtschaftlicher Kreise. Sobald die Generalkommandos einmal ernstlich eingriffen, war der Notstand behoben. Um die Kartoffelvorräte zu schonen, müssen wir nötigenfalls eine erhebliche Reduzierung des Schweinebestandes vornehmen. Die Einrichtung der Pensionsschweine war eine schwere Gefahr für die Versorgung der übrigen Bevölkerung geworden. Hiergegen verlangen wir die schärfsten Maßnahmen. Mit der Streckung der Kartoffeln durch Kohlrüben sind wir einverstanden. Der Preis von 2,50 Mark ist reichlich hoch. Geradezu ungeheuerlich ist der Kleinhandelspreis von 10 bis 12 Pfg. pro Pfund. (Zustimmung.) Da hätte man Kleinhandelspreise festsetzen müssen. Wenn man den Zuckerrübenpreis erhöht, darf der Zuckerverbraucher nicht zu sehr belastet werden, und vor allem soll man dem Zuckerrübenbauer möglichst seine Schnitzel belassen.

Klagen über Mißstände.

Wir begrüßen die Rationierung der Milch. Den Kindern sollte man wöchentlich je ein halbes Pfund Haferflocken bewilligen. Die Milchverteilung ist beaufsichtigt, die Uebertretungen müssen härter bestraft werden. Volle soll unter der Hand Vollmilch zum Preise von 50 Pf. das Liter an besonders Bevorzugte geben. Auch Magermilch wird vielfach in falsche Kanäle geleitet. Die Milch muß Kindern, alten Leuten und Kranken vorbehalten werden. Die Zufuhr von Magermilch ist zu steigern. Jedenfalls ist der Preis reichlich hoch. Während er früher nur 4 bis 5 Pf. betrug, nimmt man heute schon 20 Pfg. Dabei verfüttern sie die Molkereien für ihre Kälber und die Schweine. Auch die hohen Milchpreise müssen gesenkt werden. Wo steckt der Käse? Seit sechs bis sieben Monaten sehen wir in den Läden keinen Käse mehr. Die Gastwirte haben Käse, und zwar ist er ihnen in so großen Mengen überwiesen worden, daß sie unter der Hand an gute Freunde Käse zu unerhört hohen Preisen abgeben. (Hört! Hört!) Bei der Gans wird es mit behördlichen Maßnahmen schon zu spät sein. Die Hauptsaison für Gänse ist bald vorüber. Die Haltung des Kriegsernährungsamtes, das erst eingreifen will, wenn die Gans 300 Mark kostet, ist uns unverständlich. Den konservativen Antrag, die Hühner aus der Fleischkarte herauszunehmen, lehnen wir ab. Aus Gründen der Gerechtigkeit wünschen wir, daß das gesamte Geflügel in die Fleischkarte einbezogen wird. Man sollte auch dafür sorgen, daß ein bestimmter Prozentsatz des Wildes an die Städte abgeliefert werden muß. Es müßte eine größere Solidarität zwischen Land und Stadt herrschen. Der Umfang, den die Einhamsterei angenommen hat, ist geradezu unglaublich. Ein einziger Gastwirt in Thüringen hatte für seine Gäste 356 Hasen eingeweckt. (Hört! Hört!) Ein Wunder ist es ja nicht, daß in diesem Umfange gehamstert wird, denn nach der Bestandsaufnahme in den Haushaltungen vom 1. September ist nichts geschehen. Es haben in dieser Beziehung sich laxe Anschauungen in unserer Bevölkerung entwickelt, die man für unmöglich halten sollte. Die Regierung hätte beizeiten für eine gleichmäßige Verteilung Vorsorge treffen müssen.

Der Speisezettel des Kasinos der Z.-E.-G. erinnert tatsächlich an die schönen Zeiten vor dem Kriege. Dort scheint alles in Hülle und Fülle da zu sein. Die Z.-E.-G., die ohnehin nicht sehr beliebt ist, wird durch die Veröffentlichung dieser Angelegenheit nicht an Beliebtheit gewonnen haben. (Sehr richtig!) Viele Großstädte wie Magdeburg, Halle und Danzig bekommen nicht einmal 250 Gramm Fleisch wöchentlich zugewiesen, sondern nur 200 Gramm und Fett nur in Höhe von 45 bis 50 Gramm wöchentlich. Die Bewohner dieser Städte blicken neidisch nach Berlin. Hier muß ein Ausgleich gefunden werden.

Hie Reich, hie Preußen.

Der Anerkennung für die Leistungen für unsere Eisenbahner schließen wir uns an, aber man sollte dann auch dafür sorgen, daß den Eingaben der Eisenbahner nachgegeben wird. Merkwürdig ist die Haltung des Zentrums in diesem Hause. Im Reichstag hat sich der Abg. Herold im Anschluß an Herrn von Batocki für eine Herabsetzung der Rinderpreise im Frühjahr einverstanden erklärt. Hier spricht sich das Zentrum dagegen aus. Im Reichstag hat Präsident v. Batocki die Herabsetzung der Rinderpreise für dringend geboten erklärt, der preußische Landwirtschaftsminister aber sagt das Gegenteil (Hört! hört! links). Dieser Gegensatz zwischen dem Reich und Preußen ist auch bei anderen Gelegenheiten unliebsam empfunden worden (Sehr richtig! links). Der Wucher mit den Fischen schreit zum Himmel. Die Fischindustrie kauft die Fische auf und verarbeitet sie zu Fischwürsten, die teuer verkauft werden und vielfach verderben. Marmelade muß zu angemessenen Preisen zum Verkauf gestellt werden. Ein Preis von 1 Mark für ein Pfund Pflaumenmus ist unerhört, zumal nach der diesjährigen reichlichen Pflaumenernte. Obst und Gemüse sind viel zu teuer. Auch Vertreter des Kleinhandels müssen in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes. Niemand verkennt die Bedeutung der Landwirtschaft. Die Bearbeitung des Bodens ist eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Es wäre verhängnisvoll, wenn große Flächen unbebaut liegen bleiben würden. Bei der Hindenburgspende wird die Landwirtschaft sicher nicht versagen und von ihrem Ueberfluß abgeben. Niemand würde sich mehr freuen als wir, wenn es gelänge, den Zwiespalt zwischen Stadt und Land zu vermindern oder auszugleichen. Aber wenn alle berechtigten Wünsche der Landwirtschaft erfüllt werden, dann haben auch die Konsumenten ein Recht, Entgegenkommen bei ihren Wünschen zu fordern. Daran lassen es vielfach die Behörden fehlen. Einig sind wir alle darin, daß der Aushungerungsplan unserer Feinde zuschanden werden muß. (Lebh. Beifall links!)

Die Aussprache schließt.

Abg. **Heins** (kons.): Der Abg. Braun hat einen ganzen Stand des Wuchers beschuldigt, die Wucherer sitzen auf einer ganz anderen Seite! (Unruhe links.)

In einer persönlichen Bemerkung tritt Abg. **v. Böhlendorf-Kölpin** (kons.) für die Fischerei ein.

Abg. **Lippmann** (Fortschr. Vpt.) weist auf die verschiedenen Eingaben zu den Ernährungsfragen hin.

Die Vorschläge des Ausschusses werden angenommen. Ein fortschrittlicher Antrag auf Herabsetzung der Schlachtpreise für Rindvieh wird abgelehnt, ebenso ein weiterer fortschrittlicher Antrag, auch den Hartkäse in öffentliche Bewirtschaftung zu nehmen und die Molkereien zu verpflichten, einen Teil der Magermilch auf Käse oder Quark zu verarbeiten. Ein anderer fortschrittlicher Antrag, in den Vorstand des Kriegsernährungsamts einen Vertreter des preußischen Städtetages zu berufen, wird gegen die Konservativen angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag 12 Uhr: Teuerungszulagen der Beamten, Gerichtskostengesetz, Wohnungsgesetz.

Die Teuerungszulagen in Preußen.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses hatte, wie gemeldet, einen Unterausschuß mit der weiteren Beratung der Teuerungszulagen und Kinderbeihilfen für die Staatsbeamten, Staatsarbeiter und Volksschullehrer beauftragt. Dieser Unterausschuß legte folgenden Antrag vor: Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen,

1. die infolge des Erlasses des Finanzministeriums vom 15. November 1916 gewährten Teuerungszulagen für die verheirateten Beamten in der Weise zu erhöhen, daß jeder Beamte mit einem Gehalt bis zu 5100 M. 100 M. und für jedes Kind im Alter von 15 bis 18 Jahren, soweit es nicht ein eigenes auskömmliches Einkommen besitzt, 30 M. erhält; bei Berechnung des für die Teuerungszulage maßgebenden Diensteinkommens ausschließlich des Wohnungsgeldausschusses aber nur die Nebenbezüge in Anrechnung zu bringen, auf welche der Beamte etatsmäßig Anspruch hat;

2. die einmaligen Teuerungszulagen, welche im Erlaß des Finanzministeriums vom 30. November 1916 für die im Arbeiterverhältnis Beschäftigten vorgesehen sind, unter den Voraussetzungen dieses Erlasses in allen Staatsverwaltungen durchzuführen;

3. die laufenden Kriegsbeihilfen den Teuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen, für alle Orte gleichmäßig zu gestalten und auf die Beamten einschließlich der Klasse 23 der Besoldungsordnung auszudehnen; dabei auch die Kinder bis zum Alter von 18 Jahren zu berücksichtigen, soweit sie nicht ein eigenes auskömmliches Auskommen haben;

4. den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen von Staatsbeamten einmalige Kriegsteuerungszulagen nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Bedürftigkeit, die tunlichst unter Zugrundelegung ihres steuerlich festgesetzten Einkommens zu ermitteln ist, zu bewilligen;

5. eine den Bestimmungen zu 1, 3 und 4 entsprechende Fürsorge auch den Volksschullehrern zuteil werden zu lassen;

6. dem Staatshaushaltausschuß statistisches Material über die Wirkung dieses Antrages im Falle seiner Durchführung vorzulegen.

Der Finanzminister erklärte seine persönliche Stellungnahme dahin, daß er gegen eine Erhöhung der Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen allenfalls nichts einzuwenden habe, es müßten jedoch erst die weiteren Verhandlungen des Staatsministeriums mit den Reichsstellen gepflogen werden. Gegen den Antrag hatte der Minister nur das eine Bedenken, daß nach ihm die Gewährung der Zulagen bei einem Einkommen von 4500 Mark abschließen soll, während der Ausschuß bis 5100 M. gehen will.

Ueber den volksparteilichen Antrag, auf die Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie ihren Beamten, den Mittelschullehrern usw. die gleichen Zulagen und Beihilfen gewähren wie der Staat, kam es nicht zu einer Abstimmung, weil volle Einigkeit nicht zu erzielen war, jedoch wird der Berichterstatter diesen Wunsch des Hauses gleichfalls vortragen.

*

Das Diätengesetz. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten hat am Dienstag in ausgedehnten Erörterungen die zweite Lesung beendet, es wurde eine Unterkommission eingesetzt, die die gefaßten Beschlüsse redaktionell formulieren soll. Zustimmung fand ein Vorschlag, daß nichtberliner Mitglieder einen Abzug nicht erfahren sollen, wenn sie im Laufe eines Kalendermonats nur viermal sich in die Liste nicht eingetragen haben. Außerdem wurde der Präsident ermächtigt, Mitglieder, die durch Aufträge des Hauses an der Anwesenheit verhindert waren, von der Eintragung in die Anwesenheitsliste zu entbinden. Eine sehr ausführliche Erörterung fand die Frage, in welcher Form ein Ausgleich für den Mehraufwand herbeigeführt werden kann, der den nichtberliner Mitgliedern durch den Aufenthalt in Berlin erwächst. Hierzu lag ein konservativer Antrag vor, der die Herabsetzung des Pauschalquantums auf 2600 M. vorsah unter gleichzeitiger Einführung eines Wohnungsgeldes bis zur Höhe von 120 M. für jeden vollendeten Kalendermonat. Ein Nationalliberaler und ein Zentrumsabgeordneter beantragten die Gewährung eines Wohnungsgeldes von 150 M. monatlich. Die Regierungsvertreter erhoben hiergegen Einwendungen und machten ernstliche Bedenken gegen eine unterschiedliche Behandlung der Berliner und nichtberliner Abgeordneten geltend. Trotzdem wurde der letzte Antrag angenommen.

In der Schlußabstimmung wurde das ganze Gesetz gegen die sieben konservativen Stimmen angenommen.

Die württembergische Zweite Kammer beriet in ihrer gestrigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes betr. einen ersten Nachtrag zu dem Finanzgesetz für das Jahr 1916, der für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege sowie zur Fürsorge für heimkehrende Kriegsteilnehmer 2 Millionen Mark und zur Erleichterung der Lage des durch den Krieg geschädigten Mittelstandes, insbesondere der diesem Stande angehörenden Kriegsteilnehmer weiter 2 Millionen Mark anfordert. Staatsminister des Innern v. Fleischhauer begründete den Entwurf ausführlich. Für die heimkehrenden Krieger soll eine Beratungsstelle eingerichtet werden, die ihnen bei der Wiederaufnahme der Arbeit mit Rat und Tat beisteht. Zum Schluß wies der Finanzminister darauf hin, daß bei Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfes auf einen baldigen Frieden gerechnet wurde, doch zurzeit müsse man sich damit weiter vertrösten. Einmal aber müsse der Friede doch kommen und unsere Aufgabe sei es, daß wir dann die großen Aufgaben, die uns erwarten, vorbereitet haben.

Preußisches Herrenhaus.

12. Sitzung, Mittwoch, den 6. Dezember, nachmittags 2½ Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Präsident Graf **Arnim-Boitzenburg** gedenkt bei Eröffnung der Sitzung des verstorbenen Kaisers und Königs Franz Joseph I., der an seinem Lebensabend nur von ferne das Herannahen einer neuen Zeit sah, die das Ergebnis des Weltkrieges sein muß. Möge auch unter dem neuen Kaiser, den Gott segnen wolle, unsere treue Bundesgenossenschaft zu immer größerer Stärke gelangen! (Das Haus hat sich erhoben.)

Der Präsident weist dann darauf hin, daß während der fünfmonatigen Pause in den Verhandlungen des Herrenhauses unter dem Eindruck von Rückschlägen, wie sie in einem solchen Koalitionskrieg der halben Welt gegen uns fast unvermeidlich sind und dank der unbestrittenen Kunst der Entente, immer neue Völker in ihrem Dienst sich verbluten zu lassen, nach Italien auch Rumänien dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hat. Ist die erstere Kriegserklärung zurzeit ohne Belang, so ist die andere, verächtlich durch ihre Motive, vielleicht von wichtiger Bedeutung für unser Endziel, wie wir nach den großen Erfolgen unserer Heere in Rumänien annehmen dürfen. Der Präsident gedenkt darauf der Helden der Armee und Marine und der durch die unvergänglichen Namen Bölcke mnd Immelmann verkörperten Fliegerwaffe. Gottvertrauen und Mut härten das stählerne Bollwerk, das fernab von Deutschlands Grenzen in Feindesland unsere heimatlichen Fluren schützt. Die Heimat aber rüstet sich zu wirkungsvollem Hilfsdienst. Immer fester wird unsere Zuversicht, daß ein gerechter Richter sein Urteil sprechen wird im Gericht der Völker, und daß mit Gott, mit unserem Hindenburg und unseren feldgrauen Heldenscharen der Sieg unser sein wird. Gestärkt durch das Bewußtsein ungeheurer Kraft, im Vertrauen auf die ungeheure Wucht und Energie des deutschen Volkes, gehoben durch die Ueberzeugung von der Gerechtigkeit unserer Sache — versammeln wir uns zu neuer Arbeit. (Beifall.)

Das Einfuhrmonopol der Z. E. G.

Darauf berichtet

Graf **v. Seydlitz-Sandreczki** namens der Agrarkommission über die Petition des Herrn v. Hertzberg-Lottin:

> Das Kriegsernährungsamt möge bei allen Anordnungen für die Volksernährung in Zukunft mehr wie bisher die Erzeugung von Lebensmitteln berücksichtigen und das Einfuhrmonopol der Z. E. G. möge beseitigt oder doch erheblich eingeschränkt werden.

Dem Ausschuß wurde mitgeteilt, daß das Kriegsernährungsamt nur die Verteilung, nicht die Erzeugung von Lebensmitteln regelt. Der Ausschuß hat in weiser Selbstbeschränkung und getreu der Gepflogenheit des Herrenhauses nicht etwa die besonderen Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger hervorgekehrt, sondern sich lediglich auf die allgemeinen Interessen beschränkt und dem Antrag v. Hertzberg folgende Fassung gegeben:

> Die Königliche Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrate dahin zu wirken, daß bei allen behördlichen Anordnungen für die Volksernährung in Zukunft mehr als bisher die Erzeugung von Lebensmitteln berücksichtigt werde.

Der zweite Teil des Antrages wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen zurückgezogen.

In der Besprechung betont zunächst Landschaftsdirektor **v. Hertzberg**, daß der Antrag aus den allgemeinen Interessen, nicht aus denen der Selbstversorger gestellt ist. Wenn für die Landwirtschaft nicht das Erforderliche geschieht, würden wir ernsten Sorgen entgegengehen. Ich habe das Zutrauen der Staatsregierung, daß sie bei einstimmiger Annahme dieses Antrags auch sogleich in die Prüfung der Aufforderung eintreten wird.

Oberbürgermeister **Wallraf**-Köln: Wir, die wir in den täglichen Sorgen um die Volksernährung stehen, wissen, daß man manchmal auch durch Schweigen dem Vaterlande dienen kann. (Beifall). Die Erklärung, daß der Antrag nicht Sonderinteressen vertritt, erleichtert mir meine Aufgabe. Ich muß heute manches verschweigen, was die städtische Bevölkerung von einem Vertreter städtischer Interessen heute erwartet. Aber dieser Mißdeutung gegenüber kann ich nur sagen: das allgemeine Wohl ist das höchste Gesetz! (Zustimmung). Die deutsche Landwirtschaft hat Großes geleistet. Sie dankt das auch der Zollgesetzgebung, die nicht verlassen werden darf. (Beifall!) Ihre Rente ist im Kriege befriedigend, teilweise gut. Die vorher brennende Entschuldigungsfrage ist vielfach der Lösung nahe; dank der gesteigerten Preise. Auch hier tragen die Massen der Verbraucher die Last. Der Glaube an Zurückhaltungen von Lebensmitteln durch die Landwirte besteht. Das ist die Folge davon, daß wiederholt große Voraussagungen geschahen, die das Volk mit großer Freude erfüllten, sich aber späterhin nicht verwirklichten. Dann blieb den Verbrauchern nur der Schluß: Die Landwirte halten zurück oder — der Bürgermeister ist ein Esel (Heiterkeit.) Es ist notwendig, dem Volke die Dinge so zu schildern, wie sie sind. (Zustimmung.) Wir wissen, daß wir durchhalten müssen und werden und daß das schwere Entbehrungen kosten wird. Diese Gewißheit ist aber erträglicher, wie der schnelle Abstieg von Hoffnung zu schlimmster Enttäuschung. (Sehr richtig!)

Die ländliche Verwaltung ist zu überlastet, um auch noch die Ernährungsfragen richtig regeln zu können. Alle Achtung vor dem Rückgrat eines preußischen Landrats, aber dafür ist es doch zu schwach. Und da steht der Landrat noch im Kreuzfeuer der Verordnungen, die sich folgen wie Blitze im schweren Hochsommergewitter — und die auch den Blitzen ähnlich sind, nicht nur in der schnellen Wiederholung, sondern auch in der Form. (Heiterkeit.) Der Unterbau muß stärker und leistungsfähiger werden. Dazu soll auch der Vaterländische Hilfsdienst helfen; den Städten müssen ihre Ernährungsbeamten gelassen werden!

Auf Einheit, Vertrauen, gegenseitigem Verstehen und gemeinsamen Opfern ist das gute Verhältnis zwischen Stadt und Land aufgebaut. In diesem Sinne fassen wir den Antrag von Hertzberg auf, wir dürfen ihn so auffassen, und in diesem Sinne nehmen wir ihn an. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. **v. Schorlemer:** Auch über das Ende des Krieges hinaus bleibt die gleichmäßige und sichere Versorgung unsere oberste Aufgabe. Wir treten mit dem Friedensschluß noch nicht auch in den wirtschaftlichen Normalzustand. Es wird auf unsere eigene Kraft ankommen und darum müssen alle Ernährungsmaßnahmen stets auch die Produktion schützen. Das ist auch die Meinung des Kriegsernährungs- und des Kriegsamtes. Die Einigkeit, die dieses hohe Haus heute bietet, wird auch im Lande Widerhall finden.

Auf Antrag des Fürsten **Hatzfeld** wird die Besprechung geschlossen, der Antrag wird einstimmig angenommen. (Lautes Bravo! rechts.)

Die Tagesordnung ist nächst. Nächste Sitzung Donnerstag, 7. Dezember, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Vereidigung neuer Mitglieder, kleine Vorlagen, Einkommensteuernovelle, Petitionen.

Vossische Zeitung

10./XII. 1916

Abgeordnetenhaus.

Die Hibernia-Vorlage. — Das Wohnungsgesetz.

45. Sitzung. Sonnabend, den 9. Dezember, Fortsetzung.

Am Regierungstisch: Handelsminister Dr. Sydow.

Die erste Lesung der Hibernia-Vorlage wird fortgesetzt.

Abg. **Oeser** (Vpt.): Es ist doch notwendig auf die geschichtlichen Vorgänge etwas einzugehen, weil dies zum Verständnis der Vorlage absolut notwendig ist. 1902 ist der Staat zum erstenmal in das rheinisch-westfälische Kohlengebiet eingedrungen durch verschiedene Ankäufe, die hier im Hause niemals Widerspruch gefunden haben, auch nicht innerhalb der Berginteressenten. Es kam aber dann der neue Syndikatsvertrag mit den berühmten Konstruktionsfehlern, daß den Verbrauchern der Kohle in eigenen Hüttenwerken besondere Vorteile zugewendet wurden. Damals entstanden die großen Fusionen von Kohle und Eisen und in der Folge die erhebliche Beunruhigung, die sich dann auch auf den Bergfiskus erstreckte, denn der damalige Handelsminister v. Möller hat wiederholt betont, daß gerade die großen Fusionen ihn zum Einbringen der Hiberniavorlage veranlaßt haben. Es kamn die Kämpfe um die Quote im Kohlensyndikat, das Aufkaufen und Stillegen weniger rentierender Zechen, was gewaltige Eingriffe in die Interessen der angesessenen Arbeiterschaft und der Gemeinden bedeutete. Das Abgeordnetenhaus hat sich wiederholt mit diesen Dingen beschäftigen müssen, und die Folge war eine Abänderung des Berggesetzes. Die Beunruhigung wurde dadurch noch gesteigert, daß die Bergherren das Recht zur gemeinsamen Vertretung und Wahrnehmung ihrer Interessen zwar für sich selbst in Anspruch nahmen, es aber den Arbeitern verweigerten.

Die erste Hibernia-Vorlage 1902.

Es kam dann die Lex Gamp, die angeblich bestimmt war, die Rechte des Staates zu sichern, aber das Gegenteil erreichte. In diese Unruhe hinein kam die erste Hibernia-Vorlage, die im Gegensatz zu der Vorlage von 1902 außerordentlichen Widerstand fand. Er erklärte sich zunächst aus der Art, in der Minister Möller die Vorlage vorbereitet hatte, und dann aus Befürchtungen, die von der Bergwerksindustrie hervorgerufen waren. Minister Moeller hatte nämlich seinen Verstaatlichungsantrag nicht an die Aktionäre gerichtet, sondern die Dresdner Bank beauftragt, für den Staat etwas über die Hälfte der Aktien anzukaufen. Der Abg. Cassel hat damals die Manipulationen dargelegt, die den Kurs der Hibernia-Aktien außerordentlich in die Höhe trieben. Innerhalb des Kohlensyndikats entstand, vielleicht nicht nur aus sachlichen Gründen, Aufregung. Es wurde behauptet, daß die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke überhaupt in Aussicht genommen sei, und es mußte erst ein Staatsministerialbeschluß feierlich erklären, daß weitere Verstaatlichungspläne nicht beständen. Infolge dieser Stimmung schlossen sich die nächsten Interessenten zusammen und erwarben ihrerseits die Mehrheit der Aktien, die sie dann in der Herne-G. m. b. H. zusammenfaßten, damit sie nicht mehr an den Markt kommen könnten. Durch das Vorgehen des Syndikats fühlte sich Minister Möller im Innersten getroffen, und er gab seiner Stimmung durch die Bezeichnung des Herne-Trusts „Trotz-Trust" Ausdruck.

Wir wollen aber doch die Vorlage rein aus der Gegenwart heraus beurteilen. Die für den Ankauf weiterer Hibernia-Aktien angegebenen Gründe sind zum großen Teil praktischer Natur, und soweit das der Fall ist, kann man ihnen folgen. Es ist ganz kaufmännisch, daß der Staat durch die Erwerbung der Hibernia sein Kohlenassortiment bereichert, um seine Kundschaft gut bedienen zu können. Und wenn der jetzige Zeitpunkt als der letzte bezeichnet wird, an dem wir zum Ankauf der Hibernia schreiten können, so wundere ich mich darüber gar nicht, denn in jedem Kaufangebot heißt es immer, jetzt sei der letzte Zeitpunkt (Heiterkeit). Der Minister hat ferner gesagt, daß auch von anderer Seite ein Kaufangebot vorliege und Herr Hue hat dazwischen gerufen: „Bestellte Arbeit". Ich bin darüber nicht orientiert, wenn es aber bestellte Arbeit gewesen ist, so war sie doch wahrscheinlich vom Staat bestellt (Heiterkeit). Aber man muß doch sagen, daß der Erwerb dieser Aktien durch jeden Privatkäufer durch die Anteile, die der Staat schon hat, wenig schmackhaft gemacht wird.

Die Erklärung des Abg. v. Pappenheim, daß die konservative Partei heute eine andere Stellung zu den Syndikaten einnimmt als früher, begrüße ich. In der Tat ist unter der Herrschaft des Syndikats der Bergbau vorwärts geschritten, haben sich die Förderleistungen erhöht. Das Syndikat hat uns in Stand gesetzt, die der Industrie nötigen Kohlenmengen zu liefern. Das muß man erwägen. (Sehr richtig! b. d. Ntl.) Mit den Arbeitern an sich hat das Syndikat gar nichts zu tun. Die Angriffe des Abg. Hue sind auch hier unbegründet. Die Löhne sind unter der stetigen Preispolitik des Syndikats ständig gestiegen. Sehr erfreulich ist es, daß die Regierung die Form der Aktiengesellschaft für die Hibernia beibehalten will. Es ist das auch insbesondere im Interesse der Stadt Herne gelegen, die bei Fortnahme der Direktion steuerliche und andere Einbuße erleiden würde. (Beifall b. d. Ntl.)

Abg. **Brust** (Ztr.): Wir haben 1904 der Hiberniavorlage zugestimmt, der Zweck des damaligen Gesetzes ist aber nicht voll erreicht worden. Wir stehen der heutigen Vorlage mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber, namentlich auch nach der finanziellen Seite. Wir stehen dem Entwurf aber nicht unsympathisch gegenüber und werden das uns in der Kommission vorzulegende neue Material wohlwollend prüfen. (Beifall im Zentr.)

Abg. **Schrader** (frk.) gibt eine ähnliche Erklärung ab.

Die Besprechung schließt. Die Vorlage geht an den verstärkten Staatshaushaltausschuß.

Darauf beginnt — nachdem das von etwa 30 Abgeordneten besuchte Haus einen Vertagungsantrag des Abg. Frhr. von Zedlitz (fk.) abgelehnt hat —

die erste Lesung des Wohnungsgesetzes.

Das Gesetz trifft neue Vorschriften für das Baugelände, für die Benutzung der Gebäude, ändert die baupolizeilichen Vorschriften ab und führt eine umfassende Wohnungsaufsicht ein. Die gemeinnützige Bautätigkeit soll durch staatliche Mittel gefördert werden. Vorläufig werden für diesen Zweck 20 Millionen Mark bereitgestellt.

Verbunden mit dieser Beratung wird die erste Lesung des Bürgschaftsversicherungsgesetzes, eines Gesetzes wegen staatlicher Verbürgung zweiter Hypotheken.

Handelsminister Dr. **Sydow** weist zunächst auf das Nichtzustandekommen des vorletzten Wohnungsgesetzentwurfs infolge der Meinungsverschiedenheiten im Hause hin und fährt fort: Die schon

---

krüglein". Frl. Adelheide Pickert, Frau Werner-Jensen, Herr Richard Kube bemühten sich erfolgreich um die Gesangssoli, Herr Organist Robert John und die Harfenspielerin Frau Hopf-Geibel steuerten instrumentale Gaben bei.

Ein Wohltätigkeitskonzert des Akademischen Hilfsbundes führte die Sängerschaft im Weimarer C. C. „Germania" auf den Plan. Der wohlgeschulte akademische Männerchor trug neben kleineren Stücken auch anspruchsvollere Kompositionen durchaus beifallswürdig vor, wie Richard Wagners „An die Kunst" und F. Vollbachs „Am Siegfriedbrunnen". Dabei wurde er unterstützt vom Blüthner-Orchester unter Leitung von Kapellmeister Bruno Seidler-Winckler. Mancherlei orchestralsolistische und kammermusikalische Beiträge zierten in fast überreicher Fülle das Programm. Frl. Käthe Herwig und Herr Kirchner vom Kgl. Opernhaus, die Herren Prof. Bernhard Dessau und Heinrich Grünfeld

Vossische Zeitung 10./XII. 1916 II

Abgeordnetenhaus.

vor dem Kriege bestandene Knappheit an mittleren und kleinen Wohnungen und das Stocken der Bautätigkeit im Kriege macht das Wohnungsgesetz unaufschiebbar. Nach dem Kriege wird die Wohnungsknappheit sicher nicht geringer sein: die Familien gefallener Krieger ziehen in kleinere Wohnungen, viele kriegsgetraute Ehepaare werden erst dann einen Haushalt errichten, viele Kriegerfamilien sind jetzt bei Verwandten untergebracht und werden nach dem Kriege Wohnungen brauchen. Das Steigen des Zinsfußes kündigt eine Erhöhung der Wohnungsmieten an. Diesen Aussichten gegenüber glaubt die Regierung, die Erleichterung und Verbilligung des Wohnungsbaus und die Förderung gesunden Wohnens nicht länger aufschieben zu dürfen.

Herausgelassen sind in dem jetzigen Entwurf die Bestimmungen über das Baurecht, die Interessenten die Möglichkeit geben, die Gemeinden zur Erlassung von Vorschriften über Wohnstraßen zu zwingen; dadurch könnten den Gemeinden, wie Sachverständige festgestellt haben, sehr schwere finanzielle Lasten aufgebürdet werden. Auch könnten diese Bestimmungen von Grundstücks- und Bauspekulanten zu Massen-Wohnungsbauten mißbraucht werden, was nicht der Zweck dieses Gesetzes ist. Es genügt die vorgeschlagene Abänderung des § 12 des Fluchtliniengesetzes, so daß der Bezirksausschuß Dispens von dem Verbot der Bauens an noch nicht vollständig fertigen Straßen erteilen kann. Dadurch wird der Dispens einer unparteiischen Instanz übertragen.

Der Entwurf will, wie der vorige, Maßnahmen treffen zur Verbilligung des Baugeländes und Abänderung des Fluchtliniengesetzes, Verbilligung des Baues von Kleinwohnungen, Stellung der Bauordnungen auf rechtliche Grundlagen (was die Durchsicht aller Bauordnungen auf Uebereinstimmung mit dem Gesetz und nötigenfalls ihre Abänderung nach sich ziehen würde), Vermeidung der Verteuerung von Baugelände durch Erleichterung der Zusammenlegung städtischer Grundstücke, der Erleichterung der Einführung der Lex Adickes in jeder Weise, Sicherung gesunden Wohnens durch Einführung der Wohnungsaufsicht, von Wohnungsordnungen und Wohnungsämtern.

Neu sind die Maßnahmen, die es in das Ermessen der Kommunen stellen, die Anliegerbeiträge herabzusetzen, ihre Zahlung zu erleichtern oder sie ganz aufzuheben, die besondere Rücksichtnahme auf Gartenanlagen bei der Fluchtlinienfestsetzung und Enteignung vorschreiben und endlich die Befreiung der Laubenkolonisten von der bisher für sie geltenden Bestimmung des Ansiedlungsgesetzes; dies geschieht in Würdigung der erheblichen Bedeutung des Laubenkolonieswesens und in Anerkennung seiner Nützlichkeit gerade während des jetzigen Krieges für die großstädtische Bevölkerung.

Alle diese Mittel helfen aber nichts, wenn das Geld zum Bauen fehlt. Zum erstenmal stellt der Staat, über sein eigenes Bedürfnis hinaus, aus seinen Fonds Stammeinlagen für gemeinnützige Baugenossenschaften und Wohnungsbauten zur Verfügung. Die gemeinnützigen Baugenossenschaften müssen von den Erleichterungen Gebrauch machen. In ähnlichem Sinne soll auch das Bürgschaftsgesetz wirken. Vor dem Kriege hofften wir die Schäden zu beseitigen. Jetzt hoffen wir das in verstärktem Maße. Denn nach den schweren Lücken, die der Krieg in unser Volk gerissen hat, müssen die Grundlagen der Familien durch ein gesunde Wohnungspolitik gefestigt werden. (Beifall.)

Nationalliberale Zustimmung.

Abg. **Künzer** (ntlb.): Die Regierung hat den Entwurf von 1913 in der Form, die er im Ausschuß in zweiter Lesung erhalten hatte, mit einigen Verbesserungen wieder eingebracht. Es ist nur ein erster Schritt auf dem Wege zu einem vollständigen Bau- und Wohnungsgesetz, das jetzt im Kriege nicht gemacht werden kann. Im einzelnen wird der Ausschuß zu prüfen haben, wie weit noch bestehende Bedenken zu beseitigen sind. Es kommt darauf an, festzustellen, ob die Vorteile größer sind als die Nachteile. Wir haben diesen Eindruck gewonnen, namentlich infolge der Bereitstellung von Staatsmitteln und der Uebernahme der Bürgschaften für zweite Hypotheken. Allerdings beschränkt sich diese Bereitwilligkeit des Staates, zu helfen, nur auf gemeinnützige Bauten.

Insbesondere hätten wir gern auch eine staatliche Bürgschaft für die zweiten Hypotheken der geplanten Stadtschaften gesehen. Für den privaten Kleinwohnungsbau ist gleichfalls eine Erleichterung der zweiten Hypothek erforderlich. Diese Vorlage begrüßen wir als ersten Schritt zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Die Bürgschaft für die zweiten Hypotheken darf aber nicht durch eine zu bürokratische Prüfung der Sicherheiten illusorisch gemacht werden. Wir beantragen die Ueberweisung an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern, der sich aber auf die Vorlage beschränken und weitere Wünsche einstweilen zurückstellen muß.

Keine Verbesserungen.

Abg. **Lüdicke** (frk.): Mir will es zweifelhaft erscheinen, ob der gegenwärtige Augenblick für eine solche Vorlage geeignet ist. Der Vergleich mit den Zuständen nach 1870/71 trifft nicht zu. Die Verluste unseres Volkes und namentlich der Hausbesitzer sind in diesem Kriege sehr viel schwerer. Erfreulich ist die Uebernahme der Bürgschaften für zweite Hypotheken durch den Staat. Der Entwurf ist reichlich eng gefaßt.

Warum ist es kein Bau-Rahmengesetz nach dem Muster der süddeutschen Staaten? Die Aenderungen gegenüber den Beschlüssen in zweiter Lesung unseres Ausschusses stellen vielfach keine Verbesserungen dar. Erfreulich ist, daß das Wohnen in den sogenannten Wohnlauben nicht mehr durch polizeiliche Bestimmungen so erschwert werden soll, und daß die lex Adickes in das Gesetz hineingearbeitet ist.

Abg. **Wuermling** (Ztr.) begrüßt gleichfalls den Entwurf und stimmt der Zuweisung an den Ausschuß zu.

Eingriffe in die Selbstverwaltung.

Abg. **Pohlmann** (Vpt.): Gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage bestehen bei meinen Freunden gewichtige Bedenken. Der § 1 bedeutet einen schweren Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden, der durch den Gang der Entwicklung in keiner Weise gerechtfertigt ist. Die Aufstellung von Baufluchtlinien muß danach unter Zustimmung der örtlichen Polizeibehörde erfolgen. In der Begründung der Vorlage steht kein Wort darüber, weshalb der Polizeibehörde dieses Recht gegeben werden soll. Mir ist in meiner langjährigen Praxis als Kommunalbeamter nicht bekanntgeworden, daß die Städte die Aufstellung von Baufluchtplänen irgendwie vernachlässigt hätten. Die Ausführungen des Ministers hierüber müssen auf irrtümlichen Informationen beruhen. Wenn man den Städten überhaupt einen Vorwurf machen kann, dann den, daß sie ihre Baufluchtpläne in zu großzügiger Weise aufgestellt haben. Sollten sich tatsächlich Mißstände auf diesem Gebiet ergeben haben, so sollte man versuchen, sie durch die Selbstverwaltungskörper in Verbindung mit den Aufsichtsbehörden zu beseitigen. Die Vorlage aber schaltet die Selbstverwaltung für die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses weitgehend aus. Man muß sich immer vor Augen halten, was die Vorlage alles unter „Wohnungsbedürfnis" versteht. Sie rechtfertigt das Eingreifen der Staatsbehörden bei dieser Frage damit, daß der Staat auf die Mitwirkung bei einer dem öffentlichen Bedürfnis entsprechenden, sozial und und wirtschaftlich befriedigenden Gestaltung der Wohnungsverhältnisse nicht länger verzichten zu können glaube. Mit anderen Worten, der Staat will sich das Recht nehmen, an dem gesamten Städtebau entscheidend mitzuwirken. Die Stadtverwaltungen sind stolz darauf, daß sie beim Städtebau nicht nur rein kommunale Interessen oder die Interessen kleiner Bezirke vertreten haben, sondern daß sie immer allgemeine staatliche Gesichtspunkte im Auge hatten.

Die Befugnisse der Polizei.

Deshalb sollte man der Polizeibehörde nicht das Recht geben, die Zustimmung zu einer Baufluchtlinie zu versagen. In diesem negativen Recht liegt für die Gemeinden eine schwere Gefahr. Es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß der gesamte Städtebau, wenn diese Bestimmung in Kraft tritt, den Stadtverwaltungen entzogen und einer Polizeibehörde übertragen wird. Man sollte vielmehr dazu übergehen, möglichst viel Befugnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens in die Hände der Stadtverwaltungen zu legen. Wenn auf dem Gebiet der Wohnungsaufsicht z. B. auch staatlichen Behörden ein Mitwirkungsrecht eingeräumt wird, dann muß das ganz naturgemäß zu Reibungen führen. Wir werden im Ausschuß versuchen, diese Bestimmungen zu ändern. Zum Bauen gehört nicht nur Geld, sondern vor allem Land. Mit den anderen Parteien sind wir für eine flache ausgedehnte Bauweise. Alle Bestrebungen, die in dieser Richtun glaufen, werden wir unterstützen. Wir schlagen eine Abänderung des Gemeindeverfassungsrechtes in der Weise vor, daß als öffentliches Interesse, das zur Eingemeindung berechtigt, auch das Wohnungsbedürfnis gehören muß. (Sehr richtig!) Kann eine Stadt das Wohnungsbedürfnis auf eigenem Grund und Boden nicht befriedigen, so muß sie das Recht haben, benachbartes Land zu übernehmen. Man sollte erwägen, ob man kinderreichen Familien nicht Wohnungszuschüsse gewähren kann. Alle Beamten erhalten Wohnungsgeldzuschüsse. Warum sollen derartige Zuschüsse nicht auch kinderreichen Arbeiterfamilien gewährt werden können? Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn unsere Sozialpolitik sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen würde. Dem Antrag auf Kommissionsberatung schließen wir uns an. (Beifall b. d. Vp.)

Abg. **Hirsch**-Berlin (Soz.): Es ist zweifelhaft, ob es richtig war, das Gesetz gerade zu diesem Zeitpunkt einzubringen. Eine Förderung des privaten Wohnungsbaus durch Staatsmittel kommt nicht in Betracht, denn der Privatunternehmer baut nur, um daran zu verdienen. Den Baugenossenschaften dürfen keine Schwierig-



Hamburger Fremdenblatt
11./XII. 1916

Das Ziel des siegreichen Deutschlands.

W. Je länger unsere Feinde sich gegen die Anerkennung der Tatsache sträuben, daß Deutschland siegreich ist, je mehr die Faustpfänder sich anhäufen, die der Krieg mit jeder neuen Epoche in unsere Hand gibt, und je größer trotz dieser Beute die Opfer an Gut und Blut werden, die unser Volk für die Erlangung eines sicheren Friedens bringen muß, um so mehr steigen auch die Garantien, die wir für diesen Frieden zu fordern haben. In die Garantien aber ist einbegriffen der Ersatz des Schadens, ohne den unsere wirtschaftliche Zukunft trotz des Sieges unerträglich belastet bliebe.

Nach Belgien, Serbien, Montenegro ist Rumänien zusammengebrochen, sein Heer zertrümmert, der beste Teil seines Landes in unserer Hand, sein König ein Sklave und Pensionär der Russen. Diese selbst haben mit ihrer Riesenarmee zugleich den Feldzug von 1916 verloren, wie sie den von 1915 verloren hatten. Polen und Kurland sind unser. In Frankreich hat die gewaltigste aller Kraftanstrengungen; die dieser Krieg überhaupt gesehen, die Engländer und Franzosen nicht einmal ihr nächstes strategisches Ziel Peronne und Bapaume erreichen lassen. Sie haben von dem Versuch abstehen müssen. Zur See ist die englische Flotte militärisch zur Ohnmacht verdammt, und wirtschaftlich bleibt ihre Blockade gegen uns und die Neutralen, soweit wir und unsere Aushungerung in Frage kommen, ein Versuch am untauglichen Objekt. Den erschöpften Feinden aber steht eine Steigerung der deutschen Armeestärke und der deutschen Arbeitsleistung gegenüber, der keiner der Feinde in absehbarer Zeit etwas auch nur annähernd Gleichwertiges entgegenzusetzen hat, und Hindenburg ist nicht der Mann, der lange zaudert, wenn seine Stunde gekommen ist.

Trotzdem will der verblendete Feind die Hoffnung nicht fahren lassen. Ob seine Kabinette stürzen und es im Innern seiner Völker gefährlich gärt, betäubt er sich mit lärmendem Geschrei nach einem Kampf bis zum letzten und benebelt die Phantasie der Urteilslosen mit Bildern der gänzlichen Vernichtung des siegreichen Mitteleuropas. Wir sind demgegenüber so ohnmächtig wie der Wärter dem Krampfanfall eines Epileptikers. Man muß ihn austoben lassen. Wir aber behalten die Ruhe, die allein in der wahren Stärke wurzelt.

Wir vergessen trotz der gewaltigen Siege, die uns jeder neue Abschnitt bringt, nicht, daß der Kampf für uns ein Verteidigungskampf bleibt, und daß nur unsere Existenz das Ziel bildet, das wir zu erringen haben. Allerdings unsere Existenz als gleichberechtigte Weltmacht. Eben darum bleiben die Garantien, die sie erfordert, sich nicht gleich, wenn der Kampf noch immer weitere Ausdehnung annimmt und die Verhältnisse Europas immer tiefer umwühlt. Ihre Gestaltung ist auch unzertrennlich von der Art, wie der Friede überhaupt kommt, und von der Seite, von der er zuerst sich nähert. Indessen suchen wir einmal sie uns zu vergegenwärtigen, etwa unter der Voraussetzung, daß ohne Sonderfrieden eine Konferenz aller Beteiligten das Ergebnis des militärischen Ergebnisses ziehen soll, wie es heute ist. Welche Sicherheiten erfordert da die friedliche, aber freie und unbeengte Zukunft unseres Vaterlandes?

Man kann den Begriff der „Garantien" in politische, militärische und wirtschaftliche teilen. Aber für sehr glücklich halten wir diese Teilung nicht. Eins spielt zu sehr ins andere hinüber und ist von ihm abhängig oder mit ihm identisch. Unser wirtschaftlicher Aufschwung vor dem Kriege litt daran, daß mit ihm die Erstarkung unseres politischen Einflusses nicht gleichen Fuß gehalten hatte. Und wiederum unser politischer Einfluß war deshalb so gering, weil man uns der geographischen Lage halber militärisch unfähig glaubte, der Einkreisung durch eine vielfache Uebermacht zu widerstehen, zumal unsere Grenzrüstung böse Lücken und Schwächen aufwies. Wollen wir einen zuverlässigen Gradmesser für das Maß der Garantien gewinnen, die eine Wiederkehr der Katastrophe von 1914 unmöglich machen, so tun wir also wohl am besten, wenn wir unsere Feinde selbst unsere Lehrmeister sein lassen und aus ihren Kriegszielen und aus der Art, wie sie sie zu erreichen suchten, die unsern ableiten.

Das Programm der Feinde war: Einkreisung, Abschneidung von aller Zufuhr, Einbruch in die schwachen Grenzstellen, Vernichtung unserer staatlichen Einheit, zugleich mit derjenigen unseres Welthandels und unseres kolonialen Besitzes. England fügt noch hinzu: Beschlagnahme unserer Handelsflotte, dauernder Boykott auf dem Weltmarkt und eine Kriegsentschädigung, die uns die wirtschaftliche Erholung unmöglich macht. Frankreichs Sonderwünsche lauten: Elsaß-Lothringen, lothringisches Erzbecken, oder kürzer: linkes Rheinufer. Belgien will Westdeutschland bis zur Eifel und Luxemburg, Rußland die Einverleibung unserer östlichen Provinzen. Hieraus, wie aus dem militärischen Aufmarschplan der Feinde, dem wir in Belgien zuvorkamen, und den wir im Osten nur um ein Haar verhinderten, ergibt sich ziemlich einfach, was wir als Mindestmaß, bloß unter dem Gesichtspunkt der künftigen Verteidigung und Schutzwehr, erreichen müssen.

Es ist nach

Westen

das Folgende: Belgien darf unter keinen Umständen wieder unter den Einfluß Englands und Frankreichs gelangen. Unser hochwertiges Industriegebiet, das bisher schutzlos dalag, muß durch einen breiten Gürtel militärisch sichergestellt sein sowohl gegen den Einmarsch zu Lande als auch gegen englische Landungen an der vlandrischen Küste. Wäre das nur durch Annexion möglich, so müßten wir annektieren. Aber das glauben wir nicht. Ebensowenig freilich stimmen wir dem Reichstagsabgeordneten Gothein zu, der soeben nachzuweisen suchte, daß Belgien schon von selbst sein künftiges Heil in der Anlehnung an uns suchen werde. Auf unbeweisbaren Optimismus darf unsere Sicherheit nicht mehr gegründet sein. Die Linie der Maasfestungen muß militärisch in unserer Hand bleiben, ebenso wie das Befestigungsrecht der vlandrischen Küste. Daß wir dadurch unsere Grenze (gegen Holland nämlich) strategisch verlängern, wie Gothein meint, ist ein Trugschluß. Holland sieht sich an der Schelde nicht nur, sondern auch bezüglich Brabants und Limburgs nicht durch uns, sondern durch die belgischen Annexionisten bedroht. (Vergl. das Buch von P. Nothomb La Barrière Belge.) Ein staatlich selbständiges, aber militärisch ausgeschaltetes Belgien wird Holland von dieser Sorge befreien. Wir dagegen werden dann erst recht unsere Grenze so wenig gegen Holland strategisch zu verteidigen haben, wie Holland die seine gegen uns. Das hat dieser Krieg uns bewiesen, und den Holländern wohl ebenfalls.

Auch bezüglich der

belgischen Küste

irrt Gothein. Er wettet 10 zu 1, daß Belgien niemals wieder einen Landungsvertrag mit den Engländern schließen werde, sobald nur das im Vertrag von 1831 festgelegte Besatzungsrecht der Küstenplätze, das England bei einer Verletzung der belgischen Neutralität ebenso hatte wie Preußen umgekehrt dasjenige der Maasfestungen, aufgehoben wird. Auch Wetten aber scheinen uns keine staatsrechtlichen Garantien zu bieten. Und endlich mag zwar zutreffen, daß die vlandrische Küste wegen der vorgelagerten Sandbänke keine großen Kriegshäfen verträgt. Aber Stützpunkte für Untersee- und Wachtboote bietet sie, wie dieser Krieg erfreulicherweise bewiesen hat. Wenn wir dadurch allein auch nicht aus dem „nassen Dreieck" herauskommen, so sind wir doch dem englischen Kanal ein gut Stück näher, und die Hauptsache: England kann nicht näher an uns. Selbst der Versuch einer zweiten Landung in Antwerpen müßte angesichts der strotzenden Nähe der deutschen Ukreuzer unterbleiben.

Die Einzelheiten dieser Dinge wird man natürlich dem militärischen Fachurteil überlassen, ebenso wie die Einzelheiten der belgischen Staatsverfassung dem der Diplomaten. Wir wollen nur erwähnen, daß die Erhaltung der nationalen Selbständigkeit der vier Millione Vlamen gegenüber den drei Millionen Wallonen eines der Ziele ist, die wir dabei im Auge haben müssen. Wirtschaftlich möchten wir eine Zollunion mit Belgien, wie Frankreich sie im Fall seines Sieges verwirklichen würde, nicht empfehlen. Auch die belgische Kohlenproduktion muß belgisch bleiben in unserm eigenen Interesse, damit der belgische Staat sein Wirtschaftsleben selbst zu balancieren vermag. Der enge Wirtschaftsanschluß Belgiens an uns wird ganz von selbst kommen —, sobald nur die militärische und damit politische Sicherheit „real" ist und Belgien nicht wieder ein Werkzeug in der Hand der Westmächte werden kann. Dabei steht außer Frage, daß

Antwerpen

bedingungslos den deutschen Wirtschaftsinteressen zur Verfügung stehen muß.

Ueber

Nordfrankreich

ist zunächst zu sagen, daß es als überaus wertvolles Faustpfand in unserer Hand bleiben muß, bis der Friede vollzogen worden ist. Dazu rechnen wir insbesondere die Räumung von Calais durch die Engländer. Im übrigen hat uns Frankreich selbst den Schlüssel verraten, nach dem unsere Grenze nach Westen zu regulieren sein wird. Frankreich will das deutsch-lothringische Erzbecken annektieren. Wir brauchen aus gleichen Erwägungen das französische, das sich ihm anschließt, und zu ihm gehört. Ohne metallische Bodenschätze im eigenen Bereich wäre dieser Krieg für uns längst verloren. Unsere Bodenschätze derart abzurunden, daß wir auf keine Zufuhr von außen angewiesen sind, ist erstes Gebot unserer geographischen Lage zum Weltmeer, an der ja auch dieser Krieg Durchgreifendes nicht ändern kann. Wir brauchen also das Becken von Briey. Wie weit strategische Grenzregulierungen sonst nötig sind, entzieht sich unserm Urteil. Das gilt zumal von Belfort. Der moderne Krieg hat vieles gewandelt. Die neue Grenze muß so sein, daß sie auf einem Gelände verläuft, das der modernen Feldbefestigung entgegenkommt. Große Panzerfesten spielen Rollen zweiten oder dritten Ranges. Aber Belfort darf keinesfalls ein dem französischen Einbruch ins Elsaß dienender befestigter Waffenplatz bleiben.

Im

Osten

ist unser Kriegsziel militärisch bereits annähernd ebenso erreicht wie im Westen. Rußland darf nicht zum zweiten Male in die Lage kommen, mit fremdem Geld ein strategisches Bahnnetz tief in unser Land hinein auszubuchten, wie es in Polen uns wohl tödlich geworden wäre, wenn der Krieg 1916, statt 1914 ausgebrochen wär:. Das neue Königreich Polen muß los vom Osten, und mit ihm, was nach Norden hin strategisch sich anschließt und völkisch sowieso nicht zu Rußland gehört.

Kurland

und Litauen, von Nicht-Russen bewohnt, sogar mit einer deutschen Oberschicht, denken wir uns also etwa als Herzogtum dem Deutschen Reiche staatlich lose, militärisch aber fest angegliedert. Rußlands Aufmarschlinie jedenfalls muß weit zurückgedrängt werden. Das erfordert unsere politische Zukunft in weitestem und größtem Stile.

Ministerpräsident Trepow, der soeben die Eroberung der deutschen Ostprovinzen „angezeigt" hat, wird es uns moralisch also nicht gut übelnehmen können, wenn auch unser Ziel ohne staatliche Loslösungen oder Annektionen nicht denkbar ist. Denn nicht nur, daß wir uns auch landwirtschaftlich von aller Einfuhrnot möglichst befreien möchten, es muß unter allen Umständen erreicht werden, daß Rußland seine Hoffnung auf die Ausdehnung nach Westen ebenso fahren läßt wie nach dem Mittelmeer. Rußland besitzt die Murmanküste, die mitsamt der Ostsee im Frieden seinen Handel über die, wie wir hoffen, mit uns eng befreundeten Skandinavischen Staaten nach dem Westen ebenso ausreichend vermitteln wird wie die im Frieden geöffneten türkischen Dardanellen seine Ausfuhr durchs Mittelmeer. Seine politischen Machtgelüste aber muß es im Osten und Südosten Asiens zu befriedigen suchen. Da liegt zugleich die Kulturmission, in der es sich selbst zu einer kulturschaffenden Nation auswachsen kann. Mag man heute in Petersburg mit einer gewissen Besorgnis die expansive, imperialistische Politik Japans unter Terauschi betrachten, das russisch-japanische Bündnis wird dennoch die Brücke sein, auf der Rußland durch das Schwergewicht seiner mächtigen Naturkraft zu einer Zukunft asiatischer Machtfülle schreitet, und wie wir denken Hand in Hand mit Japan. Denn gegen Englands angemaßte Weltmacht auch über den Osten richtet sich Rußlands ferne Zukunft weit mehr als gegen Mitteleuropas festen Landbesitz. Wir können hier diese weiten Fragen nicht näher behandeln; aber wir können uns denken, daß zwischen Deutschland, Rußland und Japan eine Zusammenarbeit möglich ist, die dank hinreichender politisch-wirtschaftlicher Ablenkung auf reiche Arbeitsgebiete keine inneren Reibungen dieser drei aufkommen läßt. Daß Deutschland dabei territorial unbeteiligt wäre, versteht sich für uns von selbst.

Die Einschnürung Zentraleuropas unmöglich zu machen, ist das Ziel unserer Politik im nahen

Orient

gewesen und auf dem Balkan. Wir wollen uns hier ganz kurz fassen, da wir nicht die Kriegsziele unserer Verbündeten erörtern möchten. Wir beschränken uns auf die Feststellung, daß, mag das Bild des Balkans sich gestalten wie es will, er die feste Brücke des Vierbundes bleiben muß allezeit. Ob Rumänien wiedererstehen soll, Serbien und Montenegro, oder bis zu welchem Umfang, sei dahingestellt. Jedenfalls werden wir jede Forderung mit unserer ganzen Autorität unterstützen, die unsern Verbündeten den wohlverdienten Lohn bringt, den ihre Sicherheit erfordert. Das gilt mit Bezug auf die Türkei auch von Aegypten und Nordafrika.

Alle Kolonien,

die im Kriege verlorengingen, müssen uns zurückgegeben werden. Unsere Kolonien müssen künftig aber auch „Hand und Fuß" haben, müssen Kraftzentren in sich selbst sein. In Afrika ein großes Kolonialreich zu gründen, das von Südwest nach Südost und hinauf nach Kamerun und Togo reicht, verbunden durch Gebiete, die früher französisch, belgisch oder vielleicht auch englisch waren, muß unser Ziel sein. Das erfordert unsere Unabhängigkeit in der Rohstoffversorgung; das erfordert aber auch unsere maritime Lage. Ein solches Reich, richtig organisiert, vermag sich selbst zu behaupten, und wäre zu verwalten etwa nach dem Vorbild der englischen Dominions. Die Faustpfänder, die es uns verschaffen sollen, haben wir in Nordfrankreich und Belgien in der Hand.

Mit einem solchen Kolonialreich kann uns auch niemand künftig den Welthandel unterbinden, der durch Handels- und Poolverträge bei Friedensschluß wieder zu sichern sein wird. Hier werden wir daher vor allem England treffen. Hier und in der Frage der Kriegsentschädigung, um die unsere Feinde — Frankreich eingeschlossen — nicht herumkommen werden, von dem Ersatz unserer Auslandsforderungen abgesehen. Diesem „esoterischen" Teil der Kriegsziele kommt ja eine Bedeutung zu, den nur der verkennen kann, der sich durch äußerliche geographische Begriffe verblenden läßt. Wir möchten fast sogar sagen, daß dieser Teil des Friedensschlusses das stärkste Symptom dafür bieten wird, daß wir unbesieglich waren.

Ein kurzes Schlußwort: Das sind in groben Umrissen die Ziele, die wir uns setzen würden, wenn wir uns heute, auf Grund der gegenwärtigen Kriegslage, an den Tisch der Beratungen setzten. Unbedingt ist nichts, alles bleibt im Fluß, bis solcher Tag wirklich anbricht. In geographischer Beziehung bringt unser Programm, abgesehen vom Osten und von Afrika, für Deutschland selbst nicht viel Veränderung. Wir kämpfen eben einen Verteidigungskampf. Wir wollen keine fremden Völker zu Deutschen machen. Aber es wird, dessen sind wir gewiß, uns die dauernde Zukunftssicherung bringen. Und bis wir die nicht haben, können wir das Schwert nicht aus der Hand legen, wollen wir uns nicht das Schicksal durch eigene Schuld aufladen, das unsere Feinde uns zugedacht haben.

für auswärts.

Bezugspreise:

bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:

monatlich	K 3.90
vierteljährlich	„ 11.50
halbjährlich	„ 23.—

Für Oesterreich-Ungarn.

monatlich	K 4.60
vierteljährlich	„ 13.50
halbjährlich	„ 27.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:

monatlich	3.90
vierteljährlich	„ 11.50
halbjährlich	„ 23.—

Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

oft.

eich-Ungarns.

1916 XXIII. Jahrgang

Ost-Walachei.

utschland".

Frieden der Völker vorhanden ist. Die fünf Männer, die jetzt alle Macht im englischen Weltreich an sich gerissen haben, sind der Ausdruck des Willens zur Fortsetzung der blutigen Greuel. In diesen fünf Männern verkörpert sich das Friedenshindernis. Der Feind der Kulturmenschheit, der blutdurstige Feind der Völkerversöhnung hat fünfköpfige Gestalt angenommen.

Auch die Liste der übrigen 27 Kabinettsmitglieder weist außer ihrer Wasserkopfgröße einige Merkwürdigkeiten auf, die alle den Kriegswillen der neuen Regierung in demonstrativster, herausforderndster Weise anzeigen. Der Ulstermenhäuptling Carson, dieser Typus des Losgehertums und der brutalen Rechtsverachtung, ersetzt den abgeklärteren, zum Nachfolger Greys im Foreigne Office bestimmten Balfour an der Spitze des Marineamtes. Man kann sich die künftigen Methoden der englischen Seekriegführung, die schon bisher mit den „Baralong"- und „King Stephen"-Fällen belastet war, ausmalen. Vielleicht auch greift Carson auf die Ratten-Taktik seines Vorvorgängers Churchill zurück, was ihm um so leichter fallen müßte, als Admiral Beatty, der seit wenigen Wochen an Stelle des „zweiten Siegers" vor dem Skagerrak, Jellicoe, die englische Flotte befehligt, selber als Draufgänger gilt. Die englische Blockade erhält, wie seinerzeit die Munitionsbeschaffung, einen eigenen Minister in Lord Robert Cecil. Die Neutralen werden bald die Absichten und Fähigkeiten Cecils, der ihnen bisher noch nicht die ganze Brutalität des britischen Ich enthüllt hat, näher kennen lernen müssen. Dr. Addison, schon bisher im Kriegsamt hervorragend beschäftigt, wird Minister für Munitionsbeschaffung, Lord Derby, der Freiwilligenwerber, eine Art Improvisations-Mars, wird Kriegsminister. Zwei Gesinnungsgenossen Hendersons, Barnes und Hodge, erhalten im Kabinett je einen Beschwichtigungsposten.

Ein wertvolles Geständnis über die Lage der Aushungerer im eigenen Lande ist der Umstand, daß man für die „Nahrungsmittelkontrolle" in Lord Devonport einen eigenen Minister bestellt. Die Väter des Aushungerungskrieges müssen den Mittelmächten — ach, wie bald schon! — die Herren v. Batocki und Rockstein nachmachen! Der Nahrungsmittelminister zeigt die Siegfriedblöße des englischen Kriegskabinetts. Alles Erzgeklirr und wilde Kriegsgeschrei der übrigen Namen vermag die Bänglichkeit, die Lord Devonport verrät, nicht zu verschleiern. Schon läßt sich die Stelle, wo Albion sterblich ist, erkennen. Der Ueberspannung des Kriegswillens, der Ueberanstrengung der Kriegskräfte, wie sie jetzt das Kabinett Lloyd George wagt, kann die Erschöpfung Neu-Karthagos um so rascher und gründlicher folgen.

Die Ministerliste.

London, 10. Dezember. (Amtlich.)

Die neue Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen:

Kriegskabinett: Lloyd George — Premierminister,

Lord Curzon, der gleichzeitig Lordpräsident des geheimen Rates und Führer der Regierung im Oberhause ist,

Henderson und Lord Milner, beide ohne Portefeuille,

Bonar Law — Schatzkanzler.

Der Premierminister hat Bonar Law ersucht, als Führer der Regierung im Unterhause aufzutreten. Auch wird er Mitglied des Kriegskabinetts sein, ohne daß von ihm erwartet wird, daß er regelmäßig den Sitzungen beiwohne.

Die übrigen Mitglieder des Ministeriums sind:

Lordkanzler — Robert Finlay,

Minister des Innern — Sir George Cave,

Das Kabinett Lloyd George.

Eine Fünfmänner-Diktatur mit 27 Gehilfen.

Nun hat Lloyd George die übernommene Kabinettsbildung vollendet und schon morgen wird sich die neue Regierung dem Unterhause vorstellen. Als ein Kabinett des Augenblicks, der Improvisation wird die neue Regierung von einem radikalen Organ bezeichnet, das offenbar es nicht gerne sieht, daß sich der Häuptling des englischen Radikalismus jetzt an einem Abenteuer verbraucht, dessen Ausgang ungewiß ist. Hochtorytum und Sozialdemokratie sind an den gleichen Karren der englischen Plutokratie und des englischen Geschäftschauvinismus gespannt, auf dessen Kutschbock der zu allem entschlossene und zu allem fähige Demagoge Lloyd George sitzt, der „Mann der Straße", wie ihn ein parteigenössisches englisches Blatt sehr hübsch wertet.

Die neue Regierung zerfällt in zwei Gruppen von Ministern, in das „Kriegskabinett" und in die übrigen Kabinettsmitglieder. Schon diese Einteilung gibt den Charakter und die Aufgabe des Kabinetts Lloyd George an: Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten und mit allen Mitteln. Schon schwelgt die Presse Northcliffes in Vorstellungen über weitere Verschärfungen der englischen Blockade unter Außerachtlassung jedweder Rücksicht auf die Rechte und Interessen der Neutralen. Die Londoner Kursänderung geschieht also vor allem auf Kosten der Neutralen, die zwischen rücksichtsloser englischer Feindschaft und kostspieliger englischer Vasallenschaft zu wählen haben werden. Werden sie gegenüber dem britischen Druck die Tatkraft König Konstantins des Unerschrockenen aufbringen und so, wie das kleine Volk der Griechen, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen wissen? — Dem Kriegskabinett, dieser obersten Instanz in allen die Kriegführung betreffenden Fragen, gehören außer dem Premierminister noch Lord Curzon, der zu Kriegsbeginn höchst voreilig schon die Gurkhas unter den Linden in Berlin aufmarschieren ließ, der Schatzkanzler Bonar Law, Führer der konservativen Unionisten und künftig zugleich Sprecher der Regierung im Unterhause, die Autorität in Kolonialsachen Lord Milner und — Henderson, der sozialistische Führer, an. Von den fünf Männern, die das plutokratische Weltreich regieren und die Menschheit zur Fortsetzung des greuelvollen Völkergemetzels zwingen, ist einer der Häuptling der englischen Arbeiterpartei, des englischen Sozialismus! Maßloser Imperialismus, plutokratisches Hochtorytum, wahnsinniger Chauvinismus, pseudoliberaler kriegswütiger Radikalismus und Sozialismus in engstem Verein! Man hat die Triebkräfte, die das furchtbarste Unheil über die Menschheit heraufbeschworen haben, vielleicht noch nie so hübsch beisammen gesehen wie jetzt in der englischen Fünfmänner-Diktatur, die alles zusammenfaßt, was an Verschwörung wider das Glück und den

Neue Freie Presse 12./XII. 1916 53 I

In keinem Falle zurückgesendet.

Die Friedensfrage und die Entente.

Von Graf Julius Andrassy.
Königlich ungarischer Minister a. D.

Budapest, 10. Dezember.

Man spricht wieder viel über den Frieden. Die leitenden Persönlichkeiten der Entente äußern sich leidenschaftlich dagegen. Der wiedergewählte Präsident der Vereinigten Staaten beschäftigt sich angeblich mit dem Gedanken einer Friedensvermittlung. Welchen Standpunkt sollen nun wir einnehmen? Ueber die amerikanische Initiative habe ich noch keine Meinung. Man kann noch nicht wissen, ob die Nachricht überhaupt wahr ist und ob der Präsident seine Absichten verwirklichen wird, und wenn ja, in welcher Weise. Ich will somit heute bloß untersuchen, ob ein Friede im gegenwärtigen Zeitpunkt in unserem Interesse gelegen wäre und ob es ratsam ist, über die Frage des Friedens zu sprechen.

Das Raisonnement der Entente bewegt sich um die eine Achse, daß heute nur ein fauler Frieden, nur ein Waffenstillstand geschlossen werden könnte. Die Ententestaaten aber wollen, daß der heutige Krieg der letzte sei, welchen zivilisierte Staaten gegeneinander führen. Dieser große Gedanke kann, wie sie glauben, nur durch ihren Sieg verwirklicht werden.

Sie begründen diese Ueberzeugung zunächst damit, daß nur sie das Völkerrecht zu reformieren wünschen. Wenn sie aber bisher dies behaupten konnten, so ist dies nach der jüngsten Rede des deutschen Reichskanzlers jedenfalls unmöglich. Unter diesem Vorwand auch heute noch gegen die Friedensverhandlungen zu argumentieren, ist in der Tat ein Ding der Unmöglichkeit; im Gegenteil, wenn sie wirklich wünschten, was sie behaupten, wenn sie den Krieg bisher wirklich aus dem Grunde fortzusetzen gezwungen gewesen wären, weil sie der Ueberzeugung waren, daß Deutschland jeden Reformgedanken schroff ablehnen wird, so dürften sie sich nicht einen einzigen Tag länger schlagen und müßten die Friedensverhandlungen sofort einleiten. Da die Einigkeit hinsichtlich des Zieles vorhanden ist, müßte das Bestreben dahin gerichtet sein, auch in bezug auf die Mittel die Einigkeit zu erzielen.

Wünschen die führenden Männer der Entente aber ernstlich, worüber sie so viel Reden halten? Wir haben leider viele Ursachen, daran zu zweifeln. Grey sagte in seiner letzten Rede, daß er keine Zeit habe, sich mit den Einzelheiten der Frage zu beschäftigen. Er erwartet die erlösenden Gedanken von den Neutralen. Wenn eines seiner Kriegsziele die erwähnte Reform des Völkerrechtes wäre, so wie er es behauptet, wenn er von ihr jenen unberechenbar großen Segen erwarten würde, daß der gegenwärtige Krieg der letzte sein werde, dann wäre es doch der Mühe wert, daß er sich auch mit den Einzelheiten der Frage beschäftige, denn bekanntermaßen hängt der Erfolg von den Einzelheiten ab. Wie sollen wir glauben, daß die Ursache der Fortsetzung des Krieges ein Gedanke ist, über dessen Inhalt bisher noch nicht einmal diejenigen im reinen sind, die ihn aufgeworfen haben, mit dessen Einzelheiten sich auch jener verantwortliche Minister zu beschäftigen die Zeit nicht hat, dessen Beruf es ist, diese Forderung zu vertreten, und bezüglich dessen nach den Aeußerungen des Gegners ein prinzipieller Gegensatz zwischen den beiden Lagern nicht mehr besteht. Und dieses widerspruchsvolle Vorgehen Greys unterstrich noch einer der maßgebenden Faktoren der heutigen englischen Politik, die „Times", indem sie jene zwei Abgeordneten, welche die allgemeine Aufmerksamkeit in Form eines bescheidenen kleinen Briefes auf das Studium der neuen völkerrechtlichen Ordnung aufrufen wollten, in der schärfsten Weise verurteilt. Das Blatt erklärt, daß es schädlich und verfrüht sei, sich mit der Reform des Völkerrechtes zu beschäftigen und daß die Engländer sich derzeit bloß dafür interessieren sollen, wie der Sieg errungen werden soll.

Ist es glaublich, daß eine Nation ihre wichtigsten Interessen aufs Spiel setzt und täglich Tausende und Tausende von Menschen hinopfert für etwas, worauf sie so wenig Gewicht legt, daß es ihr heute nicht einmal wert erscheint, über die Einzelheiten zu sprechen?

Welche Ansicht wir aber auch nach dem Geschehene über die Aufrichtigkeit der führenden Männer der Entente haben mögen, steht es doch außer allem Zweifel, daß sich heute niemand mehr auf die Reform des Völkerrechtes, als auf einen Grund zur Fortsetzung des Krieges berufen kann und daß die Aufopferung von Menschenleben unter diesem Vorwand nichts anderes ist als ein unentschuldbarer Mord und ein gräßliches Verbrechen. Auch das andere Argument der Entente ist nicht stichhältiger. Die Ententestaaten erwarten, wie es scheint, den dauernden Frieden nicht einzig und allein von neuen Rechtsnormen, sondern auch davon, daß es nach dem Kriege keine zwingende Ursache zu einem neuen Kriege gebe. Darin haben sie recht. Die Reform des Völkerrechtes allein kann den Frieden in keiner Weise sicherstellen. Es bleibt aber sehr fraglich, ob jene Lösungsart zum Ziele führt, welche die Entente ins Auge faßt. Die Entente sagt, daß die Annexion Elsaß-Lothringens zu einem Krieg führen mußte, weil eine selbstbewußte Nation sich mit ihrer Verstümmelung nicht abfinden kann, gleichzeitig aber will sie die Welt glauben machen, daß eine gegen eine Bevölkerung von 150 Millionen zustande gebrachte, mit vielen Grenzabänderungen, mit der Zerreißung von lebenden Körpern geschaffene Ordnung eine definitive sein kann, daß jene Nation, welche gerade im gegenwärtigen Weltkriege eine so wunderbare Lebenskraft, so viel Vaterlandsliebe und Gemeingeist an den Tag gelegt hat, die Hand des Siegers küssen und die mit vollständiger Mißachtung ihrer Interessen geschaffene neue Landkarte mit Ergebung friedfertig hinnehmen wird. Welcher Widerspruch!

Die Ziele der Entente sind uns bekannt. Sie hat ihre weltbeglückenden Gedanken mehr als einmal in großen Umrissen veröffentlicht. Das Wesen derselben ist, daß das Deutsche Reich geschwächt werden müsse, daß man es seiner Kolonien, seiner Flotte, einzelner Grenzprovinzen berauben müsse, ja daß man eventuell die Reichseinheit zertrümmern solle, weil diese Einheit die Herrschaft des preußischen Militarismus über die deutsche Kulturnation bedeutet.

Oesterreich-Ungarn und die Türkei sollen aufgeteilt werden. Bezüglich Bulgariens ist das Endziel der Entente nicht ganz klar zum Ausdruck gekommen, es ist jedoch gewiß, daß man dieses Königreich zugunsten Rumäniens und Serbiens gleichfalls erheblich schwächen will, so daß es seine führende Rolle auf dem Balkan verlieren würde.

Gibt es einen vernünftigen Menschen, der sich in dem Glauben wiegen könnte, daß diese mit Blut geschriebene Ordnung sich halten würde? Und daß sie nicht im Gegenteil einen noch nie dagewesenen Widerstand, Haß und Revanchebegierden erwecken wird? Unsere Feinde wiegen sich in dem Glauben und betören damit die Welt, daß sie nur gekünstelte Schöpfungen zertrümmern. Wer wagt es aber zu bezweifeln, daß die deutsche Einheit und die deutsche Macht ein natürliches Ding ist und daß der Versuch, sie zu zertrümmern, dem Versuch gleicht, die Herrschaft der Naturgesetze mit künstlichen Mitteln zu stören, denn die Ursache der Erscheinungen, mit denen man sich nicht abfinden kann, ist der entschiedene Wille der Nation, der innere Wert, das Wissen, die Kraft, die wirtschaftliche Fähigkeit, die Zahl und die Bildung der Deutschen. Das deutsche Volk ist niemals auf einem höheren Niveau gestanden als jetzt, es hat nie ein größeres patriotisches Selbstgefühl bezeugt, nie fester an seiner Einheit festgehalten als heute. Es verstößt gegen die geschichtliche Logik, dieses Land gerade jetzt zerstückeln zu wollen. Bei einem solchen Unternehmen kann man also höchstens von einem gewalttätigen Mord sprechen, nicht aber von der Förderung eines natürlichen Auflösungsprozesses.

Und wenn man von Oesterreich-Ungarn vor dem Krieg noch glauben konnte, daß es im Zerfallen begriffen ist, so beweisen doch heute die Tatsachen, daß es durchaus lebensfähig ist. In den letzten Jahrzehnten haben französische und englische Publizisten den Beweis führen wollen, daß bei uns höchstens zwei auch vereint in der Minderheit befind[illegible] Ungarn, ein [illegible] der heutigen Ordnung haben. [illegible] wolle die Rahmen der Monarchie sprengen. Ja, auch das ungarische Volk sei nicht ganz zuverlässig, denn im Grunde seines Herzens wünsche es die Loslösung von Oesterreich. Oft wurde behauptet, daß die Monarchie nur durch die Person Franz Josefs zusammengehalten werde. Heute erweist sich all das als Lüge. Kann man sich denken, daß eine im Innern von der Mehrheit bedrohte Minorität in einer so schweren Zeit, wie wir sie während dieses Krieges mehr als einmal durchlebt haben, wo wir mit der Möglichkeit eines unglücklichen Ausganges rechnen mußten, eine solche Kraft zu entwickeln, ein so hohes Selbstvertrauen, eine so feste Ausdauer an den Tag zu legen vermocht hätte, als dies tatsächlich der Fall war? Wir haben gehört, daß die Monarchie ein in Auflösung begriffener Leichnam sei. Was sind dann aber wohl unsere Feinde, welche nicht imstande sind, Leichen und Halbleichen zu überwinden? Heute hat uns das Schicksal unseres erfahrenen greisen Herrschers beraubt. Aber unser festes Zusammenhalten, unsere kräftige Entschlossenheit erfährt dadurch keine Aenderung.

Das Nationalitätengefühl hat sich nicht als jene zersetzende Kraft erwiesen, wie man meinte. Mögen doch die englischen und französischen Politiker ihre serbischen Bundesgenossen darüber befragen, ob sie einem leidenschaftlicheren und tapfereren Feind begegnet sind als den slawischen Kroaten oder den ebenfalls slawischen mohammedanischen Bosniaken, die doch, wie sie behaupten, alle den Wunsch hegen, sich von der ungarischen und österreichischen Unterdrückung zu befreien und in einem Großserbien aufzugehen. Auch die Russen haben erfahren, wie ausgezeichnet sich mehr als einmal beispielsweise das Kaschauer Korps unter Führung Borovic' und Arz' geschlagen hat, obgleich es zum größten Teil aus oberungarischen Slowaken besteht. Merken unsere Feinde nicht, wie sehr die rumänische Bevölkerung Oesterreichs und Ungarns den räuberischen Feldzug ihrer Brüder verurteilt? Ersehen sie aus alldem nicht, daß die Lebenskraft, das Zusammenhalten der Monarchie, ein viel größeres ist, als sie dachten? Hat sich nicht wiederholt, was Friedrich der Große zu seinem eigenen Schaden erfahren hat und in den Worten zum Ausdruck brachte, daß Oesterreich wieder eine größere Widerstandsfähigkeit an den Tag gelegt hat, als vorauszusetzen war?

Beweisen die Ereignisse des Krieges nicht, daß die Türkei kein kranker Mann ist, daß sie leben will und kann, daß sie über eine imponierende Kraft verfügt, und daß es jeder wirklichen Grundlage entbehrt, wenn man „über sie ohne sie" entscheiden will? Und wurde es nicht offenbar, daß Bulgarien die lebensfähigste Nation des Balkans ist? Und daß jeder Versuch, das Gleichgewicht auf dem Balkan gegen Bulgarien aufrechtzuerhalten, den Versuchen gleicht, die Pyramide auf die Spitze zu stellen?

Ganz irrig ist es auch, daß das Nationalitätenprinzip der neuen Ordnung eine feste, unerschütterliche, natürliche Grundlage geben würde, wie unsere Feinde gerne behaupten. Die Nationalitäten leben im östlichen Teile Europas so stark gemischt, daß das Nationalitätenprinzip nicht die sichere Grundlage einer endgültigen Staatsordnung sein kann. Es ist ganz unmöglich, dort lauter Staaten zu schaffen, von welchen jeder bloß aus einer einzigen Nationalität bestehen würde. Niemand ist imstande, eine Grenzeinteilung zu ersinnen, bei welcher die Deutschen, die Ungarn, die Serben, Bulgaren, Türken, Rumänen und Italiener nicht zu einem Staate kommen würden, welcher einen national gemischten Charakter hätte. Und wie kann man im Zeichen des Nationalitätenprinzips die Machtziele, welchen unsere Gegner jetzt nachjagen, erreichen? Wie kann man z. B. im Namen des Nationalitätenprinzips, um nur die flagrantesten Fälle zu erwähnen, die türkischen, arabischen und persischen Mohammedaner den Engländern und Russen unterordnen, von denen sie sowohl der Glaube als auch das Blut trennt? Wie kann man in einem Teile Europa als alleinseligmachende Wahrheit verkünden und für seine Verwirklichung das Leben von Millionen auf-

Neue Freie Presse 12./XII. 1916

Friedensfrage und die Entente.

opfern, was unmittelbar neben diesem Erdteil von den betreffenden Staaten selbst nicht berücksichtigt wird? Wenn das Nationalitätenprinzip so heilig ist, daß es in seinem Namen erlaubt ist, sonst lebenskräftige und über tausendjährige Ueberlieferungen verfügende, durch Verträge und durch die Zeit geheiligte Staaten zu zerreißen, dann muß man fragen, auf welcher Grundlage behält Rußland den ganzen westlichen Teil seines Gebietes, der vom Schwarzen Meer bis zur schwedischen Grenze nicht von Russen bewohnt wird? Vor kurzem wollte die irische Partei im englischen Parlament mit zwingender Logik aussprechen lassen, daß die so laut verkündeten Kriegsziele Englands in direktem Gegensatz zu jener Politik stehen, welche England den Iren gegenüber fortsetzt.

All das beweist zur Genüge, daß das Nationalitätenprinzip auch bei der Entente nur ein Vorwand ist, um ihre Machtziele zu erreichen, und daß es nicht die Grundlage einer neuen und besseren Weltordnung bilden kann. Es wäre in der Tat eine übermenschliche Aufgabe, in den Augenblicken des Hasses und der Leidenschaft, im Siegesrausch Grenzen zu finden, welche dem Nationalitätenprinzip entsprechen, die Erfordernisse der Geographie, die natürlichen Grenzen, die wirtschaftlichen Interessen, die Traditionen und alten Bräuche und die zu schützenden Großmachtsinteressen berücksichtigen und auch den ewigen Frieden sichern würden damit, daß sie die einzig möglichen und natürlichen sind.

Und zu alldem kommt, daß nach unserer Ueberwindung der Weltfriede noch immer durch den Wettbewerb Englands und Rußlands gestört würde. Diese beiden Weltmächte, welche seit Jahrhunderten fortwährend und ununterbrochen Eroberungen gemacht haben und in beispiellosem Maßstab gewachsen sind, welche bis in die Jüngstvergangenheit im Gegensatz zu einander standen und durch viele mit den unabänderlichen geographischen Verhältnissen zusammenhängende Interessengegensätze getrennt sind, könnten auch nach dem gemeinsam errungenen Sieg in ihrer Expansion nicht still stehen, sondern würden unaufhaltsam einem Ziele nachstreben, welchem sie mit den ungeheuren Opfern des gegenwärtigen Krieges nahegekommen sind, welches sie aber erst dann vollständig erreichen werden, wenn sie nach unserer Ueberwindung auch ihren einzigen ernsten Konkurrenten, ihren heutigen Bundesgenossen, geschwächt haben.

Die Entente hat somit nicht im geringsten Maße recht, wenn sie behauptet, daß ihr vollständiger Sieg einen ständigen Frieden bedeuten würde. Wollen wir aufrichtig sein, so müssen wir anerkennen, daß den Aussichten des Friedens nicht der vollständige Sieg der einen Partei, nicht die Ausbreitung irgendeines imperialistischen Gedankens günstig wäre, sondern das Umsichgreifen der sich als Lehre des Krieges ergebenden Auffassung, daß der Krieg unter allen Umständen ein schlechtes Geschäft ist und daß auch ein Sieg so ungeheure Opfer erfordert, daß die erreichten Erfolge damit in keinem Verhältnis stehen. Den Krieg fortsetzen, zu dem Zwecke, eine an dem Schreibtisch ersonnene Landkarte oder Völkerrechtsordnung zu verwirklichen, von welcher man den ewigen Frieden erwarten könnte, ist eine Sünde, für die es keine Entschuldigung gibt und welche mit dem heiligen Losungswort des Friedens um so weniger verteidigt werden kann, weil sie im inneren Gegensatz zum Geiste des Friedens steht, der von allen seinen Aposteln zum mindesten verlangt, daß sie keinen Krieg führen, wenn er nicht unvermeidlich ist, daß sie einen Krieg für nichts anderes führen als für die Sicherheit ihres Landes, keinesfalls aber für Theorien, für vielleicht unrealisierbare Utopien, am allerwenigsten aber für die in Utopien gehüllte imperialistische Selbstsucht.

Wenn es Leute gibt, die die in den Kreisen der Entente verkündeten idealen Ziele ernst nehmen, so ist dies nur auf eine Selbsthypnose zurückzuführen. Der einzig wirkliche Grund, aus welchem auch diese Selbsthypnose herrührt, ist die blendende Ambition der Ententestaaten. Es ist ein aus der Geschichte bekannter Vorgang, daß der starke Egoismus sich gern in der Hülle erhabener Ziele offenbart. Selten ist massenhaftes Blut anders vergossen worden als im Namen der Menschheit. Gedenken wir doch der Religionskriege, der Schrecknisse der französischen Revolution! Auch die imperialistischen Gedanken verstecken sich gern hinter den Interessen des Friedens. Gerade hinter jenen Interessen, gegen welche sie sich am meisten versündigen. Napoleon I. sagt auf der Insel St. Helena, daß sein Ziel in allen seinen Kriegen der ständige Friede war, daß auch er, wenn ihm der Erfolg beschieden gewesen wäre, seine Friedenskongresse und seine heilige Allianz gehabt hätte wie seine Feinde nach seinem Fall, daß auch er den Wunsch hegte, daß die von der Uebermacht Englands und durch die Niederlage Rußlands befreiten Völker alle *eine* Kulturgemeinschaft bilden, deren Harmonie kein aggressiver Krieg mehr stören könnte.

Glaubte der große Eroberer wirklich daran? Glaubte er unter der Hypnose seines eigenen Ehrgeizes und in seiner Selbstverhimmelung im Ernst, daß sein Sieg ein Segen für die Menschheit gewesen wäre und den ewigen Frieden bedeutet hätte? Oder hat er all das nur gesagt, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken und die Nachwelt für sich zu gewinnen? Wer könnte das entscheiden? Wie dem auch sei, es unterliegt keinem Zweifel, daß die von ihm erwähnten schönen Ideale bei ihm ebensowenig ein wirkliches Motiv seiner Bestrebungen bildeten wie bei seinen jetzigen Nachahmern, daß sie ebensowenig erreichbar gewesen wären und den Frieden ebensowenig gesichert hätten wie der jetzt geschmiedete Plan, denn was Gewalt geschaffen hat, kann auch nur mit Gewalt verteidigt werden.

Das Interesse der Menschheit erforderte auch damals bloß, daß das fürchterliche Menschenmorden ein Ende nehme und es verlangt auch heute, daß der Friede wieder hergestellt werde, und nichts anderes. Für den ewigen Frieden, den man von Napoleon erwarten konnte, wäre es ebensowenig wert, auch nur das Leben eines einzigen Krüppels aufzuopfern, als für jenen ewigen Frieden, für welchen Cadorna oder Brussilow kämpft.

Zu unserem großen Glück stehen *unsere* Lebensinteressen nicht in Widerspruch mit dem Interesse der Menschheit. Wir führen tatsächlich einen Verteidigungskrieg. Wir haben nicht zu den Waffen gegriffen, um das bestehende Gleichgewicht der Mächte zum Fall zu bringen oder um einzelne Staaten zu überwinden, deren natürliche Hilfsquellen sich unserer Ansicht nach zu rasch entwickelt haben, auch nicht um ein gewisses Gebiet zu erobern, sondern bloß um unsere bisher eingenommene berechtigte Position zu verteidigen. Heute, wo die militärischen Erfolge diese Position sichern, liegt es in unserem Interesse, auf Grund dieser militärischen Erfolge Frieden zu schließen. Für das Ziel der Befreiung Polens, das im Interesse unserer defensiven Ziele zu unserem besonderen Kriegsziel wurde, müssen wir auch nicht weiter kämpfen, weil die militärische Lage eine entsprechende Lösung auch dieser Frage zuläßt. Bei uns besteht zwischen patriotischer Pflicht und menschlicher Pflicht kein Gegensatz. Wir können unsere Gegner nur bedauern, die sich glauben machen wollen, daß sie noch für unabsehbare Zeit morden und verheeren müssen. Es ist wahr, daß die feindlichen Großmächte heute noch nicht wirklich überwunden sind und daß diese Tatsache in einem heute abzuschließenden Frieden naturgemäß zur Geltung kommen müßte. Es ist auch wahr, daß wir mit vollem Recht erwarten können, daß jene Superiorität, welche wir bisher aufgewiesen haben, immer stärker hervortreten und uns auch günstigere Friedensbedingungen ermöglichen wird, als sie heute zu erlangen wären. Diese Rücksichten dürften uns aber nicht davon zurückhalten, den Frieden zu wünschen. Wahrscheinlichkeiten zuliebe das sichere Gute aufs Spiel zu stellen, Unmassen von Blut zu vergießen, unberechenbare Opfer zu bringen, ist nicht gestattet.

Es kann also höchstens strittig sein, ob es wohl der Mühe wert ist, heute vom Frieden zu sprechen, wo die Regierungen der Entente noch den Krieg zu wollen scheinen.

Es ist wahrscheinlich, daß man aus allen unseren friedfertigen Aeußerungen Symptome der Schwäche herausdeuten wollen wird. Ich halte es nicht für unmöglich, daß sich auch Leute finden werden, die diesen Gerüchten Glauben schenken und die aus ihnen den Mut zur Fortsetzung des Kampfes schöpfen werden. Das kann aber nur eine Minderheit sein. Die Mehrheit derjenigen, die aus allen unseren Friedensäußerungen unsere Schwäche herauslesen wollen, wird dies nur tun, um uns von der Beteuerung friedlicher Absichten abzuschrecken. Der Mantel der Humanität und Friedensliebe ist im zwanzigsten Jahrhundert notwendig, um den Elan und die Begeisterung zu erhalten. Darum ist es für die Entente so unangenehm, wenn sie gezwungen ist, Farbe zu bekennen und zu verkünden, daß sie den Krieg um jeden Preis fortsetzen wolle, denn sie fühlt ja, daß die Argumente dafür, daß sie sich tatsächlich von der Humanität leiten läßt, niemand überzeugen werden. So oft die Regierungen der Entente den Friedensgedanken zurückweisen müssen, kommen sie mit den edleren Gefühlen ihrer eigenen Nation, mit den Interessen der Menschheit in Gegensatz. Das aber schwächt und zersetzt. Deshalb wollen sie uns von der Betonung des Friedens abschrecken. Deshalb schreien sie die Welt damit voll, daß alle Friedenstöne entweder deutsche Intrigen oder aber ein Symptom der Schwäche sind. Wir dürfen dem nicht aufsitzen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es für uns nützlicher sein, dasjenige zu tun, wovon man uns abschrecken will, was unseren Feinden unangenehm ist, als zu tun, was sie von uns erwarten und was sie wünschen. Wenn im Anfang die öffentliche Stimmung uns nicht angeklagt hätte, so würde die Erkenntnis von der sittlichen Gerechtigkeit unserer Sache schon längst in das Gemeinbewußtsein der Menschheit übergegangen sein. So gibt es leider noch Leute, die ernstlich glauben, daß wir den Weltkrieg verursacht haben. Dieser schädliche Glaube ist schon sehr geschwächt und kann endgültig beseitigt werden, wenn wir in der Frage des Friedens auch weiterhin konsequent vorgehen, wenn wir laut verkünden, daß wir zu einem den Erfordernissen der Billigkeit entsprechenden Frieden bereit sind. Wenn wir mit Tatsachen beweisen, daß unsere Siege uns keinen Augenblick lang berauscht haben, daß wir auch heute lediglich für defensive Ziele kämpfen, dann leihen wir jener Auffassung, daß der Krieg uns auch im Anfang nur aufgezwungen wurde, daß wir ihn auch heute nur gezwungenerweise fortsetzen und daß für jeden Tropfen Blut einzig und allein die Entente verantwortlich ist, eine unerschütterliche Stärke. Je mehr die Ententestaaten gezwungen sind, gegen deutsche Friedensintrigen Reden zu halten, je mehr die ganze neutrale Welt einsieht, daß wir keine Weltherrschaft anstreben, während unsere Gegner das Gleichgewicht der Welt von Grund auf umstürzen wollen, um so mehr werden sie einsehen, daß sie nicht unseren Sieg, sondern den Sieg der Entente zu fürchten haben, und um so größer wird der Druck auf die feindlichen Regierungen in ihren eigenen Ländern und in den Kreisen der Neutralen sein.

Ich kann auch mein Vertrauen auf die gegen uns kämpfenden Nationen nicht verlieren. Ich kann nicht glauben, daß die Massen dort Gefangene jener wahnwitzigen Leidenschaft sein könnten, welche ihre Staatsmänner leider so oft an den Tag legen. Ich kann nicht glauben, daß die Friedensströmung sich nicht kräftigen würde, wenn beispielsweise die englische oder französische Nation erfährt, daß ein Friede möglich ist, welcher die Lebensinteressen und die Ehre der gegen uns kämpfenden Großmächte unberührt läßt. Sind doch heute die Mitglieder der englischen Regierung bereits gezwungen, das Land zu bereisen und systematisch gegen die Friedensbewegung zu agitieren.

Wie lange wird es ihnen gelingen, im zwanzigsten Jahrhundert die Schrecknisse des Krieges volkstümlich zu machen, und das bei fortwährend steigenden Preisen, wenn einmal bekannt wird, daß diese Leiden in aller Ehre vermieden werden können.

Wir haben keinen Grund, unsere Friedensbereitschaft zu verheimlichen. Weshalb sollen wir leugnen, was uns zum Ruhme gereicht. Ich fürchte die Betonung unserer Friedensbereitschaft um so weniger, als dieselbe — wenn

Neue Freie Presse Abendbl 12./XII. 1916 56

se.

Abonnement für das Ausland:
vierteljährig
Bei uns (Kreuzband-Versendung): Deutschland, Serbien K. 22, t. Staaten des Weltpostvereines K. 24.
Bei den Postämtern in Deutschland M. 11.15, Schweiz Fr. 12.65, Belgien Fr. 15.98, Italien L. 14.47, Rumänien Fr. 13.90, Serbien Fr. 13.80, Bulgarien Fr. 15.55, Russland R. 5.50, Griechenland (d. d. Buchhandl. Eleftheroudakis & Barth, Athen od. k. k. Zeitgs.-Exp. in Triest) K. 15.62, Europ. Türkei (Oest. Postämter) K. 13.40, Asiat. Türkei K. 17.48, Aegypten K. 18.64, Dänemark Kr. 11.26, Schweden Kr. 11.20, Norwegen Kr. 10.56, Finnland M. 15.10, Holland F. 8.—. Bei den Agenturen in Italien: Loescher & Co., Rom Fr. 25.60, Frankreich: Hachette & Cie., 111, Rue Réaumur, Fr. 25.60; England: Saarbach, London, 21, Bride Lane, Fleet Street, E. C. Siegle & Co., London E. C. 129, Leadenhall Street Pfd. St. 1 sh. 1; Nordamerika: E. Steiger, 25 Park Place. G. E. Stechert, 151—155 West 25 th St., L. A. Rosswag, 57, Second-Avenue in Newyork, Doll. 6.40. Vertreter für das ges. Ausland: Saarbachs News Exch., Ges. m. b. H., Mainz.
Für die an Agenten, Austräger oder Verschleisser bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

1916.

Anerbieten von Friedens-verhandlungen.

Note der Mittelmächte an die Regierungen der neutralen Mächte.

Wien, 12. Dezember.

Amtlich wird verlautbart:

Als im Sommer 1914 die Langmut Oesterreich-Ungarns gegenüber einer Reihe planmäßig fortgesetzter und sich stets steigernder Herausforderungen und Bedrohungen erschöpft war und die Monarchie sich nach fast fünfzig ununterbrochenen Friedensjahren gezwungen sah, zum Schwerte zu greifen, waren für diesen schweren Entschluß weder Angriffspläne noch Eroberungsabsichten, sondern ausschließlich das bittere Gebot der Notwehr maßgebend.

Ihren Bestand zu verteidigen und für die Zukunft vor ähnlichen tückischen Anschlägen feindseliger Nachbarn zu sichern, das war die Aufgabe und das Ziel der Monarchie in dem gegenwärtigen Kriege.

Im Vereine mit ihren in treuer Waffenbrüderschaft erprobten Verbündeten haben Oesterreich-Ungarns Heer und Flotte kämpfend und blutend, aber auch vorstürmend und siegend reiche Erfolge erzielt und die Absichten der Gegner zu schanden gemacht. Der Vierbund hat nicht nur eine unübersehbare Reihe von Siegen errungen, sondern hält auch ausgedehnte feindliche Gebiete in seiner Gewalt. Ungebrochen ist seine Kraft, welche erst kürzlich der letzte verräterische Gegner zu fühlen bekam, unerschüttert der zähe Widerstandswille seiner Bevölkerung.

Nimmer können die Feinde hoffen, diesen Mächtebund zu besiegen und zu zertrümmern, nimmer wird es ihnen gelingen, ihn durch Absperrungs- und Aushungerungsmaßregeln mürbe zu machen. Ihre Kriegsziele, denen sie im dritten Kriegsjahre nicht näher gekommen sind, werden sich in der Folge vollends als unerreichbar erweisen. Nutzlos und vergeblich ist daher die Fortsetzung des Kampfes für die Gegner.

Die Mächte des Vierbundes hingegen haben ihre Ziele: die Verteidigung gegen den von langer Hand geplanten und verabredeten Angriff auf ihren Bestand und ihre Integrität sowie die Gewinnung realer Bürgschaften gegen eine Wiederholung solcher Bedrohungen ihres Daseins und ihrer friedlichen Entwicklung, wirksam verfolgt und werden sich von dem durch die errungenen Vorteile gesicherten Boden ihrer Existenz nimmer abdrängen lassen.

Die Fortsetzung des mörderischen Krieges, in welchem die Gegner noch viel zerstören, aber die Schicksale, nach der entschlossenen Zuversicht des Vierbundes, nicht mehr wenden können, stellt sich immer mehr als eine zwecklose Vernichtung von Menschenleben und Gütern, als eine durch keine Notwendigkeit gerechtfertigte Unmenschlichkeit, als ein Verbrechen an der Zivilisation dar.

Diese Ueberzeugung und die Hoffnung, daß die gleiche Einsicht auch im gegnerischen Lager zum Durchbruche gelangen könnte, hat bei dem Wiener Kabinette in voller Uebereinstimmung mit den Regierungen der verbündeten Mächte den Gedanken gereift, einen offenen und loyalen Versuch zu unternehmen, um zu einer Aussprache mit den Gegnern zum Zwecke der Anbahnung des Friedens zu gelangen.

Zu diesem Behufe haben heute die Regierungen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, der Türkei und Bulgariens an die in den betreffenden Hauptstädten beglaubigten Vertreter der mit dem Schutze der respektiven Staatsangehörigen in den feindlichen Ländern betrauten Staaten gleichlautende Noten gerichtet, welche die Geneigtheit, in Friedensverhandlungen mit den Gegnern einzutreten, darlegen und das Ersuchen enthalten, diese Eröffnung im Wege ihrer Regierungen den betreffenden feindlichen Staaten zu übermitteln.

Gleichzeitig wurde dieser Schritt mit einer besonderen Note zur Kenntnis des Vertreters des Heiligen Stuhles gebracht und das wertätige Interesse des Papstes für dieses Friedensanbot erbeten. Ebenso wurden die in den vier Hauptstädten beglaubigten Vertreter der übrigen neutralen Staaten von der Demarche zur Benachrichtigung ihrer Regierungen verständigt.

Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten haben mit diesem Schritte einen neuerlichen entscheidenden Beweis ihrer Friedensliebe erbracht. An den Gegnern ist es jetzt, vor der ganzen Welt Zeugnis ihrer Gesinnungen abzulegen. Den Vierbund wird aber, was auch immer das Ergebnis seines Vorschlages sein mag, für die ihm etwa aufgenötigte Fortsetzung des Krieges auch vor dem Richterstuhle seiner eigenen Völker keine Verantwortung treffen können.

Die Note über die Geneigtheit zu Friedensverhandlungen.

Der französische Text der Note:

„La guerre la plus formidable que l'histoire ait connue ravage depuis deux ans et demi une grande partie du monde. Cette catastrophe, que les liens d'une civilisation commune et plus que millénaire n'ont pu arrêter, frappe l'humanité dans son patrimoine le plus précieux: elle menace d'ensevelir sous ses ruines le progrès moral et matériel dont l'Europe s'enorgueillissait à l'aube du vingtième siècle.

Dans cette lutte l'Autriche-Hongrie et ses alliés: l'Allemagne, la Bulgarie et la Turquie, ont fait preuve de leur force indéstructible en remportant des succès considérables sur des adversaires supérieurs en nombre et en matériel de guerre. Leurs lignes inébranlables résistent aux attaques incessantes des armées de leurs ennemis. La récente diversion dans les Balcans a été rapidement et victorieusement contrecarrée. Les derniers évènements ont démontré que la continuation de la guerre ne saurait briser leur force de résistance. La situation générale les autorise bien plutôt à espérer de nouveaux succès.

C'est pour défendre leur existence et la liberté de leur développement national que les quatre Puissances alliées ont été contraintes à prendre les armes. Les exploits de leurs armées n'y ont rien changé. Pas un seul instant elles ne se sont départies de la conviction que le respect des droits des autres nations n'est nullement incompatible avec leurs propres droits et intérêts légitimes. Elles ne cherchent pas à écraser ou à anéantir leurs adversaires.

Conscientes de leur force militaire et économique et prêtes, s'il le faut, à continuer jusqu'au bout la lutte qui leur est imposée, mais animées en même temps du désir d'arrêter le flot de sang et de mettre fin aux horreurs de la guerre, les quatres Puissances alliées proposent d'entrer, dès-à-présent, en négociations de paix. Elles sont persuadées que les propositions qu'elles y apporteraient et qui viseraient à assurer l'existence, l'honneur et le libre développement de leurs peuples, seraient propres à servir de base au rétablissement d'une paix durable.

Neues Wiener Tagblatt

13./XII. 1916

Zum Kampfe entschlossen — zum Frieden bereit.

In erhabener Einfachheit, ohne Ruhmredigkeit wie ohne Schwäche, haben unser junger Kaiser und Kaiser Wilhelm den im Felde stehenden Armeen — haben ferner die verantwortlichen Leiter unsrer beiden Kaisermächte sowie Bulgariens und des Ottomanischen Reiches, ihren Völkern und der gesamten Welt den historischen Entschluß bekanntgegeben, die gegen uns im Kampf stehenden Feinde zum Eingehen in Friedensverhandlungen aufzufordern. Wirkt es nicht wie ein Trost, in dem aus diesem Anlaß erschienenen Armee- und Flottenbefehl unsres Kaisers so rührende Worte zu finden von dem „Bestreben, den in schwerer Zeit mannhaft ausharrenden Völkern die Segnungen des Friedens wiederzugeben", Worte, die so schlicht als sprechend in der Bitte ausklingen, „der Allmächtige möge diesen Schritt mit seinem Segen geleiten". Des weiteren brachte der gestrige Tag die ebenfalls darauf bezüglichen großartigen Kundgebungen im deutschen und im ungarischen Reichstag. Dort war der Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg und in Budapest der ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Tisza der Wortführer der gleichen, aus dem tiefsten Grunde der Herzen geschöpften Ergebenheit für die heilige Sache der Menschheit. Wohl mögen die für den Krieg verantwortlichen Männer in der uns bekämpfenden Entente ihren aus tausend Wunden blutenden Völkern in der alten trügerischen Absicht den die Weltlage beherrschenden und von reifster Erkenntnis eingegebenen großen Gedanken, der zu diesem Schritt geführt hat, als Zeichen einer Schwäche darstellen wollen. Was tut's! Das Rechte gewollt und es planmäßig und im eisernen Kraftbewußtsein auch im richtigen Moment der Welt verkündet zu haben, kann niemals Grund einer nachträglichen Reue sein, und muß die Herzen um so mehr über alles ängstliche Zaudern erheben, als das Angebot der beiden Kaiser wie der Souveräne der uns verbündeten Länder einer unabweisbaren Forderung der Religion der Menschenliebe gerecht wird. Man lese die Schilderung, die der deutsche Kanzler und Graf Tisza den aufhorchenden Völkern in einer der Wahrheit in allen Punkten so streng entsprechenden Weise von unsrer Lage entworfen haben, eine Schilderung, aus der leuchtend hervorgeht, wie geniale Führung und durch herzbewegendste Vaterlandsliebe getragene Opferwilligkeit der Heere wie der hinter ihnen stehenden Völker uns die beneidenswerte Möglichkeit geschaffen haben, stolz erhobenen Hauptes, unbesiegt und unbesiegbar unsre Gegner zum Eintritt in die Friedensverhandlungen aufzufordern. Und wer so sprechen und so der Wahrheit die Ehre geben kann, der hat sich um das nur von geistiger Erniedrigung zeigende Gezische von Reptilien nicht zu kümmern. Wer nicht festhält an den veralteten und den tiefen moralischen und intellektuellen Bankrott bekundenden Ideen von vor dem Kriege, die zum Schaden allen rechtschaffenen Denkens und menschlichen Fühlens nur die blutige Zwietracht zwischen Staaten und Nationen verewigen wollten; wer nicht durch einen die Wahrheit schändenden Größenwahn verblendet ist; und wer einsieht, daß die unsre Feinde beherrschende verderbliche Prestigesucht nur dazu geführt hat, in den Gemütern drüben alle Notionen von Recht und Gerechtigkeit auszurotten, der wird gewiß mit uns von dem gestern feierlich kundgegebenen Friedenswillen unsres Vierverbandes freudig und herzhaft sagen: nie wurde ein richtiges Wort zu richtigerer Zeit gesprochen!

„Ich will kurz sein — rief der deutsche Reichskanzler gestern —, die Taten sprechen." Und wuchtig, gleich weithin tönenden Glockenschlägen erschollen seine Feststellungen: größere militärische Sicherheit als je zuvor; eisernes Festhalten an der Westfront, die durch Menschen und Materiale gegen früher noch in weit bedeutsamerem Maße verstärkt ist; nachdrückliche Vorsorge gegen eine italienische Offensive; genommene große Vorräte an Getreide und Oel in dem durch Hindenburgs geniale Führung niedergeworfenen Rumänien; fraglose wirtschaftliche Sicherung — Bannung des Hungergespenstes, das sich nun gegen die Feinde selbst wendet —, endgültiger Beweis, wie trügerisch das Gerede von unsrer inneren Ermüdung ist; entschlossenes Aushalten des arbeitenden Volkes, dieser Riesenkraft unsrer Nationen, hinter den Heeren; und wir nicht eine belagerte Festung, wie die Gegner es sich dachten, sondern vielmehr ein unerschöpfliches und gewaltiges Heerlager. . . . Nun denn, kann es jemand geben, der die Wahrheit liebt, und der diese grandiose Inventur irgendwie ernstlich zu bemängeln vermöchte? Und nachdem er so der gesamten Welt objektiv die materiellen Tatbestände vor Augen geführt hat, erhebt sich der deutsche Kanzler in seiner Kundgebung auch subjektiv zu lichter durchgeistigter Größe. „Unsre Stärke," ruft er, „macht uns nicht taub gegen unsre Verantwortung vor Gott, den eigenen Völkern und der Menschheit." Das ist die Seelenstimmung, die unser Kaiser schon bei seinem Regierungsantritt erkennen und in der er uns das heutige geschichtliche Geschehen vorausahnen ließ. Und diese Seelenstimmung ist es, die die beiden Kaiser und die mit ihnen verbündeten Mächte veranlaßt hat, jetzt die große Menschheitsfrage zu stellen, der die Feinde bisher ausgewichen sind.

Den in seiner Ritterlichkeit berufensten Sekundanten fand Herr v. Bethmann Hollweg in der Person des großen Redners, der gestern in Budapest als Chef der ungarischen Regierung in der gleichen Sache das Wort hatte. Die eindrucksvolle Art, wie Graf Tisza den politischen Degen führt, muß man nicht erst ins Licht stellen wollen. Man weiß, wie in ihm schrittfeste Beredsamkeit, Treffsicherheit des Gedankens wie des Wortes und ergreifende Aufrichtigkeit, wo es ewige Grundsätze und heiße patriotische Gefühle gibt, sich verschwistern. Allein diesmal erhob er sich, offenbar von der Gewalt des historischen Augenblicks selbst erfaßt, in all der gewollten Kürze seiner Worte und in ihrer strengen Anpassung an die Kundgebung des deutschen Reichskanzlers zu einer geschichtlichen Höhe, welche, eine geradezu begeisterte Zustimmung hervorrufend, denn auch völlig und restlos die wahre Stellungnahme nicht bloß der Ungarn, sondern der gesamten Monarchie gegenüber dem Weltkrieg zum Ausdruck bringt. Herr v. Bethmann Hollweg ließ seine Ausführungen in den prachtvollen Worten kulminieren: „Zum Kampf entschlossen — zum Frieden bereit." Auch Graf Tisza wies den Gedanken weit von sich, daß der heutige Schritt der Zentralmächte und ihrer Verbündeten dem Gefühl irgendeiner Schwäche entsprungen sein könnte. Was gestern geschehen ist, ist einzig aus der von jeder Schlacke freien Sorge um die Menschlichkeit hervorgegangen. W ist nicht alles an Kulturblüten in d Winterfrost dieses Kriegswütens zugrunde g gangen. Nun wollen die beiden Kais wollen ihre Verbündeten nach den v heerenden Stürmen dieser durch den Kri geschaffenen Ausnahmszeit, in der Welt b den Frühling eines dauernden Völk friedens wiederhergestellt sehen. Sie woll es stark und als Sieger und bieten die Ha im Dienste des Menschheitsgedankens. W darauf mit einer Ablehnung antwortet, auf d fällt eine ewig brandmarkende Verantwortu zurück.

Im hellsten Sonnenlichte, klar und in hi reißender Aufrichtigkeit haben also unsre Ve treter in der wahrheitsgemäßen Bewertu unsrer das Wiederaufleben des Friedens e möglichenden Lage unsre Friedensgeneigthe bekanntgegeben. Wenn die Feinde bei früher ähnlichen Kundgebungen sich nicht stell wollten und gegenüber den Mahnungen d Weltgewissens mit dem Scheinargument, d unsre Angebote nicht aufrichtig seien, d Ausknaifen wählten: diesmal werden ihne diese schleißig gewordenen Ausflüchte nich mehr zugebote stehen. Es ist ein positiver An trag, der da, und zwar auch auf dem autori siertesten, dem im internationalen Verkehr gebotenen Wege, dem Friedenspapst sowie de Regierungen der Neutralen und auch den Re gierungen unsrer Feinde übermittelt worde ist. An ihnen, den Gegnern, wird es nun sein klipp und klar darzutun, ob sie unsrer Friedens anregung Folge leisten wollen oder nich Wenn sie verneinen, so zwingen sie uns nu aufs neue zur rücksichtslosesten Weiterführun des Krieges, den sie uns — was hilft vor de Geschichte das Ableugnen? — nach so tückis langer und heimlicher Vorbereitung auf gezwungen haben. Wir wissen nicht mehr, wa es gesagt hat: „Gott führt die Völker auf de rechten Weg, aber die Minister, die falsch sehen führen sie auf Irrwege." Nun stehen sie nac all den ungeheuren Verlusten, die sie über ihre eigenen Staaten, und zwar auf allen Gebieten, gebracht haben, vor der Gewissens- und Schicksalsfrage, ob ihre durch die Tatsachen so grausam dementierten prahlerischen Redereien auch jetzt, nach dieser Friedenskundgebung unsres Vierverbandes, noch die werbende Kraft behalten, und ob die von ihnen getäuschten Nationen sich von ihnen noch weiter auf dürrer Heide herumführen lassen werden.

Pester Lloyd
16./XII. 1916
79

Ganzj. 44 K, halbj. 22 K, viertelj. 11 K, monatlich 4 K. Für das Inland: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 36 K, halbj. 18 K, viertelj. 9, monatlich 3.40 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 28 K, halbj. 14 K, viertelj. 7 K, monatl. 2.50 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 48 K, halbj. 24 K, viertelj. 12 K, monatlich 4.40 K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 18 K, für alle übrigen Staaten 21 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Nagy, Julius & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Yenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des „Pester Lloyd" für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den „Pester Lloyd".

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 12 Heller. Abendblatt in Budapest 6 Heller, in der Provinz 8 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

63. Jahrgang. Budapest, Samstag, 16. Dezember 1916 Nr. 349

Das Kriegsjahr 1916.

— Nach Informationen von besonderer Seite. —

Von **Karl Friedrich Nowak.**

Der kollegialen Liebenswürdigkeit des durch seine Mitarbeit am Pester Lloyd auch unseren Lesern bestens bekannten Herrn Karl F. Nowak, Kriegsberichterstatters der Kölnischen Zeitung, verdanken wir den nachfolgenden Aufsatz, dessen Mitteilungen auf das lebhafteste Interesse unseres Leserkreises Anspruch erheben dürfen.

Standort des k. u. k. Armeeoberkommandos im Dezember.

1916 rollt nunmehr als Vergangenheit und Historie ab: hell ist, hell bleibt der Glanz, der — trotz manch unerwarteter Schatten am sommerlichen Horizont — dies Jahr als Einheit überstrahlt. Sein Eingang sah die Verbündeten stark in kameradschaftlich treuer Waffengröße. Sein Ausgang sieht sie stärker als jemals zuvor. Bisweilen mochte das Volk im Zuschauen daheim doch heimlich bangen; denn vieles trug sich im verborgenen zu, unter Schleiern, die niemand damals, als es geschah, noch lüften konnte, niemand, der Verantwortung trug. Auch wenn das Volk daheim unruhig zu werden schien. Auch wenn einzelne aufstanden an besonderem rechtverbrieften Platz, der Rede und Anfrage erlaubte, die darum doch ohne Antwort bleiben mußten. Aber im Ueberschauen all der stählernen Ereignisse von 1916 wird heute freilich, da man auch die Schleier schon ein wenig lüften kann, kaum einer mehr sich finden, der nicht doch mit ruhigem Bewußtsein, mit ruhigem Selbstvertrauen ins neue Jahr hinüberschritte. Kühnste Erfolge haben Truppe wie Führer aufs neue erhöht. Zu Deutschlands Unüberwindbarkeit, zu den Aeußerungen dieser geradezu märchenhaften deutschen Kraft, zu allen Taten des Vierbundes tritt Oesterreich-Ungarns Anteil mit jener lapidaren Wucht, die den Oesterreicher und den Ungar seiner ganzen Art nach vermutlich selbst ein wenig skeptisch ließ, aber es wird sich jetzt, da alle Entwicklungen schon Geschichte geworden sind, vielleicht einiges davon erzählen lassen.

Am Eingang des Kriegsjahres stand immer noch die Balkanphase. Mackensen hatte Serbien zwar zerschmettert, aber noch nicht der ganze Gegner auf dem Balkan war bezwungen. Eine neue Entscheidung mußte gesucht und getroffen werden, wohin die siegreichen Waffen nunmehr zu wenden seien. Und die österreichisch-ungarische Heeresleitung entschied sich schnell: Nach Serbien sollte, um wenigstens auf einem Schauplatz reinen Tisch zu machen, sofort Montenegro niedergeschlagen werden. Ueber die Aussichten des Lovcenangriffes, sowie des ganzen Unternehmens gegen das wilde Bergland waren die Ansichten der militärischen Autoritäten damals geteilt. Die Heeresleitung aber ließ sich nicht beirren. Vielleicht war es gut, wieder den Generalfeldmarschall v. Mackensen zu einem zweiten Schlage ausholen zu lassen. Indes: die Auseinandersetzung mit König Nikita schien eine so außerordentlich österreichisch-ungarische Angelegenheit, wie es nur noch die italienische sein konnte, und des Generalfeldmarschalls sieggewohnte Kraft war wichtig zum Beschreiten neuer Richtungen. Die Heeresleitung befahl dem Generaloberſten v. Köveß, den Schlag zu führen. Köveß hatte Iwangorod genommen, er hatte Belgrad genommen, seine Armee schwenkte ab von den Truppen des Generalfeldmarschalls. Wie schnell er den Angegriffenen schlug, wie gründlich, ist bekannt. An der Schwelle des neuen Jahres 1916 lag das niedergeworfene Montenegro.

Montenegro lag am Boden zerschmettert. Was sollte jetzt geschehen? In Italien schwankte die Stimmung. Wenn Italien ein scharfer Stoß noch obendrein traf, brach diese Stimmung vielleicht völlig entzwei: nach der Friedensseite hin jedenfalls. Eine Großmacht konnte in der Gegnerreihe erheblich um ihren Gefechtswert gebracht werden. Die Entente rüstete. Daß ihre große Offensive bevorstand, wußte man. Sie holte unentwegt Truppen heran, sie baute unentwegt Maschinen und Geschütze, sie wurde stärker von Tag zu Tag. Noch aber war sie nicht fertig. Doppelt schlägt, wer schnell schlägt. Die österreichisch-ungarische Heeresleitung beschloß also den Angriff gegen Italien. Der Bundesgenosse wurde verständigt. Rivalitäten, persönliche Ruhmesabsichten zwischen den Bundesgenossen kennt dieser Krieg ja nicht; nur ein Ziel, ein Endsieg schwebt allen gemeinsam vor: wenn es anginge, sollte der Waffenbruder sogar unmittelbar tätigen Anteil an der neuen Offensive haben. Er konnte dies mit Truppen an der Südwestfront, konnte es auch durch Verstärkung an der Ostfront tun. Freilich gab es da allerlei zu erwägen. Deutschland befand sich mit Italien noch nicht im Kriegszustand. Auch war um die gleiche Zeit ein Stoß im Westen geplant, war auch schon vorbereitet. Natürlich brauchte Deutschland darum selbst seine Truppen. Oesterreich-Ungarn stand also im Angriff auf Italien zwar allein, konnte aber der ganzen Lage nach den Angriff gleichwohl ruhig führen. Die Ostfront war gesichert; es machte auch nichts aus, daß sogar einzelne deutsche Truppenkörper — etwa der Armee Bothmer — um jene Zeit noch nach dem Westen hinübergingen; die Ostfront blieb trotzdem jetzt immer noch stärker besetzt als jemals während des ganzen Krieges zuvor. Die Heeresleitung übte überdies jede Voraussicht. Die einzelnen Generalstabschefs der Armeen draußen hatten persönlich Bericht zu erstatten. Immerhin mochten die Russen nur anrennen: überall schien nach menschlichem Ermessen solch ein Anrennen aussichtslos. Die k. u. k. Truppen hatten oft genug gegen Rußlands Heere gefochten im Verhältnis eins zu drei; jetzt standen gegen zweiundvierzig russische Divisionen entlang der ganzen Front sechsunddreißig Divisionen. Wie konnte hier irgendeine Ueberraschung auch nur möglich sein? Ehrlichste Ueberzeugung war es darum, wenn auch der Generalstabschef jener Armee, die damals die Anschlußarmee der vierten Armee und zugleich ihr Oberkommando war, bei seinem Vortrag vor der österreichisch-ungarischen Heeresleitung erklärte, daß nichts sogar sehnlicher erwünscht sei, als gerade ein Angriff der Russen. Die Front war in der Tat gesichert. Der Angriff gegen Italien begann.

Er war ein militärisches Meisterstück, ein technisches Kunstwerk; jede Einzelheit vorher berechnet. Das meiste für diesen Feldzug neu erfunden, neu erbaut; der Aufmarsch auf Straßen vollzogen, die noch in keiner Karte eingezeichnet waren; die Artillerie in raffiniertester Gruppierung. In schwierigstem Terrain wurde der Gegner Tag um Tag geschlagen und geworfen. Man stand endlich knapp vor der Ebene. Noch ein Querriegel vor dem Asticotal: dann war man unten. Da kam Luck, der Schatten dieses Jahres...

Luck wird immer ein Rätsel bleiben. Wir sind heute so stark, die Erfolge der Mittelmächte so sehr weithin sichtbar, unsere Kraft so sehr gewaltiger denn je, daß man Luck heute ruhig als das bezeichnen darf, was es war, als ein jähes, unerwartetes Teildebakel, als einen Blitz aus heiterem Himmel. Nicht daß die Brussilowsche Offen-

Die Leichenwäscherinnen gingen. Ich weiß nicht,

Kölnische Zeitung
17./XII. 1916

Stresemann über die Lage.

* **Köln**, 17. Dezember.

Daß Dr. Stresemann, wie schon früher, in Köln ein volles Haus finden werde, darüber waren sich der Nationalliberale Verein und der Verein der nationalliberalen Jugend klar, daß aber in diesem Stadium des Kriegs Saal und Galerie der Lese bereits lange vor Beginn der Versammlung überfüllt sein würden und viele wieder umkehren mußten, hatte man doch nicht erwartet. Pünktlich um 8¼ Uhr eröffnete Stadtverordneter Justizrat Dr. Schnitzler mit einer kurzen inhaltreichen Ansprache die Versammlung, und gab dann dem Redner des Abends, dem Abgeordneten Dr. Stresemann das Wort, der etwa folgendes ausführte:

Im Vertrauen auf unsre Stärke und unsre Kraft haben wir unsern Feinden ein Friedensangebot gemacht. An der Bedeutung dieses Schrittes kommt die Welt nicht vorbei, und wir fragen uns heute, ob er nur eine Episode in diesen Weltkämpfen sein wird oder ob man von diesem Tage an eine neue Epoche der Gestaltung der Völker wird datieren können. Lassen Sie uns, um die Bedeutung dieses Schrittes, seine Voraussetzung und seine Folgen würdigen zu können, die politische, militärische und wirtschaftliche Lage im gegenwärtigen Zeitpunkt beleuchten.

Wir haben dieses Angebot ergehen lassen können im Bewußtsein unserer Stärke, die nach dem Fall von Bukarest der ganzen Welt sich offenbarte. Täuschen wir uns nicht, daß es nicht immer so glänzend um uns gestanden hat. Ich erinnere an die Rückschläge der Österreicher, an die letzten Vorgänge bei Verdun und an der Somme, wenn auch das Wort, das der leitende Staatsmann gesprochen hat: „Durch kommen sie nicht" aus aller Überzeugung gesprochen war. Aber man kann es verstehen, daß unsere Gegner der Meinung sein konnten, es bedürfe nur noch des Eingreifens von Rumänien, um Deutschland und seinen Verbündeten den letzten Stoß zu versetzen. Das war

der letzte große Trumpf,

den unsere Feinde ausspielten, ein Trumpf, der, einmal ausgespielt und nicht zum Erfolg führend, ihnen den Erfolg für alle Zeiten nehmen mußte. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem der Redner die Treue des verstorbenen Königs Karol von Rumänien und seiner Gattin in wirksamen Gegensatz zu seinem Neffen, der die Treue gebrochen, gestellt hatte, fuhr er fort: Wir sehen, daß es nicht genügt, wenn Könige und Diplomaten Bündnisse schließen, daß diese erst dann Wert und Dauer erhalten, wenn sie fest verankert in den Herzen der Völker sind. (Beifall.) Ein Bündnis drei Jahrzehnte lang in der Schublade zu verbergen, das ist falsche Diplomaten-Weisheit. Wieviel wichtiger und wirksamer sind die Bestrebungen, wie die der Reichsdeutschen Waffenbrüdergemeinschaft, der gegenseitige Besuch von Abgeordneten in den einzelnen Ländern; dadurch wird ein enges kulturelles Ineinanderleben bewirkt, das seine Früchte für immer tragen wird. Das Eingreifen Rumäniens, dieser letzte Trumpf unserer Feinde, hat zuerst niederdrückend auf uns gewirkt, weil es den Frieden weiter hinauszuschieben schien, weil die Tücke, uns den Dolch in den Rücken zu stoßen, uns empörte, und weil es uns schauderte vor dem Gedanken, daß noch viel Blut von neuem fließen müsse, um auch diesen Ansturm zurückzuschlagen. In diese Zeit fällt eine Tat, die vielleicht weltentscheidend sein wird:

die Berufung Hindenburgs.

Bei Hindenburg und seinen Erfolgen, bei den unendlichen Anforderungen, die er an Mann und Roß stellt, fühlen wir das Wort: „Das ist der Geist, der sich den Körper baut". Und dieses Vertrauen, das von dem ganzen deutschen Volk geteilt wird, ist ein Aktivposten für den Sieg, der diesem Mann helfend an die Seite tritt. Unter Hindenburgs Führung kamen die Vorgänge bei Silistria und Tutrakan, die schließlich zu dem Fall von Bukarest und dem weitern unaufhaltsamen Vordringen unsrer Heere führten. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Eroberung von Rumänien kann, gleichgültig wie man sich zu dem Friedensangebot stellen wird, garnicht hoch genug angeschlagen werden. Wenn wir heute mancherlei Erschwerungen im wirtschaftlichen Leben haben, da müssen wir berücksichtigen, daß diese eine Rückwirkung der großen Siege in Rumänien sind, insofern, als der Wagenmangel, der jetzt besteht, eine Folge davon ist, daß wir Heeresmassen und Munition in großer Menge nach dem rumänischen Kriegsschauplatz zu führen hatten, daß diese Wagen schneller dahin gelangt sind als sie zurückzubringen sind. Wie weit die politische und wirtschaftliche Rückwirkung der Vorgänge in Rumänien auf Griechenland sein werden, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Ich möchte Ihnen raten, keinem Reuter-Telegramm zu trauen, das heute etwas über Griechenland sagt. Etwas hebt sich aber aus allem heraus, daß wieder eine Persönlichkeit von festem Willen beseelt ist, das Geschick und die Geschichte des Landes zu meistern: selbst ein Kranker, der aber der Welt das Bild eines Königs gegeben hat, das selbst den Gegnern Achtung abzwingen muß. Das Balkanunternehmen Sarrails ist in Gefahr, und es steht zu hoffen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der die Regelung der Liquidation des Balkans in die Hände Deutschlands und seiner Verbündeten gelegt wird. (Beifall.)

Wir pflegen in Deutschland nur an uns und unsre wirtschaftliche Not zu denken und fragen uns: wie lange werden wir das noch aushalten. Ebenso wichtig aber ist die Gegenfrage: Wie lange können es die andern aushalten, wie sieht es denn bei ihnen aus!? Rußland hat nicht einen Diktator, es hat acht Diktatoren ernannt zur Regelung der Lebensmittelversorgung, und der Zar hat selbst durch seinen Minister in der Presse mitteilen lassen, daß er alles tun werde, um Lebensmittel nach Moskau zu schaffen. Wir dürfen überzeugt sein, daß der Zar das nicht tun würde, wenn Moskau Brot genug hätte. Rußland hat an Toten und Schwerverwundeten, die für den Kampf nicht mehr in Betracht kommen, bisher 8½ Millionen verloren, Rußland fehlt die Munition, die

unsre U-Boote

ihm weggeschossen haben (Lebhafter Beifall), wie wir überhaupt überzeugt sind, daß kein Neutraler mehr fahren wird, wenn unsre U-Boote schärfer auftreten. (Stürmischer Beifall.) Auch in Rußland wird nach diesem furchtbaren Menschenverlust, der großen Lebensmittelnot und nachdem der Weg nach Konstantinopel durch unsere Erfolge in Rumänien verschlossen ist, die Frage auftauchen: Bluten wir denn jetzt für einen andern als für England?!

Richten wir unsere Blicke nach dem Westen, wo die Franzosen schon jetzt nicht mehr imstande sind, ohne die Engländer ihre Landesgrenze zu verteidigen, wo der wirtschaftliche Schaden im besetzten Industrie- und Textilgebiet nach Schätzung der Pariser Handelskammer bis jetzt schon 17 Milliarden Franken beträgt, so müssen wir sagen, daß es in Frankreich noch schlimmer steht als bei uns. Dann bleibt nur noch England, das noch weiterkämpfen kann und noch nicht zusammengebrochen ist, das sich aber heute schon mit der Frage der Brotkarten und fleischlosen Tage beschäftigt, nachdem es 2½ Jahre lang vergeblich versucht hat, bei uns die Hungersnot heraufzubeschwören. Es besteht kein Zweifel, daß unsere wirtschaftliche Lage nach den Erfolgen in Rumänien gesichert ist, daß sie aber bei England sehr zweifelhaft ist infolge der Mißernten in Kanada, den Vereinigten Staaten und Argentinien, wo man jetzt bereits einschränkende Bestimmungen über die Ausfuhr erläßt. Und dann sehen wir, daß die Tätigkeit unserer Unterseeboote den Schiffsverlust bei unsern Gegnern in einem Monat bis zu 173 Tausend Tonnen gesteigert hat. Die Erfolge wachsen von einem Monat zum andern, und was auf den Werften an neuen Unterseebooten hergestellt werden kann, wird hergestellt. Und so wird Bethmanns Wort Geltung behalten: Dann steht das Hungergespenst vor Englands, nicht vor Deutschlands Toren. (Stürmischer Beifall.)

Der Redner ging dann auf die innere Lage Deutschlands ein, dessen Getreideversorgung zwar gut, dessen Kartoffelversorgung aber zu wünschen übrig lasse. Wenn aber die Kartoffeln nicht reichen, dann haben wir noch Brot genug. Dafür leisten die 2 850 000 Tonnen Getreide in Rumänien genügende Sicherheit, selbst wenn wir, wie bisher, an Österreich und die andern Verbündeten davon abgeben müssen.

Unser Zusammenbruch kann nicht kommen, nachdem wir Rumänien erobert haben, und wer weiß, ob Rumänien das letzte Getreideland gewesen ist, das wir uns sichern werden. (Stürmischer Beifall.)

Ich möchte mich den Vorwürfen, die unsern Landwirten gemacht werden, nicht anschließen; denn wenn wir von Egoismus sprechen, so ist er bei uns in der Stadt genau so vorhanden wie auf dem Lande, und wir müssen die höchste Achtung haben vor den Frauen unserer Landwirte, die an Organisation und körperlicher Arbeit Unmenschliches geleistet haben. Trotzdem freuen wir uns, daß der Brief Hindenburgs an die deutsche Landwirtschaft ergangen ist, der uns den Menschen Hindenburg so nahe bringt, der auch in einem Brief über den Mittelstand, der nicht in die Öffentlichkeit gedrungen ist, so herrlich zur Geltung gekommen ist. Und wir wollen hoffen, daß auch der Hilfsdienst, der von demselben Mann ausgegangen ist, uns über alle Schwierigkeiten hinweghelfen wird.

Nachdem Dr. Stresemann noch die große Bedeutung der eroberten Petroleumquellen in Rumänien gewürdigt hatte, sang er ein Loblied auf unsere Handelsunterseeboote, von denen eine einzige Ladung Kautschuk genügt habe, um unser Heer dreieinhalb Monate damit zu versorgen: Und wenn einmal ein Handelsunterseeboot sinken sollte, dann werden zwei andere dafür gebaut. (Beifall.) Ob unsere Organisation immer das Richtige getroffen habe, darüber sollte man heute kein Urteil fällen; ob es aber notwendig gewesen sei, neben der gewiß notwendigen staatlichen Verteilung auch die gesamte Zufuhr unter staatliche Aufsicht zu stellen und den ganzen Handel auszuschalten, das erscheine mehr als zweifelhaft. (Sehr richtig!)

Bei dem Rückgang in die Friedenswirtschaft darf man die Dinge nicht übers Knie brechen und die staatliche Regelung nicht so überspannen, daß für die Wiederentfaltung des freien Wettbewerbs nur ungenügender Raum bleibt. Man kann die Tätigkeit von hunderttausenden Kaufmannsgehirnen nicht durch den Mechanismus der Bureaukratie ersetzen.

Das Gesetz, das gegenwärtig die zweite Umwälzung in unserm Wirtschaftsleben hervorruft, ist das

Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst,

das seine eigentliche Ursache in der Sommeschlacht hat. Dort war uns der Feind artilleristisch überlegen, ein Zustand, der jetzt überwunden ist. Aller Todesmut unsrer Truppen konnte die Stellungen nicht halten. Die Ursache war die englische Munitionserzeugung unter Lloyd George, den wir, wie auch vielleicht andere feindliche Staatsmänner, unterschätzt haben. Er ist wohl der befähigtste Mann, den England jetzt auf einen Posten zu stellen vermag. Es hat Wochen gegeben, in denen die englische Munitionserzeugung in der Lage war, die deutsche zu übertrumpfen, eine Leistung ohnegleichen. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst soll also zunächst der Verstärkung unsrer Munitionserzeugung dienen. Das ist aber nicht der einzige Gesichtspunkt, sondern es soll auch der Verstärkung der deutschen Front dadurch dienen, daß die Arbeit in der Etappe in weit höherm Maße als bisher durch Zivilpersonen da ausgeführt wird, wo Militärpersonen wirkten und als unentbehrlich angesehen wurden. Der dritte Gesichtspunkt ist die Zurückziehung aller Vorarbeiter und Facharbeiter aus der Front zur Verstärkung der Munitionserzeugung. England ist uns darin weit voraus. In dem ganzen Gesetz kommt ein Gedanke Hindenburgs zum Ausdruck von so volkstümlicher Wucht, daß er nur mit der Scharnhorstschen Heeresorganisation verglichen werden kann. Durch das Gesetz wird man nach Ansicht des Redners neue Millionen Kämpfer an die Front bekommen. Er führte dann im einzelnen die Arbeiten auf, die in der Etappe und an militärischen Stellen zu Hause nicht durch Militärpersonen, sondern unter Umständen sogar durch Frauen ausgeführt werden könnten. Der Vorgang ist so aufzufassen: Die Etappe wird Front, die Heimat stellt die Etappe. Durch das Gesetz wird die Heraufsetzung der Altersgrenze vermieden und eine Verstärkung unsrer Ost- und Westfront erreicht; es werden ganz neue Armeen für Deutschland aus dem Boden gestampft. Um die Munitionsverdopplung zu erreichen, wird es nötig sein, den Munitionsfabriken durch Stillegung und Zusammenlegung anderer Betriebe die erforderlichen Arbeiter zu verschaffen. Daß diese ganzen Verschiebungen nicht ohne schwere Schädigungen und ohne Zwang durchgeführt werden können, ist selbstverständlich. Das Gesetz beruht auf der Freiwilligkeit. Es erfolgt zunächst eine Aufforderung zur freiwilligen Gestellung, wie sie durch ein Armeekorps bereits ergangen ist. Hat diese Aufforderung nicht genügende Wirkung, so erfolgt ein schriftlicher Gestellungsbefehl zum Vaterländischen Hilfsdienst. Dann wird die Sache ernst. Dann hat der Betreffende nachzuweisen, daß er entweder schon im Vaterländischen Hilfsdienst tätig ist, oder daß sein körperlicher Zustand ihm das nicht ermöglicht. Die Arbeiter, die durch Stillegung oder Zusammenlegung von Betrieben arbeitslos werden, erhalten 14 Tage Zeit, sich nach Arbeit umzusehen. Erhalten sie in dieser Zeit keine Arbeit, dann müssen sie es sich gefallen lassen, vom Staat an die Stelle gestellt zu werden, wo der Staat glaubt, daß sie notwendig sind, nämlich bei der Munitionserzeugung. Das sind schwere Eingriffe in das bürgerliche Leben und die persönliche Freiheit, von der aber nicht nur die Arbeiter, sondern alle Bevölkerungskreise, und namentlich auch die Fabrikbesitzer betroffen werden. Die Beschlüsse über die Zusammenlegung von Betrieben sind schon gefaßt. Wie diese Zusammenlegung sich gestaltet, das führte der Redner des Nähern aus. Es gibt eine völlige Neugruppierung unseres Wirtschaftslebens. Für die Ausdehnung des Gesetzes auf die Frau ist der Redner persönlich eingetreten; er glaubt, daß das jederzeit nachgeholt werden kann. Die obligatorischen Angestellten- und Arbeiterausschüsse hält der Redner für einen gerechten Ausgleich gegenüber der Einschränkung an persönlicher Freiheit für die Angestellten und Arbeiter, denen das Gesetz das Streikrecht und die Freizügigkeit nimmt. Auch ohne das Gesetz verdiene die Arbeiterschaft den vollen Dank des Vaterlandes, weil sie ohne Zwang das letzte für deutsche Produktion hergegeben hat. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Gesetz der Ausdruck dessen ist, daß wir Zähne und Nägel zusammenbeißen müssen, um unsre Verteidigung auf das Höchstmaß der Leistungsfähigkeit hinaufzuschrauben, um unsre Front zu verstärken und die Munitionsherstellung zu verdoppeln, das Heimatheer zu schaffen, das der Front den Rücken stärkt, damit im Frühjahr 1917, wenn wir dann noch Krieg haben und der Feind wahrscheinlich mehrere Wochen Trommelfeuer von der Küste der Nordsee bis zu den Vogesen uns entgegenschleudert, dann unsre Leute an der Front durch dasselbe oder ein noch stärkeres Trommelfeuer geschützt sind. (Lebhafter Beifall.)

Zu der militärischen und wirtschaftlichen Lage beim Friedensangebot zurückkehrend, gab Dr. Stresemann der Überzeugung Ausdruck, daß wir militärisch unangreifbar dastehen, und daß der Gedanke an einen Sieg unsrer Feinde ihnen selbst nicht mehr kommen kann. Wirtschaftlich sind wir ebenfalls gesichert, namentlich durch unsre Erfolge gegen Rumänien. Zu dem Friedensangebot hob der Redner hervor, daß man dem Kaiser für seinen Armeebefehl dankbar sein müsse, wonach man es ruhig in die Hände der Gegner lege, nein oder ja zu sagen, daß aber der Feind weiter zu schlagen sei. Dankbar müsse man auch Hindenburg sein für die Äußerungen, die er dem amerikanischen Ausfrager gegenüber über die Friedensbedingungen gemacht habe. Endlich müsse man dem Kaiser dankbar sein für seine Ansprache an die Vogesenkämpfer, aus der hervorgeht, daß das Friedensangebot nur gemacht worden ist in dem Gefühl, daß wir siegen werden. Eingehend legte der Redner endlich den Standpunkt der Nationalliberalen Partei über die Mitwirkung des Reichstags bei der Regelung der polnischen Frage und jetzt bei dem Friedensangebot dar. Er wiederholte die Bedenken der Nationalliberalen gegen die Verleihung der Selbständigkeit an Polen, wobei er hervorhob, daß man in dieser Beziehung viel größere Verpflichtungen gegen Kurland habe. Was das Friedensangebot angehe, so ergebe sich aus den Verhandlungen, daß Deutschland sich gegenüber seinen Verbündeten, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien, schon vollständig festgelegt habe, daß also in diesen Dingen der Reichstag nicht gehört worden sei. Die Freigabe der Kriegszielerörterungen sei unter solchen Verhältnissen zwecklos. Scharf bekämpfte er den sozialdemokratischen Standpunkt, aus dem sich ergebe, daß eine Kriegsentschädigung und jede Gebietserweiterung ausgeschlossen sein solle. Der Redner stellte die Frage, ob die Franzosen oder die Russen unter gleichen Verhältnissen ebenso handeln würden. Zur Frage des Schiedsgerichts fürchtet der Redner nichts mehr, als daß die Entscheidung über die Geschicke seines Vaterlandes von einem Weltschiedsgericht unter dem Vorsitz eines Wilson gefällt werden sollte.

Für den Fall, daß unsre Gegner das Friedensangebot ablehnten, empfahl der Redner die rücksichtsloseste Anspannung aller Kräfte.

Die U-Boote heraus

rief der Redner unter dem lauten Beifall der Versammlung. Unter der Leitung des neuen Staatssekretärs werde dann auch die richtige Antwort folgen. Wir werden Herrn Wilson nicht darüber entscheiden lassen, ob unsre U-Boote und ihre tapfern Kommandanten sich den englischen Geschützen aussetzen sollen. Ich bin überzeugt, daß das auch die Meinung unsrer militärischen und politischen Spitzen ist. Verweigern die Feinde unser Angebot, dann geht es um Sein oder Nichtsein; dann kann nur noch einer oben sein, England oder Deutschland. Der Redner schilderte im letzten Teil seiner Rede in kurzen Zügen die Entwicklung im Innern nach dem Kriege, die Notwendigkeit einer Reform des preußischen Wahlrechts, wovon auch unsre Regierung überzeugt sei, einer durchgreifenden Wohnreform, einer unverletzbaren Sozialpolitik. Der große Gesichtspunkt der Neuorientierung bleibe die Überlegenheit der Staatsidee über den Individualismus, die dem einzelnen es leicht machen müsse, späterhin auch ein Drittel seines Einkommens für diesen Staat herzugeben. Mit einem dichterischen Schluß krönte der Redner seine Ausführungen, die wir hier nur in knappsten Zügen geben konnten, die aber von A bis Z das Ohr und die Zustimmung der großen Versammlung hatten.

Reichspost
17./XII. 1916
88
K. k. Beirksschulrat Wien

Verwerfung des Friedensvorschlages in der Duma.

Eine Hetzrede des neuen Ministers des Aeußern.

Petersburg, 16. Dezember.

Die Reichsduma hat heute in Gegenwart des Ministerpräsidenten Trepow und des Ministers des Aeußern Pokrowsky ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Der Minister des Aeußern hielt folgende Rede: Ich wende mich gleich nach meiner Ernennung zum Minister des Aeußern an Sie. Natürlich bin ich nicht in der Lage, Ihnen einen bis ins einzelne gehenden Bericht über die gegenwärtige politische Lage zu geben. Ich fühle mich aber verpflichtet, Sie unverzüglich von der Zustimmung des Kaisers zu der Haltung der Regierung gegenüber dem Ansuchen unserer Feinde zu unterrichten. Die Friedensworte, welche von einer Partei kommen, auf die die ganze Last der Verantwortung für den von ihr entfachten Weltbrand zurückfällt (!), waren trotz ihrer Ungewöhnlichkeit keine Ueberraschung für die Verbündeten. Während der zweieinhalbjährigen Kriegsdauer hat Deutschland mehr als einmal vom Frieden gesprochen. Es sprach davon zu seinen Heeren und zu seiner Bevölkerung jedesmal, wenn es an ein militärisches Unternehmen ging, das eine Entscheidung darstellen sollte. Nach jedem auf eine in die Augen fallende Wirkung berechneten militärischen Erfolge suchte es einen Sonderfrieden anzubahnen, bald nach der einen, bald nach der anderen Seite. Es arbeitete in diesem Sinne lebhaft in der Presse der neutralen Länder. Alle diese deutschen Versuche stießen auf den Widerstand und die entschlossene Ruhe der Verbündeten.

Nachdem es jetzt eines Besseren über die Möglichkeit belehrt ist, eine Bresche in unsere unerschütterliche Allianz zu schlagen, hat Deutschland den offiziellen Vorschlag gemacht, Friedensverhandlungen einzuleiten. Um diesen Vorschlag zu würdigen, muß man sowohl seinen Inhalt wie die Umstände berücksichtigen, unter denen er gemacht wird. Im wesentlichen enthält der deutsche Vorschlag keine tatsächlichen Angaben über das Wesen des Friedens, von dem die Rede ist. Er wiederholt die veraltete Legende von dem den Mittelmächten aufgedrungenen Krieg. Er verzeichnet die Sieghaftigkeit der österreich-ungarisch-deutschen Heere und die Unwiderstehlichkeit ihrer Verteidiger. Dann schlagen die Mittelmächte die Einleitung von Friedensverhandlungen vor und drücken dabei die Ueberzeugung aus, daß die von ihnen zu machenden Anerbieten Dasein, Ehre und freie Entwicklung „ihrer" Völker gewährleisten und die Grundlage eines dauerhaften Friedens bilden werden. Der französische Text der uns aus Kopenhagen übermittelten Depesche ist an dieser Stelle verstümmelt. Das ist der ganze Inhalt der Mitteilung, ausgenommen die Botschaft, daß der Krieg im Falle einer Ablehnung bis zum siegreichen Ende weitergeführt und auf uns und unsere Verbündeten die Verantwortung für weiteres Blutvergießen abgewälzt werden solle. Unter welchen Umständen wird der Vorschlag gemacht? Die feindlichen Heere haben Belgien, Serbien, Montenegro, einen Teil Frankreichs, Rußlands und Rumäniens verwüstet und besetzt. Die Deutschen und Oesterreicher-Ungarn haben soeben die scheinbare Unabhängigkeit eines Teiles von Polen verkündet und versuchen damit die Hände auf die ganze polnische Nation zu legen. Wer kann also aus solchen Verhältnissen bei Beginn der Vorbesprechungen des Friedens Vorteile ziehen als Deutschland?

Aber die Gründe des Friedensanbotes werden noch klarer, wenn man den inneren Zustand bei unseren Feinden in Betracht zieht. Abgesehen von dem ungesetzlichen Versuch der Deutschen, die Bevölkerung Russisch-Polens zu zwingen, die Waffen gegen ihr eigenes Vaterland zu ergreifen, genügt es, den allgemeinen Arbeitszwang, der in Deutschland eingeführt worden ist, zu erwähnen, um zu verstehen, wie hart die Lage des Feindes ist. Zu versuchen, im letzten Augenblick aus ihren augenblicklichen Gebietseroberungen Vorteil zu ziehen, ehe sich ihre innere Schwäche offenbart, das ist der wahre Sinn des deutschen Schrittes. (?) Im Falle des Mißlingens wird der Feind die Weigerung des Verbündeten, den Frieden anzunehmen, im Innern dazu ausnützen, die sinkende Moral seiner Bevölkerung wieder zu stärken.

Aber es besteht noch ein anderer Zweck bei dem Schritt. In der Unfähigkeit, den wahren Geist, der Rußland beseelt, zu verstehen, setzen sich unsere Feinde die vergebliche Hoffnung in den Kopf, daß sich bei uns so zaghafte Leute finden, daß sie sich, sei es auch nur für einen Moment, durch lügenhafte Vorschläge täuschen lassen. Das wird nicht der Fall sein. Der Glaube Rußlands wird nicht wanken, im Gegenteil: um so enger wird sich ganz Rußland um seinen ehrwürdigen Herrscher scharen, der seit Kriegsbeginn erklärt hat, daß er nicht Frieden machen werde, bevor nicht der letzte feindliche Soldat unser Land verlassen habe. Mit um so größerer Energie wird die russische Regierung nach der Erreichung der vor Ihnen am Tage der Wiederaufnahme Ihrer Arbeiten verkündeten Ziele streben, ganz besonders nach der allgemeinen Mitarbeit, die das einzige Mittel darstellt, das Ziel zu erreichen, das uns allen am Herzen liegt,

die Vernichtung des Feindes.

Die russische Regierung weist schon den Gedanken, jetzt den Kampf zu unterbrechen und dadurch Deutschland zu erlauben, die letzte Möglichkeit, die sich ihm bietet, Europa seiner Vorherrschaft zu unterwerfen, auszunützen, mit Entrüstung ab. Alle die unzähligen gebrachten Opfer würden umsonst sein, wenn man mit dem Feinde, dessen Kräfte zwar geschwächt, aber nicht gebrochen sind und der unter dem Vorwande eines dauerhaften Friedens einen Aufschub sucht, einen vorzeitigen Frieden schließen würde. In diesem unerschütterlichen Entschluß befindet sich Rußland in völliger Uebereinstimmung mit allen tapferen Verbündeten. Wir sind alle in gleicher Weise von der vitalen Notwendigkeit durchdrungen, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen, und wir werden uns von diesem Wege durch kein Manöver des Feindes abbringen lassen.

Nach der Rede Pokrowskys, deren wichtigste Stellen mit langanhaltendem Beifall aufgenommen wurden, beantragte der Abgeordnete Schidlowsky namens des Dumablocks Uebergang zur Tagesordnung mit folgendem

Beschlußantrag:

„Nachdem die Reichsduma die Ausführungen des Ministers des Aeußern angehört hat, schließt sie sich einstimmig der kategorischen Ablehnung der alliierten Regierungen an, unter den jetzigen Verhältnissen sich in irgendwelche Friedensverhandlungen einzulassen und spricht als ihre Anschauung aus, daß der deutsche Vorschlag ein neuer Beweis für die Schwächung des Feindes und nur ein heuchlerischer Akt ist, der in Wirklichkeit mit keinem Erfolge rechnet, sondern die Verantwortung für den Beginn des Krieges und seine Fortsetzung auf andere abzuwälzen versucht, um sich selbst in den Augen der öffentlichen Meinung Deutschlands von der Schuld zu befreien. Die Duma meint, daß ein übereilter Friede nicht nur kurze Ruhe bringen, sondern auch die Gefahr eines neuen blutigen Krieges und neue peinliche Opfer mit sich bringen würde, und glaubt, daß ein dauernder Friede nur möglich sei nach einem vollständigen Siege über die Militärmacht des Feindes und nachdem Deutschland endgültig seine Bestrebunaen aufgegeben hat, die es zum Urheber des Weltkrieges und der ihn begleitenden Schrecken gemacht haben."

Der Präsident der Duma Rodzianko empfahl hierauf in einer längeren Rede, in der er sich ebenfalls entschieden für die Zurückweisung des deutschen Friedensvorschlages aussprach, die Annahme der Tagesordnung.

Die Duma nahm sodann einstimmig den Antrag Schidlowsky auf Uebergang zur Tagesordnung an.

Die „Friedensbedingungen".

Berlin, 16. Dezember. (Privat.)

Nach einem Bericht der „B. Z. am Mittag" meldet „Daily Telegraph" aus New-York: Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff äußerte sich einem Vertreter der „New-York Sun" gegenüber, die Meinung der deutschen Regierung sei, daß, wenn der Vierverband nicht rundweg ablehne, über den Frieden zu sprechen, gegen Mitte Jänner eine Konferenz im Haag stattfinden könne.

Gerade weil das Friedensanbot keine Friedensbedingungen enthalte, bleibe dem Vierverband der Weg offen, um über den Frieden auf Grund der von ihm gestellten eigenen Bedingungen zu reden. Deutschland erwarte ja Gegenbedingungen und werde sie nicht als Hinderungsgrund betrachten. Der nächste Schritt wäre einfach der, einen Ort zu bestimmen, wo die Vertreter der kriegführenden Länder sich treffen können.

Pester Lloyd

18/XII. 1916

Bei der Fahrt zur Residenz wurde der Kaiser von der Bevölkerung, die in letzter Stunde von seiner Ankunft Kunde erhalten hatte, mit Jubel begrüßt.

Stuttgart, 17. Dezember.

Ziemlich genau drei Jahre nach seiner letzten Anwesenheit in Stuttgart traf Kaiser Wilhelm zum Besuch des Königs von Württemberg hier ein. Obgleich die bevorstehende Tatsache erst wenige Stunden zuvor bekannt wurde, hatte die Stadt reichen Flaggenschmuck angelegt und eine große Menschenmenge hatte sich zum Empfang am Bahnhof und vor dem Residenzschloß eingefunden. Der König war mit den in Stuttgart anwesenden Prinzen, dem militärischen Gefolge, dem stellvertretenden kommandierenden General, sowie mit den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden auf dem Bahnhof erschienen, wo der Sonderzug um 12 Uhr mittags einlief.

Nach herzlichster Begrüßung fuhren die Majestäten in offenem Wagen zum Residenzschloß, umbraust vom Jubel des Volkes, das den Kaiser im Hinblick auf die Friedenskundgebung besonders herzlich begrüßte. Militär bildete Spalier. Im Residenzschloß wurde der Kaiser von der Königin begrüßt. Um 1 Uhr nachmittags fand eine Frühstückstafel statt. Um 3 Uhr erfolgte die Abreise Kaiser Wilhelms, den der König zum Bahnhof geleitete. Auch auf der Rückfahrt vom Residenzschloß wurden dem Kaiser sowie dem König lebhafte Ovationen dargebracht.

Revolutionäre Unruhen in Portugal.

Madrid, 16. Dezember.

(Funkspruch des Vertreters des Wiener Korrespondenz-Bureaus.) In Portugal sind revolutionäre Unruhen ausgebrpchen, an denen sich auch verschiedene Truppenkörper beteiligten. Die Bewegung ist als ein energischer Protest gegen die Absendung von Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz anzusehen.

Infolge zeitweiliger Unterbrechungen der Verbindungen ist der Umfang der Unruhen vorläufig nicht festzustellen. Die spanischen Blätter geben eine offizielle Erklärung der portugiesischen Regierung wieder, wonach die revolutionäre Bewegung unterdrückt, deren Führer Machado dos Santos verhaftet sei und in Lissabon Ruhe herrsche.

Die Lage in Portugal ist äußerst kritisch und die Armee der aktiven Beteiligung am Kriege abgeneigt.

Zürich, 17. Dezember.

Ueber Paris wird gemeldet, daß zwei portugiesische Divisionen unter dem Befehl der Generale Tamagnini und Almeida alsbald nach der französischen Front abgehen sollen. Am 13. d. nachts war in Porto, Abrantes und anderen Garnisonen von Machado dos Santos, einem der Begründer der portugiesischen Republik, eine militärische Revolte angestiftet worden. Sie wurde unterdrückt. Santos wurde verhaftet.

Eine unerhörte Verleumdung der Deutschen.

Berlin, 17. Dezember.

Das Wolff-Bureau meldet:

Die Dänin Karin Bramson veröffentlicht in der New York Times vom 24. September die Verleumdung, daß Deutschland seine Kriegsgefangenen absichtlich mit Tuberkulose anstecke und nach Hause oder zu Neutralen sende, um die Krankheit weiterzuverbreiten. Sie behauptet, Deutschland besitze schon 50.000 mit Tuberkulose angesteckte Franzosen und schob bereits 13.000 französische und 1000 englische Schwindsüchtige im fortgeschrittensten Krankheitsstadium nach der Schweiz ab. Tatsächlich sind nach der amtlichen Zusammenstellung aus sämtlichen Kriegsgefangenenlagern Deutschlands wegen Tuberkulose ärztlich behandelt worden: Im ersten Kriegsjahre 3543 Franzosen = zwei Prozent der Kopfstärke, im zweiten Jahre 2490, also dreiviertel Prozent der Kopfstärke einschließlich der farbigen Kriegsgefangenen, die bekanntlich in unserem Klima besonders leicht der Tuberkulose verfallen. Von den in der Schweiz internierten Kriegsgefangenen leiden an Tuberkulose 120 Belgier, 94 Engländer und 900 Franzosen. Damit ist die unerhörte Verleumdung gerichtet.

Ein Vortrag Geheimrats v. Shek über das moslemische und ottomanische Erbrecht.

Die juridische Sektion der Ungarisch-Bosnischen und Orientalischen Wirtschaftszentrale hielt am 15. d. M. unter dem Vorsitz des Universitäts-Professors Dr. Géza v. Magyary eine Sitzung, in der Geheimrat Dr. Adalbert v. Shek, gegenwärtig Wiener Universitätsprofessor, eine Vorlesung über das in Bosnien und im ottomanischen Reiche geltende Erbrecht hielt. Der Sitzung wohnten viele Repräsentanten der ungarischen juridischen Welt bei. Sektionspräsident Dr. Géza v. Magyary begrüßte den hervorragenden bosnischen Rechtsgelehrten, der zum ersten Mal im Kreise ungarischer Juristen erscheint. Er würdigte seine an Verdiensten und Schöpfungen so reiche Laufbahn und hob die Schwierigkeiten hervor, die sich den Kodifikatoren des heutigen bosnischen Rechtes entgegenstellten und an deren Ueberwindung der Vortragende der Sitzung, Geheimrat v. Shek, so hervorragenden Anteil hatte. Die annektierten Länder — führte Professor Magyary aus — sind gegenwärtig ein Gebiet mit zum großen Teil vollständig ausgestalteten Rechtseinrichtungen; ein Land mit Gesetzen, die den Anforderungen des Zeitgeistes vollauf entsprechen, und mit einer tadellos wirkenden Rechtspflegeorganisation. Welche Arbeit und Mühe dies kostete, können wir gebührend würdigen, wenn wir uns vor Augen halten, welche Schwierigkeiten hiebei zu bewältigen

Vossische Zeitung 19./XI. 1916.

Eine geheime polnische Denkschrift.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

* Bern, 18. November.

Ueber die tiefe und entscheidende Wirkung, die die Proklamation des Königreichs Polen trotz aller Ableugnung auch auf die der Entente nahestehenden polnischen Kreise ausgeübt hat, gibt eine mir vorliegende geheime Denkschrift Aufschluß, die für die französische Regierung und das Parlament bestimmt ist und deren Verfasser in den Reihen der französisch-radikalen Partei befreundeten Pariser Polen zu suchen sind. Die Denkschrift nennt die Proklamation „das ernsteste Ereignis seit Kriegsbeginn". Die platonischen Erörterungen über die Gesetzmäßigkeit und die Aufrichtigkeit der Aktion ändern nichts an der Lage, deren Gefahr in dem Eindruck auf die Masse der polnischen Nation und in der Aushebung eines polnischen Heeres besteht. Die Westmächte geben sich über den Zustand Polens den schädlichsten Selbsttäuschungen hin, die nur dazu dienen, die einzig notwendige Maßnahme zu verhindern. Als patriotische Polen und in tiefer Verehrung für die Sache der Alliierten sehen sich die Verfasser der Denkschrift zur vollsten Wahrheit verpflichtet. Die gegenwärtige Stimmung in Polen wird durch drei Punkte gekennzeichnet:

1. Polen **glaubt nicht** an die Verwirklichung der vom Großfürsten Nikolaus gemachten Versprechungen. Sein Manifest ist während eines ganzen Jahres toter Buchstabe geblieben und ist widerlegt worden durch die geheimen Instruktionen an die Gouverneure, durch die rücksichtslose Russifikation Galiziens, durch die unnütze Zerstörung Polens, den russischen Rückzug, die zwangsgemäße Evakuation von Millionen von Polen, die Aufrechterhaltung aller Ausnahmegesetze gegen die Polen usw.

2. Polen begnügt sich nicht mit einer „Autonomie", sondern wünscht einmütig die **Unabhängigkeit**, weil es der Ueberzeugung ist, daß die russische Bürokratie bei ihren traditionellen Methoden verharren wird, und daß jede bewilligte Autonomie ebenso wieder verschwinden wird, wie die von 1815 und 1862. Die Dauer des Krieges, der Umfang der Katastrophe macht es den Polen klar, daß der gegenwärtige Krieg eine Entscheidung seiner Geschichte herbeiführen müsse, da die Gelegenheit zur Erfüllung ihres nationalen Traumes sich den Polen nie wieder bieten werde. Haben die Polen sich am Anfang des Krieges an die versprochene Autonomie halten wollen, so können sie jetzt mit allen politischen Parteien und allen sozialen Klassen nur die Unabhängigkeit fordern, die das einzige Mittel ist, sie für die Verwüstungen dieses Krieges zu entschädigen.

3. Polen hat kein Vertrauen mehr in die westliche Demokratie. Wenn die Polen anfangs das Manifest mit Vertrauen begrüßt haben, so geschah es nur, weil sie überzeugt waren, daß diese Versprechungen von Frankreich und England inspiriert waren, und daß diese beiden Demokratien energisch Polens Sache unterstützen würden. Die Ereignisse haben den Polen bald jede Illusion genommen und ihnen gezeigt, daß das russische Versprechen nur ein strategisches Manöver war, und daß Frankreich und England weder die genügende Handlungsfreiheit, noch die notwendige Autorität besaßen, um die Verteidigung der polnischen Interessen durchzuführen. Nur die öffentliche Meinung Italiens hat sich klar und fest zugunsten eines freien und unabhängigen Polen ausgesprochen. Die Reserve und das Stillschweigen, das sich die Westmächte, freiwillig oder nicht, mit Bezug auf Polen auferlegt haben, sind von den Zentralmächten auf bewunderungswürdige Art ausgebeutet und als ein schlagender Beweis dafür hingestellt worden, daß die Alliierten entschlossen waren, das Schicksal Polens in die Hände der russischen Bürokratie zurückzulegen. Das der französischen und englischen Presse mit Bezug auf Polen auferlegte Stillschweigen, das Verbot von Artikeln Maeterlinks und anderer bedeutender Persönlichkeiten zugunsten der Polen haben in den Augen der Polen der Sache der Alliierten außerordentlich geschadet und deren überzeugteste Freunde entwaffnet, so daß es unmöglich wurde, in Polen irgendeine Propaganda zugunsten der Alliierten zu treiben. Unter diesen Umständen darf man nicht erstaunen, daß ganz Polen ohne Ausnahme endlich jedes Vertrauen in die guten Absichten der westlichen Demokratien verloren hat.

Einer der bedeutendsten Leiter der nationalen Bewegung in Polen hat die Situation folgendermaßen gekennzeichnet:

„Wir haben von den Alliierten nichts zu erwarten. Nach allen feierlichen Erklärungen zugunsten Belgiens und Serbiens habe:

Neue Freie Presse
19./XII. 1916

Vaterländischer Hilfsdienst.

Von Dr. Franz Eulenburg.
Professor an der Leipziger Universität.

(Siehe Nr. 18796 der „Neuen Freien Presse" vom 17. Dezember.)

Leipzig, 18. Dezember.

Nicht anders steht es mit den Verwaltungsberufen. Gewiß ist heute die Berufsberatung und die Auswahl der Berufe eine mangelhafte und wir finden bisher kein Prinzip, daß der geeignete Mann auch an die geeignete Stellung kommt. Gewiß wird mancher Intendanturbeamte ohne weiteres durch einen tüchtigen Kaufmann, einen kassenführenden Feldwebel, durch einen tüchtigen Angestellten eines größeren Geschäftes ersetzt werden können. Und oft wird der Neuankömmling schneller und gewandter, übersichtlicher und zweckmäßiger arbeiten als der alte. Aber offenbar ist hier die Auswahl wiederum sehr schwierig, weil es sich um die große Masse, nicht um den einzelnen Fall handelt. Vor allem aber, wenn bei der Auswahl Irrtümer im normalen Verlauf vorkommen, kann der Ungeeignete wieder ausgeschifft werden. Hier aber ist Eile nötig und ein schnelles Einarbeiten, damit kein Rückgang und keine zu erheblichen Fehler entstehen. Ein bloßer Ersatz genügt nicht, wenn nicht eine Verlangsamung und Störung des Betriebes entstehen soll. Auch hier wird in hohem Maße das Prinzip der Freiwilligkeit in Anwendung kommen. Denn immerhin weiß der Einzelne noch am besten, wozu er sich eignet, wozu er eventuell Lust hat und welches Amt er ausfüllen kann. Man wird also bei der Auswahl vorsichtig zu Werke gehen, damit nicht der ganze volkswirtschaftliche Prozeß Schaden erleidet.

Ist das die eine Reihe von Schwierigkeiten, so besteht die andere in der Frage nach der Höhe der Bezahlung. Sie ist bei männlichen Arbeitern schwieriger als bei ungelernten weiblichen. Eine volle Entlohnung wird nur für volle Leistung gewährt werden können. Das ist schon mit Rücksicht auf die bisherigen Arbeiter nötig und ergibt sich aus der Anwendung des Stücklohnsystems. Anderseits wirkt aber das Zuströmen von neuen Arbeitskräften, die nicht voll entlohnt werden, lohndrückend auf die früheren Arbeiter. Auch das muß vermieden werden, damit nicht auf beiden Seiten Unzufriedenheit entsteht. Wer in der keramischen Industrie etwa seinen Platz ausgefüllt hat und guten Lohn bekam, kann in der Munitionsherstellung eventuell minder leistungsfähig sein; soll er dann minderen Lohn erhalten als vordem, falls die Arbeitszeit ebenso lang ist? Das wird nicht gut zulässig sein, und es wird schwer fallen, den verschiedenen Ansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden. Denn es handelt sich eben um Vorgänge, für die anderorts ein Vorbild nicht bestand. Auch hier werden die gemischten Ausschüsse allein imstande sein, die Fälle zu entscheiden.

Anderseits werden die leergewordenen Stellen noch mehr als bisher mit Frauen besetzt werden müssen, und das wird von selbst den Lohn herabdrücken. Freilich ist dies Reservoir auch nicht unerschöpflich. Die letzten Ziffern der Arbeitsnachweise zeigen, daß das Frauenangebot nachläßt. Den Ausweg zu wählen, arbeitsfähigen Frauen die Kriegsunterstützung zu entziehen, ist mit Recht von vornherein abgelehnt worden. Man wird vielmehr auch hier das Moment der höheren Entlohnung wählen müssen, um weibliche Arbeitskräfte zu erhalten. Das wirkt dann notwendig auf die übrigen Verhältnisse zurück und kann zu sehr eigentümlichen Lohnbezügen führen. Denn es ist hier nicht anders wie mit den Preisen. Es besteht ein innerer Zusammenhang des Ganzen, bei dem die eine Gruppe notwendig auf die andere zurückwirkt.

Weiter bleibt natürlich die Frage der Zuteilung zu entscheiden: Wer soll die neuen Arbeitskräfte erhalten? Gewissen Betrieben ist von vornherein eine nicht unwesentliche Vergrößerung ihrer Produktion gewährleistet. Sie sind der Schwierigkeit der Beschaffung von Arbeitskräften zum guten Teile enthoben. Die kriegsnotwendigen Industrien erhalten dadurch naturgemäß ein starkes Uebergewicht auf Kosten der kriegsentbehrlichen. Man spricht von „Mammutbetrieben", die vor allem im Westen entstehen könnten. Demgegenüber werden nicht nur die stillgelegten Industrien zurückgesetzt, sondern auch notwendig einzelne Betriebe der Kriegsindustrie selbst. Denn es wird wegen der räumlichen Lage kaum immer möglich sein, die einzelnen Betriebe gleichmäßig mit Arbeitskräften zu bedenken. Kleinere Betriebe werden schwerer zu berücksichtigen sein, wie große. Daraus ergeben sich aber als Folge sehr erhöhte Gewinne dort, niedrige hier. Es wird also die Frage der Entschädigung auf der einen, der unverhältnismäßigen Kriegsgewinne auf der anderen Seite eine besondere Schwierigkeit bereiten. Die Entschädigung wird für alle zwangsweise feiernden oder doch entleerten Industrien zu beachten sein. Auch wenn ein solcher Betrieb an sich weiter besteht und etwa ungelernte Leute erhält, so wird dadurch eine Mindererzeugung und Minderrentabilität die Folge sein. Offenbar ist auch dann eine Entschädigung am Platze. Dem stehen nun aber auf der anderen Seite sehr hohe Kriegsgewinne gegenüber, die notwendig aus der vergrößerten Produktion herstammen. Möglicherweise wird man aus diesen Gewinnen einen Fonds bilden, um den geschädigten Industrien daraus ein Entgelt zu gewähren. Denn es handelt sich nicht um privatwirtschaftliche Verluste, die man als „Kriegsnot" bezeichnen könnte. Vielmehr erleidet der ganze Wirtschaftsprozeß selbst eine Schädigung, wenn eine Amortisation und Abschreibung der Maschinen und des Kapitals unterbleibt. Schon darum wird man nicht die Betriebe, die gar nicht oder mit verminderter Produktion arbeiten, ohne Schadenersatz lassen können. Aber in welcher Höhe und bis zu welchem Entgange soll eine Entschädigung eintreten? Auch hier wird unter allen Umständen die Arbeit eines Ausschusses, der aus Fachleuten besteht, vorsichtige Entscheidungen treffen müssen.

Endlich die sozialen Wirkungen des Gesetzes. Sie sind vielleicht die folgenschwersten, vor allem die, die die größte Zahl von Personen betrifft. Bis zu einem gewissen Grade wird ja die Freiheit des Arbeitsvertrages aufgehoben oder doch in der Wirklichkeit illusorisch gemacht. Denn der freie Arbeitsvertrag setzt Freizügigkeit und freie Berufswahl voraus. Nach dem Gesetze aber wird der Arbeiter zum Teile in Betrieben verwendet, die er sonst nicht aufsuchen würde. Er wird sehr oft seinen Wohnsitz, zum mindesten den Aufenthaltsort ändern müssen. Es braucht ja nicht direkter Arbeitszwang sein, um den es sich handelt. Aber offenbar ist der Zustand, in den er versetzt wird, von dem normalen ganz wesentlich verschieden. Im Reichstag ist dieser Umstand ganz besonders betont worden und man hat darum Kautelen und gemischte Arbeiterausschüsse geschaffen. Auch das Recht zum Streik ist, wie übrigens schon in Frankreich und England, aufgehoben und dafür der Weg der Schiedsgerichte und der Arbeiterausschüsse vorgeschrieben. Ebenso wird die Freizügigkeit der Arbeit wesentlich beschränkt: einmal faktisch schon darum, weil die alten Betriebe stillstehen und nur noch gewisse für die Arbeiter vorhanden sind; sodann formell, weil im Falle des Kontraktbruches für die Arbeiter keine Möglichkeit sonstiger Unterkunft bleibt. Das alles bedeutet auch eine schwerwiegende Aenderung in dem Bereich der bisherigen Gewerkschaften, auf deren Mitwirkung die Durchführung der Neuorganisation angewiesen ist.

Sodann aber kommen jene angedeuteten Momente des Lohnsatzes und der Lohnhöhe für Arbeiter und Angestellte selbst in Betracht. Zwar soute die Höhe des Verdienstes nicht unter den früheren herabgehen. Aber bei Akkordsätzen und Tageslohn hängt doch alles von der Leistungsfähigkeit ab, und die mag vielfach herabgesetzt sein, ohne daß die alte Lohnhöhe erreicht wird. Zwar gilt diese Arbeit nicht als Kriegsdienst und der Arbeiter untersteht nicht dem Kriegsgesetze. Aber in Wirklichkeit ist die Freiheit der Lohnänderung durch Einstellung in bestimmte Betriebe eben stark beschränkt.

Die Herausreißung aus der bisherigen Sphäre in eine andere, zum Teil in einen anderen Ort und in andere Bedingungen, bedeutet ferner für den Arbeiter starke innere und äußere Umwälzungen. Die besonderen Schwierigkeiten, die sich aus der Frage der Familienunterstützung oder der Führung von zwei Haushalten an getrennten Orten ergeben, bleiben dabei unerörtert. Anderseits wird aber auch die Zugehörigkeit zu einer Organisation von der Beförderung betroffen. Die Gewerkschaften verlieren dadurch eine Reihe von Mitgliedern oder erhalten andere mit anderen Lohnsätzen und anderen Unterstützungsbedingungen. Für die Organisation bedeutet die Dienstpflicht starke Umwälzungen, deren Anpassung sich nicht so leicht übersehen läßt. Nun ist allerdings das Kriegsamt von vornherein bezüglich der Mitwirkung der Organisationen sehr entgegenkommend gewesen; es hat sofort den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes in das Kriegsamt berufen — ein Zeichen der völligen Neuorientierung, die in Deutschland dadurch die Verwaltung erhält. Es ist ja auch klar, daß ohne die Hilfe der Gewerkschaften als notwendige Zwischenglieder die Einstellung der Arbeiter in andere Berufe die größten Schwierigkeiten bereiten würde. Trotzdem ergeben sich aus der Lösung der bisherigen Beziehungen erhebliche Umänderungen der sozialen Struktur. Man sieht, daß hier allenthalben Kommissionen und Ausschüsse, Hilfseinrichtungen und Zwischenämter vorhanden sein müssen, um einen Ausgleich der verschiedenen Forderungen und Interessen durchzusetzen. Und auch hier wird die dauernde Mitwirkung des Reichstages und seines Ausschusses unentbehrlich sein, um die Richtlinien festzulegen. Das große Ziel der wirtschaftlichen Mobilmachung aller vorhandenen Kräfte erfordert eben ganz neue Aufgaben und neue Formen, für die bisher eine Analogie fehlte.

Wie wiederholt gezeigt wurde, handelt es sich zunächst um ein Mantelgesetz, bei dem alles auf die Art der Ausführung ankommt. Wir können bis jetzt noch nicht annähernd die Größe der Umstellung übersehen, auch nicht, wie viele Personen aus den freien und kaufmännischen Berufen in die Verwaltung und Neuorganisationen übergehen, wie viele freiwillige Hilfskräfte sich melden und gebraucht werden, wie viele Arbeiter und Angestellte umgruppiert werden. Das Gesetz bietet einstweilen nur die Möglichkeiten, alle verfügbaren Kräfte in den Hilfsdienst, das ist dem mittelbaren Kriegsdienst, verwenden zu können. Aber es darf kein Zweifel sein, daß trotz der großen Schwierigkeiten auch diese neue große Aufgabe gelöst und dadurch die Stoßkraft des Volkes im ganzen mächtig gestärkt werden wird.

Die Zeit Abend 20./XII. 1916

Die Rede Lloyd Georges.

Ein ausführlicher Bericht.

WB London, 20. Dezember.

Das Reutersche Bureau veröffentlicht folgenden ausführlichen Bericht über die Rede Lloyd Georges im Unterhaus:

Lloyd George begann mit den Worten, er erscheine vor dem Hause, mit der furchtbarsten Verantwortung beladen, die auf die Schultern eines Lebenden fallen könne, als oberster Ratgeber der Krone im gewaltigsten Kriege, in den das Land jemals verwickelt wurde, einem Kriege, von dessen Verlauf das Schicksals des Landes abhänge. Es ist — sagte der Premierminister — der größte Krieg, der jemals geführt worden ist. Seine Last ist die schwerste, die jemals unserem oder irgendeinem anderen Lande auferlegt wurde, und die Fragen, um die es geht, sind die schwerwiegendsten, die jemals mit einem Streit, in den die Menschheit verwickelt war, verbunden waren.

Die Verantwortlichkeiten der neuen Regierung sind unerwartet durch die Erklärung des deutschen Reichskanzlers betont worden. Der Erklärung des Kanzlers im Reichstag folgte eine Note, die uns durch die Vereinigten Staaten ohne Kommentar übermittelt wurde. Die Antwort wird von der Regierung in voller Uebereinstimmung mit unseren tapferen Alliierten gegeben werden. Natürlich hat ein Austausch der Ansichten über die Note nicht stattgefunden, denn sie ist erst kürzlich eingetroffen; wohl aber über die Rede, die der Note vorangegangen ist, und da die Note selbst im Grunde genommen nur eine Wiedergabe oder doch wohl nur eine Umschreibung jener Rede ist, sind auch der Gegenstand und die Art der Note selbst formell besprochen worden.

Die erste Antwort.

Ich freue mich sehr, die Erklärung abgeben zu können, daß wir, ein jeder für sich und unabhängig voneinander, zu den gleichen Schlüssen gekommen sind. Es bereitet mir eine große Freude, daß die erste Antwort von Frankreich und Rußland gegeben wurde, denn diese haben fraglos das Recht, die erste Antwort auf eine solche Einladung zu erteilen, da der Feind noch auf ihrem Boden steht und ihre Opfer größer sind. Diese Antwort ist bereits veröffentlicht worden.

Im Namen der Regierung gebe ich ihr eine klare und endgültige Unterstützung. Ein Mann oder ein Ring von Leuten, die ausschließlich oder ohne genügenden Grund die Verlängerung eines schrecklichen Kampfes, wie der gegenwärtige es ist, wünschten, würden ein Verbrechen auf ihrem Gewissen haben, das ein Ozean nicht abwaschen könnte. Auf der anderen Seite ist es ebenso wahr, daß ein Mann oder ein Ring von Leuten, die aus Mildigkeit oder Verzweiflung den Kampf aufgeben wollten, ohne das höchste Ziel, um dessentwillen wir in den Kampf gingen, erreicht zu haben, sich der folgenschwersten Feigheit (wörtlich: Poltroonery) schuldig machen würden, die jemals ein Staatsmann begangen hat.

Ich möchte hier die bekannten Worte anführen, die Abraham Lincoln unter ähnlichen Umständen sprach: „Wir haben diesen Krieg für ein Ziel angenommen, für ein Weltziel, und der Krieg wird enden, wenn dieses Ziel erreicht ist." Ich hoffe, daß er niemals enden wird, bevor dies geschehen ist. Ist es wahrscheinlich, daß wir diese Ziele erreichen, indem wir die Einladung des deutschen Kanzlers annehmen? Welches sind die Vorschläge? Es gibt keine. In eine Konferenz auf die Einladung Deutschlands hin einzutreten, das sich selbst als siegreich erklärt, und ohne Kenntnis der Vorschläge, die Deutschland machen will, würde bedeuten, daß wir unsere Köpfe in eine Schlinge stecken, deren Seilende in Deutschlands Händen sich befindet.

Eine Erinnerung an Napoleon I.

Wir sind in solchen Dingen nicht ganz ohne Erfahrung. Es ist nicht das erstemal, daß wir gegen einen mächtigen Militärdespotismus gekämpft haben, der Europa überschattete, und es würde nicht das erstemal sein, daß wir dabei halfen, einen Militärdespotismus zu stürzen. Wir können an einen der größten dieser Despoten erinnern. Wenn es ihm bei der Ausführung seiner nichtswürdigen Pläne zweckmäßig erschien, war es ein beliebtes Mittel von ihm, in der Maske des Friedensengels zu erscheinen. Gewöhnlich erschien er unter solchen Umständen, wenn er für einige Zeit seine Eroberungen sich zu assimilieren oder seine Truppen für neue Eroberungen zu reorganisieren wünschte oder wenn seine Untertanen Zeichen der Ermüdung und Teilnahmslosigkeit gaben. Der Appell wurde stets im Namen der Menschlichkeit unternommen. Er verlangte ein Ende des Blutvergießens, über das er sich entsetzt stellte, während er doch selbst in der Hauptsache dafür verantwortlich war. Unsere Vorfahren wurden einmal überlistet, und sie selbst und Europa hatten es bitter zu bereuen. Er benützte die gewonnene Zeit, um seine Truppen für einen tödlicheren Angriff auf die Freiheit Europas als je zuvor zu reorganisieren.

Die einzigen Bedingungen.

Beispiele dieser Art lassen uns diese Note mit einem erheblichen Maß von in der Erinnerung begründeter Beunruhigung betrachten. Wir meinen, daß wir, ehe wir eine solche Einladung günstig in Erwägung ziehen können, wissen müssen, daß Deutschland bereit ist, den einzigen Bedingungen zuzustimmen, unter denen Friede in Europa erlangt und erhalten werden kann. Diese Bedingungen sind wiederholt von allen führenden Staatsmännern der Alliierten mitgeteilt worden. Auch Asquith hatte sie wiederholt bekanntgegeben.

Es ist wichtig, daß in dieser Sache, die Leben und Tod für Millionen bedeutet, kein Irrtum entsteht. Er wolle diese Bedingungen deshalb noch einmal wiederholen. Sie seien vollständige Wiederherstellung (restitution), volle Genugtuung (reparation) und wirksame Garantien. Hat der deutsche Kanzler eine einzige Redewendung gebraucht, die darauf hindeutet, daß er bereit ist, einen solchen Frieden anzunehmen?

Eine Stelle aus der Note.

Lloyd George fuhr fort: Der wahre Inhalt und der Stil der Rede bilden eine Ablehnung eines Friedens auf Grund der einzigen Bedingungen, unter denen der Friede möglich ist. Der Reichskanzler ist nicht einmal davon überzeugt, daß Deutschland einen Angriff gegen die Rechte freier Nationen unternommen hat. Hören Sie hierzu, was die Note sagt: „Nicht einen Augenblick sind die Mittelmächte von der Ueberzeugung abgewichen, daß ihre Achtung vor den Rechten der anderen Nationen nicht in jeder Weise mit ihren eigenen Rechten und rechtmäßigen Interessen vereinbar ist." (Anmerkung der Redaktion: Die entsprechende Stelle der deutschen Note lautet: Stets haben sie — die Mittelmächte — an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen.) Wann haben sie diese Entdeckung gemacht? Wo war die Achtung für die Rechte der anderen Nationen in Belgien und Serbien? Das war Selbstverteidigung — ich vermute, bedroht durch die überwältigenden Armeen Belgiens. (Gelächter.)

Ich vermute, sie waren durch Furcht zum Eindringen in Belgien, zur Niederbrennung der belgischen Städte und Dörfer, zur Hinschlachtung von Tausenden von Einwohnern, alter und junger, zur Wegführung der Ueberlebenden in die Leibeigenschaft veranlaßt worden. Sie führten sie in die Sklaverei gerade in dem Augenblick, als die Note über die unerschütterliche Ueberzeugung hinsichtlich der Achtung der Rechte einer anderen Nation geschrieben wurde.

Sind diese Gewalttätigkeiten das rechtmäßige Interesse Deutschlands? Wir müssen wissen, daß es nicht der Zeitpunkt für den Frieden ist, wenn Entschuldigungen dieser Art für handgreifliche Verbrechen vorgebracht werden können. Zweiundeinhalb Jahre, nachdem die Garantie durch grausame Taten bloßgestellt wurde, gibt es da, ich frage in aller Feierlichkeit, irgendeine Garantie, daß ähnliche Ausflüchte in Zukunft nicht wieder benützt werden, um irgendeinen Friedensvertrag umzustoßen, den man mit dem preußischen Militarismus schließen könnte?

Premierminister Lloyd George führte im Verlauf der Rede aus, er sei überzeugt, daß die Art der Neubildung des Kabinetts die für die Zwecke des Krieges geeignetste sei. Die Lage habe einen schnellen Entschluß verlangt. Die Alliierten hätten durch die Langsamkeit ihrer Entschlüsse Unglück über Unglück erlitten. Die parlamentarische Kontrolle werde durch die neue Vorkehrung nicht geschwächt.

Verstaatlichung der Schiffahrt.

Im Verlauf des Krieges werde die Schiffahrt, die Lebensader des Landes, im wahren Sinne des Wortes verstaatlicht werden. Die Regierung hoffe, in Kürze nicht nur Pläne vorlegen zu können, um den vorhandenen Schiffen eine größere Leistungsfähigkeit zu geben, sondern auch für den Bau von Schiffen, um die Kriegsverluste auszugleichen.

Nationales Fasten.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging der Premierminister auf die Ernährungsfragen ein und forderte die Nation auf, die Regierung zu unterstützen und die Nahrungsmittel so zu verteilen, daß niemand hungern müsse, weil ein anderer zu viel habe. Das Volk möge sich für ein nationales Fasten während des Krieges erklären.

Die Regierung beabsichtige, unverzüglich einen Diktator des Nationaldienstes zu ernennen, dem sowohl der bürgerliche wie der militärische Zweig des allgemeinen Nationaldienstes unterstellt werden würden. Bezüglich des Zivildienstes beabsichtige die Regierung, damit zu beginnen, daß alle Industrie-Unternehmungen danach klassifiziert werden, ob sie für den Krieg wichtig seien oder nicht.

Der Premierminister ging sodann auf die Kolonien ein und sagte, er beabsichtige, bald eine Reichskonferenz einzuberufen und den Dominions die ganze Lage zu unterbreiten.

Bezüglich der Beziehungen zu den Alliierten erklärte Lloyd George, man müsse mehr miteinander beraten. Es sei ein System der gemeinsamen Front vonnöten.

Schließlich sagte Lloyd George, es sei eine der schmerzlichsten Erfahrungen seines Lebens, daß er sich von Asquith habe trennen müssen.

Eine Rede Asquiths.

Nachdem Lloyd George geschlossen hatte, sprach Asquith von der vordersten Bank der Opposition aus. Er sagte, sein einziger Wunsch sei, was immer er an Erfahrung besitze, zur Verfügung zu stellen. (Lauter Beifall.) Sodann gab er einen Ueberblick über die Fragen, denen sich die Regierung auf dem Gebiet der Land-, See- und wirtschaftlichen Kriegführung seit Kriegsbeginn gegenübergesehen habe.

Premierminister Lloyd George hatte seine Erklärung während der zweiten Lesung der Kreditvorlage abgegeben. Es fand nur eine kurze Debatte statt, die sich mit Arbeitsfragen in Irland beschäftigte, worauf die Vorlage in zweiter Lesung angenommen wurde.

Die Zeit
20/XII. 1916
95

E
EIT

12 Heller
für Wien.

Abonnement für Wien
zum Abholen in unseren Expeditionslokalen
monatlich K 3.30.
Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus
monatlich K 4.—, vierteljährig K 11.60
halbjährig K 23.20, ganzjährig K 46.40.
Abonnement für Oesterreich-Ungarn:
mit täglich einmaliger Postversendung
monatlich K 4.40, vierteljährig K 13.—
halbjährig K 26.—, ganzjährig K 52.—.
Mit täglich zweimaliger Postversendung
monatlich K 5.—, vierteljährig K 15.—
halbjährig K 30.—, ganzjährig K 60.—.
Nach allen Weltpostvereinsländern
monatlich K 6.70, vierteljährig K 20—.
Für die an Agenten, Austräger oder Verschleisser bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie, wenn sie nicht unsere Quittung vorlegen.

20. Dezember 1916 — 15. Jahr.

d Sonnino über die Friedensnote.

riegswucheramt in Wien.

e Nachrichten auf Seite 7.

hätten auf einmal vollständig umstecken müssen, wenn sie nach diesen ihren letzten Aeußerungen nun auf Friedensverhandlungen eingegangen wären. Es wäre sehr schön und löblich von ihnen gewesen, aber es war auch von vornherein zweifelhaft. Jetzt liegt ihr viersaches Nein vor, damit müssen wir rechnen. Der Krieg geht unabsehbar weiter. Die Vorbereitungen sind ja auch bei uns getroffen, und die Antwortnoten der Ententemächte auf das Friedensangebot, die nun noch zu erwarten sind, werden nur noch die Bedeutung eines diplomatischen Nebenspieles beanspruchen können, das die Stimmung der Neutralen durch die Art der Begründung der Ablehnung beeinflussen soll.

Der deutsche Abendbericht.

Von keiner Front besondere Ereignisse.

KB Berlin, 19. Dezember.

Das Wolffsche Bureau meldet:

„19. Dezember, abends.

Von keiner Front sind besondere Ereignisse gemeldet."

Der bulgarische Kriegsbericht.

Besetzung von Babadag, der Calmatuiul-Fluß überschritten.

KB Sofia, 18. Dezember.

(Meldung der Bulgarischen Telegraphenagentur.)

Bericht des bulgarischen Generalstabes vom 18. Dezember:

Mazedonische Front.

Vom Presba-See bis zum Wardar schwaches feindliches Artilleriefeuer, das nur im Cernabogen etwas heftiger war.

Auf dem linken Ufer des Wardar und in der Belasica-Gegend spärliches beiderseitiges Artilleriefeuer und Patrouillengefecht in der Nähe des Doiran-Sees.

Längs der Struma Artillerietätigkeit und Patrouillengefechte.

Rumänische Front:

In der Dobrudscha haben die verbün- dag sind die Gebäude von auch nur einiger Bedeutung vom Feinde zerstört worden.

In der östlichen Walachei wird der Vormarsch fortgesetzt. Die verbündeten Truppen haben den Calmatuiul-Fluß überschritten.

Der türkische Kriegsbericht.

Erfolge an der persischen Front.

KB Konstantinopel, 18. Dezember.

(Meldung der Agence Télégraphique Milli.)

Das Hauptquartier teilt mit:

Auf der persischen Front Gefechte von Aufklärungspatrouillen zu unseren Gunsten.

Von den übrigen Fronten ist kein Ereignis von einiger Bedeutung zu melden.

In der Dobrudscha setzen unsere Truppen gemeinsam mit jenen der Verbündeten die Verfolgung des Feindes kraftvoll fort. Sie machten am 15. und 16. d. mehr als 100 Gefangene.

Lloyd George gegen das Angebot.

Das Angebot eine Schlinge.

KB London, 19. Dezember.

Die Rede Lloyd Georges wurde vom Unterhaus mit allergrößtem Interesse erwartet. Das Haus war gedrängt voll, und der Premierminister wurde, als er sich erhob, mit lautem Beifall empfangen.

Lloyd George sagte: Unsere Antwort auf die deutschen Vorschläge wird im vollen Einvernehmen mit unseren Verbündeten gegeben werden. Jeder, der den Krieg leichtfertig verlängern will, würde die Schuld für dieses Verbrechen auf seine Seele laden, aber jeder, der den Kampf aufgibt, ohne daß das Ziel erreicht wäre, würde persönlich die Schuld dafür übernehmen. Die Annahme der Vorschläge des deutschen Reichskanzlers würde bedeuten, daß wir unsere Köpfe in eine Schlinge mit einem Seil daran stecken würden. Ohne Genugtuung (wörtlich: reparation) ist der Friede unmöglich.

Die Verbündeten gingen in den Krieg, um Europa gegen den Ueberfall der preußischen Militärkaste zu verteidigen. Sie müssen auf den vollständigen Garantien bestehen, daß diese Kaste niemals wieder den europäischen Frieden

Westungarischer Grenzbote
21./XII. 1916

K. k. Bezirksschulrat Wien.

Dem Frieden entgegen.

Ein Frostschauer lief all den Staatsverbrechern, die diesen Weltkrieg angezettelt haben, über den Rücken, als die Mittelmächte und ihre beiden Verbündeten in Südost, neuerlich ihr Friedensangebot verkündeten. „Ablehnung! Ablehnung!" hieß der erste Aufschrei. „Eine Falle!" rief man da, „Eine Hinterlist!" rief man dort. Nur die Neutralen mahnten und warnten, sie begriffen, was die Kundgebung des mitteleuropäischen Blocks bedeute, der jetzt ein viertes Königreich, das sich in die Gesellschaft der Entente begab, eroberte.

Es war nichts anderes zu erwarten. Die Minister, die noch vor acht Tagen von unserer Vernichtung und Zerschmetterung deklamierten, konnten nicht plötzlich einschwenken und das Gegenteil sagen. Lloyd George, der neue Kriegsherold Englands, telegraphierte an Briand: „Wir kämpfen weiter!", aber er meldete sich krank und zog sich für eine Woche zurück aus der Oeffentlichkeit. Briand antwortete ihm pathetisch: „Bis zum Endsieg!", aber er sagte in der Kammer, man müsse nachdenken, denn er erhielt sein letztes Vertrauensvotum nur gegen 165 feindliche Stimmen und es hatten sich außerdem 50 Abgeordnete der Abstimmung enthalten. Der Boden unter ihm wankt. Sonnino wußte nicht recht, was er sagen sollte, denn sein Kollege Boselli hatte wenige Tage vorher den siegreichen Rumänen seine „glühendsten Grüße" gesendet und von unserem unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch geredet. Nur Rußland trat plump und dumm mit einer einstimmigen Ablehnung des Friedens auf den Plan. Wie auch nicht? Sein neuer Ministerpräsident Trepow hielt ja erst wenige Tage vorher die lächerlichste Kriegsrede, die man je gehört hatte, er verkündete die Eroberung aller von uns besetzten Gebiete und auch die von Konstantinopel. Es war nicht gut möglich, daß solch blinder Dünkel sich augenblicklich bekehre. Und so beschloß die Duma einstimmig, daß es keinen Frieden gebe, so lange ein feindlicher Soldat auf dem heiligen Boden Rußlands stehe. Das sei der Wille des Zaren und darum auch der ihre.

Einstimmig! Wie Rußland diesen dümmsten Streich, den es je beging, wieder ungeschehen machen will, das ist seine Sache. Man kann nur voll Mitleid und voll Hohn davon Kenntnis nehmen und die Beschämung dieses Kolosses wird eines Tages grenzenlos sein.

In allen Teilen der Welt gärt und brodelt es in den Seelen. An die Menschheit hat sich die Friedensbotschaft der Mittelmächte gerichtet und sie hat sie vernommen. Vergeblich tobt die feile Presse der politischen Kriegshetzer und der kapitalistischen Weltmächte, die an diesem Kriege Milliarden verdienten, gegen den Frieden. Vergeblich schildern die Banditen jenseits der Alpen uns als die Faschen, die Hinterlistigen, die darauf ausgehen den Biedermännern der Entente eine Falle zu legen. Vergeblich schreien die englischen Kriegsblätter: „Seht, wie schwach, wie erschöpft sie sein müssen, da sie um Frieden bitten!", denn die Botschaft ist zu den Völkern gedrungen, daß es eine Friedensmöglichkeit gibt und die Wende in diesem Kriege wird aus den Tiefen kommen, wenn die Oberen dem Frieden widerstreben. Noch einmal brüllen alle Instrumente des gewaltigen Schimpf- und Verleumdungsorchesters, das seit 1914 die Ohren der Welt betäubte, in wildem Lärm auf, aber so oft die Bläser Atem schöpfen, hört man irgendwo eine Schalmei, die die selige Weise des Friedens verkündet Und immer mehr Hörer versammeln sich, wo sie ertönt. Selbst der hämische Wilson jenseits des Meeres, der mit seinen Gefühlen immer auf der Seite unserer Feinde zu finden ist, horcht jetzt endlich auf. Aber reden wird er erst, wenn Lloyd George und Briand geredet haben. Sie werden heute oder morgen orakeln und zunächst wohl die Bahn weisen, in der sich die Friedensbewegung — denn von einer solchen kann man endlich sprechen! — zu entwickeln habe. Aber erdrosseln können sie sie nicht mehr, das ist gewiß. Zu groß ist die Sehnsucht der Völker, diesen Weltstreit beendigt zu sehen. Zu nutzlos erscheint ihnen jedes weitere Blutopfer. Man wird die öffentliche Meinung noch mehr knebeln als bisher, man wird die Kenntnis der wahren Lage überall verheimlichen und immer wieder den Endsieg versprechen, aber das wird wenig nützen, denn mächtiger als alle Hilfsmittel der Bevormundung ist zuletzt der natürliche Instinkt. Wir nähern uns dem Frieden. Mögen die Führer unserer Feinde wie immer sprechen, die Götzendämmerung hat begonnen, die falschen Götter, die das Licht des hellen Tages nicht ertragen, müssen fallen.

Wir werden natürlich nicht schon zu Weihnachten die Friedensglocken läuten, das ungeheure Weltgewitter muß langsam ausgrollen; es wird da und dort noch einschlagen und Unheil anrichten, aber es ist ein Abzug. Zögern die Feinde,

Neues Wiener Tagblatt Abendblatt 99

22./XII. 1916

Wilson an die Kriegführenden.

Berlin, 22. Dezember. Amerikanische Zeitungen und das Londoner Preßbureau veröffentlichen eine Note, die Präsident Wilson an alle Kriegführenden telegraphierte, um sie zur Bekanntgabe der Bedingungen zu veranlassen, die den endgültigen Abmachungen über den Frieden vorangehen müßten und an denen die neutralen Staaten verantwortlichen Anteil zu nehmen bereit seien.

Der Präsident betonte, sein Schritt sei nicht durch das Friedensangebot der Mittelmächte hervorgerufen. Er schlage keinen Frieden vor, er biete nicht einmal seine Vermittlung an, sondern er wolle durch den Austausch der Ansichten den Weg für eine Konferenz freimachen.

Washington, 21. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Staatssekretär Lansing erklärte, Wilsons Note basiere nicht auf den materiellen Interessen Amerikas, sondern darauf, daß Amerikas Rechte durch beide kriegführende Teile immer mehr in Mitleidenschaft gezogen würden. Amerika treibe näher an den Rand des Krieges und müsse deshalb die Absichten der Kriegführenden erfahren, um seine zukünftige Haltung danach einzurichten. Weder das deutsche Anerbieten noch die Rede Lloyd Georges seien dabei berücksichtigt. Lansing erklärte weiter, Amerikas Neutralitätspolitik sei unverändert geblieben.

Berlin, 22. Dezember. Die hiesige Vertretung der Associated Preß hat über London und den Haag folgende Meldung ihrer Zentrale aus New-York erhalten:

Präsident Wilson hat allen kriegführenden Mächten gekabelt, er halte es für gerechtfertigt, die unmittelbare Zweckmäßigkeit einer Vergleichung der Ansichten über die Bedingungen des Friedens anzuregen, die den endgültigen Friedensabmachungen vorausgehen müssen, wobei die Neutralen ebenso wie die Kriegführenden wollen und verantwortlichen Anteil zu nehmen bereit seien. Der Friede möge näher sein, als man glaube.

Die Bedingungen, auf denen die Kriegführenden notwendigerweise bestehen zu müssen glaubten, seien nicht so unvereinbar als befürchtet werde. Ein Austausch der Ansichten würde zumindest den Weg für eine Konferenz freimachen und die Hoffnung auf eine dauernde Einigung der Nationen in die nächste Zukunft rücken.

Der Präsident schlage keinen Frieden vor, er biete nicht einmal seine Vermittlung an, sondern schlage lediglich vor, daß sondiert werde, damit die Neutralen und die Kriegführenden erführen, wie bald der Friede zu erwarten sei. Er hoffe, daß die Antwort neues Licht in die Weltangelegenheiten bringen werde.

Der Wortlaut der Note erschien Donnerstag morgen in den amerikanischen Blättern.

Amsterdam, 22. Dezember, 3 Uhr 57 Min. morgens. Das englische Preßbureau veröffentlicht die an alle kriegführenden Länder gerichtete Note des Präsidenten Wilson, in der angeregt wird, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von den kriegführenden Nationen ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könne, und über Vorkehrungen, die gegen das Wiederausbrechen eines ähnlichen Konfliktes Bürgschaften geben sollten.

Der Präsident sagt, er sei in Verlegenheit, im gegenwärtigen Augenblick Anregungen zu geben, weil es so scheinen könne, als ob sie durch das kürzliche Anerbieten der Mittelmächte hervorgerufen seien. Tatsächlich stehe seine Anregung jedoch in keiner Weise damit in Verbindung. Präsident Wilson lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die Ziele, welche die Kriegführenden auf beiden Seiten im Sinne haben, im Grunde genommen dieselben seien, nämlich die Rechte und Privilegien der schwachen Völker und kleinen Staaten zu sichern. Jeder wünsche für die Zukunft Sicherheiten gegen die Wiederholung eines solchen Krieges.

Jeder würde wachsam sein gegen die Bildung gegnerischer Vereinigungen, die eine Unsicherheit im Gleichgewicht der Mächte darstellen, aber jeder sei auch bereit, die Bildung einer Liga der Nationen zu erwägen, die den Frieden sichern würde.

Die Vereinigten Staaten seien auf das tiefste an Maßregeln interessiert, die den künftigen Frieden der Welt sichern würden. Wilson regt an, die Ansichten über die Bedingungen zu vergleichen, welche den endgültigen Abmachungen für den Frieden der Welt vorangehen müßten. Keine von beiden Seiten habe bisher genaue Ziele angegeben, welche sie selbst und ihre Völker befriedigen würden.

Der Präsident schlage keinen Frieden vor, sondern sondiere lediglich, damit die Welt erfahre, wie nahe der Friede sein möge. Der Präsident werde sich glücklich schätzen, dabei zu dienen und sogar die Initiative zu ergreifen.

London, 21. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing gab eine Erklärung ab, in der er mitteilte, die Note des Präsidenten Wilson sei nicht auf Grund materieller Interessen Amerikas abgesandt worden, sondern weil die eigenen Rechte Amerikas durch die Kriegführenden auf beiden Seiten mehr und mehr in Mitleidenschaft gezogen würden, so daß die Lage immer kritischer werde. Wir treiben selbst näher an den Rand des Krieges, sagte der Staatssekretär, und deshalb haben wir ein Recht, zu erfahren, was die Kriegführenden wollen, damit wir unsre zukünftige Haltung bestimmen können. Weder das deutsche Anerbieten noch die Rede Lloyd Georges sind dabei in Rücksicht gezogen worden.

Später gab Lansing nach einer Besprechung mit Wilson eine weitere Erklärung ab, mit der er, wie er sagte, über jeden Zweifel klarstellen wollte, daß in der Neutralitätspolitik der Vereinigten Staaten keine Aenderung eingetreten sei.

Pester Lloyd

23./XII. 1916

Der Friedensschritt des Präsidenten Wilson.

Aus Wien wird uns telegrapiert:

Von allen Lichtern des Weihnachtsfestes wird diesmal das der Hoffnung am herzlichsten und trostvollsten in die Herzen strahlen. Das Licht des Friedens in der tiefen Nacht, die seit neunundzwanzig Monaten die Menschheit umfängt, von den Mittelmächten und ihren Verbündeten großherzig angekündigt, dieses Licht, vor dessen Eindringen der Vierverband am liebsten alle Fenster verhängt hätte, aus der Note des Präsidenten Wilson strahlt es nun, wie von einem riesigen Scheinwerfer zurückgeworfen, über alle Welt, in alle Schlupfwinkel des bösen Willens, der unser ehrliches Friedensangebot mit Hohn und Hochmut begeifert hat. Heute ist der Termin, zu dem nach Londoner Meldungen Englands Bundesgenossen der von Lloyd George entworfenen amtlichen Erwiderung unserer Friedensnote ihre Zustimmung erteilen sollten, und heute erfahren wir, daß ein Dritter, einer, den man erst in einem späteren Zeitpunkte zu hören erwartete, der Präsident Wilson mit gewichtigem Wort auf die Friedensbühne getreten sei. In die mit Spannung bis zum Bersten erfüllte Situation fährt es vom Kapitol zu Washington wie ein Blitz, in dessen Widerschein, willig oder nicht, der Vierverband sich in der seit August 1914 zum zweiten Male gestellten „Menschheitsfrage des Friedens" entscheiden muß.

Am Donnerstag morgen war der Wortlaut der ganzen Note in Washingtoner und New-Yorker Blättern zu lesen, und am gleichen Tage muß die englische Regierung, die Herrin über die transatlantischen Kabel, ihn gekannt haben. Es scheint undenkbar, daß die Alliierten uns antworten sollen, ohne sich mit dem amerikanischen Schritt auseinandergesetzt und ihre Antwort mit ihm in Beziehung gebracht zu haben. Diese Feststellung ist sehr wichtig. Die Note der Mittelmächte und ihrer Verbündeten, die am 12. Dezember den neutralen Vermittlern zur Weiterleitung übergeben wurde, enthält zwei Kundgebungen zur Friedensfrage: die Einladung zu Friedensverhandlungen und die Zusage, zu solchen Verhandlungen die genaueren Friedensbedingungen des Vierbundes mitzubringen. Die Reden, die in den Vierverbandsparlamenten in vorläufiger Entgegnung auf unseren Friedensschritt gehalten wurden, ließen zwar keine bestimmte Voraussage über den Inhalt der zu gewärtigenden Antwortnote zu, rechtfertigten aber die Vermutung, daß der Vierverband als Voraussetzung für sein Eintreten in Verhandlungen von uns die Bekanntgabe unserer Bedingungen verlangen, aber keine Verpflichtung zur Namhaftmachung seiner eigenen übernehmen wollte. Nicht einmal das war nach Lloyd Georges mehr als andeutender Rede ausgeschlossen, daß der Vierverband als weitere Voraussetzung der Verhandlungen die vorherige prinzipielle Genehmigung der von ihm gewünschten Verhandlungsgrundlage aufstellen würde! Es versteht sich von selbst, daß die Mittelmächte auf ein solches Verfahren, dem sich kaum ein Besiegter zu fügen brauchte, unmöglich hätten eingehen können. Dann aber wären wir als die Friedensverweigerer hingestellt und gebrandmarkt worden. Dieses feine Spiel zum mindesten macht Wilsons Dazwischenkunft vermutlich zunichte. Was er vorschlägt, ist eine Vergleichung der Ansichten über die Bedingungen, und zu einer Vergleichung gehören die Bedingungen der einen und der anderen Seite. So herrisch und hochmütig, wie er wollte, wird der Vierverband die von uns auf die Tagesordnung gestellte Friedensfrage denn doch nicht behandeln können, es wäre denn, daß ihm Meinung und Wunsch der Vereinigten Staaten völlig gleichgültig und die Folgen ihrer Brüskierung der Beachtung nicht wert erschienen. Dies ist aber eine Annahme, die man nur auszusprechen braucht, um sie als haltlos und unmöglich zu erklären. Nicht den Mittelmächten allein, dem Oberhaupt der Hundert-Millionen-Republik, von der seine Kriegführung zum großen Teil abhängt, hat der Vierverband Rede zu stehen.

Präsident Wilson weist es geflissentlich von sich, etwa als der Friedensvermittler zu gelten. Er will seinen Schritt nur als eine Anregung, als eine Sondierung aufgefaßt wissen. Der Sinn dieses einschränkenden Kommentars enthüllt sich, wenn man sich erinnert, daß Wilson bereits einige Male in früherer Zeit zu verstehen gegeben hat, er werde nur dann vermittelnd eingreifen, wenn ihm von beiden kriegführenden Lagern ein Wink hiezu gegeben werde. Dies ist nun offenbar nicht geschehen, denn der Präsident sagt ausdrücklich, sein Schritt sei nicht durch unser Friedensangebot hervorgerufen, und Reuter, keine ganz zuverlässige Quelle allerdings, behauptet, daß auch Lloyd Georges Rede dabei nicht berücksichtigt worden sei. Nun begreift man ohne weiteres, daß die amerikanische Regierung sowohl in berechtigter Eigenliebe, wie auch vielleicht aus dem Grunde, weil sie gerade um der Friedenssache willen ihre Autorität nicht der Gefahr einer Schmälerung aussetzen mag, bei der Wahl der Bezeichnung für ihre Friedensunternehmung Vorsicht übte. Aber andererseits gibt es in der amerikanischen Note zwei Stellen, die es unwahrscheinlich machen, daß Wilson, wenn seine gegenwärtige Aktion zu keinen Ergebnissen führte, sich einfach mit bedauernder Verbeugung von der Szene zurückziehen würde. Der Präsident versichert, er werde sich glücklich schätzen, dem Frieden zu dienen und sogar die Initiative zu ergreifen. Schon dieses Wort verrät die Absicht zu einer aktiven Friedenspolitik, die nicht vor dem erstbesten Hindernis umkehren mag. Der Präsident gibt aber überdies als das Motiv seines Handelns die Sorge an, daß sein Land, dessen Rechte durch den Krieg bereits so sehr in Mitleidenschaft gezogen seien, an den Rand des Krieges getrieben werden könnte. Damit will Wilson offenbar sagen, er könne zwar noch den Frieden der Kriegführenden ihrem Ermessen anheimstellen, nicht aber mehr den Frieden Amerikas selbst. Er will, daß der Krieg für Europa ende, damit der Krieg nicht für Amerika anfange. Er will damit ferner sagen, daß er, den die kriegführenden Parteien bisher zur Vermittlung nicht angerufen, sich schließlich den autonomen Rechtstitel, zu vermitteln, aus seiner pflichtgemäßen Obsorge für den Frieden seines Landes holen könnte. Präsident Wilson will kein Vermittler sein, seine Note deutet aber an, daß er unter Umständen als mehr denn nur als solcher auftreten würde.

Es braucht uns sicherlich nicht zu kränken, oder zu beirren, daß Präsident Wilson unseren Friedensschritt nicht als Vorläufer und Anreger seiner Friedensaktion gelten lassen will. Für die Sache des Friedens ist es vielleicht günstiger, daß er sein Unternehmen so aufzäumt, wie er es tut. Der Vierverband kann infolgedessen nicht den Gekränkten spielen, den Präsidenten Wilson nicht als bloßen Exekutor unseres Friedenswillens verdächtigen, wenn solche Verdächtigung nach der ganzen bisherigen Haltung Wilsons gegenüber dem Frieden nicht ohnehin hinfällig und heuchlerisch wäre. Auch sonst bleibt ein großes Verdienst auf unserer Seite zu buchen. Man hat unseren Friedensschritt bald als Zeichen der Schwäche, bald als ein elendes Manöver mißdeuten wollen. Es zeigt sich nun, daß zur gleichen Zeit wie wir der mächtigste unter den Neutralen der gleichen Meinung ist wie wir, der Meinung nämlich, daß der Friede möglich und daß er in diesem Augenblick schon möglich ist. Dies ist ein sehr ehrenvolles und wertvolles Zeugnis für unsere Friedensunternehmung, sowohl was die richtige Erkenntnis in der Wahl des Augenblicks, als auch was unsere Aufrichtigkeit anbelangt. Wenn der Vierverband es mit dem Frieden ehrlich meint, so hat er jetzt eine gute Gelegenheit, sich statt unserer Meinung der des Präsidenten Wilson anzuschließen, und seine Empfindlichkeit bleibt geschont. Wenn aber Präsident Wilson unabhängig von uns auf den gleichen Einfall geraten ist, so bekunden wir unsere Genugtuung über dieses glückhafte Zusammentreffen, wollen aber in aller Bescheidenheit nicht in Vergessenheit geraten lassen, daß wir in der Friedensbahn als die ersten erschienen sind. Neben unseren materiellen Faustpfändern, die unsere kriegerischen Erfolge uns verschafften und deren Gewicht das bloße Belieben der Feinde nicht verringern kann, haben wir durch unsere Initiative auch ein moralisches Faustpfand auf die Wage des Friedens zu legen.

Vor uns liegt jetzt zunächst die Frage, ob die auf den ersten Anschein bestehende Gleichartigkeit zwischen unserer und der amerikanischen Meinung bei näherem Zusehen und Prüfen sich als fortbestehend erweisen wird. Der Präsident der Vereinigten Staaten spricht nicht einfach seine Meinung aus, daß man jetzt Frieden machen könne, sondern er gibt zugleich auch Andeutungen über den Inhalt des Friedens, wie er sich ihn vorstellt und wie er ihm gerecht erschiene. Er behauptet, daß beide kriegführenden Parteien im Grunde für dieselben Ziele, nämlich für die Rechte der kleinen Völker und für die Sicherheiten gegen künftige Kriege kämpfen. Was uns betrifft, so haben wir in der Tat durch unsere Note erklärt, daß unsere Rechte in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Der deutsche Reichskanzler hat aber den künftigen Frieden auch noch näher gekennzeichnet, indem er bemerkte, daß in ihm die Rechte der großen wie der kleinen Nationen geborgen sein müssen. Man wird das in Washington hoffentlich nicht überhören und man wird hoffentlich richtig verstanden haben, was damit gemeint sei. Auch der Teil des polnischen Volkes, dem wir soeben seinen Staat aufgerichtet, ist in seiner Schwäche unserem Schutz anvertraut und versicherungsbedürftig, und Oesterreich-Ungarn hat lange genug seine Rechte als Großmacht zugunsten der Ansprüche von kleinen Staaten mißachtet gesehen, um den Wunsch zu hegen und zu vertreten, daß auch die Rechte und Privilegien der großen gesichert werden. Wenn Präsident Wilson über den jetzt zu schließenden Frieden hinausdenkt und sich für die Sicherungen des künftigen Weltfriedens interessiert, ja für ihn sich zugleich mit den anderen Neutralen mitverantwortlich erklärt, so darf daran erinnert werden, daß Herr von Bethmann Hollweg sich bereit gezeigt hat, an der Schöpfung eines Weltfriedensbundes mitzuarbeiten und für Deutschland eine führende Rolle dabei beanspruchte.

Es ist noch kein Grund, zu jubeln und zu glauben, daß der Friede schon an der Schwelle stehe und wir ihn im nächsten Augenblick die Tür aufklinken hören werden. Bedenken wir nur, wie unsäglich viel Haß bei unseren Feinden sich zu Hauf gesammelt hat und seien wir uns darüber klar, daß von dem Zerschmettererwillen bis zur Achtung fremden Lebens- und Entwicklungsrechtes der Uebergang nicht allzu leicht zu finden sein wird. Auch können wir nicht vergessen, welche Rolle Amerika bisher in diesem Weltkriege gespielt, wie oft es uns bittere Empfindungen verursacht und zumindest den Anschein, als ob es der neutrale Helfer unserer Feinde sein will, nicht vermieden hat. Es hat sich vorläufig nur das eine geändert, daß wir bei der Rede über den Frieden nicht mehr mit der Entente allein sein werden, daß ein Zeuge dabeisteht. Wir haben noch kein Recht, daran zu zweifeln, daß dieser Zeuge Wert darauf legen wird, uns zu beweisen, daß wir fortan seiner unparteiischen Gesinnung vertrauen dürfen. Das Weitere ruht im Schoße der Zukunft. Wir haben zunächst abzuwarten, wie die Antwort des Vierverbandes lauten wird. Es freut uns aber, daß wir Aussicht haben, bei dieser großen Wende der Dinge in Washington durch einen tüchtigen Mann vertreten zu werden.

Arbeiterzeitung 102

23./XII. 1916

Wilsons Wort für den Frieden!

Die Solidarität der Neutralen in dem Bedürfnis nach dem Weltfrieden, von der wir letzten Montag geschrieben haben, kommt zum erstenmal auffällig und wirksam zur Erscheinung: der Präsident Wilson, das Oberhaupt des größten und mächtigsten neutralen Staates, spricht im Namen der neutralen Welt. Wir haben damals bedauert, daß das menschliche Gemeingefühl noch immer nicht stark genug ist, um wenigstens die neutralen Völker aufzumuntern und anzustacheln, so bald als möglich durch vereinigte Bemühungen den Nachbarn, die in das Verhängnis verstrickt sind, ihre guten Dienste zur Versöhnung zu leihen: inzwischen verrinne Zeit, und Zeit sei heute Blut. Nun hat zum erstenmal eine neutrale Macht gesprochen und diese Tatsache ist im Interesse des Friedens auf das innigste zu begrüßen. Die Tat steht, sie ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen, und also wird sie wirken.

Wilson verwahrt sich dagegen, daß sein Ruf, der kurz nach dem deutschen Friedensangebot erfolgt ist, als dessen Folge angesehen werde, er bedauert eher dieses zeitliche Zusammenfallen. Man versteht das: Will er als der Neutrale wirken, so darf er nicht von der einen Seite gesendet sein oder scheinen. Sicher ist dagegen, daß sein Ruf durch dieses zufällige Zusammentreffen verdoppelten und verdreifachten Widerhall findet. Nach dem herben Mißklang der Reden Lloyd-Georges und Briands fällt sofort wieder die mildere Stimme ein. Genug einstweilen, wenn das Wort Frieden nun Tag für Tag an das Ohr der Menschen schlägt, Tag für Tag alle wunden Seelen wie Balsam berührt und alle Hoffenden und Willigen aufrichtet. Schon ist es ein unendliches Verdienst, wenn Wilson das Wort auf der Tagesordnung erhält.

Es dürfte freilich den Harrenden wenig erscheinen, was Wilson will und sagt, den Zweifelnden sogar gefährlich. Wilson vermittelt nicht — die völkerrechtliche Vermittlung fordert ein unbewaffnetes, aber machtbewußtes Einschreiten mit einem bestimmten Friedensziel, der Vermittelnde tritt für den Geschlagenen beim Sieger ein oder er tritt dem Sieger aus eigenem Antrieb entgegen. Die bloße Erklärung, vermitteln zu wollen, würde einer Partei die Rolle des Besiegten, der anderen die des Siegers zuschieben. Dagegen würden sich heute noch beide Teile auflehnen. Wilson spricht nicht einmal davon, daß er beiden Teilen seine „guten Dienste" im völkerrechtlichen Sinne des Wortes leihe. Selbst ein solches Ansinnen würde die Entente heute zurückweisen, da sie doch vor ihren Völkern den Willen zu Krieg und Sieg aufrecht erhält und nach der zweieinhalbjährigen sträflichen Ueberheizung der Gemüter aufrecht zu erhalten wohl gezwungen ist. Wilson hat eine glückliche Form für sein Einschreiten gewählt: er erstrebt erstens die Erkundung, wie nahe der Friede sei. Das interessiert die Neutralen nicht bloß wie der Puls des Fiebernden den Arzt, denn sie leiden ja mit, die Kampfhandlungen greifen sogar immer mehr auf die Gewässer, die Schiffahrt, die Freiheit, das Wirtschaftsleben der Neutralen über, also kann ihnen solcherlei Erkundung nicht verargt werden. Diese Erkundung darüber, wie sich die Kriegführenden etwa das Kriegsende vorstellen, müsse nach Wilsons Worten ihm die Gelegenheit zu einer unparteiischen Ansichtenvergleichung bieten, die kann ja niemandem verboten werden. Sind doch alle Maßregeln, in denen sich ein allfälliger Friede vergegenständlicht — man denke nur an die Regelung der Hochseeschiffahrt — zugleich vom höchsten Interesse für Amerika selbst.

Hier wird dieses zaghafte Vorfühlen schon bedeutsam: wenn über diese gerade im heutigen Kriege höchst strittigen Fragen die Neutralen ernsthaft mitsprechen wollen, so kann der Friede nicht bloß inter partes, zwischen den beiden Kampfteilen allein, abgetätigt werden, sondern bedarf eines Staatenkongresses. Ein Kongreßfriede aber fällt nach dem Vorbild des Berliner Kongresses ganz anders aus als der bloße Parteifriede; und nicht selten hat die Ungewißheit bevorstehender Kongreßbeschlüsse die Parteien zu rascherem Abschluß gedrängt. Die Aussicht oder Androhung eines Kongresses allein wirkt meist auch den Frieden beschleunigend.

Geradeheraus spricht Wilson von einem Kongreß nicht oder wenigstens noch nicht. Er ruft auch die anderen Neutralen nicht auf, aber sicher ist, daß sein Ruf sie erwecken wird. In zunächst ganz vagen Umrissen erscheint doch schon vor dem Vorausdenkenden die dritte Gruppe von Staaten neben den Kriegführenden.

Wilson wünscht, den Kämpfenden die Gelegenheit zu bieten, durch sein Auswärtiges Amt gegenseitig die Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Kriegsabschluß zu denken wäre. Und er glaubt sogar schon jetzt zu erkennen, daß die feindlichen Gruppen im Grunde dasselbe Ziel verfolgen. Man kann der Begründung dieser kühnen Folgerung die diplomatische Geschicklichkeit nicht absprechen: Es ist das Leitwort der englischen Politik, daß sie im Grunde nur ausgezogen sei, die Rechte und Privilegien der schwachen Völker und kleinen Staaten zu sichern. Indem sich Wilson stellt, den Vorwand als Ernst zu behandeln, schaltet er jede englische Ausrede aus und was Deutschland betrifft, so stellt er die tatsächliche Inangriffnahme der Wiederherstellung Polens offenbar als zustimmende Post ein. Ob nun die Kriegführenden wirklich dasselbe wollen oder nicht, es kann unter der Einwirkung der dritten Gruppe möglicherweise so kommen, daß sie dasselbe müssen. Darum vernimmt man schon heute aus dem kriegsfreundlichen Lager da und dort geharnischte Abwehr.

Nicht strittig unter den Kriegführenden, weil von ihnen kaum vorerwogen, ist dagegen alles das, was Wilson über das künftige Friedensinstrument sagt: alle wünschen Bürgschaften gegen eine Wiederholung des Krieges. Sie zu ersinnen und herbeizuschaffen, was seit jeher Sorge der Friedensfreunde war, soll also einen Gegenstand der Verhandlungen bilden. Noch bedeutsamer ist sein Wort über das Allianzsystem; es trifft eine der vielen Kriegsursachen. Daß sich Europa in zwei Heerlager spalten konnte, in eine einkreisende und eine einzukreisende Gruppe, hat sicherlich die Rüstungs- und Kriegshysterie gesteigert. Wilson sieht eine gemeinsame Aufgabe der Staaten in der Wachsamkeit gegen Allianzen, die eine Unsicherheit in das Gleichgewichtssystem der Mächte bringen. Sehr wahr; aber wie die Lösung der im Kriege vielleicht noch gefestigten Verbindungen erzwingen? Ihm erscheint diese Aufgabe am ehesten durch eine Friedensliga erreichbar und er behauptet, im Grunde hätten sich auch die Kriegführenden zu dem Ziele bekannt, eine Liga der Nationen zu begründen, die den Frieden sichert. Die Geschichte kennt auch dafür etliche Vorbilder, das jüngste und nächstliegende ist die Heilige Allianz obschon es gerade nicht einladend ist und zumal auf deutscher Seite nicht besonders lockend erscheint. Haben doch England und Frankreich im Kriege selbst Werbeversuche in dem Sinne unternommen, alle Staaten, auch die neutralen, in eine Art Friedensbund gegen die eine Macht zu vereinen, die sie als den alleinigen Ruhestörer ausgaben. Indessen hat sich Bethmann Hollweg vor etlichen Wochen im Reichstag der Idee ausdrücklich angeschlossen, das ganz überwältigende Friedensbedürfnis der Welt nach dem Kriege durch ein organisiertes Völkerbündnis zu sichern. Und so will Wilson offenbar verstanden sein, daß beide Gruppen, die heute Krieg führen, Mitgaranten des Friedens und Glieder der Liga werden!

Man muß zugestehen: Gelänge dieses Werk, dann wäre das der Allgemeinheit gewonnene Gut so groß, daß daneben der Gewinn oder Verlust von Landstrichen für den einzelnen nur eine geringe Rolle spielen könnte: es wäre kein „deutscher", aber auch kein „englischer", sondern eben der Weltfriede selbst.

Das Ziel ist hoch gesteckt, so hoch, daß die geringen Mittel, die dafür heute aufgebracht werden, seltsam davon abstechen. Aber zunächst kann Amerika nicht mehr: denn es ist, wie wir jüngst schon erklärt haben, ja „so unendlich weit und hat so wenig Handhaben gegenüber Europa, Amerika ist gewaltig, aber seine staatliche Ordnung stellt geringe nach außen hin organisierte Macht zur Verfügung und endlich ist seine Einwirkung ungleich: Es kann der Entente durch bloße Passivität unendlich viel, den Mittelmächten selbst durch aktive Eingriffe nur ungleich weniger Abbruch

n. Diese Hemmnisse, die aus der Besonderheit des atlichen Daseins entspringen, dürfen nicht unbeitet bleiben. Sie sind in Rechnung zu stellen, schon n die ganze Bedeutung der Wilsonschen Politik gecht einzuschätzen. Greift er die Mittlerrolle auf, so das sicherlich keine geringe Tat!" Nun, da sie erlgt ist, haben wir allen Grund, diese Anerkennung bestätigen.

zielbewußter sorglicher Weise geschaffen, im Anschlusse an das Kaiserjubiläumsspital an den waldigen, sonnbeglänzten Hängen des kaiserlichen Tiergartens soll die erste dieser Erholungsstätten entstehen zur Ehre der Stadt und zum Segen für ihre Bürger.

Einkreisung und Aushungerung.

Von Prof. Dr. **Karl Hoffmeister.**

Bekanntlich war es bereits König Eduard VII., der Vater des derzeit regierenden englischen Königs, der in der Hauptsache jenes Mächtebündnis zustandebrachte, welches die heutige Entente umfaßt und dessen einziger Zweck die totale Einkreisung der Zentralmächte war. Selbstverständlich mußte von diesem Augenblick an die politische Schwüle und das Rüstungsfieber einen nie dagewesenen Höhepunkt erreichen. Dazu kam noch das ununterbrochene provokatorische Verhalten der beiden kleinen Balkanvasallen der Entente gegen Oesterreich-Ungarn, das ebenfalls nicht den geringsten Zweifel darüber lassen konnte, wie absolut sicher diese beiden Zwerge die jederzeitige prinzipielle Hilfeleistung der mit ihnen verbündeten großen Mächte erwarten durften und wie sehr diese großen Mächte danach lechzten, nur einen Vorwand zum Kriege zu finden, und wäre es auch nur die ungerechtfertigteste Provokation der Zentralmächte seitens eines kleinen Ententevasallen von der moralischen Qualifikation Serbiens....

Angesichts solcher Tatsachen ist es eigentlich lächerlich, überhaupt auch nur ein Wort mehr darüber zu verlieren, wem die Schuld an diesem verheerenden Weltbrand zufällt: Wer Jahrzehnte hindurch zusehen muß, wie seine militärische Einkreisung durch feindliche Nachbarstaaten einen ununterbrochenen, gefahrdrohenden Fortgang nimmt, dem bleibt nur ein Mittel übrig: Rüsten. Und wenn er sich rüstet, um den von allen Seiten drohenden Feinden gewachsen zu sein, dann sprechen in völliger Verdrehung des Sachverhalts seine Feinde von der drohenden Gefahr des deutschen Militarismus, den man um jeden Preis niederringen müsse.... Gegen solche Logik und Moral, die man sonst nur bei Verbrechern oder aber bei hysterischen Weibern findet, kann man vom Standpunkt der Vernunft aus nicht mehr ernsthaft erwidern. Es könnte höchstens in Frage kommen, ob sich mit solchen Verleumdern und Verdrehern von Tatsachen der Staatsanwalt oder der Psychiater noch weiter zu beschäftigen hätte.

Die latente Gefahr, die den Zentralmächten durch die Einkreisung erwuchs, war aber von den Feinden keineswegs bloß als eine militärische, sondern auch als eine wirtschaftliche beabsichtigt, da im Augenblick des Kriegsausbruches auch jeder Warenverkehr zwischen den Eingekreisten und den Einkreisenden aufhören müßte und die Zentralmächte auf diese Weise, wie der englische Ausdruck lautete, in die Lage einer von allen Seiten eingeschlossenen Festung versetzt werden sollten.

Der Vergleich mit der eingeschlossenen Festung ist allerdings im vorhinein etwas günstig im Sinne unsrer Feinde gefärbt: Der Wunsch, daß es so sein möge, ist zum Vater des Gedankens geworden, daß es wirklich so sei. Faktisch hinkt der Vergleich sehr beträchtlich, denn in einer eingeschlossenen Festung befinden sich durchaus Menschen, die keine Nahrungsmittel produzieren und einzig und allein von einem gegebenen und unvermehrbaren Vorrat leben müssen, der sich durch strenge Rationierung bestenfalls strecken, aber niemals erneuern läßt. Es steht also außer Zweifel, daß die Aushungerung einmal eintreten muß; fraglich bleibt nur, wann sie eintreten wird. Dies war eben die Absicht des hinkenden englischen Vergleiches: die Lage der Zentralmächte sollte derart hoffnungslos geschildert werden.

Daß der Vergleich aber in Wahrheit stark hinkte, zeigt schon allein die zweieinhalbjährige Kriegszeit, die bereits abgelaufen ist, ohne daß wir ausgehungert wurden. In Wirklichkeit handelt es sich ja auch gar nicht, wie der Vergleich mit der eingeschlossenen Festung glauben machen will, um vorhandene Vorräte und um die Frage, wie lange man mit ihnen auskommen wird, sondern vielmehr um die Frage, ob im Falle entsprechender Sparsamkeit mit demjenigen Quantum von Nahrungsmitteln ausgelangt werden könne, das jeweils auf dem Territorium der Zentralmächte produziert werden kann. Diese Darstellung des faktischen Sachverhaltes hingt allerdings schon wesentlich anders, als der Vergleich mit der eingeschlossenen Festung, deren nie wieder zu erneuernde Vorräte ja doch unter allen Umständen einmal zu Ende gehen müssen. Nur in einem einzigen Punkt stimmt dieser Vergleich — und gerade dieser Punkt spricht wieder zuungunsten der Ententehoffnungen: Aus einer eingeschlossenen Festung kann man, wenn man militärisch stark genug ist, Ausfälle machen, kann den Belagerer zurückdrängen und ihm Gebiete entreißen, deren Ressourcen man sich zunutze machen kann. Dies ist in reichlichem Maße geschehen: Belgien, zehn Departements von Nordfrankreich, ganz Serbien, Montenegro und Russisch-Polen ist in unsern Händen geblieben, und als wertvollste Kornkammer kam jüngst noch der fruchtbarste Teil Rumäniens, die Große und die Kleine Walachei, mit ihren reichen Nahrungsmittelvorräten und ihren Petroleumquellen dazu. Damit erweitert sich die produktive Fläche der Zentralmächte um ein ganz beträchtliches Quantum: just um jenes Quantum, das wir brauchten, um sorgenfrei allen künftigen Eventualitäten entgegensehen zu können. Dazu kommt aber noch, daß Mackensens siegesgewohnte Armeen hart an der Grenze Bessarabiens stehen, jenes gesegneten Getreidelandes, das selbst für das Riesenreich Rußland, das doch zur Gänze einen Agrarstaat darstellt, den Namen einer Kornkammer erhalten hat....

Und nun zeigt sich die Wahrheit eines alten Sprichwortes: Jede Lüge braucht zehn weitere Lügen, um sie glaubhaft zu machen. Nur so wird es erklärlich, warum unsre Gegner, und insbesondere der verbissenste unter ihnen, England, unser Friedensanbot vor seinem Volke so zu deuten versucht, daß wir vor dem militärischen Niederbruch stünden. Natürlich muß man diese Hilfslüge gebrauchen, wenn man das Märchen von unsrer ehebaldigsten Aushungerung aufrechterhalten will, während unsre Armeen auf ihrem unaufhaltsamen Siegeszuge schon die Grenze der allerreichsten Kornkammer Europas, die Grenze Bessarabiens, erreicht haben! Mit welcher Begründung aber können unsre Gegner behaupten, daß wir nun plötzlich nach einem geradezu phantastisch anmutenden Siegeszug durch halb Rumänien unmittelbar vor dem militärischen Niederbruch stehen?

Die Begründung ist allerdings fadenscheinig genug: Sie liegt im Friedensangebot selbst; denn aus welchem andern Grund sollte man den Frieden anbieten, als deshalb, weil man den Krieg nicht mehr weiterführen könne? Es liegt abermals ein Stück hysterischer Rechthaberei um jeden Preis, ein Stück

Vossische Zeitung 24./XII. 1916 106

Allokution Benedikts XV.

im Konsistorium vom 4. Dezember 1916.

Venerabiles Fratres

Quandoquidem quae huic Apostolicae Sedi undique solent deferri decernenda, non ea in Consistorio, ut olim, tractari possunt, omnia sunt enim frequentiora in dies, multaque ex iis dilationem non recipiunt, eum retineamus, quem a Decessoribus accepimus, praeclarum morem, ut si quid inciderit quod christianae reipublicae intersit, vobiscum, in solemnem coetum convocatis, communicemus. Ex eo genere gratissimum est Nobis quod rem licet ad vos afferre tam magnam tamque Ecclesiae opportunam, ut eius gratia haec aetas apud posteros nobilis futura videatur. Codicem dicimus Juris Canonici feliciter absolutum; quem Nos quidem, secundum vestra ipsorum vota, quamprimum promulgaturi sumus. Nam quo die insignia rite suscepimus Pontificatus maximi, id probe meminimus significatum Nobis a venerabili Fratre Nostro desideratissimo, Cardinali Antonio Agliardi, cum amplissimi Ordinis vestri nomine Nobis gratularetur.

Profecto, si quos alios, non vos fugit, Venerabiles Fratres, leges praescriptionesque, Ecclesiae matris providentia et cura, iam inde ab initio usque adhuc conditas, continuatione quadam accessionum per tot saecula in eum excrevisse quasi cumulum, ut eas omnes habere perceptas et cognitas vel iuris peritissimus quisque haud facile posset. Ad haec, multorum statuta canonum cum ob temporum commutationem iam non moribus congruerent, apte prudenterque erant novanda. Quo igitur melius, cum disciplinae emolumento, constaret quae iura et instituta valerent in Ecclesia, apparebat, ex Ecclesiae legibus componi codicem oportere, qui facile inter manus versari posset: id quod non solum Episcopi Clerusque exspectabant, sed omnes qui se Iuris Canonici studio dederant. Idem ipsum Apostolica Sedes cum sibi habuisset iam diu propositum, maximae tamen semper difficultates obstiterant quo minus ad rem incumberet. Scilicet provisum erat divinitus, ut huius tam insignis in Ecclesiam promeriti Pio X, sanctae memoriae Decessori Nostro, deberetur laus. Nostis, Venerabiles Fratres, qua is alacritate animi, vixdum inito Pontificatu, immensum paene opus inceperit, et qua deinceps sedulitate et constantia, quoad gubernacula Ecclesiae tenuit, sit prosecutus. Quod si non ei licuit inceptum absolvere, is tamen unus huius Codicis habendus est auctor, eiusque propterea nomen, ut Innocentii III, ut Honorii III, ut Gregorii IX, Pontificum in historia Iuris Canonici clarissimorum, perpetuo posthac praedicabitur: Nobis satis fuerit si, quod ille effecit, promulgare contigerit. — Iam grati animi significationem a Iesu Christi Vicario universi et singuli sibi habeant quotquot e Sacro Cardinalium Collegio, ex Episcoporum ordine, ex utroque Clero, ex ipso laicorum numero aliquid operae in hanc rem, pro sua quisque sollertia et industria, contulerunt. Quod cum facimus verbis Nostris perlibenter, simul suavi quodam iucundoque officio ac munere, quod ipse Nobis Decessor commiserit, fungi videmur. Praecipuas vero et laudes et grates libet hic agere dilecto Filio Nostro, Cardinali Petro Gasparri, qui quidem in confectione Codicis cum amplius oneris, quam ceteri, usque a principio sustinuit, tum egregiam suam non modo ingenii facultatem iurisque scientiam ostendit, sed etiam studii ac laboris perseverantiam, eamque ne postea quidem visus est intermittere, quam, Negotiis Publicis praefectus, gravibus aliis coepit occupationibus distineri.

Itaque hoc maximi ponderis summaeque opportunitatis opus iure confidimus fore ut valeat multum ad ecclesiasticae disciplinae nervos roborandos: quia enim notiores reddit Ecclesiae leges, ideo non parum earumdem observantiam adiuvat, idque cum fructu animarum et cum catholici nominis incremento. Hoc sane in quavis hominum societate, atque in ipsa civili universarum gentium consociatione usu venit, ut, ubi sollemnis est obtemperatio legibus, ibi in sinu pacis uberrime res floreant; ubi vero auctoritas legum negligi solet vel contemni, ibi, discordia dominante et cupidine, privatim ac publice omnia perturbentur. Quod, si confirmatione indigeat, rerum cursu in quo sumus, maxime confirmatur. Horrenda belli huius insania, quae vastitatem affert Europae, nonne clamat quantum cladis et ruinarum possit exsistere, iis comtemptis summis legibus quibus mutuae civitatum rationes temperantur? Cernere enim in tanta populorum conflictione licet, vel res sacras, sacrorumque administros, etiam dignitate praestantes, quamvis divino ac gentium iure sanctissimos, indigne violari; vel quietos cives complures procul a domo, matribus coniugibus filiisque complorantibus, abripi; vel urbes non munitas ac multitudines indefensas aëriis potissimum incursionibus vexari; passim terra marique talia patrari facinora quae horrore animum et aegritudine perfundant. At Nobis, hunc malorum quasi acervum deplorantibus, et quidquid inique in hoc bello fit, ubicumque et a quoquo fiat, iterum reprobantibus, illud pergratum et votum, quod Deus evenire velit, ut quemadmodum cum promulgatione novi Codicis tranquillior Ecclesiae, ut speramus, ac fructuosior quaedam oritura est aetas, sic societati civili, restituto per iuris ac iustitiae verecundiam ordine, exspectata celeriter illucescat pax, quae gentibus rursus inter se amice compositis bonorum omnium pariat ubertatem.

Ehrwürdige Brüder!

Da die Angelegenheiten, welche aus der ganzen Welt der Entscheidung des apostolischen Stuhls unterbreitet werden, nicht mehr wie in früheren Zeiten im Konsistorium behandelt werden können, weil sie von Tag zu Tag ins Ungemessene wachsen und da bei vielen von ihnen die Entscheidung nicht aufgeschoben werden kann, so folgen wir dem lobenswerten Gebrauch unserer Vorgänger, der eine feierliche Sitzung vorsieht, sobald eine Angelegenheit die ganze Christenheit interessiert. Wir sind hocherfreut, zu eurer Kenntnis ein Ereignis von solcher Wichtigkeit, von solchem Nutzen für die Kirche bringen zu können, daß wir sagen können, es wird Epoche in der Geschichte machen. Wir sprechen von dem Kodex des kanonischen Rechts, der glücklich vollendet worden ist und den wir binnen kurzem eurem Wunsche gemäß veröffentlichen werden. Wir erinnern uns wohl daran, daß gerade dies der Wunsch war, den uns der Kardinal Antonio Agiardi ausdrückte, als er uns die Glückwünsche des heiligen Kollegiums am Tage unserer Krönung darbrachte.

Niemand besser als euch ist es bekannt, ehrwürdige Brüder, wie die Gesetze und Anordnungen, die von der Kirche in mütterlicher Sorge ergangen sind, sich in solcher Menge im Laufe der Jahrhunderte angehäuft haben, daß eine vollständige Kenntnis derselben auch den Rechtskundigsten über die Maßen schwer fällt. Außerdem entsprachen viele kanonische Bestimmungen wegen der veränderten Zeitverhältnisse nicht mehr den Bedürfnissen und erforderten eine kluge und zweckentsprechende Erneuerung. Damit also besser feststände zum Vorteil der kirchlichen Disziplin, welche Gesetze und Verordnungen in der Kirche Kraft haben, wurde beschlossen, einen Kodex der kirchlichen Gesetze zu verfassen, der leicht in aller Hände sein könnte. Schon seit geraumer Zeit erwarteten ihn nicht nur Episkopat und Klerus, sondern wer immer sich dem Studium des kanonischen Rechts widmete. Der heilige Stuhl hat seit langer Zeit die Absicht, aber große Schwierigkeiten haben ihn verhindert, Hand an dieses Werk zu legen, dessen Verdienst und Ruhm der Herr unserem verehrten Vorgänger Pius X. aufsparte.

Ehrwürdige Brüder, mit welcher Entschlossenheit er vom ersten Augenblick seiner Erhebung auf den Stuhl Petri sich an das große Werk machte und mit welchem Eifer und welcher Beharrlichkeit während seines Pontifikats er es verfolgte, das wißt ihr wohl; wenn ihm nicht beschieden war, es bis zu Ende zu führen, so darf er doch allein als Autor dieses Kodex gelten, durch den sein Name in kommenden Jahrhunderten berühmt bleiben wird, wie der eines Innocenz des III., Honorius des III., Gregor des IX. Wir werden Genugtuung empfinden, wenn uns beschieden sein wird, diesen Kodex zu veröffentlichen, den man ihm verdankt. An alle Kardinäle, Bischöfe, Prälaten, Priester und einfache Laien, die ihre eifrige Mitarbeit diesem Werke gewidmet haben, gehe der Dank des Stellvertreters Jesu Christi. Wir bringen ihn gern dar und erfüllen damit, wie wir meinen, zu gleicher Zeit eine süße und angenehme Aufgabe, die uns von unserem Vorgänger anvertraut ist. Insbesondere ist es uns aber lieb, einen Zoll von Lob und Dank unserem geliebten Sohn, dem Kardinal Pietro Gasparri, darzubringen, der von Anfang an die Hauptlast der Kompilation des Kodex getragen hat und dabei nicht nur seine klare Intelligenz und Rechtskunde, sondern auch unermüdlichen Eifer bewiesen hat, der auch nicht nachließ, nachdem er zum Amt unseres Staatssekretärs erhoben wurde, wo er daneben anderen ernsten Pflichten obliegen mußte.

Nun vertrauen wir mit Recht darauf, daß dies wichtige und zu gelegener Zeit kommende Werk immer mehr dazu beitragen wird, die kirchliche Disziplin zu befestigen, weil es durch Verbreitung der Kenntnis der kirchlichen Gesetze ihre Beobachtung nicht wenig erleichtern wird, zum großen Nutzen der Seelen und Vorteil der Kirche selbst. Es ist eine Tatsache, daß in jeder menschlichen Gesellschaft und auch auf dem internationalen Gebiet, wenn die Beobachtung des Gesetzes in Kraft steht, Frieden und Glück herrscht, während andererseits dort, wo man die Autorität der Gesetze nicht achtet oder sogar mißachtet, Zwist und Willkür herrschen und alle private und öffentliche Ordnung umgestürzt wird. Die Bestätigung dessen, wenn es einer solchen bedürfte, hat man in klarster Weise in den gegenwärtigen Ereignissen. Der furchtbare Wahnsinn des Konfliktes, der Europa verwüstet, zeigt ganz deutlich, zu welchem Elend und Ruin diese Verachtung der höchsten Gesetze, welche die Beziehungen zwischen den Staaten regeln, führen kann.

In der Tat sehen wir in der allgemeinen Zerrüttung der Völker auf der einen Seite heilige Dinge und Diener des Kultus, selbst Hochgestellte an Würde, obwohl beide unverletzlich nach göttlichem und Völkerrecht, unwürdig behandelt, auf der anderen Seite zahlreiche friedliche Bürger unter dem Weinen der Mütter, Frauen und Kinder von ihrem Herde entfernt, anderwo offene Städte und wehrlose Bevölkerungen zum Ziel insbesondere von Luftangriffen gemacht, allenthalben zu Lande und zu Wasser solche Missetaten begangen, daß die Seele von Schaudern und Weh erfüllt wird. Indem wir diese Häufung von Uebeln beklagen und die Ungerechtigkeiten, die in diesem Kriege begangen werden, neuerdings verwerfen, wo immer und von wem immer sie begangen werden, geben wir im Vertrauen auf göttliche Erhöhung dem Wunsche Ausdruck: „Möge, wie mit der Veröffentlichung des Kodex für die Kirche, hoffentlich eine glücklichere und ruhigere Aera anhebt, so auch für die bürgerliche Gesellschaft nach Wiederherstellung der Ordnung durch Respekt vor Gerechtigkeit und Recht möglichst bald die Morgenröte des ersehnten Friedens erglänzen, der den Völkern, die wieder Freunde geworden sind, Bringer jedes Glücks sei."

Die Zeit
24./XII. 1916
110

Weihnachtsstimmen von der Armee im Felde.

Oesterreichisch-ungarische Heerführer über das ablaufende Kriegsjahr.

Aus dem k. u. k. Kriegspressequartier werden folgende Stimmen von österreichisch-ungarischen Heerführern gemeldet:

Generaloberst Erzherzog Josef:

Nachdem ich noch vor wenigen Wochen den Ruhmestaten der gegen die italienische Uebermacht erfolgreich kämpfenden herrlichen Truppen an der Isonzofront gefolgt war, zeigt mir nun das Ringen an unserer Ostfront, daß Oesterreich-Ungarns Wehrmacht auch auf diesem Kriegsschauplatz, auf dem die ungeheure moskowitische Macht und ein treuloser Nachbar die ehrwürdige Monarchie niederringen wollen, in alterprobter Treue und Tapferkeit, in Aufopferungs- und Entsagungsfähigkeit ehrenvoll besteht. Ich schätze mich glücklich, der Nachfolger unseres vergötterten allerhöchsten Kriegsherrn im Kommando dieser Heeresfront zu sein, die von dem Geist unerschütterlichen Gottesvertrauens und der Zuversicht in den Erfolg unserer Waffen und damit in den guten Ausgang dieses größten Ringens aller Zeiten erfüllt ist. Im schwierigsten Gebirgsgelände haben meine braven Truppen, die glücklich sind, Schulter an Schulter mit den tapferen und sieggewohnten Soldaten Seiner Majestät des deutschen Kaisers kämpfen zu können, eben erst in den letzten Wochen den Gegner gelehrt, was es heißt, auf eine vom Glauben an ihr gutes Recht und von Vertrauen in die Zukunft erfüllte Armee zu stoßen. Dankbarsten Herzens haben unsere Soldaten die Friedensbotschaft Seiner Majestät unseres Kaisers und Königs sowie der ihm verbündeten Herrscher vernommen. Ihr Dankgefühl hat sie neuerlich in dem festen Entschluß bekräftigt uns beflügelt, mit noch gesteigerter Kraft zur Ehre und zum Ruhme unseres allerhöchsten Kriegsherrn, zum Heile und zum Segen unserer teuren Heimat und für die glückliche Zukunft ihrer Kinder auszuharren bis zum endgültigen Sieg oder bis zur Geneigtheit unserer Feinde, das aus Menschlichkeitsgründen gestellte edelmütige Friedensangebot anzunehmen.

Generaloberst v. Köveß:

Die Eroberung des Lovcen im Sturm und Schnee leitete das Kriegsjahr 1916 ein. Montenegros Zusammenbruch, Nordalbaniens Besetzung und Durazzos Einnahme folgten. Der Sommerbeginn fand unsere tapferen Truppen im Vordringen auf italienischem Boden bis über Asiago hinaus. Stärkste, modernste Befestigungen sperrten vergebens ihnen den Weg. Dem glänzend geleiteten Feuer unserer treffsicheren Artillerie, dem mächtigen Anprall unserer Infanterie hielt der Verteidiger nicht Stand. Die wackeren Söhne Oesterreichs, Ungarns, Bosniens und der Herzegowina bedecken sich mit unsterblichem Ruhm.

Diesen herrlichen Leistungen dürfen sich die Taten der Truppen, die der russischen Uebermacht in Ostgalizien und in der Bukowina in blutigen, zähen Kämpfen ein energisches „Halt" geboten, würdig zur Seite stellen.

Volle Siegeszuversicht ist das gemeinsame Merkmal aller unserer Krieger vom jüngsten Freiwilligen bis zum ältesten Landsturmmann.

Eine freudige Ueberraschung bildete die Verlautbarung des Friedensangebotes der Mittelmächte. Die Truppen erblickten darin eine alle Angehörigen der Monarchie beglückende Handlung ihres heißgeliebten kriegserprobten allerhöchsten Kriegsherrn, Seiner Majestät des Kaisers und apostolischen Königs Karl, anläßlich des allerhöchsten Regierungsantrittes. Eine Ablehnung durch den Gegner wird den Willen zum endgültigen Siege nur noch mehr festigen.

Generaloberst Franz Rohr

Das scheidende Jahr sieht die Truppen Südtirols in jenen Stellungen, die ihnen bei Kriegsbeginn zur Festhaltung zugewiesen waren, vielfach aber auch auf feindlichem Boden, den ihre Tapferkeit während der Frühjahrsoffensive dem Gegner zu entreißen verstanden hat. Es war keineswegs Schuld dieser Truppen, als sie den erfolgverheißenden Stoß in das Herz des Feindes nicht mehr fortsetzen durften; nur die Gesamtlage legte ihnen damals das schwere Opfer auf, in ihrem Siegeslauf Halt zu machen. Diese ersten großzügigen Durchbruchskämpfe im Hochgebirge von k. u. k. Truppen, in der wichtigsten Richtung unter Führung unseres Kaisers und Königs geschlagen, werden für immer ein stolzes Gedenkblatt der gesamten Armee bilden. Auch die Aufgabe, das in hartem Ringen auf Feindesboden Gewonnene standhaft gegen die Angriffe einer Uebermacht zu behaupten, haben die Südtiroler Truppen unter den schwierigsten Verhältnissen erfolgreich gelöst. Der Krieg im Gebirge ist — besonders im Winter — gleichzeitig ein Kampf gegen das Gebirge, gegen seine Unbilden und Gefahren. Was hier an zähestem Festhalten des Errungenen, an freudigem Ertragen schwerster Strapazen und Leiden aller Art, an nie versagender Angriffsfreudigkeit, an Unverdrossenheit und Opfermut im Kampf gegen Feind, Gebirge und Naturelemente geleistet wurde, das steht auf der höchsten Höhe eines schlichten Heldentums, das gehört schon heute zu den stolzesten Kapiteln vaterländischer Kriegsgeschichte. Unerschüttert und unerschütterlich wie vor Jahresfrist steht auch heute die treue Wacht auf der großen Bastion im Südwesten des Reiches, jedem neuen Angriff trotzend, aber auch bereit, sobald wieder der Ruf ergehen wird, den unterbrochenen Siegeslauf fortzusetzen bis zur endgültigen Niederwerfung des unedlen Gegners. Mit ruhigem Selbstvertrauen, voll Zuversicht auf die eigene Kraft und auf die Unterstützung des Hinterlandes und durchdrungen von dem Glauben an den Sieg und überzeugt, daß ihnen auch die Zukunft die Zufriedenheit ihres jugendlichen, ritterlichen allerhöchsten Kriegsherrn bringen wird, überschreiten Tirols Verteidiger die Schwelle des neuen Jahres.

Generaloberst v. Böhm-Ermolli.

Zum drittenmal begeht Oesterreich-Ungarns Wehrmacht „Weihnachten im Felde". Ein schweres Kampfjahr liegt hinter uns, auf das Führer und Truppen der zweiten Armee mit stolzem Bewußtsein zurückblicken können, denn es gelang uns im harten Ringen, den übermächtigen feindlichen Ansturm trotz anfänglicher Teilerfolge blutig abzuschlagen. Unerschüttert und neugestärkt steht die Ostfront, neue Aufgaben zu lösen bereit. Was uns das neue Jahr auch bringen mag, mit fester Entschlossenheit und voller Zuversicht blicken wir den kommenden Ereignissen im Vertrauen auf die Stärke unserer Waffen, der Ausdauer und Tapferkeit unserer Truppen und der Opferwilligkeit des ganzen Volkes entgegen.

Der Weg zum Frieden — so ungangbar er auch noch scheinen mag — wird doch durch die Kraft des Schwertes und die Macht des festen Wollens freigemacht werden.

Generaloberst v. Borovic.

Im ablaufenden Jahr hat die Isonzo-Armee fünf Schlachten geschlagen und überdies keinen kampflosen Tag gehabt. Italien wurde hierdurch gehindert, den Gang der Ereignisse auf anderen Kriegsschauplätzen auch nur im geringsten zu beeinflussen. Der mit unermeßlichen Opfern bezahlte Geländegewinn am Karst ist so dürftig, daß er auf Karten kleineren Maßstabes überhaupt nicht dargestellt werden kann. Wir stehen noch heute knapp am Ostrand von Görz, das der Gegner nicht zu erobern, sondern erst nach freiwilliger Räumung nur zu besetzen vermochte; beim Rest der Isonzofront hat sich seit Kriegsbeginn vor neunzehn Monaten überhaupt nichts geändert. Ueber Stimmung und Geist der Armee kann ich nur sagen: „Wir aue freuen uns auf den Moment, in dem wir werden angreifen dürfen."

Generaloberst v. Terszyanszky:

Ich führe das Kommando der mir anvertrauten Armee erst seit Anfang Juni laufenden Jahres und bin schon darum nicht in der Lage, auf die Ereignisse des ersten Halbjahres zu reflektieren, weil meine Kenntnis derselben auf dem Hörensagen beruht. Das Moment des persönlichen Erlebnisses sowie die Unmittelbarkeit der Eindrücke fehlen — und ich bin der Ansicht, daß man während des Krieges nur über jene Ereignisse aburteilen kann, bei denen man dabei gewesen ist. Kritisieren ist bekanntlich sehr leicht! Besser machen schwer!

In den 55 Hauptgefechtstagen der bis 4. November laufenden Jahres andauernden Kämpfe westlich von Luck, innerhalb der sich fünf große Kampfhandlungen deutlich unterscheiden lassen, haben alle Truppen Feuerproben ihrer inneren Tüchtigkeit, Aufopferungsfähigkeit und Standhaftigkeit abgelegt, und damit die Treue zum allerhöchsten Kriegsherrn erneuert mit ihrem Herzblut besiegelt!

Alle Waffengattungen taten ihre Schuldigkeit im vollsten Maße; und wenn ich speziell die ruhmvolle Tätigkeit unserer braven Reiter im Kampfe zu Fuß besonders erwähne, so erfülle ich nur eine Pflicht der Dankbarkeit gegenüber allen jenen braven Kavallerieregimentern, die in edlem Wetteifer mit der tapferen Infanterie unter meinem Kommando auf wolhynischer Erde dem nie wankenden Reitergeiste ein dauerndes Gedenken gesichert haben.

Die Stimmung in der Armee ist ausgezeichnet, unvermeidliche Entbehrungen werden leicht ertragen, der gesunde Soldatenhumor lebt. Jeder Angehörige der Armee weiß genau, was er pflichtgemäß geleistet hat und in der Zukunft leisten wird; jeder fühlt seinen Teil an der Verantwortung, ist aber bereit, ihn zu tragen! Die Armee fühlt sich!

Ueber die Zukunft will ich nicht sprechen! Eines weiß ich, und das genügt mir vollauf: Die Armee wird auch dem jungen Herrscher dieselbe Treue halten wie jenem, den wir jüngst schmerzgebeugt zur ewigen Ruhe gebettet haben. Alles übrige steht in Gottes Hand!

Generaloberst Freiherr v. Kirchbach.

Der gewaltige Ansturm der Russen im Sommer 1916 brachte diesen nicht den erhofften großen Gewinn, wohl mußte ein Teil des im Vorjahr gewonnen Raumes von uns wieder preisgegeben werden, doch erlahmte die Angriffskraft des Feindes immer mehr und mehr und kam dessen Offensive vor unserer neuen Front zum Stehen. Die letzten im August und September unternommenen Versuche, diese Front zu durchbrechen, scheiterten vollständig. Die Operationen und Kämpfe stellten höchste physische und moralische Anforderungen an die verbündeten Truppen, denen diese im bewundernswerten Maße gerecht wurden; ihr Mut und ihre Standhaftigkeit sind ungebrochen, voll Zuversicht sehen sie den Ereignissen des kommenden Jahres entgegen, vertrauend auf die gleich hingebungsvolle Entsagung und Mitwirkung des Hinterlandes, vertrauend auf die Gerechtigkeit der Vorsehung. Die Nachricht von dem edlen Entschluß Seiner Majestät, gemeinsam mit den verbündeten Herrschern unsere Feinde zu Friedensverhandlungen aufzufordern, um weiteres fruchtloses Blutvergießen zu vermeiden, wurde von allen Soldaten dankbarst empfunden. Mit würdevollem Ernst erwarten sie die Entscheidung, die nun bei unserem Gegner steht. Wollen die verblendeten Machthaber der feindlichen Staaten, daß der Krieg weitergehe ... Sie werden es zu bereuen haben. Getragen von der innehabenden Kraft und stolz im Bewußtsein der errungenen Erfolge, werden wir auch im kommenden Jahre weiterschreiten auf der Bahn des Sieges und uns so den Frieden erzwingen, zu dem — wie es scheint — unsere Gegner sich heute in ihrem maßlosen Selbstüberheben noch nicht bekennen wollen.

G. d. J. v. Arz:

Als kaum noch ein Zweifel bestehen konnte, daß unser einstiger Verbündeter aus dem Südosten entschlossen sei, sein Manöver vom Sommer 1913 zu wiederholen, unseren im schweren Ringen stehenden Armeen in den Rücken zu fallen und das von Truppen entblößte Siebenbürgen in schmählichstem Raubzug zu überfluten, wurde mir das Glück zuteil, zur Verteidigung des Landes berufen zu werden, in dem ich geboren bin und in dem ich meine Jugendjahre verlebte. Mit Stolz und freudiger Genugtuung erfüllte mich diese Aufgabe, aber ich konnte gleichzeitig die Besorgnis nicht bannen, daß es mit Rücksicht auf Kraft und Raum momentan außer den Grenzen der Möglichkeit sein wird, einen Teil des geliebten Vaterlandes vor der Invasion zu bewahren, aber das felsenfeste Vertrauen in die Kampfkraft und den Heldenmut der zur Verteidigung des heimatlichen Bodens bestimmten Truppen ließ mich keinen Augenblick an dem Endsieg zweifeln.

Am 28. August, noch vor überreichter Kriegserklärung, überfiel der mit gewaltigen Massen sprungbereit an der Grenze stehende Gegner unsere schwachen Sicherungstruppen auf den Karpathenpässen, er meinte, in unaufhaltsamem Triumphzug seine phantastisch gesteckten Ziele zu erreichen, aber schon die ersten Gefechtstage mußten ihm Ernüchterung bringen. In erbittertem Widerstand stemmten sich meine braven Truppen gegen den an Zahl weit überlegenen und von unseren Feinden gut ausgerüsteten Rumänen, machten ihm Schritt für Schritt den heimatlichen Boden streitig und holten zu kräftigen Gegenstößen aus, wo sich eine Blöße bot. An der von uns selbst gewählten Verteidigungslinie brach sich gegen Ende September die rumänische Stoßkraft. Dankbar wird das Vaterland die Leistungen der Truppen in diesen schweren Abwehrkämpfen anerkennen. In Eile zusammengerafft Verbände ohne noch festes Gefüge wetteiferten im Heldenmut mit kampferprobten Truppen. Ende September machten es die herangeführten Verstärkungen möglich, an die Säuberung Siebenbürgens zu schreiten, die uns gemeinsam mit unseren treuen Verbündeten in raschem Siegeslauf gelang. Dem Hilferufe der niederbrechenden Rumänen folgend, setzten um Mitte November die Russen gewaltige Kräfte gegen den Ostteil Siebenbürgens an. Seit Wochen wütet dort ein erbitterter Kampf. Die braven Verteidiger Siebenbürgens haben diesen wuchtigen Stoß aufgefangen und stehen, treue Wacht haltend, voller Siegeszuversicht nach wie vor auf den Kämmen der Moldauischen Karpathen.

G. d. J. v. Henriquez:

Wetteifernd in Standhaftigkeit und Ausdauer, hielten die mir unterstehenden braven Truppen in engem Verband mit den treuen Verbündeten im abgelaufenen Jahre ihre durch nie erlahmende Arbeitsfreude auf den höchsten Grad der Widerstandskraft gebrachten Stellungen gegen wütende Angriffe eines überlegenen Feindes fest. Freudige Stimmung erfüllt sie ob der durch treue Pflichterfüllung errungenen Erfolge, die im kommenden Kriegsjahre den völligen Niederbruch des Feindes erhoffen lassen.

G. d. J. Trollmann.

Gerade jährt sich die Zeit, daß das im Verbande der dritten Armee gestandene k. u. k. Korps nach der im Herbst 1915 durchgeführten siegreichen Offensive über die Save durch Serbien bis tief in den Sandschak in den Raum der Bocche di Cattaro verlegt wurde, um von hier aus einer neuen Aufgabe entgegenzugehen. Es handelte sich um die Wegnahme des Lovcenmassivs. Ebenso groß wie ehrenvoll diese Aufgabe für das durch namhafte Artillerieformationen und Infanteriekräfte verstärkte Korps war, ebenso groß waren auch die Schwierigkeiten, die sich diesem Unternehmen nach Jahreszeit und schwerstem Karstterrain entgegenstellten. Doch voll Zuversicht in die eigene Kraft und das eigene Können sowie in das Zusammenwirken aller Waffen im Verein mit Teilen unserer glorreichen k. u. k. Kriegsmarine wurde anfangs Januar an die Lösung der Aufgabe geschritten. Bis zum 7. Januar waren die Vorbereitungen hierfür bis ins Detail getroffen, daher konnte am 8. Januar der Hauptangriff gegen die feindlichen Helden der Schwarzen Berge beginnen. Schon am 9. Januar, abends, waren die Höhenränder des Lovcenmassivs genommen und damit der Sieg errungen. In weiterer Folge erreichte eine Abteilung die höchste Lovcenspitze, und am folgende Tage gestand der bezwungene Gegner seine Niederlage durch die Bitte um einen sechstägigen Waffenstillstand ein, der aus naheliegenden Gründen nicht gewährt werden konnte. Im Gegenteil, es galt, den errungenen Erfolg weiter auszubauen und ohne Verzögerung der Hauptstadt des Königreiches Montenegro zuzustreben. So wurde der Feind bemüßigt, schon am 13. Januar sich zur Waffenstreckung bereit zu erklären. Während die bezüglichen Verhandlungen geführt wurden, setzte das Korps in gehobenster Stimmung die Vorrückung sowohl längs der Küste des Adriatischen Meeres als auch über Podgoritza und östlich des Skutarisees nach der Hauptstadt Albaniens fort, auf welchen Wegen ihm noch die Möglichkeit geboten wurde, mit Teilen des aus dem Sandschak über Podgoritza und Schkodra nach Süden abziehenden Restes der schwergeschlagenen serbischen Armee zu kämpfen. Für Albanien begann damit die Erlösung aus jahrelangem Wirrsal, und mit freudigen Gefühlen begrüßte die Bevölkerung des Landes unsere Truppen als seine Befreier. Auf elenden Straßen, Saumwegen und Fußpfaden, durch Pfützen und Morast drangen unsere Truppen immer weiter gegen Süden, gewannen Alessio, Kruja und den Ismi sowie die Höhen von Presa; alsbald auch Tirana, Elbassan, Prkinj und Kavaja, und schoben sich umfassend gegen den östlich Durz in vorbereiteten Stellungen festgenisteten italienischen Feind, der, von allen Seiten gepreßt, sich immer mehr auf seine Stellungen um Durazzo zurückzog, um schließlich am 27. Februar nach mehrfachen verlustreichen Kämpfen fluchtartig seine Schiffe zu besteigen und damit das Feld den siegreichen Truppen zu räumen. Eine längere Operationspause trat ein, bis im Monat Juni auf höheren Befehl zuerst schwächere und nach und nach verstärkte eigene Kräfte über den Skumbi und Semeni an die Vojusa Raum gewannen, um den jenseits dieser Flußlinie festgesetzten italienischen Kräften von Vlora (Valona) ein eventuelles Vordringen über diesen Fluß zu verwehren. An der Vojusa kam es nur in den letzten August- und ersten Septembertagen zu einem lebhafteren Aufflackern des Kampfes. Der heimtückische Gegner bezahlte es mit schweren Opfern, daß er es versuchte, die untere Vojusa angesichts unserer Braven zu überschreiten. In den Monaten August, September und Oktober landeten die Italiener frische Kräfte bei Vlora, die sich jenseits der Vojusa landeinwärts schoben und dadurch ihre Lage gegenüber den eigenen Truppen begünstigten, doch sind Gegenmaßnahmen in weit möglichstem Maße unsererseits getroffen, um weiteren vielleicht beabsichtigten Unternehmungen des Feindes, die in einem Zusammenhang mit den Operationen der Armee Sarrails angestrebt werden könnten, kraftvoll und im Einklang mit den verbündeten Kräften der mazedonischen Front entgegenzutreten.

Voll Zuversicht und von bestem Geiste beseelt, sehen die in Albanien stehenden österreichisch-ungarischen Truppen den weiteren Ereignissen entgegen, stets bereit, in edlem Wetteifer mit den anderen Teilen unserer glorreichen Wehrmacht neuen Lorbeer zu pflücken.

Neue Freie Presse

24./XII. 1916

Die Friedensfrage vor dem italienischen Senat.

Keine Auskunft der Regierung über die Antwort der Entente.

Zürich, 23. Dezember.

Im italienischen Senat erklärte Senator Veronese, es seien strenge Maßnahmen nötig, um die kriegsfeindlichen Elemente niederzuhalten. Redner verlangte auch Auskunft über die Antwort des Vierverbandes auf den Friedensvorschlag. Bei der Behandlung der Wirtschaftsprobleme hob er die starke Abnützung der Eisenbahnen hervor, die namentlich in der Kriegszone auszubessern seien.

Senator Barzelotti räumte ein, daß heute zwiespältige Auffassungen über den Krieg schweigen müssen.

Senator Diena führte Klage über die schweren Leiden Venedigs infolge des Krieges.

Fünf Minister erwiderten auf die Anfragen und Beanstandungen. In bezug auf das technische und sanitäre Ausfuhrwesen war daraus zu entnehmen, daß der Ankauf und die Beförderung des erforderlichen Brotkorns großen Schwierigkeiten begegne. Italien habe allein von England bisher vier Milliarden Lire geliehen. Beim Geldwechsel habe Italien darunter zu leiden, daß es an ausländischen Wertpapieren nur solche feindlicher Staaten auf den Geldmarkt werfen konnte, während italienische Wertpapiere sich hauptsächlich in feindlichen Ländern befanden und mittels der Schweiz zurückflossen und damit den italienischen Kredit herabdrückten. Das amerikanische Darlehen von 25 Millionen Dollar, das jetzt zurückzuzahlen war, ist neuerlich durch Zeichnungen gedeckt. Italien müsse jährlich 100 Millionen Lire ausgeben, damit von Staats wegen 200.000 Kriegsflüchtlinge Wohnung, Unterhalt und Kleidung, wenn auch im bescheidensten Maße, erhalten.

Gegenüber den Beanstandungen, daß die Regierung es an Energie fehlen lasse, lägen Tatsachenbeweise für die Energie auf militärischem, wirtschaftlichem und auf dem Gebiete der äußeren Politik vor, so daß die Regierung nicht glaube, nach ausländischem unbewährten Muster neue Regierungsformen vermittels eines Kriegskomitees und der Konzentrierung der Ministerien einführen zu müssen. Das nationale Ministerium erfülle auch weiterhin den Beruf, die Eintracht zwischen dem Parlament und dem Volke darzustellen und auf diese Art das wirksamste Instrument für den Krieg und Sieg zu bilden. Die Mitglieder des Ministeriums sind einig und beabsichtigen, alle Energien zur Erreichung des Sieges einzusetzen. Das Ministerium hoffe, nach dem Kriege neben der politischen auch die wirtschaftliche Selbständigkeit Italiens zu sichern.

Schatzminister Carcano nahm Gelegenheit zu bemerken, daß für Italien außer der Rückkehr zur Landwirtschaft besonders die Rückkehr zum Meere nötig sei, da es nur dort sein Heil sichern könne.

Eine Rede Bosellis.

Ministerpräsident Boselli erklärte, bezüglich des Friedens und der internationalen Beziehungen keine Aeußerungen machen zu wollen, und vom Senat die Votierung des einfachen Vertrauens zur Regierung zu wünschen, da der Senat auf diese Weise gleich der Deputiertenkammer seinen Glauben an die nationalen Rechte, an die Kultur und die volle Uebereinstimmung Italiens mit seinen Verbündeten bekunden würde. Der Text der Antwort, die der Vierverband auf die Friedensnote der vier feindlichen Mächte geben werde, sei noch nicht vereinbart; er werde veröffentlicht werden, wenn er vereinbart sein wird. In betreff Griechenlands bestehe die Hoffnung, die verwickelte heikle Lage wunschgemäß lösen zu können. Italiens Ziel sei, die Unversehrtheit der verbündeten Truppen in Saloniki und Mazedonien mit gebührender Vorsicht sicherzustellen, sich jedweden Druckes, damit Griechenland seine Neutralität aufgebe, zu enthalten, und sich nicht in interne griechische Parteikämpfe einzumengen.

Nach verschiedenen belanglosen Aeußerungen von Senatoren hielt Ministerpräsident Boselli die übliche Schlußrede zur Beglückwünschung des Senatspräsidenten, wobei er von der Erfüllung der nationalen Selbständigkeit und von der Zuversicht sprach, daß im Senat jener endgültige Sieg werde proklamiert werden können, der alle Italiener, die es durch Blut und Sprache sind, zum Königreiche Italien zurückführen werde.

Senatspräsident Manfredi erwiderte mit Worten der Trauer über die Schrecken des endlosen Krieges und der Versicherung, daß Italien im Verein mit seinen Verbündeten unverzagt den Frieden vom Siege des Rechtes und von seiner völkischen Wiederergänzung erwarte.

Dem Ministerium wurde einstimmig das Vertrauen votiert und der Gesetzentwurf, betreffend das Budgetprovisorium, angenommen.

Die Zeit
24./XII. 1916

112

Deutschlands Friedenswunsch.

Vom Staatssekretär a. D. Dr. Bernhard Dernburg
(Berlin).

Die Intrige, die das Kabinett Asquith-Grey gestürzt hat und an dessen Stelle Lloyd George mit den Ultrajingos Milner-Curzon-Carson und dem jüngeren Sohn Lord Salisburys, Robert Cecil, gesetzt hat, nimmt, wie auch jetzt die englische Presse zugesteht, und wie man das auch vermuten konnte, ihren Ursprung und Ausgang aus der Kontroverse, die zwischen Lord Grey und Lloyd George über dessen Ansprache an die amerikanischen Journalisten entstanden war. Man wird sich entsinnen, daß Lloyd George jede Vermittlung der Vereinigten Staaten verbeten und den Präsidenten Wilson indirekt wegen seiner pazifistischen Tendenzen abgekanzelt hatte. Was auf den ersten Augenblick aussah als eine Extratour und Entgleisung, erwies sich bald als ein indirekter Angriff auf seine Kollegen. Lord Grey mußte den Amerikanern wieder gut zureden, und er hat sich dabei wiederholt zu seiner Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines Staatenbundes nach dem Kriege bekannt. Das paßt den Zerschmetterern von Deutschland nicht. Selbst die Greysche Anart einer Friedensorganisation, die doch, soweit er sich geäußert hat, nicht viel anderes sein würde als ein Pax britannica, ging ihnen viel zu weit, und als in Amerika das Friedensgerede, das man in England allgemein als von den Deutschen angestiftet und von ihnen genährt bezeichnete, nicht verstummen wollte, als ein in den Vereinigten Staaten mächtiger Bankier deutscher Abstammung ernsthaft die Notwendigkeit, alsbald für den Frieden der Welt einzutreten, betonte, hielt Lloyd George Gefahr im Verzug. Der Premierminister und der Staatssekretär des Aeußern, die solchen Ideen nicht abgeneigt gewesen waren, mußten fort. Wie es gelang, braucht hier nicht wiederholt zu werden, es ist in aller Gedächtnis. Die Presse heulte, verlangte einen Kriegsrat, und als Asquith darauf einging, erklärte Lloyd George, „der Premierminister könne in diesem unter seine Leitung zu stellenden Organ, das in Hinkunft mit Gewalt die englischen Geschicke zu leiten haben würde, keinen Platz finden". Das war mehr als eine politische Meinungsverschiedenheit, es war ein persönlicher Affront, und machte das Zusammenarbeiten Lloyd Georges mit seinen früheren liberalen Ministerkollegen in Hinkunft unmöglich. Gleichzeitig gingen Weisungen nach den Vereinigten Staaten, in denen mit englischer Ungnade gedroht wurde, wenn die auf Frieden gerichteten Bestrebungen sich fortsetzten. So kam denn auch das Echo, daß der Präsident der Vereinigten Staten gar nicht daran denke, solange nicht alle kriegführenden Nationen ihre Bereitwilligkeit zu erkennen geben, in Friedensverhandlungen einzutreten, und da ja Deutschland und seine Verbündeten das bereits getan hatten, so hieß das nichts anderes, als daß nur mit Erlaubnis von Herrn Lloyd George und in einem von ihm festzusetzenden Moment der Präsident Friedensfühler ausstrecken würde, und soweit hatte also das Jingotum über den Pazifismus gesiegt.

Lloyd George hatte recht, die Welt will den Frieden, aber wenn er jetzt kommt, kommt er auf Grund einer Landkarte, einer Macht- und Kräfteentfaltung, die für die Entente äußerst ungünstig ist und bei denen im wesentlichen die Mittelmächte die Gebenden und Gewährenden sein würden. Gleichzeitig aber ist in der ganzen Welt ein so starkes Sehnen nach Frieden, nach Rückkehr zu den alten Idealen der Menschlichkeit und Sitte, eine so starke Zerstörung der Werte in allen Ländern, mit Ausnahme weniger, die der Krieg bereichert hat, daß eine solche Friedensvermittlung vermutlich ein ungeheures Echo gefunden und den Scharfmachern aller Länder, soweit sie die Inhaber der Regierungsgewalt sind, die Zügel aus der Hand genommen hätte. Aber es ist Lloyd George nicht gelungen, diese Diskussion zu ersticken. Die Anregung kommt dieses Mal nicht von dem Präsidenten Wilson oder, wie manche gewünscht hatten, von dem Papst, sondern sie kommt mitten aus dem Lager der Kriegführenden und von dem Volke, das nach seiner augenblicklichen Lage am wenigsten Veranlassung hätte, den Kampf abzubrechen, aber gerade vielleicht auch am meisten. Denn im Gegensatz zu unseren Gegnern, bei denen das volltönende Wort und die humanitäre Phrase meist die selbstsüchtige, auf den Erwerb materieller Güter gerichtete Absicht verbergen soll, ist bei uns der materielle Gewinn anrüchig und peinlich, wenn sein Erwerb nicht dem Rechts- und Sittlichkeitsempfinden des Volkes entspricht. Wir sind in einem Verteidigungskrieg und wollen darin bleiben. Wir wollen unsere Grenzen nur so weit verschieben, daß wir sie besser verteidigen können. Wir belügen uns nicht selbst und die Welt mit Phrasen über den Schutz kleiner Völker, gekennzeichnet durch die Leichen von Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien, sondern wir sind wirklich und ernsthaft bereit, nationale Linien anzuerkennen und das Selbstbestimmungsrecht der Unterdrückten zu fördern, siehe Polen. Wir reden nicht von Menschlichkeit und Humanität und brüsten uns nicht mit unserer guten Aufführung in Feindesland, sondern wir versuchen diesen Krieg so menschlich zu führen, als ein Krieg überhaupt menschlich geführt werden kann, kurzum, wir versuchen, möglichst wenig Betrug an uns selbst und an den anderen zu üben. Aber wir sind zu scheu und zu stolz, uns zu verantworten, wenn uns das Gegenteil vorgeworfen wird; das hat unseren Gegnern die Efelsfreiheit gegeben, uns Hunnen und Barbaren, Kunstzerstörer und Mordbrenner zu nennen, und in Abwehr muß denn gesagt werden, daß der Grundzug des deutschen Wesens das einer großen Verantwortlichkeit ist, gegenüber den überirdischen Mächten, dem eigenen Gewissen und unserem ererbten, guten Namen, und gerade deshalb entspricht es unserer allgemeinen Gesinnung, daß wir dieses furchtbare Völkermorden nicht nur mit der Zunge verdammen, sondern ihm ein Ende bereiten wollen, sobald es geht.

Wir haben den Kampf nicht gewollt, wir sprechen seit länger als Jahresfrist von der Bereitwilligkeit, Frieden zu machen, und wir haben diese unsere Bereitwilligkeit in einer Form jetzt wieder gezeigt, an der unsere Gegner nicht vorbei gehen können, weder unsere Gegner noch die Neutralen. Es entspricht auch der Neigung und der ganzen Art des von unseren Gegnern in der unerhörtesten Weise verlästerten und verhöhnten Kaisers, daß dieser Schritt gerade von ihm ausgehen sollte. 44 Jahre hat Deutschland den Frieden gehalten, davon 26 unter dem Zepter Wilhelms II. Den einzigen Landerwerb, den Deutschland seit 1870 gemacht hat, verdankt es einem Kongreß, der sich über die Aufteilung von Afrika gebildet hatte, und einem Pachtvertrag von 50 Quadratkilometer Land in China. Der „friedfertige" Engländer und „der Freund der kleinen Nationen" hat in derselben Zeit die gewaltigsten Erwerbungen durch Krieg, auf Kosten der kleinen Nationen, gemacht: Zypern der Türkei in ihrer Schwäche entrissen, Aegypten unter dem Feuer der englischen Geschütze besetzt, die Buren-Republiken in dem blutigsten und grausamsten Kampf ihrer Freiheit beraubt, Persien geteilt und dazu noch unzählige Kolonialkriege und Erwerbungen auf Kosten von China gemacht. Und wie steht es denn mit Frankreich? Tunis und das Hinterland von Algier, Marokko, Madagaskar, Indochina, lauter Etappen eines blutigen Imperialismus, und genau das Gleiche ist der Fall mit Rußland und selbst mit Italien. Auf der Seite der Mittelmächte aber hat sich weder Oesterreich vergrößert, noch Bulgarien, geschweige denn die Türkei. Das alles ist nur möglich gewesen, weil nicht Deutschland den kriegerischen Geist in der Welt dargestellt hat, sondern England und seine jetzigen Verbündeten, weil die deutsche Politik sich von vornherein darauf eingerichtet hatte, lediglich Deutschlands gefährdete Lage in Europa zu verteidigen, nachdem es durch Jahrhunderte das allgemeine Schlachtfeld des kriegerischen Europa gewesen war, und ist denn etwa Deutschlands Rüstung zu groß und zu gewaltig gewesen, um den Feind aus dem Lande zu halten? Doch wohl kaum nach der heutigen Erkenntnis, oder hat es sich Methoden bedient, die nicht gerecht und zweckmäßig waren; die Gegner, die sie eine nach der andern nachmachen, werden das schwerlich behaupten dürfen. Deswegen haben Deutschland und seine Verbündeten, die als die siegreichen, die allezeit friedfertigen, die angegriffenen Völker, in denen das persönliche Verantwortungsbewußtsein einen ungewöhnlich hohen Grad erreicht hat, die Initiative ergriffen, die Unterhaltung über den Frieden eröffnet und das Gewebe zerrissen, mit dem die Friedenssehnsucht der Völker der Welt durch Lloyd George und Genossen zugedeckt und erstickt werden sollte. Gleichzeitig aber hat es sich jetzt auch aus dem Mund seines großen Heerführers zu jenen überstaatlichen Einrichtungen, zu jenem Völkerbund und zu jenen Garantien bekannt, nach denen sich die Welt, wie der Kanzler das richtig empfunden und ausgesprochen hat, mit einem Gefühl, das einer Elementarkraft gleichkommt, sehnt im Bewußtsein der absoluten Friedfertigkeit seiner Ziele. Hat man früher geglaubt, in Deutschland dieser Mittel mehr oder weniger entbehren zu können, so weiß man heute, und der lange Krieg hat es uns schmerzlich gelehrt, daß es in der Politik mindestens ebensoviel darauf ankommt zu scheinen als zu sein, daß ein eigenes gutes Gewissen nicht hinreicht, solange der Gegner kein Vertrauen hegt, und daß der Satz, daß „das Moralische sich von selbst versteht", zwar in der sittlichen, aber nicht in der politischen Welt Geltung hat. Wenn Deutschland sich jetzt mit Energie den Friedensideen zuwendet, tut es nur das nach außen, was es nach innen seit 44 Jahren getan hat, nämlich eine ehrliche Arbeit ohne Neben- und Hintergedanken um den Frieden der Welt und das Glück der Menschheit.

Tägliche Rundschau
27./XII. 1916

Warum sie den Frieden fürchten.

In allen Tonarten wandelt die Vierverbandspresse das Leitmotiv ab, daß Deutschlands Friedensangebot ein Zeichen von Schwäche sei. Das ist zur Wahrung des Gesichtes. Es ist selbstverständlich, daß hinter dieser Maske von Zuversicht, Unerschütterlichkeit und unbedingter Siegesforderung auch noch andere Gedanken und Erwägungen sich regen und verbergen. Es soll damit nicht auf vermutliche vielfache Kriegsmüdigkeit, Zagnis und Friedenssehnsucht hingewiesen sein, sondern auf Gedanken, die manche unserer Gegner zu ganz ehrlicher Abneigung gegen Friedensverhandlungen in diesem Augenblicke führen, zu einer leidenschaftlichen Verwerfung des deutschen Angebotes, aber nicht weil dieses als ein Zeichen der deutschen Schwäche, sondern weil es ganz richtig als ein Beweis von Kraft und Selbstbewußtsein eines Starken erkannt wird. Das bedeutet natürlich im Sinne der von England geleiteten öffentlichen Stimmungsmache der Verbändler eine taktische Entgleisung, muß aber, wo es uns aufstößt, für uns und andere um so interessanter und lehrreicher sein.

Der militärische Mitarbeiter der sehr angesehenen „Pall Mall Gazette" läßt uns einen solchen Blick hinter die englische Maske tun. Er legt in einem Artikel ausführlich dar, daß für England zurzeit ein Frieden und damit ein Eingehen auf das deutsche Friedensangebot unmöglich sei, aber nicht weil er es etwa für unklug hielte, dem seine Schwäche gestehenden Gegner ein Zugeständnis zu machen, sondern im Gegenteil, weil die Stellung Deutschlands infolge seiner Siege derartig sei, daß England bei Friedensverhandlungen gar zu sehr den Kürzeren ziehen müsse. Diese zu der von England im übrigen ausgegebenen Losung in so schroffem Widerspruch stehende Anerkennung der deutschen Siegerstellung ist immerhin bemerkenswert genug, um ausdrücklich festgehalten zu werden.

„In fast allen zivilisierten Ländern", so schreibt die „Pall Mall Gazette", „gibt es sehr viele, die Deutschland für unbesiegbar erklären und deshalb den kämpfenden Nationen anraten, sich zu vergleichen. Bei der jetzigen Kriegslage könnte Deutschland sich wohl leisten, alles besetzte russische Gebiet im Austausch gegen die in Händen der Russen befindlichen Teile der Bukowina und Galiziens sowie gegen Verzicht Rußlands auf alle seine Anrechte auf Polen hinzugeben. Deutschland könnte Polen zu einem Pufferstaat gegen Rußland machen, Serbisch-Mazedonien an Bulgarien geben, Serbien in das politische System der Mittelmächte einfügen und ihm zugleich zur Besänftigung die nördlichen zwei Drittel von Albanien zuweisen, Griechenland aber das südliche Drittel überlassen. Wenn Deutschland so seinen Machtbereich bis an die östlichen Grenzen Polens und über die ganze Balkanhalbinsel ausdehnt, erreicht es sein Ziel, Slawen gegen Slawen aufzubringen, und gewinnt ein Reich, das sich von der Nordsee bis an den Persischen Meerbusen erstreckt.

Deutschland könnte sich vielleicht auch bereit finden, die meisten der besetzten Bezirke Frankreichs aufzugeben im Austausch gegen Belgien und das französische Land nördlich der Linie Fourmies—Etaples, da es dann die reichsten Industriebezirke der Welt besäße, das ersehnte Süduser des Kanals beherrschen und so in der Lage sein würde, in England nach Belieben einzufallen.

Eine derartige Grenzberichtigung müßte sofort zur Aufsaugung Hollands und seiner ungeheuer reichen Kolonien führen und letzten Endes auch zu der der drei skandinavischen Reiche.

Dann würde die Gruppe der Mittelmächte als die reichste und politisch mächtigste der Welt dastehen, mit einer nur von dem russischen Reich übertroffenen Bevölkerungszahl. War England schon früher berechtigt, immer wieder seine Existenz dafür aufs Spiel zu setzen, daß Belgien und besonders Antwerpen nicht in die Hand einer großen Flottenmacht geriet, wieviel mehr ist es jetzt gezwungen, zur Erreichung seines Zieles auf Tod und Leben zu kämpfen!

Ganz abgesehen von den rein militärischen Gesichtspunkten würde aber eine Grenzberichtigung nach Art der eingangs angedeuteten auch verhängnisvolle Wirkungen auf unseren Handel ausüben, weil Deutschland im Besitz der genannten französischen und russischen Gebietsteile und mit einem von der Nordsee bis zum Persischen Golf sich erstreckenden Machtbereich zehnmal größere wirtschaftliche Macht als England ausüben würde.

Neue Freie Presse
29/XII. 1916

Das steigende Friedensbedürfnis in der Entente.

Die Note Wilsons und die Antwort des Grafen Czernin.

Von Dr. Konstantin Dumba.
K. u. k. Botschafter a. D.

Wien, 28. Dezember.

Der Wortlaut der Note des Präsidenten Wilson ist erst vor wenigen Tagen bekannt geworden. Wie alle Aeußerungen desselben, ist auch diese hochbedeutsame Kundgebung langatmig und nicht frei von Wiederholungen. Bei aufmerksamem wiederholten Durchlesen gewinnt man aber den Eindruck, daß die Aktion, zu welcher sich Wilson nach langem Zuwarten entschlossen, eine aufrichtige, ernstgemeinte ist.

Er betont sein Recht und seine Pflicht, auf das ausnehmend große Interesse der neutralen Staaten an der Beendigung des Krieges hinzuweisen; er befürchtet, daß die Lage der neutralen Nationen, welche schon jetzt so schwer zu tragen sei, bei Fortdauer des Krieges unerträglich werde, vor allem aber, daß der Zivilisation ein Schaden zugefügt werde, der niemals gesühnt werden könnte.

Des weiterem verurteilt er in beredten Worten den Erschöpfungskrieg, wie er von den Wortführern der Alliierten noch immer gepredigt wird, mit Millionen von nutzlos geopferten Menschenleben, welche Haß und Verzweiflung hervorrufen müssen, die die wirkliche Mitarbeit freier Völker nach dem Frieden ausschließen.

Hier sei auch noch des telegraphisch berichteten Kommentars Mr. Lansings gedacht, welcher sich dahin ausgesprochen hatte, die Vereinigten Staaten von Nordamerika stünden am Rande des Krieges (on the verge of war) und müßten zu ihrem eigenen Schutze die Initiative zur Anbahnung von Friedensverhandlungen ergreifen. Dieser Ausspruch bezweckte offenbar, eine energische und nicht rein formale Mediation der Unionsregierung zu rechtfertigen.

Trotz aller Reserve, welche uns die bisherige, vielleicht unbewußte, aber von uns als einseitige Begünstigung der Gegner gefühlte Haltung Wilsons auferlegt, ist es unsere Pflicht, dessen Note nach ihrem Inhalte und inneren Werte vorurteilslos zu prüfen. Mein günstiger Eindruck wird bekräftigt durch meine Kenntnis der Atmosphäre, welche das Weiße Haus umgibt und die auch im Staatsdepartement von Washington vorherrscht. Wilson ist ein überzeugter Friedensfreund. Er bewies dies in eklatanter Weise durch seine bis an die äußersten Grenzen gehende Nachgiebigkeit im mexikanischen Konflikte. Trotz großer Fehler und Widersprüche, welche vielfachen Tadel hervorriefen, wußte er sich bei Verfolgung des Zieles, den Krieg mit Mexiko um jeden Preis zu vermeiden, eines Sinnes mit der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes. Ich hatte ferner des öfteren Gelegenheit mit dem vertrauten Ratgeber des Präsidenten, Colonel House, die Frage der Friedensvermittlung zu besprechen. Aus diesen Konversationen schöpfe ich die Ueberzeugung, daß der Präsident sich längst mit der Absicht trug, im geeigneten Augenblick den Kriegführenden seine guten Dienste zur Beendigung des Weltkrieges anzubieten; die Verwirklichung seines Planes wurde jedoch wiederholt durch neue Kriegsereignisse, wie die Kriegserklärung Italiens und später den Eintritt Rumäniens in den Kampf, hinausgeschoben. Während der Wahlkampagne kündigte er seine bevorstehende Initiative an. Jetzt strebt er — ich glaube — aufrichtig und wohl auch mit der ihm eigenen Zähigkeit die schöne Rolle eines Friedensstifters, eines Beglückers der nach dem Aufhören des Schlachtens lechzenden Menschheit. In diesem Bestreben hat er nicht nur seine eigene, die demokratische Partei geschlossen hinter sich, in welcher die Friedensfreunde als engere Anhänger Bryans eine einflußreiche Gruppe bilden, sondern ist auch der Unterstützung eines großen Teiles der Republikaner sicher. Neigen und politisches Interesse wirken, meines Erachtens, zusammen in des Präsidenten ernstem Versuche, die Brücke zwischen den Kriegführenden zu schlagen und deren Verständigung zu ermöglichen.

Angesichts dieser Sachlage ist die rasche, in warmen, entgegenkommenden Worten gefaßte Antwort unseres neuen Ministers des Aeußern mit großer Befriedigung zu begrüßen. Der Präsident ließ uns den Weg, die Mittel, welche zur Beendigung des Krieges führen sollen, vollkommen frei. Graf Czernin antwortete, die k. u. k. Regierung hält als den geeignetsten Weg einen unmittelbaren Gedankenaustausch zwischen den kriegführenden Mächten. Er schlägt somit den baldigen Zusammentritt von Vertretern der letzteren an einem Orte des neutralen Auslandes vor. Hiermit gibt er einen unwiderlegbaren Beweis von dem Ernste und der Aufrichtigkeit unseres Friedensangebots, welches die Ententepresse als eine bloße Geste, einen Diplomatenkniff verhöhnen zu sollen glaubte. Gleichzeitig drückt aber der Minister des Aeußern unsere Bereitwilligkeit aus, nach Beendigung des Krieges mit dem Präsidenten an dem Werke der Friedenssicherung mitzuarbeiten. Mit diesem Eingehen auf eine Forderung, welche von den Alliierten stets in die erste Linie gerückt wird, wird auch deren Vorwand, kein Friede sei möglich ohne Garantien gegen einen Rückfall, gegenstandslos.

Graf Czernin stellt eine klare Scheidung auf zwischen der doppelten Aufgabe, die unser harrt. Die erste, die der Vereinbarung von Friedensbedingungen, obliegt den Kriegführenden. Dies entspricht auch der Monroe-Doktrin, deren logische Folge der Ausschluß der Ingerenz der Vereinigten Staaten auf europäische Territorialfragen ist. Die zweite Aufgabe, die der Friedensversicherung, wozu ich insbesondere die Neuregelung des Seerechtes, und der die Rechte und Pflichten neutraler Staaten betreffenden Konvention rechne, bedarf der Mitwirkung der Neutralen, an ihrer Spitze die Vereinigten Staaten. Diese Neuregelung kann ihre Spitze nur gegen die Uebergriffe des seegewaltigen Albion richten, wobei die Neutralen sich als unsere wertvollen Bundesgenossen bewähren dürften.

Die Antwort des Grafen Czernin bewegt sich auf einer Linie mit der Anregung Wilsons; sie geht noch über dieselbe hinaus durch Präzisierung der Methode, nämlich Anbahnung eines unmittelbaren Gedankenaustausches zwischen den Kriegführenden am Konferenztisch. An den Ententemächten ist es nun, auch ihrerseits Stellung zu nehmen. Leicht kann ihnen der Entschluß nicht werden. Sind doch schon vierzehn Tage seit Empfang des Friedensangebotes der Zentralmächte verstrichen, ohne daß die alliierten Regierungen sich über die Antwort geeinigt hätten. Ihre Lage ist jetzt durch die prompte, entgegenkommende Aufnahme der Wilsonschen Note seitens unserer Gruppe noch schwieriger geworden. Werden sie ihren Völkern gegenüber die ungeheure moralische Verantwortung für eine nutzlose Fortsetzung des entsetzlichen Blutvergießens durch Beharren auf ihrem ablehnenden Standpunkt übernehmen? Werden sie den Mut finden, durch eine rein negative Haltung den Präsidenten Wilson zu verletzen, dessen wirtschaftliche Machtmittel gegen die Alliierten so groß sind, daß allein deren Androhung genügen würde, um letztere mürbe zu machen und in wenigen Wochen an den Konferenztisch zu zwingen?

Nach Zeitungsnachrichten soll Briand den Entwurf zur Antwortnote der Ententerichtungen gemacht haben. Dringt er durch, so ist wohl eine ablehnende Antwort zu erwarten, zum mindesten das Verlangen nach Bekanntgabe der Friedensbedingungen seitens der Zentralmächte als Voraussetzung des Eintritts in eine Konferenz. Soll damit die in Fluß geratene Friedensaktion zu einem vorzeitigen Ende kommen? Die Bekanntgabe der mäßigen Friedensbedingungen zerstört doch die Legende von der Eroberungssucht und dem Bestreben Deutschlands, in Europa eine Militärdiktatur zu errichten. Die werbende Kraft dieser Eröffnungen zugunsten eines Einlenkens des französischen und englischen Volkes in friedliche Bahnen wäre so groß, daß vielleicht die taktischen Bedenken gegen die einseitige Mitteilung unserer Bedingungen in den Hintergrund treten könnten.

Der Friede muß von unten kommen, von der treibenden Kraft der breiten Volksschichten. Ihr Ruhe- und Friedensbedürfnis muß gleich der steigenden Flut des Meeres die führenden Cliquen der Kriegshetzer ergreifen und im Notfalle hinwegfegen. Die Note des Grafen Czernin bedeutet einen Schritt, der uns diesem Ziele näher führt, und ist daher mit Befriedigung zu begrüßen.

Das Urbild von Wilsons Note.

Ein Interpretationsversuch.

Der berühmte Verfasser des besten politischen Werkes über die Vereinigten Staaten James Bryce hat bekanntlich gesagt, daß Amerika von der öffentlichen Meinung regiert wird. Will man die offizielle Politik der Vereinigten Staaten und ihres Präsidenten verstehen, so muß man die Strömungen der öffentlichen Meinung kennen, von denen sie bestimmt wird.

Die ganze politische Entwicklung der Vereinigten Staaten hat bisher auf dem Gedanken beruht, daß die Union ihre Sicherheit nicht so in der Erhöhung ihrer militärischen Machtmittel, sondern in diplomatischen Abmachungen (Schiedsgerichts- und Friedensverträgen) zu suchen habe. Im Kriege hat aber das Vertrauen in Staatsverträge einen argen Stoß erlitten. So ist die offizielle Meinung Amerikas durch den Krieg in eine große Krisis geraten, und aus ihr haben sich allmählich zwei Ideen entwickelt, die der künftigen Politik der Union ihre Richtung geben sollen! Militärische Bereitschaft (Preparedness), das ist also Steigerung der Rüstungen zu Land und See, und zweitens die Gründung der vielbesprochenen amerikanischen Friedensliga, die einen großen Teil, womöglich alle zivilisierten Staaten zu einem Bunde vereinigen soll, der, wenn er auch Kriege nicht vollständig verhindern kann, doch wenigstens die schwachen gegen plötzliche kriegerische Ueberfälle der starken Staaten schützen soll.

Diese Ideen werden seit Jahr und Tag in der amerikanischen Oeffentlichkeit eifrigst erörtert. Einen Mittelpunkt für diese Diskussionen bildet die American Academy of Political and Social Science, die von Zeit zu Zeit Kongresse abhält, auf denen die politischen und wirtschaftlichen Fragen des Tages von Fachmännern erörtert werden. Die letzten Kongresse dieser Akademie waren ausschließlich den oben berührten Fragen der Kriegspolitik Amerikas gewidmet. Als besonders wertvoll erwiesen sich die Verhandlungen der letzten, der 20. Jahresversammlung der Akademie, die im Juli dieses Jahres stattfand. Die dabei vorgetragenen Abhandlungen sind kürzlich gedruckt erschienen. Aus ihnen gewinnt man einen ziemlich klaren Einblick in die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten herrschenden politischen und wirtschaftlichen Anschauungen und ein besseres Verständnis der politischen Maßnahmen der amerikanischen Union, die eben mehr oder weniger durch solche Strömungen beeinflußt werden. Die Reden und diplomatischen Noten des Präsidenten Wilson wirken bei uns meistens wie ein Blitz aus heiterem Himmel, weil man nicht mit genügender Genauigkeit die Agitationen und Diskussionen in Amerika übersieht, die ihnen vorausgegangen sind und sie vorbereitet haben. Das gilt insbesondere auch von der letzten Note Wilsons, der Friedensnote, deren Verständnis durch den eigentümlich krausen, undeutlichen diplomatischen Stil des Präsidenten noch erschwert wird. In den Veröffentlichungen der Akademie findet sich diesmal auch eine Abhandlung, deren Gedankengang so sehr mit der Note des Präsidenten übereinstimmt, daß man sie, ohne dem Präsidenten seine eigene Intuition zu bestreiten, wohl als das Urbild der Note bezeichnen darf, das theoretische Urbild, das die charakteristischen Züge unbefangener, schärfer und deutlicher ausprägt, als die durch vorsichtige Erwägungen der praktischen Politik beengte diplomatische Aktion des Präsidenten.

Die betreffende Arbeit rührt von Dr. George Nasmyth, dem Sekretär der Zweigorganisation der Friedensliga in Massachusetts, her und führt den Titel: „Isolierung oder politische Führerschaft? Amerikas künftige auswärtige Politik." Der Autor bezeichnet, ganz im Sinne der pazifistischen Anschauungen, die gegenwärtigen gegenseitigen Beziehungen der zivilisierten Staaten als eine internationale Anarchie, der er den Gedanken einer Weltföderation gegenüberstellt. Er weist darauf hin, daß die von Washington eingeleitete Politik der Isolierung für die Vereinigten Staaten unhaltbar geworden ist. Die Welt, sagt er, ist durch die wirtschaftlichen und technischen Fortschritte so klein geworden, daß Amerika nicht länger teilnahmslos beiseite stehen kann. Er gibt zu bedenken, daß Amerika zur Zeit der „Lusitania"-Krise bereits nahe daran war, ob es nun wollte oder nicht, in den Weltkrieg hineingerissen zu werden. Er meint deswegen, daß Amerika nicht länger der Entwicklung der Dinge ruhig zusehen, sondern eine schöpferische Initiative ergreifen müsse, um die anderen Nationen aufzufordern, an einer Organisation der Welt mitzuhelfen. Das sei das Ziel der Friedensliga. Aber wie und wann soll die Friedensliga zustande gebracht werden? In den Kreisen der Anhänger der Friedensliga in Amerika meint man, daß die Friedenskonferenz, die den Krieg beenden wird, die beste Gelegenheit dazu bieten wird, oder eine neue Haager Konferenz, die nach dem Kriege einberufen werden soll. Nasmyth ist jedoch der Meinung, daß die Gelegenheit zu dem großen Fortschritt nach der angedeuteten Richtung hin schon jetzt gekommen ist, sucht diese Ansicht, die den springenden Punkt und das neue Moment seiner Ideen bildet, tiefer zu begründen und verdichtet sie schließlich zu einem positiven Vorschlag, in dem wir gewissermaßen das Urbild der Wilsonschen Friedensnote erblicken. Er meint, Präsident Wilson solle in dem gedachten Sinn einen Schritt bei den kriegführenden Mächten unternehmen. Dieser Schritt solle aber nicht etwa in einem Anerbieten seiner guten Dienste bestehen, sondern die Verwirklichung der Friedensliga anbahnen, die den Völkern die Sicherheit gegen die Gefahr eines Ueberfalles in Zukunft und die Möglichkeit zu ungestörter friedlicher Entwicklung gewähren soll. Um seinen Gedanken zu verdeutlichen, formuliert Nasmyth einen bestimmten Operationsplan für Präsident Wilson, den er durch Groß- und Fettdruck auch typographisch hervorzuheben sucht, indem er schreibt:

„Nehmen wir an, daß Präsident Wilson den kriegführenden Staaten einen gleichlautenden Vorschlag in folgendem Sinne macht:

‚Bist du, Deutschland, bereit, Belgien, Nordfrankreich und Nordserbien zu räumen (Rumänien war damals von den Zentralmächten noch nicht besetzt. Anm. d. R.), Belgien zu entschädigen, in eine Liga zur Erzwingung des Friedens einzutreten, die alle Nationen gegen die Gefahr eines kriegerischen Ueberfalles in Zukunft sichern soll?'

Und man nehme an, daß Präsident Wilson zu gleicher Zeit zu der Entente sagt:

‚Wenn Deutschland diese Bedingungen annimmt, seid ihr dann einverstanden, die Friedensbedingungen zu erörtern? Wenn nicht, welche sind die endgültigen Bedingungen, die ihr zur Grundlage einer Friedenserörterung machen wollt?'

Nasmyth meint, daß Amerika gleichzeitig sich auch zur praktischen Mitarbeit an der Neuordnung der Welt bereiterklären soll, indem es erstens die Garantie der Neutralität Belgiens nach dem Kriege mit übernimmt, zweitens das Schwergewicht seiner wirtschaftlichen Kraft gegen jeden Staat in die Wagschale zu werfen sich bereit erklären würde, der in Zukunft die Neutralität eines jener unabhängigen Pufferstaaten (Polen) verletzen würde, die im Interesse des künftigen Friedens errichtet werden sollen, und drittens der Friedensliga beitritt, die Deutschland ebenso wie allen anderen Staaten neue Sicherheiten gegen Friedensstörungen bieten soll. Er schlägt außerdem die Bildung einer Liga aller amerikanischen Staaten und die Einberufung einer Konferenz sämtlicher Neutralen durch die Vereinigten Staaten vor. Er betont schließlich, im Gegensatz zu anderen Anschauungen, daß alle diese Schritte vor der Beendigung des Krieges unternommen werden müssen, hebt noch hervor, daß sich dabei eine Gelegenheit für Amerika ergäbe, die Führung der Welt bei der Schöpfung der neuen Staatenorganisation zu übernehmen.

Dies sind die Vorschläge unseres Autors.

Man wird nicht unschwer erkennen, daß die Tätigkeit des Präsidenten Wilson sich ungefähr in der gleichen Richtung bewegt hat. Es sind Anzeichen vorhanden, die darauf hindeuten, daß er sich mit den übrigen neutralen Mächten zu gemeinsamer Aktion ins Einvernehmen gesetzt hat. Es sind auch Anzeichen dafür vorhanden, daß er eine Kooperation mit den Mittel- und südamerikanischen Staaten sucht. Schließlich aber — und das ist das wichtigste — fällt die Friedensnote des Präsidenten Wilson im Prinzip mit dem Vorschlag unseres Autors zusammen. In der Ausführung unterscheidet sie sich freilich sehr stark von ihr, aber nicht mehr als die von diplomatischen Vor- und Rücksichten befreite Theorie von der Praxis eines Staatsoberhauptes, das noch überdies, wie Präsident Wilson, nicht zu kühner Draufgängerei, sondern eher zu vorsichtiger Vermittlung neigt. Aber gerade deswegen ist das Urbild Nasmyths für die richtige Erkenntnis der Note von besonderem Wert, weil es die Absichten der Aktion, die in der Note selbst fast bis zur Unkenntlichkeit verhüllt sind, vielleicht offenbart. Durch Vergleichung mit dem Urbild, das jedenfalls das einfachere Konzept ist, wird es uns klarer, wo Präsident Wilson mit seiner Note eigentlich hinauswill: Nicht eine Friedensvermittlung im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern eine Neuorganisation der Staatengesellschaft, ehe noch — und das ist das Entscheidende — der Krieg zu Ende ist und dem Sieger allein die Ordnung der Geschicke der Welt zufällt.

Dieser Gedanke stand zu der Zeit, als er geäußert wurde, in Widerspruch zu der in Amerika herrschenden allgemeinen Anschauung und auch zu dem vom Präsidenten Wilson wiederholt kundgegebenen Entschluß, erst dann mit einer Friedensannäherung hervorzutreten, wenn beide Kriegsparteien den Präsidenten Wilson darum ersuchen würden. Diese seine Auffassung hat Präsident Wilson aufgegeben. In der Friedensnote wird ausdrücklich betont, daß die Aktion des Präsidenten nur dann Aussicht auf Erfolg verspricht, wenn sie vor der Beendigung des Krieges eingeleitet wird. Immerhin scheint aber der Präsident mit dieser Aktion zu lange gewartet zu haben und vom Friedensangebot der Zentralmächte überrascht worden zu sein. So hat er dann, um nicht zu spät zu kommen, seine Note unmittelbar nach dem Friedensangebot der Zentralmächte abgeschickt, und die Folge davon war, daß seine weitschweifig und nebelhaft stilisierte Friedensnote in Europa auf wenig Verständnis und viele Interpretationen stieß, denen sich auch der vorliegende Versuch anschließt.

Die Friedensversammlung der Wiener Arbeiter.

Nachdem Pölzer die Versammlung am Donnerstag im Favoritener Arbeiterheim eröffnet hatte — er erinnerte in seiner Ansprache an die Zeit unmittelbar vor Kriegsausbruch —, ergriff Viktor Adler das Wort, um über die Tagesordnung „Die Sozialdemokratie und die Friedensvorschläge" zu sprechen.

Abgeordneter Dr. **Adler**:

Wir Sozialdemokraten haben nicht erst diesen furchtbaren Krieg gebraucht, um der Mahnung zu bedürfen, für den Frieden zu arbeiten. Wir haben damals, als die Kriegsgefahr bedrohlich wurde, so gut wir konnten, unsere Pflicht getan, uns mit dem Aufwand unserer ganzen Kraft gegen den Krieg zu stellen, und mehr Macht haben wir nicht. Wer schuld ist an dem Kriege, darüber wird später die Rechnung aufgemacht werden und wenn diese Rechnung aufgemacht wird, wird man finden, daß es nichts nützt, zu erforschen, wer „angefangen" hat,

Es war nicht möglich — in keinem Lande —, und nun konnte nichts anderes geschehen, als was in allen Ländern allen Völkern aufgedrängt war, ob sie wollten oder nicht, ob sie es mit klangvollen Worten begründeten oder nicht. Es konnte nichts geschehen, als was automatisch jedem Volke innewohnt: sich zu verteidigen, zu verteidigen gegen den Feind nach außen, zu verteidigen gegen die Not und gegen das Elend im Innern. Man kommt mit theoretischen Erwägungen darüber, ob die Verteidigung des Landes eine Pflicht sei, nicht hinweg, daß die Verteidigung automatisch eintritt. Schlimmer als der Krieg, das wußten wir,

ist für jedes Land die Niederlage

und die Menschen jener Gegenden, die zu Schlachtfeldern geworden sind, wissen zu erzählen, was das heißt. Wir hatten aber außer dieser Pflicht der Verteidigung noch eine andere Pflicht, nämlich die Pflicht, das Proletariat durchzuhalten, den einzelnen Proletarier, die einzelne proletarische Familie durchzuhalten, aber auch unsere Organisation. Darum haben wir versucht, so viel als möglich von dem Elend, das über uns hereingebrochen ist, abzuwenden, und unsere Parteigenossen waren überall die ersten, die zur Hilfstätigkeit bereitstanden, die ersten, weil wir geschulter sind in der Organisation und auch die Mittel und Wege, um zu helfen, besser kennen. In weitestem Umfang haben wir auch diese Pflicht erfüllt. Die Pflicht aber, die uns unsere Kongresse seit Jahrzehnten auferlegt haben, die Pflicht, die wir selbst als die wichtigste und heiligste erkannt haben, die Pflicht, dem Kriege ein Ende zu machen, sie konnten wir nicht erfüllen,

Heute hören Sie die Worte, daß die Fortsetzung des Krieges, daß das Anzünden des Krieges ein Verbrechen sei,

Heute endlich hören Sie, daß es „sinnlos ist, den Krieg weiterzuführen", weil einer den anderen nicht überwinden kann, und daß „ein weiteres Blutvergießen ein Verbrechen ist". Nicht nur der deutsche Reichskanzler sagt es, sondern auch die österreichische Regierung, die sich rühmt, den Anstoß zum Friedensangebot gegeben zu haben, versichert, daß der Zweck des Krieges für sie nicht in Eroberungsabsichten lag — was wir zur Kenntnis nehmen —, und sie sagt weiter, daß eine Fortsetzung des Krieges ein zweckloses Vernichten von Menschen und Gütern, ein unmenschliches Verbrechen an der Zivilisation wäre.

Europa ist ausgeblutet und es ist beinahe wie bei einem Brand, der ausgetobt hat und kein Objekt mehr findet, um weiter zu wüten. Europa ist zu Rande, der Krieg brennt ab, erlischt, weil nichts Brennbares mehr da ist.

Sie werden sich wohl denken: der alte Optimist, der den Schrecken zu Ende wähnt! Gewiß, ich zweifle nicht daran, daß es zu Ende geht. Wie lange und unter welchen einzelnen Phasen das noch dauern wird, das weiß heute noch niemand. Aber gewiß ist, daß

das Friedensangebot der Mittelmächte

eine Initiative war, die gewirkt hat,

Heute bringen die Blätter die Nachricht, der deutsche Botschafter Graf Bernstorff in New-York habe erklärt, Deutschland verlange kein fremdes Gebiet, sondern nur die künftige Sicherheit gegen Angriffe und feindliche Bündnisse.

Nun sagt das der Graf Bernstorff in Amerika! Hätte Bethmann Hollweg das Wort in seiner Note an die Mächte gebraucht oder wäre es gar schon vor einem Jahre gesprochen worden, so hätte das den Erfolg des Friedensangebots beträchtlich erhöht. Aber wir haben gelernt, bescheiden zu sein, und begrüßen mit aller Freude und Leidenschaft das Friedensangebot der Mittelmächte, weil es endlich ausspricht, daß wir verhandeln wollen,

Aber wenn wir die Reden Bethmanns wie auch Lloyd-Georges und Briands richtig würdigen wollen, so dürfen wir nicht vergessen, daß sie nicht nur zum Ausland sprechen, sondern auch zum Inland,

Trotzdem und trotz alledem, was in Petersburg und Paris gesagt wurde, glaube ich fest daran, daß sich die Wirkung von Tag zu Tag verstärken wird und daß auch in den gegnerischen Ländern die Ueberzeugung da ist, daß sie nicht lange mehr dem Frieden werden widerstehen können.

Das ist die wichtigste Wirkung des Friedensangebotes, die wichtigste Wirkung des Eingreifens von Wilson, daß diejenigen, die den Frieden wollen, in allen Ländern — und das ist die große Masse, die überall leidet — ermutigt werden, daß sie Kräfte gewinnen,

Die Sehnsucht nach dem Frieden war ja immer da, aber etwas anderes ist es, aus der Sehnsucht einen Willen zu machen, aus dem Wunsche eine bewegende Kraft.

Es ist notwendig, daß mit aller Schärfe ausgesprochen werde: Wir wollen das Ende des Krieges, aber Friede bedeutet nicht nur, daß kein Krieg mehr ist, sondern wir wollen, daß auch die Vorbedingungen geschaffen werden,

daß der Friede bleibe,

und es war bedeutungsvoll, als am 12. November zum erstenmal Bethmann Hollweg im deutschen Reichstag davon sprach, daß, über den Krieg hinaus, Deutschland das Interesse habe, an einem neuen Völkerrecht mitzuwirken. Wir wollen einen Zustand der Völker, der ein Zusammenleben für die Zukunft ermöglicht und im Friedensschluß schon die Ursachen weiterer Kriege vermeidet.

Wenn wir der Gefahr ausweichen, daß man sich an Formen klammert, wenn man gerade in dem Bewußtsein, daß man der Stärkere oder mindestens, daß man unbezwinglich ist, dem Feinde goldene Brücken baut,

dann, glaube ich, wird Friede werden. Vorläufig aber stehen wir noch im Kriege und keiner von uns kann sagen, wie viel Blut noch fließen wird.

Wir aber haben die Pflicht, jedes Stück Möglichkeit im Willen des Proletariats auszudrücken, auszunützen, um zu sagen: Wir wollen den Frieden! In diesem Sinne haben wir unsere Anstrengungen zu vermehren und wir wissen, daß auch auf der anderen Seite der Wille zum Frieden in den Massen wächst. Wenn wir so oft mit unserer Regierung in Fehde liegen müssen,

so haben wir heute wiederm die Pflicht,

sie zu bestärken auf dem guten Wege,

den sie jetzt betreten haben, und wir wollen nur unsere Forderung aussprechen, daß sie auf dem Wege zum Frieden bleiben. Allen denen, die im Ausland ebenfalls diesen Frieden fordern, und diesen Weg zum Frieden, wollen wir demonstrativ unsere Anerkennung aussprechen und wollen ihnen demonstrativ zurufen: „Ihr alle, deren Stimmen draußen gehört werden, die ihr einen Druck ausübt für den Frieden, ihr könnt sicher sein, daß wir euch Erfolg wünschen und daß ihr die Begeisterung der Proletarier aller Länder hinter euch habt!" Und so wollen wir auch anerkennen, was der Präsident der Vereinigten Staaten jetzt unternommen hat, und wir dürfen die Hoffnung haben, daß der Schrei nach dem Frieden, der aus allen Völkern kommt, endlich so mächtig wird, daß er nicht mehr überhört wird. Um aber überallhin und deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß auch das Proletariat mit jedem Pulsschlag das Bemühen der Neutralen und insbesondere des Präsidenten Wilson um den Frieden verfolgt, möchte ich mir von der Versammlung die Ermächtigung erbitten, in ihrem Namen dem Präsidenten Wilson telegraphisch unseren Gruß und unseren Dank zu entbieten, daß auch unsere Stimme nicht fehle in dem Chor, der dem Präsidenten Wilson Dank zollt. (Lebhafter Beifall.)

Adler beantragt nun die bereits veröffentlichte Kundgebung und fügt hinzu: Damit wollen wir der Welt noch einmal sagen, daß das einzige, was wir wollen, der Friede ist.

(Lebhafter Beifall.)

Dann überbrachte Genosse Buchinger die Grüße der ungarischen Sozialdemokraten. Ueberall, sagte er, wird diese großartige Manifestation für den Frieden auch in Ungarn lebhaften Widerhall finden. Die ungarische Sozialdemokratie verspricht, alle Kraft daranzusetzen, dem Friedenswillen des Proletariats auch in Ungarn Gehör zu verschaffen. (Lebhafter Beifall.)

Nun schließt Pölzer die Versammlung, indem er allen Genossen die besten Grüße entsendet und die Versicherung, daß wir im Hinterland alles aufbieten werden, ihre, unsere Organisation zu erhalten, alles tun werden, was uns möglich ist, daß der Friede bald einziehe.

für Wien.
Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 9191
II. Pazmanitengasse 50, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83126
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34146
XVII. Sachnergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

tung

erreich.

nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

ausnützung der Früchte der unsagbaren heldenhaften Anstrengungen der russischen Armee und Flotte. Diese Anstrengungen ließen nicht einmal den Gedanken an Frieden zu bis zum endgültigen Sieg über den Feind!

Diese unzweideutige, an sich gar nicht abschwächbare Erklärung wäre also rundweg die Absage, ein Vorspiel, das den Schlußakt vorwegnehmen würde. Indessen verrät die Regie dieser Kundgebung deutlich, was mit ihr gewollt ist. Sie ist nicht gezeichnet vom Zaren noch vom Minister des Aeußern, sondern von dem ungenannten Oberbefehlshaber; sie richtet sich an die Truppen im Felde und muß also das aussprechen, was diesen zu ihrer Haltung not tut. Gerade dadurch verrät sie mehr, als sie beabsichtigt. Nicht von der Hand zu weisen ist die Vermutung, daß schon die vage Kunde vom Frieden auf den russischen Muschik tief einwirkt. Der Russe kämpft nämlich bis heute nirgends auf russischem Boden um russisches Land, sondern um die Wohngebiete eroberter Fremdvölker und kaum ein großrussisches Dorf ist bis heute vom Feinde auch nur betreten. Das Gefühl die Heimat zu verteidigen ist ihm nicht so rege sein wie etwa um diese kamzössischen Soldaten. Das Mißgeschick und die vergeblichen Blutopfer — furchtbarer, als sie irgend ein anderes Volk gebracht hat — zehren sicherlich an seiner Seele. Nicht um zu siegen, nicht um der Zinnen von Stambul willen, schon um sich zu erhalten, wo er steht, bedarf der russische Soldat der starken Aufmunterung dieses Armeebefehls. Es hat seine Gründe, daß sein Oberbefehlshaber in dieser Stunde und in dieser Form das Wort ergreift und spricht, bevor die Staatskanzlei sich äußert!

Noch auffallender ist, daß nicht der Zar selbst spricht. Es gelüstet ihn also offenbar nicht, vor dem Heere die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges zu übernehmen! Das geleitet uns hinüber zu der politischen Umwelt, aus der die Kriegsfanfaren ertönen. Mehr als in irgend einem Lande der Welt ist dieser Krieg in Rußland zugleich das Spiel der politischen Rivalitäten. Die bürgerliche Linke der Duma hat diesen Krieg vom Anbeginn als ihre politische Kraftprobe betrieben, um im Siege mitzutriumphieren — ihre Haltung sollte das Anrecht auf Mitherrschaft begründen — und allenfalls für die Niederlage die Bürokratie, die Militärkreise und den Hof verantwortlich zu machen. In diesem Wettkampf um die Macht überbieten sich schon lange Thron, Militärkaste, Bürokratie und Parteien in der Tadellosigkeit ihrer vaterländischen Erzbereitschaft. Und selbst die alte Rechte, die nach ihrer Ueberlieferung zu Deutschland neigt und England mißtraut, stimmt mit schlechtverhehltem Widerwillen in den Chor mit ein. Jede Gruppe zittert vor der Verantwortung für die Niederlage, ja selbst vor dem Einbekenntnis der gegebenen Kriegslage. In dieser Verwirrung greift die Armeeleitung voraus und sichert sich für ihren Teil vor jeglichem Vorwurf. Und so spricht sie heute noch von Konstantinopel und den Dardanellen — es fällt ihr nicht ein, sich von den schwätzenden Advokaten der Duma mit Worten schlagen zu lassen. Worte sind billig. Von dem das tiefste Innere aufwühlenden Verantwortungsgefühl, das in Lloyd-Georges Rede ringt, ist in der Satzschrift des russischen Oberbefehlshabers keine Spur zu merken.

Man redet vom Endsieg ganz nach dem alten Rezept: Die Mittelmächte erschöpfen sich — die Macht der Verbündeten wächst! Das abgegriffene Zahlenrezept außer Raum und Zeit. Inzwischen hat der Raum abermals — zum wievieltenmal! — anders entschieden. Als Rumänien überging, als die frischen Armeen der Rumänen einen mehrere hundert Kilometer tiefen, klaffenden Riß zwischen den Mittelmächten füllten, gegen sich nichts als schwache Grenzposten, da stand der Feind im Osten so günstig wie nach einer gewonnenen Durchbruchsschlacht, die ein breites, tiefes Loch in die Gegenfront gerissen und alle Gegenwehr vernichtet hat. Um einen so tiefen, so gefährlichen Riß zu wiederholen, müßten die Russen noch einmal vorstoßen, im Norden bis Thorn oder Krakau, im Zentrum bis Budapest. Aus dieser außerordentlichen, beispiellosen Gunst der Lage hat der verbündete Feind im Osten nichts herausgeholt als zerschmetternde Niederlagen! Unzweifelhaft hat an ihnen die Meisterhaftigkeit der Führung den hervorragendsten Anteil, aber ihre tatsächliche Grund-

Unbeugsam — im Willen zum Frieden!

Die Entente wird in den nächsten Tagen ihre Antwort auf Wilsons Vorschläge kundmachen. Inzwischen geht die Erörterung von Volk zu Volk weiter über die ganze Welt. Heute haben Schweden, Norwegen und Dänemark den Kriegführenden einverständlich Noten überreicht, worin sie erklären, daß sie es als Vernachlässigung ihrer Pflichten gegen ihre eigenen Völker und die ganze Menschheit betrachten würden, falls sie nicht die wärmste Sympathie für alle Bestrebungen aussprächen, die dazu beitragen könnten, den Leiden und Verlusten, den moralischen und materiellen, die in stetig steigendem Maße Folgen des Krieges sind, ein Ende zu machen. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß die Initiative Wilsons zu einem würdigen Ergebnis führen möge. Aehnlich sprach der Präsident des norwegischen Parlaments. Die Rückwirkung der Botschaft Wilsons auf den französischen Sozialistenkongreß ist unverkennbar. Nicht ohne Bedeutung ist dabei für die Stimmung der internationalen Presse ein Wort, das der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten Graf Bernstorff — leider nur er in solcher Deutlichkeit — ausgesprochen hat: Deutschland folge Wilsons Anregung, festvertrauend auf seine Kraft, aber nicht um eine Oberherrschaft auszuüben; es verlange kein fremdes Gebiet, sondern nur die künftige Sicherheit gegen Angriffe oder Bündnisse, die den Weltfrieden bedrohen. Man spürt den Durchbruch jenes Gedankens Wilsons, daß im Grunde alle Kriegführenden dasselbe wollen — heute natürlich.

In die Erwartung der Antwortnote der Entente bricht nun eine Kriegsfanfare aus Rußland herein, die, wenn sie jene Antwort vorwegnähme, nichts Gutes verheißen würde. Es wird aus Petersburg gemeldet, der „Oberbefehlshaber der Armee und Marine" habe einen Tagesbefehl erlassen, der, ungebrochenen, trotzigen Kriegswillen verkündend, mit der Wendung schließt: Seien wir unbeugsam in der festen Zuversicht auf unseren Sieg!

Seit einigen Wochen vernehmen wir solche Stimmen aus Rußland: Herr Trepow hat kurz vor dem Falle Bukarests als unerläßliches Kriegsziel Konstantinopel verlangt. Herr Pokrowsky hat jeden Frieden zurückgewiesen, solange der Feind nicht vom russischen Boden vertrieben sei. Der Dumapräsident Rodzianko und der Kadettenführer Miljukow sind an Schärfe des Tones nicht zurückgeblieben. Und der Armeebefehl von heute tut kund, der Augenblick der Friedensverhandlungen — von dem Wilson gesprochen hat — sei noch nicht gekommen. Denn der Gegner sei noch nicht aus den Gebieten vertrieben, deren er sich bemächtigt hat. Die Erfüllung der durch den Krieg geschaffenen Aufgaben Rußlands: der Besitz Konstantinopels und der Meerengen und die Schaffung eines in allen seinen drei gegenwärtig getrennten Teilen freien Polens, sei noch nicht gewährleistet. Gegenwärtig Frieden schließen, sagt der Armeebefehl, würde gleichbedeutend sein mit der Nicht-

Reichspost
31./III. 1916

Der Neujahrshirtenbrief.

Hirtenschreiben der Erzbischöfe und Bischöfe Oesterreichs.

Die Erzbischöfe und Bischöfe Oesterreichs entbieten allen Gläubigen ihrer Diözesen Gruß und Segen im Herrn!

Teure Christgläubige!

Die gegenwärtige Lage unseres Vaterlandes erinnert nur zu sehr an jene stürmische Szene auf dem See Genesareth, von der das heilige Evangelium (Mt. 8, 23 ff; Mt. 4, 35; Lk. 8, 22 ff.) erzählt. Eines Abends fuhr der Heiland mit seinen Jüngern über den See. Da erhob sich plötzlich ein gewaltiger Sturm, so daß das Schifflein mit Wellen bedeckt wurde; der Herr aber schlief. In dieser Gefahr weckten die Jünger den Herrn und riefen: „Meister, liegt Dir nichts daran, daß wir umkommen? Hilf uns doch, sonst gehen wir zugrunde!" Da erhob sich der Heiland und beruhigte sie mit den Worten: „Was seid ihr so furchtsam, ihr Kleingläubigen? Wo ist euer Glaube?" Dann gebot er den Winden und dem Meere und es ward eine große Stille. Wie damals das galiläische Meer ist auch unser Zeitenmeer in seinem Grunde aufgewühlt vom gewaltigen Orkan des Weltkrieges, die Fluten der Trübsal bedecken in wachsendem Wogendrang das Schiff des Vaterlandes, Gefahren von ungeahnter Größe bedrohen den Bestand der menschlichen Gesellschaft, aus deren Mitte immer angstvoller der Hilferuf des Psalmisten (Ps. 43, 23 bis 26.) ertönt: „Wach auf, o Herr! Warum schläfst Du? Wach auf und verwirf uns nicht auf immer. Warum wendest Du ab Dein Angesicht und vergissest unserer Armut und unserer Trübsal? Hilf uns, o Herr, und erlöse uns um Deines Namens willen". Aber zaget nicht, teure Christgläubige! „Die Hand des Herrn ist nicht verkürzt, daß er nicht helfen könnte; nicht taub ist sein Ohr, daß er nicht hören könnte" (Is. 59, 1.). Der unsterbliche König der Ewigkeit (1 Tim. 1, 17.) wird den Sterblichen den Frieden wiedergeben, den die Welt nicht geben kann (Gebet der Kirche aus der Messe um Frieden), und es wird wieder eine große Stille sein.

Darum rufen auch wir Euch in diesem gemeinsamen Hirtenschreiben das beruhigende Herrenwort zu: „Was seid ihr so furchtsam, ihr Kleingläubigen? Wo ist euer Glaube?" (Mt. 8, 26; L. 8, 25.) Euer Glaube soll nicht zweifeln an den unerschütterlichen Wahrheiten der heiligen Religion; denn viele lästern jetzt, was sie nicht verstehen (Jud. 10.). Euere Hoffnung soll nicht wanken; denn Ihr Gläubigen sollt Euch nicht betrüben wie die Ungläubigen, die keine Hoffnung haben (1 Thess. 4, 12.). Euere Liebe soll nicht ermüden, sondern als Gottes Auserwählte, Heilige und Geliebte sollt Ihr anziehen herzliches Erbarmen (Kol. 3, 12.). Gerade jetzt müssen bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei — und das größte unter diesen ist die Liebe (1 Kor. 13, 13.). Auf dieses hellglänzende Dreigestirn der göttlichen Tugenden wollen wir Euere Augen richten und so manche Nebel zerstreuen, die vielleicht Euere Blicke in dieser Leidensnacht des Krieges umfloren.

Der Glaube — die feste Stütze in schwerer Zeit.

Wundert Euch nicht, teure Christgläubige, wenn jetzt so manches Herz ein banger Zweifel beschleicht. Unser Glaube ist nicht Menschenwerk, sondern Gottes heilige Stiftung, darum auch unbegreiflich wie Gott selbst, der in einem unzugänglichen Lichte wohnt (1 Tim. 6, 16.). Wenn Ihr Euerem Glauben folgt, folgt Ihr nicht gelehrten Fabeln menschlichen Aberwitzes, sondern einem Lichte, das zwar scheint an einem dunklen Orte, aber leuchtet, bis der Tag der Ewigkeit anbricht, wo der Morgenstern himmlischer Wahrheit aufgeht in Euerem Herzen (2 Petr. 1, 16, 19.). Gerade dieses geheimnisvolle Dunkel des heiligen Glaubens ist auch die Quelle des Glaubensverdienstes. „Selig, die nicht sehen und dennoch glauben!" (Jo. 20, 29.) Namentlich das Rätsel des Leidens ist auch für den gläubigen Blick eines der schwierigsten. Das Kreuz war schon zu der Apostel Zeiten in den Augen der Ungläubigen eine Torheit (1 Kor. 1, 23.), wogegen der Heiland jene selig preist, die sich an Ihm nicht ärgern (Lk. 7, 23.). Die volle Lösung dieses Rätsels dürfen wir nicht hier auf Erden erwarten; denn noch immer steht vor unsern Augen jene scheinbare Ungerechtigkeit, die schon dem gläubigen Psalmisten des alten Bundes die Frage entlockte: „Habe ich denn umsonst ein frommes und gerechtes Herz bewahrt und umsonst meine Hände unter den Unschuldigen gewaschen? Denn siehe, gerade die Schlechten haben auf Erden den Ueberfluß und Reichtum an sich gebracht" (Ps. 72, 12, 13.).

Der allgemeine Ausgleich, der volle Lohn und die gerechte Strafe sind eben für jenen großen Tag vorbehalten, an dem der Herr einem jeden vergelten wird nach seinen Werken (Mt. 17, 27.). Die Weltgeschichte dagegen ist keineswegs, wie man so häufig sagt, das Weltgericht.

Wer allerdings die Religion einseitig auffaßt, sie lediglich als einen sogenannten Kulturfaktor des Diesseits, d. h. als Quelle irdischen Fortschrittes betrachtet oder etwa gar mit den Juden des Alten Testaments von der Gottesverehrung vor allem ein Land erwartet, das von Milch und Honig fließt, ein solcher allerdings erniedrigt die Majestät der Religion zur Handlangerin der Menschen, stellt die Kirche auf die gleiche Stufe mit einer Versicherungsanstalt gegen Unfall und entwürdigt Gott den Herrn, der nie zum bloßen Diener seiner Geschöpfe gemacht werden darf oder gar nur die Gnadenexistenz eines Nothelfers beanspruchen kann. Gab es einen lieben Gott in den glücklichen Tagen des sonnigen Friedens, gibt es noch immer auch einen Herrgott in den bangen Stunden der schaurigen Kriegsnacht. Das Dasein Gottes zu bezweifeln, vermag nur der Tor, der aus seinem sündigen Herzen heraus spricht: „Es gibt keinen Gott (Ps. 13, 1.); die Beweise für Gottes Dasein zu widerlegen, ist seit Bestand des Menschengeschlechtes noch keinem Denker gelungen, noch wird es je gelingen. Sowenig übrigens die Juden an Christum geglaubt hätten, auch wenn er vom Kreuze herabgestiegen wäre (Mt. 27, 42.), so wenig würden die Gottesleugner unserer Tage verstummen, wenn der Gott der Heerscharen jetzt mitten in der Kriegsnot mit dem Oelzweig des Friedens sichtbar vom Himmel herabstiege; mindestens würden sie ihn vorwurfsvoll fragen, warum er so spät „eingegriffen" oder den Krieg überhaupt zugelassen habe. Noch jederzeit haben gottvergessene Menschen irdische Heimsuchungen als willkommenen Anlaß benützt, ihrem ohnmächtigen Haß gegen Gott und Religion Luft zu machen. Schon vor 1700 Jahren bezeugt der christliche Schriftsteller Tertullian (Apol. 40.): „Die Heiden meinen, an jedem öffentlichen Mißgeschick, an jedem Volksungemach seien die Christen schuld. Steigt in Italien der Tiberfluß bis zu den Stadtmauern Roms, überschwemmt in Aegypten der Nilstrom nicht in erwünschter Weise die Fluren, bebt die Erde, herrscht Hungersnot oder Seuche, gleich heißt es: Man werfe die Christen den Löwen vor." Wie sich damals in schweren Zeiten der Haß der gottlosen Heiden gegen die Christen wandte, genau so legen auch jetzt wieder die ungläubigen Kreise die schwere Bürde der Kriegszeit Gott dem Herrn zur Last, machen Religion und Kirche dafür verantwortlich oder leugnen gar das Dasein Gottes, dessen strafende Hand sie nur zu deutlich fühlen. Aber diese Gottesleugner werden Lügen gestraft durch die Erfahrungen an den Fronten und im Hinterland. An den Fronten hat angesichts der Todesnähe und der Ewigkeit der Atheismus, d. i. die gottesleugnerische Weltanschauung gänzlich versagt; dagegen gewinnt der praktische Gottesglaube dort wie im Hinterlande ständig neuen Boden, indem gerade jetzt Religion und Gottesfurcht sich als jene festen Stützen erweisen, die das bedrohte Staatsgebäude aufrecht halten. Ohne Gott wären die Völker längst in den Schützengräben begraben, ohne Religion wäre Europa ein weites Massengrab der Verzweiflung geworden.

Immerhin ist es begreiflich, wenn jetzt so manche Eigenschaft Gottes im Dunkel der langen Leidensnacht vor dem Blicke des schwachen Glaubens zu verblassen droht. Wo ist die Gerechtigkeit Gottes? fragt mancher zweifelnd; und wenn schon der Krieg eine gerechte Strafe sein soll für die Sünden der Menschen, warum muß der einzelne, warum muß der Unschuldige büßen und leiden für die Vergehen anderer?

Was ist der Krieg?

Christgläubige! Der Krieg ist Notwehr nicht des einzelnen Untertanen, sondern des Staates; und so ist auch die Kriegsgeißel zunächst eine Zuchtrute Gottes nicht so sehr für die Sünden der einzelnen Menschen, obwohl wir alle in vielem gefehlt haben (Jak. 3, 2.), sondern für die öffentlichen Sünden der Gesamtheit — und da hat noch immer der Grundsatz gegolten: „Einer für alle, alle für einen." Und welch ungeheure Schuldforderungen namentlich des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens stehen der Gerechtigkeit Gottes als offene Posten gegenüber! Die Familie, diese Keimzelle des Staates, war vielfach in ihrem innersten Kern zerrüttet durch den sündhaften Mißbrauch der Ehe; ist es ungerecht, wenn jetzt Gott den „einzigen Sohn" den Eltern nimmt, die ihm so viele andere Kinder vorenthalten? Die Kindererziehung hat durch unchristliche Unterrichts- und Erziehungslehren die Klage des Heilandes erneuert: „Sehet zu, daß ihr keines aus diesen Kleinen verachtet!" (Mt. 18, 10.) Ist es ungerecht, wenn Gott die Blüte der Jugend gewaltsam zu sich nimmt, die man nicht wollte zu ihm kommen lassen? (Mk. 10, 14.) Eine gottlose Presse hat längst in Friedenszeiten den friedlichen Bestand der Völker untergraben, Religion und Sittlichkeit, diese einzigen Garantien des Weltfriedens, bekämpft, verhöhnt und dadurch den Weltkrieg vorbereitet; ist es ungerecht, wenn sich jetzt die Spalten der Tagesblätter füllen mit endlosen Verlustlisten, nachdem man den Herrn über Leben und Tod geistigerweise entthront hatte? Das Wort des Propheten Oseas (Os. 13, 9.) gilt auch für unsere Zeit: „Dein eigen Verderben bist du selbst, Israel!" Eine grenzenlose Vergnügungssucht endlich im Bunde mit schamloser Ausgelassenheit und zügelloser Unsittlichkeit hat durch Jahrzehnte hindurch das öffentliche Leben entweiht, geschändet; Kleidermode, Theater, Kinos trotzen — leider noch immer — den einfachsten Anforderungen des christlichen Anstandes; ist es ungerecht, wenn Gott der Herr, der Urheber des sechsten Gebotes, das prophetische Drohwort bei Jeremias (Jer. 2, 19.) auch an unserem Geschlecht erfüllt: „Du sollst inne werden und es sehen, wie bitter und böse es ist, daß du den Herrn, deinen Gott, verlassen und daß du keine Furcht mehr vor mir hast."

Nein, teure Christgläubige, gehen wir nicht mit Gott dem Herrn ins Gericht. „Wenn wir auch mit Ihm rechten möchten, könnten wir Ihm nicht Eines auf Tausend antworten" (Job 9, 3.). Gehen wir vielmehr mit uns selbst ins Gericht und sorgen wir, daß in der kommenden Friedenszeit das Familienleben und das öffentliche Leben nicht mehr das Brandmal des Heidentums, sondern das Merkmal des Christentums aufweisen; denn an dem unchristlichen Zeitgeist trägt jeder von uns mehr minder schuld. Hätte jeder von uns seine Pflicht getan, hätte es nicht so weit kommen können! Hütet Euch vor einer frevelhaften Kritik an Gott! Man kann Menschen und ihre Handlungen kritisieren, und zu gewissen Zeiten auch das nicht, z. B. während des Krieges. Aber an Gott, dem Unfehlbaren, dem Allwissenden, Allheiligen Kritik zu üben, ist Torheit und Sünde!

Und Gott sei es gedankt, es weist auch unsere Zeit neben tiefen Schatten auch helle Lichtseiten auf. Echter Gebetsgeist und rastloser Eifer für Gottes Sache und Ehre, segensvolle Erneuerung und Vertiefung des christlichen Lebens in religiösen Vereinen und charitativen Verbänden, offener Bekennermut zahlreicher Laien, liebliche Blüten reinen Familienlebens, gottgeweihter Jugend, stillen Duldersinnes, ja heiligmäßigen Tugendstrebens erinnern noch immer an jene herrliche Charakteristik der ersten Christen, welche in einem Briefe des zweiten christlichen Jahrhunderts niedergelegt ist, in dem es heißt (Brief an Diognet c. 5.): „Die Christen sind im Fleische, leben aber nicht nach dem Fleische; sie weilen auf Erden, aber ihr Wandel ist im Himmel. Sie lieben alle und werden von allen verfolgt; sie sind arm und machen viele reich; sie werden gekränkt und segnen, werden verspottet und erweisen Ehre". Nun seht, teure Christgläubige, auch diese Unschuldigen leiden schwer, vielleicht am schwersten unter der furchtbaren Heimsuchung des Krieges, aber sie leiden nicht fruchtlos. Gottes beleidigte, unendlich heilige Gerechtigkeit verlangt, daß für die Sünde Genugtuung geleistet werde. In seiner Barmherzigkeit aber hat Gott in der Sühne eine Stellvertretung zugelassen, so daß der Unschuldige für den Schuldigen, der Gerechte für den Ungerechten zu sühnen vermag. Ist nicht auch Christus, das unschuldige Gotteslamm, verwundet worden um unserer Missetaten willen, zerschlagen worden um unserer Sünden willen? Unser aller Missetat hat der Herr auf ihn gelegt (Is. 53, 5, 6,); ja, er hat ihn, der von keiner Sünde wußte, für uns zur Sünde, d. i. zum Sühnopfer gemacht (Kor. 5, 21). Diesem sühnenden Leiden der Unschuldigen ist auch in erster Linie aller Schutz und Segen Gottes in der gegenwärtigen Bedrängnis zu danken, wenn auch die kulturstolze, selbstbewußte Welt immer wieder das Verdienst hiefür beansprucht, als hätte sie allein durch ihren Scharfsinn die Not beseitigt. Es ist ja noch immer wahr, was schon Tertullian (Apol. 40) im dritten christlichen Jahrhundert von den gottlosen Heiden und frommen Christen seiner Zeit gesagt hat: „Wenn im Sommer der Regen ... ausbleibt und man wegen des Jahres in Sorgen ist, dann macht ihr Ungläubige es also: Ihr eßt Euch täglich voll und geht dann gleich wieder zum Essen; die Badeorte, die Gasthäuser und die verrufenen Häuser sind im vollen Betrieb. Wir Christen dagegen ... halten uns fern von jedem Lebensgenuß, üben strenge Buße und wir sind es auch, die durch unsere Enthaltsamkeit an den Himmel klopfen und die Gott gleichsam Gewalt antun; haben wir aber von Gott Barmherzigkeit erlangt, dann erhält von euch der falsche Gott Jupiter die Ehre dafür, der wahre Gott aber wird nicht beachtet".

Darum, teure Christgläubige, ob schuldig oder unschuldig: demütigt Euch unter die gewaltige Hand Gottes (Petr. 5, 6) und schmähet nicht über die Züchtigung des Herrn; denn er verwundet und heilet auch; er schlägt, aber seine Hände machen auch wieder gesund (Job 15, 18). Wie Christus leiden und so in seine Herrlichkeit eingehen mußte (Apg. 24, 26), so müssen auch wir durch viele Trübsal in das Reich Gottes eingehen (Apg. 14, 21) — und dort werden wir uns freuen der Tage, da uns der Herr niedergedrückt, dort werden wir frohlocken über die Jahre, da wir Unglück sahen (Ps. 89, 15); denn die Leiden dieser Zeit sind nicht zu vergleichen mit der Herrlichkeit, die dafür an uns wird offenbar werden. (Röm. 18, 18.)

Auch ein anderes scheinbares Rätsel wird dort im Jenseits seine Lösung finden. Wie kann der Gott der Liebe und des Erbarmens solche Kriegsgreuel mitansehen und dulden? so fragen viele, wenn sie hören und lesen von den ungezählten Massenopfern an den Fronten, von den namenlosen Leiden der Verwundeten, von den Schandtaten entmenschter Barbaren, von den steigenden Entbehrungen im Hinterlande. Um diesen Einwurf zu widerlegen, haltet an folgendem Grundsatze fest: Gott will nie Böses. Was am Kriege Böses ist — von Ihm ist es nicht, Er hat es nicht gewollt, wohl aber zugelassen in seiner Weisheit, in der Er die Menschen frei erschaffen hat. Und das mußte Er, denn ohne freien Willen gäbe es nicht Tugend oder Sünde, auch nicht Lohn oder Strafe. Ohne Freiheit des Willens würden unsere Helden an der Front ganz grundlos sich ihrer silbernen und goldenen Tapferkeitsmedaillen freuen!

Darum, törichtes Gerede: „Gott soll dem Gemetzel ein Ende machen!" Wie denn? Soll Er den Feinden, ihren Führern und Soldaten den freien Willen nehmen und sie zu Marionetten machen? Oder soll Er Legionen von Engeln auf die Welt senden?

Pester Lloyd Abend 1/I. 1917 135 1/2

staatsrechtlichen Kämpfe solange dauern werden, bis die Nation in den Vollbesitz der Vorbedingungen ihres nationalen Seins gelangt ist. Solange ist dieser Kampf gewissermaßen eine biologische Notwendigkeit.

Mit einem herzlichen Gruß an die Partei, der die Bereitwilligkeit aussprach, an diesen Kämpfen der Partei unentwegt teilnehmen zu wollen, schloß Graf Albert Apponyi seine Rede.

Lebhafter Beifall dankte dem Redner, den die Mitglieder der Partei begeistert feierten.

Die Friedensanregungen.

Die Magna Charta der Entente.

Die Auffassung in Wien.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Wien, 1. Januar.

Die Entente, deren Staatsmänner in den vergangenen vierzehn Tagen, jeder in seinem Parlament, die Antwort auf unseren Friedensschritt in der Weise erteilt haben, wie es ihnen nach der eigenen Auffassung erwünscht schien, hat sich nach einer überraschend und auffallend langen Frist denn doch entschließen müssen, die erforderliche Gesamtantwort auf unsere Note vom 12. Dezember zu erteilen.

Wie die Entente sich den Frieden in Wirklichkeit vorstellt, haben die erwähnten Kundgebungen zur Genüge verraten. Solange die Staatsmänner der Entente über diese Frage nur zu ihren eigenen Parlamenten und Völkern sprachen, legten sie sich keinerlei Zwang auf und enthüllten so mit hinlänglicher Deutlichkeit ihre maßlosen und widersinnigen Ziele. Die amtliche Antwort der ganzen Entente jedoch stand unter dem Zwange, daß auf das Urteil und die Empfindungen der Neutralen, insbesondere des Präsidenten Wilson Rücksicht genommen werden mußte. So kommt es, daß die Ententenote sich in der Form etwas weniger übermütig und hochtrabend gibt als die ihr vorangegangenen Kundgebungen.

Man kann, wenn man will, der Note die Absicht anmerken, wenigstens in der Form ein Entgegenkommen zu zeigen und die Möglichkeit von Verhandlungen nicht gänzlich zu verschütten. Anders ist es, wenn man die Note von dem Standpunkt betrachtet, was sie inhaltlich an Auffassungen und Forderungen in der Friedensfrage bringt. Da ist ein Zweifel oder ein Irrtum wohl kaum möglich: die Ententebeharrt anfallidenmaßlosenund mit der Kriegslage wahrhaftig nicht übereinstimmenden Forderungen, die sie schon bald nach Kriegsausbruch zu erkennen gegeben hat. Wir finden in der Note die ganze Liste der Aspirationen wieder, die die Entente seit zweieinhalb Jahren der Welt als die Magna Charta des künftigen europäischen Friedens aufzudrängen versucht hat als das Programm, dessen Durchführung allein imstande sein soll, dem Erdteil den dauernden Frieden zu sichern.

Auf der tatsächlichen Kriegslage kann die Entente ein solches Programm selbstverständlich nicht begründen. Sie hat darum die Schuldfrage in den Vordergrund gerückt, um das, was sie uns mit den Waffen in der Hand nicht abringen kann, uns als eine Bestrafung im Namen des Rechtes und der Moral mit Hilfe der Neutralen aufzuerlegen.

In diesem Teil der Note finden wir alle die demagogischen Phrasen und unglaublichen Verdrehungen wieder, mit denen die Publizistik und Staatsmänner der Entente seit vielen Monaten operieren, unbekümmert um alle von den Zentralmächten gelieferten Beweise, daß der Ueberfall von Rußland ausgegangen ist und daß England und Frankreich es in der Hand gehabt hätten, durch Isolierung Rußlands Europa den Frieden zu bewahren. Nicht nur die Staatsmänner und die Zeitungen der Zentralmächte haben sich bereits gegen die von der Entente verbreiteten Darstellungen der Schuldfrage gewendet, auch den Neutralen sind schon seit langem die Augen aufgegangen, und je länger der Krieg dauert, desto häufiger und entschiedener werden die Stimmen aus den Ententeländern, die sich unserer Auffassung in der Frage der Verantwortung nähern.

Man kann auf die in der Ententenote neuerlich aufgeworfenen Fragen wohl kaum besser antworten als durch die Wiederholung des Plädoyers, das vor einiger Zeit der frühere holländische Ministerpräsident Kuyper in einer Zeitung zu dem Zwecke gehalten hat, um der Entente begreiflich zu machen, daß man auch im neutralen Europa sich zur Klarheit über die weitere und nähere Verursachung des Krieges durchgerungen hat. Herr Kuyper hielt dieses Plädoyer in der Form einer Reihe von Fragen, auf die sich die Entente wohl gehütet hat einzugehen. Er fragte: Ist es richtig oder nicht, daß Frankreich seit dem Jahre 1871 an dem Gedanken, für die erlittene Niederlage und für die Wegnahme seiner Provinzen Genugtuung zu erlangen, festgehalten und daß speziell in dem letzten Geschichtsabschnitt vor dem Kriege die chauvinistische

Arbeiterzeitung

2./I. 1917

136

Die Ententenote — eine Friedensantwort!

Kurz ist der Schritt vom Guten zum Bösen, aber der Weg vom Bösen zum Guten ist lang und beschwerlich. Beinahe über Nacht war der Krieg da, überaus zögernd jedoch vollzieht sich die Wiederannäherung. Die Antwortnote der Ententemächte, die heute vorliegt, ist in ihrem Tone wie in ihrem Inhalt ein Schritt der Annäherung, obschon sie ausklingt in die Wendung, die verbündeten Regierungen lehnten es ab, sich mit einem „Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen". Ein Wort Goethes meint: Vergebens sprichst du viel, um zu versagen; der andere hört vor allem nur das Nein! Hier aber muß es lauten: Wer so viel und so eingehend spricht, will Antwort haben, denn sonst wäre das Reden zwecklos.

Im Zivilprozeß benennt man ein entscheidendes Verhandlungsstadium die Einlassung in den Streit; sie begründet den eigentlichen Prozeßgang. Die Ententenote ist die Streiteinlassung in die Friedensverhandlungen. Die Kriegführenden der anderen Seite erstatten dem Neutralen Wilson einen umfänglichen Schriftsatz, in dem sie den Charakter des Streites in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft darlegen und aus ihm ihre Forderungen ableiten; daran schließt Belgien seine besondere Klage und sein besonderes Klagebegehren. Damit ist, um im Vergleich zu bleiben, die Sache anhängig. Die Gegenseite wird ihr Antwortschreiben einbringen.

Der Schriftsatz der vereint vorgehenden Mächte Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Montenegro, Portugal, Rumänien, Rußland und Serbien — die Liste ist nicht gerade kurz — befleißigt sich eines Maßes, wie es bisher noch keine Kundgebung der Entente gehalten hat. Der maßvolle Ton vor allem begründet die Hoffnung, daß auch dieser Streitteil dem Frieden näher kommen will. Ausgemerzt ist jede Anspielung auf die phantastischen Kriegsziele, die seit dem August 1914 von Amts wegen oder wenigstens von der feindlichen Presse so laut verkündet worden sind. Es ist keine Rede, ja keine Anspielung mehr auf Elsaß-Lothringen, auf die österreichischen und deutschen Gebiete des ehemaligen Polen, auf die Dardanellen und auf Konstantinopel. Der Armeebefehl des russischen Generalissimus ist von der Diplomatie des Zaren nicht aufgenommen und in den Entwurf eingeschaltet worden. Auch von Vernichtung ist keine Silbe zu lesen, weder von der Vernichtung und Aufteilung ganzer Reiche noch von der Vernichtung des preußischen Militarismus. Weder die Stimme beleidigender Geringschätzung, mit der sonst der deutsche Name bedacht wurde, noch auch der Ausdruck hysterischer Angst vor tollwütigem Welteroberungsdrang und überwältigender Gewalt, einer Ueberschätzung Deutschlands, die zeitweilig die Geringschätzung abgelöst hat, wird in den Worten vernehmbar. Die Streitteile haben sich zu lange und zu ernst gemessen und die festgestellte Begrenztheit aller Hoffnung und Befürchtung, alles Siegeswillens und aller Angst vor der Niederlage leiht endlich auch den Worten ihr Maß.

In diesem Geiste läßt sich die Ententenote in die Erörterung ein. Sie glaubt, zuerst zwei deutsche Behauptungen zurückweisen zu müssen. Die erste trifft natürlich die Schuldfrage, und natürlich erkennen die Verbündeten Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Schuld zu. Da nicht daran zu denken ist, daß sich irgend eine Regierung der Welt selbst jemals schuldig sprechen wird, noch weniger, daß sich alle miteinander über diese Klippe durch ein gemeinsames Schuldbekenntnis hinweghelfen, so ist gerade dieser

Neues Wiener Tagblatt
2. I. 1917

Aeußerungen des bulgarischen Kriegsministers.

Der bulgarische Kriegsminister Generalmajor Reidenow hatte die Liebenswürdigkeit, uns aus Sofia, 20. d., Aeußerungen über seinen Besuch in Wien, den rumänischen Krieg und die Friedensfrage zukommen zu lassen. Wir lassen diese Erklärungen hier folgen:

Der Besuch in Wien.

Vor einigen Wochen hat mich ein trauriger Anlaß — der Tod Seiner Majestät des Kaisers und Königs Franz Joseph I. — nach Wien geführt. Dort hatte ich Gelegenheit, mich wiederum von der großen Anhänglichkeit der Völker der Monarchie an den Thron zu überzeugen und jene innige Verbrüderung zu beobachten, die die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie verknüpft und sie mächtig und fähig macht zu großen historischen Taten. Der freudige und herzliche Empfang, den die bulgarische Abordnung in allen behördlichen und öffentlichen Kreisen fand, war eine Offenbarung jener innigen und dauerhaften Gefühle der Bundestreue, welche die Völker der Monarchie und das bulgarische Volk in wahrer Verbrüderung der Waffen und der wirtschaftlichen Interessen vereinigen.

Der Zusammenbruch Rumäniens.

In der letztverstrichenen Zeit hat Rumänien an seinem Teil die verdiente Strafe erhalten. Es ist in den Krieg eingetreten mit hochgesteckten Zielen und in dem Glauben, daß seine Einmischung die Wage des Sieges auf die Seite der Entente neigen und ein für sie erfolgreiches Ende des Krieges beschleunigen würde.

Aber diese Hoffnungen wurden bitter enttäuscht, und Rumänien ist das Opfer seines Größenwahns, seiner Unvernunft und vor allem seiner Treulosigkeit und Ränkesucht geworden. Heute ist die Hauptstadt der politischen Prinzipienlosigkeit und des internationalen Verrates in den Händen der Verbündeten, und ihre heldenmütigen Heere verfolgen die Trümmer der unglücklichen rumänischen Armee, während die Offensive Sarrails ihre Kraft bereits erschöpft hat und zum Stehen gekommen ist.

Der Friede.

Am Vorabend des neuen Jahres ist die Frage, die alle Welt am meisten interessiert, die des Friedens. Daher möchte ich es nicht unterlassen, einige Worte darüber zu sagen.

Die jüngsten glänzenden Erfolge der verbündeten Waffen gaben dem Vierbund die Möglichkeit zur Bekundung einer wahrhaft großen Gesinnung durch sein Friedensangebot.

In dem Augenblick, wo die Kraft und Macht der Verbündeten in der Zertrümmerung Rumäniens und in der siegreichen Abwehr der feindlichen Angriffe an den andern Fronten auf eine unbestreitbare Weise zum Ausdruck kommt, treten die Sieger selbst mit einem Friedensangebot hervor. Es ist eine ungewohnte Erscheinung in der Geschichte, daß der Sieger zuerst den Frieden anbietet, aber der Wunsch der Verbündeten, dem Blutvergießen und Menschenmorden durch Beendigung des furchtbaren und fortab sinnlosen Krieges ein Ziel zu setzen, ist ein Ausdruck edler und echt menschlicher Gesinnung.

Wenn unsre Gegner auf unser Angebot ebenfalls mit dem Wunsche nach Frieden antworten, so glaube ich, daß sich eine gewisse Uebereinstimmung erreichen lassen und daß die Welt sich an dem Gedanken erholen wird, daß bald die seligen Tage des Friedens wiederkehren.

Wenn aber unser aufrichtiger Friedenswunsch mit den alten Redensarten von Fortsetzung des Krieges bis zum Ende, Vernichtung des preußischen Militarismus usw. beantwortet wird, dann werden die verbündeten Völker und Heere in sich die hinreichenden Kräfte finden, dann werden sie ihre volle geistige, moralische und materielle Macht einsetzen, um die höllischen Vorsätze unsrer Feinde zu vereiteln. Vor den ehernen Fronten unsrer Armeen werden alle verzweifelten, wahnsinnigen Anstürme unsrer Gegner zusammenbrechen, bis schließlich die Verbündeten an einem gewählten Punkt einen vernichtenden Schlag führen und dadurch den Feind zum Frieden zwingen werden. Dann werden die Anhänger Lloyd Georges das Hirnverbrannte ihrer Wünsche einsehen und sich von der gesünderen Vernunft der Völker, die sie regieren, überzeugen.

Der zum Ausdruck gebrachte Friedenswunsch ist gleichzeitig eine neue feierliche Erklärung, daß, wenn uns durch die Unversöhnlichkeit unsrer Gegner die Fortsetzung des Krieges aufgezwungen wird, wir in Zukunft unter völliger Ausschaltung jeglicher Eroberungsabsichten uns einzig schlagen werden für die Erhaltung der Ehre und der Interessen des Vierbundes, und das wird uns noch machtvoller und seelisch stärker machen und in uns die Entschlossenheit festigen, bis zum Ende zu kämpfen für unser Vaterland.

Die zunehmende Friedensströmung wird jetzt bestimmte Handhabe finden, um gegen eine Regierung, welche die ihr gebotene Friedenshand zurückweist, Vorwürfe zu erheben. Die Fortsetzung des Blutvergießens trotz des geäußerten Friedenswunsches wird die Gewissen in der Entente und in den neutralen Staaten stutzig machen und den Geist der Heere unsrer Gegner wankend werden lassen, die schon lange darauf harren, das selige Wort „Friede“ zu vernehmen.

Sehr naiv ist der Gedanke einiger Kriegshetzer in der Entente, sich aus der schwierigen und heiklen Lage, in die das Friedensangebot sie versetzt, durch unannehmbare Forderungen zu befreien, um so alle Verantwortung gegenüber dem so feierlichen und ernsthaften Angebot des Bundes der Zentralmächte von sich abzuwälzen.

Fremdenblatt

2./I. 1917

140

Die neuen Forderungen der Entente an Griechenland.

K. Piräus, 1. Jänner. (Meldung der Agence Havas.)

Die Gesandten der drei Schutzmächte haben am 31. Dezember folgende Note unterzeichnet, die der griechischen Regierung überreicht werden soll: Die Gesandten Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands als Vertreter der Schutzmächte Griechenlands nahmen mit Genugtuung von der Antwort Kenntnis, die ihnen auf ihre Mitteilung vom 1. Dezember erteilt wurde. Sie haben die Ehre, der griechischen Regierung im Auftrage ihrer Regierungen folgende Bürgschafts- und Genugtuungsforderungen zu unterbreiten:

Bürgschaften — Erstens: Die griechischen Streitkräfte auf griechischem Festlande und im allgemeinen in allen Gebieten außerhalb des Peloponnes werden auf denjenigen Mannschaftsstand herabgesetzt, der unumgänglich nötig ist für den Ordnungs- und Polizeidienst. Alle Waffen und Munition, welche das diesem Stande entsprechende Maß überschreiten, werden nach dem Peloponnes gebracht, wie auch alle Maschinengewehre und die gesamte Artillerie des griechischen Heeres mit ihrer Munition, so daß nach Beendigung der Ueberführung außerhalb des Peloponnes weder Kanonen noch Maschinengewehre noch Material verbleiben. Die Fristen für die Ausführung dieser Maßnahmen werden in gemeinsamem Einvernehmen festgesetzt, sobald die griechische Regierung die Truppen- und Materialverschiebungen im Prinzip angenommen hat. Die so geschaffene militärische Lage bleibt so lange bestehen, als die verbündeten Regierungen es für nötig erachten, und zwar unter Ueberwachung besonderer Delegierter, die von ihnen für diesen Zweck bei den griechischen Behörden beglaubigt werden.

Zweitens: Verbot aller Vereinigungen und Versammlungen von Reservisten in Griechenland nördlich der Landenge von Korinth und strenge Durchführung des Verbotes des Waffentragens für alle Zivilpersonen.

Drittens: Wiederherstellung der verschiedenen Aufsichtsbefugnisse der Alliierten in einer Form, die im Einvernehmen mit der griechischen Regierung festgestellt wird, um sie so wenig lästig als möglich zu machen.

Genugtuung. Viertens: Alle Personen, die gegenwärtig aus politischen Gründen wegen Hochverrats, Verschwörung, Aufruhr und ähnlicher Vergehen festgehalten werden, sind sofort freizulassen. Diejenigen, welche infolge der Ereignisse vom 1. und 2. Dezember und der folgenden Tage unberechtigterweise gelitten haben, werden nach einer Untersuchung, welche im Einvernehmen zwischen der griechischen Regierung und den Alliierten geführt wird, entschädigt.

Fünftens: Der kommandierende General des ersten Armeekorps soll abgesetzt werden, sofern nicht die königliche Regierung zur Genugtuung der alliierten Regierungen festsetzt, daß diese Maßregel auf einen anderen General angewendet werden soll, auf den die Verantwortung für die im 1. Dezember gegebenen Befehle fiele.

Sechstens: Die griechische Regierung solle den Gesandten der Alliierten förmliche Entschuldigungen überreichen. Die englische, die französische, die italienische und die russische Flagge sollen auf einem öffentlichen Platz in Athen in Gegenwart des Kriegsministers und der versammelten Garnison feierlich salutiert werden.

Gleichzeitig sind die unterzeichneten Gesandten von ihren Regierungen beauftragt, die griechische Regierung daran zu erinnern, daß militärische Notwendigkeiten sie nächstens dazu werden zwingen können, Truppen in Itea zu landen und sie mit der Larissa-Eisenbahn nach Salonili zu bringen.

Die Schutzmächte setzen die griechische Regierung davon in Kenntnis, daß sie sich volle Handlungsfreiheit vorbehalten, falls die Haltung der Regierung des Königs neuen Anlaß zur Klage geben sollte. Ihrerseits übernehmen sie gegenüber der griechischen Regierung die förmliche Verpflichtung, den bewaffneten Streitkräften der Regierung der nationalen Verteidigung nicht zu gestatten, die Zurückziehung der königlichen Truppen aus Thessalien und dem Epirus dazu zu benützen, das im Einvernehmen mit der königlichen Regierung festgesetzte neutrale Gebiet zu überschreiten.

Die Unterzeichneten haben die Ehre, den Befehl ihrer Regierungen mitzuteilen, daß die Blockade der griechischen Küsten aufrechterhalten wird, bis in allen oben erwähnten Punkten Genugtuung geleistet ist.

Arbeiterzeitung
3. I. 1917
141

Ein zweiter Schritt tut not!

Wohl dürfte man die Leute, die sich über die Antwort der Gegner so überrascht gehaben, einmal fragen, was sie denn als Antwort erhofft, wie sie sich die Antwort vorgestellt haben. Der Friedensvorschlag der Mittelmächte stellte vor das Anbot zwei Behauptungen: Erstens daß die vier verbündeten Mächte, „zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit, gezwungen wurden, zu den Waffen zu greifen". Zweitens, daß sie „in diesem Kampfe unüberwindliche Kraft erwiesen, gewaltige Erfolge errungen haben, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, zu der Erreichung weiterer Erfolge berechtigt". Die Mittelmächte erklären also, sie haben den Krieg nicht gewollt, nicht verursacht, nicht verschuldet, und sie erklären weiter, sie haben bereits gesiegt und würden noch weiter siegen. Hat nun jemand geglaubt oder glauben können, die Gegner werden darauf überhaupt nicht antworten oder sie werden es vielleicht gar zugestehen? Sie werden also in ihrer Antwort sagen, daß sie, nachdem sie es die ganze Kriegszeit hindurch geleugnet, es nun zugeben wollen, die Schuld an dem Kriege treffe nur sie, wogegen ihre Gegner nichts getan haben, als sich notgedrungen verteidigt? Und sie werden in ihrer Antwort zugestehen, was sie bisher mit der größten Leidenschaft bestritten haben, daß die Mittelmächte die Sieger, sie aber die Besiegten seien, und daß die Fortsetzung des Krieges den Sieg der Mittelmächte nur vergrößern, ihre eigene Niederlage aber bekräftigen würde? Gibt es einen zurechnungsfähigen Menschen, der sich die Antwort der zehn Gegner so vorgestellt, sie so erwartet hat? Wenn aber nicht: kann es dann überraschen, daß die Gegner heftig aufschreien, daß sie erregt widersprechen und „beweisen", daß sie die Unschuldigen seien, daß sie auch nicht besiegt sind, viel eher als die Sieger sich fühlen dürfen? Nicht einmal das ist überraschend: daß sie grell übertreiben, daß sie nicht einmal ihre Mitschuld an dem Kriege sehen wollen, daß sie die Kriegslage gar so günstig malen, die Mittelmächte im Zusammenbrechen wähnen und sich im Vollbesitz aller Voraussetzungen des schließlichen Sieges vermeinen; die Lebhaftigkeit der Schilderung soll ja das militärische Defizit wettmachen. Gewiß wären wir glücklich und würden erleichtert aufatmen, wenn aus der Antwortnote der Friedenswille stärker erklänge; aber ob es richtig sei, nun die Friedensaktion abzubrechen und die Fortsetzung des Krieges als unvermeidlich und unwiderruflich hinzustellen, wie es mit merkwürdiger Uebereinstimmung in der Berliner Presse geschieht, das möchten wir dennoch ernstlich bezweifeln.

Es ist natürlich nicht leicht, aus derartigen diplomatischen Aktenstücken das zu erkennen, was darin Wahrheit ist; ist doch ihr Vorsatz, den Gegner zu täuschen und zu verblüffen. Wir können uns sehr gut vorstellen, daß mancher der Staaten dem Frieden mit sehnsüchtigem Verlangen entgegenblickt, bei dem Gedanken, daß die Aktion scheitern könnte, geradezu zittert, und sich dennoch in auftrumpferischen Redensarten ergeht; sich gebärdet, als ob er nichts sehnlicher wünschte, als daß der Krieg fortgeht und entschlossen sei, ihn unerbittlich fortzuführen; neben dem Kriege mit Kanonen geht eben das Bekriegen mit dem Bluff; man will den Feind entmutigen und einschüchtern. Es kann also auch sein, daß der gesammelte Heerbann der Entente nach Friedensverhandlungen giert und glücklich wäre, aus dem unseligen Kriege mit heiler Haut herauszukommen, und daß das Gerede von „Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaften" nur den Zweck verfolgt, die Mittelmächte von dem Glauben abzubringen, es wäre für sie die Möglichkeit da, aus der „europäischen Kriegskarte" zu Annexionen zu gelangen; es kann freilich auch sein, daß sich die gegnerische Koalition noch immer einbildet, die Kriegslage wenden zu können und, wenn sie auch auf keinen Sieg mehr hofft, der sie in die Lage versetzt, den Frieden gemäß ihrem Willen zu diktieren, doch auf eine Wendung noch denkt, in dem sie auch äußerlich nicht mehr als der besiegte Teil dasteht. Das ist ja das besondere Unglück des Krieges: daß man den Gegner solange täuscht, bis man selbst getäuscht wird, daß man Behauptungen vorbringt, um den Gegner irrezuführen und der Schluß ist, daß man selbst irre wird und der Bluff sich an dem rächt, der ihn als Mittel gebrauchen wollte. Aber es steht noch lange nicht fest, daß die Entente den Friedensvorschlag wirklich ablehnen will und daß ihr Ablehnen in der Antwort, das ja auch nur bedingt geschieht, ihre wirkliche Meinung darstellt.

Die Antwort erklärt, „eine Anregung ohne Bedingung für die Eröffnung der Friedensverhandlungen ist kein Friedensangebot", und demgemäß lehnt sie ab, „sich mit einem Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen". Diese Antwort ist ohne Zweifel unaufrichtig und nicht begründet; als erster Schritt war der Friedensvorschlag der Mittelmächte ganz angemessen. Aber folgt daraus, daß es unmöglich sei, einen zweiten Schritt zu tun, daß es unnütz und nicht nützlich wäre, einen zweiten Schritt zu tun? Die militärische Lage der Mittelmächte ist so geartet, daß auch ein dritter Schritt ihr die Mißdeutung der militärischen Schwäche nicht zuziehen kann; und schließlich kann es doch nicht der Schaden der Mittelmächte sein, wenn sich die Gegner über den Grad ihrer Widerstandskraft einer Täuschung hingeben, die am Ende nur ihnen zum Verhängnis werden kann. Komme man uns aber nicht mit dem Einwand, daß es die Ehre verbiete, sich nach dieser Note zu weiteren Schritten zu verstehen; der Friede der Menschheit ist eine viel zu erhabene Sache, als daß man das Recht hätte, hier mit Etikettebedenken aufzutreten! Daß es sich um die Bedingungen des Friedens handeln werde, war ja vorweg klar; um die Gegner für den Gedanken des Friedens zu gewinnen, ist notwendig, daß sie die Fortführung des Krieges als sinnlos und zwecklos erkennen: als sinnlos, weil sie mit ihr nichts erreichen, als zwecklos, weil sie das, was sie beanspruchen können, nämlich einen billigen Frieden, auch ohne Fortführung haben können. Hier bietet sich nun Wilsons weise Initiative als die Möglichkeit dar, die Fäden weiterzuspinnen, einen Austausch der gegenseitigen Friedensbedingungen zu vollziehen, um auf ihrer Grundlage zu wirklichen Verhandlungen allmählich zu kommen.

Halten wir eines fest, denn es ist in Wahrheit das Entscheidende: auch den gegnerischen Regierungen, die in ihrer Antwort so stolz und draufgängerisch reden, macht der Gedanke, den Krieg fortführen zu müssen, ihn fortführen zu müssen, obwohl sich seine Bedingungen für sie immer noch verschlechtern, schwere Sorgen; und innerlich zittern und beben sie davor. Bei ihren schwergeprüften Völkern findet die hochfahrende Sprache kein Echo; alle diese Völker — wie könnte es anders sein! — stöhnen unter dem Kriege, sehnen mit allen Fasern ihres Herzens den Frieden herbei. Der Friedensvorschlag war gleichsam die moralische Belagerung der gegnerischen Staaten, der Appell über ihre Regierungen hinweg an ihre Völker. Diese Belagerung soll man fortsetzen, dem ersten Schritt einen zweiten folgen lassen, die gegnerischen Regierungen bei ihren Völkern ins Unrecht setzen, und der Erfolg kann nicht ausbleiben. Der Friede ist ebenso möglich wie notwendig, und da die Völker das fühlen, sind die Regierungen unvermögend, ihn aufzuhalten.

3. II. 1917

Eine Unterredung mit General Jekow.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Sophia, 3. Januar.

Der amerikanische Militärschriftsteller Colonel Emerson, der zurzeit den Balkan bereist, hatte dieser Tage eine Unterredung mit dem bulgarischen Heerführer Generalissimus Jekow, von der wir folgendes in deutscher Uebersetzung wiedergeben:

General Jekow empfing mich in seinem Arbeitszimmer im Kriegsministerium zu Sophia in schlichter brauner Felduniform, ohne Orden, Schärpe, Säbel oder Sporen, und war eben so schlicht und einfach in seinem ganzen Gebaren. Seine schlanke Gestalt und sein dunkles Haar, mit kleinem dunklen Schnurrbart, ließ ihn jünger erscheinen als ich erwartete. In seinem ganzen Wesen erinnerte er mich an den jugendlichen Enver Pascha, den ich erst kurz zuvor wieder zu Gesicht bekommen hatte.

„Nun, wie lange glauben Sie, daß dieser Krieg dauern wird?" begann der Generalissimus.

Ich stellte die Gegenfrage, ob er seinen besonderen Balkankrieg oder den Weltkrieg meine.

„Man kann diese Kriege kaum auseinandertrennen," antwortete er lächelnd. „Militärisch: ja; politisch: nein! Taktisch sind sogar unsere Feldzüge in Makedonien, in der Dobrudscha, oder in der Walachei grundverschieden; aber strategisch machen alle unsere Fronten und die noch mannigfaltigeren Fronten unserer Verbündeten eine einheitliche Front. Was unsere Verbündeten berührt, ob in Persien, in Albanien, oben im schneeigen Kurland, oder im nassen Flandern, betrifft auch uns an der unteren Donau. Obgleich unsere eigenen Hauptfeldzüge glücklich gewonnen sind mit der militärischen Erledigung Serbiens, Montenegros und Rumäniens, und mit der für uns fast erreichten Befreiung Makedoniens, so wird auf diesem Kriegsschauplatz doch weitergekämpft werden müssen, bis die Ententemächte von ihrer Anmaßung ablassen, über die Geschicke des nahen Ostens zu verfügen, und solange insbesondere Rußland seine Ansprüche auf Konstantinopel, solange England und Frankreich ihre Vergewaltigung Griechenlands und Makedoniens, und solange Italien seine Prätensionen auf Valona und die ganze albanische Küste nicht aufgeben."

„Unsere gemeinsame Friedensnote war ehrlich gemeint, und wurde erlassen im Gefühle unserer offensiven Stärke in Rumänien und unserer ungebrochenen defensiven Kraft an allen anderen Fronten, wovon für uns Bulgaren selbstverständlich unsere Defensive gegen Saloniki die nächstliegende ist."

„Ja, unsere Friedensnote war ehrlich gemeint," wiederholte General Jekow, „aber ich muß Ihnen gestehen, daß unser bulgarischer Generalstab ebenso wenig wie der deutsche geneigt ist, zu glauben, daß dabei bald etwas herauskommt. Solange unsere Feinde nicht Frieden, sondern nur Sieg wollen, wie aus allen ihren öffentlichen Aeußerungen hervorgeht, müssen wir darauf gefaßt sein, weiter zu kämpfen. Deshalb arbeiten wir Militärs nur darauf, unsere Stellungen noch mehr zu befestigen und womöglich weitere Erfolge zu erreichen.

„Am allerwichtigsten für uns alle ist die jetzt unbedingt errungene Sicherung der ununterbrechbaren Verbindungswege zwischen Ost und West, sowohl durch die Schienenwege wie durch die Donauschiffahrt, und unsere ebenso endgültige Vereitelung der angestrebten Verbindung Rußlands über die Dobrudscha mit seinen Verbündeten in Saloniki.

„Zunächst, denke ich, wird nicht sobald wieder so heftig gekämpft werden, wie vor kurzem in den Karpathen, um Monastir herum, oder an der Somme. Nicht etwa wegen unseres Friedensangebots, das ja von unseren verblendeten Feinden schon so gut wie gänzlich abgewiesen ist, sondern wegen der ungünstigen Winterwitterung auf fast allen Kriegsschauplätzen. Es ist immer noch heftig genug, was jetzt von unseren Heeren an den verschiedenen Fronten geleistet wird.

„Aber im Frühling, wenn die Wege wieder gangbarer werden und neue Munitionszufuhren aus England, Amerika und Japan bei unseren Gegnern sich wieder angehäuft haben, erwarten wir ein noch wilderes Aufflackern der Offensivversuche unserer Feinde. Aber wir sehen diesen neuen Anläufen mit Fassung entgegen.

„Nach den bisherigen Erfahrungen dieses Krieges ist unser bulgarischer Generalstab fest überzeugt, daß es den Franzosen und Engländern ebensowenig gelingen wird, die deutsche Westfront zu durchbrechen und Belgien oder Elsaß-Lothringen zu erobern, wie es den Russen nicht gelungen ist, Polen zurückzugewinnen, oder gar sich auf preußischem Gebiete zu halten.

„Was so erfahrene Heerführer wie Joffre, Haig, French und der ertrunkene Kitchener oder Nikola Nikolajewitsch, Brussilow, Rußkij, Rennenkampf und Kuropatkin nicht schaffen konnten, werden ihre Nachfolger im Kommando auch nicht erzwingen können. Ueberhaupt bin ich der Meinung, daß die deutschen Defensivlinien in Nordfrankreich und Polen längst so stark geworden sind, daß sogar ein Napoleon Bonaparte mit all seinem Kriegsgenius dagegen kaum aufkäme.

„Der Krieg wird schließlich enden nicht durch die weitere Niederschmetterung von ganzen Heeren, wie vor kurzem in Rumänien, oder voriges Jahr in Serbien und Polen, sondern durch die unerträglich werdende Ermüdung der Völker Rußlands, Frankreichs, Italiens und schließlich Englands, dessen kleine Schützlinge: Belgien, Serbien, Montenegro, Rumänien, Portugal und Griechenland ja schon Englands wirkliche Schwäche richtig einzuschätzen gelernt haben.

„Wir hören freilich jeden Tag aus dem Munde solcher kriegslustigen Zivilpersonen wie Trepow, Lloyd George, Northcliffe und Briand, daß der Krieg nicht aufhören soll, aber die wirklichen Krieger im Schützengraben und die kriegsmüden Völker zu Hause, die nach Frieden lechzen, sie wissen es besser. Auch England, das reiche England mit seinem stolzen Prestigedrang, wird durch seine unaufhörlichen Schiffs- und Geldverluste von den deutschen Unterseebooten zur Vernunft gebracht werden. Sobald England einsieht, daß es von diesem Kriege keine weiteren leichten Kolonialgewinne, sondern nur tiefeinschneidende Verluste an Blut, Geld und Weltprestige zu erwarten hat und daß es keine weiteren Neutralen für seine verlorene Sache gewinnen kann, dann werden auch Lloyd George, Briand und Trepow in der Versenkung verschwinden und der Krieg wird sein Ende nehmen.

„Den genauen Zeitpunkt dieses Endes kann niemand prophezeien, aber wie der Krieg enden wird, ist jetzt schon vorausbestimmt. Er wird enden, nicht mit der Zertrümmerung des sogenannten deutschen Militarismus, wie Mr. Asquith so oft prophezeit hat. Wir Bulgaren, sowie unsere mächtigen Verbündeten, werden nach unserem endgültigen Siege stärker dastehen als je zuvor, und unser Bündnis, anstatt lockerer zu werden, wird so fest gekittet sein, daß seine Widerstandsfähigkeit unseren Feinden solchen Respekt abgewonnen haben wird, daß wir Bulgaren darauf bauen können, endlich einmal auf dem Balkan Frieden zu haben für ruhige Kulturentwicklung."

Reichspost

3. II. 1917

Die Zukunft Belgiens und Antwerpens.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Wie bekannt, hat sich die belgische Regierung der sogenannten Pariser Wirtschaftskonferenz angeschlossen, deren Zweck es ist, den Krieg nach dem Kriege gegen die Mittelmächte zu organisieren und sie nach Kräften weiter zu isolieren. Die führenden belgischen Staatsmänner wissen wohl, wie sehr Antwerpen von dem großen Nachbarn Belgiens, Deutschland, wirtschaftlich abhängig ist, aber sie gehen über alle diese Bedenken zur Tagesordnung über, ihnen liegt einzig an der Neuorientierung des Belgien der Zukunft. Durch Aufgabe der Neutralität, nahen Anschluß an Frankreich, Annexion von Landesteilen in Deutschland, Holland, Luxemburg hoffen sie alle Gefahren für Antwerpen, mit dessen Handel ein großer Teil Belgiens steht oder fällt, auszugleichen. Sie leben der Ueberzeugung, daß Frankreich und England Belgien ersetzen würden, was ihm bisher Deutschland gegeben habe.

Diese Anschauungen unterzieht im Antwerpener „Het Vlaamsch Nieuws" Nr. 321 in einer Artikelserie ein Fachmann einer sachlichen Prüfung. Er führt aus, daß kein Land auf dem Gebiete der Industrie protektionistischer gesinnt sei als Frankreich. Mit hohen Zöllen hat es sich umgeben, um in dem feindlichen Wettbewerb der Völker, in dem es von Jahr zu Jahr weiter zurückblieb, nicht gänzlich zu erliegen. Mit allen Mitteln hat es versucht, den Handel in seine Häfen zu ziehen. Und gerade auf dem zuletzt genannten Gebiet war sein Wirken einzig gegen Antwerpen gerichtet. Ja, man kann sagen, Frankreich hat alles getan, um Antwerpen zu ruinieren. Das geschah auf zweierlei Art. Einmal durch die sogenannten abgestuften Eisenbahntarife auf der Nord-West-Ostbahn und der Linie Paris—Lyon—Mittelmeer. All das geschah zum Nutzen der unmittelbaren Nebenbuhler Antwerpens Dünkirchen, Le Havre, Rouen und Marseille; denn Antwerpens Hinterland konkurriert teilweise mit Marseille und Genua. Die Tarife waren so gestellt, daß die Güter nicht ihrem natürlichen Hafen zuströmten, so konnte Frankreich auch Schweizer Güter statt nach Antwerpen in seine Häfen ziehen. Das zweite Mittel war die berüchtigte surtaxe d'entrepôt zum Nutzen der Güter, die direkt aus dem Ursprungsland nach Frankreich eingeführt wurden. Die Ware nämlich, die über Antwerpen nach Frankreich ging, traf ein Aufschlag, welcher Antwerpens Handel nach Frankreich tödlich war.

Von deutscher Seite hatte Antwerpen nie solche Maßregeln zu befürchten. Im Gegenteil; das deutsche Hinterland Antwerpens besaß keinen Hafen und hatte daher alles Interesse, daß Antwerpen sich entwickelte. Frankreich mit seinen Konkurrenzhäfen am Kanal kann dagegen nie eine andere Stellung einnehmen, als es getan hat, und dabei wird es bleiben müssen, wenn es sein Wirtschaftsgebiet nicht selbst auf das schwerste schädigen will. Töricht wäre es, sentimentale Politik zu treiben und zu glauben, daß Frankreich für Belgien, das sich für die Sache der Entente geopfert hat, etwas tun werde. Auf Frankreichs Dankbarkeit ist kein Verlaß, die Verhältnisse werden stärker sein als die Menschen. Kein Land hat durch den Krieg schwerere, fast möchte man so sagen, so tödliche Wunden empfangen wie Frankreich; es hat keine Menschen mehr und wird gerade deshalb zu einem noch schärferen Schutzzollsystem übergehen müssen als vor dem Kriege, wenn es nicht ganz erliegen will. Seine Produktionsbedingungen sind noch ungünstiger wie die belgischen. Allerdings, so fügt „Het Vlaamsch Nieuws" bedeutungsvoll hinzu, fallen die Bedenken für Frankreich hinweg, wenn Antwerpen — französisch wird! — Und England, was kann es bieten statt Deutschland? De Brocqueville, der leitende belgische Minister, hat einmal in einem Interview von der Hilfe gesprochen, die England Belgiens Schiffahrt, Industrie und seinem Handel leihen will. Britannien will Belgien auf industriellem Gebiet keine Konkurrenz machen. Aber was versteht es darunter? Die Fabrikation von Flaschen- und Zinkindustrie! Damit soll also Belgien den Weltmarkt erobern. Von den eigentlichen Zweigen der Großindustrie kein Wort, ebensowenig über Maschinen, Textilprodukte usw. Tatsache ist: England kann nicht helfen. Englands Industrie ist dieselbe wie die belgische, beide sind Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Hilft uns England, meint das flämische Blatt, so muß es sich selbst schaden. Wer hätte so etwas von England gerade je gefordert oder wem hätte es sich selbst geopfert! Vielmehr wird Englands Konkurrenz nach dem Kriege wachsen, denn die belgischen Arbeiter, welche dorthin während des Krieges geflohen sind, haben die Briten manches von den Spezialitäten der belgischen Industrie gelehrt. Ueber Italien ein Wort zu sprechen, erübrigt sich.

Es ist also klar, daß Belgien bei der Durchführung der Pariser Beschlüsse und strikten Abkehr von Deutschand einem Abgrund zueilt, den einen Fall, daß Belgien seine Selbständigkeit aufgibt, ausgenommen.

Neues Wiener Tagblatt

3./I. 1917

144

Die Friedensliga und „das Prinzip des Rechts".

Vom Senatspräsidenten Dr. **Leo Elsner.**

Wien, im Dezember 1916.

In der Rede vom 9. November hat der deutsche Reichskanzler mit flammenden Worten seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß „bei und nach der Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden und durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen werde", um die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe, soweit irgendmöglich, zu verhüten, und daß dieser Schrei zu einem Ergebnis führen müsse, welches das Prinzip des Rechts und der freien Entwicklung aller Nationen zur Geltung bringe.

Damit ist die Schaffung eines Rechtsbodens für das Verhältnis der Staaten zueinander und die Sicherung des kommenden Friedens auf dieser Grundlage von autoritativer Stelle als keine bloße Utopie, sondern als die vornehmste Pflicht unsrer Zeit erklärt worden. Wenn die Liga zur Sicherung des Weltfriedens praktische Arbeit leisten will und die vom Reichskanzler zugesagte Hilfe finden soll, so muß sie vor allem eine Einigung über die Frage versuchen, wie das Rechtsprinzip verwirklicht und das Verhältnis der Staaten zueinander auf eine Rechtsordnung gestellt werden kann.

Das Wesen jeder Rechtsordnung besteht in der Abgrenzung der Herrschaftssphären, das heißt in der Festsetzung der Normen, welche die Machtbefugnisse des einzelnen soweit einschränken, daß alle andern die gleichen Machtbefugnisse genießen, dafür aber die bloßen Machtbefugnisse zu Rechten gestalten. Ein Völkerrecht, welches diesen Namen verdienen soll, muß die Normen enthalten, durch welche die Machtkreise der einzelnen selbständigen Staatsgewalten gegeneinander abgegrenzt werden, und nachdem die Staatsgewalt in ihrer auf das Staatsgebiet bezogenen räumlichen Begrenzung als Gebietshoheit bezeichnet wird, so hat die Regelung des Erwerbes und Besitzes der Gebietshoheit die Grundlage und den Kern des Völker-, richtiger Staatenrechts zu bilden.

Eine solche Regelung hat bis heute nicht stattgefunden. Wie das Individuum der vorstaatlichen Zeit seinen Machtkreis durch eigene Kraft zu erhalten strebt und nur, soweit die eigene Kraft ausreicht, zu erhalten vermag, so sind bei der bestehenden zwischenstaatlichen Anarchie die Staaten zur Erhaltung ihrer Gebietshoheit und zur Abwehr äußerer Eingriffe auf ihre eigene, höchstens durch Verbündete verstärkte Kraft angewiesen. Eine von dritten Staaten erklärte Anerkennung von Grenzänderungen besagt ja nur, daß ihre Interessen durch die Festsetzung der neuen Machtgrenzen nicht berührt werden. Innerhalb der einzelnen Kulturstaaten hat die von der gesetzgebenden Gewalt gesetzte Rechtsordnung die Bedingungen des Rechtserwerbes bestimmt und den Schutz der erworbenen Rechte übernommen; in dem Verhältnis der souveränen Einzelstaaten zueinander fehlt es begrifflich an einer übergeordneten Instanz — hier können die Normen, welche eine faktische Gebietshoheit zu einem Rechte gestalten und als Recht schützen, nur durch Vereinbarung aller Kulturstaaten geschaffen werden. Ein Prinzip der Staatenbildung, welches von einzelnen Staaten oder Volkskreisen oder von utopischen Schwärmern als „berechtigt" angesehen wird, ist darum noch kein Recht; nur durch ausdrückliche Vereinbarung aller Staaten kommen zwischenstaatliche Rechtssätze zustande. Hiedurch wird die Suche nach dem „wahren Rechtsprinzip" wesentlich erleichtert.

Das vielfach gepriesene Nationalitätsprinzip — jeder Staat eine Nation, jede Nation ein Staat — ist bei der heutigen Vermischung der Sprachstämme überhaupt undurchführbar und dient meist nur als — durchsichtiger — Vorwand für Eroberungspläne. Auf dieses Prinzip der Staatenbildung wird sich die Gesamtheit der Staaten nie einigen, weil auch die größten Staaten Teile ihres Gebietes abgeben müßten und weil die Erkenntnis fortschreitet, daß nicht die Nationalität, sondern die Wirtschaftsgemeinschaft als entscheidender Faktor der Staatenbildung anzusehen ist. Nicht anders steht es mit dem Vorschlag, die Bevölkerung darüber abstimmen zu lassen, welchem Staate sie angehören wolle, um so ein „menschliches Grundrecht" zu wahren. Aber abgesehen davon, daß jede Majorisierung die „menschlichen Grundrechte" der überstimmten Volksgenossen oder Volksteile verletzen und daß die konsequente Durchführung des Gedankens erfordern würde, nicht bloß jede Gemeinde oder Ortschaft, sondern jede Familie und schließlich jeden einzelnen über seine Staatszugehörigkeit entscheiden zu lassen, was zu einer die Erfüllung der Staatsaufgaben vereitelnden mosaikartigen Zusammensetzung der Staaten führen müßte, hinge die Entscheidung doch in erster Linie von der nicht durch Volkswillen bestimmten Einteilung der Wahlkreise ab und wäre den Agitationen, die Volksabstimmung immer wieder zu erneuern, Tür und Tor geöffnet. Es kann als ausgeschlossen gelten, daß sich die Gesamtheit der Staaten einigen werde, nach dem Prinzip der Volksabstimmung ihre Besitzverhältnisse zu regeln. Eine Einigung aller Staaten ist überhaupt nur denkbar, wenn der im Zeitpunkte der Vereinbarung tatsächlich bestehende Besitzstand zur Grundlage genommen wird, das heißt, wenn die Staaten den Rechtssatz aufstellen, daß die durch geschichtliche Entwicklung in einem bestimmten Zeitpunkt gewordene Tatsache des Besitzes als originärer Rechtstitel anzusehen sei, der in Verbindung mit der geschehenen Zueignung einen Rechtsbesitz begründe, dessen Integrität von der Gesamtheit der Staaten zu garantieren sei — wie ja auch im Zivilrecht die bloße Tatsache des Zuwachses, zum Beispiel das Entstehen einer Insel in einem Gewässer, auf Grund des positiven Gesetzes den Eigentumserwerb begründet.

Die nächste Konsequenz einer Rechtsordnung würde sein, daß der im Zeitpunkt der Vereinbarung bestehende Besitzstand durch kriegerische Eroberung nicht geändert werden könnte, weil die Gesamtheit der Staaten nicht nur der Aenderung die Anerkennung versagen, sondern in Erfüllung der übernommenen Garantieverpflichtung in geeigneter Weise für die Wiederherstellung des vereinbarten Rechtszustandes sorgen müßte. Die Tatsache der in einem bestimmten Zeitpunkt gegebenen geschichtlichen Entwicklung ist das einzige Prinzip, das auf die Zustimmung aller Staaten rechnen könnte, welches also durch allseitiges Einverständnis als Rechtssatzung aufgestellt werden könnte, um so leichter, als im kommenden Frieden ohnedies die Grenzen aller am Weltkrieg beteiligten Staaten nach den einverständlich erkannten Notwendigkeiten — wenn auch nur als Machtverhältnisse — „auf ewige Zeiten" festgestellt werden sollen. Um die von allen Seiten zu leistende Garantie zu organisieren, hätte neben das „ständige Schiedsgericht" im Haag eine ständige Verwaltungskonferenz der Staaten zu treten, welche schon durch ihren Bestand Störungen der Rechtsordnung vorbeugen würde und die internationale Organisation, wenn das Vertrauen der Völker zueinander zurückgekehrt sein wird, weiter ausbauen könnte. Wenn die Organisation der Staaten lebensfähig werden und bleiben soll, muß die Erreichbarkeit ihrer Ziele die oberste Richtschnur bilden, und die Friedensliga Amerikas wird sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie das Rechtsprinzip und die Aufgabe der internationalen Organisation auf eine möglichst einfache Formel bringt, wie es hier versucht wurde. So würde eine Vereinbarung, die wirtschaftlichen und militärischen Kräfte gegen „Angriffskriege" zusammenzuschließen, schon daran scheitern, daß bekanntlich kein Staat zugibt, der Angreifer zu sein, und bei der naheliegenden Möglichkeit verschiedener Auffassungen hierüber die Staaten sich in Gruppen spalten und Weltkriege geradezu in Permanenz erklärt würden. Auch eine Vereinbarung, vor Beginn des Krieges einen Verständigungsrat anzurufen und anzuhören, wird kaum geschlossen werden können, so lange die Möglichkeit besteht, daß der trotzdem ausbrechende Krieg, und zwar vielleicht gerade wegen des eingetretenen Aufschubes, zu einem Gebietsverlust für den Verständigungswerber führt. Ebenso mußten die Versuche, eine Einigung der Staaten zur Schließung obligatorischer Schiedsverträge herbeizuführen, ergebnislos verlaufen, solange der Schiedshof nicht nach einem gesetzten Recht, sondern nach dem freien Ermessen der Majorität seiner Mitglieder entscheidet. Kann man es Deutschland verargen, daß es wichtige Lebensinteressen, wie den Besitz von Elsaß-Lothringen, nicht einem derartigen Tribunal anheimgeben wollte?

In seinen Erinnerungen an den Delegierten Deutschlands auf der zweiten Haager Friedenskonferenz, den nachmaligen deutschen Botschafter in London Marschall von Bieberstein, erzählt Dr. Alfred Nossig: „Eine leichte Aufgabe war es nicht, die „Friedens"-Delegierten im Haag nach seiner Orgel sich drehen zu lassen, denn diese pazifistische Heilskonferenz war, bei Licht betrachtet, eine verkappte Vorkonferenz betreffend die Modalitäten des künftigen Krieges. Marschalls Tätigkeit im Haag unterschied sich daher fast gar nicht von dem Metier, das er in Konstantinopel auszuüben hatte. Hier wie dort mußte er Deutschland gegen eine Koalition von Gegnern verteidigen, die unter tausend Finten jede Gelegenheit benützten, um Deutschland in eine schlimme Lage zu versetzen. Er hatte die außerordentlich schwierige Mission, Deutschland freie Hand zu wahren, um nicht Opfer einer perfiden Konvention zu werden, die auf die Schwächung Deutschlands abzielte. Anderseits aber mußte er bei der aufrichtigen Friedensliebe Deutschlands bestrebt sein, nicht als Gegner der Friedensbestrebungen zu erscheinen. Trotzdem zögerte er nicht, im Namen Deutschlands ein kategorisches Nein zu sagen, als man durch Einführung eines „obligatorischen" Weltschiedsgerichtes ohne jede bindende Kraft eine Komödie des Pazifismus aufführen wollte."

In der Tat wird kein Staat ohne die Gefahr der Selbstentmannung über Existenzinteressen auf ein obligatorisches Schieds-

...tung

...erreich.

...e nachmittags.

Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljährl. K 7,80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljährl. K 9.—
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljährl. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljährl. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 18, Telephon 9191
II. Bazmanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83126
XVI. Mariahilferstraße 84, Telephon 84146
XVII. Bachnergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

XXIX. Jahrgang.

Die offene Verhandlungstür.

Wer die bürgerlichen Pressestimmen hört und auf sie schwört, müßte an den Aussichten auf ein Gelingen des Wilsonschen Friedensversuches verzweifeln. So einheitlich lautet die Abweisung der Ententeantwort, so einmütig wird ihr Unterton überhört, so wenig wird mit der öffentlichen Meinung der Ententeländer, wie sie eben ist, gerechnet. Dazu kommt, daß die Absage, die zwei neutrale Mächte, Spanien und Holland, an Wilson ob des vorgeschlagenen formalen Vorganges gerichtet haben, den Friedensgegnern und den lauen Friedensfreunden den Rückfall in den Kriegswillen um jeden Preis leicht macht.

Was diese zwei neutralen Mächte betrifft, so sind die Gründe ihrer Haltung nicht ganz durchsichtig. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die Regierung Spaniens selbst gern die Initiative der Verhandlungen gehabt hätte; als größte europäische Mittelsmacht kann es den Anspruch wohl geltend machen und auch eine starke Mehrung seines Ansehens unter den Staaten daraus schöpfen, wenn Madrid der Ort würde, nach dem der Friede benannt wird. Die Befürchtung, die die spanische Note äußert, daß Spaniens Mitarbeit an Wilsons Plan keinerlei Wirkung hätte, ist schon in dem verneinenden Sinne unrichtig, daß diese Aeußerung selbst gegen die Beschleunigung des Friedens wirkt. Wie schon öfter betont, bedarf der Vermittler selbst gesicherter eigener Macht und Unabhängigkeit von beiden Seiten. Spanien und Holland besitzen beide nicht im nötigen Grade. Denn ihre Länder liegen zu ausschließlich unter dem Ertrag der Schiffskanonen der Entente, des einen Kampfteiles, und ihre Lebensmittelzufuhr ist von der Entente kaum weniger abhängig als jene Griechenlands. Nicht die Kraft, sondern der geringe Grad an Kraft spricht aus den Noten, die den Anschein einer stärkeren Haltung an sich tragen. Dagegen enthält die spanische Note einen Satz, der bisher zu wenig beachtet wird: „Spaniens Regierung erachtet es für opportun, zu erklären, daß sie hinsichtlich einer Verständigung zwischen den neutralen Ländern zum Schutze ihrer eigenen Interessen bereit ist, in Verhandlungen einzutreten, die zu einem Abkommen führen könnten, das geeignet wäre, alle nichtkriegführenden Länder zu vereinigen . . ." Eine Entente der Neutralen, die sich auf ihre besonderen Interessen besännen, könnte beiden Streitteilen unter Umständen die Fortführung des Krieges unvorteilhaft erscheinen lassen.

Sieht man von diesen beiden Stimmen ab, so bleibt nur der Wortlaut der Note allein, der vielen den Frieden so sehr in die Weite zu rücken scheint. Wir halten das für ein — teils ungewolltes, teils gewolltes — Mißverständnis. Es hat sich in diesem Kriege als rechtes Unheil erwiesen, daß die Völker Mitteleuropas schon vor dem Kriege in einer gewissen geistigen Isolierung von dem Westen gelebt haben und im Kriege von dessen öffentlicher Meinung noch mehr isoliert worden sind. Und umgekehrt natürlich auch. Uns ist die geistige Verfassung der Westvölker in politischen Dingen viel zu wenig vertraut; wir verstehen nicht, wie sie reden, geschweige denn wie sie denken. Der Mittelländler ist im Grunde unpolitisch, erwartet, daß die allgemeinen Interessen die Obrigkeit wahrt, und pflegt ihr zu vertrauen; also gibt er gerade in politischen Dingen auf das, was er „Zeitungsgeschwätz" nennt, wenig oder nichts. Wer wird sich über öffentliche Dinge gar ereifern? Anders der Westen, wo jede in unseren Augen kleine Affaire den Mann auf der Straße erregt. Wenn in einer Stadt Englands der Maulkorb für Hunde eingeführt wird, bemächtigen sich der Sache die Parteien, überschütten die Stadt mit Flugzetteln und an den Straßenecken reden die Volksredner öffentlich darüber. Diese Völker sind gewohnt, daß über alles und jedes die Massen mitreden und entscheiden. Mit vervielfachter Leidenschaft, mit dem überstiegensten Pathos, mit den Zugworten der erhabensten Ethik mußte der Krieg von den Regierenden wie von der Presse betrieben werden. Was anderswo Gesetz und Obrigkeit auf stillem Wege bewirkt, mußte dort durch das zündende Wort erstrebt werden, und dieses Wort konnte sich nicht anders als zwischen den beiden Polen von Schuld und Sühne bewegen. Dieses ganz ungeheuerliche, auf unsere Denk- und Sprechweise oft lächerlich wirkende Pathos kann nun nicht über Nacht abgetragen und durch die simple, reale Rechnung von Opfer und Vorteil ersetzt werden. Nachdem der Krieg dort dem Mann auf der Straße bis gestern ein moralisches Exempel schien, kann er ihm heute nicht als mathematische Gleichung von Verlust und Gewinn verdolmetscht werden. Der Abbau des Hasses ist an sich schwer, aber er kann den Ententeregierungen selbst nur mit den Methoden gelingen, mit denen der Kriegswille aufgepeitscht worden ist. Und nun vergesse man nicht, wie ganz anders der Ton dieser Note lautet als alle vorangegangenen Kundgebungen, man vergesse nicht, daß die Westmächte die Antwort in zwei Teile geteilt haben, deren erster an die Adresse der Feinde gerichtet ist. Wer die französische Presse halbwegs kennt, muß zugestehen, daß die Kriegsregierungen Frankreichs und Englands vor ihrem Volke zum Feinde das erstemal nicht milder sprechen konnten! Man wird abwarten müssen, wie man in derselben Sache zu Wilson spricht. Wie gemeldet wird, legen die Mächte eine beträchtliche Pause zwischen den ersten und zweiten Teil der Antwort. Man versteht, was sie damit wollen. Sie werden auch dann noch anders reden als Deutsche in gleicher Lage, aber wir hegen die Zuversicht, daß sie mit dem Ausdruck unwandelbarer moralischer Entrüstung die Tür offen halten werden, die über Washington zum Frieden führen kann. Und darauf kommt im Augenblick alles an.

Man beachte doch selbst in der Erklärung an den Feind die Hintertüren. Die Alliierten lehnen es ab, sich mit einem Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen — heißt das nicht auch: Beweist eure Aufrichtigkeit (nicht bloß mit Worten), bringt uns einen Vorschlag von Bedeutung? Die Erklärung der Mittelmächte ist kein Vorschlag eines bestimmten Friedens, sondern vorerst nur — und mit Recht — das Angebot, zusammenzutreten. Könnte wirklich jemand mit Fug erwarten, daß auf dieses Anerbieten allein Völker, die sich zweieinhalb Jahre bekriegt haben, einander alsogleich vorbehaltlos in die Arme fallen? Und das, obschon die anderen von unseren Absichten ebensowenig eine sichere Kunde haben können als wir von den ihrigen? Die Ententemächte sagen: Ohne Bedingungen für die Eröffnung der Verhandlungen sei diese Anregung kein Friedensangebot. Wer wird sich mit dem, der nun einmal als sein Feind gilt, an einen Tisch setzen ohneweiters, das heißt ohne daß wenigstens für die Verhandlungen selbst gewisse Bedingungen gesetzt sind? Heißt dieser Satz doch auch: Ihr selbst oder ein Dritter (also Wilson) müßte doch vorher die Bedingungen abgrenzen, unter denen man berät. Denn ohne das liefe jede Verhandlung Gefahr, mit der Demütigung eines oder gar beider Teile zu endigen! Heißt das nicht auch: wir werden verhandeln, wenn wir nur einmal wissen, auf welcher Grundlage? Die Verbandsmächte sagen: sie hätten durch Taten ihre Anhänglichkeit an den Frieden bewiesen — diese Anhänglichkeit sei jetzt ebenso fest wie im Jahre 1914. Liegt nicht nahe, ihnen zu sagen: beweiset diese Anhänglichkeit auch jetzt? Wir sehen die absolute Ablehnung in keinem Worte gegeben!

Freilich: Es bleiben die aufreizenden Worte von Schuld und Sühne, von Unrecht und Wiedergut-

Pester Lloyd

4. I. 1914

sie die Uitländer — die Ausländer — unterdrückt und mißhandelt hätten, es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß der Krieg sich gegen jene Bewegung richtete, die man in England als Afrikanderkomplott bezeichnete. Dieses Komplott bezweckte die Vereinigung sämtlicher Afrikander unter der Herrschaft der Buren. Es wird behauptet, daß die Idee der Vereinigung von dem energischen Vertreter der englischen Politik Cecil Rhodes ausgegangen war; es ist aber zweifellos, und dies wird sogar von den Pro-Bur-Schriftstellern anerkannt, daß „die Buren nicht nur gegen die englische Anziehungskraft Widerstand geleistet haben, sondern daß sie in Südafrika ein anderes Attraktionszentrum, und zwar ein holländisch-republika-

reizen. Es wird ferner zugegeben, daß das Attentat in Sarajevo eine Folge dieser Propaganda war. Es handelt sich mithin nur noch um die Frage, ob bei diesem Tatbestande Oesterreich-Ungarn berechtigt war, die Einstellung dieser Propaganda und die gerichtliche Untersuchung gegen die an dem begangenen Verbrechen beteiligten Personen zu fordern, und zu verlangen, daß sowohl die Einstellung der Propaganda, wie die gerichtliche Untersuchung unter Mitwirkung von Organen der k. u. k. Regierung durchgeführt werde. Die Entente behauptet nun, und diese Behauptung wird in der Antwortnote wiederholt, diese Forderungen seien beispiellos, weil die Forderung betreffend die Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Organe bei der Untersuchung eine Einmischung in die internen Angelegenheiten eines souveränen Staates bedeute. Es wird jedoch hiebei vergessen, daß nach internationalem Rechte, wie es bisher von der Entente geübt und insbesondere von englischen Rechtslehrern gelehrt wurde, ein Eingreifen in interne Angelegenheiten eines souveränen Staates nicht immer unberechtigt ist.

Als im Jahre 1823 Frankreich eine Intervention in die internen Angelegenheiten Spaniens als notwendig erachtete, hat der damalige englische Unterstaatssekretär des Aeußern Canning gegen die Intervention Einspruch erhoben und erklärt: „Es wurden dem Bevollmächtigten Seiner Majestät keine Beweise darüber geliefert, daß die spanische Regierung französische Gebiete besetzen will und die politischen Institutionen Frankreichs zu unterminieren beabsichtige. Insolange aber die Unruhen und die Anarchie nur auf spanische Gebiete beschränkt sind, ist eine Intervention unberechtigt und Großbritannien muß dagegen Protest erheben."

Diese Worte Cannings werden nun von sämtlichen bedeutenden Internationalisten Englands, so von Phillimore, Westlake und Oppenheimer als die glücklichste Formulierung der Lehre von der Intervention angerufen. Nun hat aber die Monarchie in ihrem Ultimatum bewiesen, daß Serbien österreichisch-ungarische Gebiete besetzen, unsere politischen Institutionen unterminieren wollte; es kann somit wohl keinem Zweifel unterliegen, daß eben nach der Theorie der englischen Juristen und nach der Praxis, die Canning übte, Oesterreich-Ungarn berechtigt war, solche Forderungen zu stellen, wie es sie im Ultimatum stellte, und sich in die internen Angelegenheiten Serbiens einzumengen. Der Grundsatz, wie ihn Canning über die Intervention aufstellte, wurde aber auch von England wiederholt ausgeübt, und England hat sich von einer Einmischung in die internen Angelegenheiten eines fremden Staates nie abhalten lassen, wenn es sein vermeintlich gutes Recht zu wahren hatte. Beispiele für die Forderungen unseres Ultimatums an Serbien hat uns daher eben England geliefert.

Nur das jüngste Beispiel sei erwähnt: Englands Krieg gegen die Buren. Die Geschichte des Krieges Englands gegen die Buren hat viel Aehnlichkeit mit unserem Kriege gegen Serbien. Die Rechtsverletzungen, welche die beiden Großmächte zu einer Intervention veranlaßten, waren qualitativ gleich und nur quantitativ verschieden. England hat rascher und schon auf eine kleinere Verletzung hin reagiert als Oesterreich-Ungarn. Das geschichtliche Drama war identisch, nur hat England gleich nach dem Prolog Einspruch erhoben, Oesterreich-Ungarn dagegen erst beim dritten Akt.

Die Reibungen zwischen den Engländern und den Buren gehen auf Jahrhunderte zurück. Die Vorfahren jener Buren, die in den nach vielen Fahrnissen und harter Arbeit gegründeten zwei Republiken lebten, flüchteten vor englischer Herrschaft in das Territorium, das sie besaßen. Aehnlich wie die Serben lebten die Buren zum Teil in eigenen unabhängigen Staaten, zum Teil mit anderen Rassen vermengt in anderen Staaten. England begründete zwar den Krieg gegen die Buren damit, daß

Unser Ultimatum an Serbien und die englische Rechtsanschauung vor dem Kriege.

Von **Dr. Ernö Wittmann.**

Budapest, 3. Januar.

In ihrer Antwortnote auf den Friedensvorschlag der Zentralmächte behauptet die Entente nun wieder, Oesterreich-Ungarn habe an Serbien ein beispielloses Ultimatum gerichtet; auch wird uns neuerdings der Vorwurf gemacht, daß wir nicht geneigt waren, unseren Streit mit Serbien vor ein Schiedsgericht zu bringen. Wie steht es nun um diesen Vorwurf nach internationalem Rechte, insbesondere wie dieses von englischen Juristen ausgelegt und von englischen Diplomaten gehandhabt worden ist?

Vor allem ist festzustellen, daß es auch von der Entente nicht bestritten wird, daß der Tatbestand, den Oesterreich-Ungarn im Ultimatum an Serbien angegeben hat, den Tatsachen entspricht, denn selbst das englische Blaubuch gibt zu, daß in Serbien eine Propaganda betrieben wurde mit dem Zwecke, Gebiete von der österreichisch-ungarischen Monarchie loszureißen und die Serbisch sprechenden Einwohner der Monarchie zum Abfall aufzu-

6.II.1917

152

Japan und der Friedensvorschlag der Zentralmächte.

Budapest, 5. Januar.

Die offiziellen und inoffiziellen Stimmen, die bisher über die ersten amtlichen Friedensanregungen aus Japan herüberdrangen, tragen sämtlich die Tendenz, die Entente brauche nicht nachzugeben, auch Japan vertraue auf den Endsieg des Vierverbandes. Auch Terauschi hat sich bereits in diesem Sinne geäußert. Diese Meinung des Ministerpräsidenten ist umso interessanter, weil sie nicht nur als Aeußerung der Regierung, sondern auch der kommerziellen und industriellen Japans aufzufassen ist. Die japanische Regierung hat bekanntlich bereits vor längerer Zeit einen besonderen Rat gebildet, dem die Aufgabe zufällt, auf wirtschaftlichem Gebiete alle Vorkehrungen für den Eintritt des Friedensfalles zu treffen. Dieser Rat zählt einen Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und fünfzig bis sechzig Mitglieder und steht in engster Beziehung mit dem Ministerrate; den Vorsitz führt Terauschi und der Minister für Landwirtschaft und Handel fungiert als Vizepräsident. Japan ist erst durch die Berufung Terauschis daran gegangen, die Vorteile des Weltbrandes politisch und kommerziell energischer auszunützen, und es fürchtet nun die Gefahr, ein voreiliger Friede könnte es um die Früchte seiner Vorbereitungen bringen.

Das japanische Volk pflegt seine Staatsmänner gern mit Beinamen zu bezeichnen; so zum Beispiel nennt es Okuma den „Weisen von Waseda". Auf Terauschi würde die Bezeichnung „japanische Sphinx" zutreffen. Mit unheimlicher Ruhe trifft er seine Maßnahmen und weiß seine wirklichen Absichten zu verschleiern. Die der Entente so sehr genehme Meinung des Premiers über die Friedensnote der Zentralmächte ist daher mit allen Vorbehalten zu werten. Warum betont der Marschall so oft und ostentativ seine Freundschaft für England und das englisch-japanische Bündnis? Warum fand es kürzlich das japanische Blatt Dsitsi für notwendig, dem Grafen Terauschi nahezulegen, er möge aus politischer Klugheit nachdrücklich erklären, daß er sich auf das englisch-japanische Bündnis stütze? Daß Japan andauernd rüstet und seine Vorbereitungen vervollständigt, die Lieferungen an Rußland verlangsamt, daß die auf Ententekosten entstandene Rüstungsindustrie gleichzeitig für Japan liefert, alldies ist bekannt. Gegen wen richten sich diese Maßnahmen? Des Räthsels Lösung läßt sich nur vermuten: gegen alle. Terauschi sieht sich genötigt, eine abwartende Stellung einzunehmen. Die kürzlich bekanntgewordene angebliche Bereitwilligkeit Japans, auf Wunsch der Vereinigten Staaten gegen Anerkennung der japanischen Rechte auf Schantung und Tsingtau nach dem Kriege die deutschen Südseeinseln wieder herauszugeben, würde nur einen momentanen Schachzug bedeuten. Terauschi kann derzeit weder in China noch in der Richtung auf die Südsee fester zugreifen, denn die politische Konstellation erlaubt dies nicht. Der schönste Ausweg wäre ein deutsch-amerikanischer Krieg gewesen, und nun droht ein eventueller vorzeitiger Frieden eine solche Zukunftshoffnung zu zerstören. Hingegen rüsten die Vereinigten Staaten, und Präsident Wilson hat kürzlich bewiesen, daß er den Geschehnissen in China Rechnung zu tragen gewillt ist. Eine amerikanische Anleihe wurde an China auf Wilsons Rat gewährt, die amerikanische Eisenbahnbaufirma Siems and Carey hat mit der chinesischen Regierung ein Abkommen über den Bau von Bahnen in der Gesamtausdehnung von 2000 englischen Meilen in den Provinzen Shansi, Vansu, Hunan, Kwangsi, Kwangtung und Che Kiang für den Betrag von fast 20 Millionen Pfund Sterling abgeschlossen. Amerikaner bauen die erste Automobilstraße in China und haben sich hiefür das Monopol des Automobilverkehrs gesichert. Die japanische Regierung schaute bisher ruhig zu, vermutlich in der stillen Hoffnung, im Laufe des Weltkrieges werde sich vielleicht eine Konstellation ergeben, die es ermöglicht, Teile Chinas samt den amerikanischen Investitionen unter japanische Schutzherrschaft zu bringen.

Mancherlei Anhaltspunkte über das Rätsel der japanischen Weltpolitik lassen sich aus der Tatsache gewinnen, daß derzeit die Partei der Imperialisten und die Genro am Ruder sind. Zur Genro gehören Fürst Aritomo Yamagata, das Haupt der Militärpartei, Markgraf Masayoshi Matsukata, der Terauschis Lieblingsidee „Expansion nach dem Süden" vertritt, und der weniger bedeutende Fürst Iwao Oyama. Worin bestehen nun die Pläne der Imperialisten, das heißt der Militärpartei? Nicht uninteressante Auskunft hierüber erhielt man im Juni laufenden Jahres, als auf Grund von Friedensgerüchten, also auf Grund eines dem heutigen ähnlichen Zustandes, das Hauptorgan der Imperialisten Dai Nippon unter anderem folgendes schrieb: „Wenn diese Gelegenheit uns in einigen Monaten entschwunden ist, werden wir starr vor Enttäuschung sein, denn wie wenig haben wir getan, um sie zu nutzen! Daß Japan Tsingtau besetzt hat und einige Felsen im Stillen Ozean, das ist alles in allem zu wenig für unser Reich, wenn man sich die Größe der epochemachenden Weltgeschehnisse vor Augen hält. Sollte der Krieg aber noch einige Jahre andauern, dann mögen wir das Versäumte noch nachholen können. Auf jeden Fall dürfen wir bei dem Erreichten nicht stehenbleiben. Zumindestens sei folgendes zu erzielen: Bei der Lösung aller den Orient betreffenden Fragen muß Japan seinen Willen diktieren.

---

sich bekennen, daß diese Leibes- und Geistesruine die notwendige Folge seiner Ausschweifungen und seines Lotterlebens eines Geilbockes ist, daß dieser Sohn seine Sünden gegen alle Frauen an ihm rächt, die er zu bloßen Werkzeugen der Lust erniedrigte, doch weder schonte, noch achtete, noch wirklich liebte. Hier entsteht wirklich ein Verhältnis zwischen Schuld und Strafe, hier hat der Untergang des Sohnes in der Tat eine sittliche Bedeutung, hier läuft eine logisch gefügte Tragödie ab, deren Lehre weit über den Einzelfall hinausgreift. Wo Ibsen nur widerwärtige Krankenstubenbilder ohne allgemeine Bedeutung zu geben wußte, da erhob Echegaray einen häßlichen Anblick des Lebens zu einer Fügung der höchsten Gerechtigkeit, da zeigte er im Einzelgeschick das unerbittliche Walten des ethischen Gesetzes, da deckte er hinter den Vergänglichkeiten individueller Lebensläufe Ewigkeitswerte auf. Der ganze Unterschied zwischen einem Sensationsspekulanten mit den Mitteln des Realismus und einem großen Dichter mit der Gabe, im Zufälligen das Wesentliche zu erkennen und das Konkrete als den Ausdruck eines Weltgesetzes zu begreifen. Wenn gleichwohl „Der Sohn Don Juans" nicht entfernt den Lärm machte wie „Gespenster", so ist es, weil die international organisierte fanatische Sekte der Dekadenten, Realisten, Symbolisten oder wie man sie nennen will, sich hütete, für das Stück Echegarays die Kurbel ihrer betäubenden Reklame zu drehen.

Dem Werke Echegarays liegt ein Axiom von allgemeiner Geltung, gewissermaßen ein Theorem, zugrunde; das ist der Anteil des Bewußtseins an seinem Schaffen. Aber in jedem Werke Echegarays leben und leiden Menschen und stoßen ihre Charaktere in natürlich herbeigeführten Situationen so heftig aufeinander, daß ihre Seele alle konventionellen Hüllen verliert und sich in ihrer dämonischen Nacktheit zeigt, und das ist das unmittelbare Schaffen seines Unterbewußtseins. Die gleich ausnahmsweise Entwicklung seiner mathematisch geschulten Vernunft und seiner elementaren Intuition machte aus Echegaray die vielleicht beispiellose Doppelnatur eines großen Gelehrten und eines triumphierenden Bühnendichters.

Arbeiterzeitung
6./I. 1917

Vor der Antwort an Wilson.

In banger Sorge harrt die Menschheit des erlösenden Wortes. Sollen wir die Hoffnung aufgeben, daß sich aus dem Vorschlag vom zwölften Dezember eine Bewegung zum Frieden entwickeln werde, und müssen wir jenes Fürchterliche glauben, daß der Krieg, der schon zweieinhalb Jahre auf der Menschheit lastet, weitergeht, weiter ins Endlose? Vor dieser Möglichkeit krampft sich das Herz zusammen und erbeben die Seelen. Es wäre nicht anders, als ob die Lichter am Firmament erlöschen würden und Trauer und Finsternis sich über die Erde breiten würde. Denn zu sehnsüchtig haben die Menschen der Möglichkeit entgegengeblickt, die ihnen in dem Friedensvorschlag der Mittelmächte aufgedämmert hat, zu innig sie ihrem Bewußtsein einverleibt, als daß der Verzicht auf sie anders wirken könnte als das förmliche Losreißen vom eigenen Fleisch und Blut. Weiter in den Krieg hinein, immer stärker in ihn verstrickt, immer mehr dieser atemraubenden Einschnürung ausgesetzt: alles sträubt sich dagegen, daß es so werden könnte, und der Gedanke ist unfaßbar, daß es so werden soll.

Das Anbot der Mittelmächte ist von den Gegnern als ein Zeichen der Schwäche, des wankenden Selbstvertrauens gedeutet worden. Nicht als ob wir meinten, daß die Entente an diese Schwäche wirklich glaubte; zu deutlich macht es ihr jeder neue Kriegstag klar, wie falsch diese Vorstellung sei, wie töricht es wäre, auf sie die Fortführung des Krieges zu bauen. Aber um ihre Völker für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen, muß die Entente, um es so zu sagen, den Sieg an die Wand malen; muß sie ihnen die Wahrscheinlichkeit, ja die Sicherheit des Endsieges verbürgen. Aber wie könnte sie das? Daß die Mittelmächte militärisch besiegt werden können, ist durch den Verlauf des Krieges ausreichend verneint worden; insbesondere nach dem restlosen Fehlschlag mit Rumänien, mit dem Lande, das vor ein paar Monaten die große Hoffnung der Entente war, nun ihre höchste Verlegenheit geworden ist, erscheint der Krieg militärisch geradezu abgeschlossen, und keine noch so gesteigerte advokatorische Ueberredungskunst ist imstande, diesen Glauben, den Glauben an die große militärische Wendung, der in allen Ländern der Entente untergegangen ist, neu zu beleben. Es bleibt also den Advokaten der Entente nur das eine Argument übrig, mit dem sie operieren können, das Argument von der sinkenden moralischen und wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit der Mittelmächte; in ihrer langen Antwort ist es der Kern. Den Völkern der Entente wird der Sieg verkündet, weil die Mittelmächte und ihre Verbündeten „schwer geprüft sind durch ihre Verluste, zermürbt durch die wirtschaftliche Not und zusammengebrochen unter der äußersten Anstrengung, die von ihren Völkern verlangt wird"; auf anderes als auf diesen „Zusammenbruch" vermag die Entente nicht zu hoffen und eine andere als diese Hoffnung vermag sie ihren Völkern nicht zu zeigen. Dieser Spekulation wird nun die geharnischte Sprache der Berliner Presse entgegentreten wollen; den Gegnern soll damit gezeigt werden, daß der Friedensvorschlag kein Ausdruck der Schwäche, weit mehr ein Ausdruck der Kraft gewesen sei, daß also seine Ablehnung keine Verzweiflung hervorrufe, vielmehr nur den Entschluß, den Krieg mit ungebrochener Energie fortzusetzen. Die Gegner sollen wissen, woran sie wären, wenn sie den Vorschlag ablehnten; sie sollen sich also die Sachlage noch einmal gut überdenken, bevor sie ihre wahre und entscheidende Antwort, nämlich die Antwort an Wilson, ausgesprochen haben. Noch steht die Antwort der Entente aus, die über Krieg und Frieden entscheidet.

Die Worte haben während des Krieges keine andere Bestimmung als die Flintenkugeln; auch sie sind Kriegsmittel. Die Entente konnte vielleicht, angesichts der schwergetäuschten Völker, die hochfahrende Gebärde nicht vermeiden; aber wäre es nicht falsch und verhängnisvoll, ohne Besinnen den Schluß zu ziehen, daß es ihr innerlich genau so zu Mute sei, wie sie sich äußerlich gebärdet? Viele und beachtenswerte Meldungen gehen dahin, daß die Antwort an Wilson einen wesentlich anderen Inhalt, einen anderen Klang auch, haben wird als die an die Mittelmächte, als diese Antwort, die in der Hauptsache für die eigenen Völker geschrieben ward. Die Antwort an Wilson wird die Möglichkeit weiterer Schritte zulassen, und wenn sie zu ihnen auch vielleicht nicht unmittelbar führt, so wird sie sie bestimmt doch nicht ausschließen; aber auch der dünnste Faden kann zu einem Bande werden, das knüpft, und den dünnsten wollen wir darum nicht abreißen. Der Friede ist heute verrammelt durch ein Dickicht von Haß und Gegensätzen; es wird eine mühselige Arbeit sein, zu ihm zu gelangen. Aber hier bewährt sich die wahre Friedensbereitschaft, diejenige nämlich, die, um der Menschheit den Frieden zu bereiten, die, um von der Menschheit den Druck des Krieges zu lösen, vor Opfern nicht zurückscheut, nicht zurückschreckt. Daß ein zweiter Schritt, den sie machen, sie schwächen werde, brauchen die Mittelmächte wahrlich nicht zu befürchten; denn sind sie vom zwölften Dezember an schwächer geworden? Jeder Tag des Krieges bezeugt die Unsinnigkeit dieses Einwandes, der gegen Friedensanerbieten immer vorgebracht wurde und noch immer vorgebracht wird! Alle Tatsachen sprechen gegen die Worte der Entente; halten wir uns an die Tatsachen! Der Friedensvorschlag hat nicht seine Urheber geschwächt; geschwächt hat er die Stellung der Gegner! Gehen wir unbeirrt weiter, verdeutlichen wir unseren Friedensvorschlag, zeigen wir den Völkern der Entente, daß es uns mit ihm Ernst ist, Ernst mit dem billigen Frieden, Ernst mit dem Wunsche nach einem gerechten und dauernden Frieden für alle, und wir schwächen die Stellung der anscheinend noch kriegswütigen Regierungen noch mehr, wir bahnen dem Frieden weiter den Weg! Vergessen wir nicht, daß ein unvermitteltes Abreißen der Friedensbemühungen bei uns den Gegnern die Möglichkeit böte, ihre schon ganz kriegsmüden Völker zu neuem Kriegswillen aufzupeitschen, ihnen die Möglichkeit gäbe, den Ernst des Friedensvorschlages zu verdächtigen! Wenn die Antwortnote an Wilson die Möglichkeit nicht völlig verschließt, woran nach allem, was man sieht, nicht zu denken ist, werden die Regierungen, deren sittlicher Gesinnung der Friedensvorschlag vom 12. Dezember entsprungen ist, die Bemühungen um den Frieden tatkräftig fortsetzen und dem so anerkennungswerten ersten Schritte den zweiten gewiß folgen lassen. Darauf bauen die Völker felsenfest, und keine Hoffahrt aus dem Lager der Entente vermag sie darin zu erschüttern.

Es sind heute volle neunundzwanzig Monate, seitdem der Weltkrieg entfesselt ward. Bringen wir das Furchtbare ganz in unser Bewußtsein und erwägen wir, ob irgend etwas, welches Ergebnis immer, es aufzuwiegen vermöchte, daß das Furchtbare weiter geht! Und so will die Hoffnung nicht weichen, daß im letzten Augenblick die Besinnung überall noch durchbricht und der Friedenswille überall sich durchsetzt.

Österr. Volkszeitung 6./I. 1917

Der Höhepunkt des Dramas.

Vom Reichsratsabgeordneten **Franz Jesser.**

Die Feinde haben unser hochherziges Friedensangebot abgelehnt, sie wollen den Krieg weiterführen, bis ihre Kriegsziele erreicht sind, bis sie einen Frieden diktieren können, der unsere völlige Unterwerfung unter ihre Bedingungen bedeuten würde. Aber selbst, wenn sie es erreichen würden, daß der Friede den Zustand vor dem Kriege wiederherstellt, hat der Vierverband einen großen Sieg errungen und kann sein Werk der Einkreisung und des wirtschaftlichen Druckes von neuem beginnen.

Nach wenigen Jahren würden wir wiederum vor der Wahl stehen: Unterwerfung oder Krieg?

Die Krisen im feindlichen Lager wurden sämtlich durch den Sieg der Kriegsparteien beendigt. An die Stelle Stürmers trat in Rußland Trepow, der sich mit einer unglaublich kriegerischen Rede einführte und endlich amtlich bekanntgab, daß England der Besetzung Konstantinopels durch die Russen zugestimmt habe. In England trat Asquith, dessen letzte Rede in Mollton gefallen war, zurück, um dem politischen Verwandlungskünstler Lloyd George Platz zu machen. Der ehemalige Demokrat wird Diktator des angeblich freiheitlichsten Staates der Erde. In Frankreich soll gleichfalls die Einführung einer Militärdiktatur beabsichtigt sein. In Italien hat Boselli die Vertagung der Debatte über die Politik des Staates während des Krieges auf sechs Monate durchgesetzt, ja sogar die Abhaltung von Geheimsitzungen verweigert.

Ueberall also sind die Anhänger einer Verschärfung der Kriegführung Sieger geblieben. Das bedeutet allerdings, daß ein Kampf mit den Freunden eines raschen Friedens vorangegangen sein muß, daß also die Friedenspartei sehr stark ist. Warum aber ist sie so stark geworden? Die Antwort ist in einigen Sätzen zu geben: Die ursprünglichen Kriegsziele sind nicht zu erreichen. Die Opfer an der französischen Front sind vergebliche. Die russische Menschenmasse kann nicht ausgenützt werden. Der Erfolg der Aushungerung ist nach wie vor fraglich — seit zwei Jahren wurde er für die nächsten Monate immer wieder vorausgesagt, um niemals einzutreten.

Dagegen ist Frankreichs Menschenmaterial erschöpft, Englands Höchstleistung erreicht, da eine weitere Rekrutierung die Aufrechterhaltung der englischen Kriegswirtschaft unmöglich machen würde. Die rumänische Bundesgenossenschaft ist statt zu einer Verstärkung zu einer Schwächung geworden; denn jetzt muß Rußland seine Reserven zum Schutze Südrußlands aufbieten, statt sie zur Wiedereroberung Polens zu verwenden. Die Mittelmächte aber gewinnen ein reiches Getreideland, sind Herren der ergiebigsten Petroleumgebiete Europas, verfügen über neues Material zur Munitionserzeugung und haben die Verbindung mit dem Orient vorbereitet. Griechenlands Heer bedroht die einzige schmale Verbindung der Sarrailarmee mit dem Meere. Die Verpflegung dieser Armee und die Sicherung der Zufuhren erfordern einen riesigen Schiffsraum. Und diese Armee hat das Schicksal Rumäniens nicht aufhalten können, ihr droht sogar eine Katastrophe. Sie kann jetzt nicht mehr ohne schwere Verluste abziehen, auch wenn sie wollte — und vorwärts kann sie auch nicht, wenn sie nicht enorme Verstärkungen erhält, was natürlich eine weitere Vermehrung des Anspruches an Schiffsraum zur Folge hat.

Das aber ist unmöglich; denn der jetzt überhaupt vorhande Schiffsraum genügt nicht mehr zur Aufrechterhaltung der Zufuhren für die Staaten des Vierverbandes. England muß auf sein beliebtes feines verzichten und sich mit gröber ausgemahlenem Mehle begnügen, es muß fleischlose Tage einführen und muß die Kupfervorräte im Lande beschlagnahmen. Für Frankreich und Italien gilt dies in noch erhöhterem Maße; denn dort tritt noch eine Kohlennot hinzu, die im Gegensatze zu unserer, niemals gemildert werden kann, weil die Frachtmittel durch die Arbeit der U-Boote täglich vermindert werden, während wir in absehbarer Zeit auf eine Milderung des Waggonmangels rechnen können. Alle diese Tatsachen und die Gewißheit, daß sich die Lage täglich verschlechtern muß, wenn es nicht gelingt einen entscheidenden Sieg zu erfechten, haben die Krisis in den Vierverbandstaaten hervorgerufen. Noch einmal soll ein letzter Versuch gemacht werden. Die Männer mit der größten Energie und dem stärksten Organisationstalent werden mit diktatorischer Gewalt ausgestattet. Scheitert auch dieser Versuch, halten wir auch diesen letzten Ansturm auf, dann bleibt dem Vierverbande nichts übrig, als die Tatsachen der Kriegskarte anzuerkennen.

Der Höhepunkt des Dramas ist erreicht. Daher tritt nun auch an uns die härteste Probe heran. Auf unser Versagen, auf das Nachlassen unserer Energie und — es muß immer wieder gesagt werden — auf die Wucherer und Hamster, auf den habsüchtigen oder gedankenlosen und unverständigen Teil unserer Landwirte setzt der Vierverband seine letzte Hoffnung. Was dem Trommelfeuer auf die Leiber unserer Väter, Brüder und Söhne nicht gelungen ist — unsere Unterwerfung unter den Willen der Feinde — das kann der Habsucht, Dummheit und dem Mangel an Gemeinsinn der nächsten Verwandten unserer Soldaten gelingen. Der gefährlichste Feind befindet sich im Hinterlande, in unserer Mitte!

Es ist nur eine Pflicht der Selbsterhaltung, wenn wir diesen Feind mit derselben Rücksichtslosigkeit niederschlagen, wie die feindlichen Soldaten. Die Regierung darf vor der Anwendung der äußersten Mittel nicht zurückschrecken, um die von spekulativen Händlern oder Landwirten zurückgehaltenen Vorräte heranzuziehen. Auch in diesem Fall muß das Kriegsrecht gelten — denn Feind ist Feind, ob er Uniform trägt oder die Maske des arbeitsamen Mitbürgers.

Mitbürger bedeutet mit bürgen! Wer nur die anderen für sich mit ihrem Leben bürgen lassen will, selbst aber seinen Bürgschaftspflichten nicht nachkommt, weil sie ihn hindern, sich zu bereichern oder nach seiner gewohnten Art zu leben, der schließt sich selbst aus der Gemeinschaft aus. Darum hat die Gemeinschaft das Recht, ihm alle bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen. Eine Verordnung, die allen diesen Leuten das Wahlrecht in allen Vertretungskörpern abspricht, ist dringend nötig. Aber auch vom religiösen Standpunkt ist dieser häßliche Eigennutz zu verurteilen. Wer dem Kaiser nicht geben will, was des Kaisers ist und im Ueberfluß lebt, statt die Hungrigen zu speisen, versündigt sich gegen göttliche Gebote. Hier ist die strengste Kirchenzucht am Platze. Die Kirchen aller Konfessionen haben Macht auch über jene Volkskreise, die den Begriff bürgerlicher und staatlicher Gemeinschaftspflicht noch nicht kennen. Sie können sehr oft dort Erfolge erzielen, wo der Zwang machtlos ist. Die Aufforderung zu freie willigen Gaben für bestimmte Notleidende oder bedürftige Kreise sollte übrigens auch von den autonomen Behörden, von den verschiedenen Genossenschaften und Berufsvereinen an die landwirtschaftliche Bevölkerung ergehen. In Deutschland wird soeben eine Hindenburgsammlung von Fett für die Arbeiterschaft der Eisenindustrie mit Erfolg veranstaltet.

Kein Mittel, auch nicht das unscheinlichste, darf unversucht bleiben, um uns über die Zeit bis zur neuen Ernte hinüberzuhelfen. Je opferwilliger wir uns zeigen, desto früher beendigen wir den Krieg, denn wir beweisen unseren Feinden, daß auch ihr letzter Versuch vergeblich bleiben muß. Diesmal gilt der Satz nicht: Jeder ist sich selbst der Nächste", diesmal gilt das Wort: „Jeder hilft sich selbst am besten, wenn er der Allgemeinheit hilft!"

So können wir am raschesten unsere Friedenssehnsucht der Erfüllung zuführen.

Frankfurter Zeitung
6./I.1917

Die gesetzliche Organisation der Juden in Polen.

Von Justizrat Waldstein,
Reichstags- und Landtagsabgeordneter.

Zu den erfreulichsten Erscheinungen dieser Kriegszeit gehört die Verordnung, die der Generalgouverneur v. Beseler als Träger der Gesetzgebungsgewalt am 1. November 1916 über die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau erlassen hat. Sie kennzeichnet den Unterschied zwischen russischer und deutscher Staatsauffassung im allgemeinen und zwischen den russischen und deutschen Tendenzen gegenüber der Judenschaft im besonderen. Die judenfeindliche Haltung der russischen Regierung äußerte sich nicht nur in den der Welt bekannten Ausnahmegesetzen und in andauernden Verfolgungen und Bedrückungen, sondern auch darin, daß sie dieser religiösen Minderheit, die 14 bis 15 Prozent der Gesamtbevölkerung, in den Städten aber bis zu 50 Prozent und mehr umfaßte, die Möglichkeit einer einheitlichen Organisation versagte. Es durften sich nur einzelne Gemeinden von primitiver Verfassung bilden, ein Zusammenschluß war nicht gestattet. Dieser Organisationsmangel gehörte zu den Mitteln, mit denen die russische Regierung die Judenschaft systematisch und grundsätzlich kulturell daniederhielt.

Im Gegensatz hierzu steht die neue religiöse Gemeindeverfassung. Nach ihr bilden die Juden des Generalgouvernements Warschau „eine Religionsgesellschaft" des öffentlichen Rechts. Sie gliedert sich in Gemeinden und Kreisgemeinden und hat ihre Spitze im „Obersten Rat der Juden". Die Grundlage bildet die Gemeinde, beruhend auf dem Prinzip des örtlichen Gemeindezwanges: die in einer politischen Gemeinde wohnenden Juden bilden eine jüdische Gemeinde; benachbarte Orte können zu einer Gemeinde zusammengelegt, größere Orte in mehrere örtlich abgegrenzte Gemeinden zerlegt werden. Aufgabe der Gemeinde ist die Pflege des religiösen Lebens, die Erziehung der Jugend, die Armenpflege und soziale Fürsorge. Die Gemeinde hat, soweit nicht dem Bedürfnis anderweitig genügend Rechnung getragen ist, die für die Jugend erforderlichen Schulen zu unterhalten; als solche gelten auch die sogenannten Chederschulen, soweit sie ein genügendes Maß von Elementarunterricht erteilen". Der Vorstand verwaltet die Gemeinde; er besteht aus vier durch die Gemeindebürger gewählten Mitgliedern und dem Rabbiner. Die Wahl ist direkt und geheim und erfolgt für vier Jahre. Wahlberechtigt sind die mindestens 25 Jahre alten männlichen Gemeindebürger, die schreiben und lesen können, mindestens zwei Jahre in der Gemeinde wohnen und die Gemeindeumlagen zahlen. Für das passive Wahlrecht gelten die gleichen Voraussetzungen, aber Vollendung des 30. Lebensjahres. Der Vorstand stellt alljährlich einen Haushaltungsplan auf und schreibt die Gemeindeumlagen aus. Haushaltungsplan und Umlageliste unterliegen der Genehmigung des Obersten Rates oder des Verwaltungsrates der Kreisgemeinde. Besondere Bestimmungen gelten für jüdische Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern; diesen „Großgemeinden" kann die staatliche Aufsichtsbehörde eine besondere Verfassung verleihen; sie können aus der Kreisgemeinde herausgehoben und dem Obersten Rat unmittelbar unterstellt werden. Sie werden verwaltet durch die Gemeindebevollmächtigten, eine repräsentative Körperschaft, und durch den Verwaltungsrat. Die Gemeindebevollmächtigten werden von den Gemeindebürgern in zwei Kurien je zur Hälfte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Zur ersten Kurie gehören die Wähler mit Hochschulbildung, diejenigen, die eine Mittelschule oder eine staatlich anerkannte Fachschule für Handwerker oder Landwirte mit Erfolg besucht haben, sowie wer von einem durch den Obersten Rat anerkannten Kollegium den Rabbinertitel erlangt hat; also die Kulturträger. Die anderen Gemeindebürger bilden die 2. Kurie. Die Gemeindebevollmächtigten üben etwa die Rechte eines Parlamentes aus und entscheiden in wichtigeren, ihnen besonders zugewiesenen Verwaltungsangelegenheiten. Sie wählen den Rabbiner und den Verwaltungsrat. Dieser unterliegt der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde und führt die laufende Verwaltung, soweit sie nicht den Gemeindebevollmächtigten obliegt.

Die im Bereich eines Kreises liegenden Gemeinden bilden, soweit sie nicht kreisfreie Großgemeinden sind, die Kreisgemeinde. Mehrere Kreise können zusammengefaßt werden. An der Spitze der Kreisgemeinde steht der Verwaltungsrat. Er besteht aus elf Mitgliedern, von denen drei Rabbiner sein müssen; drei Mitglieder ernennt die Aufsichtsbehörde, die anderen acht, darunter die drei rabbinischen, wählen die Gemeinden des Kreises durch Wahlmänner. Wahlmänner für die Gemeinden sind ihre Vorstandsmitglieder und die Verwaltungsräte der nicht kreisfreien Großgemeinden. Die Wahlen erfolgen nach dem Verhältnissystem. Auf bis zu 5000 Wähler der Gemeinde entfällt je eine Stimme. Die Kreisgemeinde unterhält die dem Kreise gemeinsamen Anstalten und Einrichtungen, insbesondere Krankenhäuser, Waisenhäuser und Erziehungsanstalten, höhere Schulen und dergleichen. Sie überwacht die Einzelgemeinden, unterstützt leistungsschwache Gemeinde und vertritt ihre Einzelgemeinden vor den staatlichen Kreisbehörden.

Der Oberste Rat der Juden, die Zentralbehörde der jüdischen Religionsgesellschaft, sitzt in Warschau und besteht aus vierzehn weltlichen und sieben rabbinischen Mitgliedern. Vier weltliche und zwei rabbinische ernennt die Landeszentralbehörde; die anderen zehn weltlichen und fünf rabbinischen Mitglieder werden von den Kreisgemeinden und den kreisfreien Großgemeinden durch Wahlmänner gewählt. Wahlmänner sind die gewählten Mitglieder der Verwaltungsräte der Kreis- und Großgemeinden. Auf je 50 000 jüdische Einwohner des Kreises entfällt eine Wahlstimme. Die Wahl ist geheim und erfolgt nach dem Verhältnissystem auf 8 Jahre. Der vom Obersten Rat erwählte Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende bedarf staatlicher Genehmigung. Der Oberste Rat übt die der Religionsgesellschaft als solcher zustehenden Korporationsrechte aus, überwacht und leitet die Tätigkeit der Kreis- und Einzelgemeinden, hat für seine Zwecke ein Umlagerecht gegenüber diesen Gemeinden, schafft gemeinsame Einrichtungen für das gesamte Land oder einen größeren Teil desselben und unterstützt leistungsschwache Gemeinden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Obersten Rats ist die moralische und kulturelle Hebung des Rabbinats sowie die ständige Dienstaufsicht über die Rabbiner. Der Oberste Rat stellt die Grundsätze über ihre Zulassung zum Amte fest und führt ein Verzeichnis der hiernach zugelassenen Bewerber. Der Rabbiner muß in der Regel die polnische und die jüdische Sprache, d. h. den deutsch-jüdischen Landesdialekt, in Wort und Schrift beherrschen, soll eine vorbildliche Lebensweise führen, die ihn seines Amtes würdig erweist, und soll sich geschäftlicher Unternehmungen enthalten. Jede Gemeinde wählt einen für Lebenszeit angestellten Gemeinderabbiner, der Mitglied des Vorstandes ist, Gehalt, Pension und Hinterbliebenenversorgung bezieht und nur im Wege eines geordneten Disziplinarverfahrens auf Antrag des Obersten Rates durch die Landeszentralbehörde wegen Unfähigkeit oder Pflichtverletzung aus dem Amte entfernt werden kann. Neben dem Gemeinderabbiner können weitere Rabbiner angestellt werden, in den Großgemeinden auch für bestimmte Rabbinatsbezirke. Der Gemeinderabbiner hat die Aufsicht über die religiösen Einrichtungen, die Kultusbeamten, Religionslehrer und Schächter in der Gemeinde. Er hat das ausschließliche Recht zum Vollzuge von Trauungen und Ehescheidungen.

Innerhalb jeder Gemeinde dürfen sich Kultusvereine bilden mit weitgehender, von der Landeszentralbehörde zu regelnder Selbständigkeit in der Ordnung ihrer Angelegenheiten; eine Einrichtung, die jeder religiösen Minderheit die Möglichkeit der Betätigung sichern und sie gegen Unterdrückung durch die Mehrheit schützen soll.

Die staatliche Aufsicht über die Gemeinden führt der Kreischef und die Landeszentralbehörde.

Uebergangsvorschriften regeln in schonender Weise die allmähliche Ueberleitung aus den bisherigen Zuständen.

Dies sind die Grundzüge der neuen Ordnung. Sie ist in ihrer Konstruktion folgerichtig und durchsichtig und mit logischer und juristischer Schärfe durchgeführt. Der Aufbau in drei Staffeln — Ortsgemeinde, Kreisgemeinde, Landesgemeinde — entspricht dem praktischen Bedürfnis und verbindet die Vorteile einer Dezentralisation mit denen einer Vereinheitlichung. Das Prinzip der reinen Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht ist durchbrochen durch die von der Aufsichtsbehörde in die höheren Verwaltungsorgane entsendeten Mitglieder: Diese Durchbrechung ist gerechtfertigt durch die Primitivität der bisherigen Zustände und die mangelnde Erfahrung der Gemeinden im eigentlichen Verwaltungsdienste; es wird Aufgabe der Gemeinden sein, durch ihre Bewährung die Entbehrlichkeit dieser staatlichen Einmischung im Laufe der Zeit zu erweisen. Das Prinzip der religiösen Toleranz ist gewahrt durch die Möglichkeit des freien Kultusvereins; der Oberste Rat und die staatliche Aufsicht werden auf die strenge Wahrung der Gewissensfreiheit zu achten haben. Die Ordnung beruht auf dem Grundsatz der Toleranz gegenüber der gesamten Judenheit, aber auch zugunsten aller Richtungen und Individuen. Er ist demgemäß auch von allen Richtungen im allgemeinen freundlich begrüßt und als ein erheblicher Fortschritt anerkannt worden. Das ist um so mehr bemerkenswert, als bei den polnischen Juden eine eingewurzelte Neigung zur Kritik und zu überreiztem Mißtrauen die wenn auch begreifliche, so doch beklagenswerte Folge eines Jahrhunderts russischer Tyrannei ist. Von zionistischer und jüdisch-nationaler Seite ist eingewendet worden, man hätte statt einer jüdischen Religionsgemeinschaft eine nationale jüdische Kulturgemeinschaft mit ausreichender Autonomie schaffen sollen. Wir wollen hier auf die Streitfrage der jüdischen Nationalität in Polen und ihrer gesonderten autonomen Gestaltung innerhalb des Staatsganzen nicht eingehen; sie gehört nicht hierher. Denn sie ist eine Frage der Gesamtverfassung des Landes und kann nur gemeinsam mit dieser gelöst werden. Wichtig und erfreulich bleibt es unter allen Umständen, daß die deutsche Regierung offensichtlich bemüht ist, auch dem jüdischen Volksteil in Polen zu helfen und gerecht zu werden in bewußter Abkehr von den barbarischen Methoden der russischen Regierung; das beweist die vorliegende Ordnung. Es ist daher zu erwarten, daß das gleiche Bestreben sie auch bei der Regelung der staatlichen Verhältnisse und der Verfassung leiten wird. Daß auf diesem Gebiete große Schwierigkeiten und Streitfragen zu überwinden sind, entgeht niemandem, und es kommt vielleicht weniger darauf an, ob sie in dieser oder jener Form gelöst werden, als auf den Geist der Verwaltung, auf den Geist, in welchem die Gesetze ausgeführt werden. Diese Schwierigkeiten sind in der Schichtung der jüdischen Bevölkerung und in ihrem unerfreulichen Verhältnis zu der christlichen Mehrheit der Bevölkerung begründet, ferner auch in dem primitiven wirtschaftlichen Zustande der Juden, Uebelstände, an denen die Juden selbst höchstens einen Teil der Schuld tragen und sicherlich nicht den größten. Auch die Assimilanten stehen der neuen Verordnung im allgemeinen nicht unfreundlich gegenüber. Allerdings gibt es unter ihnen Leute, die überhaupt von keiner Judenordnung, sei es auf staatlichem oder religiösem Gebiet, etwas wissen wollen. Sie dünken sich himmelhoch erhaben über den orthodoxen Juden im langen Rock, und sind im Grunde doch von dem Ghetto, von dem sie sich weitenweit entfernt glauben, insofern innerlich abhängig, als sie gänzlich durch die Furcht vor dem Ghetto beherrscht werden und jede jüdische Erinnerung, demgemäß auch jede jüdische Organisation als peinlichen Ueberrest verwerfen. Sie ziehen den jetzigen Zustand der Anarchie und der Verwilderung auch der verständigsten und tolerantesten Ordnung vor. Aber diese würdelosen, von aller Geschichte losgerissenen Menschen sind auch unter den polnischen Assimilanten bei weitem nicht der herrschende Typus, und auch von ihnen wird hoffentlich mancher durch eine freundlichere Entwicklung eines besseren belehrt werden und sich dann in Reih und Glied stellen. Eine ähnliche Erscheinung zeigt sich begreiflicherweise, aus entgegengesetzten Gründen, bei einem Teile der Orthodoxie. Er wünscht, daß der gegenwärtige Zustand bleibe und fürchtet eine Störung seiner Zirkel. Auch das ist aber eine vereinzelte Erscheinung, und sie findet sich namentlich nicht bei der führenden Warschauer Orthodoxie. Die Mehrheit aller Parteien ist verständig und erkennt die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Zustandes an. Man müßte in der Verordnung auf die Orthodoxie Rücksicht nehmen und hat dies getan. Denn man durfte nicht im Wege staatlichen Zwanges in die religiöse Entwicklung als solche eingreifen, auch nicht im Sinne einer Liberalisierung; man hätte hiermit auch keinen Erfolg oder höchstens den entgegengesetzten erzielt. 80 Prozent der polnischen Juden sind orthodox und haben ihre idealen Werte bisher ausschließlich im orthodoxen Glauben und Herkommen ihrer Väter gefunden; sie allein haben sie im Elend aufrecht erhalten und ihr Menschentum gerettet. Diese Werte zu vernichten, ohne gleichzeitig neue Kulturwerte zu schaffen, ist keine Aufgabe der Staatsverwaltung. Das wäre nicht Liberalismus gewesen, sondern ein nur sich selbst aufgeklärt dünkender Absolutismus. Aufgabe der Staatsverwaltung kann es nur sein, freie Bahn zu schaffen für eine von innen heraus kommende Entwicklung und die Schaffung eines Gemeindefriedens für alle Richtungen. Auf diesen Gedank enberuht sichtlich auch die den Rabbinern in der neuen Ordnung eingeräumte bedeutsame Stellung. Den neuen Selbstverwaltungskörpern hätte bei der orthodoxen Mehrheit die erforderliche Autorität gefehlt bei Ausschaltung ihrer religiösen Führer, der Rabbiner. Innere Hebung der Rabbiner, aber nicht ihre Ausschaltung war hiernach geboten. Der Rabbiner muß ein Organ und Hauptträger der Entwicklung bleiben. Diese muß sich mit ihm und nicht gegen ihn vollziehen. —

Ob die neue Gemeindeordnung die Erwartungen erfüllen wird, die sich an sie knüpfen, hängt von sehr vielen noch ungewissen Faktoren ab; vor allem von dem Gebrauch, den die Juden selbst von ihren neuen Rechten machen werden, von ihrer Fähigkeit zur Toleranz und zur Verträglichkeit. Richtig und weise genutzt kann die neue Gemeindeordnung — bei aller Kritik, die gegen Einzelheiten am Platze, für die hier aber nicht der Raum ist — ein Werkzeug sein, nicht nur für die kulturelle Entwickelung der polnischen Juden, sondern namentlich für eine Hebung ihrer Stellung im Rahmen des Gesamtstaates und damit für die Entwickelung des Staates selbst. Auch für die Polen und den polnischen Staat als solchen ist es ein formeller und materieller Vorteil, daß er durch die organisatorische Zusammenfassung der Judenschaft, wenn sie auch nur unter religiösen Gesichtspunkten erfolgt ist, die Möglichkeit gewinnt, auf sie als Ganzes einzuwirken und mit ihr sich in geordnete Beziehungen zu setzen. Denn der neue auf westlicher Kultur aufgebaute Polenstaat wird nur als ein Rechtsstaat bestehen können, der nicht nur verfassungsmäßig, sondern auch in der täglichen Uebung der Verwaltung die Gleichberechtigung der Konfessionen anerkennt und übt. Hoffen wir, daß das Ergebnis des Krieges die Hoffnungen der christlichen wie der jüdischen Polen gleichmäßig erfüllt: sie sind vom gleichen Schicksale abhängig.

Reichspost

8/I. 1917

160

Der Wortlaut der Vierverbandsantwort.

KB. Wien, 6. Jänner.

Die Note, welche der amerikanische Botschafter Frederic C. Penfield am 5. d. im k. u. k. Ministerium des Aeußern übergeben hat, lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

Der unterzeichnete außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika drückt Seiner Exzellenz dem Grafen Ottokar Czernin von und zu Chudenitz, k. u. k. Minister des Aeußern, seine Hochachtung aus und hat die Ehre, mit Bezug auf die geschätzte Note Seiner Exzellenz Baron Burians vom 12. Dezember 1916, Nr. 5915, betreffend die Bereitwilligkeit der Mittelmächte, in Friedensverhandlungen einzutreten, im Auftrage seiner Regierung die nachfolgende, heute auf telegraphischem Wege aus Washington eingelangte Uebersetzung der Antwortnote der Ententemächte bekanntzugeben. Der französische Text wird von der amerikanischen Botschaft in Paris befördert und gleich nach seinem Eintreffen übermittelt werden:

„Die verbündeten Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Montenegro, Portugal, Rumänien, Rußland und Serbien, vereinigt zur Verteidigung der Freiheit der Völker und treu der eingegangenen Verpflichtung, die Waffen nicht vereinzelt niederzulegen, haben beschlossen, gemeinsam auf die sogenannten Friedensvorschläge zu antworten, die an sie von den feindlichen Regierungen durch Vermittlung der Vereinigten Staaten, Spaniens, der Schweiz und der Niederlande gerichtet worden sind.

Die alliierten Mächte sind genötigt, ihre Antwort mit einem nachdrücklichen Einspruch gegen zwei wesentliche Behauptungen der Note der feindlichen Mächte einzuleiten, welche auf die Alliierten die Verantwortung für den Krieg abzuwälzen versuchen und den Sieg der Mittelmächte verkünden.

Die Alliierten können eine Behauptung nicht zulassen, die doppelt ungenau (inexakt) ist und genügt, jeden Verhandlungsversuch unfruchtbar zu machen.

Seit dreißig Monaten haben die alliierten Mächte einen Krieg ertragen, den zu vermeiden sie durch jegliches Mittel versucht hatten. Sie haben ihre Anhänglichkeit an den Frieden durch ihre Taten bewiesen. Diese Anhänglichkeit ist jetzt ebenso stark, als sie es im Jahre 1914 war. Nachdem Deutschland seine Verpflichtungen verletzt hat, kann der von ihm gebrochene Friede nicht auf sein Wort gegründet werden.

Eine Anregung ohne irgendwelche Bedingungen für die Eröffnung von Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Dieser sogenannte Vorschlag, der, jedes greifbaren Inhalts und jeder Genauigkeit entbehrend, durch die kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot, denn als ein Kriegsmanöver!

Er beruht auf einer systematischen Verkennung des

Wesens des Streites

in der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Was die Vergangenheit betrifft, so übergeht die deutsche Note alle die Tatsachen, Daten und Zahlen, die beweisen, daß der Krieg von Deutschland und Oesterreich-Ungarn gewollt, hervorgerufen und erklärt worden ist. Im Haag war es der deutsche Vertreter, der jeden Vorschlag zur Abrüstung verwarf. Im Juli 1914 war es Oesterreich-Ungarn, das, nachdem es an Serbien ein beispielloses Ultimatum gerichtet hatte, diesen Krieg erklärte trotz der sofort erlangten Genugtuung. Die Mittelmächte haben darauf jeden Versuch zurückgewiesen, der von der Entente unternommen wurde, um eine friedliche Lösung des örtlichen Streites herbeizuführen. Das Konferenzangebot Englands, der französische Vorschlag eines internationalen Ausschusses, daß vom Kaiser von Rußland an den deutschen Kaiser gerichtete Ersuchen um ein Schiedsgericht, das zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn am Vorabende der Feindseligkeiten zustandegekommene Einvernehmen — alle diese Versuche sind von Deutschland ohne Antwort und ohne Folge gelassen worden. Belgien wurde durch ein Reich überfallen, das seine Neutralität gewährleistet hatte und nicht zögerte, zu

Neues Wiener Tagblatt

8./I. 1917

161

Das Manifest der verbündeten Kaiser.

Vor vier Wochen gaben die obersten Kriegsherren des mitteleuropäischen Vierbundes den siegreichen Heeren ihren Willen kund, der Entente die Hand zum Frieden zu bieten, um die schwergeprüfte Menschheit vor weiterem Leid zu behüten. In hochmütigem Dünkel aber wiesen die Gegner das hochherzige Anbot zurück, und sogar beleidigende Worte erachteten die Führer und Staatslenker der Alliierten gegenüber den Völkern in Waffen für passend, die in Verteidigung ihrer heiligsten Güter gekämpft und sich geopfert haben, wie gleiches Heldentum die Weltgeschichte noch nie gesehen. Blind und taub für die wahre Kriegslage, für den stählernen Ernst und die hehren Kriegsziele der Verbündeten, erklären die Wortführer auf Feindesseite mit beispielloser Frechheit ihre eigenen Verbrechen als von uns begangen, fordern sie Sühne und Vergeltung für Untaten, die sie selbst uns und unsern Verbündeten wie den Neutralen seit Jahr und Tag zugefügt haben, daß wir von Serbien Genugtuung forderten, weil uns dieses Verschwörerland den Thronfolger ermordet hatte und die anstoßenden Provinzen systematisch zu insurgieren trachtete, das wagen ein Lloyd George und Briand, die das unglückliche Griechenland nur wegen seiner Neutralität zu Tode martern, als Ueberfall und Vergewaltigung eines kleinen Staates zu brandmarken. Wenn die Mittelmächte die nach ehrlichem Kampf mit dem Schwert eroberten weiten Gebiete besetzen und festhalten, so heißen dies einen Länderraub die nämlichen Staatsmänner in Petersburg und Rom, in London und Paris, die schon im Frieden ihren gezahlten Vasallen und Trabanten Stücke aus dem Körper der Donaumonarchie und des Halbmondreiches mit Brief und Siegel heimlich zugesichert hatten.

Eindeutig bewies daher die geradezu frivol stilisierte Antwortnote der Entente, daß drüben noch die Unzurechnungsfähigkeit herrscht, daß Wut und Haß den klaren Blick so getrübt haben, daß an vernünftigen Gedankenaustausch derzeit noch nicht zu denken ist. In dieser für die friedliebende Bevölkerung aller Länder gewiß traurigen Erkenntnis wenden sich nun die beiden Kaiser abermals an ihre getreuen Armeen. Ernst ist ihr Wort, aber unerschütterlich ihr Wille, ihre Zuversicht. Auf die Feinde allein fällt die Schuld, wenn dieser unseligste aller Kriege noch weitere Opfer fordern soll. Wir und unsre treuen Verbündeten werden sie auch noch bringen. Aber bis jetzt haben wir den Gegnern goldene Brücken gebaut, wollten wir ihnen, die sich in dreißig Kriegsmonaten als schwächer erwiesen, jede verdiente Züchtigung und Buße ersparen. Nur die Erhaltung unsres eigenen Besitzes, nur die ruhige Entwicklungsmöglichkeit unsrer Heimat gedachten wir zu fordern, und vom Eigentum der Feinde bloß billige und gerechte Entschädigung für unser vergossenes Blut und geopfertes Blut. Sie aber wiesen uns höhnisch zurück. Nun werden die besten und tapfersten Armeen der Welt die Gegner endgültig zu Boden schlagen, und die Heimat wird trotz Drangsal und Not so lange ausharren, bis der Sieg unser ist.

Aber nicht mehr anbieten werden wir der verstockten Entente den Frieden: Mit der Schärfe des Schwertes werden wir ihn erzwingen, und dann die unsres Kontinents Ruhe sichernden Bedingungen diktieren. Doch je länger der Krieg dauert, um so härter werden auch die unsrigen sein. Die Alliierten wollten uns zermalmen, uns zerreißen. Aber auch für sie gilt dann das Wort: Vae victis!

Fremdenblatt

8/I. 1917

Die Ententekonferenz in Rom.

K. **London**, 5. Jänner. Amtlich wird gemeldet: Premierminister Lloyd George und Minister Milner sind mit ihren amtlichen Ratgebern in Rom eingetroffen, um mit der französischen und der italienischen Regierung an einem Meinungsaustausch über die allgemeine Lage teilzunehmen.

K. **Lugano**, 5. Jänner. Zum Empfang der englischen, französischen und russischen Minister und Militärs, mit denen zugleich der englische Botschafter Rennell Rodd nach Rom zurückkehrte, waren alle italienischen Minister im Bahnhofe erschienen. Minister des Aeußern Sonnino begrüßte besonders herzlich Lloyd George.

Die Beratungen in Rom, zu denen auch der englische Gesandte in Athen Elliot mit seinem Militärattaché und General Cadorna erschienen sind, werden zwei Tage dauern. Man bestätigt, daß in Rom der endgiltige Text der Antwortnote des Vierverbandes an Wilson festgesetzt werden wird und daß unter den militärischen Verhandlungsthemen die Erörterung der Aufgaben des Saloniki-Heeres unter dem Gesichtspunkte des Krieges auf dem Balkan und auf den anderen Fronten in erster Reihe stehe.

K. **Paris**, 6. Jänner. Der „Matin" sagt, die Reise Briands und Lloyd Georges nach Rom entspringe aus dem Wunsche, den militärischen Offensivplan der Alliierten für das Jahr 1917 harmonisch zu gestalten. Die Blätter sehen in diesem Besuche eine Bestätigung der unerschütterlichen Entschlossenheit und Solidarität, die alle Regierungen der Alliierten einen.

Sarrail in Rom.

K. **Rom**, 6. Jänner. General Sarrail sowie der englische Botschafter aus Saloniki sind hier eingetroffen. General Sarrail hatte mit dem französischen Ministerpräsidenten Briand und dem französischen Kriegsminister Lyautey Besprechungen und nahm an zwei Sonderberatungen teil, welche die Generale und Kriegsminister des Vierverbandes abhielten.

Die Plenarberatungen.

Vormittags fand unter dem Vorsitz des italienischen Ministerpräsidenten Boselli eine dreistündige Plenarsitzung statt, bei welcher Italien außer von den militärischen Ministern und Generalen auch vom Minister des Aeußern Sonnino und dem Minister ohne Portefeuille Scialoia vertreten war, der gewöhnlich Rechtsfragen behandelt. Auch die Botschafter Frankreichs, Englands und Rußlands nahmen an der Plenarsitzung teil.

In der Zwischenzeit hatten die drei Ministerpräsidenten Boselli, Briand und Lloyd George gesonderte Besprechungen.

Empfang des amerikanischen Botschafters.

Gegen Mittag wurde der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika vom Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern empfangen. Nachmittags wurde wieder eine dreistündige Plenarsitzung abgehalten.

Inzwischen hatten der französische Ministerpräsident Briand Zusammenkünfte mit dem spanischen Botschafter und den Gesandten Rumäniens und Belgiens sowie Minister Bissolati mit Briand und Thomas, welch letzterer auch mit dem italienischen Unterstaatssekretär für Munitionswesen beriet.

„Corriere della Sera" zufolge ist gestern eine englische Marinemission, bestehend aus einem Admiral und zwei Schiffskommandanten, in Rom eingetroffen.

Briand und Lloyd George befriedigt.

„Messaggero" weiß zu berichten, daß Briand und Lloyd George von dem Verlaufe und dem Ergebnis der bisherigen Konferenzen und von der Entschiedenheit und Intensität der Teilnahme Italiens am Kriege des Vierverbandes sehr befriedigt seien. Das Blatt knüpft hieran den Ausdruck der Hoffnung, daß die Verbündeten die Bedürfnisse Italiens nun würdigen und Geld, Kohle, Rohstoffe und Korn für Italien liefern werden. Lloyd George wird wahrscheinlich Italien nicht sofort nach Schluß der Konferenz verlassen, sondern noch einige Tage bleiben.

Ministerpräsident Briand versicherte einem Journalisten gegenüber, daß er immer denselben Glauben und die Gewißheit besitze, daß die Verbündeten dem schönsten und erhabendsten Ergebnis entgegengehen, und daß er wisse, daß Italien zu allem entschlossen sei.

Konzentrierung aller Kräfte auf ein Frontstück.

K. **Lugano**, 7. Jänner. In ihren Aeußerungen über den Gegenstand der Vierverbandskonferenz behalten die italienischen Blätter den Standpunkt bei, daß sie wesentlich kriegerische Maßnahmen bezwecke. Zu deren Kennzeichnung werden die herkömmlichen Worte über die einheitliche Front des Vierverbandes wiederholt, aber es wird nicht mehr wie früher die Gleichzeitigkeit und Gleichmäßigkeit von Offensiven aller Heere des Vierverbandes auf allen Fronten als unfehlbares Mittel zum Endsiege bezeichnet, sondern vielmehr die möglichste Konzentrierung aller Kräfte des Vierverbandes auf jenes Frontstück, das am ehesten durchschlagende Erfolge verspreche.

Die italienischen Blätter erklären in diesem Sinne, daß gegen Deutschlands Westfront und Ostfront wohl nichts zu machen sei, während für eine Offensive gegen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien bessere Aussichten gegeben seien. Hiebei zeigt sich die namentlich vom englischen Standpunkt abweichende Neigung Italiens, die Expedition in Mazedonien fortzusetzen und sie unter größerem Einsatz von Truppen und Material auszugestalten.

Für Verstärkungen der Sarrail-Armee.

K. **Bern**, 7. Jänner. Der „Temps" verlangt in seinem heutigen Leitartikel, dessen zweite Hälfte vollständig von der Zensur gestrichen wurde, energisches Handeln gegenüber Griechenland und schreibt: Da zu befürchten stehe, daß griechische Truppen die Verbindungen Sarrails bedrohen, habe die Orientarmee Verstärkungen sowohl zur Verdichtung der Front als zum Schutz der linken Flanke und der Basis selbst nötig. Es sei gleichgiltig, wo man die Verstärkungen wegnehmen werde. Auf jeden Fall müßten sie sofort abgesandt werden. Neben dieser dringenden Notwendigkeit müßten aber die Venizelisten in Griechenland gegen andauernde Verfolgungen geschützt und Genugtuung für die ersten Dezembertage erlangt werden.

Arbeiterzeitung
9./I. 1917
166

Die Internationale an der Arbeit.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

„Het Volk" vom 9. Dezember veröffentlicht ein wichtiges, vielleicht sehr folgenreiches Schriftstück: eine Antwort des Exekutivcomités des Internationalen Sozialistischen Büros auf den Brief, den Emile Vandervelde im Interesse der nach Deutschland geführten belgischen Arbeiter an das Büro gerichtet hat. Vandervelde regte an, an die sozialistischen Parteien aller Länder, auch an die der Zentralmächte, Protest zu erheben und gegen die Wegführungen aufzutreten. Die Antwort, die von den holländischen Vertretern, den Genossen Troelstra, Van Kol und Albarda, sowie vom internationalen Sekretär Genossen Huysmans unterzeichnet ist, schließt sich dem Protest rückhaltlos an. Weiter aber stellt sie mit Genugtuung fest, daß die deutsche Sozialdemokratie in dieser Angelegenheit an verschiedenen Stellen interveniert hat, noch ehe Vandervelde sein Protest sie erreicht hatte. Sie weist auf die Reden der sozialistischen Sprecher sowohl der Minderheit wie der Mehrheit (Vogtherr, Haase, Dittmann einerseits, Bauer andererseits) in den Reichstagssitzungen vom 31. November und 2. Dezember hin, ferner auf die von Bauer mitgeteilte Behandlung der Frage in der Kommission und in direkten Verhandlungen mit der Regierung und auf die entsprechende Wirksamkeit der deutschen Gewerkschaften. Dann fährt das Schreiben fort:

Unmittelbar nach Ablauf der Verhandlung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst haben sich, im Anschluß an Ihren Aufruf und im Einvernehmen mit der österreichischen Sozialdemokratie, zwei Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Partei, die Parteigenossen Scheidemann und Ebert, nach dem Haag begeben, um mit unserem Comité über die Angelegenheit der belgischen Arbeiter zu beratschlagen. Sie teilten uns mit, daß schon vor der öffentlichen Verhandlung die Sache durch Genossen Legien in der Budgetkommission verhandelt worden war und daß er sich hiebei nicht nur aus Gründen von Recht und Menschlichkeit, sondern auch aus praktischen Gründen, auf Grund seiner Kenntnis der belgischen Arbeiter, entschieden gegen ihre zwangsweise Einstellung zur Arbeit ausgesprochen hat. Wir haben darauf unsere deutschen Parteigenossen über die traurigen Zustände in Belgien, besonders über die Schuld der deutschen Behörde selbst an der dort herrschenden Arbeitslosigkeit näher unterrichtet und sie haben uns ihre Absicht kundgegeben, eine ernste Untersuchung anzustellen und alles zu tun, was dazu dienen kann, diesen Zwangsmaßregeln entgegenzutreten. Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß Sie nicht vergebens gemeint haben, einen Appell an alle Glieder der Internationale zu richten, „an die Neutralen, an die Kriegführenden, an jene selbst, die gegeneinander streiten". In der Tat: „Auch nach allem, was geschehen ist, und trotz allem sind sie Sozialisten!"

In dieser Konferenz mit den zwei Vertretern der deutschen Sozialdemokratie kamen verschiedene Fälle von Zwang, Unrecht und Unmenschlichkeit zur Sprache, die wohl nicht so ins Auge springen wie der belgische Fall, die aber doch von der Art sind, daß es erwünscht wäre, zu ihrer Gutmachung die sozialistischen Parteien und ihre politische Vertretung in den kriegführenden Ländern in fortdauernder Aktion zu halten. Wegführung von Gefangenen — zuweilen außerhalb Europas —, schlechte Behandlung von Kriegsgefangenen, Behinderung der Korrespondenz von Gefangenen und Soldaten mit ihrer Familie, woraus allerlei unnötige Verschärfung des Kriegselends folgt — Wegführung der Zivilbevölkerung durch kriegführende Mächte, Internierung von Ausländern, Repressalien gegen Gefangene und Internierte an Stelle gegenseitigen Entgegenkommens zu ihren Gunsten: all das sind Kriegsfolgen, die außerhalb des eigentlichen Wesens des Krieges liegen und die, sei es im allgemeinen, sei es durch ihre Ausführung im besonderen, diese Aktion immer notwendiger machen. Daher wurde durch uns die Idee geäußert, daß die Abteilungen der Internationale, an die Sie mit Recht für die belgischen Arbeiter appelliert haben, für die von uns genannten Angelegenheiten mehr dauernd zusammenwirken sollten. Wenn jedes der hauptsächlichsten kriegführenden Länder einen Vertreter für ein Comité mit dem Sitze im Haag ernennen würde, das unter der Leitung des Internationalen Sozialistischen Büros stände, könnten die parlamentarischen Vertreter von diesem Zentralbüro die Aufklärungen empfangen, die nötig sind, um bei ihren Regierungen auf die Aufhebung der bezeichneten Mißstände zu dringen.

Diese Idee, die die Vertreter der deutschen Sektion der Internationale mit Sympathie begrüßt haben, wird von uns Ihrer wohlwollenden Aufmerksamkeit und Mitwirkung empfohlen. Wir hoffen, daß Sie zu ihrer Ausführung mitwirken werden, indem Sie Ihren Einfluß auch bei den französischen und englischen Parteien geltend machen, die neben den sozialistischen Parteien von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland in der Kommission Platz zu nehmen hätten, um nun zu einem Beginn der Aktion zu kommen. Die weitere Ausdehnung wird später zu erwägen sein, aber darauf kann die Sache nicht warten.

Der Brief hebt zum Schluß hervor, daß die neue Kommission in keiner einzigen Hinsicht den politischen Charakter tragen soll, der unablöslich mit einer Zusammenkunft des Internationalen Sozialistischen Büros verbunden ist, zu der die französischen und englischen Parteien ihre Mitwirkung bisher noch versagt haben. Es handelt sich nur um ein Hilfscomité. Würde der Gedanke verwirklicht, so würde die Zwangsabführung der belgischen Arbeiter zu einem Werke von internationaler Bedeutung für die Arbeiterklasse der kriegführenden Länder geführt haben.

Die Antwort der holländischen Delegation und des internationalen Sekretärs ist von großer Bedeutung, weil sie den ersten auf Erfolg Hoffnung gebenden Versuch darstellt, die Aktion der Internationale aus der Sphäre der papierenen Resolutionen herauszuführen. Die Internationale muß wieder sie selbst, das handelnde Organ der internationalen Arbeiterklasse sein und einen Zustand überwinden, worin ihre Beschlüsse kaum zu etwas anderem dienen können als zu einem gelegentlichen Mittel der internationalen Propaganda einer der kriegführenden Gruppen oder zu einem Vorwand, den Sozialismus und die Idee der internationalen Gemeinschaft im Interesse regierender Klassen im eigenen Land anzuschwärzen. Die Antwort spricht offen aus: Im heutigen Krieg ist nicht alles Licht auf der einen, aller Schatten auf der anderen Seite, und um die unnötigen Härten der Kriegführung zu mildern, ist Kraft auf verschiedenen Seiten einzusetzen. Es hat in diesem Kriege eine Zeit gegeben — und leider scheint sie noch nicht ganz vorbei —, wo sich auch die Sozialisten wohl über Unrecht und Gewalt im Feindeslager entrüsteten, aber zu leidenschaftlich einseitig oder zu „politisch" waren, um gegen die Uebel im eigenen Kreise aufzutreten. Wir erinnern an den französischen sozialistischen Minister, der in einer Volksversammlung, als man ihm von der Deportierung der Dumamitglieder sprach, erwiderte, man könne sich in die innere Politik Rußlands nicht einmischen. Zuletzt noch haben wir vergeblich nach einer Aktion der französischen und englischen Sozialisten ausgeblickt, als die rumänische Regierung erst sozialistische Friedensdemonstranten niederschießen ließ und dann die sozialistischen Führer in den Kerker warf. Man sieht, nicht nur für das Unrecht, das am „feindlichen Ausländer", sondern auch für das Unrecht, das am politisch unbequemen Inländer oder Bundesfreund begangen wird, bedarf das sozialistische Gewissen mitunter einer Schärfung und wir glauben, daß die gegenseitige Aussprache in dem vorgeschlagenen Hilfscomité auch hier von hohem Werte sein würde.

Darum ist die Antwort des Exekutivcomités an Vandervelde nicht nur eine Erfüllung seines Antrages, sondern auch eine ernste Mahnung, die allen Sozialisten der kriegführenden Länder gilt, in erster Linie aber denen, die bisher allen Anregungen und Vorschlägen zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen Widerstand geleistet haben. Vandervelde hat von den Sozialisten der Zentralmächte geschrieben, „auch sie sind Sozialisten". Ein solcher Satz mag uns selbstverständlich scheinen, aber vergessen wir nicht, daß wir vor noch nicht langer Zeit törichte oder fanatische Redensarten hörten wie die, daß man diesem oder jenem Sozialisten des Feindeslandes nie die Hand reichen oder sich mit den Bewilligern des Kriegsbudgets — in den Feindesländern — nie an einen Tisch setzen würde. Vandervelde straft heute diese Phrasen öffentlich Lügen. Und das Haager Exekutivcomité zieht daraus die entscheidende Folgerung. Die Internationale kann sich nicht damit begnügen, eine Fabrik für öffentliche Beschwerden zu sein, die für offiziöse Depeschenbüros liefert. Sie muß wirken und das kann sie nur, wenn sie ihrem Namen entsprechend die Vertreter aller Nationen vereinigt.

Wird Vandervelde, werden die Sozialisten Frankreichs und Englands auf den Vorschlag aus dem Haag bejahend antworten? Wir gestehen, uns in der jetzigen Entwicklung des Krieges und des Denkens über den Krieg eine andere Antwort nicht vorstellen zu können. Wir sind anscheinend in die Endphase des Kriegs eingetreten, aber gerade sie scheint eine Verschärfung der Kriegführung zu bringen. Wenn je, so ist der Appell an das sozialistische Solidaritätsgefühl, das die Völker aller Länder umfaßt, in diesem Augenblick von nöten.

Das Hilfscomité im Haag soll nicht politisch sein und seine Konstituierung soll die Freiheit der Parteien, ihre Zustimmung zu einer Sitzung des Internationalen Büros zu geben oder zu verweigern, nicht beeinträchtigen. Gewiß, aber auch als ein Symptom einer versöhnlicheren Gesinnung würden wir es begrüßen und mehr noch. Wir glauben nicht, daß die Mitglieder dieses Comités mit einer kühlen Geschäftsmäßigkeit ihre Arbeit verrichten würden, etwa wie ein Kollegium beruflich abgestumpfter Bürokraten bei einer Ueberschwemmung Unterstützungsgesuche erledigen mag. Wenn sie erst Aug' in Aug' einander gegenüberstehen werden und das eine Wort das andere gibt, wird mit der Erinnerung an die gemeinsamen Kämpfe der Vergangenheit das Gefühl, zueinander zu gehören, und mit ihm der Drang, wieder zueinander zu kommen, emporschlagen. Wenn nicht ihr Mund — eben der Kompetenz wegen —, ihr Herz wird vom Frieden reden. Und sollten heute noch Sozialisten sein, die sich davor fürchten?

Vossische Zeitung 9.I.1917

nicht mehr durch Noten, sondern durch Kanonen sprechen werde. Die „Idea Nazionale" sagt in einem Artikel „Saloniki und Valona": Durch die in Rumänien begangenen Fehler und die deutschen Siege sei der wesentliche Zweck der Saloniki-Unternehmung in Frage gestellt und die ganze Armee gefährdet. Die „Daily Mail" habe bereits die Zurückziehung der Truppen aus Mazedonien gefordert; aber es sei nötig, wenigstens Saloniki und Valona zu halten, um Deutschland nicht am Aegäischen Meer und Oesterreich nicht am Adriatischen Meer zu weit vordringen zu lassen. Aber die zwischen beiden Städten liegende Linie zu behaupten, sei nicht nötig, wenn eine große gemeinsame Unternehmung geplant wird; dies führe eher zu einer Schwächung. Es sei bedenklich, meint der „Popolo Romano", daß die einzelnen Staaten des Vierverbandes so verschiedene Sinne haben, welche die gemeinsamen Arbeiten nicht leicht machen. Es sei zu bestimmen, wie weit jeder Bundesgenosse, ohne auf die eigenen Ziele zu verzichten, seine Kriegsführung mit der der anderen in Uebereinstimmung bringen kann. „Wir wollen hoffen," heißt es am Schluß, „daß die Weisheit und Erfahrung der versammelten Staatsmänner diese Aufgabe gelöst habe."

Karl Federn.

Die Versenkung von „Gaulois" und „Aramis"

Reformen im auswärtigen Dienst

Von

Dr. Georg Quandt,*)

geschäftsführendem Vorstand des Verbandes deutscher Eisenexporteure.

Einer der bedeutendsten Köpfe unter den höheren Verwaltungsbeamten hat einmal zum Fürsten von Bülow gesagt: „Wir Deutschen sind das gelehrteste und dabei das kriegstüchtigste Volk der Welt. Wir haben in allen Wissenschaften und Künsten hervorragendes geleistet; die größten Philosophen, die größten Dichter und Musiker sind Deutsche. Neuerdings stehen wir in den Naturwissenschaften und auf allen Gebieten der Technik an erster Stelle, und haben es noch dazu zu einem ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Wie können Sie sich da wundern, daß wir politische Esel sind. Irgendwo muß es hapern."

Das Wort trifft auch den inneren Kern unserer Schwierigkeiten im auswärtigen Dienst, die Seltenheit der eigentlichen diplomatischen Begabung. Wir sind für Politik und Diplomatie zu abstrakt und zu sittlich, zu schulgebildet und zu bedenklich. Es fehlt uns zu sehr der Sinn für das Lebendige, für die Kunst, Tatsachen und Vorgänge in ihrem Gewichtsverhältnis zueinander rasch und nüchtern einzuschätzen, zwischen den widerstrebenden Interessen die richtige Verbindungslinie zu ziehen und auf ihr unbekümmert zu arbeiten, jeden Konflikt zunächst für ausgleichbar zu halten, unter Umständen aber rücksichtslos zu handeln. Gewiß, wir waren nicht immer in der Lage, die letzten Konsequenzen zu ziehen, aber wir hätten manches verhindern und vermeiden können.

Aber abgesehen von dem, was als Mangel an natürlicher Veranlagung hingenommen werden muß, gibt es eine ganze Reihe von Organisationsmängeln, deren Abstellung durchaus möglich und wünschenswert ist. Hier sollen nur einige wenige angeführt werden: dahin gehört zunächst die Art der Verbindung der Referenten im Amt mit den von ihnen bearbeiteten Ländern und Gebieten. Es fehlt hier an dem richtigen lebendigen Zusammenhang. Die unmittelbare eigene Anschauung war zu kurz oder liegt zu weit zurück oder fehlt ganz. Das Urteil beruht dann überhaupt oder gar zu sehr auf der Anschauung, die durch die Berichte dritter gebildet wird, denen man nicht mehr ganz nachgehen kann. Da ist es nur natürlich, wenn die produktive Behandlung der Dinge und Vorgänge von heut leidet. Hiermit hängt zusammen auf der einen Seite die Gefahr einer einseitigen bürokratischen Bevormundung seitens der Zentrale und auf der anderen Seite der Mangel an System und Richtung da, wo solche möglich sind.

Mancherlei zu verbessern gibt es auch bezüglich der rationellen Ausnützung der vorhandenen Arbeitskräfte. Hierher gehört die Ueberlastung der leitenden und höheren Beamten mit subalternen Formalien, die manchen zu größeren zusammenhängenden Arbeiten überhaupt nicht kommen läßt. Hierher gehört ferner der häufige Wechsel in der Besetzung der Stellen und die Versetzung der Beamten aus einem Kultur-, Wirtschafts- und Sprachgebiet in ein ganz entgegengesetztes. Alters-, Gehalts- und Beförderungsfragen können auch ohne derartigen Wechsel gelöst werden und die Zwecke, die man mit der häufigen Versetzung namentlich der Diplomaten verfolgt: viel sehen und lernen, werden nur bei ganz ungewöhnlicher Naturen erreicht. In den weitaus meisten Fällen sind die Nachteile größer. Der Durchschnittsbeamte lernt keins der Gebiete gründlich kennen und hat meist die Zeit der höchsten Leistungsfähigkeit hinter sich, wenn er seßhaft wird. Es ist ferner unwirtschaftlich, jemand etwa in Europa zu belassen, der im schwierigen Orient zu Haus ist oder einen Beamten mit ausgesprochener Begabung für wirtschaftliche Dinge etwa in der Personalabteilung zu verwenden oder den geborenen Bürokraten ins Ausland zu schicken und den selbständigen Kopf in der Schreibstube zu beschäftigen.

Daß sich bezüglich der Uebernahme der Beamten aus dem Konsulardienst in den diplomatischen eine Besserung zu vollziehen scheint, wurde schon im ersten Aufsatz bemerkt. Die Mißstände, welche hier herrschten, waren zum Teil unwürdig und wirkten naturgemäß vielfach zum Schaden der gemeinsamen Sache. Bei der Trennung der diplomatischen und konsularischen Vertretung einerseits und dem Hinübergreifen von Politik und Wirtschaft andererseits sind Gegensätze in den Anschauungen nicht zu vermeiden, würden auch an sich nichts schaden. Unter den heutigen Verhältnissen aber leidet oft die Sache und unser Ansehen draußen.

*) Siehe den Aufsatz „Reichshandelsamt" in der „Vossischen Zeitung" vom 7. Januar.

Reichspost

11. II. 1917

175

Die Ausweisung Gerlachs.

Wien, am 10. Jänner.

Ein neuer Gewaltstreich der italienischen Regierung gegen den Heiligen Stuhl lenkt wieder einmal die Blicke der katholischen und der ganzen übrigen gerecht denkenden Welt auf die unerträglichen Verhältnisse, in welche der legitimste Souverän der Erde durch den italienischen Raubstaat gebracht worden ist.

Berliner Meldungen zufolge wurde der Erste Geheimkämmerer des Papstes, Monsignore v. Gerlach, offenbar weil er ein Reichsdeutscher und als solcher der italienischen Regierung lästig ist, da er im Vatikan die Anschauungen der Katholiken des Deutschen Reiches verdolmetschen und in deren Sinne raten und Einfluß nehmen könnte, einfach ausgewiesen. So schaut die Souveränität, Unabhängigkeit und Freiheit des Apostolischen Stuhles in der italienischen Praxis aus! Eine der vermöge ihrer Stellung nächsten Vertrauenspersonen des Papstes wird, weil sie der Regierung des Chuirinal nicht gefällt, kraft der Gewalt, welche sich die Räuber von 1870 angeeignet haben, wie ein lästiger Ausländer des Landes verwiesen. Die italienische Regierung behandelt das Oberhaupt der katholischen Weltkirche wie einen Untertan Italiens und macht ihm über die Zusammensetzung seiner nächsten Umgebung, über die Auswahl seiner Mitarbeiter und Ratgeber, der Personen seines Vertrauens die erniedrigendsten Polizeivorschriften. Augenscheinlich möchte es die italienische Regierung durch Schikanen, Drohungen und selbst Gewaltanwendungen dahinbringen, daß der Oberhirt der alle Völker umfassenden Universalkirche nur mehr von Vertretern jenes Bruchteils der katholischen Welt umgeben sei, den der Verband der Zehnmächte vertritt; es genügt den Machthabern Neuitaliens nicht mehr, den freien Verkehr der hundert Millionen Katholiken des vom Vierbund der Mittelmächte umschlossenen Gebietes mit dem Zentrum und Oberhaupt der Kirche seit Kriegsausbruch unterbunden zu haben, sie möchten ihn völlig sperren. Die Aushungerungspolitik der Verbandskriegführung soll auch auf die Seelen ausgedehnt werden. Nicht nur die unterjochten Völkerschaften der Verbandsmächte, wie etwa die katholischen Iren, nicht nur die kleinen neutralen Staaten, wie etwa Griechenland, sollen die Brutalität der „Beschützer aller kleinen Völker und Staaten" am eigenen Leibe verkosten, auch die geistigste aller Gewalten, auch die autoritativste aller neutralen Mächte, aus deren unabhängigem Wort der gemarterten Menschheit Heil und Erlösung quellen könnte, versucht die rücksichtslose Verbandstyrannei unter ihr Joch zu pressen.

Angesichts der traurigen Wirklichkeit müssen die pharisäischen Phrasen, mit welchen die Erben und Nachfolger der Rom-Räuber immer wieder Neuitaliens Haltung gegenüber dem Heiligen Stuhle zu beschönigen und der katholischen Welt mundgerecht zu machen trachten, verächtlich anmuten. Von der moralisch erzwungenen Abreise unserer Vertretungen beim Vatikan aus Rom und Italien bis zur Ausweisung des Monsignore v. Gerlach, von der räuberischen, rechtsbrecherischen Aneignung des Palazzo di Venezia bis zu den Bedrohungen, denen der Vatikan wegen der Trauerfeier für weiland Kaiser Franz Josef ausgesetzt war, leistete sich die italienische Regierung eine ununterbrochene Kette von Verdemütigungen, Einschüchterungsversuchen, Einschränkung der Bewegungs- und Aeußerungsfreiheit des Heiligen Stuhles und von offenen Rechtsbrüchen. Der geschichtliche Betrug des sogenannten Garantiegesetzes, dieses armseligen Feigenblattes der Kirchenraubschande, mußte auch den Blindesten und Oberflächlichsten während des Krieges offenbar werden. Keine Sophistik eines Orlando, keine oratorische und taktische Seiltänzerei der Meda und Gesinnungsgenossen, wenn da von Gesinnung überhaupt noch die Rede sein kann, kein sonstiger Schwindel der Quirinalleute vermag mehr die Tatsache zu verschleiern, daß die Freiheit der Kirche und die Souveränität ihres Oberhauptes aufs schmählichste von den Machthabern Italiens bedroht, verletzt und mißachtet wird, daß ihnen das Ziel vorschwebt, die Völkerkirche als Instrument der Vierverbandspolitik zu mißbrauchen.

Als Katholiken vertrauen und wissen wir, daß schließlich alle Anschläge gegen die ewige, unzerstörbare Kirche zuschanden werden müssen; aber dieser felsenfeste Glaube enthebt die katholische Welt nicht der Pflicht, die Freiheit der Kirche und die Unabhängigkeit und Souveränität des Papstes in der nachdrücklichsten, entschiedensten Weise gegen alle frevlerischen Hände zu verteidigen. Der Fall geht nicht bloß die Mittelmächte und ihre katholischen Bürger an, er geht alle Katholiken des Erdballes an. Den Katholiken der neutralen Welt können die Anstrengungen des mit der romanischen Freimaurerei verbündeten Anglikanismus und orthodoxen Zarismus, die katholische Universalkirche zu knechten und ihren freien Verkehr mit den Katholikenmassen des Vierbundes zu sperren, durchaus nicht gleichgültig sein. Ja, auch die Katholiken der Verbandsländer müßten, wenn sie chauvinistische Verblendung nicht aller Sehweite beraubt hat, sich wie ein Mann wider das Treiben ihrer Machthaber erheben und diesen Eindringlingen in die Rechtssphäre der Kirche mit ambrosianischem Freimut ein gebieterisches Halt zurufen. Die Gesamtheit der Katholiken kann und wird im zwanzigsten Jahrhundert den Plan eines kirchlichen Avignon ebenso durchkreuzen, wie vor mehr als einem Halbjahrtausend.

Mit verletzender Nichtbeachtung des Vatikans und des Friedenspapstes verließen die eben in Rom zu großem Kriegsrat versammelt gewesenen Vierverbandsstaatsmänner und -generale die ewige Stadt. Aber die römische Frage kann durch diplomatische Klotzigkeit nicht zum Schweigen gebracht werden. Der Entschluß, auch sie zur befriedigenden Lösung zu bringen, beginnt weit über die katholischen Kreise hinauszugreifen. In einem anderen Sinne, als es die Kirchenfeinde zu zitieren pflegen, werden Neuitalien und die Frevler, die jetzt glauben, aus dem Siebziger-Raube die letzten Folgerungen ziehen zu können, das Wort noch bestätigt erhalten: Qui mange du Pape, en meurt — wer sich an Kirchengut vergreift, geht daran zugrunde.

•

Msgre. Rudolf v. Gerlach entstammt einer vornehmen bayrischen Familie und wandte sich zunächst der militärischen Karriere zu. Als Leutnant diente er bei einem bayrischen Reiterregiment in Landshut. Mit 21 Jahren trat er in Rom in das Collegium Capranicum ein, in dem auch Papst Benedikt XV. seine Studien vor der Priesterweihe gemacht hatte, um dann als neugeweihter Priester in die Accademia Ecclesiastica überzugehen, welche dazu bestimmt ist, den Nachwuchs der höheren römischen Prälatur heranzubilden. v. Gerlach blieb sieben Jahre in der Anstalt, wurde schließlich Dekan derselben und bei dem obersten Gerichtshof der Rota Adjutor a studiis des österreichischen Auditors Prälaten Dr. Perathoner. Benedikt XV. hatte bei seinen römischen Besuchen als Erzbischof von Bologna, bei denen er in der Accademia abstieg, den ideal veranlagten jungen Geistlichen schätzen gelernt. Es war eine seiner ersten Willenserklärungen, daß er Msgre. von Gerlach zu seinem wirklichen Geheimen Dienstkämmerer machte, nachdem noch Kardinal Agliardi warme Fürsprache für denselben eingelegt hatte.

Den unmittelbaren Dienst um den Papst versehen bekanntlich vier Geheime Kämmerer, welche als die nächststehenden Vertrauten des Oberhauptes der Kirche gelten müssen. Deshalb bestand seit altersher der Brauch, daß in deren Mitte auch Nichtitaliener vertreten seien. So sehen wir in den letzten Pontifikaten Engländer, Franzosen und auch Deutsche in dieser Stellung, einen Prinzen Hohenlohe, den Belgier Prinz de Croy, den Polen Prinzen Sapieha, den Ungarn Grafen Julius Zichy. Es löste große Freude in Deutschland und Oesterreich aus, als Benedikt XV. wieder einen Deutschen an seine Seite zog und mit seinem besonderen Vertrauen beehrte. Dabei hatte Msgre. v. Gerlach die ganze Schulung des römischen Prälaten durchgemacht, um als vollwertiges Mitglied der römischen Kurie zu gelten. Seine Anstellung schien ein Schulbeispiel dafür zu bilden, daß auch Ausländer nach Absolvierung der römischen Studienanstalten in gleicher Weise wie Italiener an der Kurie angestellt werden können. Beim Ausbruch des Krieges Oesterreichs mit Italien stellte das italienische Ministerium Salandra in Anerkennung der Tatsache, daß Msgre v. Gerlach, der auch seine Privatwohnung im Vatikan hatte, als persönlicher Hofherr des Papstes im strengsten Sinne der Exterritorialität des Vatikans teilhaftig sei, demselben eine ausdrückliche Aufenthaltsbewilligung für Italien aus. Trotzdem durfte ein ganzes halbes Jahr v. Gerlach den Vatikan nicht verlassen. Beim Vatikan akkreditierte Diplomaten von Ententestaaten hatten mit ihren Quirinalkollegen, mit dem französischen Botschafter Barrère, mit dessen Schildknappen vom Giordano-Bruno-Bund und vom antikirchlichen Hetzblatt „Messaggero", vereinbart, Msgre. v. Gerlach durch einen öffentlichen Skandal beim ersten Ausgang von Rom zu vertreiben. Das erste Mal verließ Msgre. v. Gerlach, begleitet von italienischen Polizisten auf Fahrrädern, den Vatikan, als er ein halbes Jahr später in seiner Eigenschaft als „Guarderoba", welches Amt dem dritten Kämmerer zu eigen ist, den neuen Kardinälen den roten Hut in ihre Wohnung zu überbringen hatte. Später unternahm v. Gerlach öfters Ausfahrten in seinem Privatautomobil in die römische Campagna. Sonst teilte er völlig die Gefangenschaft des Papstes im Vatikan, dessen Garten der reiche junge Kämmerer in einzelnen Teilen in geschmackvoller Weise verschönern ließ. Aus diesen Gründen ist es schwer verständlich, in welcher Art sich die Ausweisung Msgre. v. Gerlachs aus Italien vollziehen konnte. Ob es sich um einen direkten Ausweisungsbefehl oder um eine Bedrohung der persönlichen Sicherheit des Papstes gehandelt hat, falls der Papst ihn nicht entläßt, geht aus den Berichten nicht klar hervor. Jedenfalls handelt es sich um den schwersten Eingriff in die persönliche Selbstbestimmung des Oberhauptes der Kirche, den die Kirchengeschichte kennt, seitdem Napoleon I. die pflichtgetreuen Kardinäle von der Seite Pius' VI. aus Fontainebleau verbannte. Eine interessante Parallele zum Fall Gerlach bildet der Fall Ledochowski unter Leo XIII. der von der preußischen Regierung abgesetzte Erzbischof von Posen-Gnesen Graf Ledóchowski hatte sich nach Rom geflüchtet, fürchtete jedoch auch dort eine Ausweisung von Seite Italiens, das durch den Dreibund mit Bismarck innig verbündet schien. Um den früheren Erzbischof von Posen-Gnesen gegen einen Eingriff Italiens, resp. Deutschlands zu schützen, wies ihm Leo XIII. seine Wohnung im exterritorialem Vatikan an. Und der spätere Kardinal Ledóchowski wurde im Vatikan in keiner Weise behelligt, während jetzt Italien von einer Gewalttat gegen einen Prälaten, der bereits vor Kriegsausbruch friedlich im Vatikan lebte nicht zurückschreckt.

Fremdenblatt
11. II. 1917
176

Friedenstauben und Friedenstaubheit.

Von Maximilian Ritter v. Hoen,
k. u. k. Generalmajor.

Auf der Höhe neuerdings errungener großer Erfolge hielten die Mächte des Vierbundes den Augenblick für gekommen, ihren Feinden die Hand zum Frieden entgegenzustrecken, um den Schrecknissen eines bereits zweieinhalb Jahre währenden furchtbaren Krieges, der schwer auf ganz Europa lastet und den Wohlstand der kriegführenden Völker auf Jahrzehnte hinaus bedroht, ein Ende zu machen. Menschlichkeit und Vernunft paarten sich, um diesen hochherzigen und leicht zu irrigen Auslegungen Anlaß gebenden Entschluß zu zeitigen.

Die Geschichte weist wenige Kriege auf, die dadurch beendigt wurden, daß einer der beiden kämpfenden Teile gänzlich auf die Knie gezwungen und genötigt wurde, sich auf Gnade oder Ungnade den Siegern zu ergeben. In der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle, namentlich, wenn es sich um Großstaaten handelt, entspringt der Friede dem Bedürfnis des Siegers, der sein Ziel annähernd erreicht sieht und nicht weiter Blut und Gut für Erfolge vergeuden will, die ihm keinen Nutzen mehr bringen. Es zeigt sich auch, daß der Landgewinn beim Friedensschluß stets weit geringer ist als die mit den Waffen gemachten Eroberungen. Dies führte sogar viele bedeutende Geister zum Urteile, daß der Krieg überhaupt ein untaugliches Mittel sei, Streitigkeiten zwischen den Staaten auszutragen.

Die Wirkung des Kriegsinstrumentes hängt von dem Grade ab, in welchem sich der Kampfakt als niederwerfend erweist. Je primitiver die Waffen, desto durchschlagender der Erfolg. Als die Schlachten noch mit Spießen, Keulen und Beilen ausgefochten wurden, war die Wirkung die bedeutendste, da sie dem Unterliegenden nahezu die Vernichtung brachte. Je mehr jedoch die Fernwaffen zur Herrschaft gelangten, desto geringer wurde die physische Wirkung und desto mehr Mittel wurden dem Geschlagenen an die Hand gegeben, sich den Verfolger vom Leibe zu halten. So wurde das Ziel der Vernichtung des Feindes immer unerreichbarer und der Weg dahin so opfervoll für den Sieger, daß stets ein Augenblick eintreten mußte, der ihn den billigen Frieden weiteren Schädigungen vorziehen ließ.

Die Entwicklung der Waffentechnik in der jüngsten Zeit schien allerdings das Prinzip der Vernichtung zu begünstigen. Die ersten Kämpfe, die dieser Entwicklung noch nicht im vollen Maße Rechnung trugen, brachten sehr große Verluste, doch schwächten die ins Feld geführten Massen des Volksheeres mit ihren weite Räume bedeckenden Streitern die Wirkung ab. Die großen Schlachten zerfielen in eine Unmenge von Einzelgefechten mit wechselndem Erfolge. Mochte die Resultierende auch einer Partei den Rückzug aufzwingen, so geschah dieser von einer ganzen Reihe von Kampfeinheiten nach einem Siege, also weder moralisch noch physisch gebrochen, so daß die ärger mitgenommenen Teile bald eine kräftige Stütze fanden. Als dann der Stellungskrieg in seine Rechte trat, mußte der Angriff die Form des von reichlicher Artillerie eingeleiteten und begleiteten Durchbruches annehmen. Er beruht auf dem ältesten Satz aller Kriegerweisheit, der Anwendung einer relativen Ueberlegenheit an entscheidender Stelle. In früherer Zeit waren entscheidende Stellen stets jene, wo man durchschlagenden Erfolg zu erzielen vermochte. Mit der Entscheidungskraft sieht es jetzt aber übel aus. Bei der bedeutenden Stärkung der Verteidigung durch die Abstoßkraft der Feuerwaffen und durch die Technik der Befestigungskunst erfordert der Durchbruch ein ungemein großes Aufgebot an Truppen und Geschützen, muß sich also auf verhältnismäßig schmalen Raum beschränken und äußert seine Wirkung nur auf einen geringen Bruchteil der unendlich langen feindlichen Front. Er kann wohl deren Zurücknahme erzwingen, läßt der feindlichen Führung aber die Verfügungsfreiheit über eine Menge unberührter Kampfeinheiten, die eine neue Widerstandslinie bilden können, selbst wenn die vom Durchbruch getroffenen Heereskörper vernichtend getroffen sein sollten. Damit hat es aber seine guten Wege, selbst wenn der Durchbruch in vollem Umfange gelingt, weil auch die Hölle tagelangen Trommelfeuers die Kampflinie nicht gänzlich zu vernichten vermag, geschweige denn die zurückgehaltenen Reserven.

Steht also dem Durchbrochenen genügend Manövrierraum zu Gebote, um die Bewegung in eine neue Widerstandslinie durchführen zu können, so beschränkt sich der Erfolg auf einen Geländegewinn um so mehr, als der Verfolgung schließlich ein Retablierungshalt folgen muß. Die Widerstandskraft des Feindes ist keineswegs gebrochen. Der vorbildliche erste Durchbruch bei Gorlic-Tarnow hatte den weitaus größten Erfolg, eine Tragkraft, die gegenüber jeder anderen feindlichen Macht zur Eroberung des ganzen Landes geführt hätte. Er traf aber Rußland mit seinem ungeheueren Landgebiet, das den Luxus eines weiten Rückzuges gestattete. Wie sich zeigte, fanden die späteren Durchbruchsversuche den Verteidiger viel besser gewappnet. Viele, so namentlich an der Isonzofront, scheiterten gänzlich, andere, wie der an der gleichen Front im August 1916 und der englisch-französische an der Somme, erzielten mit ungeheueren Opfern im Wesen belanglose Einbuchtungen der Kampflinie. Selbst die groß angelegte und anfänglich erfolgreiche Sommeroffensive der Russen wurde zum Stehen gebracht, ehe die ersten geographischen Ziele erreicht waren.

So konnte sich die Kriegführung und auch nur auf Seite des Vierbundes lediglich dort als niederwerfend erweisen, wo die verhältnismäßig geringe Größe des Staatengebildes unter der Reichweite eines Offensivstoßes blieb, in Belgien, Serbien, Montenegro und jüngst in Rumänien, wobei aber auch nicht verhindert werden konnte, daß ansehnliche Teile des Heeres der Vernichtung entrannen und sich an der Seite ihrer Verbündeten weiter am Kampfe beteiligten.

Bei diesem Stande der Dinge muß nüchterne Beurteilung zu dem Schlusse kommen, daß der Krieg zwischen den Hauptbeteiligten in Hinkunft wohl noch große Opfer bringen, im günstigsten Falle eines Erfolges aber nur einen Raumgewinn an dieser oder jener Front für eine oder die andere Partei erzielen kann, der noch keineswegs den Zwang zum Ausscheiden des betroffenen Staates aus der Kampfgemeinschaft in sich schließt. Die Erfahrung dieses Krieges spricht obendrein dafür, daß solche Erfolge eher den Mittelmächten zuzumuten sind, die bereits so viele Proben weitreichender Stoßkraft abgelegt haben, während ihre Feinde zufrieden sein mußten, wenn es ihnen gelang, einen Teil der Front ein Stück zurückzudrücken, was die große Kriegslage unberührt ließ.

Die Mächte des Vierbundes wollten der Menschheit die weiteren schweren Opfer eines Ringens ersparen, das nie zur gänzlichen Vernichtung der gegnerischen Widerstandskraft führen kann. Daß diese Erkenntnis in den neutralen Zusehern des Riesenkampfes gleichfalls Wurzel gefaßt hat, lehrt die Zustimmung, die das Friedensangebot auch dort fand, wo die Sympathien unverkennbar zur Gegenseite neigen. Wohl aber muß zugestanden werden, daß es jenen hart ankommt, die gebotene Friedenshand zu ergreifen, denen der Krieg nicht zur Selbstverteidigung, wie seitens der Zentralmächte, sondern allen Versicherungen zum Trotz, daß man sich eines jähen Ueberfalles erwehren mußte, mit weitreichenden Umgestaltungsplänen der Karte Europas angefacht wurde. Sie zu verwirklichen, ist die Kriegslage wahrscheinlich nicht angetan und so ist es begreiflich, daß den aus dem Lager der Mächte des Vierbundes und von den neutralen Staaten aufsteigenden Friedenstauben an den maßgebenden Stellen der feindlichen Großmächte eine den Empfindungen der Völker gewiß nicht entsprechende Friedenstaubheit entgegengestellt wird.

Wie leidenschaftliche Spieler, die immer wieder eine Wendung im Fall der Karten erhoffen, klammern sich diese Lenker ihrer Völker an Hoffnungen, so wenig logisch begründet sie auch sein mögen. Schon zum dritten Male ist es die große Frühjahrsoffensive, von der sie Wunder erwarten, wieder ist es das Schlagwort von der Erschöpfung der Mittelmächte, das künftige leichte Erfolge vorgaukelt. Mit dieser Erschöpfung hat es seine guten Wege und es ist sehr die Frage, ob der Gegenseite, wenn man das Experiment bis zum Schlusse durchführen könnte, der Atem nicht früher ausginge. Es läßt sich aber nicht durchführen. Merkwürdigerweise hat bei Beginn des Krieges der Aberglaube die Welt beherrscht, daß die Finanzen Europas nicht länger als hundert Tage eines großen Krieges aushalten würden und allen stand damals der Spruch vor Augen, daß zum Kriegführen Geld, wieder Geld und nochmals Geld gehöre. Als die Prophezeiung hinfällig wurde, schlug die Stimmung um und man sprach dem Geld sozusagen jeden maßgebenden Einfluß ab. Aber die Wahrheit besteht indessen immer zu recht und es gibt auch da eine Grenze — allerdings ein Vielfaches von hundert Tagen. Wenn unsere Feinde mehr Vermögen besitzen sollten, so führen sie dafür den Krieg auch um ein Bedeutendes teurer, wogegen die Mittelmächte weite feindliche Gebiete auszunützen vermögen. Staaten können nicht auf dem Standpunkt von Prozeßhanseln stehen, die sich ihres vorgeblichen Rechtes wegen an den Bettelstab bringen. Es handelt sich dabei nicht nur um Werte, die geopfert werden müssen, sondern um die Arbeit von Millionen Männern, die ihrem Berufe durch Jahre entzogen werden. Zudem sind die Fragen, die den europäischen Zwist hervorgerufen haben, nicht die einzigen Probleme, die das Nebeneinanderleben der Völker beherrschen und wieder sind es die maßgebendsten unserer Feinde, deren Interessen dadurch am meisten berührt werden. Sie können sich dabei nicht gänzlich matt setzen, um einem fragwürdigen Erfolge in Europa bis in die Unendlichkeit nachzulaufen.

Die Friedenstaubheit wird nachher kein chronisches Leiden sein. Die Macht der Umstände bricht den größten Starrsinn. Fast will es scheinen, als ob jene Recht hätten, daß der Krieg nur scheinbar ein Menschenwerk, vielmehr ein notwendiges Uebel im Haushalt der Natur sei, wie der Sturm im Forst, der Bäume bricht und entwurzelt, um frischen Trieben Licht und Luft zu verschaffen. Schwärmer für eine Festlegung ewigen Friedens werden in dieser Auffassung wenig Trost finden, wenn sie jedoch zu recht bestehen, so ist auch der Friede nur scheinbar Menschenwerk und zur gegebenen Zeit unaufhaltsam wie Sonnenschein nach Ungewitter. Voraussichtlich bedarf es noch einigen Rüttelns und Schüttelns an den einander gegenüberstehenden Fronten, ehe der endgiltige Umschwung des politischen Wetters in Europa eintritt; vielleicht werden die Mittelmächte noch einige Proben ihrer aufrechten Kraft abzulegen haben; eins ist aber sicher, daß das Gefühl, dem das Aussenden so zahlreicher Friedenstauben entspringt, einer nüchternen, objektiven Beurteilung der allgemeinen Lage Rechnung trägt. Sie muß endlich die Wolken von Phrasen und Entstellungen, die heute auf feindlicher Seite mit Beflissenheit zur Verhüllung des Firmamentes klarer Erkenntnis zusammengeballt werden, zerteilen, wenn auch um den Preis kostbaren Blutes und vieler Tränen, wofür jene die Verantwortlichkeit tragen, die sich der Friedenstaubheit berühmen und den Oelzweig sorglich verstecken, der schließlich doch das Ende dieser blutigen Sintflut verkünden wird und muß.

Vossische Zeitung 11. I. 1917

Donnerstag, 11. Januar 1917

Zeitung

.704

d gelehrten Sachen.

n monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung 0 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. — e Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahres-: Voßhaus, Breite Straße 8/9, Ullsteinhaus, Kochstraße 22/26, alen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co. Amt Moritzplatz 3 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Amt Zentrum Nr. 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils) i. V.: R. May in Charlottenburg.

Schmoller und der Obrigkeitsstaat

Von

Geh. Regierungsrat Rich. Witting.*)

Besonders starken Widerspruch wecken Schmollers Ausführungen über Hugo Preuß und dessen 1915 bei Eugen Diederichs erschienenes Buch „Das deutsche Volk und die Politik", — ein Buch, das großes und berechtigtes Aufsehen gemacht, vielfach begeisterte Zustimmung und natürlich auch Widerspruch gefunden hat. Denn Herr von Schmoller beschränkt sich nicht darauf, Preuß zu bekämpfen, ihm zu widersprechen, was sein unbedingtes Recht ist, sondern er setzt auch bei dem Verfasser unerfreuliche Motive für seine Welt- und Staatsanschauung voraus, für die man in der Preußschen Schrift selbst keinerlei Begründung findet, und die auch nach meiner Ueberzeugung tatsächlich nicht vorhanden sind. Herr von Schmoller berührt Persönliches, um seine Ausführungen zu rechtfertigen, und so muß ich ihm, so sehr ich das immer vermieden habe, auf dies Gebiet folgen. Ich weiß nicht, ob Herr von Schmoller den Professor und Stadtrat Preuß persönlich kennt: ich habe die Freude und den Vorzug seiner Bekanntschaft und habe als Haupteindruck immer den einer starken Lebensfrische und Lebensfroheit, des Fehlens jeder verbitterten Welt- und Staatsauffassung bei ihm gefunden. Preuß steht in einer reichen, praktisch administrativen Tätigkeit, die ihn offensichtlich voll befriedigt, er ist dazu Professor des Staats- und Verwaltungsrechts und hierin auch von Schmoller rühmlich anerkannt. In glücklichen Verhältnissen lebend, angesehen, auch wissenschaftlich publizistisch mit großem Erfolg tätig, ist dieser Mann in seinem humorvoll sympathischen Temperament augenscheinlich der von Schmoller bei ihm vorausgesetzten Auffassung ganz fern. Er ist wirklich kein mißvergnügter Streber, dem die Trauben zu hoch hängen. Preuß bildet sich nicht, wie Schmoller glaubt, ein, „er besitze eine solche Ueberlegenheit an Intelligenz, Charakter und Talent, daß es ungerecht und schädlich für Staat und Gesellschaft sei, daß er und sein eng zusammenhängender Kreis die Universitäten, das Heer, das hohe Beamtentum noch nicht so unbedingt beherrsche, wie das bezüglich der Stadt Berlin und ihrer Verwaltung der Fall sei." „Denn das," sagt Schmoller, „ist auch bei Preuß ganz wesentlich der Kern seiner Urteile." Diese, wie ich glaube, ganz und gar ungerechtfertigte Auffassung Schmollers kann ich mir einstweilen nur dadurch erklären, daß für ihn eine Persönlichkeit wie die von Preuß, eine stark kritische, radikale, aufrechte Kämpfernatur, bei aller Achtung vor seinem wissenschaftlichen Können vielleicht unbewußt tief unsympathisch ist. Die ganze Richtung paßt ihm nicht — um mit dem seligen Berliner Polizeipräsidenten von Richthofen zu sprechen. Und doch ist gerade diese aggressive Männlichkeit bei Preuß das, was wir brauchen, ganz wie das liebe Brot, das, was dem Mann des öffentlichen Lebens erst die letzte Weihe gibt. Alle wirklich bedeutenden Männer des Staatslebens haben sie gehabt; — daß sie bei uns in der bürgerlichen Welt allmählich entschwand, machte bis zum Kriege unser politisches Leben so jammervoll und kläglich. Auf der Berliner Universität hatte sie Fichte, der oft zitierte und nie gelesene, eine revolutionäre Sturmnatur; Theodor Mommsen hatte sie und Heinrich von Treitschke, mit dem vor langen Jahren Gustav Schmoller ja auch die Waffen gekreuzt hat. Haben denn nicht Schopenhauer und Nietzsche und Lagarde, um nur diese zu nennen, die Zustände unseres deutschen öffentlichen Lebens und besonders unserer Hochschulen hundert mal schärfer und rücksichtsloser kritisier als der immer zurückhaltende Preuß es tut? Und Herr von Schmoller wird der letzte sein zu behaupten, Schopenhauer, Nietzsche, Lagarde seien zu ihren Urteilen gekommen, weil es ihnen, wie Hamlet sagt, „an Beförderung gefehlt hat". Das eben ist ja das schier Trostlose bei uns, daß auch kluge Männer in Deutschland so schwer an das Vorhanden sein und die Reinheit politischer Leidenschaft glauben, und daß sie jedem, der an unseren, nach ihrer Auffassung einfach idealen und vollkommenen Zuständen rüttelt, nicht etwa für einen Rebellen — das wäre begreiflich, sondern für einen verärgerten Streber halten. Hundertmal ist in diesen letzten Jahren beklagt worden, daß unser Volk so durch und durch unpolitisch ist: kein besserer Beweis dafür als die Ausführungen des gefeierten Volkswirtschaftslehrers Schmoller, der für das hohe preußische Beamentum volle Sympathie und Verständnis hat, dem Wesen eines durch und durch politisch empfindenden, mit politischer Leidenschaft begabten Mannes wie Preuß aber schroff ablehnend gegenüber steht. Vielleicht nimmt Herr von Schmoller sich einmal die Mühe, in

*) Siehe den ersten Aufsatz im gestrigen Morgenblatt.

Reichspost

11.

Der italienische Irredentismus.

Von Univ.-Prof. Dr. M. Mayr, Innsbruck.

Universitätsprofessor und Staatsarchivdirektor Doktor Michael Mayr, dessen Buch über den italienischen Irredentismus eben in zweiter Auflage im Innsbrucker Verlage Tyrolia erschienen ist, hat gestern abend in der Sitzung der Gesellschaft für christliche Soziologie die Grundlinien und wichtigen Erkenntnisse seiner Forschungen zu diesem Gegenstand behandelt. Diesem an wichtigen Ausblicken in Oesterreichs Zukunft reichen, bedeutungsvollen Vortrag entnehmen wir folgende geschichtlichen Feststellungen:

In den letzten 50 Jahren hat sich das Verhältnis zwischen Italien und Oesterreich so entwickelt, wie es sich nach den Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung mit Folgerichtigkeit gestalten mußte. Es bildet nicht nur ein aktuelles politisches, sondern auch sozial interessantes Problem, daß aus dem scheinbar festgeketteten Dreibund plötzlich im entscheidenden Augenblick der alte Erbfeind wieder aufgetaucht ist. Die Ankündigung des 4. Befreiungskrieges Italiens gegen Oesterreich 1915, diese plötzliche Stimmungsänderung könnten wir nicht verstehen, wenn wir nicht die Fortarbeit der italienischen Irredenta vom Wiener Frieden 1866 und von dem mazzinischen Irredentaprogramm desselben verstehen gelernt hätten. Dieses Irredentaprogramm Mazzinis bildete die Antwort der Irredenta auf den Wiener Frieden, der zwar Venezien und die Lombardei, nicht aber auch die italienischen Teile aus den österreichischen Erblanden an das einige Königreich Italien gebracht hat. In den ganzen 50 letzten Jahren ist der Irredentismus das treibende Element der Politik Italiens, welche Bewegung in dem Kriege gegen uns ihren naturgemäßen Abschluß finden mußte. Dabei kommt dieser Bewegung noch der gehässige Beigeschmack zu, daß die Italiener bei uns fortan als Unerlöste, als politisch und kulturell Geknechtete, als in nationaler und sozialer Not dargestellt werden. Dabei gibt es in Oesterreich von den etwa 1½ Millionen Italienern außerhalb des Königreiches 756.000 in Oesterreich, die anderen verteilen sich auf den Kanton Tessin, auf Malta, Tunis, Korsika, Nizza, Savoyen. In dem Streben nach dem vollendeten Einheitsstaat stellt 1866 die eine Hauptphase dar; 1896 beginnt dann noch die Politik des „Mare nostro", welche die ganze Adria als italienisches Meer bezeichnet. In der Theorie will man die Uranfänge des Irredentismus bereits in der Adriapolitik Venedigs seit dem 16. Jahrhundert, ja in dem Kampf Maximilian I. um die „Terra ferma" von Venedig erblicken. Tatsächlich gehen aber die Uranfänge der Bewegung nur 1½ Jahrhunderte zurück und ist die Bewegung ein Kind der nationalen Prinzipien der französischen Revolution 1789. Es genügt da kurz zu streifen das Verhalten der südtirolischen Studenten in Bologna, die Gründung der extrem nationalen Akademien der Langsamen 1750 in Rovreit, die Predigt des nationalen Hasses 1790 durch den Dichter Vanetti, dem später unter Mitwirkung der Behörden ein Denkmal gesetzt wurde. Der Vater der politischen Irredenta ist Napoleon I., der 1810 bis 1813 in der bewußten Absicht, die „große Felsenfeste Oesterreichs, deren Garnison stets österreichisch gesinnt sei", den Schlüssel für Italien, zu vernichten, das Land bis inklusive Bozen an Italien, den übrigen Teil an Bayern gab und in den Adriagebieten dasselbe Prinzip walten ließ. Diese nationale Einheit unter Napoleon haben die Gebildeten in Italien niemehr vergessen. Leider pflegte in Südtirol die österreichische Regierung 1814 bis 8148 die nationalisierende Richtung der Napoleonischen Zeit weiter, da Metternich sich auch hier um die innere Politik nicht kümmerte und die Polizeimaßregeln gegen Freimaurer und Carbonari sich als unwirksam erwiesen, während von Italien her die Bewegung des nationalen „Risorgimento" übergriff. 1818 zählte man bei Angliederung dieser Gebiete an den Deutschen Bund im ganzen nur 127.000 Italiener. In den Adrialändern konnte sich jedoch vor 1861 die Irredentabewegung nicht bemerkbar machen. Die Thronbesteigung Pius IX. (1846) zog auch einen Teil des Klerus in die Bewegung, obwohl klar später die Absage des Papstes hervortrat. Trotz aller Emmissäre aus Italien war die Trauer des Landvolkes nicht zu erschüttern. Erst die 1848 und 1866 den Hochverrätern gewährten Amnestien, welche Italien im Friedensvertrag durchgesetzt hatte, machte das Landvolk schwankend in seiner Treue. Im Frankfurter Parlament verhandelte bereits eine geheime Mission des Königs von Sardinien mit den Welschtiroler Abgeordneten. Das Manifest 1849 Franz Josefs I. bereitete jedoch diesen Umtrieben ein jähes Ende. Erzherzog Karl Ludwig erfaßte als Statthalter voll und ganz den Ernst der Bewegung, die seit 1859 ungemein erstarkt war. Stets fürchtete aber Italien, auch bei seinen Entsendungen von Freischaren den Deutschen Bund und konnte erst sein Programm verwirklichen, als das Kriegsbündnis mit Deutschland 1866 geschlossen war. Im Friedensvertrag 1866 hatte Franz Josef I. der Abtrennung Veneziens nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die anderen italienischen Teile der Erblande nicht angetastet werden durften und Napoleon III. hatte zugestimmt. Bereits Otto der Große hat 952 die Grenzen des Deutschen Reiches bis zum Po und Mincio vorgeschoben und diese Abgrenzung von kultureller und strategischer Bedeutung ging 1866 verloren, dank des Bündnisses Bismarcks mit Italien, der aber dann gründlich umlernen mußte. Auch die Grenzregulierung Tirols, die nach 1815 bis 1848 leicht durchzuführen war und die 1915 ihre Folgen zeigte, war vernachlässigt worden, trotzdem die Bevölkerung darum bat. 1866 zeigt sich bereits das imperialistische Programm Italiens, welches die „natürlichen" Grenzen nach dem Quellengebiet der in die Adria sich ergießenden Gewässer bis zum Brenner, zum Vintschgau, bis nach Kärnten und Adelsberg hinausschieben will. 1887 wird die Kompensationstheorie verkündet, endlich 1896 die Politik des „Mare nostro", welche auch die Häfen Dalmatiens, das nur 100.000 Italiener zählt, welche Mazzini noch den „Slaven" erhalten wollte, Italien zuschreibt. Dr. Mayr unterscheidet fünf Perioden in dieser neuesten Entwicklung der letzten 50 Jahre. 1877 lehnte in Gastein Bismarck entschieden das von Crispi vorgetragene imperialistische Programm ab. Von 1908, dem Zeitpunkt der Annexion Bosniens, beginnt die letzte Krise, die zum Kriege führen mußte. 1896 verspricht Rußland Italien Triest, Frankreich Südtirol. 1901 begeht Italien den ersten Verrat am Dreibund, indem es einen Geheimakt an Frankreich preisgibt. 1902 erfolgt der Geheimvertrag Italiens mit Frankreich „zum Schutz gegen Angriffe"; sowohl 1902 als 1910 werden wieder Geheimakten an Frankreich ausgeliefert. 1909 wird in Racconigi in der Zusammenkunft mit dem Zaren die gemeinsame Balkanpolitik Italiens mit Rußland bereinigt. Art. 7 des Dreibundvertrages von den Kompensationen soll nicht nur auf den Balkan, sondern auch auf den Habsburgerbesitz Geltung haben. 1914 sehen wir Italien dieselbe Politik machen, wie 1848, 1859, 1866. Am 2. August 1914 beteuert König Viktor Emanuel seine Loyalität und bereits am 27. Juli 1914 war nach Paris das Resultat des entscheidenden Kronrats telegraphiert worden, durch welchen Frankreich vollkommen gesichert Krieg erklären konnte. Am 3. Juni 1915 konnte Salandra erklären, daß bereits 1914 Italien den Abschluß seiner Kämpfe um die nationale Einigung, den vierten Befreiungskampf gegen Oesterreich angestrebt habe. Gegenwärtig stellt die reichsdeutsche Literatur viel Quellenmaterial zusammen, das den Irredentismus als den Schlüsselpunkt der ganzen Politik des Königreichs Italiens erweist. Auch jetzt gilt, schloß Professor Dr. Mayr, dasselbe Verhältnis wie zur Zeit Otto des Großen; dieselben alten Grundsätze sind maßgebend bezüglich der Grenzen, wie vor 70 Jahren, als Radetzky erklärte, daß für Deutschland und Oesterreich es um zweierlei gehe: um die Festhaltung der süditalienischen Grenzen und um die Freihaltung der Donau.

Arbeiterzeitung

12. II. 1917

Friedensversammlungen der Wiener Arbeiter.

Leopoldstadt.

Im Saale des Hotel Arco fand die Versammlung am Dienstag statt, die massenhaften Besuch aufwies. Vorsitzender Genosse Fischer eröffnete die Versammlung. Zur Tagesordnung sprach als Referent Genosse Austerlitz.

Er ging von der Friedensbotschaft der Mittelmächte aus, die in dem unnennbaren Grauen dieses Krieges wie die Verheißung gewirkt habe, daß die in brudermörderischem Kampfe sich zerfleischende Menschheit wieder zur Besinnung kommen und der Stimme der Vernunft und Menschlichkeit endlich Gehör schenken werde. Der Gedanke, daß unserer namenlosen Sehnsucht nach dem Frieden endlich Erfüllung winke, ist aus unseren Herzen nicht mehr zu tilgen. Der Krieg ist aus unserem Bewußtsein gerissen, innerlich haben ihn Menschen und Völker längst verlassen, er ist auch von der letzten Spur von Begeisterung losgelöst und rast nur noch wie ein wildes Tier der Urzeit über die Erde, stärker als aller Wille der Menschen. Die bisher ablehnende Haltung der Gegner muß man über die Worte und Sätze der Note hinaus psychologisch zu begreifen suchen. Die Hoffnungen der Entente auf Niederwerfung der Zentralmächte haben sich nicht erfüllt. Den großen militärischen Erfolgen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns hat die Entente Gleiches nicht entgegenzusetzen, und das erschwert es den Gegnern, zu bekennen, daß sie nicht die Sieger, ja vielleicht sogar die Geschlagenen sind. So stellt ihre Antwortnote den krampfhaften Versuch dar, die Wahrheit zu verhüllen und den unleugbaren Friedenswillen ihrer Völker zu verschleiern, wozu die niederträchtige Verhetzungsarbeit der kapitalistisch-chauvinistischen Journalisten, dieser Marodeure und Hyänen des Schlachtfeldes, die überall anzutreffen sind, das Ihrige beiträgt. Vielleicht bangen sie auch vor dem Frieden, wenn es ein Friede der Sieger über sie sein sollte. Der deutsche Friedensvorschlag denkt wohl an einen billigen und gerechten Frieden. Aber täuschen wir uns nicht darüber, daß es in Deutschland mächtige und einflußreiche Leute gibt, Eroberungspolitiker, die den Frieden mit der Vorstellung verbinden, daß der Sieger dem Besiegten den Fuß auf den Nacken setzen müsse. Das Volk der Denker und Dichter, das nur den Wunsch habe, in romantisch-lyrischer Idylle in Frieden und Wohlfahrt sein Leben zu verbringen, ein solches Volk kennt die kapitalistische Entwicklung in Deutschland nicht mehr. Die Gegner widerstreben dem Frieden nicht so sehr deshalb, weil sie noch hoffen, die militärische Situation zu ihren Gunsten zu wenden, sondern sie gehen nicht so rasch auf den Frieden ein, weil sie einen Frieden fürchten, der für sie der Ausdruck ihrer Niederlage sein könnte; sie fürchten, Friedensvorschläge zu vernehmen, die ihrer eigenen Entwicklung entgegenstehen könnten. Die anderen Völker sind auch Völker von Ehre, Kultur und Zivilisation; auch sie haben eine Geschichte und tragen die Verantwortung vor ihren Ahnen und Enkeln (stürmischer Beifall), und sie sind nicht für einen Frieden, der auf der Basis imperialistischen Eroberungswillens aufgebaut wäre und auf den Maximen jener falschen Propheten, für die nur Herren und Sklaven, Sieger und Besiegte vorhanden sind. Es gibt aber — insbesondere für uns Sozialdemokraten — nur gleichberechtigte Glieder der großen Menschheitsgemeinschaft, wir sehen in allen Nationen ebenbürtige Träger der Zivilisation und Kultur. Und wie wir es nimmer dulden würden, daß man uns vergewaltige, unser Dasein, unsere Freiheit unterdrücke und unsere Entwicklungsmöglichkeit vernichte, so weisen wir es auch mit Beharrlichkeit zurück, wenn man dies einem anderen Volke antun wollte, und begehren mit gleicher Leidenschaft dieselben Rechte für alle Völker dieser Erde. (Lebhafter Beifall.)

Deswegen erfüllt uns die bedeutungsvolle Friedenskundgebung der Mittelmächte mit Freude und Genugtuung, da den Gegnern die Gewißheit gegeben wird, daß der Friede, den man ihnen anbieten würde, ein gerechter und billiger Friede sein solle. Gerechtigkeit und Billigkeit soll das Merkmal des Friedens sein, und das muß dem Friedenswillen der gegnerischen Völker, die sich nach dem Frieden ebenso sehnen wie wir, zum Durchbruch verhelfen. Ueberhaupt ist die Vorstellung, daß wir an Reichtum zunehmen, wenn die anderen ärmer werden, eine trügerische. Wir sind so reich, als die ganze Menschheit reich ist, denn trotz aller äußeren und inneren Gegensätze wird die Menschheit durch ihre geistige, moralische und wirtschaftliche Geschichte zu einer höheren Einheit verknüpft und Kultur und Fortschritt können nicht auf ein einziges Land beschränkt bleiben. Können wir sagen, daß wir reicher sind, wenn Völker um uns herum als Heloten leben? Deswegen ist es undenkbar, daß auch in den feindlichen Ländern die Arbeiter nicht von denselben Gefühlen beseelt sein sollten wie wir, daß nicht auch dort durch sie ein heißes Sehnen nach dem Frieden gehen sollte. Warum sollten sie, die französischen, die englischen Arbeiter, weiterkämpfen wollen, wenn doch der Friede möglich ist, warum noch weiterkämpfen für die ihnen vorgespiegelten Hoffnungen, wenn ein gerechter und billiger Frieden möglich erscheint? Deswegen soll unsere Regierung ihre dankenswerten Bemühungen fortsetzen; die Antwortnote der Entente ist nicht ihr letztes und einziges Wort zum Frieden. Unsere Regierungen sollen ein zweites- und drittesmal die Friedensschritte unternehmen. (Lebhafter Beifall.) Noch handelt es sich nicht um die Einzelheiten des Friedensvertrages, jetzt gilt es vor allem, den künftigen Frieden aufzubauen auf der Erleuchtung der Völker, ihrem Rechtsgefühl und Kulturbewußtsein. Dann werden die Ströme des Blutes nicht ganz umsonst vergossen worden sein. Und das wird die einzige sichtbare und unvergängliche Frucht des Krieges bleiben, daß sich der dauernde Friede nicht auf Macht, sondern auf Gerechtigkeit gründen wird. Die Rede Bethmann Hollwegs zeigt die Erkenntnis, daß das künftige Verhältnis zwischen den Völkern nicht auf die Spitze des Schwertes gestellt werden darf, sondern daß die Menschheit in friedlich-schiedlichem Nebeneinanderleben zu einer höheren Einheit zusammengefaßt werden muß. Dann wird sich wieder der Gedanke der Internationale, so viel er jetzt auch bespöttelt werden mag, zu neuer Größe erheben als reiner Ausdruck der höheren Menschlichkeit in dem Verhältnis der Nationen zueinander. Wir sind davon durchdrungen, daß der Friede möglich ist, und so sittlich und erhaben dünkt uns der Friede, daß wir uns in keinem Gegensatz zu unseren staatsbürgerlichen Pflichten gegen Volk und Land fühlen, wenn wir den Frieden aufs sehnlichste herbeiwünschen. Deswegen wünschen wir, daß die Regierungen der Mittelmächte die Antwortnote mit sittlichem Ernst und tiefstem Verantwortlichkeitsgefühl prüfen und jede leiseste Möglichkeit zur Herbeiführung des Friedens erfassen und verfolgen mögen. Denn wir empfinden den Krieg als eine Geißel für Seele und Körper, als die größte Katastrophe in der Geschichte der Menschheit, wir hassen ihn und wollen den Frieden! (Stürmischer Beifall.)

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die von ihm vorgeschlagene Friedensresolution unter lebhafter Zustimmung einhellig angenommen, worauf die eindrucksvolle Versammlung geschlossen wurde.

Mariahilf.

Im Verbandsheim in Mariahilf fand die Versammlung am Montag statt. Sie war außerordentlich gut besucht. Den Vorsitz führte Alexander Langer, das Referat erstattete Leuthner.

Abgeordneter Leuthner versuchte in seinen einleitenden Worten die furchtbare, verheerende Größe des Weltkrieges zur Anschauung zu bringen. Der Gedanke des Friedens bedürfe keiner rednerischen Beschwörung, er erhebe sich mit einer die Gemüter überwältigenden Kraft aus den entsetzenerregenden Tatsachen, die der Krieg in den dreißig Monaten seines Wütens geschaffen. Ueber Europa, das nach den Worten eines englischen Oberhausmügliedes zu einer von Greisen und Knaben bevölkerten Wüste zu veröden drohe, sei zum erstenmal ein helles Licht der Hoffnung erschienen, als die Mittelmächte ihr Friedensanbot machten. Der Redner legt in einläßlicher Weise die Bedeutung dieses Schrittes und der als seine Rückwirkung auftretenden Kundgebungen Wilsons und der Vierverbandsmächte dar. Die abweichenden Deutungen der Vierverbandsnote stellt er einander gegenüber und tritt der Meinung des Berliner „Vorwärts“ bei, der in ihr eine völlige Absage erblickt. Zum Beweis zeigt er auf die Aeußerungen der gegnerischen leitenden Staatsmänner hin, namentlich auf die Worte Lloyd-Georges, Hendersons und Barnes. Dennoch könne ein Ruf, wie er aus der Friedensbotschaft der Mittelmächte erging, in den Gemütern nicht mehr verhallen. „Wir müssen an die siegreiche Kraft des Friedensgedankens glauben, auf sie hoffen, für sie wirken.“ Der Redner teilt nicht die kleinmütige Auffassung derer, die glauben, die Sozialdemokratie habe, als sie sich „unfähig erwies, den Ausbruch des Krieges zu vereiteln“, in ihrer Kraft versagt. Der Wahn der Kriegsverhinderung sei niemals mehr als ein utopistischer Denkrückstand gewesen. Man habe begriffsunklar Einfluß, Gefühlsneigungen, Stimmungen mit tatsächiger Macht verwechselt, wie sie allein im Staate, in der staatlich organisierten Nation lebe. Gerade im Kriege sei aber die Sozialdemokratie auch auf diesem Gebiete von der Utopie zu wirklichkeitsmäßiger Auffassung und zu wirksamem Handeln gediehen. Wie wenig besagen alle Friedenskundgebungen vor dem Kriege gegenüber dem, was die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges für den Frieden und für die Friedensbereitschaft geleistet hat! Indem sie bedingungslos und in vollem Maße die Pflichten der Verteidigung des eigenen Volkes, des eigenen Staates auf sich nahm und zu einer der wichtigsten moralischen Kraftquellen der sieghaften deutschen Abwehr wurde, gewann sie vor der Gesamtheit des deutschen Volkes zugleich die Autorität, für eine dem Frieden und dem billigen Ausgleich zugeneigte Politik des Reiches zu wirken. Man braucht noch nicht alle Hoffnungen zu teilen, die Scheidemann auf künftige internationale Vereinbarungen und Friedensbürgschaften zu bauen scheint, und wird doch zugeben müssen, daß gegenüber dem Ansturm der Rechten und der Nationalliberalen, ja selbst zum Teil des Zentrums die Politik Bethmann Hollwegs und der Friedensanbote unmöglich wäre ohne die tatsächliche und moralische Stütze, die ihr die ebenso im Kriegsdienst des bedrohten eigenen Volkes unermüdliche wie im Geiste des kommenden Friedens wirkende Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit gewährt.

Der Redner fand den Beifall der Versammlung. Freilich gab es auch einige Zwischenrufer, deren unwillige Aeußerungen zu erkennen gaben, daß sie sich eine kräftigere Janitscharenmusik der Phrase gewünscht hätten. Der Vorsitzende Langer legte zum Schluß der Versammlung die Resolution vor, die mit Stimmeneinhelligkeit angenommen wurde.

Reichspost
12. I. 1917

182

Eine Note Oesterreich-Ungarns an die Neutralen.

Ein Schlußwort über die Abweisung des Friedensangebotes der Mittelmächte.

Unser Minister des Aeußern hat an den Präsidenten Wilson, die europäischen Neutralen und an den Heiligen Stuhl eine Note gerichtet, die kurz und bündig die ganze Sophisterei der gegen den Frieden geschleuderten Vierverbandsnote in Fetzen haut. Ohne sich bei jenen Nebensächlichkeiten aufzuhalten, mit denen der Vierverband den Neutralen und seinen eigenen Völkern noch immer die Augen über die Schuld am Weltkriege und die heutige tatsächliche militärische Lage auszuwischen sucht, stellt die heutige Note Graf Ottokar Czernins fest, daß die Gegner jede Möglichkeit vereitelten, die Mitteilung der Friedensbedingungen entgegenzunehmen und rasch eine zu erörtern, und nicht einmal den leisesten Versuch eines Vorschlages machten, wie dem Frieden näher gekommen werden könne. Der Friedensvorschlag der Mittelmächte ist der meuchlerischen Attacke des Vierverbandes erlegen und über dem Erschlagenen erhebt sich die feierliche Anklage der Mittelmächte, die Gott und die Menschheit zu Zeugen anrufen, daß alles unnütz und aus stärrköpfiger Bosheit vergossene Blut über das Haupt der Schuldigen kommen möge.

Wenn die Antwortnote des Vierverbandes mit der Proklamation des „Grundgesetzes der Nationalitäten" die verbrecherischen Umtriebe und den Ueberfall gegen die Monarchie rechtfertigen wollte, so gibt das Schlußwort des Grafen Czernin den richtigen Trumpf dazu: Die Unterjocher Irlands, die Vernichter der Burenrepubliken, die Räuber Aegyptens, die Kerkermeister Finnlands, Polens und der Ukraine, die Peiniger Griechenlands sollten nicht die Ehre der kleinen Völker beflecken, indem sie wie zum Hohne das Wort von deren Freiheit und von ihren nationalen Rechten in den Mund nehmen. England wäre glücklich, wenn es ihm bis zum heutigen Tage gelungen wäre, von seinen Iren auch nur den zehnten Teil jener unverbrüchlichen Anhänglichkeit zu erfahren, welche die Völker Oesterreich-Ungarns in unerhörten Kämpfen seit dreißig Monaten ihrer Monarchie beweisen. Und Rußland kann von Millionen seiner Völker dasselbe wünschen.

Die Note unseres Auswärtigen Amtes vermag und beabsichtigt auch nicht an der durch die Friedensabweisung des Vierverbandes geschaffenen Lage etwas zu ändern, aber sie ist der gebührende Epilog zu einem geschichtlichen Ereignis, das wie ein Stern im Düster des Weltkrieges aufging und durch Haß und Bosheit wieder vom Himmel gerissen wurde, das aber auch in der historischen Endabrechnung von Schuld und Verantwortung für immer eine große Rolle spielen wird.

*

Minister des Aeußern Graf Czernin hat heute an die hiesigen Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, der neutralen Mächte Europas und des Heiligen Stuhles eine Note gerichtet, worin die k. u. k. Regierung ihre Auffassung über die durch die Ablehnung des Friedensangebotes seitens der Gegner geschaffene Sachlage kennzeichnet und die in deutscher Uebersetzung lautet, wie folgt:

„Die k. u. k. Regierung hat die Ehre gehabt, am 5. d. M. durch die gefällige Vermittlung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Antwort der mit ihr im Kriegszustande befindlichen Staaten auf ihre Note vom 12. v. M. zu erhalten, mit welcher sie sich, ebenso wie die mit ihr verbündeten Mächte, zu der Anbahnung von Friedensverhandlungen bereit erklärt hatte.

Im Einvernehmen mit den Regierungen der verbündeten Mächte hat die k. u. k. Regierung es nicht unterlassen, die Antwort der feindlichen Regierungen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, welche zu folgendem Ergebnis geführt hat.

Unter dem Vorwande, daß der Vorschlag der vier verbündeten Mächte ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei, lehnen es die feindlichen Regierungen ab, auf diesen Vorschlag einzugehen. Durch die Form, welche sie ihrer Mitteilung gegeben haben, machen sie eine an sie gerichtete Antwort unmöglich. Die k. u. k. Regierung legt aber Wert darauf, den Regierungen der neutralen Mächte ihre Auffassung darzulegen.

Die Antwort der feindlichen Regierungen geht der Erwägung der Möglichkeit der Beendigung des Krieges aus dem Wege. Sie beschränkt sich darauf, neuerlich die Vorgänge, welche zu dem Kriege geführt haben, die vermeintliche Stärke ihrer eigenen militärischen Situation und die angeblichen Beweggründe des Friedensvorschlages zu erörtern. Die k. u. k. Regierung will sich dermalen nicht in ein neuerliches Wortgefecht über die Vorgeschichte des Krieges einlassen. Nach ihrer Ueberzeugung ist vor den Augen der ganzen rechtlich und unbefangen urteilenden Menschheit bereits hinreichend und unwiderleglich dargetan, auf welcher Seite die Schuld an dem Ausbruche des Krieges gelegen ist.

Was im Besonderen das österreich-ungarische Ultimatum an Serbien betrifft, so hat die Monarchie in den Jahren, welche diesem Schritte vorangingen, hinlängliche Beweise ihrer Langmut gegenüber den sich stets steigernden feindseligen und aggressiven Absichten und Umtrieben Serbiens an den Tag gelegt bis zu dem Momente, wo schließlich die ruchlose Mordtat von Sarajevo eine weitere Nachsicht unmöglich gemacht hat.

Auch eine Auseinandersetzung über die Frage, auf welcher Seite die militärische Lage stärker sei, erscheint müssig und darf getrost dem Urteile der gesamten Oeffentlichkeit überlassen bleiben. Uebrigens enthält eine Vergleichung der Kriegsziele der beiden Gruppen bereits die Entscheidung dieser Frage. Während nämlich Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten den Krieg vom Anfange an nicht zum Zwecke von Gebietseroberungen, sondern als Verteidigungskampf unternommen haben, ist bei den feindlichen Staaten das Gegenteil der Fall. Sie gehen, um nur einige ihrer Kriegsziele zu nennen, auf die Niederwerfung und Beraubung der österreich-ungarischen Monarchie, auf die Eroberung von Elsaß-Lothringen sowie auf die Aufteilung der Türkei und die Verminderung Bulgariens aus. Die vier verbündeten Mächte können daher bereits derzeit ihre reine defensiven Kriegsziele als erreicht betrachten, während die Gegner sich von der Verwirklichung ihrer Pläne immer weiter entfernen.

Wenn schließlich die feindlichen Regierungen den Vorschlag der vier verbünderen Mächte als Kriegsmanöver bezeichnen und ihn als unaufrichtig und bedeutungslos kennzeichnen, so ist dies vor Beginn der Friedensverhandlungen und insolange daher unsere Friedensbedingungen nicht bekannt sind lediglich eine ganz willkürliche Behauptung, eine subjektive Annahme ohne die Möglichkeit eines Beweises.

Die k. u. k. Regierung und die Regierungen der mit ihr verbündeten Mächte haben ihr Angebot der Einleitung von Friedensverhandlungen in voller Aufrichtigkeit und Loyalität gemacht, denn sie mußten ja auf die Möglichkeit gefaßt sein, daß ihr ausdrücklich ausgesprochener Antrag, beim Eintritte in die Verhandlungen ihre Friedensbedingungen bekanntzugeben, angenommen werde. Die Gegner sind es vielmehr, welche, ohne ihrerseits Gegenvorschläge zu machen, es abgelehnt haben, den Inhalt des Vorschlages der vier verbündeten Mächte kennen zu lernen. Wenn die Gegner vor allem die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, die „Anerkennung des Grundsatzes der Nationalitäten" und der „freien Existenz der kleinen Staaten" verlangen, so wird es genügen, auf das tragische Geschick des irischen und des finnischen Volkes, die Vernichtung der Freiheit und Unabhängigkeit der Burenrepubliken, die Unterwerfung Nordafrikas durch England, Frankreich und Italien und schließlich die ohne Beispiel in der Geschichte dastehende Vergewaltigung Griechenlands hinzuweisen.

Die k. u. k. Regierung stellt fest, daß sie und die Regierungen der mit ihr verbündeten Mächte sich bereit erklärt hatten, durch einen mündlichen Gedankenaustausch mit den feindlichen Regierungen den Krieg zu beenden und daß es lediglich von dem Entschlusse der Gegner abhing, ob der Frieden angebahnt werden sollte oder nicht. Vor Gott und der Menschheit lehnt sie die Verantwortung für den Fortgang des Krieges ab.

Oesterreich-Ungarn und die mit ihm verbündeten Mächte aber werden den Kampf in ruhiger Zuversicht und im Vertrauen auf ihr gutes Recht weiterführen, bis ein Friede erstritten ist, der ihren eigenen Völkern Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit verbürgt und es allen Staaten Europas ermöglicht, in voller Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturaufgaben zu arbeiten.

Die k. u. k. Regierung beehrt sich, die gefällige Vermittlung Euer . . . . . mit der Bitte in Anspruch zu nehmen, vorstehende Darlegung zur Kenntnis der . . . . . Regierung bringen zu wollen."

*

Neue Freie Presse
13. I. 1917

Friedenssicherungen.

Von Dr. Konstantin Dumba.
K. u. k. Botschafter a. D.

Wien, 12. Januar.

Beide kriegführenden Gruppen kämpfen nicht nur für einen ehrenvollen, günstigen Frieden, sondern bezeichnen als eines der wichtigsten Kriegsziele die Sicherung des Weltfriedens gegen künftige Verletzungen. Auch Präsident Wilson legt auf die Friedenssicherung das größte Gewicht. Die Alliierten verstehen darunter allerdings die vollständige Niederzwingung und Zertrümmerung der Zentralmächte. Wilson hingegen denkt an die Bildung einer Friedensliga, welche gegen den plötzlichen Ausbruch eines kriegerischen Konflikts zwischen ihren Mitgliedern zunächst moralische, dann aber auch materielle Schutzwehren aufrichten soll. Es schwebt ihm dabei offenbar der Plan der im Juni 1915 unter dem Vorsitze des früheren Präsidenten Taft gegründeten „Liga zur Erzwingung des Friedens" vor. Schon während der Wahlkampagne hatte Wilson des Programms dieser Liga mit anerkennenden Worten gedacht. Seitdem erklärte der deutsche Reichskanzler in der berühmten Reichstagsrede, in welcher er den Feinden die Hand zum Frieden reichte, seine Bereitwilligkeit zum Eintritt in eine solche Liga, selbst in führender Stellung. Graf Czernin versprach ferner in seiner Note Wilson seine Mitwirkung an dem Werke der Friedenssicherung nach geglückter Vereinbarung der Friedensbedingungen mit den kriegführenden Mächten. Die kritische Beleuchtung des Vorschlages der Taftschen Liga scheint mir daher ein besonders aktuelles Interesse zu bieten.

Der Taftsche Friedensverein rät den Anschluß der Vereinigten Staaten von Nordamerika an einen Friedensbund an, dessen Satzungen in den folgenden vier Punkten zusammengefaßt erscheinen:

1. Alle zu einer gerichtlichen Austragung geeigneten (justifiable) Streitfälle, sofern sie sich auf die Auslegung von Vertragsrechten beziehen und durch diplomatische Verhandlungen nicht beigelegt werden können, unterliegen der Prüfung und Urteilsfällung durch einen Gerichtshof, wobei letzterer selbst das Wesen und den Umfang des Streitfalles bestimmt.

2. Alle anderen Streitfälle, welche zwischen zwei Bundesmitgliedern entstehen und durch Verhandlungen nicht geschlichtet werden können, also auch solche, welche die Ehre, den territorialen Bestand oder Lebensinteressen eines Vertragsteiles berühren, sollen einer Art Untersuchungs- und Verständigungsrat unterbreitet werden, welcher nach eingehender Prüfung und Erwägung in einem Berichte die Regelung der Streitfrage vorschlägt. Die Konklusionen dieses Berichtes sind aber nicht bindend, so daß jedem der Bundesmitglieder noch immer der Appell an die Waffen offen bleibt.

3. Die Vertragsstaaten werden ihre militärischen und wirtschaftlichen Zwangsmittel gegen jedes Mitglied der Liga wenden, welches gegen ein anderes Mitglied zum Kriege schreitet oder einen feindseligen Akt begeht, bevor es den Streitpunkt nach Punkt 1 oder 2 zur gütlichen Beilegung unterbreitet hat.

4. Es sollen von Zeit zu Zeit Konferenzen zwischen den Bundesmitgliedern stattfinden zur Regelung und Kodifizierung des Völkerrechtes. Die auf diese Weise festgestellten Rechtsregeln dienen den Entscheidungen des zwischenstaatlichen Gerichtshofes nach Punkt 1 zur Grundlage.

Die in letzterem Punkte vorgesehene gerichtliche Entscheidung würde auf alle jene Streitfälle Anwendung finden, welche nach den bestehenden Haager Abmachungen vor das Schiedsgericht im Haag kommen; jedoch mit dem Unterschied, daß die Kompetenz des zwischenstaatlichen Bundesgerichtshofes für den Fall des Scheiterns einer diplomatischen Verständigung von selbst gegeben wäre, wogegen

---

Die tatsächliche Rechtslage ist also die, daß beinahe alle europäischen Staaten, die uns jetzt bekämpfen, bereits Beginn des Weltkrieges mit Nordamerika die in Rede stehenden Friedensverträge abgeschlossen hatten; beglaubigte Kopie und wir hatten uns hingegen nur im Prinzip für eine ähnliche Bindung ausgesprochen.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Fremdenblatt
13./I. 1917

Wien, 13. Jänner.

Die Antwort, welche die Entente dem Präsidenten der Vereinigten Staaten erteilte, ist die glatte Verneinung jedes Friedenswillens. Als Herr Wilson sich an die kriegführenden Mächte wandte, um zu versuchen, ob es nicht möglich sei, eine Beendigung des Krieges herbeizuführen, da hat dieser Schritt des amerikanischen Staatsoberhauptes bei unseren Feinden eine sehr ungünstige Aufnahme gefunden. Die gegnerische Presse machte kein Hehl daraus, daß die Note des Herrn Wilson den Ententestaaten sehr ungelegen käme, und sie erhob lebhaften Einspruch gegen die Aktion der Vereinigten Staaten. Man muß sich diese Tatsache vor Augen halten, will man die Antwort recht begreifen, welche die Entente dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gegeben hat. Es war selbstverständlich unmöglich, die Anregung des Präsidenten von Nordamerika zu ignorieren und es war notwendig, dem Präsidenten Wilson einen Bescheid zu geben. Dies ist nun geschehen. Die Entente hat ihre Friedensbedingungen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mitgeteilt und sie hat solche Forderungen gestellt, daß deren Annahme im vorhinein ausgeschlossen erscheine. Sie gab eine Antwort, die eine schroffe Ablehnung der Aktion des Präsidenten Wilson ist und sie hat auf diese Art kundgegeben, daß sie den Frieden nicht will und daß ihr der Schritt der Vereinigten Staaten als nicht zweckmäßig erscheint. Unsere Gegner wollen die Fortsetzung des Krieges, sie weigern sich entschieden, in diesem Augenblicke irgend etwas zu unternehmen, was den Weg zum Frieden anbahnen könnte, und deshalb haben sie sich öffentlich zu Kriegszielen bekannt, deren Erreichung durchaus im Bereiche der Utopien liegt und die so ganz und gar im Widerspruche mit der militärischen Lage stehen. Der beleidigende und verletzende Ton, in dem sie sich beschweren, daß der Präsident Wilson die beiden kriegführenden Parteien gleichstelle, zeigt schon das Bestreben, jede Friedensverhandlung unmöglich zu machen. Ist es doch ganz klar, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, wollte er mit seinem Schritte überhaupt ein Resultat erzielen, gar nichts anderes tun konnte, als sich an beide Streitteile in ganz identischer Weise zu wenden. Hätte er anders gehandelt, so

Arbeiterzeitung
13. I. 1917
188

Die Antwort der Entente.

Das ist das Verhängnis aller Kriege, daß sie den Kämpfenden, die sich messen, doch alles Maß nehmen, daß sie nur allzuleicht die Sieger wie die Besiegten verblenden und beide mit Hoffnungen und Befürchtungen über jeden Grund hinaus narren. Hiezu kommt in diesem furchtbarsten und langwierigsten aller Kriege das besondere, in der Geschichte beinahe beispiellose Uebel, daß die Kämpfenden, die zuerst die öffentliche Meinung ihres Landes aufpeitschen, zum Schluß selbst unter der Peitsche ihrer öffentlichen Meinung, als Gefangene ihrer eigenen Erdichtungen, die Freiheit des Urteils wie des Handelns einbüßen.

Aus diesen Verhängnissen ist die Note geboren, die die Ententemächte an Wilson gerichtet haben, und sie zeugt ein neues Verhängnis: Auch dieses Wort steht, wie immer es gemeint, wie immer es auch zu erklären ist. Der Wortlaut der Note wird der Kriegshetze auf beiden Seiten neuen Stoff liefern und er macht es Wilson im Augenblick nicht leicht, Anknüpfungspunkte zur Fortführung seiner Friedensversuche aus ihrem Texte zu schöpfen. Hinge der Friedensgedanke der Welt an diesem einen Schriftsatz allein, es stünde schlechter um ihn, als es tatsächlich steht.

„In diesem Augenblick unmöglich!" Diese Schlußfolgerung aus der Lage stellt die Note voran: Jetzt sei es unmöglich für sie, einen Frieden zu erlangen, welcher den Verbündeten die gebührenden Rückerstattungen und Bürgschaften sichern würde. Mit welchem Rechte behaupten sie dieses Unmöglich, nachdem sie selbst den Versuch, das Mögliche zu erkunden, abgelehnt haben? Entweder sind ihre eigenen Ansprüche übermäßig oder aber sie fürchten, nachdem sie einmal das Stichwort von der maßlosen Herrschsucht Deutschlands („Vorherrschaft in Europa und wirtschaftliche Herrschaft über die Welt" ausgegeben und es sich am Ende selbst eingeredet haben, demütigende Bedingungen gestellt zu erhalten. In jeder Zeile verrät der Wortlaut das Schwanken zwischen den zwei Polen. Man stellt bald sehr hohe, ganz unannehmbare Forderungen in Aeußerungen, die doch zumeist nicht konkret und deutlich genug sind, mit der merklichen Absicht, die Forderungen des anderen bescheiden zu machen, und ist bald wieder voll Angst vor der Gewalttätigkeit und den Fallstricken des Feindes. Sie können nicht glauben! Sie haben das Zutrauen nicht, daß das von ihnen in abscheulichster Gestalt dargestellte Deutschland das wollen könne, was die heute herausgegebene Erwiderungsnote der Zentralmächte als ihre leitende Ueberzeugung kundgibt: daß nämlich ein gerechter und für alle Kriegführenden — also auch für die Entente — annehmbarer Friede möglich sei, daß er durch unmittelbaren mündlichen Gedankenaustausch herbeigeführt werden könne. Die Westvölker, von denen sowohl Frankreich als auch England zu einer Zeit durch ihre Chauvinisten mit dem Gedanken an die Weltherrschaft lange genährt und gelockt worden sind, haben das Zutrauen nicht, daß sich die Mittelmächte ernsthaft auf sich selbst und auf einen bloßen gemessenen Anteil an der Welt zu beschränken vermögen, wie das die Erwiderungsnote ausdrückt, die von einem Frieden spricht, der ihren Völkern ihr Dasein und ihre Entwicklungsfreiheit verbürgt, allen Staaten des europäischen Festlandes die Wohltat schenkt, in gegenseitiger Achtung und in Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten.

Dieses tiefgewurzelte, dieses von den Ententemächten maßlos genährte Mißtrauen ist heute einer der vorwiegendsten Gründe der Kriegsverlängerung und nichts wäre zu dieser Stunde gefährlicher, als die hysterischen Phrasen — solche bringt auch dieser Schriftsatz — ernst zu nehmen, mit Herausforderungen zu überbieten und durch Drohungen das so schwer abzubauende Mißtrauen noch zu steigern. Die Erwiderung der Zentralmächte hält sich, wie diese zwei Proben beweisen, von diesem Uebel im allgemeinen frei, sie wenigstens ist ein wirklicher Gewinn für die Sache des Friedens, denn sie bekennt sich zu zwei Dingen unverhohlen und vorbehaltlos: zum Defensivkrieg und zum System der Mitregierung aller Mächte in der Welt. Dieses Bekenntnis verpflichtet nicht nur, es wird auch wirken. Freilich, wie man sieht, erst in einer gewissen Spanne Zeit. Schwer ist es, Geduld zu predigen, wenn jeder Tag abertausend Opfer fordert. Dennoch aber bleibt bei der tiefen geistigen und moralischen Entfremdung der Völker leider sonst nichts übrig. Seelische Wunden heilen am langsamsten.

Wie anders als dadurch lassen sich die Forderungen der Entente, die in sich von Satz zu Satz sich handgreiflich widersprechen, noch erklären? Kann die an Wilson gerichtete Verwahrung dagegen, daß von den beiden Mächtegruppen im Tone der „Gleichstellung" gesprochen wird, noch verstanden werden? Soll der Vermittler auf beide Streitteile ein anderes Maß anwenden? Oder man untersuche die Kriegsziele, die noch einmal und diesesmal gemeinsam und hochoffiziell aufgestellt werden: Ein dauerhaftes Regime in Europa, das wohl auf die Achtung der Nationalität und der Rechte aller kleinen und großen Völker begründet ist — aber offenbar die Iren, die Finnen, die fremdsprachigen Völker Rußlands nicht einbegreift, auch nicht einmal in unzweideutiger Weise die Polen, von denen gesagt wird, daß die Absichten des Zaren über sie „klar" sind. Man redet von der Achtung der Nationalitäten und spricht unter einem von „deutschen Völkern", stellt also selbst die Einheit des deutschen Nationalstaates als problematisch hin! Mit der ganzen Unkenntnis der staatlichen und nationalen Verhältnisse Mitteleuropas, die die Westländer seit jeher auszeichnet, spricht man von der Befreiung der Italiener, Slaven, Rumänen, Tschechen und Slovaken von der Fremdherrschaft, als ob die Slovaken nicht ethnisch ein Teil der Tschechoslaven, als ob Slovaken und Tschechen nicht auch Slaven wären und als ob es eine Nation des Namens „Slaven" gäbe! Man redet von der Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa, als ob jener Zipfel Europas, der heute von den Türken bewohnt ist, nicht ein nahezu reines nationales Siedlungsgebiet wäre! Noch immer fehlt jede zugängliche Vorstellung von der ethnischen Mischung der Nationen Oesterreichs im Raume, die eine klaglose Aufteilung ausschließt und gerade die vorgestellte Befreiung erst recht zur unerträglichen Fremdherrschaft machen müßte! Es fehlt jede Vorstellung davon, wie labil das Gleichgewicht der vielen Nationen Oesterreichs ist, so daß zeitweise mit gleichem Rechte von der Vorherrschaft der Slaven, niemals aber von einer „Fremdherrschaft" auch nur in dem Sinne gesprochen werden kann, wie die Engländer über die Iren herrschen. Und gar erst die Italiener Oesterreichs, die als bourgeoise Nation, als Minderheit eine ganz beachtliche Fremdherrschaft über die Südslaven ihres Wohngebietes aufgerichtet hatten! Die Legende, die französische politische Feuilletonisten über Mitteleuropa verbreitet haben, nämlich daß sich dessen Bewohner am wohlsten fühlen würden, wenn man sie in lauter nach heutigem Maßstab winzige Stammesstaatlein aufteilte, wird noch immer als politische Wahrheit verkündet und soll einem Kriege, der ganz Europa verwüstet, zur sittlichen Deckung dienen. Wenn der Anlaß nicht zu traurig wäre, könnte diese beschämende Unkenntnis belustigen. Wahrhaftig, eine unmittelbare „mündliche Aussprache" hätte wenigstens das eine Gute haben können, die Ententevertreter über die nationalen Verhältnisse unserer Länder ein wenig aufzuklären und ihnen die Blamage vor ihren Feinden zu ersparen! In den Ausführungen dieses Schriftsatzes ist das eine zu quittieren, daß die Ententeführer erklären, es sei selbstverständlich niemals ihre Absicht gewesen, „die Vernichtung der deutschen Völker und ihr politisches Verschwinden anzustreben". Trotz alles Unverstandes der Worte ein Zeichen von Einkehr.

Dagegen streift ans Abenteuerliche die Forderung nach der „Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entrissen wurden"! Wenn da das deutsche Elsaß-Lothringen gemeint ist, wie reimt sich die Forderung mit der Achtung vor der Nationalität? Ein Friedensschluß wie der Frankfurter Friede schafft Völkerrecht. Ist das nicht der Fall: wo finden die Rückforderungsansprüche Halt? Also könnte jemand die Lombardei und Venetien oder gar Belgien an Oesterreich zurückfordern, weil diese Lande Oesterreich im Kriege entrissen worden sind? Oder Hannover an die englische Krone? Man wundert sich bloß, daß die Auslieferung der Dardanellen an Rußland, worüber diese Note schweigt, nicht im Namen des Nationalitätsprinzips und der Völkerfreiheit verlangt wird!

Nachgerade büßt diese Kriegsideologie ihre Wirkung auf die Feinde, auf das eigene Land wie auf die Neutralen ein. Sich ihr zu entziehen hat viel Zeit beansprucht und braucht noch einige Zeit. Aber gewiß ist, daß sie überall im Schwinden ist. Im eigenen Lande erwacht der Widerspruch gegen sie und die neutrale Welt macht sich sichtlich von ihr täglich freier. Auf diese zwei Hilfskräfte kommt alles an, sie sind uns lebendige Bürgen, gegen die das gesprochene und gedruckte Wort doch nur ein totes Hemmnis ist, dazu da, überwunden zu werden. Der erste Eingriff der neutralen Welt hat den ungeheuren Wert einer sicheren Erkundung der augenblicklichen Stimmungen, einer sicheren Umschreibung des Krankheitsbildes gehabt; wir wissen, noch steht es schlimm genug. Aber schon ist der Streit eingegrenzt, schon sind die Streitpunkte deutlich abgesteckt und mancher Gegenstand ist ausgeschaltet. Das Wort haben nun, da die Regierungen der Kriegführenden gesprochen haben, die Regierungen der Neutralen und in gewissem Umfang die Völker selbst. Wir müssen freilich zuwarten, aber doch nicht mehr ins Unabsehbar-Ungewisse!

Neues Wiener Tagblatt
13. I. 1917
189

Verfrühter Uebermut.

Zwei Kundgebungen, die einander vollständig würdig sind — zwei Dokumente von unsrer Zeiten Schande: die Note der Ententemächte an den Präsidenten der Vereinigten Staaten und eine Rede, die Herr Lloyd George, der englische Premierminister, in der Guildhall gehalten hat! Liest man beide, so ist es schwer zu entscheiden, welche der beiden Roheiten die empörendere ist; die in ein diplomatisches Gewand gehüllte, für die die ganze Entente zeichnet, oder die andre, ganz gewöhnlich in niedrig-demagogischen Formen daherkommende, die, wie eben alle großgewordene Schande, jetzt auch schon bei Tage bloß einhergeht. Ein englischer Premierminister, der die unglaubliche Geschmacklosigkeit begeht, von einem Löwen mit offenen Augen zu sprechen, der die Geldschecks über die Schützengräben sausen läßt, hat sich damit nicht nur lächerlich gemacht, sondern für den tieferen Sinn geradezu aus den Reihen jener ausgeschaltet, die selbst im Kriege noch an die Herrschaft menschlicher Gefühle zu glauben nicht aufhörten. Denn wenn jemand sich in einer Zeit so namenlos blutiger Kriegsopfer mit einem so tiefen Behagen des Geldes und seiner Macht zu rühmen vermag, dann kann er nur noch als ein von Größenwahn befallener Volksverführer gelten — als Staatsmann, der von der Verfolgung wirklich zivilisatorischer Ziele zu sprechen das Recht hat, hat er zu gelten aufgehört. Ja, erst kommt das Geld, dann kommt das Blut: das ist die Ordnung im Kopfe und Herzen dieses Rabulisten der Gewalt und des Unrechtes, der sich nur aber jetzt in der großen Hauptsache geirrt hat, nämlich indem er vergißt, daß diese Worte und diese Note nicht an einen halbtrunkenen Wilden, sondern an einen Mann von philosophischem Sinn und staatsmännischem Rang gerichtet sind, wie es Herr Wilson ist, auf den diese rasende und in ihrer Blutrünstigkeit alle Grenzen überschreitende Maulmacherei gewiß nicht den beabsichtigten Eindruck machen wird.

Wenn die Verleugnung aller Aufrichtigkeit, der Hohn gegen Wahrheit und Recht, die Verdunklung nicht wegzuleugnender Tatsachen und die kaum mehr zu überbietende Raublust, die aus den beiden Kundgebungen spricht, nicht gar so traurig wäre, dann würde sowohl die Rede als die Note eher zu humoristischen Auffassungen Grund geben. Sowie sie von uns und Deutschland, von Bulgarien und der Türkei sprechen, auf deren Zertrümmerung sie doch ausgehen, finden sie nicht genug Klagen über Gewalttat und andre uns unterschobene Absichten; sowie es sich aber um ihre eigenen Ziele handelt, wenn man dieses Wort „Ziele" bei solch offenbarem Raubsinn noch gebrauchen kann, dann kommen sie mit Euphemismen, die, von einem Komiker vorgebracht, unfehlbar nur Lachwirkungen im Gefolge haben müßten. Auf die Armseligkeit, daß sie immer noch uns die Schuld an dem Krieg und das Streben nach Weltherrschaft zuschreiben, braucht man gar nicht mehr einzugehen, ebenso wie auf die tückische Heuchelei, die da so nobel tut, indem sie mit uns nicht verglichen werden will. Was diese Unterstellungen wert sind, das weiß man, wenn man sich gegenwärtig hält, wie sie sich alle vorbereitet haben auf diesen Krieg. Aber zu sagen, daß die Zentralmächte ihre Kriegsziele nicht bekanntgegeben haben, während sie nicht zögern, mit ihren Forderungen in die Oeffentlichkeit zu treten, das kann, wenn man diese unerhörten „Forderungen" ins Auge faßt, doch nur als ein schlechter Spaß gelten, den sie sich gegenüber dem Oberhaupt eines der mächtigsten Staaten der Welt, der doch Herr Wilson ist, nicht hätten erlauben sollen.

Selbst sagen sie, daß der Sieg von ihnen erst erfochten werden muß; bevor sie ihn aber noch erfochten haben, stellen sie Bedingungen, als wäre er bereits erfochten. Die Tatsachen bezüglich der militärischen Lage sind ja aber noch ganz anders gestaltet. Für den Augenblick sind es die Zentralmächte, welche feindliche Gebiete in riesigem Ausmaß erobert haben und in der Hand halten; und obzwar dies der Fall ist, sollen wir Gebiete verlieren, sollen wir Entschädigungen zahlen! Das heißt auf gut deutsch: wenn einer einen Krieg gewinnt, muß es so sein, als ob er besiegt worden wäre, und er muß alles wieder hergeben und Entschädigungen zahlen, so daß es dann eigentlich das größere Glück wäre, in zweieinhalbjährigem schwerem und blutigem Waffengang immer nur zu verlieren, weil man dann alles verlangen kann. Nun, bis zu solchen Entschließungen und bis wir uns einer solchen Logik unterwerfen, werden wir ja noch einige Zeit haben, und zwar zumindest so lange, bis die Entente mit ihren sausenden Schecks wirklich den Krieg gewonnen haben wird. Die Herren der Entente gerieren sich als die Befreier der Nationalitäten. Das heißt: sie, die durch ihr brutales Vorgehen die Iren zu verzweifelten Revolutionen treiben, sie, die dem Sultan einfach Aegypten gestohlen, sie, die dem Bei von Tunis mit vorgehaltenem Revolver seine Herrschaft entrissen, sie, die ohne Schein von Berechtigung in Marokko einmarschiert sind und Tripolis überfallen haben, in Südafrika mit Pulver und Blei einem freien Volke die Unabhängigkeit genommen, Indien, einen halben Weltteil, sich unterworfen, Annam und Tonking mit Gewalt sich einverleibt haben — und wer könnte überhaupt die Unsumme dieser Beraubungen bis zu Ende aufzählen? —, sie sprechen von Freiheit der Nationalitäten. Das ist eine Freiheit, die zum Himmel schreit, während Oesterreich-Ungarn ruhig in seinen Grenzen geblieben ist, in einem Maße, daß es sich ja tatsächlich dem hundertfach erhobenen Vorwurfe aussetzte, sich nicht rechtzeitig um den Erwerb von Kolonien bemüht zu haben. Und was folgt weiter aus dieser Ententelogik? Was sie geraubt haben, das dürfen sie behalten, was aber nach Fug und Recht und nach dem Gange der Geschichte uns und Deutschland gehört, das dürfen sie nehmen. Das ist dieser modernen Zivilisatoren Moral, und das ihre wahre Absicht, in fremde Länder: Deutschland und Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, einzudringen und sich mit ihren Krallen und Fängen unsres Eigentums zu bemächtigen. Befreiung von der Fremdherrschaft! Niemals ist mit diesem Worte ein so empörender Mißbrauch getrieben worden. Die Muselmanen, die Indier, die Annamiten, die Griechen, die Polen, die Finnländer, sie sind nicht Engländer, Franzosen und Italiener, und darum darf man ihnen das Joch der Entente aufladen; wer aber zu uns gehört, der wird „befreit", und unsre Nationalitäten, die auf eine solche Befreiung durch die Entente einfach pfeifen, sollen es ebenfalls dulden, daß die Herren sich gegen ihren Willen zu ihren Protektoren aufwerfen. Und warum? Weil diese Retter aus der Fremde dessen bedürfen, um sich durch die Schwächung der Zentralmächte ihr Raubsystem für immer zu sichern. Und dann: die Kleinen, die müssen, wie gesagt, ob sie wollen oder nicht, befreit werden; handelt es sich aber um große Staaten, dann ist es etwas andres, denn die müssen in Trümmer gelegt werden! Und es ist nur ein Glück, daß diese Räuberlogik nicht auch die Logik der Tatsachen, die Logik des Rechtes und der Menschlichkeit ist.

Ein herrlicher Euphemismus, der sich in der Note findet, erfordert eine besondere Beachtung. Bekanntlich haben die Herrschaften, als sie die Zentralmächte bereits für sehr schwach geworden hielten, Rußland und dem Zaren einfach Konstantinopel und die Dardanellen versprochen; nach welchem Rechte? Ja, da stockte auf einmal die Lust am Völkerbefreien. Denn sind die Türken etwa nicht auch ein Volk? Freilich, die Note sagt, daß das Osmanische Reich aus Europa hinaus müsse, weil es der westlichen Zivilisation fremd wäre; und darum ist es also sittlicher, zivilisatorischer, gerechter, wenn man es der russischen Zivilisation ausliefert, von der, abgesehen von dem hundertjährigen Martyrium der Polen und der Finnländer, der Tscherkessen und Armenier, ja der Russen selbst, und all der Millionen und Millionen Blutzeugen, die in Sibirien verschmachten mußten, gerade heute einer, wenn er noch am Leben wäre, etwas Hübsches zu erzählen wüßte, nämlich — Rasputin. Unwillkürlich denken wir da, indem wir von Rußland und im Gegenbild dazu von der Türkei sprechen, an Pierre Loti. Wie lange ist es her, daß er, von den Türken sprechend, ihre Großmut, ihre Menschlichkeit, ihre tiefe Liebe für die Gerechtigkeit und ihre rührende Bescheidenheit sowie ihre innige Achtung vor allem Lebendigen gar nicht genug in den Himmel heben konnte. Armer Pierre Loti, der vor dem Krieg ein überall fast vergötterter Literat war; was erhält er da auf einmal von den Diplomaten der Entente für ein grausames Dementi!

Wozu sich also unter solchen Umständen mit den Herren der Entente weiter auseinandersetzen? Ihre ganze Note sagt nichts andres als: Wenn wir die Stärkeren sein und siegen werden, dann werden wir die Besiegten niedertreten, sie um ihre Länder und ihre Freiheit bringen und sie zu Heloten derjenigen machen, die mit dem mörderischen Dolch in der Hand Gefühle der Freiheit, Gerechtigkeit und Zivilisation heucheln. Und was ist dieses Gerede also andres als eine scheußliche Maske für einen durch die Tatsachen aber doch sehr wenig gerechtfertigten Uebermut. Wozu noch kommt, daß er verfrüht, allzu verfrüht ist! Denn wie die Dinge auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen heute liegen, ist für ihn wahrhaftig nirgends ein nur im entferntesten zureichender Grund vorhanden. Das Schönste aber kommt zum Schluß. Nachdem sie die Türkei aus Europa vertrieben, Oesterreich-Ungarn mit ihren Befreiungstheorien überzogen und also Deutschland völlig isoliert und es zu ewiger Ohnmacht verurteilt haben, kommt die grenzenlose Heuchelei, die sich in den Worten ausspricht, daß die Entente keinesfalls die Vernichtung des deutschen Volkes und seiner politischen Verhältnisse anstrebe! Wenn also jemand niedergeworfen, beraubt und gefesselt worden ist, so ist das der Entente noch nicht gleichbedeutend mit der Vernichtung. Und da muß man wirklich neugierig sein, wie sich die Herren dann eine Vernichtung vorstellen, wenn das alles etwa Erhaltung sein soll. Und da wird denn Herr Wilson, an den die Note sich richtet, ja gewiß von vornherein erkennen, daß er da eine Schändlichkeit vor sich hat, die darauf ausgeht, das Weltgewissen zu betrügen und seinen lauten Ruf nach Menschlichkeit zu übertäuben. Allerdings, die Aufrichtigkeit hat doch auch in der Note ihren Platz; nämlich dort, wo England eingesteht, daß es die Führung der Alliierten in diesem Kriege übernommen hat und daß diese seine Alliierten alle eben auf Großbritannien blicken, auf dessen ungestüme Kraft und große Hilfsquellen sie sich verlassen. Das ist Aufgeblasenheit! Es ist aber noch etwas mehr, denn es besagt: die Weiterführung des Krieges wünscht nur das in maßloser Ueberhebung lebende England. Ob das gar so schmeichelhaft für sie alle ist, die sich bisher schon für England verblutet haben, das ist ihre Sache; daß sie aber für den englischen Größenwahn noch weiter dieses ihr Blut und ihre Kraft dahingeben und keinen Frieden machen wollen, das sind Verbrechen an ihren eigenen Nationen.

die Möglichkeit, diese Frage in der öffentlichen Meinung Englands zu wiederholen. Werden seine Worte mehr als die des Rufers in der Wüste gelten?

Die Balkaninteressen der Monarchie.

Vom Reichstagsabgeordneten Dr. Ladislaus v. Okolicsányi

Budapest, Januar.

Die Antwort auf die Frage, wie sich die Verhältnisse auf dem Balkan nach dem Kriege gestalten werden, ist ein Geheimnis der Zukunft und wird es bleiben bis zum Friedensschluß, der unter anderen hochwichtigen Problemen auch das Schicksal der Balkanländer entscheiden wird. Dennoch empfiehlt es sich, schon heute dieser Frage, von dem Gesichtspunkte der Interessen unserer Monarchie ausgehend, näherzutreten. Es ist erinnerlich, wie viel Unbill durch die Balkanereignisse auf die Monarchie fiel, wie sie infolge der Bewegungen der Balkanvölker wiederholt rüsten und stets besorgt auf der Hut sein mußte, um drohende Gefahren von unseren Grenzen fernzuhalten.

Seit jeher wurde der Balkan als Friedensstörer Europas bezeichnet und im Lichte dieses Krieges erscheint er als der Herd der Brandstiftung, die ins Werk gesetzt wurde, um unsere Monarchie zu vernichten und die Machtverhältnisse in Mitteleuropa zugunsten der Entente zu verschieben. Aus dieser Tatsache wird man erkennen, daß es ein Interesse Europas ist, auf dem Balkan endlich dauerhafte Ruhe zu schaffen, das Gleichgewicht unter den Balkanstaaten herzustellen und so den auch im Interesse des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittes der Balkanvölker wünschenswerten Frieden zu fördern und zu sichern. Unsere Monarchie ist an dieser Regelung der Verhältnisse weit vor allen anderen Staaten Europas interessiert, denn die Unruhen und Gärungen des Balkans berühren keinen Staat so unmittelbar wie die Staaten der Monarchie. Auch würden geordnete Zustände, höhere wirtschaftliche Tätigkeit, europäische Kultur auf dem Balkan keinem Staate größere Vorteile bringen als Oesterreich-Ungarn, vorausgesetzt, daß wir es verstehen, der Entwicklung auf dem Balkan eine unserem Ziele günstige Richtung zu geben und diese praktisch auszunützen. Unsere geographische Lage und unsere Erfahrungen müssen uns das Bewußtsein nahelegen, daß die Zukunft des Balkans mit der Zukunft unserer Monarchie eng verknüpft ist und daß kein Staat an der Lösung der Balkanfrage mehr interessiert ist als die österreichisch-ungarische Monarchie. Es muß daher auf das lebhafteste bedauert werden, daß in den Kreisen unserer Gesellschaft dem Balkan bisher so wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde, daß die Kreise des Handels und der Industrie und auch unsere Politiker und Gelehrten die Verhältnisse weit entrückter Länder besser kennen als die Zustände des Balkangebietes, das hart an unseren Grenzen liegt und unsere Pforte ist zum nahen Orient. Es ist eine interessante Erscheinung, daß die Bürger entfernter gelegener Staaten sich weit eingehender mit dem Balkan beschäftigten und ihn auch besser kennen als wir, die nächsten Nachbarn.

Sehen wir von Rußland ab, das seit jeher bestrebt war, seine Herrschaft auf dem Balkan zu etablieren, und ziehen wir Italien nicht in Betracht, das seit vielen Jahren versucht, an den Ostküsten der Adria Fuß zu fassen, so müssen wir noch der Franzosen und Engländer gedenken, die den Balkan eifrig bereisten und zum Gegenstande eingehender Studien machten. Diese haben dabei nicht nur kaufmännische, sondern, und das hauptsächlich, politische Ziele verfolgt. Es ist ihrer emsigen Kulturtätigkeit gelungen, in der Balkanbevölkerung eine Gesinnung wachzurufen, die sich feindlich gegen unsere Monarchie wendet, eine Gesinnung, an die die Entente in diesem Kriege große Hoffnungen geknüpft hat. Wir haben es nicht versucht, dieser feindlichen Stimmungsmache irgendwie entgegenzutreten, eine abwehrende Aktion wurde überhaupt nicht unternommen.

Der bei uns hervortretende Mangel an Interesse für den Balkan dürfte durch die Auffassung verursacht sein, die die Möglichkeit eines dauerhaften Friedens und der Einführung europäischer Kultur und Ordnung auf dem Balkan als undenkbar betrachtete. So sah man denn davon ab, sich mit diesen unfreundlichen Gebieten eingehender zu beschäftigen. Noch vor kurzem erschien diese Auffassung als nicht unbegründet. Heute muß sie als unhaltbar verworfen werden.

Der Krieg hat auf dem Balkan eine neue Lage gezeitigt. Die Herstellung des Gleichgewichtes in den Machtverhältnissen und damit die Sicherung eines dauerhaften Friedens, die Einführung europäischer Kultur und Ordnung, die Entfaltung höherer wirtschaftlicher Tätigkeit und damit die Hebung des allgemeinen Wohlstandes auf dem Balkan, also alles, was bisher als Unmöglichkeit galt, ist durch die Erfolge unserer Waffen und der Waffen unserer Verbündeten in das Reich der Möglichkeiten getreten. Es ist die erste Pflicht gegen uns selbst und unsere wesentlichste Aufgabe, diese Möglichkeiten zu ergreifen und aus Interessenwünschen Wirklichkeiten zu machen.

Die Balkanlage erscheint heute durch den Umstand gekennzeichnet, daß jene Balkanstaaten, die auf unsere Kosten Gebietserweiterungen anstrebten und in diesem Beginnen hauptsächlich der Agitation der Ententemächte, vor allem Rußlands, folgten, heute geschlagen und niedergerungen sind, und daß sich ihre Gebiete fest in unseren Händen befinden. Diese Tatsache gibt uns die Möglichkeit, die Zustände auf dem Balkan zu verändern. Heute ist das wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben in diesen Gebieten durch die Macht der Verbündeten eingeschränkt. So wäre es denn eine unverzeihliche Sünde gegen uns selbst, wie auch gegen unsere Verbündeten und auch gegen die Ruhe ganz Europas, wenn wir versäumen würden, in den Friedensverhandlungen, die ja einmal doch kommen werden, unsere Forderungen den Balkan betreffend in einer Art zu formulieren,

192

Neue Freie Presse
14./I. 1917

Präsident Wilson, seine Note und seine Persönlichkeit.

Von Prinz Alexander zu Hohenlohe.

Zürich, im Januar.

Es ist ein merkwürdiges Dokument, diese Note Wilsons, merkwürdig nach ihrem Inhalt, ihrem Gedankengang und ihrer Ausdrucksweise, ein Dokument wie es nur in Amerika entstehen und nur von einem freien Bürger der großen nordamerikanischen Republik verfaßt und abgesandt werden konnte. Kein europäischer Diplomat hätte eine solche Note weder abfassen können noch wollen. Sie trägt ganz deutlich den Stempel der Persönlichkeit des neugewählten Präsidenten Wilson, sie ist sein eigenstes Werk. Das ist gerade das Charakteristische und Wertvolle an diesem Schriftstück. Denn wir haben es bei Wilson mit einer ausgeprägten Individualität zu tun. Dazu kommt noch, daß sein Einfluß infolge der dem Präsidenten der Republik in Nordamerika durch die Verfassung eingeräumten außerordentlich großen Machtbefugnisse, die weit größer sind nicht nur als die aller anderen Präsidenten von Republiken der Alten wie der Neuen Welt, sondern selbst die mancher europäischer Monarchen, seit seiner Wiederwahl sehr gestiegen ist. Sein Wort hat deshalb bei den Entscheidungen über die Politik seines Landes geradezu ausschlaggebenden Wert, ja man kann sagen, es bedeutet alles, da hinter dem Wort nicht nur der Wille, sondern auch die Macht steht, danach zu handeln. Und daß dieser Wille vorhanden ist, wenn eine Persönlichkeit wie die Wilsons sich entschließt, öffentlich zu Europa und der Welt zu sprechen, daran ist für jeden, der den Charakter dieses Präsidenten nur einigermaßen kennt, kein Zweifel.

Ich sagte am Eingang, die Note trage den Stempel seiner Persönlichkeit. Nur von diesem Standpunkte aus kann sie richtig beurteilt werden. Ich glaube, es wird daher nützlich sein, wenn wir uns seine ganze Persönlichkeit und seinen Charakter einmal etwas näher ansehen. Ein Zufall hat mich in die Lage versetzt, aus guten Quellen darüber zu schöpfen.

In einem stimmen Freund und Feind überein, der Wilson von früher, als er noch Gouverneur von Trenton war, und der Wilson von heute, der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, sind zwei verschiedene Menschen. Solange als er noch in seinem Bureau in Trenton arbeitete, konnte jeder, ob reich, ob arm, zu jeder Stunde unangemeldet zu ihm kommen. Wilsons Haus stand von früh bis abends jedermann offen; wer immer eine Angelegenheit mit ihm zu besprechen, einen Rat oder eine Hilfe zu erbitten, ja nur ganz einfach Lust hatte, sich mit ihm über politische Fragen zu unterhalten, oder gar nur ihn zu sehen und ihm sein Herz auszuschütten, jeder war willkommen und fand immer freundliches Gehör. Und bei jeder Gelegenheit zeigte er sich als der Verteidiger des Schwachen gegen den Starken, des Rechtes gegen das Unrecht, als der Feind aller Sonderprivilegien und Vorrechte, kurz als ein echter Demokrat. Seine Popularität nahm von Tag zu Tag zu, und selbst solche Männer, die bisher sich von der Politik als etwas Unreinlichem fern-gehalten hatten, suchten seine Freundschaft und wurden seine Anhänger usw., um so begeisterter, als sie in ihm einen Mann erkannt zu haben glaubten, der Freundschaft nicht nur heuchelte, um ihre Stimmen bei der Wahl zu erlangen. So überschritt allmählich seine Popularität die Grenzen seines engeren Wirkungskreises, und der Ruf drang immer lauter von jenseits der Grenzen seines Staates zu ihm: „Lenke uns alle, wir alle wollen der neuen Freiheit teilhaftig werden." Er aber hielt sich zunächst zurück, ohne abzulehnen, und erklärte nur seine Bereitwilligkeit, einem eventuellen Rufe zu folgen. So kam es zur Präsidentenwahl, und Woodrow Wilson vertauschte sein kleines Bureau in Trenton, in dem er bei offenen Türen, sozusagen unter den Augen des Volkes, amtiert hatte, mit dem Weißen Hause in Washington. Und nun ging eine merkwürdige Veränderung mit ihm vor; während er früher der zugänglichste Mensch gewesen war, verwandelte er sich von einem Tage zum andern in den exklusivsten, abgeschlossensten, unzugänglichsten von allen Präsidenten, die je das Weiße Haus betreten haben. Und der Grund zu dieser Abgeschlossenheit war nicht etwa, daß ihn die tägliche Arbeit so in Anspruch nahm, oder daß gerade sehr wichtige politische Entschlüsse zu fassen gewesen wären, oder daß seine Gesundheit es verlangt hätte. Nein, diese vollkommen veränderte Arbeitsmethode und Lebensweise war bei ihm das Ergebnis seiner sorgfältigen Ueberlegung.

Wilson ist nicht umsonst längere Jahre Professor gewesen. Dabei hat er sich gewöhnt, alles im Leben gewissermaßen wissenschaftlich anzupacken, und so hat er sich auch für sein neues Amt eine neue Lebensweise und eine neue Arbeitsmethode zurecht gelegt. Dazu gehörte, daß er von nun an aufhörte, in voller Oeffentlichkeit sein Amt zu versehen, wie er es in Trenton gewohnt war; aber nicht nur das, er zog sich überhaupt mehr und mehr von der Außenwelt zurück und verzichtete fast ganz auf die Ratschläge seiner Freunde. Seine Tür wurde streng geschlossen gehalten und selbst die Mitglieder seines Kabinetts, welche ja allerdings in Amerika nicht dieselbe Bedeutung haben, wie zum Beispiel ein Minister der französischen Republik, sondern mehr mit Unterstaatssekretären zu vergleichen sind, bekamen den Präsidenten oft Tage, ja Wochen hindurch nicht zu sehen, und sahen sich zu einfachen ausführenden Organen seines Willens herabgedrückt. Während früher Besucher und freiwillige Ratgeber willkommen waren, schienen sie jetzt fast Mißtrauen zu erregen, und wer gar im Verdacht stand, mit den Finanzgrößen von Wall street in Verbindung zu stehen oder gar selbst einer von diesen war, der konnte es von vornherein aufgeben, den Präsidenten zu Gesicht zu bekommen. Es schien, als ob der Präsident schon die Berührung mit Wallstreet in Form einer Konversation mit einem ihrer Mitglieder scheute. Daß ihm dies dort nicht gerade Freundschaft eingetragen hat, kann man sich denken. Aber er ließ sich dadurch nicht anfechten.

Aber nicht nur die Männer von Wallstreet, nein, selbst seine eifrigsten Anhänger erhielten immer seltener Gelegenheit, ihn zu sprechen. Mehr und mehr trat zutage, daß es bei ihm geradezu zum System geworden war, sich bei niemanden Rats zu erholen als bei sich selbst, und das Eigentümlichste an seiner Art, zu amtieren, ist die geringe Beachtung, die er den Männern schenkt, die seine Mitarbeiter sind. Selten, daß er ein Wort zu ihnen spricht, selbst zu solchen, welche seine eifrigsten und treuesten Stützen sind. Es ist, als ob er auf ihre Mitarbeit gar keinen Wert lege. Auch amerikanische Diplomaten, die von auswärts nach Washington kommen, bereit, über ihre Tätigkeit im Auslande zu berichten, haben große Mühe, eine Audienz beim Präsidenten zu erlangen, als ob es ihn gar nicht interessierte, zu hören, was sie ihm mitbringen könnten. Selbst die wichtigsten Beamten des Landes werden fast nie von ihm zur Beratung gerufen. Ebenso hält er es mit den Mitgliedern des Kongresses, die er nur dann zu sich rufen läßt, wenn er sie direkt beeinflussen will, um irgend etwas bei ihnen durchzusetzen; und mit der Presse sogar unterhält er die sparsamsten Beziehungen.

Kurz, Mr. Wilson ist ein Mann, der äußere Einflüsse, Ratschläge und Meinungen soviel wie möglich fern von sich zu halten bestrebt ist, in der Ueberzeugung, daß sein bester Ratgeber er selbst ist. Anderseits hat dieses System den Vorteil, daß Protektionswirtschaft und Familiarität im Weißen Hause unter dem jetzigen Regime ausgeschlossen sind.

Charakteristisch für die ganze Art des Präsidenten Wilson war sein Verhalten während der „Lusitania"-Affäre. Während der ganzen Zeit, als diese Angelegenheit spielte, gewiß einer der ernstesten Momente für die Vereinigten Staaten während dieses Krieges, hielt Wilson nicht einen einzigen Ministerrat ab, noch sah er einen der Minister, ja er verkehrte nicht einmal schriftlich mit ihnen, und die wenigen, die versuchten, mit ihm in telephonische Verbindung zu kommen, hatten kaum Erfolg, nicht einmal der Staatssekretär. Gerade als es sich um die Absendung der ersten Note handelte, ging der Präsident aufs Land und blieb dort in strenger Abgeschiedenheit während voller 25 Tage. Alle diplomatischen Noten, kurz die ganze Leitung der auswärtigen Politik in dieser gefahrvollen Zeit führte er ganz allein auf seine eigene Verantwortung ohne einen anderen Rat als seinen Verstand und sein Gewissen. Das ist charakteristisch für den ganzen Mann. Wilson regiert mehr wie ein Autokrat oder ein Diktator, als wie ein konstitutioneller Monarch. Diese Regierungsweise hat ihre guten Seiten, aber auch ihre großen Gefahren. Die größte Gefahr liegt bei einem Manne wie Wilson, der alle Fragen, selbst die der praktischen Politik, gewissermaßen vom streng wissenschaftlichen Standpunkt aus zu lösen die Gewohnheit hat, darin, daß er zu leicht die Theorie mit der Praxis verwechseln und dadurch manchmal zu Entscheidungen kommen kann, die, in das praktische Leben überführt, die entgegengesetzten Folgen haben, als sie die Theorie berechnet hatte. Anderseits ist die Sicherheit, mit der Mr. Wilson selbst in den gefährlichsten Momenten sich ganz auf sich allein verläßt und nicht zögert, die Verantwortung vor dem Lande auf sich zu nehmen, ein Zeichen von persönlichem Mut, den man bewundern muß. Dieser Mut wird auch von seinen Landsleuten anerkannt, aber diese Eigenschaften haben nicht dazu beigetragen, ihm ihre Liebe einzutragen. Präsident Wilson ist das merkwürdige Beispiel eines Präsidenten, der wiedergewählt worden ist, und mit einer ziemlich erheblichen Majorität, wegen seiner hohen moralischen Eigenschaften, trotzdem es ihm nicht gelungen ist, wirkliche Popularität zu gewinnen. Seine Stellungnahme für den Frieden hat gewiß viel zu seiner Wahl beigetragen, aber Begeisterung hat er nirgends erweckt. Es ist, als ob er zu ausschließlich kalter Verstandesmensch sei, um zum Gemüt seiner Hörer zu dringen. Es wäre tragisch, wenn es wahr wäre, was diejenigen von ihm sagen, die ihn am besten zu kennen glauben, daß es nämlich im Grunde sein heißester Wunsch sei, von seinen Landsleuten nicht wegen seiner Taten oder seiner Erfolge angesehen zu werden, sondern ihre Herzen zu gewinnen.

Für uns in Europa ist es wichtig, uns ein richtiges Bild seiner Denkungsweise und seines Charakters zu machen, denn nur dann können wir sein Vorgehen richtig beurteilen und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen. Nach allem eben Gehörten ist anzunehmen, daß auch die jetzige Intervention im Interesse des Friedens seiner ureigenen Initiative entsprossen ist und wir keine weiteren Hintergedanken dabei zu vermuten brauchen, als selbstverständlich in erster Linie das Interesse der Vereinigten Staaten. Aber das braucht durchaus nicht mit dem unserigen zu kollidieren.

Vossische Zeitung

14. I. 1917

195

Sonntag, 14. Januar 1917

Zeitung

...ld gelehrten Sachen.

...n monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung. ...50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. — ...e Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahres... ...: Veßhaus, Breite Straße 8/9, Ullsteinhaus, Kochstraße 22/26, ...alen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co. Amt Moritzplatz ...6 bis 11850, 15280, 15281 bis 15291. Amt Zentrum Nr. 8600.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils) H. Bachmann in Berlin.

...haftsämtern.

Zukunftssorgen.

Von

Oberlandesgerichtsrat Dr. Müller-Meiningen,
Mitglied des Reichstages.

Einem mächtigen Sturm gleich reißt die unvergleichliche Streitkraft der Mittelmächte und ihrer treuen Bundesgenossen die rumänisch-russische Streitkraft zu Boden, zerschmettert stieben die vernichteten Teile auseinander. Der Sturm rast weiter. Der moralische Sieg ist schon heute in den Augen der neutralen Welt — der Krieg mag fernerhin ausgehen, wie er wolle — den Mittelmächten zugesprochen: der Sieg über eine ungeheure numerische Ueberlegenheit, über die Munitionsbereitung der gesamten Erde! Und trotzdem sprechen die Mittelmächte den Willen und die Bereitwilligkeit zum Frieden aus.

Mit welchem Erfolg, das wissen wir. Der gleichmäßig ruppige Ton der Drahtzieher in Paris, London, Petersburg und Rom zeigt, daß das Vabanquespiel dort noch weitergehen soll, — aus Selbsterhaltungstrieb für jene weitergehen m u ß. Der große „Welschmann" will sich der Lawine in keckem Stolz entgegenstemmen und noch einmal im fürchterlichen Eisenregen das Glück des britischen Löwen auf die Probe stellen. Sei's drum! Die fast einmütige Annahme des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst zeigt die trotzige Widerstandskraft des deutschen Volkes, daß die nächsten Monate die Schlußentscheidung bringen müssen.

Auch zur See vertrauen wir der von Monat zu Monat wachsenden Kraft unserer heldenmütigen U-Boote. Ihr schweigsames, aber dabei so beredtes Handeln hat sich sogar auf die amerikanischen Völkerrechtstricks einzurichten gewußt, so hart die Zeit für sie auch gewesen ist. Bald wird das übermütige Volk jenseits des Kanals, das von Gott zur Herrschaft auserkoren sich dünkt, lernen, daß, wer die Weltherrschaft besitzen will (das deutsche Volk hatte nie so wahnwitziges Streben), sie mit e i g e n e m Blut bezahlen muß. Alles in allem: wir sehen auch weiter dem Heldentum derer von der Somme und von den Karpathen mit größtem Vertrauen entgegen. Wir wissen, daß wir an Menschen wie an Rohstoffen, an Lebensmitteln wie an Munition der nächsten fürchterlichen Sturmzeit gewachsen sind. Auch die Intervention des Präsidenten Wilson wird uns das nicht vergessen lassen, da wir ihm zwar mit der Achtung, die sein hohes Amt bei einem befreundeten Volk erfordert, gegenüberstehen, zugleich aber noch mit der Skepsis, die die merkwürdigen Anschauungen dieses Mannes über wirkliche Neutralität in uns erzeugt haben. Diese Skepsis wird auch nicht geringer angesichts der Rüpelhaftigkeit (echter oder fingierter?), mit der sein Schritt bei unseren Feinden aufgenommen wurde. Sein Vorgehen in eigener Sache als aktiver Sachwalter statt als V e r m i t t l e r trägt freilich meines Erachtens schwere Gefahren für den Frieden selbst in sich.

Aber so wenig wir heute und für die nächsten Wochen und Monate auf ein erfolgreiches Wort zum Frieden rechnen dürfen, — mit den Kriegszielen im allgemeinen, d. h. mit dem, was nach dieser fürchterlichen Negation jeglichen Rechtes und jeglicher Geschichte werden soll und kann, beginnen die Völker sich heute ernstlich zu beschäftigen. Warum auch nicht? Das Nachdenken darüber ist das Natürliche, Selbstverständliche. Das Gegenteil wäre bedauerlicher Stumpfsinn. Auch sind wir, wie betont, der Meinung, daß uns der Sieg nicht entrissen werden k a n n, daß sich also die Verhältnisse nur zu unserem Gunsten ändern können. Der Krieg dauert viel zu lange, um diesem Denken über solche Zukunftssorgen die Aeußerung zu verwehren. Das p r a k t i s c h e Resultat war bisher freilich kein bedeutendes.

Einen d a u e r n d e n F r i e d e n, der die freie, unabhängige Entwicklung unserer Kulturarbeit und unseres Fleißes in der ganzen Welt gestattet, will jede von den Mittelmächten. Aber das Wie und das Was, die Wege zur Erreichung dieses Zieles, die spezialisierten, vor allem t e r r i t o r i a l e n Wünsche gehen weit auseinander. Mit der Ordnung der polnischen Frage haben die beiden Kaisermächte kühn dem Raten und Ueberlegen abzuhelfen begonnen: Ob diese Premiere freilich befriedigt, bezweifeln wir einigermaßen.

Neue Freie Presse
14. II. 1917

Friedenssicherungen.

Von Dr. Konstantin Dumba.
K. u. k. Botschafter a. D.

(Siehe Nr. 18819 der „Neuen Freien Presse" vom 12. Januar.)

Wien, 13. Januar.

Ich komme nun auf den entscheidenden Punkt 3 der Satzungen der Taftschen Liga zu sprechen. Die der Friedensliga angehörigen Staaten sollen danach gemeinsam mit ihren militärischen und wirtschaftlichen Machtmitteln gegen jedes Mitglied des Friedensbundes vorgehen, welches ohne den Versuch einer gütlichen Konfliktsbeilegung sofort gegen einen anderen Ligastaat feindselig vorgeht. Es soll also die vereinte Land- und Seemacht der Ligastaaten gegen den Delinquenten in Bewegung gesetzt werden und letzterer auch mit wirtschaftlichen Waffen bekämpft werden.

Es ist klar, daß die Wahrscheinlichkeit, den plötzlichen Ausbruch eines Krieges zu vermeiden, desto größer ist, ja bis zur Gewißheit sich steigert, je größer die Zahl der der Friedensliga beitretenden Staaten ist. Entscheidend für die abschreckende Wirkung der ins Auge gefaßten Friedensaktion muß das Mißverhältnis zwischen der militärischen und wirtschaftlichen Kraft des Einzelstaates, der sich selbst Recht verschaffen will, und der aller anderen Ligastaaten sein. Dies führt zur weiteren Vorfrage: Ist es möglich oder wahrscheinlich, daß sich die meisten europäischen Großstaaten mit Nordamerika zu einer solchen Liga vereinigen und den Satzungen des Punktes 2 und 3 fügen? Können sie es tun, ohne ihre vitalen Interessen freizugeben? Und wie steht es mit den kleinen neutralen Staaten, deren Schutz ja die Friedenssicherungsaktion ganz besonders bezweckt?

Hier möchte ich vor allem Zweifel darüber äußern, ob die ins Auge gefaßte militärische Aktion, respektive deren Androhung, das richtige Mittel sei, einen Krieg zu verhüten. In allen südamerikanischen Konflikten ist die Möglichkeit, militärisch einzugreifen, nur für die Seemächte gegeben. Die Kooperation der meisten europäischen kontinentalen Mächte wäre von vornherein auszuschalten. Hier blieben die Vereinigten Staaten, die ABC-Mächte, das heißt Argentinien, Brasilien, Chile, ferner Japan, Großbritannien v. Deutschland allein auf dem Plane. Je nach der politischen Gruppierung könnte nur zu leicht in allen diesen Interventionsfällen eine Spaltung zwischen den mit der militärischen Exekution betrauten Staaten Platz greifen, sie, statt einen lokalen Krieg zu verhüten, einen unendlich größeren Konflikt hervorrufen müßte. Handelt es sich aber um Konflikte in Zentralamerika, so würde die nordamerikanische Union, die infolge ihrer geographischen Lage allein mit der See- und Landmacht eingreifen kann, sich sofort als eine Art Negotiorum gestor für die Friedensliga gebärden und unter dem Titel der Friedenssicherung ihre Vorherrschaft über Zentralamerika noch befestigen und ausdehnen.

Umgekehrt sind die amerikanischen Staaten, sowohl die nordamerikanische Union als die ABC-Staaten, auch nicht in der Lage, einen europäischen Konflikt durch Androhung der Anwendung von Waffengewalt zu verhindern. Hier würden die alten europäischen Gegner allein zum Eingreifen berufen sein und wie groß wäre bei der Verhetzung der Gemüter hier nicht die Gefahr eines neuerlichen Zusammenstoßes zwischen den jetzigen Kampfgruppen! Also auch hier starrt uns die Möglichkeit eines größeren Konflikts entgegen an Stelle der Wahrscheinlichkeit der Konfliktsvermeidung.

Die europäischen neutralen Staaten endlich werden sicherlich Bedenken tragen, sich durch Anschluß an eine Liga zur eventuellen militärischen Exekution gegen Ligamitglieder in entfernten Weltteilen zu verpflichten. Sollte Holland ein Kriegsschiff opfern, weil vielleicht Chile und Peru sofort zu Feindseligkeiten schreiten? Dazu kommt, daß Staaten, wie Belgien oder die Schweiz, durch die Uebernahme einer solchen Verpflichtung den Anspruch auf Neutralität verwirken würden.

Ich glaube, diesen Bedenken könnte dadurch Rechnung getragen werden, daß die militärische Exekution als Zwangsmittel aus Punkt 3 ausgeschaltet wird und daß man sich mit der Androhung des wirtschaftlichen Boykotts begnügt. Ich bin überzeugt, daß diese Sanktion, aufrichtig und loyal durchgeführt, genügen würde, um selbst die größten Militärstaaten zu veranlassen, zunächst die Aktion des Verständigungsrates abzuwarten. Hauptbedingung ist natürlich die aktive Mitwirkung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Androhung wirtschaftlicher Zwangsmittel seitens der letzteren genügt sicherlich, um Großbritannien vom sofortigen Losschlagen zurückzuhalten. Auf Rußland kann in ähnlicher Weise durch die Androhung finanzieller und wirtschaftlicher Boykottierung seitens der Union eingewirkt werden, während jene europäischen Staaten, welche Rußlands Ueberschuß an Weizen, Korn, Gerste, Holz und Petroleum abnehmen, durch die Drohung des Einfuhrverbotes für diese Artikel das Ueberhandnehmen chauvinistischer Tendenzen im Zarenreiche wirksam niederzuhalten vermöchten.

Was die Zentralmächte betrifft, so hat der jetzige Krieg gezeigt, daß sie trotz der rigorosesten Absperrung von Amerika, der ganzen Neuen Welt sowie der britischen Kolonien durchhalten können. Der wirtschaftliche Boykott seitens dieser Länder bringt aber doch große Entbehrungen, Hemmungen für Konsum und Nationalproduktion mit sich. Noch mehr. Die Zentralmächte und selbst Mitteleuropa, wenn es als wirtschaftliche Einheit ersteht, bedürfen des Güteraustausches mit den neutralen Nachbarn. Ohne die aktive, ökonomische Mithilfe Schwedens, Dänemarks, Hollands und der Schweiz hätte Deutschland das Ernährungsproblem nicht lösen können. Was endlich unsere Doppelmonarchie anbelangt, so würde der wirtschaftliche Boykott Hollands, der Schweiz, Schwedens und Rumäniens auch die Approvisionierung unserer Bevölkerung ungemein erschweren.

Gesetzt den Fall, daß die Taftsche Friedensliga, nur gestützt auf die Androhung des wirtschaftlichen Boykotts, durchdringt, so entsteht die Frage, ob die Zentralmächte angesichts ihrer exponierten geographischen Lage, welche sie doppelten und dreifachen Fronten von Feinden gegenüber-stellt, ohne Gefahr die Verpflichtung des Zuwartens während der für die Untersuchung und Berichterstattung des Verständigungsrates fixierten Termins übernehmen können. Kann Deutschland sechs Monate zuwarten, auf die Vorteile der schnelleren Mobilisierung und der inneren Linie verzichten, ohne seine Existenz zu gefährden? Dasselbe gilt für Oesterreich-Ungarn und die ihm seitens Rußlands, Italiens sowie des Balkans drohende Gefahr. Vor dem Weltkriege wäre die Frage wohl von jedem Politiker und Diplomaten verneint worden. Nun aber, nach den schrecklichen Erfahrungen des Weltbrandes, nachdem das komplizierte System der Allianzen und der Gleichgewichtspolitik den Frieden nicht erhalten konnte, möchte ich die Frage nicht ohne weiteres negativ beantworten. Vor allem wird ja schon die Erschöpfung der Hilfskräfte und Finanzen aller kriegführenden europäischen Staaten sowie die Kriegsmüdigkeit der Völker für eine längere Friedenspause und für das aufrichtige Streben aller Beteiligten nach einer gütlichen Beilegung der in Zukunft auftauchenden Reibungen bürgen. Von großer Bedeutung würde in dieser Beziehung die richtige Zusammensetzung des Untersuchungs- und Verständigungsausschusses sein, welche den beteiligten Ligastaaten die größtmöglichen moralischen Garantien für eine unparteiische, billige Lösung der Streitfragen bieten müßte. Hier spielt zum Beispiel die Verschiedenheit der amerikanischen und der europäischen Rechtsauffassung, ferner die Divergenz zwischen den politischen und ökonomischen Interessen der Alten und der Neuen Welt eine bedeutende Rolle. Nordamerika steht in der Tat dem Haager Schiedsgerichte mit Rücksicht auf dessen vorwiegende Besetzung mit Vertretern der europäischen Staaten mißtrauisch gegenüber. Aehnliche Fehler müßten in Zukunft vermieden werden durch die Anpassungsfähigkeit des „Conciliation Board" an die nationalen Eigenarten der Streitteile.

Noch eine Erwägung spricht eher zugunsten der Annahme des Ligaplanes mit der Verpflichtung, kriegerische Operationen erst nach einem gewissen Termin zu beginnen. Es ist wohl kaum die Annahme von der Hand zu weisen, daß nach wiederhergestelltem Frieden wenn auch keine Periode der allgemeinen Abrüstung, so doch ein Stillstand oder ein langsameres Tempo der Rüstungen bei allen erschöpften Staaten eintreten wird. Bei dem furchtbaren Verluste von Millionen wehrfähiger Männer wird jeder arbeitsfähige Mann zur Belebung und Förderung der Nationalwirtschaft gebraucht; dies führt notwendigerweise zu kurzer militärischer Dienstzeit, langen Urlauben und wenig zahlreichen Friedensständen. Das Hauptgewicht wird auf die technische Ausbildung der Spezialwaffen und die Vollendung der technischen Vorbereitung gelegt werden, verbunden mit der höchsten Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der heimischen Kriegsindustrien. Unter diesen Bedingungen können die Zentralstaaten eher auf den Vorsprung einer vorzüglich organisierten Mobilisierung und die Vorteile des blitzartigen Angriffes verzichten.

Die Hauptsache bleibt aber doch, daß, unter dem Schatten der allgemeinen Kriegsmüdigkeit, die europäischen Staaten wohl einen ehrlichen Versuch machen könnten, künftige Konflikte durch Androhung möglichst allgemein wirtschaftlicher Zwangsmittel einer friedlichen Lösung zuzuführen.

Die Materie ist neu und noch wenig durchgearbeitet. Ich kann nicht Anspruch auf eine gründliche Behandlung derselben erheben, glaube aber, daß es an der Zeit ist, die publizistische Besprechung des höchstaktuellen Themas zu eröffnen.

Neue Freie

Die Eröffnungssitzung des polnischen Staatsrates.

Warschau, 14. Januar.

Gestern mittag versammelten sich im Säulensaale des Königsschlosses alle Mitglieder des Staatsrates sowie die Regierungskommissäre beider Okkupationsbehörden und ihre Stellvertreter; von österreichisch-ungarischer Seite Freiherr v. Konopka mit Ministerialrat Dr. Rosner und Bezirkshauptmann Dr. v. Iszkowski; von deutscher Seite Graf Lerchenfeld, Graf Hutten-Czapski und Zychlinski.

Weiter waren erschienen: In Vertretung der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung der Vertreter des Armee-Oberkommandos in Warschau Oberst des Generalstabskorps R. v. Paic, in Vertretung des verreisten Vertreters des k. und k. Ministeriums des Aeußern Legationssekretär Graf Csaky mit dem Vizekonsul Karmenics, vom Generalgouvernement Lublin Sektionsrat R. v. Wysocki, Hauptmann Holub, als Vertreter der polnischen Legion Oberst Graf Szeptycki mit dem Generalstabschef v. Berbecki und dem Chef des Meldewesens Oberst Sikorski, schließlich vom Generalgouvernement Warschau Fürst Czartoryski, Graf Kwilecki, Graf Mielzynski, Graf Bzoldrski und Bukowicki. Unter den geladenen Gästen bemerkte man: Julius Grafen Tarnowski, den Rektor Brudzinski mit dem Prorektor Wierusch-Kowalski der Warschauer Universität und den Rektor der Polytechnik Patschke.

Knapp vor 12 Uhr trafen vor dem Schlosse die beiden Generalgouverneure in einer Galakarosse ein, die von einer Ehreneskorte unter Führung des Fürsten Salm-Horstmar begleitet war. Bald darauf betraten sie den Saal, und zwar Generalgouverneur v. Beseler mit dem Generalstabschef Obersten Wachs und dem Vertreter des Zivilchefs Landrat v. Born-Fallois, Generalgouverneur FZM. Kuk mit dem Generalstabschef Oberstleutnant Hausner und dem Leiter des Zivillandeskommissariats Dr. R. v. Madeyski. Die beiden Generalgouverneure begaben sich auf die Estrade, wo Generalgouverneur v. Beseler folgende Ansprache hielt:

Ansprache v. Beselers.

„Meine sehr geehrten Herren! In dem heute erfolgenden Zusammentritt des provisorischen Staatsrates im Königreiche Polen vollzieht sich der erste entscheidende Schritt zur Verwirklichung der in der Kundgebung vom 5. November 1916 Ihrem Vaterlande gemachten Zusage. Sie sind berufen, im Vereine mit den Regierungen der beiden okkupierten Gebiete die grundlegenden Arbeiten für die Neubildung des polnischen Staates in Angriff zu nehmen.

Die Hoffnung, an diese Arbeit schon im Zeichen eines nahenden Friedens heranzutreten, ist zunichte geworden; unsere Feinde haben die von unseren erlauchten Monarchen hochherzig gebotene Hand zum Frieden schroff zurückgestoßen und zwingen uns zur Fortführung eines Kampfes, den wir nunmehr mit unbeugsamer Entschlossenheit bis zum entscheidenden Sieg durchzuführen willens sind, und unser Sieg wird auch Ihr Sieg sein.

Sie stehen daher vor einer doppelten Aufgabe: Es gilt — nach Maßgabe der uns in der Verordnung für die Bildung des provisorischen Staatsrates vorgezeichneten gemeinschaftlichen Arbeit — Ihrem Lande eine neue staatliche Ordnung als Grundlage für die nationale und freiheitliche Entwicklung zu schaffen und ihm zugleich die wiedergewonnene Freiheit zu sichern. Für beides finden Sie das erste Mittel in einem eigenen Heere, das dem Geiste des neuen Königreiches gleich von vornherein innere Festigkeit und Sicherheit nach außen geben wird.

Erfassen Sie die Größe dieser von Ihrem Lande so lange freiwillig zu übernehmenden Aufgabe, bis die Entwicklung Ihres Staatswesens erlauben wird, sie durch Gesetz zu fördern. Mit uns steht Ihre tapfere Legion bereit, Ihre wehrhafte Jugend für die große vaterländische Aufgabe heranzubilden.

Gehen Sie denn mutig und vertrauensvoll ans Werk und bleiben Sie dessen eingedenk, daß Ihr großes Ziel nur in ruhiger Abwägung und Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse des noch fortdauernden ernsten Kriegszustandes erreicht werden kann.

Und so heiße ich Sie denn zu gemeinschaftlicher Arbeit von Herzen willkommen!"

Rede des Feldzeugmeisters Kuk.

Hierauf richtete Generalgouverneur FZM. Kuk an den Staatsrat folgende Ansprache:

„Meine sehr geehrten Herren! Anknüpfend an die beredten Worte, welche Se. Exzellenz der Herr Generalgouverneur v. Beseler soeben an Sie gerichtet hat, möchte ich auch meinerseits jenen aufrichtigen Wünschen Ausdruck geben, die von seiten der österreichisch-ungarischen Verwaltung Ihrer am heutigen Tage beginnenden, für die Zukunft Polens hochbedeutsamen Tätigkeit entgegengebracht werden.

Noch tobt der ungeheure Kampf, in welchem sich das Schicksal von Völkern und Staaten entscheidet. Er hat auch Ihrem Lande schwere Wunden geschlagen, doch dürfen Sie, meine Herren, nicht aus den Augen verlieren, daß, während anderwärts die Wogen dieses verheerenden Krieges über manches Staatswesen zusammenschlagen, sich hier dank unseren siegreichen Waffen die staatliche Wiedergeburt Ihres Landes vollzieht.

Ihnen ist die historische Aufgabe zugefallen, die Fundamente für Polens Staatlichkeit zu legen! Wenn Sie dieser Aufgabe gerecht werden sollen, müssen Sie Ihre Tätigkeit frei von jeder Parteipolitik all den mannigfaltigen Gebieten widmen, die in der Verordnung über den Staatsrat vorgesehen sind.

Sie werden sich der wichtigen Aufgabe des Wiederaufbaues Ihres Landes zuwenden müssen und sich vor allem mit den großen Problemen der Schaffung eigener staatlicher Einrichtungen der künftigen Staatsverwaltung in allen ihren Zweigen und eines starken, wohlorganisierten nationalen Heeres, als dessen Kader die ruhmbedeckte polnische Legion bereitsteht, zu befassen haben. All dies ohne Ausnahme gehört zum Wesen eines jeden Staates und liegt im eigensten Interesse der Nation als dessen Trägerin.

Vergessen Sie nicht, meine Herren, daß ein Staat, der lebenskräftig und lebensfähig sein soll, kein bloßes Geschenk des Schicksals sein darf. Das Volk selbst muß durch harte Mühe und opferfreudige Arbeit mitschaffen, sich den Staat zu erringen, es muß bereit sein, für ihn zu kämpfen und zu bluten.

Bringen Sie diese Wahrheiten in das Bewußtsein Ihres ganzen Volkes, dann werden Sie Ihrer Aufgabe gerecht werden, dann wird Ihnen der Dank des Vaterlandes gesichert sein, dann werden aber auch die Hoffnungen Ihrer Feinde zuschanden werden, die an die Wiedererstehung Polens nicht glauben, wie man an Dinge nicht glauben will, welche man nicht wünscht oder fürchtet.

Und nun schreiten Sie, verehrte Mitglieder des Staatsrates, im Vertrauen auf Gottes Segen und Hilfe an die Ausübung Ihres hohen und verantwortungsvollen Amtes."

Erwiderung des Staatsrates Waclaw Niemojowski:

Hierauf erwiderte Staatsrat Waclaw Niemojowski:

„In diesen ehrwürdigen Mauern, dem alten und künftigen Sitze unserer Könige, wo am 5. November 1916 im Namen zweier mächtiger Herrscher die Wiederaufrichtung des polnischen Staates feierlich proklamiert wurde, erleben wir heute das erste sichtbare Zeichen der Verkörperung der uns großherzig gemachten Zusage.

Als Mitglieder des provisorischen Staatsrates, des ersten Keimes einer polnischen Regierung, erscheinen wir vor Euren Exzellenzen und sprechen ihnen für die von Wohlwollen und Ernst getragenen Worte der Begrüßung unseren aufrichtigen Dank aus.

Noch ist der eherne Pflug des Krieges, von der Hand der Vorsehung gelenkt, nicht stehen geblieben, aber schon ist es uns vergönnt, auf den durch diesen Pflug verackerten und der russischen Unterdrückung entrissenen Gebieten den Grundstein für das Gebäude eines unabhängigen polnischen Staates zu legen.

Wir verstehen die Größe dieser Aufgabe, die Verantwortung, die auf uns lastet, und die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Wir werden die polnische Nation auffordern, uns in unseren Bestrebungen zu unterstützen und uns in unserer Arbeit zu helfen. Von der wohlwollenden Förderung Eurer Exzellenzen, der Vertreter des Monarchen des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns, hängt in hohem Grade der Prozeß der Entstehung von Organen der polnischen Verwaltung und die damit verbundene Realisierung der polnischen Regierung und des Landtages ab.

Die Bildung einer eigenen Fahnen folgenden, nationalen, zum Kampfe im Dienste des Vaterlandes bereiten Armee wird neben der Arbeit zur Organisierung des polnischen Staates unsere große Aufgabe sein.

Wir sind uns unserer historischen Mission bewußt, die die Ausdehnung unserer Grenzen auf die von der russischen Herrschaft befreiten, zu Polen gravitierenden Gebiete verlangt.

Dankbar für die edle Ankündigung der Monarchen, im festen Glauben an deren volle glückliche Erfüllung werden wir an unser Werk mit der tiefsten Ueberzeugung schreiten, daß die auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Arbeit dauernde Ergebnisse zeitigen wird."

Den deutschen Text der Rede Niemojowskis verlas sodann das Mitglied des Staatsrates, Direktor der höheren landwirtschaftlichen Kurse in Warschau Mikulowski-Pomorski.

Vossische Zeitung
15./I. 1917

15. Januar 1917

Zeitung

d gelehrten Sachen.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801 bis 11850, 15280, 15281 bis 15291. Zentrum 8690.

densangebot.

Wirtschaftliche Weltherrschaft.

Von
Georg Bernhard.

Wir wissen nicht, ob und welche tieferen politischen Absichten die Staatsmänner der Entente bei der Abfassung ihrer Note an den Präsidenten Wilson geleitet haben. Man soll nach altem strategischem Grundsatz beim Gegner immer das Klügste voraussetzen. Das gilt nicht bloß auf militärischem, sondern auch auf politischem Gebiet. Und somit scheint es uns nicht ganz ausgeschlossen, daß vielleicht irgendetwas mit dieser Note beabsichtigt worden ist, was nur derjenige zu erkennen vermag, der in die geheimsten Ziele und Pläne unserer Gegner eingeweiht ist. Wenn man aber nur das in den Kreis der Erwägungen zieht, was bei mehrmaligem Durchlesen der Note zutage tritt, so bestätigt sich immer mehr unser erstes Urteil, daß diese politische Urkunde den führenden Geistern unserer Feinde in keiner glücklichen Stunde eingegeben worden ist. Ueber den Eindruck, den Präsident Wilson selbst aus dem — ja in erster Linie an ihn gerichteten — Schreiben der zehn gegen uns verbündeten Staaten empfangen hat, können wir nach den wenigen Nachrichten, die bisher zu uns gelangt sind, noch nichts Genaues sagen. Auch über die Aufnahme der Note in der öffentlichen Meinung Amerikas gewinnt man aus den bisher bekannten Pressestimmen keinen einheitlichen Eindruck. Dagegen wissen wir schon Genaueres über die Empfindungen, die durch das Schriftstück in den neutralen Ländern Europas ausgelöst wurden. Wenn es die Absicht der Entente war, auf diese Länder zu wirken, so kann das schon heute als mißglückt bezeichnet werden. Eine gewisse abwägende Kritik erfährt die Note eigentlich nur in der Schweiz. Daß die westschweizerischen Blätter sich verhältnismäßig günstig äußern, darf ja nicht Wunder nehmen. Eine gewisse Ueberraschung hat aber wahrscheinlich manchem in Deutschland die eigenartige Haltung eines Teiles der ostschweizerischen Presse bereitet, die sich bemüht, diplomatische Feinheiten aus der Note herauszulesen, und immer noch nicht das Bestreben aufgibt, Haken und Häkchen zu finden, die als Stützen einer näheren oder ferneren Friedensanbahnung dienen können.

Im Gegensatz dazu wird die Note in Holland und in Schweden sowie in den übrigen Ländern Skandinaviens fast einstimmig rückhaltlos verurteilt. Insbesondere in Holland scheint die Note eine allgemeine Verblüffung ausgelöst zu haben. Diese Brutalität in der Kundgebung ihrer Kriegsziele scheint man doch nicht von den Feinden Deutschlands erwartet zu haben. Man weiß ja gerade dort ein Lied von der Rücksichtslosigkeit des englischen Terrors zu singen, und es ist all jenen Staaten, die schon bisher unter der Rücksichtslosigkeit der englischen Zwangsherrschaft zu leiden hatten, durch den Ton der Note neuerdings wieder besonders klar vor Augen gebracht worden, wessen sie sich zu gewärtigen haben, wenn England siegt, und was ihnen noch weiter an Duldungen auferlegt werden wird, wenn der Krieg seinen Fortgang nimmt.

In den neutralen Staaten West- und Nordeuropas ist schon seit langem die Erkenntnis gereift, daß für sie nichts sehnlicher als eine schnelle Beendigung des Krieges zu wünschen ist. Im Anfang mag sich — vielfach sogar ohne besondere Antipathie gegen Deutschland — in diesen neutralen Ländern mancher die englischen Repressalien haben gefallen lassen, weil er der Ansicht war, daß alle Erfolge Deutschlands den Krieg verlängern würden, während ihnen auf der anderen Seite der wachsende wirtschaftliche Druck Englands auf Deutschland geeignet schien, den Krieg abzukürzen. Inzwischen ist dieser Irrglaube bei den Neutralen geschwunden. Sie wissen, daß Deutschland auch wirtschaftlich nicht zu besiegen ist.

Die freie Sprache, die die deutsche Presse über die Lebensmittelfrage schon zu einer Zeit führen durfte, als die Zensur sich nicht nur innerhalb der Grenzen hielt, die ihr durch rein militärische Notwendigkeiten gesteckt waren, hat eine sehr günstige Wirkung auf das Ausland geübt. Die Presse der Feinde allerdings hat sich, um ihre Völker zu belügen, damit vergnügt, einzelne Sätze aus den Artikeln deutscher Zeitungen herauszugreifen, um damit den Beweis für schmerzliche Hungersnöte in Deutschland und dessen nahen Zusammenbruch zu erbringen. Die Neutralen aber haben diese Methode im allgemeinen nicht mitgemacht. Sie haben die Aufsätze der deutschen Presse so gelesen, wie sie zu verstehen waren. Es ist ihnen daher immer klarer geworden, daß in Deutschland — wie es ja auch gegenüber der ungeheuerlichen Hungerblockade

Neues Wiener Tagblatt
16./I. 1917

Die Friedensliga und „das Prinzip des Rechts".

Eine Entgegnung von Universitätsprofessor Dr. **Josef Mauczka.**

Im „Neuen Wiener Tagblatt" vom 3. Jänner 1917 erneuerte Senatspräsident Dr. Leo Elsner den bereits mehreremal in diesem Blatte gemachten Vorschlag, daß dem seinerzeitigen Friedensvertrag eine Vereinbarung aller Staaten angefügt werde, sich wechselseitig den Besitzstand zu garantieren, den jeder einzelne nach dem Friedensschlusse aufweist. Diesen Vorschlag führt Elsner nunmehr genauer aus, ohne daß es ihm gelungen wäre, die gegen denselben von mir bereits einmal an dieser Stelle erhobenen Bedenken zu beseitigen. Bei der Wichtigkeit der angeregten Frage sei es mir gestattet, noch einmal zu ihr Stellung zu nehmen. Zunächst muß neuerlich darauf hingewiesen werden, daß Staaten lebende Organismen mit Wachstum und allmählichem Absterben sind, welchen Prozessen Vergrößerungen und Verkleinerungen ihres Gebietes entsprechen. Es wäre ein fruchtloses Beginnen, diese natürlichen Prozesse durch einen Vertrag zu unterbinden oder mit Elsner auf den Weg friedlicher Vereinbarung zu verweisen. Der Vergleich mit dem Grundbesitzer, der auch dem Nachbar kein Grundstück wegnehmen darf, paßt nicht. Denn einer friedlichen Abtretung von Gebietsteilen steht bei Staaten das Prestige im Wege, das um so ängstlicher gewahrt wird, je kleiner der Staat ist. Nun erwartet Elsner von der Einsicht und weisen Mäßigung aller Beteiligten seiner Ansicht nach mit Grund, daß nicht Forderungen gestellt werden, welche einem Staate eine Fortsetzung oder Wiedereröffnung des Krieges als das verhältnismäßig geringere Uebel erscheinen lassen.

Wahrlich, jede Zeitungsnummer aus dem feindlichen Lager widerlegt auf das bündigste diese Erwartung. Soll zum Beispiel ferner England für ewige Zeiten Aegypten und Indien behalten, sollen wir am Ende England helfen, diese Länder zu behaupten, wenn sich ihre Bevölkerung erfolgreich gegen die Knechtung wehrt?

Noch wichtiger ist folgender Einwand: Der Garantievertrag würde allerdings den allgemeinen Friedensvertrag schützen, jedoch nur so lange, als er selbst eingehalten würde. Ist es nun anzunehmen, daß die Garantiemächte tatsächlich gegen Verletzungen des Friedensvertrages zu den Waffen greifen würden? Das Verhalten Italiens und Rumäniens im Weltkrieg sollte für ewige Zeiten eine Lehre sein, wie weit man sich auf derartige Verträge verlassen dürfe. Nun ist man zwar auf Grund der Lebenserfahrung gewöhnt, daß Verträge in der größten Mehrzahl der Fälle auch gehalten werden; nötigenfalls wird die Leistung durch Rechtszwang herbeigeführt. Bei dem vorgeschlagenen Garantievertrag fehlen jedoch alle jene Momente, die sonst das Halten eines Vertrages im Privatverkehr bewirken, obwohl dieses mit der Selbstsucht der Menschen im Widerspruch steht. Ein innerer und ein äußerer Zwang wirken auf die Erfüllung von Verträgen hin. Der innere Zwang ruht auf unsern religiösen und sittlichen Vorstellungen, die das Halten eines Versprechens gebieten. Der äußere Zwang wird wiederum durch den starken, jeden Widerstand im Innern zermalmenden Arm des Staates dargestellt, der stets bereit ist, gegen jeden Vertragsbruch einzuschreiten. Neben dem staatlichen spielt auch noch der gesellschaftliche Zwang eine große Rolle, ja oft ist er noch stärker als jener. Der Vertragsbrüchige setzt sich der gesellschaftlichen Mißbilligung aus, er riskiert Abbruch der gesellschaftlichen, unter Umständen auch geschäftlichen Beziehungen, ja vielleicht sogar seine ganze Existenz. Aus diesen Gründen erklärt es sich, daß in der menschlichen Vorstellung die Begriffe Vertrag und Halten desselben, nötigenfalls Erzwingung der Leistung eng verknüpft sind. Von dieser Vorstellung kann man sich auch dann nicht losmachen, wenn es sich nicht um Verträge des Privatverkehres, sondern um Verträge von Staaten untereinander handelt. Und doch liegen die Dinge in diesem Falle völlig anders. Denn bei Verträgen dieser Art fehlt sowohl der innere wie der äußere Zwang zu ihrer Einhaltung. Was zunächst den innern Zwang der sittlichen Anschauungen anlangt, dürfen wir uns der brutalen Tatsache nicht verschließen, daß die meisten Staaten auf dem Standpunkt der Räubermoral stehen. Sie sind stets geneigt, dem Nachbar so viel wegzunehmen, als die eigene Kraft gestattet, und können nur durch Gegenrüstungen mühsam im Zaum gehalten werden. Ferner gilt auch im diplomatischen Verkehr so manches als erlaubt, was im Privatleben streng verpönt ist. Man muß noch weiter gehen. Die Volksstimme hat einen mehr oder minder großen, oft absolut bestimmenden Einfluß auf die Regierungsmaßnahmen. Im Volke als großem Organismus machen sich jedoch meist die schlechteren, namentlich selbstsüchtigen Triebe geltend. Die edeln, tugendhaften Eigenschaften sind leider bisher nur einer kleinen Minderheit eigen. Von einem innern, auf den sittlichen Anschauungen beruhenden Zwange zur Einhaltung von Verträgen wird daher nur bei ganz wenigen, eine Ausnahme bildenden Staaten die Rede sein können.

Nicht besser steht es mit dem äußern Zwange. Zunächst kann man bei den Beziehungen der Staaten zueinander von einem gesellschaftlichen Zwange kaum reden, denn es gibt in ihrem Verhältnis zueinander nichts, was der menschlichen Gesellschaft im Staate entsprechen würde. Die Gesellschaft vermag auf ihre Angehörigen in der Weise zu wirken, daß sie den Verkehr mit ihnen von ihrem Verhalten bestimmen läßt. Sie ist dazu in der Lage, da sie bei der Verfolgung ihrer Interessen auf die Mithilfe einzelner Individuen nicht angewiesen ist und diese, ohne sich selbst zu schädigen, sehr wohl ihre Ungnade fühlen lassen kann. Ganz anders liegt das Verhältnis der Staaten zueinander. Jeder ist mit seiner geographischen Lage und seinen Hilfskräften eine so ausgesprochene Individualität, daß man auf den Verkehr mit ihr, wenn man nicht geradezu zu einem Kriege entschlossen ist, nicht verzichten kann. Schon das eigene Interesse verbietet einen derartigen, nicht bis zum Kriege betriebenen Abbruch der Beziehungen. So kann es trotz aller gegenteiligen Bestrebungen gar keinem Zweifel unterliegen, daß nach dem Friedensschluß die Handelsbeziehungen zwischen den jetzt noch feindlichen Völkern werden wieder aufgenommen werden.

Daß endlich ein eigentlicher staatlicher Zwang zur Einhaltung von Staatsverträgen nicht besteht, bedarf keines weiteren Beweises. Wie müßte auch ein solcher Exekutionsapparat aussehen, der stark genug wäre, jeden Widerstand einer Mächtegruppe niederzuwerfen! Man darf sich die Sache nicht dadurch leicht machen, daß man immer nur den allerdings aussichtslosen Widerstand eines einzelnen Staates gegen die Garantiemächte ins Auge faßt, man muß mit Koalitionen rechnen wie der Vierverband. Aber auch angenommen, die Garantiemächte verfügten gegenüber jeder denkbaren Konstellation über den nötigen Zwang, so kommen wir wieder auf die Unzuverlässigkeit der Einhaltung des Garantievertrages zurück. Gibt es doch eine Menge Ausreden, wie mangelnde Kriegsbereitschaft und dergleichen. Oder sollte es eine Wirkung des Garantievertrages sein, daß sämtliche Mächte jederzeit zum Losschlagen bereit seien? Wie steht es dann, wenn etwa gar das Volk die Teilnahme am bewaffneten Einschreiten, etwa durch große Streiks, verweigert?

Ueber eine andre Schwierigkeit gleitet Elsner leicht hinweg. Gegen welchen Staat hätten die Garantiemächte einzuschreiten, wenn kriegerische Verwicklungen drohen? Doch nicht gegen beide? Daß die formelle Kriegserklärung nicht maßgebend sein kann, gibt Elsner zu. Also wohl gegen denjenigen Staat, der den Anlaß zum Streit gegeben hat. Damit wäre erst recht allen Streitigkeiten Tür und Tor geöffnet. Jedenfalls hätten die Mittelmächte im gegenwärtigen Streitfall sehr schlecht abgeschnitten; die meisten neutralen Staaten gaben ihnen aus Böswilligkeit oder irregeleitet durch den unerhörten Lügenfeldzug der feindlichen Presse die Schuld. Wie kann man auch in der erhitzten Atmosphäre, die den Ausbruch eines Krieges auch in neutralen Staaten zu begleiten pflegt, eine ruhige, besonnene Beurteilung der Sachlage erwarten! Das wahrscheinlichste wäre dann in einem solchen Falle, daß die Garantiemächte verschiedener Meinung wären. Einem aufrichtigen Friedensfreunde bliebe dann nur übrig, zu hoffen, daß sämtliche Garantiemächte ihre Pflicht zum bewaffneten Einschreiten verletzen, weil sonst gerade der Garantievertrag die Ursache würde, daß sich alle Staaten in zwei Lager spalten und bekämpfen. Wenn im Privatrecht ähnliche Fragen, wie zum Beispiel, ob die Auflösung eines Verlöbnisses gerechtfertigt war, zu entscheiden sind, so können die Gerichte in aller Ruhe und nach reiflicher Ueberlegung ihre Entscheidung fällen. Und wenn auch ein solches Gericht für die Schlichtung zwischenstaatlicher Streitigkeiten geschaffen würde, wo liegt die Gewähr, daß es mit seinem Spruch nicht zu spät kommt? Oder soll der vom Nachbar bedrohte Staat auf den Schiedsspruch warten, während der Nachbar unterdessen die Mobilisierung beendet? Was berechtigt uns endlich, auf einen unparteiischen Spruch zu rechnen? Im Privatverkehr wird man immer noch unbefangene Richter finden, die in keiner Weise an dem Ausgang des Rechtsstreits interessiert sind. Anders im Verhältnis der Staaten zueinander, wenn es sich um deren Lebensinteressen handelt. Die Schweiz ist gewiß das Muster eines korrekt neutralen Staates. Und doch wird kaum jemand daran zweifeln, daß ein Schiedsspruch ganz verschieden ausfallen würde, je nachdem er von einem Ost- oder Westschweizer abgegeben wird. Die Staaten stehen eben miteinander in viel zu enger Berührung, als daß die Lebensfragen des einen dem andern ganz gleichgültig sein könnten, und damit ist die Voraussetzung für unparteiische Schiedssprüche gefallen. Elsner erwartet sich in dieser Hinsicht eine Abhilfe dadurch, daß die Schiedssprüche in Zukunft nach gesetztem Recht und nicht bloß nach freiem Ermessen zu fällen wären. Damit ist gar nichts gewonnen. Einem praktischen Juristen braucht man doch nicht erst auseinanderzusetzen, daß keine Rechtssatzung imstande ist, alle denkbaren Fälle zu regeln, daß der Auslegung immer mehr oder minder Spielraum gewährt werden muß. Mit Rücksicht darauf gewinnt auch die Einräumung freien Ermessens an den Richter immer mehr Boden. Die Zeiten, in denen man vermeinte, ein Gesetz könne und müsse alle denkbaren Fälle erledigen (Codex Theresianus, Preußisches Landrecht), sind ein für allemal vorbei. Das Gesagte gilt in verstärktem Maße, wenn man an der Unparteilichkeit der Richter zweifeln muß. Wie läßt sich ein Gesetz drehen und wenden!

Noch eine andre Gefahr würde der Garantievertrag in sich bergen. Er sollte doch in erster Linie den Staaten ein Gefühl der Sicherheit gegenüber künftigen kriegerischen Verwicklungen gewähren, d. h. der vertragstreue, arglose Staat, stets bereit, derartige Verträge auch zu halten, würde auf sie bauen, während andre alle Vorbereitungen treffen, ihn zu brechen und den unvorbereiteten zu überfallen. Welche Rolle dabei den Mittelmächten zufallen würde, bedarf keiner näheren Auseinandersetzung.

Gegen die vorstehenden Ausführungen könnte vielleicht eingewendet werden, daß es ja eine ganze Reihe von Staatsverträgen gibt, die anstandslos gehalten werden, wie die verschiedenen Rechtsschutz-, Weltpostvereins-, Eisenbahnfrachtverträge usw. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, daß kein Staat irgendein vernünftiges Interesse daran hätte, einen solchen Vertrag zu brechen. Sie bieten allen Vertragsstaaten große Vorteile und legen ihnen, wenn überhaupt welche, so nicht nennenswerte Lasten auf. Etwas ganz andres würde es bedeuten, auf Grund des Garantievertrages mit bewaffneter Macht einzuschreiten, wenn man hiezu an sich keine Neigung verspürt.

Ich komme zum Schlusse auf einen bereits seinerzeit ausgesprochenen Gedanken zurück: Alle Bestrebungen, einen dauernden Frieden herbeizuführen, müssen bei der Hebung der allgemeinen Ethik einsetzen. Solange nicht das Empfinden für Recht und Billigkeit auch im Verhältnis der Staaten zu einander das herrschende wird, solange der „Sacro egoismo" als Schlachtruf ertönt, wird es Kriege geben. Es ist ein völlig verfehltes Beginnen, durch irgendwelche Organisationen den Krieg aus der Welt schaffen zu wollen, solange nicht die ethischen Grundlagen dafür gegeben sind.

...itt.

Administration
d Inseraten-Bureau:
Telephon Nr. 1652.

Abonnement-Bureau:
Telephon Nr. 5961.

„Kleiner Anzeiger":
Telephon Nr. 1208.

Expedition und Inseraten-Bureau:
I., Schulerstraße 17.

Kleiner Anzeiger:
I., Schulerstraße 5 (Ecke Strobelg.).

Pränumerationspreise.

Für das Ausland:

Mit täglich einmaliger Postversendung:
Für Deutschland vierteljährig . . . 18 K
Für alle andern, dem Weltpostverein angehörigen Länder vierteljährig . . . . . 20 K

Bei den Postämtern vierteljährig:
In Deutschland . . . . . Mark 9.12
Schweiz . . . . . Franken 13.30
Bulgarien . . . . . Franken 14.90

51. Jahrgang.

lungen mit Rußland zu bringen, und ist dies Deutschlands dauernden Bemühungen nicht geglückt? War nicht die Anerbietung eines Schiedsgerichtes an demselben Tage, wo Rußland gegen Oesterreich-Ungarn, den Bundesgenossen Deutschlands, das diesem vertragsmäßig zur Hilfe verpflichtet war, mobilisierte, ein Ansinnen, auf das Deutschland nur so reagieren konnte, wie es reagierte?

Hat nicht der englische Botschafter in Petersburg schon am 25. Juli Sasonow gewarnt, die Mobilisation anzuordnen, weil sich Deutschland nicht mit einer Gegenmobilisierung begnügen könne, sondern sogleich den Krieg erklären müsse? Hat nicht Graf Pourtales Sasonow dauernd dasselbe gesagt? Hatte es nicht England in der Hand, dem Kriege fernzubleiben, und wollte es nicht vielmehr die Gelegenheit benützen, um über Deutschland herzufallen, nachdem Grey es abgelehnt hatte, neutral zu bleiben, selbst wenn Belgiens Neutralität oder die Integrität Frankreichs und der französischen Kolonien von Deutschland garantiert werden würden? Spricht daraus und aus der strikten Weigerung überhaupt, die Bedingungen zu nennen, unter denen Großbritannien neutral bleiben würde, nicht der absolute Angriffswille Englands? Hat sich nicht Rußland bei England nach vollzogener Mobilisation für die feste Haltung bedankt, die England Deutschland gegenüber eingenommen hat?

Warum schweigt die Reutermeldung über Irland, wo englische Offiziere unschuldige Iren aus reiner Lust am Töten ohne Kriegsgericht erschossen? Erinnern sich die Engländer nicht an die Konzentrationslager während des Burenkrieges, wo tausende unschuldiger Burenkinder zugrunde gingen? Weiß die englische Regierung nicht, wie eine große Anzahl Buren noch jetzt über England denkt? Sind der englischen Regierung die Dumadebatten über die Behandlung der Fremdvölker in Rußland unbekannt? Noch neulich sagte der russische Abgeordnete Tschenkeli in der Duma, daß oft von der Dumatribüne davon gesprochen wurde, daß die russische Regierung während des Krieges alle menschlichen und göttlichen Gesetze hinsichtlich einer ganzen Reihe von Völkerschaften verletzt habe. Wurden nicht nach dem unanfechtbaren Zeugnis russischer Dumamitglieder zahllose Juden in Rußland unschuldig aufgehängt und Mohammedaner im Kaukasus zu Tode gequält? Stellten nicht England und Frankreich unter dem heuchlerischen Mantel einer Schutzmacht an das souveräne Griechenland Forderungen, die weit über die Forderungen hinausgingen, die seinerzeit Oesterreich-Ungarn an Serbien zu stellen gezwungen war?

Was die Kolonien anlangt, gewann Deutschland die seinigen alle durch friedliche Abmachungen, und es hat auch kein Schuldkonto aufzuweisen, wie das, womit England in Indien und Frankreich in Marokko belastet sind.

Kann England den Beweis dafür erbringen, daß Deutschland vor Auslegung des englischen Minenfeldes in der Nordsee Minen anderswo als an den deutschen und englischen Küsten und in den Zufahrtstraßen zu den englischen Gewässern nach entsprechender Warnung an die Neutralen legte? Ist nicht der deutsche Unterseebootkrieg lediglich eine Vergeltungsmaß-

Erwiderung des Wolffschen Bureaus auf Reuterauslassungen.

Berlin, 15. Jänner. Von befugter informierter Seite ist das Wolffsche Bureau ermächtigt, auf eine amtliche Auslassung des Reuterschen Bureaus über die deutsche Note an die Neutralen folgendes zu erwidern:

Die Fragen und Vorwürfe, die das Reutersche Bureau im Auftrage der englischen Regierung erhebt, um Deutschlands Schuld am Ausbruch des Krieges zu beweisen, sind für niemand mehr neu; es sind dieselben Phrasen, die längst widerlegt worden sind. Wir stellen einige Gegenfragen: Hat nicht Grey erklärt, er verzichte auf die Konferenzidee, wenn es Deutschland gelinge, Oesterreich-Ungarn zu direkten Verhand-

Neues Pester Journal

16. II. 1917

207

Dienstag, 16. Januar.

ournal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 64.
phon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 23—31.

Friedensmöglichkeiten.

Von **Bartholomäus v. Lánzi,**
Wirklicher Geheimrath, Justizminister a. D.

Wer könnte es wohl in Abrede stellen, daß sich die Friedenssehnsucht immer mehr vertieft und immerwährend ausbreitet. Am wenigsten haben die Mittelmächte und ihre Verbündeten Ursache, die Friedensgedanken von sich zu weisen, — sie haben ja doch ihr Kriegsziel im Großen und Ganzen erreicht. Sie haben den Anschlag, der auf die Lähmung ihrer weltwirthschaftlichen Entwicklung, ja sogar auf die Vernichtung ihrer staatlichen Konsistenz gerichtet war, ruhmvoll abgewiesen und haben bereits in den bisherigen Kriegserrungenschaften und in dem durch dieselben gefestigten Besitzstande eine genügende dringliche Garantie dafür, daß nach Beendigung des Krieges eine solche Rechtslage geschaffen wird, welche die Gefährdung ihrer Daseinsinteressen seitens ihrer Widersacher für die Zukunft zu verhindern vermag. Dieser Auffassung entsprechend, machten die Mittelmächte ihr Friedensangebot, in welchem sie sich bereit erklärten, auf die Verhandlung der Friedensbedingungen einzugehen. Trotzdem daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika und mehrere neutrale Mächte geneigt waren, behufs Verwirklichung dieses Vorschlages die Vermittlung zu übernehmen, hat die Entente im Vereine mit den ihr angeschlossenen Staaten das Friedensangebot abgelehnt, weshalb die diesbezügliche diplomatische Demarche gegenstandslos und die Fortsetzung des Krieges nothwendig wurde. Mithin könne man glauben, daß die Aussicht auf einen baldigen Frieden geschwunden sei.

Wenn man jedoch die Sache näher ins Auge faßt, wird man so manchen Anhaltspunkt finden, welcher zu der Annahme berechtigt, daß in der Friedensfrage noch nicht das letzte Wort ge-

trennlich gewesen. Aber da kommt schon ein eigener „Todtentanz" heraus, wo ich doch blos von jenem

Vossische Zeitung 18.I.1917

Die Etatsdebatte im Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 18. Januar.

Am Ministertische: v. Breitenbach, Dr. Lentze, v. Lochell, Sydow.

Präsident Graf **Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Das Haus tritt in die erste Lesung der Haushaltsrechnung.

Abg. **Dr. v. Heydebrand** (kons.): Zunächst einige Worte zum Etat. Erfreulich ist, daß aus den höheren Steuerzuschlägen des Jahres 1916 ein Teil des Defizits gedeckt werden konnte. Daß der Etat für 1917 mehr der Wirklichkeit entsprechend aufgestellt ist, ist gleichfalls erfreulich. Mit besonderer Genugtuung erfüllt uns, daß auch in diesem Jahre trotz der gewaltigen Kriegslasten Preußen die Erfüllung seiner Kulturaufgaben nicht vergessen hat. Die Einnahmen aus den direkten Steuern, die ja das Rückgrat des preußischen Etats bilden, zeigen eine beträchtliche Erhöhung. Vielfach ist auch das Kapital selbst schon angegriffen worden. Da kann und muß die Zukunft noch Aenderungen bringen, denn

gegen weitere Erhöhungen der steuerlichen Belastung

bestehen ernste Bedenken. Der Eisenbahnverwaltung sagen wir für ihre Tätigkeit unsere Anerkennung. (Beifall.) Alles in allem können wir, da unser Finanzwesen auf gesunden Grundlagen aufgebaut ist, ruhig in die Zukunft schauen. Daß für den Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen bisher schon fast 700 Millionen aufgewendet werden konnten, verdient ganz besondere Anerkennung. (Beifall.) Rußland, das versprochen hat, die aus Ostpreußen in die Gefangenschaft weggeführten Bewohner auszuliefern, entzieht sich noch immer seiner Verpflichtung, und die armen Ostpreußen sind weiter schutzlos und hilflos dem Elend preisgegeben. Möge die preußische Regierung bei der Reichsregierung darauf dringen, daß den Russen gegenüber eine Sprache angeschlagen wird, wie jetzt gegenüber den Franzosen. (Beifall.) Eine solche Sprache wird auch in Rußland ihre Wirkung nicht verfehlen. Unsere wirtschaftliche Lage ist reich an Entbehrungen und Opfern. Wir können das ruhig aussprechen, denn das Ausland weiß, was wir jetzt unserer Bevölkerung zumuten müssen. Mit den Waffen können sie uns nicht besiegen, und so hoffen sie, daß Mangel und Not, Unzufriedenheit und Uneinigkeit schließlich die Kräfte unseres Volkes lahmlegen werden. Auch diese Hoffnung muß zu Schanden werden. (Beifall.)

Eine Mahnung an die Bauern.

Deshalb dazu ein offenes Wort zunächst an die ländliche Bevölkerung. Sie hat es gewiß schwer bei dem Mangel an Arbeitskräften und angesichts der Tatsache, daß zweifellos manche Verordnung nicht das Richtige trifft. Trotzdem muß die ländliche Bevölkerung mehr leisten als bisher, sie muß sich klar darüber werden, daß sie mehr Opfer bringen muß, als ihr vorgeschrieben sind. (Zustimmung.) Jetzt gilt es, die Probe auf das Exempel zu machen, daß wir alle ein Volk von Brüdern sind. (Beifall.) Das Bewußtsein von der Not dieser schweren Zeit ist noch nicht in alle Teile der ländlichen Bevölkerung gedrungen.

Man sollte die Antwort, die die Entente dem Präsidenten Wilson gegeben hat, allgemein anschlagen, damit man auf dem Lande überall erkennt, was uns bevorsteht, wenn dieser Krieg verloren wird. (Sehr gut!) Die Landwirtschaft muß selbst den Beweis dafür liefern, daß sie leisten kann, was sie versprochen hat, als sie Schutz und Förderung von den anderen Ständen verlangte. (Sehr gut!)

Auch die städtische Bevölkerung leidet schwer. Es ist ein trauriger Anblick, sehen zu müssen, wie Frauen nach ein paar Kartoffeln stehen müssen und wie die städtische Bevölkerung für die einfachsten Lebensbedürfnisse geradezu unerschwingliche Preise zahlen muß. Es ist menschlich verständlich, wenn die Städter aus Unkenntnis dafür das Land verantwortlich machen. Jeder, der das Land kennt, weiß aber, daß das nicht richtig ist. Unsere Feinde hoffen, uns durch innere Zwietracht zu veranlassen, einen schwächlichen Frieden zu schließen. Aber wenn wir auch noch lange darben müssen, wollen wir nicht durch überflüssige Mitteilungen an unsere Truppen diesen die innere Kraft nehmen, die sie brauchen. Unsere Frauen müssen mehr als bisher lernen zu leiden, ohne zu klagen. Unsere Behörden haben eine gewaltige Arbeit geleistet, ohne die wir nicht so dastehen würden. Was wir haben, ist wenig, aber das Wenige muß so eingeteilt werden, daß jeder etwas hat, und daß wir durchkommen können und daß unsere Krieger keine Sorge haben, daß wir innerlich zerfallen, während sie den Feind von uns abwehren.

Die militärische Lage.

Militärisch hat uns das verflossene Jahr ganz Gewaltiges gebracht. Wenn wir bedenken, wie furchtbaren Angriffen unsere tapferen Krieger an der Somme ausgesetzt waren, wenn wir die Riesenkämpfe bei Verdun betrachten, wenn wir uns den glänzenden Siegeszug unserer Truppen nach Rumänien und in Rumänien, den man wohl als das ureigenste Werk unseres Generalfeldmarschalls von Hindenburg bezeichnen darf (Beifall), vergegenwärtigen, wenn wir daran erinnern, was unsere tapferen Seeleute geleistet haben, an die glänzende Seeschlacht am Skagerrak, an das, was unsere U-Boote geleistet haben, so ist ja kein Dank innig und groß genug, um auszusprechen, was uns da bewegt. (Zustimmung.) Unsere Helden draußen müssen sich mit dem Gefühl begnügen, daß sie für ihr Vaterland, ihre Familie und ihr Dasein kämpfen. Das wird ihnen weiter die Kraft geben, durchzukämpfen. (Beifall.) Aber wir wollen uns auch keiner Täuschung hingeben. Wenn man die Antworten liest, die trotz der Kriegslage unsere Feinde uns und dem amerikanischen Präsidenten gegeben haben, so muß man gewiß sagen, das ist schrecklich, obwohl man in gewissem Sinne eigentlich dankbar dafür sein muß, daß sie die Maske haben fallen lassen! (Sehr richtig!) Aber wir wollen uns nicht verhehlen, daß eine ganz gewaltige Kraftanstrengung auf der anderen Seite noch gemacht werden wird, die uns vor gewaltige Proben stellen wird. Zwar hat man gegenüber den Prahlereien auf der Gegenseite manchmal das Gefühl: Kinder im Dunkeln singen sich ein lautes Lied. Aber die Regierungen, die die Verantwortung tragen, sind dort noch am Ruder und müssen wie ein Spieler, der verliert, alles auf die letzte Karte setzen.

Der Ruf des Kaisers.

Nicht genug Dank und Anerkennung und tiefe Bewunderung kann man für die Worte aussprechen, die der Kaiser im Aufruf an das Heer und an unser Volk gefunden hat. (Lebhafter Beifall.) Diese Worte müssen dauernd in der Bevölkerung festgehalten werden. (Zustimmung.) Unser König soll sich nicht täuschen; das preußische Volk steht hinter ihm wie ein Mann und wird ihm folgen auf dem Wege zu Kampf und zum Sieg, den er uns weisen und führen wird. (Lebhafter Beifall.) Wir danken ihm, daß er in seinem Appell die Gerechtigkeit unserer Sache betont hat. Dieses Wort, das man für überflüssig halten möchte, ist doch nicht überflüssig, wenn man hört, wofür die Gegner kämpfen. Jetzt, wo wir die ganze Vorgeschichte des Krieges kennen, ist es von den Engländern eine Frivolität ohne gleichen, wenn sie, die seit Jahrzehnten den Krieg vorbereitet haben, sagen, sie kämpften für Freiheit und Gerechtigkeit. Was der Kaiser von uns verlangt, ist unsere Pflicht. Wenn wir ihm auf dem Wege zum Sieg folgen wollen, dann ist es auch notwendig, daß wir im Innern ein ganz, ganz einiges Volk sind. (Lebhafter Beifall!) Deshalb enthalte ich mich des Eingehens auf innerpolitische Fragen, die man in anderen Zeiten ruhig erörtern kann, die aber in dieser Stunde nicht am Platze sind. (Sehr richtig!) Jetzt kommt es nicht darauf an, Zukunftsideen auszumalen, von denen doch kein Mensch weiß, wie sie sich später entfalten werden, und die am letzten Ende doch dazu führen, daß die Gemüter erregt werden. Die Stunde braucht ein einiges Volk, wo ein Mann zum anderen steht. (Sehr richtig!) Was uns den Krieg gewinnen läßt, ist unsere Siegesgewißheit. Was vor uns steht, das ist das, was mit allen Mitteln von uns erstrebt werden muß und erstrebt werden wird. (Zuruf des Abg. Adolf Hoffmann: Wahlrecht! Zurufe: Das ist die Höhe!)

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg.

Wenn wir den Sieg erfechten wollen, dann ist unbedingt erforderlich, auch die Waffen anzuwenden, die uns unserem zähesten und stärksten Gegner England gegenüber die Möglichkeit geben, den Sieg wirklich zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.) Das muß ausgesprochen werden. Wenn unsere militärischen Instanzen, die Oberste Heeresleitung und der Kaiser es für angebracht und zeitgemäß erachten, von dem uneingeschränkten U-Bootkrieg den erforderlichen Gebrauch zu machen, dann wird das deutsche und preußische Volk bereit sein, die Folgen zu tragen. (Stürm. Beifall. Abg. Hoffmann: Wer gibt Ihnen das Recht, das zu sagen? — Erneuter lebh. Beifall. Abg. Hoffmann ruft mehrmals: Das ist heller Wahnsinn!, worauf der Beifall für den Redner bei jedem Mal um so stärker einsetzt. Zuruf rechts: Straßenjunge! — Präsident Graf v. Schwerin ersucht, den Redner nicht zu stören.) Die Zurufe des Abg. Hoffmann stören mich nicht. Aber ihm beliebt seit längerer Zeit, einen Ton anzuschlagen, den wir in diesem Hause eigentlich nicht gewöhnt sind. Ich weiß nicht recht, welcher Umstand Herrn Hoffmann zum Mentor des Hauses macht. Der Ton seiner Ausführungen und Bemerkungen entspricht auch nicht der Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden.

Wir wollen siegen. Das ist die Voraussetzung für alles, was wir nach dem Kriege zu erreichen hoffen. Wenn man der Meinung ist, es werde dann alles bleiben, wie es ist und jeder werde seine eigenen Lasten tragen, so ist das ein ganz gewaltiger Irrtum. Dann muß eine ganz andere Sprache gesprochen werden.

Die Kriegsziele.

Wir müssen verlangen, daß wir an unseren Grenzen anders als bisher geschützt werden. Wir können es uns nicht zum zweitenmal leisten, daß wir in der Weise überfallen werden, wie es geschehen ist. Die Schadloshaltung, die unsere Gegner begehren, werden auch wir verlangen. (Lebh. Beifall.) Wir müssen fordern, daß unser Volksleben so wiederhergestellt werden kann, wie es vor dem Ueberfall gewesen ist. Vergegenwärtigen Sie sich, wie unser Volksleben in den nächsten Jahrzehnten aussehen würde, wenn das nicht geschieht? Angesichts der angerichteten Verwüstungen stünden wir vor Verhältnissen, die unsere ganze Zukunft in Frage stellen. Darum werden auch wir Garantien verlangen, wie sie jetzt unsere Gegner fordern, und zwar nicht bloß für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. (Beifall.) Wir werden und sollen ein Volk bleiben, das in der Welt seine Bedeutung hat, darum müssen uns die Unterlagen gegeben werden, diese Zukunft, die uns der Krieg verheißen und gebracht hat, zu erringen und festzuhalten. Wann und was das sein wird, wird sich entscheiden, wenn der Krieg gewonnen und der Sieg unser sein wird. (Beifall.) Was uns im laufenden Jahr noch an Schwerem bevorsteht, das weiß Gott allein. Wir aber wollen alle, alle unsere Pflicht tun. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Herold** (Ztr.): Das Bild, das uns der dritte Kriegshaushaltsplan bringt, ist nicht unerfreulich. Der Anerkennung der Leistungen der Eisenbahnverwaltung schließen wir uns durchaus an. Was während des Krieges in Ostpreußen geleistet ist, verdient Bewunderung. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ist eine wichtige Aufgabe unserer Regierung, die sie in Zusammenarbeit mit den Gemeinde- und anderen Instanzen lösen muß. Weiter bedarf der Handwerker, der Kleinhandel und überhaupt der Mittelstand der Unterstützung. Den Beamten und den Altpensionären bringt der Voranschlag ja schon erfreuliche Hilfe. Die Landwirtschaft hat Großes in diesem Kriege geleistet. (Beifall rechts.) Ein gerechter Ausgleich zwischen den Interessen der Erzeuger und Verbraucher muß gesucht und gefunden werden.

Wir haben die Friedenshand im Bewußtsein unserer Stärke ausgestreckt. Nach der Ablehnung durch unsere Gegner heißt es alle Mittel zu Lande und in der Luft, über, auf und unter dem Wasser auszunutzen. Unsere U-Boote können noch viel mehr leisten. (Zustimmung rechts und in der Mitte.) Wann dies geschehe, überlassen wir der Einsicht unserer Obersten Heeresleitung. Die Leistungen unserer Industrie und unserer Aerzte können gar nicht genug anerkannt werden. (Beifall.) Wir halten durch bis zum siegreichen Ende. (Beifall.)

Abg. **v. Kardorff** (frk.): Den Ausführungen des Abg. v. Heydebrandt über den Etat und über die verschleppten Ostpreußen stimmen wir durchaus zu. Unsere Regierung muß mit allen Mitteln dahin wirken, daß unsere Gefangenen menschenwürdig behandelt werden. Nun zur polnischen Frage. Die Erklärung des Führers der polnischen Fraktion hat allgemein enttäuscht. Das wichtigste ist hier eine Verständigung mit der katholischen Kirche bezüglich des Religionsunterrichtes. Der polnische Klerus hat sich während des Krieges durchaus ruhig und loyal verhalten. Wir müssen versuchen, ihn dauernd aus der großpolnischen Bewegung auszulösen.

Für den konfessionellen Frieden.

Das liegt auch im Interesse der konfessionellen Friedens, und den muß uns der Krieg unter allen Umständen bringen. Nach dem Kriege stehen wir vor so ungeheuren Schwierigkeiten, daß wir jede innere Reibungsfläche nach Möglichkeit beseitigen müssen. (Beifall.) Wir haben volles Verständnis für die Gefühle der Katholiken, namentlich für ihre Entrüstung über die unwürdige Lage, in der sich jetzt der Papst befindet. Wenn das Zentrum immer wieder über eine ungleichmäßige Behandlung und Zurücksetzung der Katholiken im Staatsdienst klagt, so muß ich diesen Vorwurf in seiner Allgemeinheit zurückweisen. Allerdings, die Zahl der Regierungspräsidenten und Staatsbeamten katholischer Konfession ist sehr gering, aber die Katholiken haben sich auch der Verwaltung bisher nicht zugewandt. (Widerspruch i. Zentr.) Man darf hier auch nicht einfach mit der Elle messen. Aber aus konfessionellen Gründen darf man niemand zurückweisen. Da gilt heute noch Bülows Wort: La récherche de la confession est interdite! (Sehr richtig!) Wir müssen nicht umlernen, aber zulernen und Vorurteile ablegen. (Zustimmung.)

Die Reform des Wahlrechts.

Nun zum Wahlrecht! Auch wir sind bereit, an der Reform des preußischen Wahlrechts mitzuarbeiten, wenn die Regierung uns eine solche Vorlage bringt. (Zuruf links: Wenn!) Die Frage der Abänderung des Wahlrechts darf unter keinen Umständen zu großen schweren innerpolitischen Kämpfen führen. Wir müssen versuchen, einen Ausgleich und eine Verständigung zwischen den Parteien zu erzielen, die auf dem Boden des abgestuften Wahlrechts stehen. Wird eine Vorlage gemacht, dann darf die Wahlreform jedenfalls nicht wieder unter den Tisch fallen. Die Stellung des Herrenhauses muß gewahrt bleiben. Hier schreckt das Beispiel Englands, wo man den Einfluß des Oberhauses immer mehr beseitigt hat. Ueber dem Herrenhause schwebt das Damoklesschwert des Pairschubs. Wir werden uns überlegen müssen, ob wir für das Herrenhaus nicht einen numerus clausus einführen. (Zustimmung rechts.)

Die Lösung der Ernährungsfragen haben wir beim falschen Ende angefaßt. Allgemein geklagt wird über die Tätigkeit der Z.E.G. Man darf die Sorge um die Valuta auch nicht übertreiben, denn mit der Valuta kann man niemand ernähren.

Es kommt jetzt nicht darauf an, Kriegsziele aufzustellen, sondern zu siegen. Wir müssen zur Obersten Heeresleitung das Vertrauen haben, daß sie unbeirrbei bei Friedensschluß die Frage eines stärkeren Deutschlands sachverständig lösen wird. (Beifall.) Hindenburg gibt uns dafür die Garantie. (Beifall.) Unser Friedensangebot war eine sittliche Tat, die nach innen und außen gewirkt hat. Es ist gut, daß es darüber im Reichstag nicht zu einer Debatte gekommen ist, denn durch die Aufstellung weitergehender Kriegsziele hätten wir der Entente die Ablehnung unserer Note nur erleichtert. Nach der Reichsverfassung schließt einzig und allein der Kaiser den Frieden. Der Friede wird so kompliziert sein, daß man dem Reichstag, der in diesen Fragen nicht einmal einig ist, gar nicht mitbestimmend heranziehen kann. Die Belgien gegebenen Zusagen sind endgültig durch das Verhalten der belgischen Regierung verwirkt. Das letzte Amerikanerfest wird im Volke nicht verstanden. Mit felsenfestem Vertrauen steht das Volk hinter dem Heer. Wir sind unbesiegbar. Möge der Frieden bald kommen und möge er ein deutscher Frieden sein. (Beifall.)

Präsident Graf **Schwerin-Löwitz** ruft nachträglich den Abg. v. Pappenheim wegen des Zwischenrufs „Straßenjunge!“ zur Ordnung, ebenso den Abg. Ad. Hoffmann, der den gleichen Zuruf getan hat. Der Präsidetn bietet den Abg. Ad. Hoffmann und seine engeren Freunde, dem Ernst der Zeit mehr Rechnung zu tragen, damit nicht im feindlichen Ausland der Eindruck eines uneinigen preußischen Volkes erweckt wird.

Reichspost Abendblatt 213
18/I. 1917

Neue Verbandserpressungen an Griechenland.

Die Schützer der politischen Verbrecher.

Noch tönen uns die Klagen im Ohr, welche die griechische Regierung in ihrer Antwortnote an Wilson über die beispiellosen, dem kleinen am Frieden hängenden Volke von der Entente zugefügten Bedrängnisse und Gewaltakte erhob, und schon trifft uns die Kunde von neuen Erpressungen der Verbandsmächte an dem wehrlosen Lande. Sie geben sich mit der Annahme ihres schamlosen Ultimatums vom 31. v. M. durch die griechische Regierung nicht zufrieden und fordern jetzt, daß die von ihnen erpreßte Ueberwachung aller Maßnahmen der griechischen Regierung durch Verbandsdelegierte völlig unbeschränkt und ungehindert vor sich gehen könne, daß alle verhafteten politischen Verbrecher bedingungslos freigelassen werden und daß überhaupt alle Forderungen der Erpressungsnote vom 31. v. M. unter Mißachtung aller griechischen Gegenvorstellungen restlos erfüllt werden, widrigenfalls die Hungerblockade gegen die Bevölkerung des Landes erbarmungslos aufrecht erhalten bleibe. So behandeln die Mächte, die sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit der Welt als die Beschützer der kleinen Völker und Verteidiger ihrer Freiheit vorstellen, ein kleines wehrloses Land, bloß aus Rache dafür, weil es das Blut seiner Söhne nicht für fremde Interessen vergießen will!

Welches Geschrei wurde im Juli 1914 und noch lange nachher erhoben wegen der Forderungen, die Oesterreich-Ungarn in seiner Note an Serbien erhob! Damals entrüstete sich die Moral der Regierungen von Petersburg, London und Paris in gleicher Weise, weil angeblich Serbiens Souveränität durch uns verletzt worden sei. Rußland drohte und mobilisierte gegen unsere „Unverschämtheit", Asquith-Grey forderten ein „Schiedsgericht", auf dem sich Oesterreich-Ungarn für seinen Frevel zu verantworten gehabt hätte. Und doch hatten wir nichts weiter verlangt als eine ausreichende Kontrolle über das gerichtliche Verfahren gegen die geistigen Urheber der Mordtat von Sarajevo. Man hatte von Belgrad aus den Süden unserer Monarchie in Brand zu stecken versucht und die Ermordung unseres Thronfolgers angestiftet. Hohe Militärs und Beamte Serbiens, Belgrader höchste Hofkreise waren an den Vorbereitungen des Verbrechens beteiligt. Von einem so gearteten Lande ließ sich einige Gewähr für die Bestrafung der Verbrecher und Sühne der Mordtat nicht ohne Nachhilfe durch eine entsprechende Ueberwachung des Verfahrens erwarten. Und doch schrien die Vierverbandsheuchler, weil wir dieses Selbstverständliche verlangten, Zeter und Mordio und entfesselten, als wir uns dadurch nicht einschüchtern ließen in der Wahrnehmung unserer Rechte, das fürchterlichste Blutvergießen aller Zeiten — zum Schutze der politischen Verbrecher im serbischen Mörderstaate! Und zahllose Male während des Krieges standen die englischen Staatsmänner auf und beschuldigten, ohne an der Heuchelei zu ersticken, Oesterreich-Ungarn der Schuld am Ausbruch des von ihnen seit Jahren vorbereiteten Krieges, weil es das vorgeschlagene Schiedsgericht — zwischen Verbrechern und meuchlerisch Angefallenen! ein Schiedsgericht! — abgelehnt habe!

Wo bleibt jetzt die Sorge um die Souveränität Griechenlands? Wo die Schiedsgerichtsidee? Was hat Griechenland den Briten und Franzosen und ihren Freunden getan? Hat es politische Verschwörungen gegen sie angezettelt? Hat es ihre Kronprinzen oder Staatsmänner zu ermorden getrachtet? Das Umgekehrte ist der Fall. Das Land hatte nichts im Sinn, als den Krieg von seinen Grenzen fernzuhalten. Und gerade dafür wurde es von den Souveränitätsschützern mit Truppenlandungen, Flottenraub, Aufruhranzettelung, Hungerblockade und schamlosester Mißachtung aller seiner Souveränitätsrechte überfallen und gezüchtigt. Und nun fordert der Vierverband nicht etwa, wie seinerzeit wir von Serbien, Ueberwachung eines Gerichtsverfahrens — die griechische Justiz steht ja turmhoch über den Justizgebräuchen in den Verbandsländern —, sondern ungehinderte Kontrolle über alle Regierungsmaßnahmen, insbesondere militärischer Art, und die bedingungslose Freilassung der verhafteten politischen Verbrecher! Besonders um die Straflosigkeit und völlige Bewegungsfreiheit der politischen Verbrecher ist den Verbandsmächten zu tun, denn diese Verbrecher sind ja die Werkzeuge der brito-französischen Diplomatie in Athen! Eigentlich sind sich die Herrschaften in den zweiundeinhalb Kriegsjahren völlig treu geblieben. So wie sie im Sommer 1914 sich als Schutzmächte überführter politischer Verbrecher, die den Sarajevoer Doppelmord auf dem Gewissen hatten, benahmen und zu deren Rückendeckung Europa in Brand steckten, genau so üben sie jetzt in Griechenland ihren Schutzberuf zugunsten von Häftlingen aus.

Nicht ein Verband von „Beschützern der kleinen Völker", sondern ein Verband von Beschützern der politischen Verbrecher aller Länder ist es, mit dem der Vierbund der Mittelmächte Krieg zu führen gezwungen ist. Nach den Schandnoten an Griechenland soll es britische Heuchelei noch einmal versuchen, uns unser Ultimatum an die serbischen Mordverschwörer zum Vorwurf zu machen!

Die neue Note.

Paris, 17. Jänner. (Havas.)

Die Gesandten der Entente haben am 13. Jänner eine neue Note an die griechische Regierung gerichtet, worin es heißt:

Die Gesandten der Alliierten haben ihren Regierungen die griechische Note vom 28. Dezember 1916/10. Jänner 1917 übermittelt und den Auftrag empfangen, die griechische Regierung wissen zu lassen, daß die alliierten Regierungen zwar Kenntnis nehmen von ihrer Zustimmung zu den durch die Note vom 6. Jänner geforderten militärischen Maßnahmen, daß sie aber diese Antwort auf einzelne Forderungen der Note vom 31. Dezember nicht annehmen könnten vor Klarstellung über folgende Punkte:

„1. Trotz der durch die Alliierten eingegangenen Verpflichtungen, die Kontrolle so wenig lästig als möglich zu gestalten, könnten die Alliierten keine Einschränkung seitens der griechischen Regierung zulassen, die ihre Wirksamkeit in Frage stellen könnte;

2. die Alliierten bestehen auf der sofortigen bedingungslosen Ausführung des Versprechens der Freilassung der aus politischen Gründen in Haft genommenen Personen;

3. die Alliierten können sich infolge des speziellen Charakters der durch § 3 der Note vom 31. Dezember vorgesehenen Untersuchung nicht darauf festlegen lassen, daß die infolge dieser Untersuchung zu bewilligenden Entschädigungen nach den Bestimmungen der griechischen Erklärung festgesetzt werden. Die Blockade würde erst aufgehoben werden können nach genauer, formeller Annahme dessen, was vorgehe, ebenso nach Annahme aller Forderungen der Alliierten und Erfüllung der in der Note vom 28. Dezember 1916/10. Jänner 1917 angezeigten Bedingungen."

Die griechische Regieruug antwortete, sie habe nicht die Absicht, Einschränkungen bei der Annahme der von den Alliierten festgesetzten Forderungen vorzunehmen; sie stimme auch den durch Nr. 1 und 3 der Note dargelegten Einzelheiten zu. Sie nehme ferner ebenfalls den Inhalt der Nr. 2 über die Freilassung der politischen Gefangenen an und nehme Kenntnis von den Erklärungen der Alliierten über die Aufhebung der Blockade.